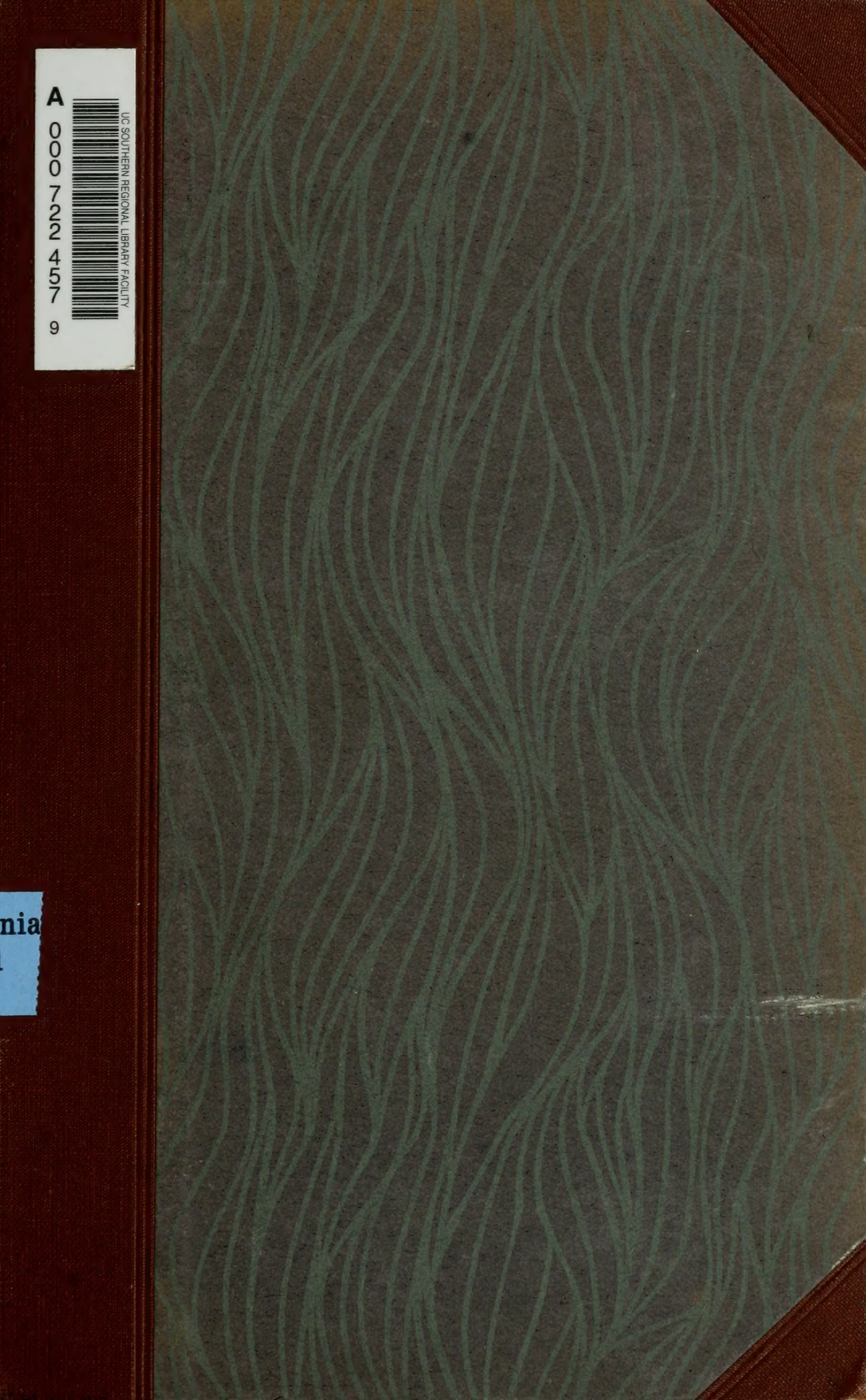
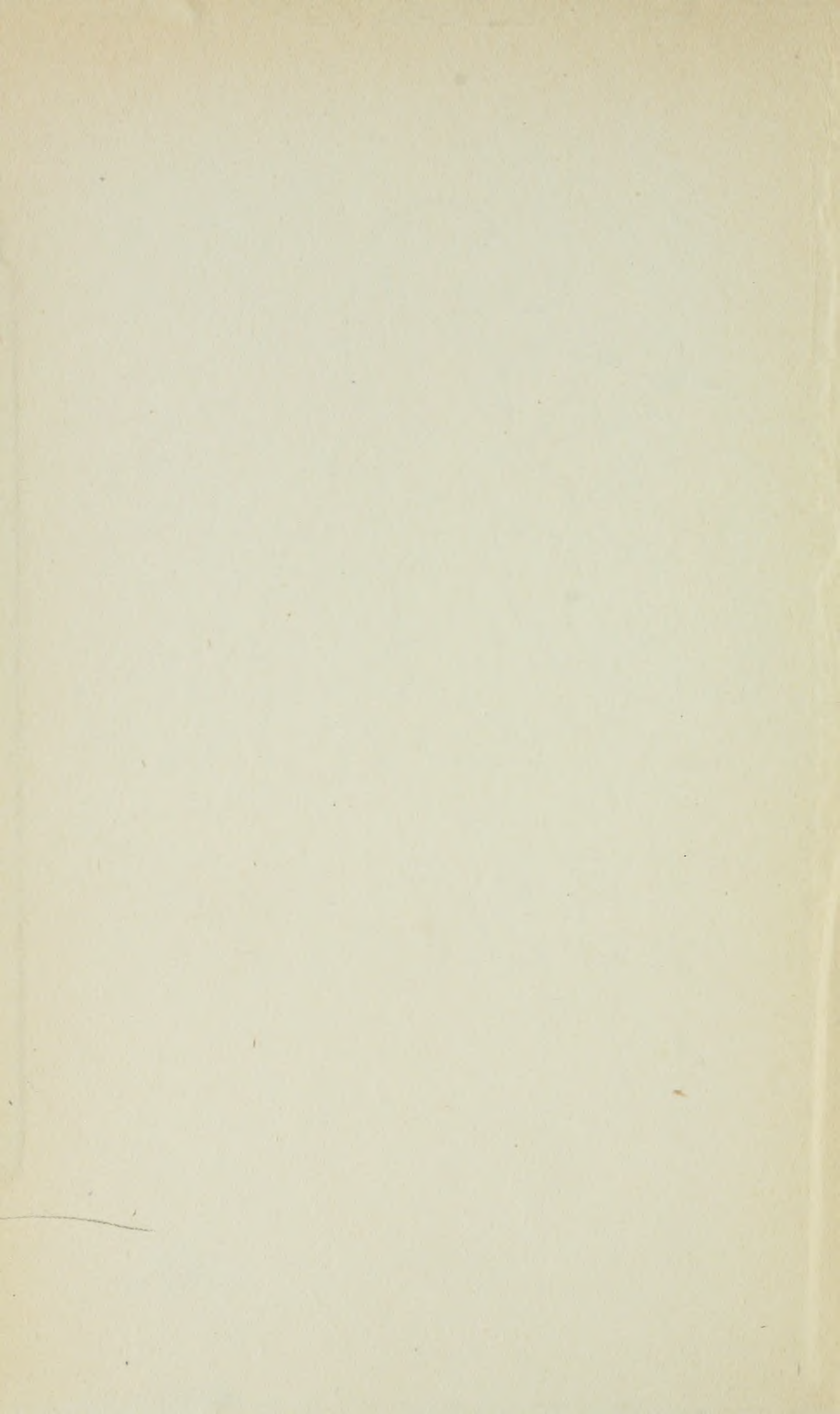
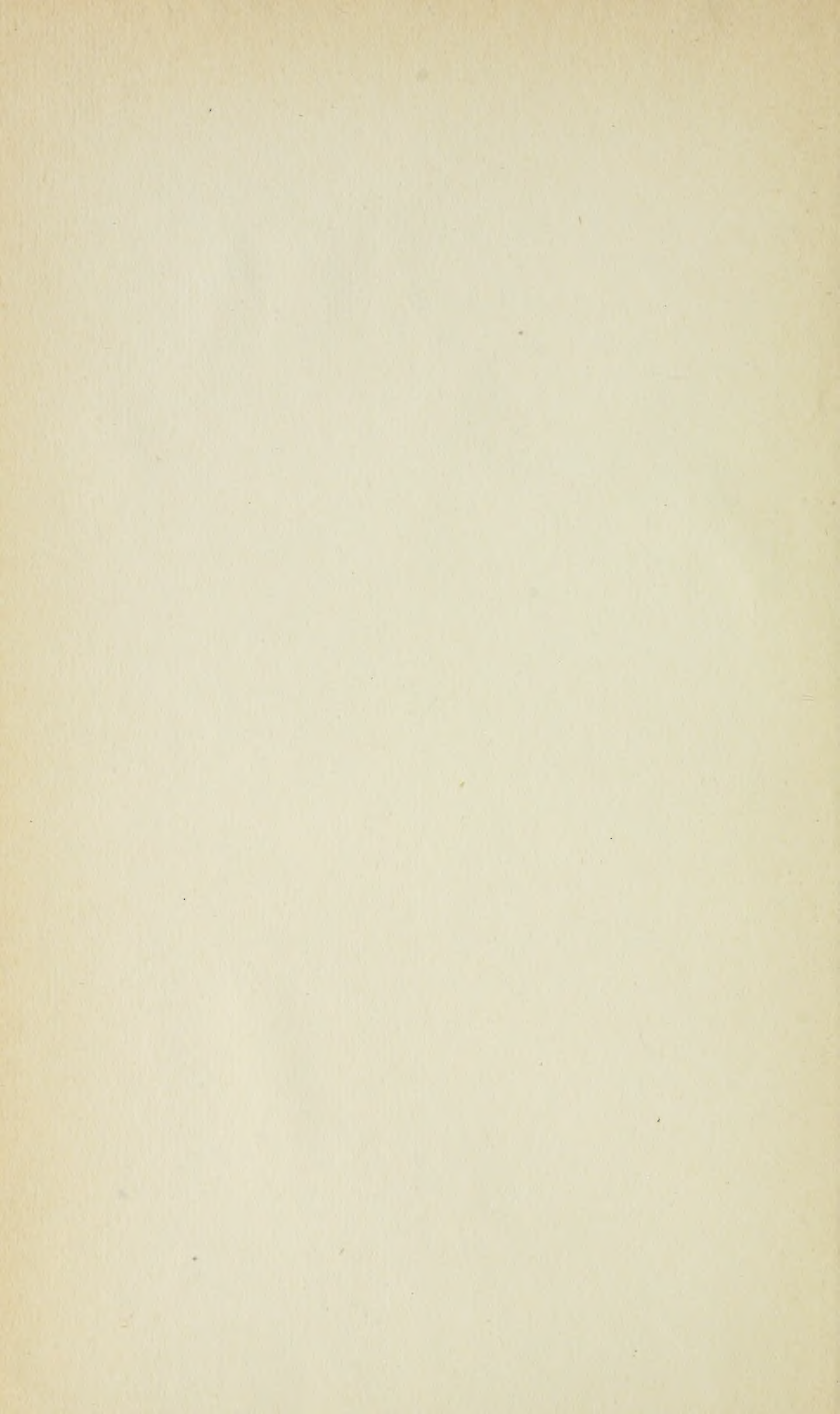

A
0000 7224 57 9
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY



CHESTER W. CLARK



Österreich von 1848 bis 1860

Von

Heinrich Friedjung

In zwei Bänden

Zweiter Band. Erste Abteilung

Dritte Auflage



Stuttgart und Berlin 1912

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Einleitung

Sieg und Erfolg sind ein köstlicher Trank, berauschend wie kein anderer. Die Lenker Österreichs, die den Staat nach den Fährnissen der Revolution zur früheren Macht emporhoben, boten ein Beispiel für die immer wiederkehrende Erfahrung, daß die menschliche Natur Leid besser erträgt als Glück; zahlreicher sind auch die Märtyrer, die die Pein des Lebens heroisch auf sich genommen haben, als die Helden, die sich im Siege frei hielten von Überhebung. Es kam alles darauf an, daß die österreichische Regierung sich Maß und Selbstbeschränkung auferlegte; denn es ging über die Kraft auch des verjüngten Reiches, die Herrschaft zugleich über Italien, über Deutschland und Ungarn zu behaupten. Wohl war es ein blendender Erfolg, daß Österreich zuerst unter allen Staaten Europas die Revolution in seinen Stammländern niederwarf, während es gleichzeitig in Italien einen siegreichen Krieg führte. Dies verlockte, obwohl Ungarn mit russischer Hilfe besiegt werden mußte, zu der Annahme, die Monarchie wäre zu den höchsten Kraftleistungen befähigt. Mut und starker Wille waren im Charakter des Fürsten Felix Schwarzenberg die hervorstechendsten Eigenschaften, und sie schienen ihm ausreichend zur Bewältigung aller Schwierigkeiten. Nun aber besteht Klugheit im Leben wie in der Politik darin, die gestellten Aufgaben mit den vorhandenen Kräften ins richtige Verhältnis zu setzen. Wollte man den Völkern Österreichs den straffen Einheitsstaat auferlegen, so war es notwendig, sich mit Preußen über die Teilung der Macht in Deutschland zu einigen; ging Österreich dagegen auf Überwältigung dieses Nebenbuhlers aus, so mußte Ungarn durch billige Anerkennung seines staatlichen Eigenlebens gewonnen

werden. Dem leitenden Minister waren jedoch überraschende Erfolge in der äußeren Politik beschieden, und daraufhin setzte er sich über die Gebote der Großmut gegenüber den Völkern der Monarchie hinweg. Nach der Demütigung Preußens zu Olmütz holte die Regierung zum letzten Streiche gegen die von ihr in Österreich verkündigte Verfassung vom 4. März 1849 aus. Um den Fluß der Erzählung nicht zu unterbrechen, wurde im ersten Bande dieses Werkes bloß die innere Verwaltung dargestellt; die äußere Politik blieb noch aufgespart. Indessen ist erst aus ihrem glücklichen Gange zu verstehen, daß sich die herrschenden Gewalten ermutigt fühlten, am 31. Dezember 1851 zum Absolutismus zurückzukehren und über die letzten Widerstände im Innern rücksichtslos hinwegzuschreiten.

Inhalt

I. Buch

Die deutsche Politik des Fürsten Schwarzenberg

(April 1849 bis Mai 1850)

I. Die deutsche Kaiserkrone

Die deutsche Kaiserkrone wurde im 19. Jahrhundert zweimal von Herrschern, denen sie angeboten war, abgelehnt. Zuerst 1814 von Kaiser Franz von Österreich, dann 1849 von Friedrich Wilhelm von Preußen — und selbst König Wilhelm ließ sich zu Versailles nur halb wider seinen Willen zur Annahme bestimmen, von der Besorgnis zurückgehalten, die preußische Krone würde neben der deutschen an Bedeutung verlieren.

Zur Zeit der Erhebung gegen Napoleon I. bestand unter den Fürsprechern der Wiederaufrichtung von Kaiser und Reich vorwiegend die Meinung, die Krone müßte bei Österreich verbleiben. Man hat Männern wie Freiherrn vom Stein und Arndt, Görres und Rückert vorgehalten, daß sie damit einen auf die Dauer unhaltbaren Zustand wiederherstellen wollten; indessen besaßen sie, wenn die Nation als Einheit aufgerichtet werden sollte, keine andere Wahl. Für das Haus Hohenzollern erhob sich damals öffentlich keiner der führenden Männer der Nation; auch Fichte hat an einer oft zitierten Stelle nur gesagt, daß ein „Zwingherr zur Deutschheit" notwendig wäre, gleichviel ob der König von Preußen oder ein anderer[1]. Selbst preußische Generale,

[1] Die ganze Stelle lautet: „Also her einen Zwingherrn zur Deutschheit! Wer es sei; mache sich unser König dieses Verdienst! Nach seinem Tode einen Senat — da kann es sogleich im Gange sein."

wie Grolmann, Direktor des Kriegsministeriums, sprachen sich unter diesen Umständen für Österreich aus. Nicht etwa, daß diese Männer die Leistungen Preußens 1813 und 1814 verkannt hätten, sie standen jedoch unter dem Eindrucke der völligen Niederwerfung dieses Staates durch Napoleon, wogegen Österreich nach seinen Niederlagen immer noch stark genug war, den Kampf aufs neue aufzunehmen. Somit erschien Österreich als gefestigte und abgerundete Macht, während es auf dem Wiener Kongreß lange strittig blieb, welche deutschen Länder der preußischen Monarchie als Entschädigung früherer Gebietsverluste zuwachsen sollten. „Freiheit und Österreich! Franz unser Kaiser und nicht Bonaparte!" ruft Arndt in dem anfangs 1813 erschienenen Bande von „Geist der Zeit" aus. Auf dem Wiener Kongreß boten zuerst die ehemals reichsunmittelbaren, jetzt mediatisierten Fürsten und Grafen, dann am 16. November 1814 fast alle kleineren Souveräne, 25 an der Zahl, dazu die vier Reichsstädte dem habsburgischen Herrscher die Kaiserkrone an[1]). Es liegt etwas Schulmeisterliches in der Art, wie von den preußischen Historikern unserer Zeit von diesem Versuche gesprochen wird; man sollte aber glauben, daß der größte Fürst und der größte Staatsmann Deutschlands jener Tage, Herzog Karl August von Weimar und Freiherr vom Stein, die Lage besser zu beurteilen wußten als ihre Tadler. Man mußte damals entweder auf die staatliche Einheit Deutschlands verzichten oder aber sich Stein anschließen. In gleichem Sinne gab einer der hervorragendsten deutschen Edelleute, Graf Münster, auf dem Wiener Kongresse der Vertreter Hannovers und damit des Königs von England, den österreichischen Staatsmännern den Rat, einfach und ohne Umfrage die Würde des deutschen Kaisers wieder aufleben zu lassen; denn Franz II. hatte 1806 die Auflösung des römisch-deutschen Reiches ausgesprochen, ohne daß ihm hierzu nach den Reichsgesetzen auch nur ein Schatten von Recht zustand.

---

[1]) Dazu traten einige Tage später noch die beiden Fürsten von Hohenzollern. Abseits hielten sich, was freilich entscheidend war, alle fünf Königreiche, außerdem Dänemark und Oldenburg, endlich, was besondere Gründe hatte, Liechtenstein und Hessen-Homburg. Sonst waren die Fürsten und freien Städte vollzählig für Österreich.

Es ist unbillig, an die Entwürfe und Taten der Menschen Maßstäbe anzulegen, die von der künftigen Entwicklung hergenommen sind[1]. Erst den Söhnen und Enkeln reifte die Erkenntnis, daß durch die Übertragung der Kaiserwürde auf Österreich die Einigung der Deutschen sich noch schwieriger und schmerzvoller gestaltet hätte. Stellt man sich auf den österreichischen Standpunkt, so muß man sagen, daß Metternich, indem er für die Ablehnung entschied, dem preußischen Nebenbuhler den späteren Erfolg wesentlich erleichterte. Dies geschah auch durch den Verzicht auf die alten vorderösterreichischen Besitzungen; es war Österreichs freie Wahl, daß es sich dafür durch italienische Gebiete entschädigen ließ. Dies erregte schon damals den Tadel Stadions und Wessenbergs, und es lag viel Wahres in der Mahnung Rückerts:

Nicht die fremde Pomeranze
Ist's, die dir gehört zunächst,
Der Reichsapfel, der im Glanze
Hier an deutschen Eichen wächst.

Zwischen 1815 und 1848 änderte sich das Verhältnis Österreichs zu Deutschland. Infolge der Versäumnisse der Metternichschen Zeit entfiel bei der Kaiserwahl zu Frankfurt am 28. März 1849 keine Stimme auf Österreich. Es ist eine merkwürdige Verkettung, daß der letzte deutsche Fürst, der sich für Habsburgs Erhebung aussprach, der König von Preußen war. Friedrich Wilhelm IV. lebte als Romantiker in den Vorstellungen des Mittelalters; auch fiel seine für alles Große emp-

---

[1] Dies geschieht mit voller Absicht in dem feingestimmten, verdienstvollen Buche Meineckes „Weltbürgertum und Nationalstaat", wo (S. 446) gesagt ist, daß der Autor vorhabe, den Kaiserplan Gagerns „an dem Maßstabe zu messen, den die Geschichte selbst geliefert hat, dem Werke Bismarcks". Durch diese mehr politische als historische Betrachtungsweise werden Freiherr vom Stein und seine Zeitgenossen in eine ihnen nicht gerecht werdende Beleuchtung gerückt. Meinecke will beweisen, daß diese Männer durch die weltbürgerlichen Ideen ihrer Zeit in der Schätzung dessen beirrt waren, was ein deutscher Nationalstaat erforderte. Dem kann ich nicht beitreten; sie haben vielmehr aus den politischen Notwendigkeiten ihrer Zeit heraus gehandelt, wie Bismarck der seinigen.

fängliche Jugend in die Zeit der Befreiungskriege, aus denen er manche politische Anregung herübernahm. Wohl strebte er für Preußen den militärischen Oberbefehl über Deutschland an, dagegen wollte er Österreich mit der alten römisch-deutschen Kaiserkrone und mit ihren Ehrenrechten ausstatten. Er machte sich also ein System zurecht, nach welchem Österreich wohl der Ehrenvorrang, Preußen aber die Macht zugedacht war. Über diese Idee verbreitete er sich gleich nach seiner Thronbesteigung zu seinem gleichgestimmten Freunde Joseph von Radowitz; er gestaltete sie dann in den Bewegungen von 1848 aus und dachte an eine Einigung des engeren Deutschland unter Führung Preußens, wogegen Österreich an der Spitze des weiteren Bundes aller deutschen Länder bleiben sollte — mit dem Titel eines römischen Kaisers für den Enkel der Habsburger.

Joseph von Radowitz gibt über die ihm von Friedrich Wilhelm IV. unmittelbar nach seiner Thronbesteigung entwickelten phantastischen Ansichten folgenden Bericht[1]:

„Auf dem Gebiete der Politik ist sein leitender Gedanke, seine innerste Liebe: Deutschland, und zwar das Heilige Römische Reich deutscher Nation. Eine Wiederherstellung des römischen Kaisertums, natürlich nicht des deutschen Königtums, hält er nicht für unmöglich; er würde ihr jedes Opfer bringen. Freilich bedürfte es eines großen siegreichen Krieges, um den Boden zu bereiten; dann ist sein Gedanke freiwillige Unterordnung unter Österreichs Kaiserwürde, wozu er das erste Beispiel gebe, und Herstellung eines Reichsverbandes unter Konkurrenz des Papstes. Für die Idee von Österreich hegt er die alte Reichsverehrung; ihm vorzuarbeiten, es zu zwingen, deutsch zu sein, ist sein größter Wunsch."

Damit stimmen die Mitteilungen, die der König am 16. April 1849 dem aus Berlin scheidenden österreichischen Gesandten Grafen Trauttmansdorff machte; er sagte über eine ganz Mitteleuropa umfassende Union: „Diese großartige Verbindung bedarf einer Formel, eines Symbols. Der Begriff eines engen Bundes kann mir die Formel noch nicht geben. Suche ich selber weiter, so vermag ich sie nur in dem Faktum zu finden, daß der Kaiser von Österreich sich entschließe, die römische Kaiserkrone, die Krone Karl des Großen, auf sein Haupt zu setzen und sich in Aachen oder Rom feierlich krönen zu lassen. Dazu möge der Kaiser schreiten und bedenken, daß die merkwürdigen Siege Radetzkys Ihm den Weg dazu bereits anbahnten." (So im Berichte des Grafen Trauttmansdorff nach Wien, 17. April 1849, Wiener Staatsarchiv.)

---

[1]) Paul Hassel, „Joseph von Radowitz" Bd. I, S. 76.

Wohlgemerkt, es handelte sich um die uralte römische, nicht um die deutsche Kaiserkrone, also um diejenige, die 1437—1806 fast ununterbrochen von den Habsburgern getragen worden war. In diesen Entwürfen des Königs und Radowitz' vermählten sich Romantik und Machtgefühl zu seltsamer Ehe. Schwarzenberg gewährte dem preußischen Gesandten Grafen Bernstorff Einblick in den Bericht Trauttmansdorffs, zuckte dabei die Achseln und sagte: das alles richte in Wien keinen Schaden an, da man hier einsähe, solche Phantasien wären unausführbar [1]).

II. Der preußisch-deutsche Bundesstaat

Bedenkt man, mit welchen Schwierigkeiten Bismarck bei seinem Eintritt in die Regierung zu kämpfen hatte, wie er dem Schicksal jede Gunst erst abtrotzen oder ablisten mußte, so möchte man beinahe sagen, die Geschenke des Glücks seien König Friedrich Wilhelm von selbst in den Schoß gefallen. Trotz der Fehlgriffe seiner Politik wurde er vom Frankfurter Parlament zum Kaiser gewählt, und als er die Krone ablehnte, eröffneten sich ihm im Sommer 1849 neue ebenso große Aussichten. Österreich war noch mit dem ungarischen Kriege beschäftigt, während preußische Regimenter die Aufstände in der Pfalz und in Baden, in Sachsen und Braunschweig niederwarfen. Seine Ratgeber drängten ihn, sich der Herrschaft in Deutschland zu bemächtigen und den zu Österreich neigenden Minister des Äußern Grafen Arnim zu entlassen [2]). Dies geschah am 2. Mai, und darauf wurde General von Radowitz die Seele der preußischen Politik. Als Katholik und Nichtpreuße trug er Bedenken, die Leitung des Ministeriums des Äußern zu übernehmen, die provisorisch zunächst dem Grafen Brandenburg und dann Herrn von Schleinitz übertragen wurde [3]). Radowitz gewann den König vollständig

[1]) Bericht Bernstorffs vom 26. April 1849.

[2]) Gerlach, „Denkwürdigkeiten", Mai und Juni 1849.

[3]) Radowitz (geb. 1797) war der Enkel eines ungarischen Edelmannes, der im Siebenjährigen Kriege in preußische Gefangenschaft geriet und sich später in Norddeutschland niederließ. Radowitz selbst, in einer französischen

für seine Pläne; und wenn er nicht bloß geistreich und beredt, ehrenhaft und patriotisch, sondern auch eine Natur von Kraft und Ehrgeiz gewesen wäre, so würde er die Arbeit Bismarcks zum guten Teile vorweggenommen haben. Sein Plan ging auf Einigung des engeren Deutschland durch Preußen, dem dadurch die Vormacht unter den Stämmen der Nation zugefallen wäre; dieses Reich sollte dann zusammen mit Österreich den weiteren deutschen Bund bilden. Doch wurden diese großen Ziele vom Berliner Kabinett ausschließlich auf friedlichem Wege angestrebt, Gewalt gegen die Bundesgenossen sollte nach dem Willen des allzu gewissenhaften Königs ausgeschlossen sein. Die Unterhandlungen begannen: die deutschen Staaten wurden zu einer Art Kongreß nach Berlin geladen, in Wien die wichtige Botschaft durch General von Canitz übermittelt.

Canitz überbrachte mit der Note vom 9. Mai 1849 der österreichischen Regierung zwei Vorschläge, die, wenn auch unter freundlichen, selbst schmeichelnden Formen, den Verzicht des Donaureiches auf seine alte Stellung in Deutschland heischten. Da war zunächst der Wunsch Preußens, die sogenannte deutsche Zentralgewalt an Stelle des Erzherzogs Johann selbst zu übernehmen; und man kann sich denken, um wieviel kräftiger Preußen diese Gewalt üben konnte, da seine Truppen zur selben Zeit am Oberrhein und in Schwaben erschienen. Wichtiger war der zweite Antrag: Österreich sollte Preußen und Deutschland vollständig freie Hand lassen und die Bildung eines deutschen Bundesstaates gestatten, an dem es selbst keinen Teil hätte. Also der Ausschluß der Donaumonarchie aus dem zu gründenden Deutschen Reich. Als Entgelt dafür wurde ein ewiges Bündnis der beiden Mächte, die Deutsche Union, angeboten, das für Österreich den Vorteil bot, daß ganz Deutschland zur Verteidigung seiner Herrschaft in Italien und in Ungarn verpflichtet sein sollte.

Bei den Verhandlungen Preußens mit den deutschen Mittelstaaten ergaben sich die ersten Schwierigkeiten, da die Höfe von

Militärschule aufgewachsen, trat zuerst in die westfälische Armee ein und kämpfte bei Leipzig für Kaiser Napoleon. Er nahm dann in Hessen und seit 1823 in Preußen Dienste.

München und Stuttgart sich ablehnend verhielten. Sachsen und Hannover dagegen bedurften der Hilfe Preußens gegen die Revolution und schlossen am 26. Mai mit der Vormacht das sogenannte Dreikönigsbündnis. Damit gaben sie, wenn auch mit Vorbehalt, ihre Zustimmung zu dem von Radowitz herrührenden Entwurfe einer deutschen Verfassung [1]). Darin sprang zunächst ins Auge, daß sich der zu gründende preußisch-deutsche Bundesstaat den stolzen Namen Deutsches Reich beilegte. Der Vorsitz wurde dem König von Preußen übertragen, wenn auch nicht mit der Würde eines Kaisers, so doch mit der eines Reichsvorstandes. Damit waren ansehnliche Vollmachten verbunden, fast so groß wie die des späteren deutschen Kaisers.

Radowitz setzte es durch, daß in bezug auf die Volksrechte im allgemeinen die Bestimmungen der vom Frankfurter Parlament beschlossenen Verfassung zugrunde gelegt wurden, wenn auch mit der Beschneidung mancher üppiger Schößlinge; es ging ein liberaler Zug durch den Entwurf, weil man die öffentliche Meinung gewinnen wollte. Ein rühmliches und aussichtsreiches Beginnen also, so daß sich das norddeutsche Bürgertum allgemein zustimmend verhielt. Alle deutschen Staaten wurden zum Beitritt eingeladen, sofort aber provisorisch ein Verwaltungsrat aus den Zustimmenden gebildet. Es war ein gutes Zeichen, daß sich eine Versammlung der früheren Mehrheit des Frankfurter Parlaments, die in Gotha unter der Führung Heinrichs von Gagern zusammentrat, für das Vorgehen Preußens erklärte. „Gothaer" war von da an der Name der liberalen Kaiserpartei.

Österreich konnte dem Vordringen des Nebenbuhlers vorerst nicht entgegentreten, da der Monat April die Niederlagen seines Heeres in Ungarn brachte, so daß der ungarische General Görgei Ofen erstürmen und die kaiserlichen Truppen zur Räumung Ungarns zwingen konnte. Am 28. April schrieb der österreichische Gesandte in Berlin, Prokesch-Osten, an seine Ge-

[1]) Das Bündnis trug das Datum des 26. Mai, die Verfassung das des 28. Mai. Der Einfachheit halber wird, wie in fast allen Darstellungen der Zeit, als Geburtstag des Bundesstaats immer der 26. Mai 1849 genannt werden.

mahlin: „Wie die Hunde fallen sie alle über uns her, weil wir in Ungarn den in Italien erworbenen Ruf von Kraft verloren haben.“ Preußen hatte also Wochen und Monate Zeit, die Klammern des engeren Bundes um die Mittel- und Kleinstaaten zu legen; war dies geschehen, so konnte ihm der Gewinn nur durch einen Krieg entrissen werden. In Wien verkannte man den Ernst der Lage nicht, und in der Not des Augenblicks hielt Schwarzenberg Preußen eine Lockspeise hin. In seiner Weisung an Prokesch vom 24. April ist zu lesen: Fände Preußen „eine anständige Form, um die kleineren Landesgebiete, deren es zu seiner Abrundung bedarf, und welche ohnedies kaum mehr als selbständige Staaten fortzubestehen vermögen, in sich aufzunehmen, so werden wir nicht nur keine Einsprache erheben, sondern der Ausführung eines solchen Vorhabens, soweit als dies angeht, selbst förderlich sein“[1]. Das war also eine Anregung zu Annexionen in Norddeutschland, die aber in Berlin überhört wurde; denn Preußen ging an diesen Brosamen vorüber größeren Zielen entgegen. Prokesch-Osten hielt es schon für einen Gewinn, daß das Berliner Kabinett überhaupt eine Verständigung mit Österreich suchte. Er empfing in Berlin den Eindruck eines für Österreich verlorenen Spiels und schrieb darüber besorgte Briefe nach Wien. Am 20. Mai berichtete er, auch der englische Gesandte Lord Westmorland betrachte die preußische Herrschaft in Deutschland für eine unvermeidliche Notwendigkeit; selbst sein russischer Kollege Baron Meyendorf wäre der Ansicht, jedes Wort dagegen sei vergeblich[2]. Die Minister von Sachsen und Hannover, Beust

[1]) Wiener Staatsarchiv. Übereinstimmend damit meldete der preußische Gesandte Graf Bernstorff am 26. April 1849, Schwarzenberg habe ihm eröffnet, er halte die Verstärkung der preußischen Macht im Norden für ein Gebot der Billigkeit; denn Österreich hätte durch die Einheitsverfassung vom 4. März 1849 alle Kräfte der Monarchie in einer Hand konzentriert und so seine Macht verdoppelt, selbst verdreifacht. (Preußisches Staatsarchiv.)

[2]) Bezeichnend ist ein Bericht des Grafen Bernstorff nach Berlin vom 2. März 1850 über die Motive, aus denen der Herzog von Nassau dem preußischen Bündnisse beitrat. Bei einem Besuche in Wien machte ihm sein Freund und Vetter Erzherzog Albrecht (dessen Mutter eine nassauische Prinzessin war) bittere Vorwürfe darüber. Der Herzog erzählte nun, im

und Stüve, erklärten Prokesch, sie hätten keine andere Wahl als den Anschluß an Preußen. Der Bericht des österreichischen Gesandten gipfelt in dem Bekenntnis: „Allein wie wir stehen, was kann ich? . . . Ich sinne Tag und Nacht nach Mitteln und finde keine. Ich habe dem Grafen Brandenburg nicht vorenthalten, wie schmerzlich es Euer Durchlaucht berühre, gerade im Augenblicke unserer Not in der Weise hervorzutreten“ [1]).

Anders Fürst Schwarzenberg. Er ließ sich durch diese mißlichen Umstände nicht entmutigen und dachte nicht einen Augenblick daran, die große Stellung Österreichs in Deutschland aufzugeben. Man will uns den uns gebührenden Platz anweisen, nämlich vor der Türe, äußerte er sich mit Erbitterung über den beabsichtigten Ausschluß der habsburgischen Monarchie. Der weitere Bund Österreichs mit dem preußischen Bundesstaate — also die Deutsche Union — war eine schöne Sache, aber für Schwarzenberg unannehmbar, weil zu teuer erkauft. Er lehnte also ohne viel Bedenken am 10. Mai jede Verhandlung über den preußischen Verfassungsplan rundweg ab, wenn auch in verbindlichen Formen, da die Umstände ihm Zurückhaltung auferlegten. Dem folgte am 19. Mai ein förmlicher Protest gegen alle in den Berliner Beratungen gefaßten Beschlüsse, die etwa gegen die Verträge oder „gegen die darauf begründeten Machtansprüche Österreichs“ verstoßen sollten.

Am 21. Mai setzte Schwarzenberg in einer Weisung an Prokesch die Bedingungen auseinander, unter denen sich das Wiener Kabinett mit dem engeren Bunde zufriedengeben könnte. Das Wichtigste war, daß Österreich sich eine Überwachung der zwischen

---

Frühjahr 1849 habe in seinem Lande eine neue Erhebung gedroht, weshalb er sich an den Reichsverweser um Hilfe wandte; denn auf sein eigenes Militär habe er nicht rechnen können. Der Reichsverweser Erzherzog Johann erklärte, ihm keine Hilfe leisten zu können. Erst darauf habe er sich an Preußen gewendet, das ihm Truppen zusagte, jedoch nur unter der Bedingung seines Beitritts zum neuen Bundesstaat. Unter solchen Umständen sei ihm keine Wahl geblieben.

[1]) Die Korrespondenz zwischen Schwarzenberg und Prokesch, die amtliche wie die vertrauliche, wurde von mir im Wiener Staatsarchiv vollständig benützt. Eine Auswahl aus den vertraulichen Briefen Prokeschs wurde von dessen Sohn in dem Buch „Aus den Briefen des Grafen Prokesch-Osten 1849—1855“ veröffentlicht.

Preußen und den einzelnen Staaten geführten Unterhandlungen sowie seine Zustimmung zu den Ergebnissen vorbehielt; das wäre Österreich sich selbst und seinen Genossen im Deutschen Bunde schuldig. Als man sich in Berlin durch diesen stolzen Ton verletzt fühlte, richtete Schwarzenberg an Prokesch ein Schreiben, in dem es heißt:

„Wenn man sich über den Ausdruck ‚Überwachung‘ so empfindlich zeigt, so liegt dies wohl an der Auslegung, welche man demselben geben will, und man vergesse nicht, daß in einer der königlich preußischen Mitteilungen zu wiederholten Malen von uns verlangt worden ist, daß wir uns in die Ausführung der Pläne Preußens nicht mischen sollen, eine Wortfügung, die meines Wissens im diplomatischen Schriftenwechsel einer Macht wie Österreich gegenüber noch nicht gebraucht worden ist. Nur jener mischt sich in Angelegenheiten, der unberufen und unberechtigt an ihnen teilnehmen will. Wenn der Würde einer Regierung die gebührende Anerkennung versagt werden soll, so wird sie genötigt, desto strenger über deren Wahrung zu wachen.“

Diese Sprache war so bestimmt, als ob Österreich in Ungarn nicht Niederlagen erlitten, sondern Siege erfochten hätte. Prokesch-Osten war mit dieser Haltung nicht ganz einverstanden. Er würde es lieber gesehen haben, wenn Schwarzenberg nicht von vornherein Unterhandlungen abgelehnt hätte, sondern, um Zeit zu gewinnen, in der Form entgegengekommen wäre. Auch er verargte es dem preußischen Kabinett, daß es die Verlegenheiten Österreichs benützte, und seine Berichte wie seine vertraulichen Schreiben ergehen sich in Klagen über den „Dünkel“ und die „Anmaßung“ Preußens. Da aber, wie er am 15. Juli nach Wien meldete, die Gründung des preußischen Bundesstaates nach seiner Ansicht nicht zu verhindern war, so kam er des öfteren darauf zurück, Österreich könnte seine Zustimmung an die Bedingung knüpfen, daß Preußen sich dem Bundesvertrag von 1815 völlig unterwerfe. Ein Bund im Bunde wäre für Österreich annehmbar, ein Deutsches Reich oder ein festgeschlossener Bundesstaat auf keinen Fall [1].

[1] Am 2. Juli schreibt Prokesch an Schwarzenberg: „Alle deutschen Regierungen sind in Verzweiflung. Man kann sich nicht stärker mehr ausdrücken, als dies der König von Hannover in Briefen an die Gräfin Knyphausen tut. Aber alle zittern. Auch Kurhessen unterhandelt bereits in diesem Augenblicke. Alle sagen: ‚Wir sind für Österreich, aber das nützt uns nicht.‘“ — In seiner sanguinischen Art schließt Prokesch den Brief dann doch etwas hoffnungsvoller.

Die Festigkeit Schwarzenbergs erzielte indessen in Berlin die gewünschte Wirkung. Widersprach es doch der Empfindung des Königs, auf das schwergeprüfte Österreich einen stärkeren Druck zu üben, und seine Regierung sprach wiederholt ihre Achtung vor den „geheiligten Verträgen" von 1815 aus, auf denen der Bund beruhte. Dessen Bestand wurde nicht in Zweifel gezogen, nur behauptete man in Berlin, seine Verfassung wäre durch die Ereignisse von 1848 durchlöchert, so daß man nicht ohne weiteres zu ihr zurückkehren könnte. Dabei berief man sich auf den Artikel XI der Akte des Deutschen Bundes von 1815, in welchem den einzelnen Staaten die Bildung von Sonderbündnissen freigestellt war. Darauf erwiderte das Wiener Kabinett mit gutem Grunde, daß der Artikel XI etwas ganz anderes im Auge hatte, als die Errichtung eines eigenen Staates, welcher sich selbst Deutsches Reich nenne; denn damit würde der Deutsche Bund als solcher gesprengt. Diese Logik war unanfechtbar, es mußte sich jedoch zeigen, ob die Kraft Österreichs auf derselben Höhe stand wie seine Argumente.

Schwarzenbergs Rechnung erwies sich als richtig. Je kräftiger Österreich auftrat und je zögernder der Berliner Hof die Hand nach der Macht ausstreckte, desto bestimmter rafften sich die Gegner der preußischen Vorherrschaft in Deutschland auf. Prokesch meldete, daß auch die Gesandten Englands und Rußlands in ihrer Schätzung der Aussichten Preußens andern Sinnes geworden wären. Die Höfe von München und Stuttgart faßten frischen Mut zum Widerstande und der bayerische Minister von der Pfordten reiste eigens nach Wien, um gegen die preußischen Reichspläne zu wirken und zu erklären, Bayern werde den Verfassungsentwurf Radowitz' unter keiner Bedingung annehmen. Dann begab sich Pfordten nach Berlin, um sich in demselben Sinne auszusprechen. Die Dinge gestalteten sich für Österreich umso günstiger, als zur selben Zeit das russische Heer vereint mit dem österreichischen unaufhaltsam in Ungarn vordrang.

Alle diese Verhandlungen bezogen sich auf die *endgültige Verfassung* Deutschlands. Ebenso ablehnend aber verhielt sich die österreichische Regierung auch gegen das Verlangen Preußens

nach Übernahme der provisorischen deutschen Zentralgewalt. Unmittelbar nach Auflösung des Frankfurter Parlaments sagte das Berliner Kabinett dem Erzherzog Johann die Anerkennung auf; dessen Amt eines Reichsverwesers wäre mit dem Parlament selbst erloschen, von dem er gewählt worden war. Das Wiener Kabinett ließ das nicht gelten, da auch der deutsche Bundestag unmittelbar vor seiner Auflösung dem Erzherzog am 12. Juli 1848 alle seine Befugnisse übertragen hatte; und diese Vollmacht stünde noch in Kraft. Der Erzherzog selbst, so amtsmüde er war, sträubte sich dagegen, einfach beiseite geschoben zu werden, und Schwarzenberg nannte Preußens Verhalten gegenüber dem seinerzeit auch von ihm anerkannten Reichsverweser eine Unanständigkeit. Auch nicht einen Schritt wich er vor den Berliner Ansprüchen zurück.

Radowitz behauptete später, die ablehnende Haltung Schwarzenbergs wäre Ursache gewesen, daß Preußen dem Wiener Hof nicht seine Hilfe zur Unterwerfung Ungarns anbot. Es fiel dem Fürsten jedoch nicht ein, dem Berliner Kabinett den geforderten Preis hiefür zu zahlen [1]). Er hielt sich lieber an den Zaren, der sich uneigennützig zu gleichem Dienste erbot. Um mit Kaiser Nikolaus abzuschließen, begab er sich Ende Mai nach Warschau, war jedoch bereit, bei der Hinfahrt für einen Tag nach Berlin zu kommen. Hier aber war man damals noch von stolzen Hoffnungen erfüllt und erwiderte von oben herab, ein so kurzer Besuch würde die Verhandlungen doch nicht fördern. So reiste Schwarzenberg geradenwegs nach Warschau. Alle seine Anstrengungen waren darauf gerichtet, den Kaiser von Rußland gegen die Einigungspläne Preußens zu gewinnen, wobei er besonders mit dem Argument wirkte, daß die Berufung eines deutschen Reichstages nichts anderes

---

[1]) Radowitz, „Gesammelte Schriften" II, S. 135: „Schlimme Zeichen gingen der Eröffnung der Wiener Verhandlungen schon voran. Die österreichische Regierung hatte es vorgezogen, statt die Hilfe in den inneren Bedrängnissen der Monarchie da zu finden, wo sie aus dem preußisch-deutschen Anerbieten sofort geflossen, sie von der russischen Macht nachzusuchen." — Über die etwaige preußische Hilfe gegen Ungarn vgl. auch Gerlach, „Denkwürdigkeiten" II, S. 61.

bedeutete als die Anerkennung der Grundsätze der gemeinsam bekämpften Revolution.

III. Radowitz und seine Gegner

Es hing nun alles von der Konsequenz ab, mit der die preußische Regierung an dem Verfassungsentwurfe vom 28. Mai 1849 festhielt. Es lag in der Absicht des Generals von Radowitz, den Sommer des Jahres zur Berufung des der Nation versprochenen Reichstages zu benützen und durch dessen Beschlüsse das Verfassungswerk unter Dach zu bringen. In der seiner Politik gewidmeten Verteidigungsschrift [1]) führt er alle Gründe an, die dafür sprachen, den deutschen Regierungen eine gebieterische Frist zur Annahme der preußischen Vorschläge zu setzen und die Volksvertretung schon im August zu berufen. Er widerlegt alle Argumente, die gegen „ein festes, eisernes Vorgehen auf dieser Linie" sprachen; die Nation, Süddeutschland inbegriffen, wäre dadurch gewonnen worden. Notwendig aber war, wie er weiter darlegt, die sofortige Mobilmachung des ganzen preußischen Heeres und seiner Bundesgenossen, um jede Einmischung in das Verfassungswerk abzuweisen. Österreich, so meint er, hätte Anstand genommen, mit Waffengewalt zu drohen, da es noch in Ungarn und in Italien beschäftigt war.

Diese Vorschläge stießen aber am Berliner Hof auf Widerspruch. Vor allem war der König durch die träumerische Rücksicht auf die Vergangenheit und durch die Abneigung gehemmt, den legitimen Rechten Österreichs wie der deutschen Fürsten nahezutreten. Nun gestand auch Radowitz dem Hause Habsburg ein Ehrenvorrecht zu, aber historische Erfahrung und politische Einsicht sagten ihm, daß man sich für alle Fälle auf die Entscheidung durch die Waffen gefaßt machen müßte. Er glaubte jedoch, dieses Äußerste werde zu vermeiden sein, da er mit einer längeren Dauer der ungarischen Rebellion und selbst mit einem zweiten Feldzuge der Russen und Haynaus gegen Ungarn rechnete. Es wird wohl richtig sein, was seine Gegner in Berlin erzählten, daß er den Ungarn alles Gute

[1]) Radowitz, „Gesammelte Schriften" II, S. 181—187.

wünschte[1]). Bald darauf (20. Oktober 1849) erörterte er mit General von Gerlach, einem Freunde Österreichs, in lebhafter Rede und Gegenrede die Möglichkeiten der Zukunft und hob als eine von ihnen hervor: „Österreich widersetzt sich mit Gewalt dem Bundesstaat: dann ein europäischer Krieg; dazu ist die Majorität des Ministeriums entschlossen." Er würde als praktischer Staatsmann überhaupt nicht mitzählen, wenn er diese Konsequenz seiner Politik nicht in Betracht gezogen hätte.

Es war nun das Verhängnis Preußens, daß die konservative und pietistische Umgebung des Königs die Politik Radowitz' mit äußerster Heftigkeit bekämpfte. Für sie war es Glaubenssatz, daß der Bund mit Österreich und Rußland unter allen Umständen erhalten und gepflegt werden mußte, schon um die Revolution völlig niederzutreten. Ein Krieg zwischen diesen Mächten galt den Konservativen für den Gipfel des Unglücks, für den Beginn des Untergangs der preußischen Monarchie. Die Pläne auf Schaffung eines deutschen Reichstages mit gesetzgebender Gewalt waren der Partei ein Greuel. So dachten die Brüder Gerlach, General Rauch, Rochow, Niebuhr und in der Hauptsache auch Bismarck. Was man den Kampf der Prinzipien nennt, war auch in diesem Falle wesentlich der Ausfluß sozialer Interessen. Denn die preußische Adelspartei hegte die Befürchtung, daß, wenn der König, Radowitz folgend, das deutsche Volk zur Unterstützung seiner deutschen Politik aufrief, neue Schichten der Gesellschaft zur Macht gelangen und die Junker an die Wand drücken würden. Gerade damals aber standen in den preußischen Kammern wichtige Klasseninteressen zur Entscheidung, so die Ablösung der bäuerlichen Lasten, die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Grundsteuerprivilegien der Rittergutsbesitzer und die Kreis- und Gemeindeordnung. Das schnitt tief ins Fleisch, und damit verglichen war die Einheit Deutsch-

---

[1]) Gerlach zum 18. Juni 1849: „Rochow" (kurz darauf preußischer Gesandter in Petersburg) „behauptet, Radowitz wäre entschieden für die Ungarn und wünsche Österreich alles Unglück." Vgl. Gerlach zum 6. Juli 1850. An dieser Stelle erwägt Radowitz die Gründe für und wider eine aktivere Politik im Sommer 1849. Vgl. den Aufsatz von H. v. Peterdorff „J. v. Radowitz und L. v. Gerlach" in der „Deutschen Rundschau" 1906.

lands für die Konservativen ein Ding dritter und vierter Ordnung. Deshalb zogen sie den Ausgleich mit Österreich vor, obwohl Gerlach selbst in seinem Tagebuch zum 1. August 1849 die Bemerkung macht, Österreich befolge eine „kühne, rücksichtslose, unverschämte Politik".

Zwischen diesen Gegensätzen versuchte der Ministerpräsident Graf Brandenburg die Mitte zu halten. Wenn auch konservativ, so war der hochsinnige Mann doch frei von den Vorurteilen, von denen Bismarck sich erst später losmachen sollte. Er stimmte mit Radowitz für die Berufung eines deutschen Reichstags, wenn er auch nicht wie der General ein feuriger deutscher Patriot, sondern in erster Linie Preuße war, der durch dieses Mittel seinen Staat zu größerer Macht emporheben wollte. Er hatte dabei nicht einen Krieg mit Österreich im Auge, sondern friedlichen Ausgleich; denn, so sagte er zusammenfassend zu Gerlach (9. August 1849): „Österreich und Rußland möchten vielleicht zu dem Reichstage ein saueres Gesicht machen, Krieg werden sie nicht machen." Weiter rechts als er standen der Minister des Innern Manteuffel und Freiherr v. Schleinitz, der nach längerem Schwanken mit der Führung der äußeren Angelegenheiten betraut wurde. Schleinitz war im Grunde ein Gegner der Radowitzschen Politik, doch machte er sich, da er zu ihrer amtlichen Vertretung berufen wurde, die Formel zurecht, Preußen könnte nach seinen bisherigen Schritten nicht mehr zurück. Damit war aber die Halbheit selbst ins Amt eingesetzt. So arbeitete Radowitz mit einem Ministerium zusammen, das ihm nur zögernd folgte, und dies auch nur dann, wenn er den König auf seine Seite zog. Das aber gelang ihm nie ganz, da der König zwar die geistigen Gaben seines Freundes bewunderte und einmal sagte, die Vorsehung hätte ihn Preußen zum Geschenke gemacht, ohne daß er aber völlig seinen Ratschlägen folgte. Radowitz war nicht aus dem Holze geschnitzt wie Schwarzenberg und Bismarck und besaß nicht die Gabe, die Menschen durch die Kraft seines Willens fortzureißen. In diesen Tagen des Kampfes fuhr er fort, seine feingemodelten Aphorismen über Gott und die Welt, über Staat und Kirche niederzuschreiben, in denen der Tatmensch nirgends zu Worte

kommt. Er war ein eifriger Katholik, und die Frage, ob außerhalb der alleinseligmachenden Kirche ewiges Seelenheil möglich wäre, bewegte ihn vielleicht inniger als das Problem der Herrschaft über Deutschland.

Alle diese Männer wollten es sich nicht gestehen, daß ihr Beginnen revolutionär war, und doch gedachten sie etwas Neues und Großes an Stelle des überlebten Alten zu setzen. Sie fühlten sich gekränkt, wenn Schwarzenberg und Prokesch ihnen dies vorhielten; besonders der österreichische Gesandte handhabte, weniger aus Überzeugung als aus Politik, den Gedanken- und Wortschatz der reaktionären Partei virtuos, um beim König und bei seinen Ministern den Glauben an die Legitimität ihrer Politik zu erschüttern. Damit erzielte die österreichische Diplomatie auch bei den vor dem Radikalismus zitternden deutschen Höfen eine nicht geringe Wirkung. Vergebens hielten Brandenburg und Radowitz dem entgegen, die Revolution könnte nur überwunden werden, wenn man ihre gesunden Ideen aufgriffe und verwirklichte.

Unter diesen Umständen wählte die preußische Regierung im Sommer und Herbst 1849 einen Mittelweg. Ihr oberstes Prinzip war, die Bundesgenossenschaft der Revolution abzulehnen; man versuchte also den deutschen Höfen begreiflich zu machen, ihr eigener Vorteil heischte den Beitritt zum deutschen Bundesstaate[1]). Dank der günstigen Lage der Dinge erzielte man auch den Beitritt von 27 unter den 35 deutschen Staaten; und wiewohl Bayern und Württemberg fernblieben, so reichte der neue Bund durch den Beitritt Badens doch vom Bodensee bis zu den nördlichen Meeren[2]). Die leitende Behörde des Bundesstaates tagte unter dem Namen Verwaltungsrat in Berlin, und Radowitz wurde einige Monate später zu deren Vorsitzendem

---

1) Radowitz, „Gesammelte Schriften“ II, S. 186 ff. Die ganze Stelle ist zur Charakteristik Radowitz' und des Königs wichtig.

2) Von den 35 deutschen Staaten fehlten Österreich, Bayern, Württemberg, Frankfurt, Liechtenstein, Hessen-Homburg, dann Dänemark (Holstein) und die Niederlande (Luxemburg und Limburg). Die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen verzichteten schon 1849 zugunsten Preußens auf die Souveränität.

ernannt. Die Berufung des Reichstags dagegen wurde noch hinausgeschoben. Mit der Einigung ganz Deutschlands hatte es allerdings seine guten Wege, aber die Verdickung Preußens, das war ein von Metternich damals geprägtes Wort, war im besten Zuge.

IV. Das großdeutsche Programm Österreichs

Mit steigender Erbitterung verfolgte man in Wien die preußischen Erfolge. Je mehr die Früchte des Bündnisses mit Rußland reiften, je sicherer die Unterwerfung Ungarns in Aussicht stand, desto bestimmter wurde die Sprache Schwarzenbergs; an Stelle seiner ruhigen, gemessenen Haltung, so berichtet Bernstorff nach Berlin, trat jetzt Gereiztheit und Aufregung. Am 7. Juli wiederholte der preußische Gesandte den Versuch, ihn zu der Erklärung zu bestimmen, das Wiener Kabinett wäre bereit, Preußen bei der Neubildung des engern Deutschland freie Hand zu lassen. Darauf Schwarzenberg: das wäre unmöglich, da er keine Lust hätte, sich — ob solch feiger Politik — von dem früher oder später einzuberufenden österreichischen Reichstage hinausjagen zu lassen; das nämlich würde er selbst mit einem Minister tun, der sich dies zuschulden kommen ließe. Schwarzenberg beschwerte sich besonders darüber, daß, als österreichische Truppen aus Vorarlberg nach Baden zur Unterdrückung des Aufstandes einrücken wollten, der Prinz von Preußen Protest dagegen einlegte; das Berliner Kabinett wollte das Land eben vollständig in der Hand haben. Als Bernstorff dies damit rechtfertigen wollte, daß der Großherzog bloß die Preußen zu Hilfe gerufen hätte, die Österreicher dagegen könnten, wenn sie wollten, in Württemberg Ordnung machen, rief Schwarzenberg aus: „Aber sind wir denn so weit schon gekommen? Das eine ist ja Bundesgebiet so gut wie das andere!" Und er fügte hinzu: „Wir werden nächstens auf einander schießen!" Und obwohl er nach einer scharfen Erwiderung Bernstorffs wieder einlenkte, so hatte dieser von da ab den Eindruck, daß sich die Dinge zum Kriege zuspitzten.

Die Lage wurde immer ernster, wie auch aus der feind-

seligen Sprache der in Wien beglaubigten Diplomaten der kleineren deutschen Staaten hervorging. Es war nun von Wichtigkeit, daß Schwarzenberg am 6. August wieder nach Warschau reiste, und Bernstorff hielt es für so gut wie gewiß, daß die Begegnung mit dem Zaren nicht bloß dem gemeinsamen Feldzuge in Ungarn, sondern auch den deutschen Angelegenheiten galt; offenbar warb Schwarzenberg um die Unterstützung des Zaren gegen die preußische Politik. Der Zar jedoch, dem der gemeinsame Kampf gegen die Revolution die Hauptsache war, mahnte beide Teile zur Mäßigung, und die Spannung zwischen den deutschen Großmächten verringerte sich [1]).

Immer günstiger gestalteten sich die Dinge für Österreich. Die Entscheidung trat mit der Waffenstreckung des ungarischen Heeres bei Vilagos am 13. August ein, eine Woche nachdem Österreich (6. August) Frieden mit Sardinien geschlossen hatte. In den letzten Tagen des Monats zogen die kaiserlichen Truppen auch in Venedig ein, und am 27. September fiel Komorn, die letzte Zuflucht des ungarischen Aufstandes. So sehr Schwarzenberg jedoch innerlich danach brannte, Preußen die wiedergewonnene Macht Österreichs fühlen zu lassen, legte er sich doch noch Zurückhaltung auf. Erst mußten die durch Krieg und Revolution geschlagenen Wunden heilen, vor allem die durch den Abfall der magyarischen Truppen gestörte Organisation der Armee wieder hergestellt werden. Dazu kam, daß das Wiener Kabinett bei einem Zusammenstoße mit Preußen bisher auf den Beistand Rußlands nicht zählen konnte; und das war für Schwarzenbergs kaltblütige Erwägung entscheidend.

Seitdem Kaiser Nikolaus ohne eigennützige Nebenabsicht Österreich bei der Überwältigung Ungarns geholfen hatte, galt er mehr denn je als Schutzhort des monarchischen Prinzips in Europa. Alle Welt war gespannt, welchen Schiedsspruch er

---

[1]) Schwarzenberg begründete seine zuwartende Haltung im Gespräche mit dem päpstlichen Nuntius durch folgende Charakteristik der österreichischen Politik: „Nous avons beaucoup de la nature de l'âne; nous avons la peau dure, nous sommes lents, têtus et tenaces.“ So erzählte der Nuntius Viale Prelà dem preußischen Gesandten, wie dieser am 14. August nach Berlin berichtete.

über Deutschland fällen werde. Es war etwas Großartiges in seiner Stellung auch in dieser Angelegenheit. Die Höfe von Wien und Berlin bemühten sich um ihn, er aber suchte daraus keinen Vorteil zu ziehen, sondern richtete sich bloß nach den ihn leitenden Grundsätzen. Der Zar sah alles Heil in einem Schutz- und Trutzbündnis der Monarchien gegen die Demokratie und wünschte deshalb Frieden zwischen Österreich und Preußen. Es war ihm sympathisch, daß die österreichische Regierung mit der Revolution kein Federlesens machte, und es erregte sein Mißfallen, daß Preußen vor den liberalen Ideen oder, wie man sich damals an den Höfen ausdrückte, vor der Revolution seine Verbeugung machte. Er forderte deshalb von seinem Schwager, dem König von Preußen, mit Bestimmtheit das Verlassen dieses Weges. Im Kernpunkte des Streites zwischen Österreich und Preußen verhielt er sich dagegen völlig unparteiisch. Er hatte nichts dagegen, daß sich Preußen durch Angliederung der kleinen Staaten vergrößerte, wie er auch der Entfaltung der österreichischen Herrschaft in Italien nicht im Wege stand. Da die kleinen Fürsten Deutschlands sich gegen die Revolution ohnmächtig erwiesen hatten, so billigte er es, daß Preußen sie unter seine Fittiche nahm. Nur mußten nach dem Wunsche des Zaren auch hier Verfassung und Parlament völlig beiseite bleiben. Zum preußischen Gesandten General v. Rochow sagte er: Parlamente in Deutschland und auch in Preußen wären bedenklich für alle Throne. Sein Land, so fügte er hinzu, grenze in weiter Ausdehnung an Österreich und Preußen; je demokratischer dort die Einrichtungen wären, desto größer die Gefahr für Rußland. Er streite daher für den eigenen Herd, wenn er seine Besorgnisse den Nachbarn zu erkennen gebe [1]). Deshalb besonders war ihm die Radowitzsche Politik und damit die Verfassung vom 28. Mai ein Dorn im Auge. Dem preußischen Gesandten hielt er ganze Vorlesungen über ihre Schädlichkeit und Unhaltbarkeit. Er stellte sich hierbei völlig auf den österreichischen Standpunkt; der von Preußen begründete Bundesstaat, so sagte er, stünde mit der Bundesakte von 1815 im Widerspruch und würde den Deutschen Bund

[1]) Bericht Rochows vom 13. Dezember 1849. (Preußisches Staatsarchiv.)

völlig sprengen. Österreich aber könne und werde seinen Einfluß auf Deutschland nicht ohne Kampf aufgeben. Auch er als Hüter des europäischen Vertragsrechtes mißbillige das Vorgehen Preußens[1]). In diesen Unterredungen widersprach er sich mitunter, da ihm die Formen des deutschen Bundesrechtes nicht geläufig waren. Auch begnügte er sich mit dem Aussprechen und der Entwicklung von Lehrmeinungen, ohne aus ihnen praktische Konsequenzen zu ziehen, und erklärte stets, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischen wolle. Er erging sich in Ratschlägen zur Versöhnlichkeit, die er beharrlich und gebieterisch ebenso nach Wien wie nach Berlin schickte. Seine Worte waren barsch, aber seine Handlungen auch Preußen gegenüber versöhnlich.

Angesichts dieser Stimmung des Zaren hatten seine Gesandten im Auslande einigen Spielraum. Sein Vertreter in Wien, Graf Medem, bewunderte Schwarzenberg als Sieger über die Revolution und berichtete nach Petersburg in österreichischem Sinne. Anders Freiherr v. Meyendorf in Berlin, der die mittlere Linie einzuhalten glaubte, indem er sich eine eigene Formel zur Lösung der deutschen Frage zurecht legte. Er verwarf ganz im Sinne des Zaren die liberale Verfassung vom 28. Mai, aber er sprach einem Bundesstaate mit monarchischer preußischer Spitze das Wort. Er fand, daß einem konservativ regierten Preußen die Führung des engeren Deutschland gebührte und früher oder später in den Schoß fallen müßte. Prokesch war deshalb mit ihm sehr unzufrieden. Sie standen persönlich auf bestem Fuß, konnten sich aber im Hauptpunkte nicht einigen. Meyendorf fand, der österreichische Gesandte trete zu schroff auf, während Prokesch darüber klagte, daß der Russe der preußischen Politik die Wege ebnete. Denn Meyendorf bekämpfte zwar die Radowitzschen Ideen; so oft aber eine Maßregel in ihrem Sinne ins Leben gesetzt wurde, verlangte er von Österreich, es solle um des Friedens willen die vollzogene Tatsache anerkennen. Aus der Haltung Meyendorfs schöpfte die preußische Regierung die Beruhigung, daß Ruß-

---

[1]) Bericht Rochows vom 8. Januar 1850.

land ihr bei der Bildung des Bundesstaates nicht feindselig in den Weg treten werde.

Übrigens war Schwarzenberg auch in Wien noch nicht vollständig Herr der Lage. Sowohl bei Hofe wie unter den Ministern überwog Friedensstimmung, und ein neuer Krieg schien bedenklich, selbst unmöglich. Der beste Kenner der deutschen Verhältnisse, Handelsminister Bruck, sprach mit Wärme für einen Vergleich mit Preußen, entsprechend dem Kräfteverhältnisse der beiden Mächte. In der kaiserlichen Familie herrschte die Empfindung des Dankes für die Zurückhaltung, welche sich der König von Preußen während der Revolution auferlegt hatte. Man mußte sich sagen, daß bei weniger gutem Willen des Königs die Verlegenheiten der österreichischen Monarchie ins Ungemessene gewachsen wären. Das war auch die Ansicht des Kaisers Nikolaus, und selbst der päpstliche Nuntius hielt die österreichisch-preußische Uneinigkeit für eine Schädigung der gemeinsamen konservativen Interessen. Dieses Gefühl dynastischer Solidarität wurde besonders von den drei bayerischen Schwestern, den Königinnen von Preußen und Sachsen und der Mutter des Kaisers von Österreich, genährt. In dieser Auffassung war Kaiser Franz Joseph erzogen worden, und es sollte sich im entscheidenden Augenblicke zeigen, daß er darin mehr seiner Mutter als seinem Ministerpräsidenten folgte. Der junge Kaiser ließ dem Fürsten zwar in der Führung der Geschäfte im ganzen freie Hand, doch so, daß Schwarzenberg immer eine mäßigende Einwirkung aus der Hofburg zu fühlen bekam. Es geschah nicht ganz nach dem Willen des Fürsten, daß die drei hohen Schwestern eine Zusammenkunft der Herrscher verabredeten, die vom 9. September ab in Teplitz und in Pillnitz stattfand. Der Kaiser von Österreich und die Könige von Preußen und Sachsen waren hiebei nicht von ihren Ministern begleitet, auch war von Politik unter ihnen nur im allgemeinen die Rede. In Berlin jedoch verbreitete sich das Gerücht, der Kaiser hätte die Anerkennung des preußisch-deutschen Bundesstaates durch Österreich in Aussicht gestellt. Das widersprach so sehr der Politik Schwarzenbergs, daß er Prokesch den gemessenen Auftrag erteilte, diese Nachricht amtlich wie in der Gesellschaft als falsch zu be-

zeichnen. Der Kaiser, so schrieb er ihm, habe zu Teplitz seinem Wunsche nach Verständigung Ausdruck gegeben, nicht mehr [1]). Es sollte nicht den Anschein haben, daß die kaiserliche Familie eine andere Politik triebe als der Minister des Äußern.

Alle diese Gründe wirkten zusammen, um Schwarzenberg zu bestimmen, die Saiten nicht schärfer zu spannen. Es war übrigens für beide Kabinette mißlich genug, daß der Deutsche Bund, dessen Bestehen zwischen ihnen nicht in Frage stand, kein gemeinsames Organ mehr hatte. Abgesehen von allem andern mußte doch für die Bundesfestungen (Mainz, Rastatt, Ulm, Landau und Luxemburg) gesorgt werden, in denen gemischte Besatzungen lagen, die nicht wußten, unter wessen Befehl sie stünden. Die zum Ausbau der Festungen erliegenden Gelder waren ebenso herrenlos geworden. Der Deutsche Bund besaß eine Kriegsverfassung und die Beiträge der einzelnen Staaten waren nach einer bestimmten Matrikel zu entrichten; da diese jedoch in der allgemeinen Verwirrung nicht einflossen, so liefen Schulden auf. Das Frankfurter Parlament hatte auch eine kleine Flotte geschaffen, und man konnte die Schiffe nicht verfaulen lassen. Das Bundespalais in Frankfurt und das Archiv daselbst waren ebenso herrenlos, wenn der Reichsverweser nicht mehr Anerkennung fand.

Da sich nun die Beziehungen zwischen Berlin und Wien etwas besserten, empfahl es sich, wenigstens auf diesem eng begrenzten Gebiete eine Einigung zu versuchen. Der Erzherzog-Reichsverweser war amtsmüde geworden und drängte selbst auf Ablösung; er ließ den beiden Kabinetten daher durch seinen Unterstaatssekretär Biegeleben vorschlagen, eine *provisorische deutsche Zentralbehörde* ins Leben zu rufen, ausschließlich zur Leitung der oben genannten Angelegenheiten; die großen Fragen wollte man später lösen [2]). Wir wissen, daß das Berliner

---

[1]) Auf dem Konzept der Depesche Schwarzenbergs an Prokesch vom 21. September steht die Randbemerkung von des Kaisers Hand: „Ganz gut. Franz Joseph." (Wiener Staatsarchiv.)

[2]) Zwiedinek-Südenhorst, „Eine deutsch-österreichische Bundesakte" in den „Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung" 1909, 1. Heft.

Kabinett im Sommer die Zentralgewalt in Deutschland für sich allein in Anspruch genommen hatte; seitdem war man jedoch in Berlin bescheidener geworden und ging auf die vom Erzherzog empfohlene Zweiherrschaft ein. Auch sonst wich Preußen zurück, doch sah Bernstorff, der die Unterhandlungen führte, anderseits darin einen Erfolg, daß das Wiener Kabinett für die Zentralbehörde, die an Stelle des Reichsverwesers treten sollte, die Gleichberechtigung Preußens mit Österreich zugestand. Deshalb schloß Bernstorff am 30. September das Übereinkommen auf eigene Verantwortung ab, und es wurde, wenn auch zögernd, in Berlin genehmigt. Es galt jedoch nur bis zum 1. Mai 1850 und führte deshalb den Namen Interim; bis zu dieser Frist sollte das Definitivum, also die Verfassung der Nation, fertiggestellt werden. In die Kommission wurden für Österreich Freiherr v. Kübeck und General v. Schönhals, für Preußen General v. Radowitz und Oberpräsident Bötticher entsendet.

Am 20. Dezember legte Erzherzog Johann die Reichsverweserschaft nieder. Er hatte sich in den verworrensten Verhältnissen, sowohl auf dem Höhepunkt der Revolution, wie beim Zusammenbruche des Parlaments, mit gelassener Klugheit benommen; in glücklicher Vereinigung von Würde und Einfachheit waltete er seines undankbaren Amtes. Vom April 1849 an sehnte er sich nach dem Rücktritt, harrte aber infolge der dringenden Bitten der österreichischen Regierung aus, um zu verhindern, daß der König von Preußen sich auf seinen Stuhl setzte. Das gemeinsame Vaterland lag ihm am Herzen, doch fühlte er sich vor allem als habsburgischer Prinz [1]).

Schwarzenberg hatte gehofft, das Berliner Kabinett werde sich durch das Abkommen bestimmen lassen, auf die Berufung eines deutschen Parlaments zu verzichten. Das war aber nicht der Fall. Radowitz war mit dem Vertrag vom 30. September anfangs nicht einverstanden, tadelte das Vorgehen Bernstorffs

[1]) Bernstorff berichtete nach Berlin, der Kaiser habe dem Erzherzog nach seiner Rückkehr aus Frankfurt die Auszeichnung freigestellt, die er ihm in Anerkennung seiner Verdienste gewähren wollte; der Erzherzog erwirkte die Ernennung seiner Gemahlin, der Freifrau von Brandhof, zur Gräfin von Meran.

und hätte es gerne gesehen, wenn die Ratifikation versagt worden wäre[1]). Wenn er auch damit nicht durchdrang, so gelang es ihm anderseits, den König zu bestimmen, sein früher verpfändetes Wort einzulösen und im Sinne der Verfassung vom 28. Mai vorzugehen. Der König ließ also im Verwaltungsrate des Bundesstaates beantragen, den Reichstag endlich zu berufen. Da nun zeigte es sich, daß wichtige Genossen des Bundes wankend geworden waren. Sachsen und Hannover widersprachen und beriefen, da sie mit ihrer Ansicht nicht durchdrangen, ihre Bevollmächtigten aus dem Verwaltungsrat ab. Am 19. Oktober beschloß diese Körperschaft jedoch mit allen übrigen Stimmen die Ausschreibung der Wahlen auf den 15. Januar 1850; der Zeitpunkt des Zusammentrittes des Parlaments, das in Erfurt sich versammeln sollte, wurde noch nicht festgestellt. So war der Bund zwar zusammengeschmolzen, der König meinte aber zum russischen Gesandten, die kleineren Staaten würden bleiben, da sie nicht anders könnten.

Die Ausschreibung der Wahlen wurde in Wien als Herausforderung angesehen, und dieses Gefühl herrschte auch an den vier königlichen Höfen vor. Preußen gebärdete sich als deutsche Vormacht und berief eine Vertretung der Nation; es warb über die Köpfe der Regierungen hinweg um die öffentliche Zustimmung zu seinem Werke. Das war für Österreich und die vier Könige eine Gefahr. Kam ein Parlament dieser Art zustande, dann war es, wie der Wiener Hof in einer Reihe von Depeschen hervorhob, ein Werkzeug der Propaganda in der Hand Preußens, um den Ausschluß Österreichs aus Deutschland zu betreiben. Indem

[1]) Das Berliner Kabinett veröffentlichte den Vertrag vom 30. September in einer Form, die seinen Rückzug maskieren sollte; Prokesch gab seine Zustimmung. Damit war Schwarzenberg nicht einverstanden. Wenn die preußische Regierung, so schrieb er an Prokesch, hinterher den Abschluß bereue, so stehe es ihr frei, dies zu erklären und sich dadurch „gründlich zu blamieren". Dann fuhr er in der Weisung an Prokesch fort: „Nach meiner Überzeugung wird ein Einverständnis mit Preußen erst aus der Not hervorgehen, wenn die so emsig geschürten Gluten in hellen Flammen ausschlagen und man unseres Beistandes zum Löschen bedürfen wird. Daher Besonnenheit, Mäßigung und Milde in den Formen, aber keine zu große Nachgiebigkeit mehr."

man also über die revolutionäre Politik des Berliner Kabinetts klagte, verteidigte man nicht sowohl konservative Grundsätze als die eigene Machtstellung. Noch war aber nicht daran zu denken, Preußen jetzt schon vor die Spitze des Schwertes zu fordern. Man mußte sich zunächst mit diplomatischer Abwehr begnügen, und dabei entfaltete die österreichische Politik einen bemerkenswerten Reichtum an Auskunftsmitteln, die immer wieder dem einen Zwecke, der Sprengung des preußischen Bundes, dienten.

Vor allem betrieb das Wiener Kabinett die Einigung mit den Königreichen Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, um einen Damm gegen die Hegemoniebestrebungen Preußens aufzurichten. Wir kennen bereits (Bd. I, S. 177, 193) die für diese Höfe verlockende Absicht Schwarzenbergs, ganz Deutschland in sechs Kreise zu teilen, deren Leitung den beiden Großmächten und den vier Königreichen anzuvertrauen wäre. Des weiteren wollte der österreichische Minister aus diesen sechs Staaten ein Zentraldirektorium des Deutschen Bundes bilden, was für Österreichs Macht nur förderlich sein konnte. Erhöhung der Mittelstaaten, dieser Freunde Österreichs, auf Kosten der zu Preußen haltenden kleineren Fürsten war damit beabsichtigt.

Gleichzeitig damit trat die österreichische Regierung mit einem Doppelplane hervor, dessen Gelingen die Stellung der Monarchie zu Deutschland völlig verändert hätte. Die gesamte Monarchie sollte in den Deutschen Bund eintreten und ebenso mit allen deutschen Staaten zu einem Zollbunde vereinigt werden. Ein großes Mittelreich entstand dann, welches dem Handel, dem Gewerbfleiße und der Kolonisation der Deutschen ein weites Gebiet bis ans Schwarze Meer und die Adria eröffnete. Österreich gewann damit die militärische Unterstützung des Bundes und bot dafür einen großen Markt für die Produkte der deutschen Industrie.

War um das Ganze ein Zentraldirektorium gespannt, in dem Österreich den Vorsitz führte, so besaß das 70-Millionen-Reich nach dem Plane Schwarzenbergs auch eine kräftige Bundesgewalt und mußte so der Schwerpunkt des europäischen Staatensystems werden. Es wäre dem Geist der Zeit entsprechend gewesen, dieser Behörde auch eine Volksvertretung zur Seite zu

setzen; das aber lag durchaus nicht in der Absicht Schwarzenbergs. Er nahm an, die Nation werde sich mit der Erhöhung ihrer politischen Macht und mit dem wirtschaftlichen Aufschwunge zufrieden geben und auf ein deutsches Parlament verzichten.

Ein umfassender Reformplan also, nicht bloß die leere Erneuerung der Bundesakte von 1815. Der Eckstein des Ganzen war die Vereinigung von ganz Deutschland und Österreich zu einer großen Handels- und Zollunion. Brucks Entwürfe dazu sind uns bereits bekannt (Bd. I, S. 303 bis 305), sie wurden in einem Artikel der Wiener Zeitung vom 26. Oktober und in der Denkschrift vom 30. Dezember 1849 niedergelegt. Er wollte den Gegensatz zwischen der großdeutschen und der kleindeutschen Idee „von ihrer ökonomischen Basis" weg ausgleichen; wäre erst die handelspolitische Einigung der Nation vollzogen, so würden sich, wie er glaubte, die übrigen Verwicklungen von selbst lösen. Denn diese Union eröffnete die Aussicht auf die ökonomische und politische Herrscherstellung Deutschlands in Europa. Bruck bereitete übrigens durch Handelsverträge mit Parma und Modena auch eine italienische Zollunion mit Österreich vor; und er glaubte vorauszusehen, daß ebenso die Schweiz, die Niederlande und Belgien sich dem zollgeeinten Mitteleuropa anschließen würden. Es lag auf der Hand, daß dieses Mittelreich maßgebenden Einfluß auch auf die Balkanländer gewinnen müßte. Gelang die wirtschaftliche Union aller deutschen Stämme, so waren die Slawen und Magyaren der Monarchie unauflöslich an die deutsche Bildungswelt geknüpft. So überschüttete Bruck Deutschland in seinen Denkschriften mit einer Fülle von Ideen, und die Nation wurde in eine sie lebhaft bewegende Debatte hineingezogen. Seit Joseph II. geschah es zum ersten Male, daß die politische Gedankenwelt der Deutschen von Wien aus befruchtet wurde [1].

Die Männer, die nach 1848 an der Neugestaltung Österreichs arbeiteten und es zu einem Einheitsstaate umformen wollten, waren sich darüber klar, daß ihr Werk mit der Macht-

---

[1]) Einzelne Abschnitte der obigen Darlegung sind des Verfassers Aufsatz „Österreichisch-deutsche Zollunionspläne 1849—1853" entnommen, der in der „Österreichischen Rundschau" vom 1. Oktober 1910 erschien.

stellung der Monarchie in Deutschland stehe und falle. Darin waren Fürst Schwarzenberg, Bach, Bruck und Schmerling einer Meinung. Losgelöst von seinem Mutterboden konnte Österreich Magyaren und Slawen nicht in dem einheitlichen Kultur- und Staatsbau festhalten. Es lag jedoch in dem ganzen Unternehmen ein gewisser Widerspruch. Denn nach der zentralistischen Verfassung vom 4. März 1849 (gültig für die gesamte österreichische Monarchie) wurden die deutschen Bundesländer mit Ungarn, Galizien und Oberitalien zu einem einheitlichen Reiche verschmolzen, innerhalb dessen eine Scheidung zwischen den deutschen und den nichtdeutschen Gebieten nicht mehr bestand; ein gemeinsamer Reichstag zu Wien, eine gemeinsame Verwaltung sollte sie alle umschlingen. Damit war es den deutsch-österreichischen Bundesländern unmöglich gemacht, mit dem übrigen Deutschland einen festeren Verein einzugehen. Das war es, was die Fürsprecher preußischer Vormacht in Deutschland als stärkstes Argument für die Bildung eines von Berlin zu leitenden Bundesstaates anführten; immer kamen die preußischen Minister und Radowitz in ihren Verhandlungen mit der österreichischen Regierung darauf zurück. Sie erklärten, das durch das Bündnis vom 26. Mai 1849 begründete deutsch-preußische Reich wäre eine notwendige Folge der österreichischen Einheitsverfassung vom 4. März. Über diesen Widerspruch nun wollten die österreichischen Staatsmänner durch eine vollständige Umformung ganz Mitteleuropas hinwegkommen; durch die Aufnahme der Gesamtmonarchie in den Deutschen Bund und in den Deutschen Zollverein kam man zu einem einheitlichen Grundplan. Konnte dies durchgesetzt werden, so war es überflüssig, die uralte staatsrechtliche Querlinie zwischen Deutsch-Österreich und Ungarn auch fernerhin bestehen zu lassen. Die ganze Konzeption rührte von dem österreichischen Handelsminister her, der innerlich ganz bei der Sache war, während Schwarzenberg bei der Ausführung mehr die Bedürfnisse des diplomatischen Spiels im Auge behielt. Auch lag es in der ganzen Auffassung des Fürsten, daß ihm der Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund das Wichtigere war, während Bruck sich um so feuriger für die große deutsche Zolleinigung bemühte. Dieser

letztere Plan war von Schwarzenberg mehr als Gegenschlag wider die preußischen Bestrebungen gedacht: die Nation sollte sehen, daß die österreichische Macht ihr eine wirtschaftspolitische Weltstellung zu bieten vermöchte, nicht eingeengt durch die Grenzen des preußischen Kleindeutschland.

V. Das Vierkönigsbündnis gegen Preußen

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Umwälzung nur durch einen siegreichen Krieg durchzusetzen war. Dies besonders deshalb, weil keinerlei Gegengabe für Preußen in Aussicht genommen wurde und Schwarzenberg hochfahrenden Sinnes nichts gewähren, alles durchsetzen wollte. Das ist der Charakter schon des ersten seiner diplomatischen Vorstöße, des Protestes nämlich, den Österreich gegen die preußisch-deutsche Reichsverfassung erhob. Dieser Protest, niedergelegt in den sich ergänzenden Depeschen vom 16. und vom 28. November, ist nach Form und Inhalt für die Diplomatie Schwarzenbergs gleich bezeichnend. In der Note vom 28. November wurde das Vorgehen Preußens vertragswidrig genannt, da Änderungen an der deutschen Bundesakte von 1815 nur mit Zustimmung aller deutschen Regierungen gestattet wären. Der nach Erfurt berufene „deutsche Reichstag" bedeute für die abseits stehenden, dort nicht vertretenen Staaten eine Drohung und eine Gefahr. Sollte dadurch die Ruhe und Ordnung in Deutschland gestört werden, dann werde Österreich diesen Gefahren mit aller Entschiedenheit und der ihm zu Gebote stehenden Macht entgegentreten.

Das klang wie ein Trompetenstoß. War diese kriegerische Ankündigung auch ernst gemeint? Doch nicht ganz. Denn Prokesch erhielt den Auftrag, gleichzeitig mit dem Protest eine zweite Note zu übergeben, die viel ruhiger, selbst freundschaftlich gehalten war; sprach sie doch die Zuversicht aus, „daß die bisher so glücklich bewährten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Höfen, deren Fortdauer von höchstem Wert sei, trotz der Meinungsverschiedenheiten ungetrübt werden erhalten werden". Danach waren die Drohungen der ersten Note nicht

viel mehr als Theaterdonner und ihr eigentlicher Zweck lag auf der Hand: sie wurde allen deutschen Höfen mitgeteilt, um ihnen den unwiderruflichen Entschluß Österreichs in der Verfassungsfrage bekannt zu geben. Die Wirkung blieb auch nicht aus, indem Bayern sich dem Protest anschloß.

Wichtiger als dieses diplomatische Vorpostengefecht waren die Aufrufe, die Bruck zur selben Zeit an die deutsche Nation richtete, um sie mehr und mehr für den Plan einer mitteleuropäischen Union zu gewinnen. Österreich wandte sich mit seinen Denkschriften zuerst an die breite Öffentlichkeit und dann erst an die Regierungen, was ein Bruch mit engherzigen Traditionen war und deshalb allgemeines Aufsehen erregte. Große wirtschaftliche Korporationen in Deutschland sprachen sich zustimmend aus, auch ein guter Teil der Presse, die „Allgemeine Zeitung" voran, stritt für die Zolleinigung mit Österreich. Selbst Heinrich v. Gagern, der Vorkämpfer für die staatliche Hegemonie Preußens, erklärte sich mit dem handelspolitischen Zusammenschluß einverstanden. Dagegen behaupteten die Anhänger Preußens, es wäre Österreich nicht ernst damit, da seine Industrie die Konkurrenz der deutschen nicht auszuhalten vermöchte; es wäre doch nur auf Störung und Sprengung des Zollvereins abgesehen. Aus der der Öffentlichkeit übergebenen Denkschrift Brucks vom 30. Dezember ging aber deutlich hervor, daß es nicht auf die Bekämpfung Preußens, sondern auf die Einigung mit ihm abgesehen war. Denn darin wurde die Führung dieser Macht im Zollverein ohne Rückhalt anerkannt. Es wurde vorgeschlagen, nach Frankfurt eine Zollkonferenz zu berufen, um die vorbereitenden Maßregeln für die Durchführung des großen Planes zu vereinbaren; in dieser Konferenz sollte aber nur Österreich, dann Preußen als Wortführer für den Zollverein und endlich die außerhalb dieses Vereins stehende nordwestdeutsche Gruppe durch Hannover vertreten sein.

Hier jedoch kreuzten sich die Absichten Brucks mit den abweichenden des Fürsten Schwarzenberg. Dieser war sich, als er die Denkschrift Brucks hinausgehen ließ, der Tragweite des Vorschlags nicht ganz bewußt. Bei den deutschen Mittelstaaten jedoch, besonders in München, Dresden und Stuttgart erregte

es Verstimmung, daß sie von der vielverheißenden Frankfurter Konferenz ausgeschlossen sein sollten, daß Preußen daselbst für sie wie für alle Zollvereinsstaaten Wort und Stimme zu führen hätte. Nun aber waren die Mittelstaaten wichtige Steine im Spiele Schwarzenbergs, der ihre Eifersucht gegen Preußen wachhielt und sie auch zollpolitisch der preußischen Führung entziehen wollte. Gerade damals regte das Wiener Kabinett bei den vier königlichen Höfen die Bildung eines Gegenbundes wider den preußischen Bundesstaat an, und Schwarzenberg handelte nur folgerichtig, als er, in Abänderung des Vorschlages der Bruckschen Denkschrift, am 26. Januar 1850 eine Note an die deutschen Regierungen richtete, in der sie alle ohne Ausnahme zur Zollkonferenz nach Frankfurt geladen wurden. Damit war der Zollverein als Einheit völlig beiseite geschoben. Das konnte Preußen nicht hinnehmen, und da es den Eintritt Österreichs in den Deutschen Zollbund ohnedies mit scheelen Augen ansah, lehnte es am 28. Februar die Einladung zur Frankfurter Konferenz ab.

Innerhalb der österreichischen Regierung liefen also zwei Strömungen nebeneinander her. Wohl war der Gesamtplan, wie er der politischen Eingebung Brucks entsprang, beiden gemeinsam, aber Schwarzenberg wollte ihn auf einem anderen Wege durchsetzen als ihr Urheber. Der Handelsminister schlug vor, Preußen durch Gegengaben zu gewinnen, während Schwarzenberg durch den Bund mit den Mittelstaaten und durch russische Hilfe Preußen niederhalten und in das europäische Zentralreich hineinzwingen wollte. Die Gewaltnatur des Fürsten drängte zur Entscheidung durch die Waffen; der weitblickende Reeder und Großkaufmann aus Triest wendete ein, daß für die Macht und Größe Österreichs besser dadurch gesorgt wäre, daß der mitteleuropäische Handelsbund friedlich begründet würde. Bruck ging noch weiter, indem er Preußen auch das Recht einräumen wollte, die von ihm gegründete politische Union beisammenzuhalten, wenn dieser Verein sich nur dem großdeutschen Bunde einordnete.

In einer Reihe von Berichten setzte der preußische Gesandte Graf Bernstorff seine Regierung in Kenntnis von diesem Sachverhalt. Nach einem Gespräche mit Bruck stellte er am 4. Januar

1850 fest, daß, während Schwarzenberg zusammen mit den königlichen Höfen feindselig gegen Preußen vorging, auf der anderen Seite im österreichischen Ministerium eine gemäßigte Partei bestünde, mit der man wohl zur Einigung gelangen könnte. Am 5. Februar meldete er, Bruck habe ihm gesagt, er halte es für das wichtigste, sich mit Preußen über die Zollfrage zu einigen; im Vergleiche damit besäße die beantragte Frankfurter Zollkonferenz einen geringen Wert. Bernstorff behauptete, Schwarzenberg werde von Bach in seinem Mißtrauen gegen Preußen bestärkt, ja er schreibt diesem den Hauptanteil an der Politik des Wiener Kabinetts zu[1]). Und am 9. März stellt er fest, daß die Schwarzenberg-Bachsche Politik den Sieg über die gemäßigte Fraktion des Ministeriums davongetragen hatte. Der Gesandte selbst riet seiner Regierung wiederholt, Anträge nach Wien gelangen zu lassen, welche, unter Festhaltung der Herrschaft Preußens in Norddeutschland, dem großdeutschen Gesamtplane willfährig wären. Er fand, daß ein Ausgleich dieser Art Preußen eine wünschenswerte Verstärkung brächte[2]).

Schwarzenberg, der dank seiner überragenden Stellung innerhalb der Regierung jeden anderen Einfluß zurückdrängte, schritt auf seinem Wege rüstig vorwärts. Den Mittelstaaten in der Behandlung der Zollfrage entgegenkommend, stellte er ihnen auch vor, wie wichtig es wäre, wenn die großdeutsche Partei nicht bloß ein handelspolitisches Programm, sondern auch einen Plan zur politischen Reform des Deutschen Bundes vorbrächte; man dürfe sich nicht ausschließlich in der Negation bewegen. Deshalb drang er darauf, die von der österreichischen Regierung verbreiteten Ideen zum Gegenstande einer ernsten Aktion zu machen, sie vor allem in einem förmlichen deutschen Verfassungs-

---

[1]) Bericht vom 23. Februar. Bernstorff spricht öfters von der gemäßigten Fraktion des Ministeriums, zu der er im Dezember 1850 auch Schmerling rechnete.

[2]) Ausführlich wird dies im Berichte vom 5. Februar 1850 erörtert, unter den der König die Worte setzte: „Ich wünsche Herrn v. Radowitz' Urteil über Graf Bernstorffs Vorschläge kennen zu lernen. F. W." Bernstorffs Vorschläge drangen aber nicht durch, und Radowitz behielt mit seinen Plänen die Oberhand.

entwurfe niederzulegen. Im Mittelpunkt sollte die Einsetzung eines Direktoriums stehen, das den Königreichen bedeutende Vorteile bot. Nur empfahl er in diesem Stadium, den sechs Stimmen (Österreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg) noch eine siebente hinzuzufügen und sie den beiden Hessen zu übertragen, weil er sie von dem preußischen Bündnisse weglocken wollte. Die übrigen 28 Staaten aber sollten so aufgeteilt werden, daß diese sieben Stimmen auch in deren Namen votierten. Dieses Gruppensystem war darauf berechnet, die norddeutschen Kleinstaaten wegen ihres Anschlusses an Preußen zu bestrafen. Die bayerische Regierung fand Gefallen an diesem Plane, doch hielt sie gewisse Änderungen für notwendig[1]). So besonders darin, daß man dem Direktorium auch eine Volksvertretung an die Seite setzte, weil sonst die Erwartungen der Nation getäuscht wären. Außerdem wendete der bayerische Minister des Äußern ein, Österreich könnte sich damit begnügen, mit seinen ungarischen und polnischen Ländern in den Deutschen Bund zu treten, Italien aber sollte abseits bleiben. Die Verteidigung Italiens, so meinte er, wäre eine dem Deutschen Bunde nicht zuzumutende Last; dagegen werde die Nation damit einverstanden sein, daß das halbgermanisierte Ungarn ihr als Kolonisationsgebiet eröffnet werde. Schwarzenberg gelang es nun, die Bedenken der bayerischen Regierung in diesem für Österreich wichtigen Punkte zu zerstreuen; anderseits mußte er sich herbeilassen, eine Volksvertretung der Nation zuzugestehen, was ihm nun freilich ganz gegen den Strich ging[2]). So kam man zu einer Einigung. Am 27. Februar wurde zu München ein Vertrag zwischen Bayern,

---

[1]) Am 27. Januar schrieb Schwarzenberg an Prokesch: „So wenig Anklang unsere Idee in der ersten Zeit bei den königlichen Höfen zu finden schien, ebenso eifrig verfolgen sie jetzt das ihnen vorgesteckte Ziel, und Württemberg, welches am längsten gezögert hat, sich an den Beratungen zu beteiligen, drängt jetzt am meisten. Es scheint, daß man jetzt endlich die Zweckmäßigkeit unseres Planes, die Vorteile, welche er verspricht, und die Dringlichkeit des Augenblicks erkannt hat, dessen Gunst kaum je wiederkehren dürfte."

[2]) Schwarzenbergs Anregung, statt des Namens Deutscher Bund den Ausdruck „Österreichisch-Deutscher Bund" zu wählen, gelangte nicht zur Annahme.

Württemberg und Sachsen in diesem Sinne abgeschlossen, dem auch Österreich beitrat. Hannover dagegen ließ sich aus Furcht vor Preußen nicht zum Beitritte herbei, sagte sich aber gleichzeitig in aller Form von dem Bündnisse mit Preußen vom 26. Mai los; es wollte damit seine Neutralität zwischen den beiden Heerlagern zum Ausdruck bringen. Das also am 27. Februar festgestellte Abkommen wurde gewöhnlich das Vierkönigsbündnis genannt und schloß einen Verfassungsentwurf ein. Danach wollte man Deutschland ein Direktorium von sieben Stimmen und eine Volksvertretung von 300 Mitgliedern geben, die aber nicht direkt zu wählen, sondern von den Parlamenten der Einzelstaaten zu bestellen war. Von den 300 Abgeordneten sollten je 100 aus Österreich, aus Preußen und aus dem übrigen Deutschland kommen. Der Hauptwunsch Österreichs war in dem Entwurfe erfüllt: es wurde ihm der Eintritt der Gesamtmonarchie in den Bund wie in den Zollverein offengehalten. Der Entwurf hatte wohl etwas Künstliches, aber die Absicht war erreicht, den Bestrebungen Preußens einen Riegel vorzuschieben. Natürlich versuchte man von Berlin aus entgegenzuwirken: König Friedrich Wilhelm IV. ließ dem Großherzog von Baden sagen, seinem Lande drohe die Teilung zwischen Bayern und Württemberg. Oldenburg, Braunschweig und Bremen glaubten, sie würden als Köder zur Gewinnung Hannovers benützt werden; und Sachsen warf, wie aus den Berichten des Grafen Kuefstein, österreichischen Gesandten in Dresden, hervorgeht, ein Auge auf die thüringischen Herzogtümer. Die Besorgnisse der Kleinstaaten sprachen sich in der Äußerung des Herzogs von Braunschweig aus: „Früher war ich schwarzgelb, jetzt bin ich schwarzweiß." Die Politik Schwarzenbergs ähnelt der Napoleons I. auch darin, daß er der Kleinstaaterei in Deutschland an den Leib gehen wollte, um stärkere Mittelstaaten zu schaffen; auf diese Weise hatte der französische Kaiser die beiden deutschen Großmächte in Schach gehalten. Jetzt sollte dieses Mittel gegen Preußen allein zur Anwendung kommen.

VI. Das Erfurter Parlament

Unterdessen arbeitete das Berliner Kabinett an dem Ausbau der Union weiter und vertiefte dadurch den Gegensatz zu Wien und zu den königlichen Höfen. Mochte Schwarzenberg auch im Hintergrunde den Krieg zeigen, so hielt man in Berlin diese Gefahr nicht für groß, da Österreich durch die Bürgerkriege geschwächt schien. „Man fürchtet keinen Bruch mit Österreich," schrieb Prokesch am 1. Dezember 1849 nach Wien, „weil man es durch die höhere Rücksicht und durch seine innere Lage gebunden hält. Man hat zwar wenige disponible Kräfte und keinen Feldherrn, glaubt sich aber durch die öffentliche Meinung überwiegend stark." Am 29. Januar 1850 schreibt er: „General Radowitz ist der ausschließlich leitende Mann, und ihn leitet Erfurt, an das er seine Ehre und Zukunft verpfändet glaubt." Am 9. Februar meldet er nach einer Mitteilung des russischen Gesandten, Graf Bernstorff habe vor einiger Zeit aus Wien berichtet, von der österreichischen Armee lägen 80 000 Mann in Spitälern und die Finanzen erlaubten durchaus keine Anstrengung. „Daher also die Zuversicht, die ich überall bemerke." Als der preußische Kriegsminister am 11. Februar von den Kammern einen außerordentlichen Kredit von 18 Millionen Talern verlangte, findet Prokesch dadurch die Annahme bestätigt, Preußen sei entschlossen, seine Machterweiterung nötigenfalls auch mit den Waffen durchzusetzen.

Nun war die preußische Regierung nichts weniger als kriegslustig, und der verlangte militärische Kredit diente nur zur Deckung der Auslagen, die durch die Unterdrückung der Revolution in West- und Süddeutschland aufgelaufen waren. Radowitz gab sich alle Mühe, das Wiener Kabinett zu beschwichtigen, und im Gespräche mit Prokesch kam er immer wieder darauf zurück, daß Österreich durch die Anerkennung der preußischen Union nichts verlieren würde, da im weiteren Deutschen Bunde sein Vorrang unangetastet bleiben solle. Die vornehme Persönlichkeit des Generals übte auf Prokesch einen gewissen Reiz, und dieser sprach in einem Briefe an Schwarzenberg (Dezember 1849) den Wunsch aus, der Ministerpräsident möchte die Ansichten Radowitz' einmal aus dessen eigenem Munde hören. Radowitz trat als preußischer Bundeskommissar zu Frankfurt auch mit Kübeck in lebhaften Verkehr, und auch dieser erhielt den Eindruck einer aufrichtigen Annäherung. Im Januar 1850 entwickelte Rado-

witz im Auftrage des Königs dem Freiherrn von Kübeck den uns wohlbekannten Plan, Österreich solle dem engern preußischen Bunde zustimmen, dafür aber die römische Kaiserkrone wie auch Schutz und Beistand ganz Deutschlands erhalten, so oft sein Besitz in Ungarn und in der Lombardei, diesen alten „Lehnreichen Deutschlands", durch Krieg oder Aufstand bedroht wäre. Das klang recht hübsch, wenn auch etwas romantisch; aber in Wien hatte man einigen Grund, anzunehmen, daß Radowitz, mit österreichischen Augen gesehen, nicht so harmlos war, wie er sich gab. Zur Zeit nämlich, als der General im deutschen Parlament saß, erschien ein Abgesandter Kossuths, Szalay, in Frankfurt und trat auch mit Radowitz in Verbindung; dieser nun war so unvorsichtig, Szalay die Aussicht zu eröffnen, die deutsche Zentralgewalt werde die Unabhängigkeit Ungarns anerkennen und einen Gesandten nach Pest schicken. Das berichtete Szalay in die Heimat, seine Korrespondenz fiel jedoch nach Kossuths Flucht in die Hände der österreichischen Regierung. Als nun Radowitz sich in erbaulichen Reden über die Eintracht zwischen Preußen und Österreich erging, ließ ihm Schwarzenberg den Bericht Szalays vorlegen, um ihm zu zeigen, daß man ihm auch jetzt schlimme Dinge zutraue. Radowitz setzte dem gegenüber in einem Briefe an Kübeck vom 5. Februar auseinander, er hätte mit Szalay nur so viel verkehrt wie viele andere Deputierte, und gerade er habe ihm den Anschluß Ungarns an Österreich ans Herz gelegt; man dürfe nicht vergessen, daß Szalay mit einer Beglaubigung des Erzherzogs Stephan nach Frankfurt kam und vom Erzherzog Johann zu einer Zeit empfangen wurde, da Schmerling Reichsminister war [1]).

Die Skepsis des österreichischen Ministerpräsidenten erhielt durch die nächsten Schritte Preußens neue Nahrung. Während des Winters auf 1850 war die preußische Regierung mit schwierigen Verhandlungen über die Revision der preußischen Verfassung in konservativem Sinne beschäftigt. Als sie beendigt waren und der König am 6. Februar den Eid auf das neue Grundgesetz abgelegt hatte, rückte die deutsche Frage wieder an die erste Stelle. Am 16. Februar erschien der Erlaß, durch den das deutsche Parlament für den 20. März nach Erfurt einberufen wurde. Der stolze Name „Reichsversammlung", der dabei gebraucht wurde, war neuer Grund zur Erbitterung in Wien und an den königlichen Höfen.

Die Maßregel stieß nicht bloß auf den Widerspruch des großdeutschen Heerlagers, sondern ebenso der preußischen Konservativen. Sie wurden durch die Radowitzsche Politik immer mehr beunruhigt, denn in ihren Augen war jede parlamentarische Versammlung, auch die von Erfurt, eine Gefahr für die monarchische Autorität, besonders wenn eine liberale Mehrheit in sicherer Aussicht stand. Wohl

---

[1]) Adolf Beer, „Die deutsche Politik des Fürsten Schwarzenberg" im Historischen Taschenbuch 1891, S. 40 ff. Tagebücher des Freiherrn v. Kübeck II, S. 219. — Der Brief Radowitz' vom 5. Februar 1850 liegt dem Berichte Kübecks an Schwarzenberg vom 8. Februar bei. (Wiener Staatsarchiv.)

wünschten auch die Konservativen eine Machterweiterung Preußens, aber ohne Heranziehung einer Volksvertretung. Der König von Preußen, das war ihr Gedanke, möge sich nicht an das Volk, sondern ausschließlich an die Fürsten halten; mit ihnen allein wären Bündnisse in der Art des Zollvereins zu schließen, vorwiegend zu dem Zweck einer Gewinnung des militärischen Oberbefehls über ihre Truppen. Damit war das Festhalten an der Bundesakte von 1815 verträglich; und was ebenso wichtig war, Preußen blieb bei der konservativen Allianz mit Österreich und Rußland.

Im preußischen Ministerium stand die Mehrheit mit dem Präsidenten Grafen Brandenburg auf seiten Radowitz', aber die Minorität wirkte für das konservative Programm. Sie bestand aus Schleinitz, Manteuffel, dem Minister des Innern, und aus dem jüngst ins Amt getretenen Kriegsminister Stockhausen. Dasselbe Verhalten empfahl Graf Bernstorff in seinen Berichten aus Wien.

Diese ihm wohlbekannte Zerfahrenheit bestärkte Schwarzenberg in der Hoffnung, er werde einen Gegner dieser Art niederringen und den preußisch-deutschen Bundesstaat zerstampfen. Er urteilte geringschätzig über all die modernen Verfassungsversuche; wenn er an dem Vierkönigsbündnisse mitarbeitete und zu einer Volksvertretung am Deutschen Bunde seine Zustimmung gab, so geschah es nur, um sich der Mithilfe der Streitkräfte der Mittelstaaten zu versichern, nicht aber um ein Parlament in neuer Auflage ins Leben zu rufen. Das Wiener Kabinett beeilte sich zwar, das neue Bündnis und seine Verfassung vom 27. Februar in einer offiziellen Denkschrift als Anfang der dauernden Einigung Deutschlands zu preisen; das geschah, um Preußen zu ärgern; Schwarzenbergs wahre Meinung dagegen ist in einem vertraulichen Briefe an Prokesch vom 8. März ausgesprochen, der von Hohn über Preußen überfließt, zugleich aber auch den Münchener Entwurf spöttisch und geringschätzig beurteilt.

Dieses Schreiben ist eines der merkwürdigsten aus der ganzen Korrespondenz Schwarzenbergs und einer genauen Lektüre wert[1]). Von dem amtlich und öffentlich empfohlenen Ver-

[1]) Es ist im Anhange zu diesem Bande unter den Briefen des Fürsten Schwarzenberg abgedruckt.



fassungsprojekt vom 27. Februar heißt es: „Der Entwurf selbst enthält manches Absurde und vieles Unnötige, was man aber zur Zeit noch in Deutschland für vortrefflich und wesentlich hält." Doch müsse Österreich, wenn es nicht allein stehen wolle, gewisse „von der Zeit geforderte Bestimmungen und Schlagworte" annehmen: „Es handelt sich darum, etwas festzustellen, und somit haben wir uns herbeigelassen, bis auf einen gewissen Punkt mit den Wölfen zu heulen." Es wäre übrigens am besten, mit Preußen zu einer Einigung zu kommen; so lange jedoch die Leitung der preußischen Politik nicht anderen Händen übertragen wäre, verdiente sie kein Vertrauen. In diesen imperatorischen und zugleich sarkastischen Wendungen geht es weiter. In der deutschen Verfassungsfrage handelte der Fürst nicht aufrichtiger als Preußen, wie gerade dieser Brief bewies: er spielte mit den Problemen der Zukunft Deutschlands Fangball [1]).

Die Vorbereitungen zum Erfurter Parlament machten der preußischen Regierung bei den widerstreitenden Ansichten in ihrem Schoße viel Sorge und führten zu Kompromissen verschiedener Art. Man beschloß, der Versammlung die Verfassung vom 28. Mai, aber auch eine Zusatzakte vorzulegen,

---

[1]) Die österreichischen Diplomaten der alten Schule waren erstaunt, den Fürsten Schwarzenberg unter den Verfassungsprojektenmachern zu sehen. Kübeck konnte sich als österreichischer Bundeskommissär in Frankfurt nicht in die sprunghafte Politik des Ministers finden, um so weniger, da dieser ihn zu seinem Mißbehagen ohne Instruktionen ließ. Metternich, damals noch zu Brüssel lebend, billigte es nicht, daß die österreichische Regierung sich so weit von seinem Werke, der Bundesakte von 1815, entfernte, und schrieb warnende Briefe an Schwarzenberg selbst, an Baron Kübeck, Prokesch und Hübner, um ihnen die Rückkehr zu seinem System zu empfehlen (vgl. darüber Adolf Beer, „Kübeck und Metternich" und die von Max Freiherrn v. Kübeck herausgegebene Briefsammlung „Metternich und Kübeck", Wien 1910). — Auch Hübner, sonst ein Verehrer Schwarzenbergs, verhielt sich gegenüber seiner deutschen Politik ablehnend (vgl. Hübner, „Neun Jahre Erinnerungen", zum 19. März 1851). — Der Zar war natürlich auch mit dem Münchener Projekt (als zu liberal) unzufrieden, sagte aber zum preußischen Gesandten, die österreichische Regierung wäre genötigt gewesen, dem preußischen Bundesstaate etwas entgegenzusetzen; das größere Unrecht läge bei Preußen.

durch welche den Einwürfen der gegnerischen deutschen Regierungen so gut wie möglich begegnet werden sollte. Die vorgeschlagenen Änderungen waren zweifacher Natur. Sie schwächten den liberalen Grundton der Verfassung ab und stärkten die Fürstengewalt; sodann ließ man den unmittelbaren Anspruch auf Gründung eines Deutschen Reiches fallen und gab dem neuen Gebilde den Namen Deutsche Union. Der König von Preußen hieß nicht mehr Reichs-, sondern nur Unionsvorstand; die „Reichsversammlung" wurde zu einem einfachen „Parlament" umgetauft. Doch waren diese Zugeständnisse wieder dadurch aufgehoben, daß in dem Entwurfe gesagt war, die Abänderungen der Verfassung sollten nur so lange gelten, bis alle deutschen Staaten (von Österreich abgesehen) dem neuen Bunde beigetreten wären. Österreich war also dauernd ausgeschlossen, und die vom 28. Mai 1849 datierte Reichsverfassung war als ursprünglich und bleibend gedacht. Die Union dagegen war nur etwas Provisorisches, und Preußen griff über sie hinaus nach der Herrschaft über ein Deutsches Reich.

Es kam nun alles darauf an, ob Preußen die also gewonnene, wenn auch engere Grundlage auch festhalten und die Unionsverfassung nach ihrer Annahme durch das Erfurter Parlament unwiderruflich ins Leben treten lassen werde. Dahin ging die Absicht Radowitz' und weiter auch der Beschluß des preußischen Ministeriums. Der König aber, einen völligen Bruch mit Österreich und dessen Bundesgenossen befürchtend, entschied für einen Aufschub. Das Parlament mochte die Verfassung immerhin zum Beschlusse erheben; dann wollte er sie aber noch nicht in Kraft treten lassen, sondern zuerst den 25 Genossen des Bundes zur Prüfung und Annahme vorlegen. Welch weiter Umweg! Auf diese Weise kam man nie zu Ende. Der König handelte dabei unter dem Eindrucke der Berichte Rochows, dem der Zar seinen Unwillen über das neue deutsche Parlament aussprach. So trat die Erfurter Versammlung am 20. März unter demselben unglücklichen Sterne ins Leben wie fast alle Unternehmungen des geistreichen, aber unschlüssigen Königs. Doch nahm die Versammlung, die bis zum 15. April tagte, einen würdigen Verlauf. Radowitz entwickelte in gehaltvoller

Rede sein Programm und belebte damit die Hoffnungen auf die Einigung Deutschlands. Wohl bekämpfte die konservative Partei unter Führung Stahls und Bismarcks seine Politik als Fortsetzung der revolutionären Taten von 1848; die Liberalen jedoch, mit Heinrich v. Gagern und Camphausen an der Spitze, scharten sich um die preußische Regierung und zeigten so dem König, daß er sich bei einer nationalen Politik auf sie verlassen konnte. Das Parlament stimmte auch den von der Regierung gemachten Vorschlägen bei. Nur in einem Punkte gab die nationale Mehrheit nicht nach. Entgegen dem Ansinnen der Regierung erhob sie zuerst die Verfassung vom 28. Mai unverändert zum Beschlusse, und dann erst nahm sie die abschwächende Zusatzakte an. War diese Abweichung auch nur formeller Natur, so wollte die Mehrheit damit doch sagen, daß die Verfassung vom 28. Mai das Wahrzeichen bleibe für eine glücklichere Zukunft. Indessen lag viel Richtiges in dem spöttischen Urteile Gerlachs über das Verhältnis der beiden Gebilde: der Embryo wäre größer als das Kind. Der König war über den letzten Beschluß des Parlaments verstimmt, doch wurden die Erfurter Beschlüsse von der preußischen Regierung als Grundlage angenommen, und an die Unionsstaaten ergingen Einladungen zur Annahme.

VII. Wiederherstellung der Frankfurter Bundesversammlung

Es war also Schwarzenberg bei allem Schwanken der preußischen Politik nicht gelungen, durch diplomatische Zwangsmittel den Verzicht auf die Union zu erwirken. Während das Übel fortwucherte, setzte das Berliner Kabinett seinen Drohungen die Versicherung freundschaftlicher Gesinnungen entgegen, wich wohl immer wieder um einen Schritt zurück, doch änderte sich nichts an seinen Hauptzielen. Prokesch-Osten meldete ununterbrochen aus Berlin, anders als durch einen Krieg oder durch Kriegsdrohung wäre eine Umkehr Preußens nicht zu erzielen. Der Gesandte selbst riet zur Verständigung, zumal da er Österreich nicht für stark genug hielt, um einen Waffengang zu

wagen[1]). Er wußte damals noch nicht, daß Schwarzenberg der Mann war, es darauf ankommen zu lassen. Aber der wagemutige Minister mußte günstigere Tage abwarten, da die Gewinnung des Kaisers Nikolaus für seine Pläne noch nicht gelungen war. Ohne den Beistand Rußlands aber waren die Flanken Österreichs in Ungarn und in Italien nicht gedeckt. Mißlich war, daß der Zar nicht einmal zum Eintritte der österreichischen Gesamtmonarchie in den Deutschen Bund seine Zustimmung geben wollte. Mochte der Zar auch dem preußischen Gesandten gegenüber die Ereignisse zu Erfurt aufs entschiedenste tadeln, so gab es unter allen, die ihn kannten, nur eine Stimme darüber, daß er sich in die deutschen Verfassungswirren nicht einmischen und seinem Schwager deshalb nicht entgegentreten werde[2]).

Besser als mit Rußland verstand sich das Wiener Kabinett mit den deutschen Mittelstaaten, denn die Höfe zu München, Stuttgart und Dresden waren erfreut, in Österreich eine Stütze gegen die Herrschaftswünsche Preußens zu besitzen. Der König von Württemberg hielt am 15. März eine Thronrede mit so scharfen Ausfällen gegen Preußen, daß der Berliner Hof seinen Gesandten aus Stuttgart abberief. Im Januar entstanden Konflikte zwischen der sächsischen Regierung und ihrer Kammer, was Österreich dazu benützte, um dem Dresdener Hof seine militärische Hilfeleistung gegen einen etwaigen Aufstand anzubieten. Preußen bezeichnete eine Intervention dieser Art als einen Eingriff in sein norddeutsches Machtgebiet, worauf das

---

[1]) So in seinen Berichten vom 26. Februar, 31. März, 1. April. In einem späteren Zeitpunkte, 15. Juni 1850, entwickelt Prokesch folgendes Programm: „Als geschlossenes und zweckmäßig beschränktes Ganzes wird die Union immer noch eine Gefahr für Deutschland sein, aber wenn sie vielleicht eine nicht vermeidliche ist, so sollte sie uns wenigstens den Eintritt mit der Gesamtmonarchie und die aufrichtige Annahme der Zoll- und Handelseinigungsvorschläge eintragen. Mit der Anerkennung einer solchen Union würde auch das Alternat" (im Vorsitze am Bundestage) „in Frankfurt nicht abzuweisen sein . . ."

[2]) Prokesch an Schwarzenberg am 15. und 17. Mai 1850. Bericht Rochows vom 5. April. Auf diesen Ton waren auch die amtlichen Depeschen gestimmt, die das Petersburger Kabinett am 16. März nach Berlin und nach Wien sandte.

Wiener Kabinett jedoch keine Rücksicht nahm, darauf hinweisend, daß Preußen wieder ein süddeutsches Land, das Großherzogtum Baden, besetzt hielt. In Dresden war man glücklich, nicht auf Preußen allein angewiesen zu sein, und der sächsische Hof war der erste, der bereit war, sich mit Österreich zu Schutz und Trutz zu verbinden. Im April wurde der Kriegsminister Rabenhorst nach Prag geschickt und schloß mit dem das böhmische Armeekorps kommandierenden Erzherzog Albrecht ein Abkommen des Inhalts, daß die sächsischen Truppen im Falle eines Krieges gegen Preußen unter den Befehl des Erzherzogs treten sollten; mit Vergnügen gab man in Wien hiezu die Zustimmung [1]). Überhaupt vermehrten sich die Reibungsflächen in Deutschland.

Wichtiger als diese Streitigkeiten war ein neuer von Schwarzenberg als entscheidend geplanter Schachzug. Er hegte nämlich die Absicht, den 1848 während der Stürme der Revolution aufgelösten Frankfurter Bundestag wieder zu berufen und ihn wie ehemals als Machthebel Österreichs zu benützen. Am 28. März ließ er Beust Mitteilung davon machen und ihn um seine Meinung darüber befragen; damals schon kündigte er ihm seine Absicht an, vor dem Bundestag gegen Preußen Klage wegen Bruchs der Bundesverfassung zu erheben. Beust erklärte sich einverstanden und gleiche Zustimmung kam von München. Der Bundestag war den Mittelstaaten stets eine angenehme Einrichtung gewesen, in dessen Gewässern ihre Minister und Gesandten gerne plätscherten. Sie hatten es

[1]) Der Minister des Äußern, Beust, wurde anfangs nicht in diese militärische Aktion eingeweiht, bis der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Kuefstein, seine Heranziehung durchsetzte. Kuefstein berichtete am 3. Mai an Schwarzenberg, Beust, der ursprünglich Bedenken trug, habe dem Schritte des Kriegsministers seine Zustimmung erteilt. Rabenhorst und der Ministerpräsident Zschinsky seien die Stützen des Thrones und der österreichischen Politik und sie sorgten dafür, daß Beust nicht entschlüpfe. Er sei zwar gleichfalls ein Freund Österreichs, aber sein Wille sei schwach, und im Mai 1849, als die Revolution den sächsischen Hof bedrohte, wäre er unter dem Drang der Umstände für den Anschluß an die Union gewesen. — Aus den Berichten Kuefsteins geht hervor, daß Sachsen sich als Entgelt für die Unterstützung Österreichs den militärisch-diplomatischen Anschluß der thüringischen Herzogtümer an den Dresdener Hof ausbedang; ihre Kontingente sollten in das sächsische Armeekorps eingereiht werden.

immer in der Hand, sich zu Österreich oder zu Preußen zu schlagen und damit ein entscheidendes Wort zu sprechen. Was sie am meisten fürchteten, war eine Verständigung der deutschen Großmächte über ihre Köpfe hinweg, also einen preußisch-österreichischen Dualismus. Deshalb war ihnen auch das Abkommen vom 30. September 1849 unwillkommen gewesen, durch welches sich Österreich und Preußen über eine provisorische Zentralgewalt in Frankfurt einigten. Die Vollmachten dieser Bundeskommission gingen am 1. Mai 1850 zu Ende, und die Münchener Regierung ließ am 25. April in Wien erklären, daß sie keine Zentralbehörde in Frankfurt mehr anerkennen werde, in der sie selbst keine Stimme besäße.

Preußen hatte das entgegengesetzte Interesse. Es legte auf die Bundeskommission in Frankfurt, von der die Mittel- und Kleinstaaten ausgeschlossen waren, einen gewissen Wert und wünschte die Verlängerung ihres Bestandes über den 1. Mai hinaus. Bernstorff versuchte, auf Schwarzenberg in diesem Sinne zu wirken, und Schleinitz machte zu diesem Behufe Freiherrn v. Prokesch abermals liebenswürdige Eröffnungen, wie sehr die preußische Regierung erfreut wäre, wenn sie gleichzeitig die Union in guter Art loswerden könnte [1]). Kriegsminister Stockhausen ging so weit, Prokesch mitzuteilen, er habe im Ministerrat erklärt, Preußen wäre nicht imstande, für die Radowitzsche Politik einen Krieg zu bestehen; am 26. April sagte er dem Gesandten geradezu, er würde die Ehre Preußens in der Lossagung vom Vertrage vom 26. Mai finden [2]). Diese für einen General und Kriegsminister unerlaubten Eröffnungen, durch welche die amtliche Politik des Staates bloßgestellt wurde, gehörten zur Minierarbeit gegen Herrn v. Radowitz, die immer kräftiger einsetzte. Da es seinen Gegnern nicht gelang, das Vertrauen des Königs zu ihm zu erschüttern, so machten sie den Versuch, über

---

[1]) So die Berichte Prokeschs von Ende März, besonders vom 31. d. M.

[2]) Vgl. den Brief Prokeschs an Schwarzenberg vom 9. April in dem Buche „Aus den Papieren des Grafen Prokesch-Osten". Man hat über die konservativen Ratgeber König Friedrich Wilhelms deshalb zu günstig geurteilt, weil Bismarck ihrem Kreise angehörte. Die Berichte Prokesch-Ostens nach Wien zeigen, wie schwer sie Preußen damals geschädigt haben.

ihn hinweg durch einen Mittelsmann eine Verständigung mit Österreich anzubahnen. Dazu wurde ein nassauischer Hofrat namens Forsboom=Brentano ausersehen, der auch in Wien gute Beziehungen hatte. Forsboom wurde von dem Generaladjutanten des Königs, Gerlach, bei Prokesch eingeführt und vertraute dem Gesandten an, seine Sendung verfolge den Zweck, den König „aus den Klauen der Radowitzschen Politik zu ziehen“ [1]).

Nun war aber Schwarzenberg, wie wir aus seinen Beziehungen zu München und Dresden wissen, gerade im Zuge, den entgegengesetzten Weg zu gehen, und die schönen Worte der Herren v. Schleinitz und Forsboom waren für ihn nichts als Phrasen und Wind. Er unterhandelte also mit ihnen zwar weiter, doch rückte er am 12. April Bernstorff gegenüber mit seiner eigentlichen Absicht heraus, den Frankfurter Bundestag wieder zu berufen. Er muß in unverfänglicher Form und etwas obenhin gesprochen haben, da Bernstorff noch in dem Glauben blieb, es werde sich bezüglich der gemeinsamen Zentralverwaltung eine Einigung erzielen lassen [2]). Aus dieser von Schwarzenberg vielleicht genährten Täuschung wurde der preußische Gesandte und mit ihm das Berliner Kabinett durch ein österreichisches Rundschreiben vom 19. April gerissen, in welchem sich Schwarzenberg mit unangenehmer Deutlichkeit über sein Vorhaben verbreitete, Abgesandte sämtlicher deutschen Staaten nach Frankfurt zu berufen. Diese Depesche wurde an alle Regierungen mit Ausnahme Preußens gesendet und keine Rücksicht darauf genommen, ob das Berliner Kabinett mit der wichtigen Maßregel einverstanden wäre oder nicht. Darauf versuchte Schleinitz durch neue Anbiederungen an Prokesch das Wiener Kabinett von seinem Plane abzubringen. Doch vergeblich: am 26. April ergingen von

---

[1]) So berichtet Prokesch an Schwarzenberg am 21. März. Radowitz behauptete sich aber, und Gerlach vertraute am 4. Juni 1850 seinem Tagebuche das Geständnis an: „Ich bin kein Richelieu und kein Mazarin und vieles nicht und habe elend gegen Radowitz manövriert . . .“

[2]) Das Nähere über diese Unterhandlung und die sich dabei einstellenden Mißverständnisse findet sich in des Verfassers Aufsatz: „Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Albrecht Bernstorff“ in der „Historischen Zeitschrift“, September 1911.

Wien aus die offiziellen Einladungen an alle deutschen Regierungen einschließlich Preußen, den für den 10. Mai berufenen Bundeskongreß zu beschicken. Auch dieses Schriftstück war mit Ausfällen auf die Herrschaftsansprüche Preußens gewürzt. Damit war seitens Österreichs das schwere Geschütz in Aktion getreten.

Tiefes Unbehagen zog in Berlin ein, und Tag um Tag fanden Ministerberatungen statt, was dagegen zu tun wäre. Wieder stand die Mehrheit einer Minderheit gegenüber, die erstere unter Führung des Herrn v. Radowitz, der, wiewohl nicht Minister, als Vorsitzender der Unionsexekutive stets zugezogen wurde. Sein Rat zu kräftigem Vorgehen gegen Österreich stieß auf Widerspruch, wobei Manteuffel zum ersten Male in den Vordergrund trat. Es war nun bemerkenswert, daß Manteuffel nicht bloß die Beschickung der Frankfurter Versammlung, sondern geradezu das Fallenlassen der Union befürwortete. Er zog Freundschaft und Bündnis mit Österreich der Politik des Ehrgeizes vor.

Manteuffel hielt die preußische Reichspolitik überhaupt für einen Fehlschlag. Er schätzte die politischen Fähigkeiten des Herrn v. Radowitz nicht hoch und glaubte nicht an die werbende Kraft des Verfassungsgedankens. Um nun im Ministerrat einen positiven Vorschlag vertreten zu können, setzte er sich mit Prokesch selbst in Verbindung und suchte in mehreren Unterredungen (30. April, 1. und 2. Mai) zu erfahren, was Österreich zu bieten geneigt wäre, wenn die preußische Regierung die Union aufgäbe. Es ließ sich viel dagegen sagen, daß ein Mitglied des Ministeriums sich derart mit dem Gesandten der Macht einließ, gegen welche die offizielle Politik des Staates gerichtet war. Denn Manteuffel ging so weit, Prokesch über den Verlauf der Kämpfe innerhalb des Ministerrates auf dem laufenden zu erhalten.

So berichtete Prokesch mehrmals nach Wien; besonders in seiner am 1. Mai erstatteten Meldung: „Abends sandte Herr v. Manteuffel (mit dem ich gestern spät abends eine gute Unterredung gehabt hatte) Herrn Spiegelthal, den Euer Durchlaucht kennen, zu mir, um mir zu sagen: Herr v. Radowitz habe im Conseil eine entschieden abschlägige Antwort an Österreich beantragt. Dieser sei er entgegen-

getreten mit dem vermittelnden Vorschlage der Berufung der Fürsten[1]).
Das Conseil habe beschlossen:

1. Frankfurt zu beschicken,
2. den Unionsfürsten zu raten, das gleiche zu tun. Das Unionsverhältnis soll dabei ganz aus dem Spiele bleiben."

Prokesch fügt hinzu: „Der Haltung des Freiherrn v. Manteuffel liegt der Wunsch zugrunde, die Leitung des Ministeriums in seine Hand zu bekommen. Ich sowohl als Herr v. Meyendorf haben ihn merken lassen, daß dieser Wunsch auch der unsere sei unter zwei Bedingungen: völlige Gutstellung mit beiden Kaiserhöfen und gänzliche Entfernung des Herrn v. Radowitz durch einen entlegenen Gesandtschaftsposten, z. B. Madrid."

Darnach sprach sich der Ministerrat am 2. Mai für Manteuffel aus und Prokesch durfte einen Umschwung im österreichischen Sinne erwarten. Er irrte jedoch, denn Radowitz erneuerte seine Anstrengungen, schilderte dem König die Demütigung, der Preußen sich dadurch aussetzte, kam wieder darauf zurück, daß Österreich nicht stark genug wäre, seine Kriegsdrohungen in die Tat umzusetzen, und gewann den König aufs neue für sich. Nur schwächte Friedrich Wilhelm wie gewöhnlich seine Ideen in der Ausführung etwas ab, so daß nur halbe Maßregeln ergriffen wurden.

Das Ergebnis war, daß der König alle Fürsten und freien Städte der preußisch-deutschen Union, 27 an der Zahl, zu einer Besprechung nach Berlin lud, um sie gegen die österreichische Politik in Bewegung zu setzen. Dieser Fürstentag verlief ebenso wie die Versammlung, die Kaiser Franz Joseph 1863 nach Frankfurt berufen sollte: er war ein äußerlich glänzender Erfolg der führenden Macht, ohne ein nennenswertes Ergebnis herbeizuführen. Mit Ausnahme des Großherzogs von Hessen, der sich durch den Kurfürsten vertreten ließ, kamen sie alle, begleitet von ihren Ministern, und die Festlichkeiten zu ihren Ehren drängten sich. Unterdessen tagten die Minister unter Radowitz' Vorsitz, der ihnen zwei Vorschläge machte. Der erste ging dahin, die Verbündeten sollten den Beschlüssen des Erfurter Parlaments beitreten. Da aber ging ein Riß durch die Versammlung, nur 12 von den Genossen erklärten sich einverstanden. Kurhessen erklärte, daß es überhaupt nicht mehr mit-

[1]) Einladung aller Fürsten der Union nach Berlin.

tun und aus der Union austreten wolle. Alle übrigen blieben noch und willigten darein, das Bündnis provisorisch bis zum 15. Juli 1850 zu verlängern. Somit bestand die Union noch, besaß aber eigentlich keine Verfassung; denn die vom 28. Mai 1849 war zu Erfurt abgeändert worden, hing also in der Luft.

Glücklicher war Preußen mit seinem Antrage, gegenüber dem nach Frankfurt berufenen Bundestage einheitlich vorzugehen. Man kam überein, gemeinsam einzutreten, jedoch nur unter der Bedingung, daß alle Staaten der Union daselbst eine Einheit zu bilden hätten und daß Preußen im Namen aller die Stimmen abgäbe. Nur die beiden Hessen schlossen sich aus, sonst hielt die Union gegen Österreich leidlich zusammen. Denn die Kleinstaaten fürchteten sich, unter die Genossen Österreichs aufgeteilt zu werden.

Der Fürstentag imponierte Schwarzenberg nicht und er hegte auch keine Lust, die Bedingung anzunehmen, unter der die Unionsstaaten die Frankfurter Versammlung beschicken wollten. Denn damit wäre der engere Bund seitens Österreichs anerkannt worden, das doch immer erklärt hatte, er stünde mit den Verträgen von 1815 im Widerspruch.

Sonach wurde, Preußen zum Trotz, der Frankfurter Kongreß am 10. Mai von Österreich als der Präsidialmacht eröffnet. Vertreten waren aber nur 10 Staaten: Österreich, die vier Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, dann Dänemark für Holstein, die Niederlande für Luxemburg und Limburg, ferner Kurhessen, Hessen-Homburg und Liechtenstein. Den Vorsitz führte der österreichische Bevollmächtigte Graf Friedrich Thun, bisher Gesandter in München. Die Unionsstaaten hatten zwar Gesandte nach Frankfurt geschickt, traten aber nicht in die Versammlung ein, da man nicht auf ihre Bedingung einging.

Angesichts dieser schwachen Beteiligung konstituierte sich der Kongreß noch nicht als wirklicher deutscher Bundestag, sondern nur als außerordentliche Bundesversammlung; auch setzte man den engern Rat nicht ein, so daß es keine Exekutive für die gefaßten Beschlüsse gab. Doch gleichviel: über Preußens Einspruch war hinweggeschritten, und Schwarzenberg war gewillt, gelegentlich weiter zu gehen; er kündigte dem Grafen Bernstorff

an, die Versammlung werde auch das Recht der Exekutive gegen ungehorsame Bundesglieder zur Geltung bringen, selbst gegen solche, die sich ferne hielten. Es konnte also dem König von Preußen widerfahren, daß er wegen seiner Unionspläne vor das Gericht des Deutschen Bundes gezogen wurde. Österreich trat von Anfang an in die Befugnisse der führenden Macht ein und legte sich wieder den tönenden Namen des kaiserlichen Präsidialhofes bei.

Die rechtlichen Grundlagen dieses Verfahrens waren mehr als zweifelhaft. Der alte Bundestag hatte sich am 12. Juli 1848 aufgelöst und seine Vollmachten auf den Reichsverweser übertragen — sonach war der Vorsitz Österreichs während der Revolution ebenso zusammengebrochen wie der Bundestag selbst, und der frühere Präsidialhof hatte kaum das Recht, die alten Einrichtungen wiederherzustellen. Das Wiener Kabinett behauptete jedoch nicht ohne Grund, Preußen habe eine revolutionäre Tat gesetzt, indem es — trotz des Einspruches Österreichs, Bayerns und Württembergs — am 28. Mai 1849 eine für das „Deutsche Reich" bestimmte Verfassung proklamierte und daraufhin einen neuen Bund gründete. Nun handelte Österreich ähnlich, nur daß es erstorbene Formen nach eigenem Ermessen wieder belebte.

Dieser Vorstoß griff an die Ehre des preußischen Königs. Man konnte ihn vielleicht in Gutem und gegen bestimmte Zugeständnisse zum Verzicht auf die Union bestimmen; die hochfahrende österreichische Politik dagegen wollte er nicht über sich ergehen lassen. Die Union stieg in seinen Augen an Wert, etwa wie eine Frau, der man schon müde zu werden begann, für die aber wieder Neigung erwacht, wenn ihr Besitz bestritten wird. Bundesversammlung und Union waren von jetzt ab das Schibboleth der beiden Parteien, von denen die eine sich auf das historische Recht, die andere auf das Bedürfnis der Nation berief.

Österreich blieb bei seinem ersten Angriffe nicht stehen, sondern wandte sich auch gegen den Zollverein, diese rühmliche Schöpfung seines Gegners. Wir wissen, daß Bruck von Anfang an eine Vereinbarung mit Preußen bezüglich der Zollunion angestrebt

hatte; wider seine Absicht wurde er in den österreichisch-preußischen Gegensatz hineingezogen. Während Bruck auf eine Versöhnung der Interessen ausging, faßte Schwarzenberg die Zertrümmerung des Zollvereins ins Auge, und der Fürst war die maßgebende Person, von der es abhing, ob die Ideen Brucks nach den Bedürfnissen der Politik benützt oder verleugnet wurden. Er konnte auch darauf hinweisen, daß Preußen selbst eine Vereinbarung unmöglich machte, indem es die Zolleinigung mit Österreich nach Kräften bekämpfte. Das Berliner Kabinett lud nämlich die Staaten des Zollvereins zu einer Konferenz nach Kassel, um den Absichten Österreichs entgegenzuarbeiten.

Darauf antwortete Bruck mit der Denkschrift vom 30. Mai 1850, durch die er sich wieder über die preußische Regierung hinweg an die deutsche Nation wandte. Zwei Grundgedanken sind in dieser auch nach dem Urteil der Gegner großzügigen Arbeit niedergelegt. Zunächst die Vereinigung aller deutschen Staaten zu einer Zollunion vom 1. Januar 1854 angefangen, ohne jene drei Zwischenstufen also, welche Bruck früher für notwendig erklärt hatte. Sodann schlug Österreich die Einsetzung einer zentralen Handelsbehörde in Frankfurt vor, wie sie im Zollverein nicht bestand; durch dieses Handelsamt sollten nicht bloß die Zollsachen geordnet werden, sondern ebenso See- und Flußschiffahrt, Eisenbahnen und Kanäle, Münzen, Maß und Gewicht, wie überhaupt alle für gemeinsam erklärten Handelsangelegenheiten. Das war also eine wirtschaftliche Zentralisation unter Führung Österreichs, eine Ergänzung des durch die Bundesversammlung angestrebten politischen Vorrangs. Dieser umfassende Plan bedrohte die leitende Stellung Preußens im Zollverein und verlegte den Brennpunkt der deutschen Handelspolitik von Berlin nach Frankfurt. So fruchtbar dieser Gedanke auch schien, so geriet Bruck dadurch mit sich selbst in einen gewissen Widerspruch, denn er wünschte die Einigung mit Preußen, und dieser Staat konnte sich die Entwurzelung seines Einflusses nicht gefallen lassen. Dies erkennend schlug Bruck gleichzeitig ein Kompromiß vor, das für Preußen ganz annehmbar war. Danach sollte Österreich dem Berliner Kabinett das Recht einräumen, die von ihm gegründete politische Union aufrecht zu halten

und zu entwickeln, wenn sich Preußen nur den Grundgesetzen des Deutschen Bundes mit Einschluß Österreichs unterwerfe und zur Zolleinigung mit der habsburgischen Monarchie die Hand biete. Das war ein gesunder Gedanke, für den sich auch Prokesch aussprach; nur bestand der Unterschied, daß der Gesandte, von Mißtrauen gegen Preußen erfüllt, darin bloß ein unbequemes Auskunftsmittel sah, während Bruck als deutscher Patriot die beiden Mächte zu einer höheren Einheit zusammenbinden wollte. Innerhalb der deutschen Gesamtheit, dies war Brucks Vorschlag, sollte Preußen an der Spitze seiner Union bleiben und ihm voller Spielraum zur Entfaltung seiner Kräfte gewährt werden. Bruck sprach sich in seiner Denkschrift darüber großzügig aus, würdigte aufrichtig die Bedeutung Preußens für die Nation und bemerkte, daß, wenn sich der große deutsche Bund nicht bewähren sollte, die preußische Union „den Keim einer höheren Staatenbildung in sich aufbewahren möge, worin zugleich ein beständiger Stachel für den Bund wirkte, die Bedürfnisse seiner Völker zu befriedigen". Es liegt darin eine Ahnung, daß Preußen der Nation dereinst das gewähren würde, was Österreich nicht zu erfüllen vermochte [1]).

Es ist bisher unbeachtet geblieben, daß Bruck durch die Anerkennung der preußischen Union einen allseits befriedigenden Ausgleich der Gegensätze beabsichtigte; und doch wird dadurch auch seine Handelspolitik in das rechte Licht gerückt. Indessen eilte er damit, um ein Wort des Tacitus zu gebrauchen, seinen eigenen Hoffnungen voraus. Der harte Widerstreit der Interessen war mächtiger als er, und in Berlin fühlte man nur das eine, daß Österreich politisch wie wirtschaftlich Preußen das Netz über den Kopf werfen wollte. Die Wiederherstellung des Bundestags wurde von Radowitz als Usurpation Österreichs bezeichnet

[1]) So in der Denkschrift Brucks vom 30. Mai 1849 („Denkschriften", S. 257—282). Das übersieht auch Alfred Gärtner in seiner Dissertation „Zollverhandlungen zwischen Österreich und Preußen" (Salzburg 1908). Dadurch fehlt ihm der Einblick in die Triebfedern Brucks, und er beurteilt dessen einzelne Maßregeln oft unbillig streng. Vgl. die Abhandlung von H. Friedjung, „Österreichisch-deutsche Zollunionspläne 1849 bis 1853" in der „Österreichischen Rundschau", 1. Oktober 1890.

und der preußische Thronfolger teilte diese Ansicht. Die Lage war so ernst, daß der Minister des Äußern dem französischen Gesandten Persigny ankündigte, der König hege die Absicht, einen Agenten nach Paris zu schicken, um zu erfahren, wie sich die französische Regierung im Falle eines Krieges in Deutschland zu verhalten gedächte[1]). Da Österreich seine Truppen in Böhmen verstärkte, so erwirkte der Prinz von Preußen militärische Maßregeln zur Abwehr. Sie gingen allerdings nicht über die Armierung der schlesischen Festungen und die Beschaffung von Pferden für Artilleriebespannungen hinaus; 36 Batterien, so wollte man in Wien wissen, wurden auf Kriegsfuß gesetzt. Prokesch meldete am 9. Juni: „Die Rüstungen, eine Demonstration gegen uns, sind, wie mich dünkt, mehr dazu gemeint, in den Unionsfürsten das Vertrauen in Preußens Willen und Kraft zu erhalten, und diejenigen, die etwa schwanken, in der Unterwürfigkeit zu befestigen." Drastischer drückte sich Gerlach in seinem Tagebuch aus: er glaube nicht an den Krieg, aber an eine Riesenblamage für Preußen. Dennoch empfand man überall in Deutschland Mißbehagen, denn der früher unwahrscheinliche Krieg wurde zur Möglichkeit. Von einer Angriffsabsicht des Königs von Preußen war nach wie vor keine Rede, und auch im österreichischen Kaiserhause wollte man dem Bruche ausweichen. Aber von Tag zu Tag wurde es deutlicher, daß Schwarzenberg nicht davor zurückschreckte, die Entscheidung durch die Waffen zu versuchen[2]). Sichtbar war die Steigerung in seinen Preußen feindseligen Maßregeln: denn von dem Proteste gegen die Union war er zur Bildung eines Gegenbundes und von da zum Frankfurter Bundestage vorgeschritten. Hiebei wechselte er nach Be-

[1]) Bericht Persignys vom 18. Mai, mitgeteilt in Rothans „Souvenirs diplomatiques", Revue des deux mondes, Mai 1889.

[2]) Der Bericht Bernstorffs vom 13. Mai ist der erste, der sich ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges beschäftigt. Schwarzenberg habe ihm zwar schon früher und auch vor einigen Tagen gesagt, „die Eventualität eines Krieges könne er gar nicht als eine Möglichkeit zulassen"; wenn man aber die ganze Politik des Fürsten ins Auge fasse und bedenke, daß er sich schon früher nicht an die Wahrheit gehalten habe, so müsse die Besorgnis entstehen, daß er es auf einen Überrumpelungskrieg abgesehen habe.

darf die Mittel, arbeitete eine zeitlang mit dem Versprechen einer Volksvertretung am Bunde und warf dieses Instrument wieder weg. Sein Ziel, die Demütigung Preußens, blieb sich gleich, aber Bundestag und Bundesparlament, Zolleinigung und Sprengung des Zollvereins waren bloß Steine in seinem Spiele. Er besaß kein innerliches Verhältnis zu den Problemen der deutschen Verfassung, auch kein tieferes Verständnis dafür; aber sofern es sich um Machtzwecke handelte, griffen die Zähne seiner politischen Maschinerie trefflich ineinander.

II. Buch

Die deutsche Politik des Fürsten Schwarzenberg

(Fortsetzung)

I. Erste Zusammenkunft in Warschau

Die Blicke Schwarzenbergs waren immer auf Petersburg gerichtet, da Österreich ohne Rückhalt an Rußland nicht zu einem entscheidenden Schlage ausholen konnte. Hier aber wollten sich die Aussichten nicht bessern. Kaiser Nikolaus blieb zwar bei seiner Auffassung, daß Preußen durch die Berufung des Erfurter Parlaments wie durch seine ganze Verfassungspolitik dem Liberalismus gröblich Vorschub leistete, hielt aber ebenso daran fest, daß Österreich deshalb nicht das Recht hätte, Preußen mit Krieg zu überziehen. Die Rückkehr zum Bundestage gefiel ihm als konservative Maßregel; aber er lehnte es ab, sich in Frankfurt durch einen Gesandten vertreten zu lassen, um nicht direkt gegen Preußen Partei zu nehmen. Den Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund verwarf er damals noch auf das bestimmteste, weil den Verträgen von 1815 widersprechend. Auch wünschte er vom Wiener Kabinett, wenn er auch dessen guten Willen anerkannte, eine offene Absage an den Konstitutionalismus. Sein Urteil faßte er folgendermaßen zusammen: er könne sich mit der österreichischen Politik ebensowenig ganz einverstanden erklären wie mit der Preußens; es liege in ihr ein ewiges Schwanken, nichts Offenes; doch sei seine ganze Handlungsweise politisch klug, da Österreich darauf ausgehe, Zeit zu gewinnen[1]. So harte Worte er auch dem

[1]) So äußerte er sich bald darauf zu dem Prinzen von Preußen, wie dieser durch Perponcher nach Berlin berichten ließ.

preußischen Gesandten über die Politik seiner Regierung sagte, so war er doch weit entfernt, sich Österreich zur Verfügung zu stellen [1]).

Es gab aber eine bestimmte Angelegenheit, in der der Zar sich durch Preußen höchst gereizt fühlte und wo sich die diplomatische Kunst Schwarzenbergs einbohren konnte. Das war das Schicksal Schleswig-Holsteins. Den nationalen Antrieben der Revolution folgend, leistete Preußen in den zwei Feldzügen von 1848 und 1849 den Herzogtümern Waffenhilfe gegen Dänemark. Das galt dem Zaren als Abfall von der Legitimität, als Billigung der Erhebung eines Volkes gegen seinen von Gott eingesetzten Landesfürsten. Nach geschlossenem Waffenstillstand regierte sich Schleswig-Holstein selbständig durch eine Statthalterschaft; Preußen konnte sich eben auch nach Niederschlagung der Revolution nicht entschließen, das Land den Dänen preiszugeben. Dazu aber war Schwarzenberg ohne jedes Bedenken bereit.

Für Preußen bestand eine weitere Verwicklung darin, daß England und Frankreich in der dänischen Sache ungefähr dieselbe Linie einhielten wie der Zar. Vorwand war die Achtung vor den Verträgen, der wahre Grund jedoch lag in der Eifersucht gegen die deutsche See- und Handelsmacht an der Nordsee. Verfügte Preußen über Schleswig-Holstein, so war das den seebeherrschenden Briten unbequem. Zwei Seelen wohnten in der Brust Palmerstons, des englischen Ministers des Äußern: auf der einen Seite haßte er Österreich und behauptete, es unterdrücke in Italien und Ungarn die gemeinsame Freiheit der Völker; in Schleswig-Holstein dagegen sprach das Interesse Englands für den dänischen Unterdrücker. Palmerston gönnte Preußen also die Vorherrschaft über Deutschland, lobte das, was auf dem Erfurter Parlament vorfiel, und erquickte das Herz des preußischen Gesandten Bunsen, indem er das Streben Schwarzenbergs nach Gründung eines Zentralreiches eine Un-

[1]) Prokesch meldete am 20. Mai nach Wien: „Seit Juni des vorigen Jahres war nicht so viel Zuversicht in Berlin als heute. Rußland wird als entschieden günstig betrachtet.“ Und am 29. Mai: „Wir sind heute wieder in der Epoche des größten Dünkels. Friedrich II. und die unüberwindliche preußische Armee werden mir sattsam gepriesen.“

verschämtheit nannte — nur mußte Preußen die Hand von Schleswig-Holstein lassen[1]). Dabei blieb es, obwohl die Königin unter dem Einflusse ihres Gatten, des Prinzen Albert von Koburg, für Schleswig-Holstein Teilnahme empfand und aussprach. Die öffentliche Meinung Englands hatte den Eindruck, der Prinzgemahl empfände in diesem Punkte und auch sonst mehr deutsch und kosmopolitisch als englisch, daher seine Unpopularität, die von Palmerston in der Presse eifrig geschürt wurde[2]).

Doch war eine Teilnahme Englands an den Kämpfen des Festlands so gut wie ausgeschlossen, und es handelte sich in der deutschen Frage vor allem um die Entscheidung des Zaren. Da die beiden deutschen Mächte ihn auf ihre Seite ziehen wollten, so wurde in Berlin die Reise des Prinzen von Preußen zu ihm beschlossen[3]), und darauf beeilte sich auch Schwarzenberg, die Fahrt nach Skierniewice bei Warschau anzutreten, wo der Zar gerade weilte. So fanden hier zwischen dem 28. und 30. Mai wichtige Besprechungen statt.

Dem äußeren Anschein nach schnitt Schwarzenberg günstiger ab als der Prinz von Preußen, wie aus den sich ergänzenden Berichten beider hervorgeht. Denn der Kaiser tadelte den liberalen Gang der preußischen Politik und stellte an den Prinzen

---

[1]) So nach den Berichten Bunsens im preußischen Staatsarchiv.

[2]) Diese Gegensätze treten fast auf jeder Seite des Briefwechsels der Königin von England hervor. Ihr Sohn König Eduard ließ ihn zwar herausgeben, um die Rolle der Königin in günstiges Licht zu setzen; er selbst aber handelte, zur Regierung gekommen, ganz im Geiste Palmerstons und wurde deshalb von der nationalen Woge getragen.

[3]) In der Instruktion für den Prinzen von Preußen heißt es: „Wir können leider die Eventualität nicht mehr als unmöglich betrachten, daß Österreich seine Forderungen mit den Waffen in der Hand durchzusetzen versuchen werde. Für diesen Fall ist es von der höchsten Wichtigkeit, zu wissen, welche Stellung S. Majestät der Kaiser von Rußland einnehmen werde? und ob Österreich selbst als der angreifende Teil von Rußland sei es aktiven Beistand, sei es Schutz und Rückhalt durch Besetzung im Innern bedrohter Provinzen zu erwarten habe?“ Wie Schwarzenberg und wie der Zar über den Prinzen von Preußen dachten, zeigt ein Brief des Fürsten, veröffentlicht von Schiemann in der „Zeitschrift für osteuropäische Geschichte“, Band I, 1. Heft.

sogar die starke Zumutung, die Regierung solle die vom König beschworene Verfassung kurzweg aufheben. Darin verstand er sich mit Schwarzenberg besser, der in Warschau seine Absicht aussprach, die österreichische Verfassung vom 4. März 1849 so bald wie möglich zu den Toten zu werfen; es ist das die erste bekannt gewordene Äußerung des Fürsten, die auf die Wiederherstellung des Absolutismus in Österreich abzielt.

In der Hauptsache jedoch erreichte der österreichische Minister nicht seine Absicht. Der Zar ließ sich auf die staatsrechtliche Seite des Zwiespalts überhaupt nicht ein. Während er Rochow gegenüber Preußen immer das Recht zur Gründung eines deutschen Bundesstaates absprach und ihm trotz der gelegentlichen Äußerung, er wäre weder Professor noch Advokat, wie von der Kanzel herab das deutsche Bundesrecht klar machte, hielt er es für angezeigt, dies in Warschau zu unterlassen. Als der Prinz von den Verträgen zu sprechen anhob und ihn überzeugen wollte, Preußen wäre ihnen treu geblieben, unterbrach ihn Nikolaus mit den Worten: „Ich bitte Euch, redet mir nicht von den Vertragsartikeln, von deren Deutung verstehe ich nichts." Er zog es vor, beiden Teilen ins Gewissen zu reden und sie zur Verträglichkeit zu mahnen. Sprach er mit dem Prinzen, so kehrte er die Spitze gegen die preußische Politik, und ebenso wollte er Schwarzenberg den Kopf zurechtsetzen. Etwas Schulmeisterliches lag immer in seinem Verkehr mit den Höfen von Berlin und Wien. Die Hauptsache war, daß er Schwarzenberg auf die Frage, was Rußland bei einem kriegerischen Zusammenstoße in Deutschland tun werde, antwortete: Er werde denjenigen als Feind betrachten, der den Verträgen zuwiderhandle. Der Zar erzählte kurz darauf Rochow, er habe es Schwarzenberg zur heiligsten Pflicht gemacht, versöhnlich gegen Preußen zu sein, und dieser habe es ihm mit Mund und Hand beteuert [1]. Der Fürst mußte also einlenken, und der Zar, seinen Versicherungen glaubend, sagte zum Prinzen von Preußen: „Nun wohl, Schwarzenberg lacht über den Gedanken, daß man Österreich die Absicht unterlegt, Krieg zu unternehmen" [2]. Der

[1] Bericht Rochows vom 13. Juni.

[2] Bericht Perponchers vom 30. Mai.

Prinz ließ also nach Berlin berichten, es sei ihm gelungen, dem Zaren richtigere Begriffe über das Verhältnis der beiden Großmächte beizubringen, und eine kurze Zeit hielt dieser Eindruck auch vor [1]).

So war man in Berlin von dem Ergebnisse der Warschauer Zusammenkunft um einen Grad befriedigter als in Wien, wenn der König auch durch die herrischen Urteile seines Schwagers über die inneren Verhältnisse Preußens peinlich berührt war. Schwarzenbergs Verstimmung klingt durch den Brief, in welchem er Prokesch über die Lage unterrichtet, wenn er sich auch der freundlichen und vertrauensvollen Behandlung durch den Zaren berühmen durfte [2]). Prokesch wieder meldete aus Berlin, daß man hier die Zulassung der Union durch den Zaren als Billigung ansehe; man fühle sich deshalb „auf dem Boden der Eroberungspolitik" sicher. Elegisch fügt er am 5. Juni hinzu: „Wer für das, was seit zwei Jahren durch Preußen geschehen, kein öffentliches Wort des Tadels findet, der gibt seine Billigung dazu." Der russische Gesandte Meyendorf, der der Zusammenkunft in Warschau zugezogen worden war, wiederholte im Auftrage des Zaren in Berlin, dieser wolle den Frieden erhalten und werde sich gegen den Angreifer wenden, aber nicht bloß gegen den Friedensbrecher, sondern gegen den, der gerechte Veranlassung zum Kriege gebe. Das klang dem Fürsten Schwarzenberg mißtönend in die Ohren, da er, anders als das Berliner Kabinett, vor Gewaltmaßregeln nicht zurückschreckte.

II. Letzte Ausgleichsversuche

Kaiser Nikolaus wünschte vor allem deshalb keinen Kampf unter den konservativen Mächten, weil er sie bestimmen wollte, gemeinsam den letzten Zuckungen der Revolution ein Ende zu machen. Dementsprechend entließ er Meyendorf bei dessen Rück-

---

[1]) Das geht aus den Berichten Rochows vom 12., 13. und 15. Juni hervor.

[2]) Dieser Brief Schwarzenbergs vom 3. Juni ist im Anhange abgedruckt. Er ist neben den Berichten Perponchers und Rochows, aus denen auch Sybel schöpfte, die Hauptquelle für die Warschauer Zusammenkunft.

kehr nach Berlin mit zwei wichtigen Aufträgen, aus denen Rußlands deutsche Politik erhellt. Der eine bezog sich auf die Verfassungsfrage im allgemeinen, der andere und dringendere auf Schleswig-Holstein.

Nach den zwei für die Dänen ungünstigen Feldzügen herrschte in Schleswig-Holstein seit dem 10. Juli 1849 Waffenstillstand. Dänemark besaß keinen Streifen mehr von den Herzogtümern, wollte jedoch seine Herrschaft mit Hilfe Rußlands und Englands wiederherstellen. Meyendorf hatte dies der preußischen Regierung zu empfehlen und darauf zu dringen, daß sie ihre Truppen aus dem Lande ziehe. Da aber die Herzogtümer selbst eine Armee besaßen, stark genug, um sich gegen die Dänen zur Wehre zu setzen, so ging das russische Gebot dahin: entweder habe der Deutsche Bund die Schleswig-Holsteiner zur Vernunft und zum Gehorsam zu bringen oder der Zar werde seine eigenen Truppen mit dieser Aufgabe betrauen.

Damit war an Preußen eine harte Zumutung gestellt unter der Drohung, Rußland werde sich sonst völlig für Österreich entscheiden. Da der Zar jedoch Preußen nicht etwa an die Wand drücken wollte, so bot er ihm in der deutschen Verfassungsfrage eine Entschädigung. Schon in Warschau war von Meyendorf die darauf bezügliche Formel entworfen und dem Major v. Manteuffel, dem Flügeladjutanten des Königs, fast in die Feder diktiert worden. In Berlin war man damit einverstanden, worauf der Entwurf am 8. Juni als preußischer Vorschlag nach Wien ging. Der Grundgedanke Meyendorfs war, zunächst alle prinzipiellen Fragen, besonders was den Bund und die Union betraf, ruhen zu lassen, da man sich darüber doch nicht würde einigen können. Leichter ließe sich eine Verständigung über die provisorische Zentralgewalt erzielen, die seit dem 1. Mai 1850 in der Luft hing. Hiebei nun hatte Rußland die Gleichstellung Preußens mit Österreich, also den vom Berliner Kabinett gewünschten Dualismus im Auge. In diesem Sinne wurde von Petersburg aus auf die beiden Mächte ein gleichmäßiger Druck geübt.

Danach mußte Schwarzenberg sein Verhalten einrichten. Er wich so weit zurück, als er mußte, aber wo er den Zaren auf

seiner Seite wußte, beharrte er mit aller Zähigkeit. Nun hatte er in Warschau in allgemeinen Wendungen die Gleichstellung Preußens mit Österreich zugestanden, und das konnte er jetzt nicht ganz zurückziehen[1]). Dagegen blieb er in bezug auf die Unionsverfassung vom 28. Mai unbeugsam und bestritt Preußen auch für die Zukunft das Recht, Sonderbündnisse in Deutschland zu schließen, wenn der Frankfurter Bundestag hiezu nicht seine Zustimmung gebe. In diesem Punkte war er so unnachgiebig, daß Meyendorf darüber Prokesch eine förmliche Strafpredigt hielt, die in den Worten gipfelte: „Also will man in Wien den Krieg!" Schwarzenberg brachte die Angelegenheit vor einen Ministerrat und erwirkte einen Beschluß, der ihm den Rücken deckte: er erhielt wohl die Vollmacht, auf den Wechsel im Vorsitz einzugehen, doch immer unter der Bedingung, daß die preußische Union alle weitere Wirksamkeit einstelle. Bernstorff wurde zu jener Zeit zur Berichterstattung nach Berlin berufen[2]); er sah bereits trüber in die Zukunft und erklärte in einem Berichte vom 18. Juni, militärische Rüstungen wären für alle Fälle unvermeidlich. Immer aber suchte er nach einem die beiden Mächte vereinigenden Auskunftsmittel.

---

[1]) Von preußischer Seite wurde Schwarzenberg der Unzuverlässigkeit im Verhandeln beschuldigt, so von Bernstorff im Berichte vom 18. Juni. Zwei Monate später, am 27. August, beklagte sich der Prinz von Preußen im Gespräche mit Kübeck und Schönhals gleichfalls darüber und sagte: „Ich verließ Warschau mit großer Beruhigung und erstattete einen getreuen Bericht über das Resultat unserer Unterredung. Bald darauf lieferte Schwarzenberg einen Kommentar, der alles in ein Zwielicht und in Abrede stellte. Der Mann ist nicht zuverlässig und ich kann kein Vertrauen mehr auf ihn haben." Darauf wendete General Schönhals ein, er kenne Schwarzenberg persönlich wohl als schroff, aber nicht als doppelzüngig. Das wollte der Prinz nicht gelten lassen. — Es bleibe dahingestellt, ob Schwarzenberg vor dem Zaren nicht mehr Nachgiebigkeit zeigte als nach seiner Rückkehr nach Wien.

[2]) Das geschah auf Vorschlag Meyendorfs, damit Bernstorff im Ministerrat dem General Radowitz entgegenwirke und einen Ausgleich zustande bringe. Das wäre eigentlich Sache des Ministers des Äußern Schleinitz gewesen; aber Meyendorf sagte am 5. Juni zu Prokesch, daß dessen Charakterlosigkeit ihn verhindere, seinen Standpunkt Radowitz gegenüber mit Nachdruck zu vertreten.

Bernstorff traf die Regierungskreise Berlins in gedrückter Stimmung. Denn man hatte nun die Wahl, entweder der russisch-englischen Forderung bezüglich Schleswig-Holsteins zu willfahren oder Österreich zuliebe den ehrgeizigen Plänen in Deutschland zu entsagen. Das letztere bestätigte auch der Major v. Manteuffel, der kurz vorher einen Brief des Königs an Kaiser Franz Joseph überreicht hatte und aus Wien außer der Antwort auch ein Schriftstück mitbrachte, in dem der Standpunkt Österreichs mit großem Nachdruck ausgesprochen war [1]. Gegen alle Seiten Front zu machen, war aber für Preußen gefährlich, wenn nicht unmöglich. Es eröffnete sich wohl einige Möglichkeit, Frankreich zu Preußen herüberzuziehen [2]. Die offizielle Politik der Republik deckte sich zwar in der Herzogtümerfrage mit der englischen; aber der Präsident Prinz Napoleon, voll unruhiger Pläne, ergriff die ihm von Berlin gebotene Hand [3] und machte der preußischen Regierung die lockende Eröffnung, er wolle ihr Unterstützung leihen, wenn ihm dagegen die Zertrümmerung der österreichischen Herrschaft in Italien und Erwerbungen am Rheine ermöglicht würden. Nun mußte man sich in Berlin sagen, daß Prinz Napoleon selbst noch auf schwachen Füßen stand und das Versprochene nicht halten konnte; auch widerstrebte es dem König, sich mit dem in der Revolution emporgekommenen Hause Bonaparte so tief einzulassen und gar deutsche Gebiete abzutreten. So kam man zu dem Schlusse, lieber die Anlehnung an Rußland zu versuchen und diese Macht durch Preisgebung Schleswig-Holsteins zu gewinnen. Österreich hatte die Herzogtümer schon früher wie eine politische Marktware behandelt, und nun folgte das Berliner Kabinett diesem edlen Beispiele.

---

[1]) Über die von Manteuffel nach Wien gebrachten Vorschläge schrieb Schwarzenberg am 22. Juni an Prokesch: „Der Brief (des Königs) und die Denkschrift enthalten nichts Neues und enthalten nur, wie es bisher bei jedem Anlasse der Fall war, einen großen Aufwand von Worten, um den leitenden Gedanken zu verbergen und über das unwandelbare Festhalten an dem verfolgten Plane zu täuschen."



[2]) Rothan, „Souvenirs diplomatiques" in der „Revue des deux mondes", 1. und 15. Mai 1889.

[3]) Siehe oben S. 50.

Am 2. Juli 1850 wurde von Preußen mit Dänemark der Friede geschlossen, der die Herzogtümer preisgab und Deutschland mit Schmach bedeckte. Die Männer der preußischen Regierung glaubten nicht anders handeln zu können; auch Bernstorff billigte den Frieden, weil man Österreich jetzt leichter die Spitze bieten könnte. Radowitz behauptete in der seiner Politik gewidmeten Rechtfertigungsschrift, der Abschluß mit Dänemark wäre zur Rettung Preußens notwendig gewesen; er hätte richtiger sagen sollen, daß er dadurch sein Schmerzenskind, die Union, vor dem Untergange zu bewahren hoffte. Gegen Österreich allein konnte man sie schützen, nicht aber gegen einen gleichzeitigen Angriff von Rußland her [1]).

Erleichterten Herzens kehrte Bernstorff nach Wien zurück, um die Antwort seiner Regierung zu überbringen. Sie war insofern ablehnend, als Preußen die Auflösung der Union verweigerte. Doch kam sie immerhin ein gutes Stück entgegen. Denn die Verfassung vom 28. Mai war wirklich nicht mehr haltbar, und so gab Preußen ihre Unausführbarkeit zu, ohne aber in ihre Aufhebung zu willigen. Diese Unterscheidung war weniger spitzfindig, als es den Anschein hatte. Der König und Radowitz wollten nämlich noch immer nicht den prinzipiellen Anspruch fallen lassen, ganz Deutschland unter Preußen zu einigen, wie die Verfassung vom 28. Mai dies verkündigte. In einer besseren Zukunft sollte dieses Kleinod wieder hervorgeholt

---

[1]) Sybel legt sich die Politik Friedrich Wilhelms entschuldigend so zurecht, daß er sagt, der König wäre über die von Louis Napoleon kommende Versuchung so erschrocken, daß er lieber mit Dänemark abschloß. Das ist eine künstliche Konstruktion des sonst sicher urteilenden Historikers. Mag auch dieses Motiv die Stimmung des Königs beeinflußt haben, so war doch die Rücksicht auf Rußland maßgebend. — Ebenso behauptet Sybel (I, S. 361), der König habe die Unionsverfassung aus großmütiger Rücksicht auf Österreich nicht ins Leben gesetzt. An dieser Stelle legt Sybel dem König dreimal das Attribut „edelmütig" und zweimal „großmütig" bei. Auch bei der Preisgebung Schleswig-Holsteins spielen „Herz" und „Gewissen" des Königs eine große Rolle. Nun war Friedrich Wilhelm gewiß ein Herrscher von tiefer Religiosität und von Rechtsgefühl, aber sein Hauptmotiv in diesen Lagen war doch Scheu vor Handeln und Wagen. Gewissen und Herz hätten doch in erster Linie für die von ihm früher unterstützten Herzogtümer sprechen sollen.

werden, um sieghaft über Deutschland zu leuchten. So erklären sich auch die widerspruchsvollen Urteile, die der König zu dieser Zeit im Kreise seiner Vertrauten über die Verfassung fällte. Einmal nannte er sie im Gespräche mit Gerlach einen Wisch, dann wieder verglich er sie mit einem Gebäude, dessen Weiterbau man einstellt, dessen Fundamente aber sorgfältig mit Rasen bedeckt und so erhalten werden. In Berlin hatte man die Genugtuung, daß Meyendorf mit der Formulierung der für Österreich bestimmten Antwort einverstanden war; er machte Prokesch zu dessen Verdrusse begreiflich, man dürfe vom König nicht mehr verlangen. Denn durch die förmliche Auflösung der Union würde er sich selbst vor Europa bloßstellen.

Für die österreichische Politik war es nun entscheidend, ob nach dem dänischen Frieden eine völlige Einigung Rußlands mit Preußen eintreten werde. Darüber wird Schwarzenberg beunruhigt gewesen sein, denn dann war die preußische Union in Sicherheit. Das war wohl der Hauptgrund, weshalb er zunächst Friedensschalmeien ertönen ließ [1]. Wir kommen damit zu einem wichtigen, dem in seiner Art interessantesten Stück seiner vielgestaltigen Staatskunst.

Er hatte es immer in der Hand, je nach dem Verlaufe der Unterhandlungen mit Preußen die Aktion in Frankfurt zu beschleunigen und zu verzögern. Am 20. Juni wies er den Grafen Thun an, langsam vorzugehen, jede wichtigere Beschlußfassung zu verhindern und dadurch Zeit zu gewinnen. Der Minister beschloß also, mit Preußen noch eine letzte Friedensprobe zu machen, wenn sie aber nicht gelänge, in Frankfurt den

---

[1]) Damals wurde viel von Verminderungen des Truppenstandes in Österreich gesprochen. Es fanden deren einige mit Rücksicht auf die schlimme Lage der Finanzen statt. Aber sie waren nicht sehr bedeutend, wie auch Bernstorff am 29. Juli und 9. August nach Berlin berichtete. Schwarzenberg gab der bayerischen Regierung darüber am 3. August die Aufklärung, daß es sich zumeist um Reduktionen in der italienischen Armee handle, Rückkehr von Grenzern in ihre Heimat, Verkauf der im Frieden überflüssig gewordenen Pferde usw. Das böhmische Armeekorps, so behauptete er, wäre unberührt geblieben.

Angriff fortzusetzen. Daher sein Doppelspiel: als ihm Bernstorff die preußischen Vorschläge brachte, schrieb er am 7. Juli an den Grafen Thun, die Verhandlungen mit Berlin wären damit gescheitert; aber am 8. Juli machte er dem preußischen Gesandten neue Anerbietungen, die über seine früheren ansehnlich hinausgingen.

Das Gespräch mit Bernstorff vom 8. Juli war höchst wechselvoll: Streitreden und aussichtsreiche Erörterungen lösten einander ab. Es begann mit einer der Schwarzenberg eigenen stachligen Redensarten; er bemerkte zuerst, daß die aus Berlin zuletzt gekommenen Vorschläge die Sache nicht förderten, und sagte darüber: „Es ist wieder ein Bund leeres Stroh, das Sie uns hinwerfen, um darauf zu dreschen." Im weiteren Verlaufe hielt der Gesandte dem Fürsten vor, man dürfe seinem Könige nichts zumuten, was gegen dessen Ehre ginge. Dieses Argument nun ging Schwarzenberg auf die Nerven, weil, wie er später einmal schrieb, die Ehre des Hauses Österreich, sobald er einmal ein Verlangen gestellt hätte, ebenso hoch stünde. Diesmal erwiderte er Bernstorff mit der spöttischen Frage: „Rüsten Sie noch?" worauf der Gesandte erwiderte: „Wir sind gerüstet!" [1])

Das waren jedoch Nebendinge, und Schwarzenberg überraschte den Gesandten durch das ruhige Eingehen auf das, was Preußen zu fordern berechtigt wäre. Er fand nun, daß der Bildung einer Union an sich nichts im Wege stünde. Preußen könne sich mit den deutschen Staaten, die dazu bereit wären, verbünden, es dürfe aber nicht den Anspruch erheben, damit ein Deutsches Reich zu begründen. Gewähren und Versagen wurde also von dem Fürsten sorgfältig abgewogen. Er hielt Bernstorff vor, daß, wenn man in Berlin schon die Unausführbar-

---

[1]) König Friedrich Wilhelm erzählte in seiner phantastischen Art dem General Gerlach („Denkwürdigkeiten" I, S. 104), Bernstorff habe sachte zwar, aber „mit bebender Lippe" Schwarzenberg abgewiesen und sich würdig eines Richelieu benommen. P. Ringhoffer putzt die Sache in seiner Biographie Bernstorffs (S. 127) darnach noch etwas auf. Der preußische Gesandte selbst aber berichtet am 9. Juli einfach: „Auf seine Frage: ‚Rüsten Sie noch?' antwortete ich ruhig: ‚Wir sind gerüstet.'"

keit der Maiverfassung einsähe, es doch nicht schwer sein könnte, sich von ihr förmlich loszusagen [1]).

Dann kam Schwarzenberg nachdrücklicher als je auf die Gegengabe zu sprechen, die Österreich für das Fallenlassen der Maiverfassung zu bieten bereit war. Hiebei war er nachgiebiger denn je. Er wiederholte das Zugeständnis, Preußen den Wechsel des Vorsitzes am Deutschen Bunde zuzugestehen. Zwar nur für das Provisorium — aber ein solcher Zustand konnte sehr lange dauern. Wie aber sollte eine definitive Bundesverfassung geschaffen werden? Diese Arbeit war nach Schwarzenbergs Vorschlage freien Konferenzen der deutschen Regierungen zu übertragen, womit das Wiener Kabinett den bei Preußen Anstoß erregenden Frankfurter Bundestag beiseite schob. Des weiteren willigte der Fürst in die Einsetzung einer provisorischen Zentralverwaltung Deutschlands ein, bloß aus Österreich und Preußen bestehend. Also endlich das, was er seit dem April beharrlich verweigert hatte. Die Mittelstaaten würden damit sehr unzufrieden sein, das wußte Schwarzenberg, und er werde sich, so sagte er, darüber mit ihnen herumbeißen müssen. Aber er getraute sich mit ihnen fertig zu werden. Er hatte die Frankfurter Bundesversammlung auf die Bühne gebracht, er konnte sie wieder in einer Versenkung verschwinden lassen.

Bernstorff war mit allem von Herzen einverstanden, auch als Schwarzenberg ihm sagte, er vermöchte der preußischen Regierung nur eine kurze Frist zur Entscheidung zu gönnen. Konnte er doch die Dinge in Frankfurt nicht länger in Schwebe lassen. Er wollte nur bis zum 15. Juli warten; schlug Preußen bis dahin nicht ein, so wollte das Wiener Kabinett sich an die Mittelstaaten wenden und mit ihnen über eine deutsche Zentral-

[1]) Sybel I, S. 399 legt Schwarzenberg eine Ansprache in den Mund, in der es unter anderem heißt: „Schließt Schutz- und Trutzbündnisse mit deutschen Fürsten so viel ihr wollt, richtet daher auch ein gemeinsames Parlament ein, wir haben nichts dagegen. Nur eine Union, welche durch ihre Verfassung ankündigt, Deutsches Reich zu sein oder werden zu wollen und folglich uns aus Deutschland hinauszudrängen, können wir unter keinen Umständen zulassen." Diese Anrede findet sich in keinem Berichte Bernstorffs. Sie ist eine allerdings völlig sinngemäße Konstruktion Sybels — ein Verfahren, gegen das sich manches einwenden läßt.

behörde einig werden. Frieden also oder neue Daumschrauben, je nach der Wahl der preußischen Regierung.

In den Berichten über diese wichtige Unterredung empfahl Bernstorff mit allem Nachdruck die Annahme der Vorschläge Schwarzenbergs. War doch jetzt die Zweiherrschaft zu erreichen und außerdem ein engerer Bund Preußens mit den norddeutschen Staaten, soweit sich diese anschließen wollten. Verlangt wurde dagegen die Lossagung von den bereits schattenhaft gewordenen Radowitzschen Ideen. War aber diese Lösung von Schwarzenberg ernstlich beabsichtigt? Bernstorff war davon völlig überzeugt, dagegen lassen die eigenen Briefe und Weisungen Schwarzenbergs dies zweifelhaft erscheinen; schon die oben erwähnte Mitteilung an den Gesandten in Frankfurt, noch mehr das Schreiben, in dem er Prokesch am 10. Juli von der wichtigen Unterhandlung in Kenntnis setzte. Dies geschieht in übermütig ironischem Tone, offenbar, weil er auf die Annahme des neuen Programms in Berlin nicht rechnete.

Schwarzenberg berichtet zuerst, er habe Bernstorff angekündigt, er habe in Frankfurt Entscheidendes vor; der Gesandte habe darauf einen Aufschub verlangt. Dann fährt er fort: „Nach längerem Sträuben erklärte ich mich dazu bereit, mit einem entscheidenden Schritte bis dahin" (15. Juli) „zu zögern, um auch diesen Beweis von Rücksicht und Nachgiebigkeit zu geben. Sollte aber auch diese Frist vorübergehen, ohne daß Preußen dieselbe zu verständigerem Einlenken benützt hat, würde uns nichts mehr abhalten, unseren Weg unaufhaltsam zu verfolgen. Ich bemerkte dem Grafen, daß die Verfassung vom 26. Mai nicht nur aufzugeben sei, sondern auch keine andere an ihre Stelle gesetzt werden dürfe und alle Verhandlungen über das Wesen und die Gestaltung einer künftigen Union dem Zeitpunkte vorbehalten bleiben müssen, wo dieselben nach Vollendung der Revision der Bundesverträge als zulässig erscheinen werden. Ich fügte scherzend hinzu, wir wollten Preußen wohl gerne den Ruhm lassen, alle unsere vernünftigen Vorschläge zurückgewiesen zu haben, wenn es nur noch selbst darauf zurückkommen will und ehrlich dabei zu Werke geht." Sollte Preußen, so fügt Schwarzenberg hinzu, die Zusagen seines Gesandten nicht erfüllen, so wolle das Wiener Kabinett keinen Tag unnütz verlieren und in Frankfurt kräftig vorgehen.

Wie immer Schwarzenberg sich die Zukunft dachte — es war Sache der preußischen Regierung, ihn bei seinen Eröffnungen festzuhalten, die ihr namhafte Vorteile boten und der deutschen

Nation nach Bernstorffs eindringlicher Vorstellung Frieden und eine kraftvolle Entwicklung statt der bisherigen Uneinigkeit sicherten. Im preußischen Ministerium war die Minorität für die Annahme der Vorschläge, und Manteuffel empfahl einige Tage später in einer Denkschrift noch einmal die Aufhebung der Maiverfassung. Radowitz dagegen war so fest mit dem Werke vom 28. Mai verwachsen, daß er mit aller Kraft für dessen Erhaltung stritt. Preußen, dies waren seine Argumente, hätte nicht bloß gegen sich, sondern auch gegen Deutschland Pflichten und wäre für die Union nicht bloß den Fürsten, sondern auch der Nation verantwortlich; da die Verfassung vom Erfurter Parlament beschlossen war, so könnte sie wieder nur durch ein Parlament aufgehoben werden [1]). Seine geheimsten Hoffnungen vertraute er dem General v. Gerlach an. Man müsse, so sagte er, die Verfassungsfrage in Schwebe lassen, bis bessere Zeiten für Preußen kämen. In Italien könnte über kurz oder lang ein Krieg ausbrechen, während dessen die Franzosen in die Halbinsel einbrechen würden; dann müßte Preußen die Weltlage zur Gewinnung der Führung in Deutschland benützen. Graf Brandenburg und die Mehrheit des Kabinetts stimmten dem Votum des Generals zu und der König entschied im selben Sinne: die österreichischen Vorschläge wurden abgelehnt.

Gleichzeitig wurde der am 5. Juli ablaufende Vertrag mit den noch treu gebliebenen Unionsstaaten erneuert. Wohl waren außer Sachsen und Hannover später noch die beiden Hessen, ferner Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe abgefallen. Immerhin hielten noch 21 Staaten zur Fahne, und diese erklärten sich mit der Erstreckung der Verträge bis zum 15. Oktober einverstanden [2]). Die Leitung des Bundes, die seit Mai

[1]) Dies nach Sybels anschaulicher Darstellung.

[2]) Die Deutsche Union umfaßte von da bis zu ihrer Auflösung folgende 21 Staaten: Preußen, vier Großherzogtümer (Baden, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Weimar), fünf Herzogtümer (Braunschweig, Nassau, Koburg-Gotha, Meiningen, Altenburg), acht Fürstentümer (Dessau, Bernburg, die beiden Schwarzburg, die beiden Reuß, Waldeck, Lippe-Detmold), endlich die drei freien Städte Hamburg, Bremen, Lübeck.

Fürstenkollegium hieß, arbeitete unter dem Vorsitz des Generals v. Radowitz gemeinsame Gesetze aus und auch das Unionsgericht trat ins Leben.

Der spätere Gang der Ereignisse und auch innere Gründe sprechen dafür, daß Radowitz damit den König nicht gut beriet. Vor allem hätte er in Anschlag bringen müssen, daß Friedrich Wilhelm doch nicht dazu zu bestimmen sein werde, zäh und entschlossen bis ans Ende auszuharren. Ist es richtig, daß, wie die Gegner Radowitz' behaupten, Eigenliebe und Eitelkeit ihm den Weg zur Umkehr versperrten? Indessen lebte in ihm warmer deutscher Sinn, und unter seinen Anhängern war das Wort verbreitet, Preußen würde durch Auflösung der Union wie Saturn das eigene Kind verschlingen. Er selbst gebrauchte in diesem Meinungskampfe im Ministerrat das warnende Wort, Preußen stehe vor der Gefahr, sich zuerst zu demütigen, um dann zerstört zu werden. Nicht vom Fürsten Schwarzenberg rührt also der ihm zugeschriebene Ausdruck her: „avilir et puis démolir", sondern von niemand anderem als von Radowitz [1]).

Am 19. Juli erhielt Schwarzenberg die ablehnende Antwort. Er verhehlte Bernstorff nicht seine Mißstimmung und erklärte ihm sofort, in Frankfurt ohne Rücksicht auf Preußen vorgehen zu wollen. Noch am selben Abend ergingen an Thun die notwendigen Weisungen; im Verfolg dieser Aktion wurde die Bundesversammlung, die sich bisher eine *außerordentliche* nannte, aufgefordert, sich am 1. September *definitiv* zu konstituieren und darauf auch den engeren Rat als ausübende Zentralgewalt einzusetzen [2]). Erfreut sahen die Mittelstaaten, daß von einer Zweiherrschaft nicht mehr die Rede war.

---

[1]) Die Belege hiefür sind im Anhang Nr. III zusammengetragen.

[2]) In der Weisung an Thun vom 19. Juli heißt es: „Es ist zwar sehr zu bedauern, daß durch die Berücksichtigung der mir von dem Grafen Bernstorff erteilten Zusicherungen neuerdings kostbare Zeit verloren gegangen ist, doch gereut es mich durchaus nicht, der preußischen Regierung auch noch diese Frist zu vernünftigem Einlenken gegönnt zu haben. Die bewiesene Mäßigung wird ihre guten Früchte tragen. . . . Seine (Preußens) gleißnerischen Künste mögen manchen noch kurze Zeit täuschen, die Wahrheit wird aber bald zutage kommen." — Im Juli und im August 1850 erschien

Es scheint, daß Schwarzenberg durch seine entgegenkommende Haltung im Juni und Juli vor allem die Absicht verfolgte, den Zaren von seiner Versöhnlichkeit zu überzeugen; und das gelang ihm zum guten Teile. Der russische Kaiser sah sein Verlangen von Österreich erfüllt und das war wohl der Grund, weshalb er nach langem Sträuben seine Einwilligung zur Aufnahme der gesamten österreichischen Monarchie in den Deutschen Bund aussprach. So verteilte er seine Gnaden gleichmäßig an Wien und Berlin, wobei er seine vermittelnde Tätigkeit auch weiterhin fortsetzte. Das war ein schöner Erfolg Schwarzenbergs, von dem er am 10. Juli Prokesch verständigte.

Der österreichische Ministerpräsident erreichte aber noch einen anderen Zweck: er lieferte seinen eigenen, ihm nur zögernd folgenden Amtsgenossen den Beweis, daß man mit Preußen nicht zu einem friedlichen Vergleich kommen werde. Deshalb hatte er das Bruckſche Programm adoptiert und es Bernstorff zur Annahme vorgeschlagen. Da es abgelehnt war, konnte er sich die Hände in Unschuld waschen.

Jene Vorschläge wurden kurz darauf von Bernstorff in sechs Punkten formuliert, und unter diesem Namen spielen sie auch in den weiteren Verhandlungen eine Rolle. Sie tauchen bald in der einen, bald in der anderen Fassung auf, haben jedoch im wesentlichen folgenden Inhalt:

> Deutschland zu einem Bunde von 70 Millionen Menschen vereinigt, darüber eine starke Zentralgewalt, ausgeübt durch Österreich und Preußen mit Ausschluß der anderen Staaten;
>
> Gleichstellung der beiden Großmächte sowohl in der Zentralbehörde wie in der Bundesversammlung, Teilung des Vorsitzes in der letzteren;
>
> Preußen an der Spitze eines engeren Bundes der Staaten, die sich anschließen wollten, jedoch ohne den

in der „Österreichischen Reichszeitung", einem offiziösen Organe, eine Aufsatzreihe zur Verteidigung der Rechte Österreichs an Deutschland. Sie sind von Biegeleben, der kurz vorher als Sektionsrat in das Wiener auswärtige Ministerium getreten war. Die Artikel erregten in politischen und diplomatischen Kreisen große Beachtung.

Anspruch, daraus den Grundstock für ein Deutsches Reich zu bilden;

Fernhaltung einer Volksvertretung vom großen Deutschen Bunde;

Eintritt des österreichischen Gesamtstaates in den Deutschen Bund zum Schutze der Herrschaft der Monarchie über Italien und Ungarn;

endlich eine Deutschland und Österreich umschlingende Zollunion, als politischer und wirtschaftlicher Schwerpunkt des Weltteils.

Das war ein mächtiger Grundriß, voll großer Aussichten für die Herrschaft der Nation im Osten, eine Bürgschaft auch für Erhaltung der deutschen Siedelungen in Böhmen, Ungarn und Siebenbürgen. Preußen wieder erhielt durch die Verstärkung mit dem größten Teile Norddeutschlands und durch die Teilung des Vorsitzes im Bunde eine nicht gering zu schätzende Entschädigung. Schwarzenberg würde in der Geschichte größer dastehen, wenn er bei dem Bruckschen Programm geblieben und nicht Augenblickserfolge dauerndem Schaffen vorgezogen hätte. Ob er bei dem Angebote der Teilung der Gewalt aufrichtig vorging, das wird der weitere Verlauf der Ereignisse zeigen. Jetzt glaubte er mit Preußen den letzten Versuch gemacht zu haben und über dessen ehrgeizige Absichten im klaren zu sein. Er war nach dieser Erfahrung entschlossen, die äußersten Mittel in Anwendung zu bringen. Das Mißtrauen gegen Preußen senkte sich noch tiefer in seine Seele und wurde das ihn beherrschende Motiv.

III. Zusammenstoß wegen Holstein und Kurhessen

Immer noch aber war Rußland eine unbestimmte Größe in der politischen Rechnung, und dem österreichischen Ministerpräsidenten klang wohl der zu Warschau gefällte Ausspruch des Zaren in den Ohren: er werde den Angreifer als Feind behandeln. Am 10. August meldete Prokesch wie so oft nach Wien, der russische Vertreter, diesmal der Geschäftsträger Baron

Budberg, neige im wesentlichen der preußischen Auffassung zu, und auch der Gesandte in Wien Graf Medem habe von seiner Regierung den Auftrag zu vermitteln[1]). Das einzige Feld also, wo sich der Kräfteüberschuß der österreichischen Diplomatie betätigen konnte, war der Bundestag; doch auch diese Aktion durfte nicht übereilt werden, weil man Mäßigung markieren wollte.

Inzwischen dauerte der Zwist der beiden Großmächte sowohl über die Militärkonventionen Preußens mit einigen der kleineren Staaten wie über die kurze Zeit vorher angeordnete Verlegung der badischen Truppen nach Norddeutschland weiter fort. Ebensowenig konnte man sich darüber einigen, welche Behörde über die fünf Bundesfestungen wie über das noch bestehende Bundeseigentum von Rechts wegen verfügen dürfe. Österreich verlegte ein Korps unter dem Befehl des Generals Legeditsch nach Vorarlberg und drohte mit dem Einmarsche in das Großherzogtum Baden, um die preußischen Truppen aus Süddeutschland hinauszumanövrieren. Der Horizont verdüsterte sich so, daß Radowitz anfangs August im Ministerrate die Einberufung der Landwehr beantragte, womit er jedoch nicht durchdrang. Selbst der sanfte Schleinitz führte eine energische Sprache und erklärte dem bayerischen Gesandten, Preußen werde die Hand auf Mainz und Frankfurt legen, falls die Bundesversammlung sich herausnähme, gegen einen daselbst nicht vertretenen Staat Exekution zu führen. Indessen verzog sich das Gewitter noch einmal, da es sich für Österreich nicht empfahl, gerade wegen des Großherzogtums Baden den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Denn die dort befindlichen preußischen Truppen waren einmarschiert, um eine revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, und das genügte, um den Kaiser Nikolaus in dieser Sache für Preußen zu stimmen. Auch über die Verwaltung des Bundeseigentums kam es infolge einer ein-

[1]) Prokesch fährt fort: Budberg habe ihm gesagt, Rußland werde nicht einen Mann in Bewegung setzen, falls die Preußen (in dem Streit um das Bundeseigentum und die Bundesfestungen) Mainz besetzen würden. „Das preußische Kabinett ist durchdrungen von der Überzeugung, gegen die ich nicht ankann und worin es von allen Seiten bestärkt wird, daß Österreich den Krieg weder führen kann noch will."

lenkenden Depesche Schwarzenbergs vom 12. August zu einem Austrag [1]).

Der österreichische Ministerpräsident wählte einen anderen, für ihn günstigeren Kampfplatz, wo er ganz im Sinne des Zaren handeln konnte. Das war die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Und hier endlich kam ihm, worauf er schon lange lauerte, ein besonderer Glücksfall zu Hilfe. Der am 2. Juli zwischen Preußen und Dänemark geschlossene Friede wurde von den Herzogtümern nicht anerkannt, sie nahmen den Kampf für ihre Unabhängigkeit von neuem auf. Bei Idstedt kam es am 25. Juli zwischen ihrem Aufgebot und den Dänen zu einem Zusammenstoß, bei dem die Deutschen, vom früheren preußischen General Willisen schlecht geführt, sich nach anfangs erfolgreich geführtem Gefecht zurückzogen. Darauf besetzten die Dänen Schleswig, aber hinter der Eider verteidigten sich die Holsteiner weiter, so daß der Gegner keine Fortschritte machen konnte. Darauf wandte sich Dänemark an den Deutschen Bund und verlangte dessen Beistand. Nichts willkommener für Österreich, weil die bisher untätige und deshalb ohne Ansehen gebliebene Bundesversammlung dadurch Arbeit und Geltung erhielt; auch schmiegte man sich damit gefällig den Wünschen des Zaren an. Kaiser Nikolaus faßte es als Beleidigung der eigenen Majestät auf, wenn sich irgendwo im Westen ein Volk eigenmächtig erhob. Diese Holsteiner waren für ihn einfach Rebellen; „den General Willisen solltet ihr aufhängen lassen", sagte er zum preußischen Gesandten. Dazu kam noch ein anderes. Unmittelbar zuvor verhandelten England, Rußland und Frankreich über die Zukunft der Herzogtümer mit Hinblick darauf, daß König Fried-

[1]) In der badischen Sache wurde ein Schiedsgericht eingesetzt und die Verwaltung des Bundeseigentums einer Kommission, bestehend aus Vertretern des Deutschen Bundes und der Union, anvertraut. Dieses Entgegenkommen Österreichs rief sofort in München und Dresden Mißtrauen hervor, da man darin eine Anerkennung der Union erblickte. Schwarzenberg rechtfertigte sein Vorgehen in einem ausführlichen Schreiben an den Grafen Thun. Österreich sei nicht bloß Vertreter des Bundesrechts, es müsse auch für die Mittel zur Ausführung einstehen. Rußland sei ein wichtiger Faktor und müsse den Eindruck erhalten, alle friedlichen Mittel würden erschöpft.

rich VII. von Dänemark der Letzte seines Stammes und die Erbfolge in Schleswig-Holstein bestritten war. In Dänemark war das Haus Holstein-Glücksburg erbberechtigt, während in den Herzogtümern die Überzeugung lebte, daß auf sie das Haus Augustenburg bessere Ansprüche hätte; unter dessen Zepter könnte Schleswig-Holstein endlich unabhängig werden. Die drei Großmächte jedoch mißgönnten Deutschland die Erweiterung im Norden und unterzeichneten am 4. Juli zu London ein Protokoll, in welchem die Unteilbarkeit der dänischen Monarchie ausgesprochen wurde, so daß die Herzogtümer auch unter dem neuen Königsstamme zu Dänemark gehören sollten. Rußland verlangte gebieterisch den Beitritt auch Österreichs und Preußens wie des Bundes zu dieser Abmachung. Die Sache hatte ihre Schwierigkeiten, weil die öffentliche Meinung der deutschen Nation über diesen Eingriff des Auslandes empört war. Besonders die Freunde Österreichs, die vier königlichen Höfe, trugen Anstand, sich der Volksmeinung entgegenzustellen. Es kostete Schwarzenberg Zeit und Mühe, bis er seine Bundesgenossen in russischem Sinne bearbeitet hatte. Die österreichischen Gesandten in Frankfurt und an den deutschen Höfen konnten nicht rasch genug zum Ziele gelangen und unterdessen grollte man in Petersburg; denn hier war der Bundestag nur dann willkommen, wenn er sich zum Werkzeug der Knechtung hergab.

Das russische Übergewicht lastete so drückend auf Deutschland, daß in Berlin der Versuch erneuert wurde, die Brücke nach Wien zu finden. Nun waren die direkten Verhandlungen im Juli durch die Schuld Preußens gescheitert, und so benützte Bernstorff Mittelspersonen, unter ihnen wieder den nassauischen Hofrat Forsboom und neben ihm den niederländischen Gesandten Baron Heeckeren. Da der preußische Gesandte für die Annahme der österreichischen Vorschläge gewesen war, so ließ er sie jetzt in die bekannten sechs Punkte zusammenfassen und dem Fürsten durch Forsboom vorlegen. Anfangs schien Schwarzenberg auf die Sache einzugehen; doch zog er sich bald wieder zurück, es für zweckmäßiger haltend, sich mit Rußland zu verständigen. Bernstorff war darüber so enttäuscht und erbittert, daß es zu

lebhaften Erörterungen zwischen ihm und Schwarzenberg kam, durch welche ihr persönliches Verhältnis dauernd gestört wurde. Bernstorff glaubte sich vom österreichischen Minister hinters Licht geführt und bekämpfte von da ab seine Politik mit steigender Bitterkeit [1]).

Kaiser Nikolaus, über den Aufschub in der dänischen Sache ungeduldig geworden, schickte seinen Kanzler Grafen Nesselrode nach Österreich, um das Geschäft mit Nachdruck zu betreiben; Meyendorf wurde ihm beigegeben [2]). Da sich Kaiser Franz Joseph mit seinem Ministerpräsidenten in Ischl befand, so lenkten die beiden Diplomaten dorthin ihre Schritte. Meyendorfs Stellung im österreichisch-preußischen Streit kennen wir; Nesselrode war zwar Österreich geneigter, doch hatte er ebenso wie alle russischen Gesandten den Auftrag, die Hitze des Wiener Kabinetts zu mäßigen; auch war er betreffs der bundes- und staatsrechtlichen Feinheiten auf Meyendorfs Rat angewiesen. Unter diesen Umständen zerfloß Schwarzenberg in der dänischen Sache vor Bereitwilligkeit. Er bot alles nur Wünschenswerte an, um Rußland für die großdeutsche Auffassung zu gewinnen. Zunächst sprach das Wiener Kabinett den Beitritt zum Londoner Protokoll aus, während Preußen am 31. August seine Ablehnung bekanntgab. Schwarzenberg ging aber noch weiter. Die Mehrheit am Bundestag war gefügig geworden und bereit, den Deutschen Bund als Richter und Büttel gegen Holstein wirken zu lassen. Der österreichische Minister eröffnete also Nesselrode, der engere Rat des Bundes werde gleich nach seiner Einsetzung

[1]) Vgl. darüber den Aufsatz von Heinrich Friedjung, „Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Albrecht Bernstorff" in der „Historischen Zeitschrift", September 1911. Bernstorff war von jenen Mittelspersonen dahin unterrichtet worden, der österreichische Ministerpräsident hätte sein Ehrenwort gegeben, die Verhandlungen auf obiger Basis wieder aufnehmen zu wollen. Schwarzenberg stellte diese Behauptung jedoch in Abrede und warf Heeckeren vor, er hätte damit eine Intrige anzetteln wollen.

[2]) Meyendorf war damals bereits zum Gesandten in Wien bestimmt, verabschiedete sich aber erst am 4. Oktober vom Könige von Preußen, worauf er den Wiener Posten antrat. Prokesch berichtete, man spreche davon, Gortschakow werde ihn in Berlin ersetzen, und ruft dann aus: Gott gebe es! Gortschakow galt für einen Freund Österreichs.

die Exekution in Angriff nehmen und Holstein dem Dänenkönig zu Füßen legen. Also geschah es: am 1. September konstituierte sich die Versammlung in Frankfurt in aller Form als ordentlicher Bundestag, und schon am nächsten Tage nahm dieser, wenn auch unter den schleppenden Formen des Bundesrechtes, den Prozeß gegen das unglückliche Land auf [1]). Damit waren die Sendboten des Zaren wohl zufrieden, ihm aber ging die Sache nicht rasch genug, was er dem österreichischen und dem preußischen Gesandten nicht verhehlte. Für den letzteren kamen schwere Tage, da Nikolaus immer schwerere Drohungen gegen seine Regierung aussprach. Wohl schien sich, so berichtete Rochow, das Herz des Kaisers zusammenzupressen, wenn er von den Folgen seines Zwiespalts mit seinem Schwager sprach; aber er kündigte trotzdem an, demnächst werde er offen gegen Preußen und für Österreich auftreten müssen. Rochow hielt ihm mannhaft stand und sagte ihm geradezu, Rußland habe nicht das Recht, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen. Er bat den Kaiser, gerecht zu sein; er habe erschreckende Worte zu ihm gesprochen, er möge dies auch in Wien tun. Gewiß, so entgegnete der Zar, er habe durch Nesselrode auch Schwarzenberg zur Versöhnlichkeit mahnen lassen [2]).

Unterdessen aber kam Schwarzenberg ein neuer Zwischenfall zu Hilfe: denn noch in einer zweiten deutschen Landschaft erhob sich das Volk zum Widerstande gegen die vom Zaren unterstützte Fürstengewalt. Diesmal handelte es sich um Kurhessen, wo Kurfürst Friedrich Wilhelm mit den Ständen hart zusammengeraten war. Das Land hatte sich 1831 eine freie Verfassung

---

[1]) Im September waren am Bundestag 13 Staaten vertreten: Österreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Hessen-Homburg, Liechtenstein, Dänemark und die Niederlande. — Diesen 13 Regierungen standen in der Union damals 21 gegenüber. Frankfurt allein unter allen deutschen Staaten gehörte keinem der beiden Vereine an. — Preußen hatte, da nur die Kleinstaaten zu ihm hielten, bloß 5 Millionen von anderen Deutschen auf seiner Seite, Österreich 11 Millionen. — Der engere Rat des Bundestages hatte 17 Stimmen, davon waren in Frankfurt 11 vertreten.

[2]) So nach den Berichten Rochows vom 26. und 29. August.

erstritten; sie war dadurch bemerkenswert, daß sie nach englischem Vorbild für die Verletzung der Gesetze nicht bloß die Minister verantwortlich machte, sondern auch jeden Beamten und Offizier, der sich zum ausführenden Organ hatte gebrauchen lassen. Daß dies ein guter Schutz gegen Verfassungsbrüche war, hatte der harte und geldgierige Kurfürst mit seinem Minister Hassenpflug schon vor 1848 erfahren. Eben dieser Mann wurde im Februar 1850 wieder an die Spitze der Regierung berufen, um die verhaßte Verfassung mit welchen Mitteln immer zu zertrümmern. Hassenpflug setzte im Mai 1850 vor allem die Lossagung Kurhessens von der Union und den Beitritt zum Bundestag ins Werk, weil er die richtige Witterung hatte, Österreich unter dem Ministerium Schwarzenberg wäre eine stärkere Stütze des Absolutismus als der König von Preußen. Auch diesem war die freie Verfassung von 1831 ein Greuel, aber Beugung eines verbrieften Rechtes war nicht seine Sache. Der Streit der Kasseler Regierung mit den Ständen begann ums Budget und der Landtag verweigerte die Steuern, deren Zahlung hierauf in ganz Kurhessen unterblieb. Als die Regierung den Kriegszustand über das Land verhängte, sagten ihr nahezu alle Beamten mit Hinblick auf ihren Eid den Gehorsam auf, und in gleicher Gesinnung gaben neun Zehntel der Offiziere ihre Entlassung. Jetzt führte Hassenpflug den wohlvorbereiteten Streich aus, mit dem Kurfürsten nach Frankfurt zu flüchten; am 17. September rief der letztere den Schutz des Bundestags gegen seine rebellischen Untertanen an.

Jetzt war Fürst Schwarzenberg in seinem Element. Seine persönliche Vorliebe für den Absolutismus deckte sich mit dem politischen Vorteil seines Kabinetts; Österreich und der Bund hatten die schönste Gelegenheit, als Retter der Ordnung gegen die Kasseler Revolution aufzutreten. Er fachte den Unwillen des Zaren über die Auflehnung der Hessen zu heller Flamme an. Das fehlte noch, daß dort nicht bloß Steuern verweigert wurden, sondern daß selbst Offiziere sich an der Auflehnung beteiligten! Ähnlich wirkte das Ereignis auch auf die deutschen Fürsten; wenn solches dem Landesvater in Kassel widerfuhr, so waren auch ihre Kronen nicht sicher. So faßte der Bundestag schon

am 22. September den Beschluß, die Steuerverweigerung sei ungesetzlich; damit hätte der hessische Landtag das in der Bundesverfassung den Ständen eingeräumte Recht überschritten.

„Die hessische Sache ist uns vom Himmel gefallen!" frohlockte Prokesch-Osten. Die Sache gestaltete sich um so günstiger, als das Berliner Kabinett in die ihm gestellte Falle einfach hineinfiel. Denn König Friedrich Wilhelm schüttelte zwar über das hessische Volk mißmutig den Kopf, glaubte aber, jetzt könnte der Kurfürst für seinen Abfall von der Union bestraft werden. Deshalb hielt eine preußische Note vom 12. September beiden Teilen die von ihnen begangenen Rechtsverletzungen vor und beantragte die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Und am 22. September erklärte das Berliner Kabinett: der Austritt Kurhessens aus der Union wäre ungültig, somit gehöre die Sache vor den Uniongerichtshof. Auf diese Weise glaubte man in Berlin Gerechtigkeit und eigenen Vorteil miteinander verbinden zu können. Diese halbe, nicht einmal aufrichtig gemeinte Parteinahme für das hessische Verfassungsrecht war Wasser auf Schwarzenbergs Mühle. Denn jetzt überzeugten sich die deutschen Fürsten immer mehr, daß der Bundestag für sie der beste Schutz war, sowohl gegen Mediatisierung durch Preußen wie gegen rebellische Untertanen. Die „deutsche Freiheit", wie sie seit dem 16. Jahrhundert an den Fürstenhöfen verstanden wurde, fand also in Frankfurt Sicherung.

Bei oberflächlicher Betrachtung konnte es scheinen, daß die österreichische und die preußische Regierung in der Sache nicht sehr weit auseinandergingen. Denn da die hessische Verfassung dem König von Preußen gleichfalls zu liberal war, da er ferner Schleswig-Holstein dem Zaren zuliebe im Stiche gelassen hatte, so bestand kein rechter Grund für die Zuspitzung des Konflikts. Hier aber stand die Form für die Sache. Denn wenn der Bundestag seine Sprüche auch in Norddeutschland zum Vollzug brachte, so griff er auf das eigenste Machtgebiet Preußens über. Das Berliner Kabinett erkannte den Bundestag nicht an — gerade das war für Österreich ein Grund mehr, Preußen unter die Kompetenz des Bundes zu beugen. Kurhessen lag mitten zwischen den beiden getrennten Teilen der preußischen Monarchie:

es war doppelt schmerzlich, dort österreichische Truppen zu sehen. Der Vormarsch von kaiserlichen Regimentern sollte aber noch weiter fortgesetzt und auch in Holstein von Bundes wegen Justiz geübt werden. Es war darauf abgesehen, vor aller Augen die völlige Ohnmacht Preußens zu erweisen.

Das wollte sich der König nicht bieten lassen. In einer Rede, die er Mitte September vor einer Deputation konservativer Bürger in Berlin hielt, sprach er mit starken Worten aus, daß seine deutsche Politik ihm nicht von anderen eingegeben wäre, daß er sie aus eigenstem Herzensdrange befolge und zu Ende führen werde.

Dazu aber bedurfte er eines mutigeren Ministers des Äußeren, als Herr v. Schleinitz war. Dieser ging am 1. September auf Urlaub, um nicht mehr auf seinen Posten zurückzukehren. In den letzten Tagen vorher hatte er in seiner schwammigen Art dem österreichischen Gesandten wieder das Blaue vom Himmel versprochen und Worte gebraucht, durch welche er die offizielle Politik seiner Regierung verleugnete [1]). Graf Brandenburg übernahm seine Vertretung, bis am 26. September General v. Radowitz zum Minister des Äußern ernannt wurde. Endlich war der eigentliche Lenker der preußischen Politik an die Spitze der Geschäfte gestellt, in einem Zeitpunkte freilich, da alles heillos verfahren war. Das erste, was Radowitz durchsetzte, war eine entschiedene Verwahrung gegen jede Art Einschreitens des Bundestags in Kurhessen, das von Preußen nicht geduldet werden würde. Preußische Rüstungen folgten, die den Zweck hatten, den Anmarsch von Bundestruppen zu verhindern.

Dies gab Schwarzenberg, der sich indessen der Zustimmung Rußlands versichert hatte, am 27. September Veranlassung zu

---

[1]) Prokesch schrieb am 1. September nach Wien: „Die Union selbst gab er preis in den bestimmtesten Ausdrücken. . . . Er hoffte, sagte er, daß vor dem 15. Oktober, spätestens aber an diesem Tage die Sache auseinanderfalle. . . . Ein Symptom des Ernstes der Verständigung erscheint mir die unumwundene Zugabe des bis gestern stets bestrittenen Eintrittes der österreichischen Gesamtmonarchie in den Bund. Ich ließ mir das zweimal wiederholen. Freiherr v. Schleinitz ging darüber sogar in Details ein . . .“

einer Weisung an den österreichischen Gesandten in München, die für sich selbst sprechen mag. Es heißt darin: „Die arrogante Rücksichtslosigkeit des Berliner Kabinetts scheint die Grenzen keck überschreiten zu wollen, jenseits welcher weiteres Nachgeben von seiten des Bundes nur zu Schande und Verderben führt. Suchen Sie das klar hinzustellen und da, wo es nottut, Kraft, Vertrauen in sich und uns und Energie im Handeln zu erwecken. Radowitz ist endlich aus den Wolken auf die Erde herabgestiegen; — er wird seine Werke fortan unter eigenem Namen zutage fördern, worin wir in jeder Beziehung einen großen Vorteil sehen."

Nun war Radowitz durchaus nicht in kriegerischer Stimmung. Er war noch immer der gründlich irrigen Meinung, es ließe sich alles auf freundschaftlichem Wege schlichten und seine Union bliebe dabei glücklich am Leben. In eingehenden Gesprächen mit dem österreichischen Gesandten machte er neue Ausgleichsvorschläge. Er kam auf das Juliprogramm Schwarzenbergs (die sechs Punkte) zurück und eröffnete Prokesch seine Bereitwilligkeit, auf die meisten der Forderungen Österreichs einzugehen; es war keine kleine Sache, daß sich darunter nicht bloß der Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund, sondern auch die Vorbereitung für eine Zolleinigung Mitteleuropas befand. Aber bezüglich der Union wollte er nicht zurückweichen, und ebenso bestand er mit Ernst auf der Fernhaltung der Bundestruppen von Kurhessen. „Spräche ich den Fürsten Schwarzenberg," so sagte er zu Prokesch, „nur eine Stunde, ich bin überzeugt, ich überwände sein Mißtrauen. Denn nichts Wesentliches liegt zwischen Österreich und Preußen" [1]). Und in diesem Sinne machte er dem österreichischen Gesandten den Vorschlag, sie beide möchten zusammen eine Verfassung für Deutschland entwerfen und darin auch die Grundlinien für die künftige Union entwerfen. Prokesch-Osten fand dies vernünftig; es wäre der Mühe wert, schrieb er an Schwarzenberg, Radowitz beim Wort zu nehmen; „das wäre wenigstens Holz zur Brücke, wenn es überhaupt eine gibt. Daß die Leute trotz des Hochmuts müde sind, kommt mir vor."

[1]) Der Bericht Prokesch-Ostens vom 8. Oktober über diese Unterredung gewährt den besten Einblick in die Radowitzsche Politik.

Radowitz und mit ihm auch Prokesch kannten aber den österreichischen Ministerpräsidenten schlecht, wenn sie ihn noch jetzt zu einer Unterhandlung bereit glaubten. Auch bei einer persönlichen Zusammenkunft mit Schwarzenberg wäre es Radowitz nicht gelungen, ihm die Verfassung vom 28. Mai in welcher Brühe immer schmackhaft zu machen. In seiner schroffen Ablehnung wurde der Fürst noch bestärkt, als der am 15. Oktober zu Ende gehende Unionsvertrag wieder verlängert wurde. Dies geschah zudem diesmal nicht mehr auf Frist, sondern ohne jede Zeitbeschränkung. Die preußische Erklärung vom 8. Oktober gab zwar, um das Wiener Kabinett milder zu stimmen, diesmal öffentlich die Unausführbarkeit der Maiverfassung zu, hob dies aber wieder durch den leitenden Satz auf: „Preußen wird den Grundgedanken der engeren bundesstaatlichen Einigung für alle deutschen Länder, die hiezu das Bedürfnis fühlen, zu keiner Zeit aufgeben oder fallen lassen . . .“

Schwarzenberg aber war und blieb der unversöhnliche Feind eines derartigen Planes. Er wollte nicht ruhen, bis er die preußische Union unter die Füße gebracht hatte. Nun hatte er den Kampf wie ein seine Kräfte schonender Fechter bisher nur mit Finten und kurzen Stößen geführt; Drohungen waren ausgestoßen, heftige Noten gewechselt worden. Jetzt aber wurde es bitterer Ernst. Truppen wurden aufgeboten, um Kurhessen und Schleswig zum Gehorsam zu bringen; wenn der Bundestag die preußische Regierung bisher bloß geärgert hatte, so sollte er jetzt den Rechtstitel zu einem Feldzuge in das Herz von Norddeutschland hergeben.

Leicht wurden Bayern und Württemberg für diesen Plan gewonnen und die Einigung mit ihnen bei einer Zusammenkunft besiegelt, die am 12. Oktober zu Bregenz zwischen dem Kaiser Franz Joseph und den beiden Königen begann und am Tage darauf zu einer Art Angriffsbündnis gegen Preußen führte[1]. Im Bregenzer Vertrage vom 13. Oktober 1850 verbanden sich die drei Herrscher zur Aufrechterhaltung des Deutschen Bundes und erklärten aufs bestimmteste, daß sie jede Störung der Be-

---

[1]) Der Vertrag von Bregenz ist im Anhange abgedruckt.

schlüsse des Bundestages, Kurhessen betreffend, „als Auflehnung gegen die rechtmäßige Autorität der obersten Bundesbehörde und somit einen Bundesbruch erkennen müßten“. Sie verpflichteten sich demgemäß, der Bundesversammlung ihre bewaffnete Macht zur Verfügung zu stellen. Zunächst übernahm es Bayern, auf Grund der zu fassenden Bundesbeschlüsse dem Kurfürsten mit der notwendigen Truppenmacht zu Hilfe zu kommen, zu der Österreich bloß ein in Frankfurt in Garnison stehendes Jägerbataillon beistellte. Sollte das Berliner Kabinett hindernd dazwischen treten, so werde dieser Bundesbruch mit Exekution auch gegen Preußen beantwortet werden. Zu diesem Zwecke verpflichtete sich Österreich, 150000 Mann, Bayern 50000 und Württemberg 20000 Mann aufzustellen. Das war so gut wie Krieg gegen Preußen, eine Absicht, die schon aus den Trinksprüchen erhellte, die bei der Mahlzeit der drei Herrscher ausgebracht wurden. Der König von Württemberg sprach so, als ob er ein Lehensmann Österreichs wäre: „Wenn der Kaiser ruft, marschieren wir!“ und darauf antwortete Kaiser Franz Joseph: „Ich bin stolz darauf, mit solchen Kameraden vor den Feind zu ziehen.“

In Übereinstimmung mit den Abmachungen von Bregenz verfügte der Kaiser von Österreich im Laufe des Oktobers die Mobilmachung von vier Armeekorps. Eines derselben, das bereits in Vorarlberg zusammengezogen war, sollte nötigenfalls in Süddeutschland und dann in Hessen einmarschieren. Die Hauptmacht von drei Armeekorps wurde in Böhmen aufgestellt, mit der Bestimmung, die Elbe entlang den eigentlichen Feind aufzusuchen [1]). Gleichzeitig wurden auch in Preußen Rüstungsmaßregeln verfügt. Nicht ohne Mühe setzte Radowitz durch, daß bei Wetzlar und Kreuznach Truppen gesammelt wurden

[1]) Zuerst war das 3. Korps in Böhmen und das 4. Korps in Vorarlberg mobilisiert worden. Am 20. und 21. Oktober wurden auch das 1. und 2. Korps kriegsfertig gemacht und nach Böhmen gezogen. Diese vier Korps bildeten schon im Frieden die I. Armee unter dem Kommando des Grafen Wratislaw. — Gleichzeitig begannen die Märsche aus Ungarn und Italien zu den böhmischen und mährischen Sammelplätzen. Der Umstand, daß auch aus Italien das ganze 9. Korps und ein Teil des 6. aufbrachen, war das stärkste Zeichen für den Ernst der Lage.

mit der Bestimmung des Einmarsches in Hessen. Da Preußen den Schwerpunkt seiner militärischen Aktion nach dem Westen verlegte und eine Aufstellung gegen Österreich unterblieb, so geriet es von vornherein in eine ungünstige strategische Lage. Es rüstete an einer Stelle, die nur ein Nebenkriegsschauplatz werden konnte. Österreich dagegen ließ in Hessen bloß seinen bayerischen Bundesgenossen ans Werk gehen und sparte seine Hauptkraft für die eigentliche Entscheidung auf.

Schwarzenberg hätte gern auch Hannover hineingezogen; sein ursprünglicher Plan bestand darin, dieses Königreich zusammen mit Bayern durch den Bund mit der Exekution gegen Kurhessen betrauen zu lassen. Den Befehl über diese Truppen hätte Prinz Emil von Hessen übernommen, der zugleich österreichischer General war. Hannover hielt jedoch die Sache für zu gefährlich, bog aus und erbot sich bloß zur Stellung einer Reserve von 3500 Mann für die Unternehmung. So übernahm also Bayern allein den Auftrag. Doch wurde im Bregenzer Vertrag ausgemacht, daß Hannover, Sachsen und Hessen-Darmstadt zum Beitritt eingeladen werden sollten. — Noch bedächtiger als Hannover gingen die Niederlande vor. Sobald die Bundesversammlung die Exekution beschloß, beriefen sie ihren Gesandten aus Frankfurt ab, um nicht mit Preußen in Krieg zu geraten.

Es waren in erster Linie Rücksichten auf die eigene militärische Ehre, durch welche Preußen bestimmt wurde, sich dem Einmarsche von Bundestruppen in Kurhessen zu widersetzen. Als Handhabe gebrauchte das Berliner Kabinett den zwischen Preußen und Kurhessen bestehenden älteren Vertrag, der ihm das Recht gab, zwei das Land durchziehende Straßen für Truppenbewegungen zu benützen — eine Abmachung, welche die freie Verbindung der zwei rheinischen Provinzen mit dem Hauptteil der preußischen Monarchie ermöglichte. Am 22. Oktober gab Friedrich Wilhelm IV. dem General Grafen v. d. Groeben den Befehl, nicht bloß die Etappenstraßen zu besetzen, was Preußens gutes Recht war, sondern auch das dazwischen liegende Land, mit der ausgesprochenen Absicht, die fremden Truppen mit Gewalt abzuwehren. Dies wurde von Österreich und seinen Bundesgenossen als Bruch des Fürsten- und Völkerrechts erklärt, weil

der Kurfürst von Hessen von vornherein dagegen protestierte. Schon am 16. Oktober wurde Graf Rechberg zum Bundeskommissar für Kurhessen bestellt, am 26. Oktober aber fiel die Entscheidung, indem der Bundestag den Einmarsch der Bayern unter dem Fürsten Thurn und Taxis anordnete, so daß die Flinten zum Kampfe geladen waren[1]).

Am selben Tage faßte der Bundestag auch einen Beschluß bezüglich Holsteins. Dazu waren die Regierungen der Mittelstaaten mit Rücksicht auf ihre Kammern und die öffentliche Meinung lange nicht zu bestimmen. Graf Thun in Frankfurt und die anderen österreichischen Gesandten mußten zu diesem Zwecke ihre ganze Beredsamkeit aufbieten, indem sie beteuerten, Österreich wäre es nur darum zu tun, den Gesetzen und der Autorität des Deutschen Bundes Geltung zu verschaffen. Nicht ohne Mühe und mit Rücksicht auf das Stirnrunzeln des Zaren kam also eine Abmahnung des Bundes an die Regierung in Kiel, ein Inhibitorium, zustande, des Inhalts, von weiteren Feindseligkeiten gegen Dänemark abzustehen und mindestens zwei Dritteile der schleswig-holsteinischen Armee in ihre Heimat zu entlassen; strengere Maßregeln wurden vorbehalten. So zog sich das Netz um Preußen immer enger zusammen.

IV. Zweite Zusammenkunft in Warschau. Entlassung des Generals Radowitz

Mit steigender Besorgnis gewahrte man in Berlin, daß der große Freund Preußens an der Newa sich immer mehr dem Gegner zuwandte. Man mußte trachten, den Schiedsrichter von

---

[1]) Da Bayern in erster Linie Preußen die Stirne bot, so verlangte es am 21. Oktober vom Wiener Kabinett eine Verbürgung seines Gebietes für den Fall eines Krieges. Darauf gab Schwarzenberg am 13. November im Namen des Kaisers die Erklärung ab, daß eine solche Garantie im Falle eines unglücklichen Krieges, so unwahrscheinlich auch dieser Ausgang wäre, nicht geleistet werden könnte. Doch versicherte die kaiserliche Regierung, daß die Interessen Österreichs mit denen Bayerns unwandelbar verknüpft seien und daß Österreich seinen ganzen Einfluß zugunsten seines Bundesgenossen aufbieten werde. Mit dieser Zusicherung gab man sich in München zufrieden.

einem ungünstigen Spruche abzuhalten, und mit diesem Auftrage wurden Prinz Karl von Preußen und Ministerpräsident Graf Brandenburg zu ihm nach Warschau gesendet. Dort wollte sich auch Kaiser Franz Joseph mit Schwarzenberg einfinden.

Brandenburg traf schon am 17. Oktober in Warschau ein, acht Tage vor den österreichischen Gästen. So gnädig er aber auch von dem Zaren empfangen wurde, so gewahrte er doch, daß Nikolaus nur in der deutschen Verfassungsfrage unparteiisch blieb, dagegen betreffs Holsteins und Kurhessens von Preußen unbedingtes Nachgeben forderte und erwartete. Vergebens bot Brandenburg die Mithilfe Preußens zur Unterwerfung Holsteins und Kurhessens an, wobei er aber seinen Instruktionen gemäß immer darauf bestand, daß der Deutsche Bund von der Aktion fernzuhalten wäre. Brandenburg persönlich war auch in dieser Frage zum Einlenken bereit, durfte aber mehr nicht zugestehen. Um nun über die Absichten des leitenden preußischen Ministers Sicherheit zu gewinnen, wurde der österreichische Gesandte am Petersburger Hofe, Graf Buol, nach Berlin gesendet, um mit Radowitz über die Sache Rücksprache zu nehmen. Am 21. Oktober hatte Buol mit ihm eine Unterredung, und dieser wiederholte in bestimmten Ausdrücken, daß die preußische Regierung das Eingreifen des Bundestages in Kurhessen unter keinen Umständen dulden werde. Graf Buol brachte den Inhalt dieser Unterredung zu Papier, legte Radowitz seinen Bericht vor und ließ sich von ihm schriftlich die Genauigkeit der Wiedergabe bestätigen. Das Schriftstück nahm den Weg nach Warschau — und so lieferte die österreichische Diplomatie dem Zaren schwarz auf weiß die Bestätigung der Unnachgiebigkeit Preußens. Vergebens hatte Radowitz in jener Unterredung noch einmal die Hand dazu geboten, in Kurhessen gemeinsam mit Österreich vorzugehen, und Buol hielt es für richtig, ihm freundliche Aussichten hiefür zu eröffnen, wohl um ihn sicher zu machen und so zum Sprechen zu bringen. Zu Prokesch sagte Radowitz am 24. Oktober: „Wir wollen in Kurhessen dasselbe, was Sie wollen. Warum also wegen der noch ungelösten Frage des Bundestages uns überwerfen, uns von zufälligen Ereignissen aus dem Wege der Verständigung drängen

lassen?" Die für Preußen verderbliche Differenz bestand also jetzt darin, daß man über das jämmerliche Recht stritt, wer die Ehre haben sollte, dem von allen Teilen gleichmäßig geringgeschätzten Kurfürsten Land und Leute zurückzugeben — ob der Bundestag oder aber Preußen gemeinsam mit Österreich. Der Zar fand jedoch, auf Berlin wäre kein Verlaß, und erklärte Brandenburg endgültig, Preußen dürfe dem Bunde kein Hindernis in den Weg legen, das wäre „eine Beleidigung seiner selbst".

Im Gespräche mit Prokesch hatte Radowitz eine zweite, noch größere Unvorsichtigkeit begangen. Der österreichische Gesandte fragte ihn, ob das Gerücht wahr wäre, daß General v. d. Groeben den Befehl erhalten hätte, die Bayern bei ihrem bevorstehenden Einmarsch in Hessen zurückzuwerfen. Radowitz nun verweigerte zwar eine amtliche Berichtigung dieser Meldung (die, wie wir wissen, den Tatsachen entsprach); als Prokesch ihn jedoch aufmerksam machte, daß es leicht zum Schießen und dadurch zum Kriege kommen könnte, ließ er sich zu folgender Äußerung hinreißen: „Glauben Sie mir, ich habe alle Chancen bedacht, die äußeren wie die inneren, die militärischen wie die politischen, und ich sage Ihnen: Unser Entschluß ist gefaßt. Wir dulden keine fremden Truppen in Kurhessen, und wenn daraus der Krieg wird, so *machen wir augenblicklich alle neun Armeekorps mobil* und *setzen das Äußerste ohne jede Rücksicht und ohne jeden Aufenthalt daran*" [1]) Darauf bemerkte ihm Prokesch, Äußerungen dieser Art sofort zur Kenntnis Schwarzenbergs bringen zu müssen. Radowitz antwortete: „Tun Sie das, denn es ist das beste, daß der Fürst wisse, woran er ist."

Radowitz hätte so nur sprechen dürfen, wenn er der Zustimmung des Königs vollkommen sicher war. Sonst waren seine Worte eine leere, am letzten Ende die preußische Regierung bloßstellende Drohung. Er wurde später gefragt, ob er denn bei den ihm bekannten Gesinnungen des Königs je geglaubt hätte, dieser werde das Schwert gegen Österreich ziehen,

---

[1]) Diese Worte sind auch im Berichte Prokesch-Ostens unterstrichen.

und er verneinte diese Frage. Radowitz war jedoch noch immer der Meinung, Österreich werde bei seinen inneren und äußeren Schwierigkeiten den Krieg nicht zu führen wagen [1]). Im Ministerrate wie in Gesprächen wies er dank seinem außerordentlichen Gedächtnisse haarklein unter Anführung von Ziffern nach, die österreichische Heeresmacht reichte dazu nicht aus. Das aber war der entscheidende Irrtum seines Lebens: er glaubte Schwarzenberg durch jene Drohung mit den neun preußischen Armeekorps einschüchtern zu können. Er schrieb am 22. Oktober an Brandenburg, er habe Buol gegenüber mit voller Deutlichkeit gesprochen; hänge doch das Gelingen der Verständigung davon ab, daß man in Wien die Überzeugung von der Festigkeit der preußischen Regierung gewinne. „Sollte Fürst Schwarzenberg, wie es aus Äußerungen des Grafen v. Buol einigermaßen hervorgeht, etwa den Wunsch hegen, auf seinem Rückwege von Warschau sich mit mir in Dresden zu treffen, so würde ich dazu gern die Hand bieten."

Wie weit war Schwarzenberg von solchen Absichten entfernt! Kaum war er mit dem Kaiser von Österreich in Warschau angelangt, so legte er dem Zaren den Bericht Prokesch-Ostens mit den kriegerischen Erklärungen des Generals v. Radowitz vor. Nikolaus war darüber namenlos erbittert; der Fürst muß ihn so geschickt bearbeitet haben, daß er nach der Unterredung leichenblaß zum Frühstück erschien und zum Prinzen Karl von Preußen, dem Bruder des Königs, sagte, jetzt wäre alles vorbei, er müsse in Preußen einrücken und das Land bis zur Weichsel besetzen [2]). Der Zar selbst hat später die Radowitzsche

[1]) Gerlach I, S. 542.

[2]) So erzählte Prinz Karl dem General v. Gerlach, der wiederholt auf diese entscheidende Stunde zurückkommt („Denkwürdigkeiten" I, S. 557, 601, 628, 631, 634). Der englische Gesandte Lord Westmorland sagte im Dezember 1850 zu Gerlach: „C'est bien une chose bien singulière, que toute l'Europe s'est armée par un mensonge de Monsieur de Radowitz." Unter dieser Lüge ist übertreibend die Drohung mit der Mobilisierung gemeint. — Der entscheidende Bericht Prokeschs über die Unterredung ist vom 25. Oktober datiert, darauf ist von der Hand Schwarzenbergs zu lesen: „Erhalten am 28. Abend." Es muß aber schon früher ein Telegramm Prokeschs nach Warschau gelangt sein, welches dem Zaren vorgewiesen wurde.

Erklärung als Brennpunkt der Ereignisse hingestellt, alles andere wäre nebensächlich gewesen. Nun war er dort, wo Schwarzenberg ihn haben wollte. Es kam eine bindende Abmachung zwischen Österreich und Rußland zustande, welche Preußen mit Krieg bedrohte. Es wurde die Form gewählt, daß Schwarzenberg und Kanzler Nesselrode am 28. Oktober Noten von entscheidender Wichtigkeit austauschten. Schwarzenberg stellte in der seinigen die Frage, was Rußland tun werde, falls Österreich mit Preußen in Krieg gerate. Darauf erfolgte eine genaue Antwort, welche zwischen dem hessischen und dem dänischen Streitfall unterschied. Der letztere stand für Nikolaus im Mittelpunkt. Rußland erklärte also, den Widerstand Preußens gegen ein dahin zu entsendendes Bundeskorps als Kriegsfall zu betrachten. In bezug auf Hessen sagte das Petersburger Kabinett bloß seine moralische Unterstützung zu; aber auch das war von Bedeutung, weil Österreich darin die Sicherung gegen eine Aufwiegelung Ungarns erblicken durfte[1]). Die preußische Regierung wurde durch eine russische Note von den Entschlüssen des Zaren verständigt. Dieser aber, durch den Beschluß des Bundestags bezüglich Holsteins befriedigt, erkannte ihn durch Absendung eines Gesandten nach Frankfurt förmlich an. Stattlich war der Gewinn, den Österreich aus der Warschauer Zusammenkunft nach Hause trug: nach vieler Mühe war es geglückt, dem russischen Bären den Ring durch die Nase zu ziehen.

Brandenburg sah also seine Bemühungen gescheitert und ersah dies aus der Kühle, mit der Schwarzenberg sein Angebot hinnahm, die beiden Großmächte sollten den Bund beiseite lassen und sich über Hessen direkt verständigen. Der Fürst hörte ihn ruhig an, antwortete aber einsilbig, er bedauere die Folgen, er könne aber nicht anders.

[1]) Das Versprechen bezüglich Hessens lautete: à accorder, sans prendre une part directe à la lutte, son appui moral à l'Autriche, en émettant une protestation formelle contre la prétension de la Prusse de s'opposer, les armes à la main, à l'exécution d'un décret de l'assemblée de Francfort. Bezüglich Holsteins wurde gesagt: que si, pour exécuter son inhibitorium, l'assemblée de Francfort était obligée d'envoyer un corps fédéral dans le Holstein, et que la Prusse voulût s'y opposer matériellement, la Russie regarderait etc. etc.

In bezug auf die deutsche Verfassungsfrage war Schwarzenberg bloß in der Form entgegenkommender. Es entsprach offenbar dem Wunsche des Zaren, daß er einwilligte, diese Angelegenheit freien Konferenzen der deutschen Regierungen zu übertragen, statt sofort den verhaßten Bundestag darüber beschließen zu lassen. Als aber Brandenburg wieder die sechs Punkte zur Sprache brachte und demgemäß für Preußen den Wechsel des Vorsitzes am Bunde verlangte, dagegen den Eintritt der gesamten österreichischen Monarchie in den Deutschen Bund anbot, da machte er eine unangenehme Erfahrung. Es war die alte Geschichte mit den Sibyllinischen Büchern, die später immer teurer zu stehen kommen. Schwarzenberg nahm alles für Österreich Günstige ruhig hin, schränkte aber die im Juli in Aussicht gestellten Zugeständnisse erheblich ein. Man begnügte sich damit, eine Aufzeichnung zu unterschreiben, in der der Standpunkt der beiden Teile fixiert war; die Einigung blieb den erwähnten freien Konferenzen überlassen [1]. Das alles waren bloß halbe und deshalb unverbindliche Verabredungen, während das russisch-österreichische Abkommen von jetzt ab die Situation beherrschte.

Kaiser Franz Joseph überließ in Warschau die Verhandlung vollständig seinem Minister und begnügte sich bei den gemeinsamen Konferenzen mit allgemeiner Wahrung des österreichischen Standpunkts. „Alle Äußerungen Seiner Majestät," so wurde nach Berlin berichtet, „haben den Wunsch einer Verständigung mit Preußen kundgegeben. Der Kaiser erkannte an, daß es vorzüglich darauf ankomme, die Form dafür zu finden, hob aber mit besonderer Betonung hervor, daß er mit seiner Regierung auf dem Rechtsboden zu stehen glaube" [2]. Übrigens gefiel es dem Zaren ausnehmend gut, daß ihm von österreichischer Seite zugesagt wurde, die am 4. März 1849 verkündigte Ver-

[1]) Diese Aufzeichnung ist im Anhange abgedruckt. Dort findet der Leser auch den Bericht Schwarzenbergs über den Verlauf der Warschauer Verhandlungen. Die Berichte Brandenburgs sind auch von Sybel eingehend und sachgemäß benützt.

[2]) Graf Flemming an Radowitz am 26. Oktober. Ähnlich Brandenburg an Radowitz am 27. Oktober. Der Kaiser gebrauchte jene Wendungen zu wiederholten Malen.

fassung solle nicht zur Ausführung gebracht werden; und dies geschah, obwohl seitens der Regierung in Österreich damals noch das Gegenteil amtlich versichert wurde[1]).

Die Vorgänge in Warschau zeigten bereits, was immer deutlicher werden sollte, daß für Schwarzenberg die künftige Organisation Deutschlands in zweiter oder dritter Linie stand. Viel mehr als die Zukunft des Deutschen Bundes beschäftigte ihn die Machtfrage, zunächst wer bezüglich Kurhessens und Holsteins dem anderen das Gesetz auferlegen könne. Er war ganz von der Leidenschaft erfüllt, Preußen zum Geständnisse der militärischen und diplomatischen Überlegenheit Österreichs zu zwingen, alles andere trat ihm dagegen in Schatten und Hintergrund.

* * *

Ohne zu zögern, schritt die österreichische Regierung zur Tat. Für Bundesgenossen war gesorgt, nun wurden die eigenen Waffen geschärft. Vier Armeekorps waren bereits, wie erzählt wurde, gegen Preußen aufgestellt; jetzt erging am 30. Oktober, unmittelbar nach der Rückkehr Kaiser Franz Josephs nach Wien, der Befehl zu den umfassendsten Rüstungen. Die ganze Armee wurde mobilisiert, derart, daß in jedem Regiment außer den drei Feldbataillonen noch ein viertes entweder neu formiert oder, wo es bereits bestand, durch einberufene Mannschaften ergänzt wurde. Hinter jenen vier Armeekorps marschierten vier andere aus Ungarn und Italien an die preußische Grenze.

Das war der notwendige Rückhalt für die gleichzeitig beginnende Bundesexekution in Kurhessen. Am 1. November rückten die Bayern nebst dem 14. österreichischen Jägerbataillon unter dem Befehle des Fürsten Thurn und Taxis über die Südgrenze des Landes und besetzten Hanau. Doch auch das Berliner Kabinett machte gemäß dem Radowitzschen Programm Ernst:

---

[1]) Gerlach I, S. 634 erzählt später, der Zar habe ihm mitgeteilt, „man habe ihm versprochen, daß die (österreichische) Verfassung nie sollte ausgeführt werden. Ist dieser ‚man' der junge Kaiser oder Schwarzenberg? Ohne Zweifel. So wird der junge Fürst mit der Lüge in seine Regierung eingeführt." Rochow berichtete gleichfalls, dem Zaren wäre in Warschau jene Zusicherung erteilt worden.

General v. d. Groeben besetzte das Land zwischen den dem preußischen Staate zustehenden Durchzugsstraßen und verlegte so den „Strafbayern" bei Fulda den Weg nach Norden. Vergebens protestierte der Kurfürst gegen den Einmarsch der ungebetenen preußischen Gäste und berief am 7. November seinen Gesandten aus Berlin ab[1]).

Schwarzenberg, zum Äußersten entschlossen, zog darauf die Konsequenzen aus den Verabredungen mit Rußland. Zeugnis dessen die von seiner Hand niedergeschriebenen telegraphischen Depeschen an Prokesch, in denen er ihn anwies, in Berlin kurzerhand die Räumung Kurhessens zu fordern. Sie lauten in ihrer gebieterischen Kürze:

> Am 2. November: „Wie der erste Schuß auf die Bundestruppen in Kurhessen fällt, haben Sie Ihre Pässe zu verlangen. Lassen Sie dies durchblicken."
>
> Am 3. November, 2¼ Uhr nachmittags: „Sie haben, auf Grund des Protestes des Kurfürsten gegen den Einmarsch preußischer Truppen in Kurhessen, mit aller Bestimmtheit zu verlangen und darauf zu bestehen, daß, unter Beobachtung der Etappenkonvention, das ganze Gebiet von Preußen geräumt werde."

So standen die Dinge, als Brandenburg am 31. Oktober in Berlin eintraf, voll Sorge über den Preußen bevorstehenden Doppelkrieg. Schon in Warschau kam er zu dem schmerzlichen Ergebnisse, daß die Pläne des Generals Radowitz fallen gelassen werden müßten; denn wie sollte Preußen in seiner Vereinzelung gegen die von Österreich, Rußland und den Mittelstaaten gebildete Mauer anrennen? Er gab die Union für verloren und mußte sich sagen, daß auch in den holsteinischen und hessischen Wirren keine Ehre zu holen war.

Radowitz geriet über diese Wendung in tiefe Bestürzung.

---

[1]) Der Kurfürst handelte auf Anregung Österreichs, wo jedoch über diesen Schützling sehr abfällig geurteilt wurde. Als es sich um seine Rückkehr nach Kassel handelte, machte Graf Thun aufmerksam, das sei gefährlich, da er sich doch vielleicht mit Preußen verständigen würde. Schwarzenberg gab Thun recht und telegraphierte ihm am 25. November: „Geht der Kurfürst allein, so geht er sogleich zu Preußen über." Und an Prokesch schrieb der österreichische Ministerpräsident am 7. Dezember: „Menschen wie der Kurfürst und Hassenpflug sind nirgends an ihrem Platz."

Wenn sich Brandenburg, der ihm bisher treu zur Seite gestanden, abwandte, so drohte ihm Schiffbruch und, wie er überzeugt war, Schmach für Preußen. Schon bei den unheilvollen Berichten Brandenburgs aus Warschau verließ ihn die Fassung und er überhäufte den russischen Geschäftsträger Baron Budberg mit Vorwürfen über die Haltung seiner Regierung; Preußen werde, so sagte er ihm, trotz der unbegreiflichen Drohungen Rußlands die Truppen des Bundes mit den Waffen zurückweisen. Als Budberg ihn fragte, ob er nicht begreife, daß dies auch den Krieg mit Rußland bedeute, fuhr er auf: das wisse er, aber das sei ihm alles eins, und der König denke so wie er. Er raste wie ein angeschossener Eber, berichtete Budberg. Gleich heftig sprach er zum englischen Gesandten, der ihn, wie er nach Wien schrieb, dreimal um Mäßigung bitten mußte [1]).

Aus diesem Aufbäumen sprach das Vorgefühl seines Sturzes. Noch kämpfte Radowitz in zwei Sitzungen des Ministerrates für eine Politik der Unnachgiebigkeit und beantragte die Mobilmachung der ganzen Armee; er fand aber nur beim Thronfolger Prinzen Wilhelm kräftige Unterstützung. Brandenburg widersprach, und da der Kriegsminister erklärte, Preußen wäre einem Kriege gegen Österreich und Rußland nicht gewachsen, so trat ihnen die Mehrheit des Ministeriums bei. Die Entscheidung lag beim König, dessen innere Schwäche hiebei zutage trat. Denn er sprach zwar im Sinne des Generals v. Radowitz und schalt die Minister ob ihrer Furchtsamkeit; aber er erklärte, sich ihrer Abstimmung zu fügen, wobei er zu Protokoll geben ließ, der von ihnen gefaßte Beschluß wäre für den Staat verderblich. Er ließ also der Mehrheit freie Hand, was Radowitz mit seiner Entlassung beantwortete. Der König überhäufte den General mit Lob für seine Festigkeit, wiederholte die Anerkennung auch in einem an ihn gerichteten Abschiedsbrief, nahm aber seine Demission an.

Radowitz hatte sich nie klar gemacht, daß Österreich seiner

---

[1]) So nach den über diese Angelegenheit zwischen Schwarzenberg und Prokesch gewechselten Briefen.

ganzen Natur nach weder Deutschland noch Italien ohne Krieg aufgeben konnte. In den Aphorismen, die er bald darauf veröffentlichte, gesteht er an einer Stelle, nicht recht zu verstehen, wie Österreich trotz seiner bunten Zusammensetzung und trotz der geringen Begabung seiner Herrscherfamilie seine große Stellung behaupten könne. In der Tat, er ist bis zur Erkenntnis der Österreich eigentümlichen Art und Kraft nicht vorgedrungen. Graf Brandenburg dagegen riß sich aus den früheren Selbsttäuschungen und sühnte sie durch ihr offenes Eingeständnis wie dadurch, daß er die Verantwortung für den Rückzug auf sich nahm. Man hat mit Recht gesagt, daß er vor der traurigen Wahl zwischen einem zwecklosen Kriege und einem unrühmlichen Frieden stand und darnach seinen Entschluß faßte[1]).

Schon am nächsten Tage, dem 3. November, ging eine Depesche nach Wien ab, in der ein trauriger Rückzug angetreten wurde. Das Berliner Kabinett versprach darin die Aufhebung der Union und ebenso, daß man der Bundesexekution in Holstein und Kurhessen nichts in den Weg legen wolle. Doch wurde die Räumung Hessens von einer Bedingung abhängig gemacht: Preußen verlangte Garantien dafür, daß die Bundestruppen zu keinem anderen als dem angegebenen Zwecke in das Herz Norddeutschlands einrückten, dann aber abziehen würden, ferner

---

[1]) Sybel II, S. 22. Dagegen kann ich nicht Sybels Behauptung zustimmen, der König wäre froh gewesen, die Unionsverfassung losgeworden zu sein. Dem widerspricht das Tagebuch Gerlachs, der ihn fast täglich sprach, an vielen Stellen. — Am 4. November berichtet Prokesch: „Der König wortlos in seinem Lehnstuhl in Sanssouci. Der Prinz von Preußen schäumend und ausrufend: das ist der zweite 18. März!" (18. März 1848, Ausbruch der Revolution in Berlin). „Alle die offenen und heimlichen Vertreter der preußischen Ehre (in Radowitzschem Sinne) in Verzweiflung." Und an einer späteren Stelle: „Der Bundestag könnte dann sogleich die Besetzung von Rastatt und die Räumung Badens anordnen, damit in Deutschland sichtbar werde, wo die Macht ist." — Grillparzer spottete über den Rücktritt Radowitzens in den Versen:

Der General von Radowitz
Flieht aus geträumten Lagern,
Und folgt als ausgelöschter Blitz
Dem Donner: Herrn von Gagern.

daß die kurhessischen Etappenstraßen auch weiterhin preußischen Durchmärschen offenstehen sollten. Graf Brandenburg, der diese Wendung herbeiführte, muß dadurch eine schwere seelische Erschütterung erfahren haben. Er erkrankte am Nervenfieber, konnte noch auf die von ihm entworfene Depesche seine Unterschrift setzen, versank dann in Delirien und verschied am 6. November [1]). Der Kultusminister Ladenberg übernahm darauf provisorisch den Vorsitz des Ministerrats, Manteuffel die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten [2]).

Manteuffel hatte den schlimmen Ausgang der Unionspolitik stets vorausgesagt und sich darauf vorbereitet, ihr Erbe zu übernehmen. Am Abend des Ministerrates vom 2. November erschien er bei Prokesch und erzählte ihm die Vorgänge des stürmischen Tages. Der Gesandte berichtete darüber unter demselben Datum nach Wien:

„Manteuffel erzählte mir den Hergang im Conseil. Der Prinz von Preußen, ganz Radowitz, behauptete, die österreichische Armee werde binnen kurzem im preußischen Gebiete sein; man wolle Preußen (zufolge einer Äußerung der Großherzogin Stephanie) erst avilieren, dann demolieren. Radowitz schlug alle Saiten der Ehrsucht und

[1]) Am 10. November sagte der König zu Prokesch: „Der ehrliche Brandenburg starb an dem Kummer, daß, während er seine Ehre dafür verpfändet hatte, daß Fürst Taxis nicht vorrücken werde, die Nachricht kam, daß er vorgerückt sei."

[2]) Ladenberg war von vorneherein kein Anhänger der Radowitzschen Politik. Am 2. September 1850 hatte Prokesch nach Wien gemeldet: „Herr v. Ladenberg, ein Mensch ohne Einfluß außerhalb seinem bescheidenen Fache, sprach mir dennoch die Hoffnung aus, daß es mit Radowitz nicht gar zu lange mehr dauern und mit ihm der Unsinn seines ganzen Systemes fallen werde. Er sagte mir: „Ich kann nichts, aber ich denke wie Sie und ich weiß, daß das Kabinett Herrn v. Radowitz nicht bis in seine Extreme folgen wird." — Ladenberg trat, als sich die Gegensätze zuspitzten, aus Rücksicht für die politische Ehre Preußens später dennoch auf die Seite Radowitz' und stimmte am 2. November mit ihm und Heydt für die Mobilisierung und darauf für eine kräftige Politik. Um so bedenklicher waren seine früheren Herzensergießungen zum österreichischen Gesandten. Diese Indiskretionen der preußischen Minister geben keinen hohen Begriff von der politischen Einsicht und Schulung der hohen Bureaukratie. Prokesch nennt die Mehrheit der preußischen Minister ob der Enge ihres Gesichtskreises „eingeklemmte Geister".

Eitelkeit an. Der König sagte, er wolle den Krieg nicht, aber die Aufstellung von 200000 Mann. Brandenburg und Manteuffel opponierten, indem dies der Krieg sei. Man stritt fünf Stunden lang. Endlich entschied der König für Nichtmobilisierung und Eingehen in die Verhandlung auf der zu Warschau erworbenen Basis. Radowitz warf seine Stelle hin. Der König nahm mündlich die Entlassung an."

Mit diesen Mitteilungen an Prokesch verfolgte Manteuffel den Zweck, Österreich zum Einlenken zu bestimmen, und er bat Prokesch, das Wiener Kabinett möchte ihn und seine Kollegen darüber beruhigen, daß es nicht etwa — wie man auf Grund der Berichte Bernstorffs glaubte — die Absicht eines plötzlichen Überfalls auf Preußen hegte. Manteuffel beging jedoch in seinen Geständnissen den Fehler, daß er einen wachsamen und unermüdlichen Gegner über die Schwäche Preußens unterrichtete. Er ging in der Radowitz entgegengesetzten Richtung zu weit.

V. Kriegsgefahr

So hatte Schwarzenberg das Ziel seiner Anstrengungen erreicht. Preußen gestand den Schiffbruch seiner deutschen Reichspolitik ein, löste die Union auf und Österreich blieb die Vormacht im Deutschen Bunde. Das alles war so bedeutungsvoll, daß die hessische Frage daneben fast ein Kinderspiel war. Nun mußte sich zeigen, ob Schwarzenberg es verstand, nicht bloß den Gegner in Schach zu halten, sondern auch in Deutschland eine feste Ordnung zu schaffen. Die aufbauenden Geister besitzen die Gabe, die Gnaden des Schicksals zu dauernden Taten und Werken zu benützen. War der österreichische Minister zu ihnen zu zählen? Eine große Auffassung der Dinge erforderte, daß er die dem Berliner Kabinett aus dem hessischen Handel erwachsenen Verlegenheiten nicht vermehrte, sondern dem Feinde goldene Brücken zum Rückzug baute. Er mußte jetzt die Bruckschen Ideen mit Nachdruck zur Geltung bringen, also den handelspolitischen Zusammenschluß Mitteleuropas und ebenso den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund fordern und durchsetzen. Ob dagegen die preußischen Truppen in Hessen-Kassel stehen blieben oder nicht, war nebensächlich. Bot man dem König

einen Ausweg, die preußische Waffenehre zu wahren, so war er, wie auch Radowitz nach Wien hatte sagen lassen, zur Annahme des großdeutschen Programms bereit. Die Beute lag vor den Füßen Österreichs, es mußte sich bloß nach ihr bücken.

Das aber geschah nicht. Die wilde Jagd nach der Demütigung Preußens war so weit gediehen, daß man in Wien alles vergaß, um nur diese eine Genugtuung zu schlürfen. Jene großen Pläne waren nicht in Schwarzenbergs eigenem Geiste erwachsen; ihn beschäftigte weit mehr der Gedanke, Preußen eine diplomatische Niederlage beizubringen. So geschah es, daß er die preußische Note vom 3. November zum Anlaß nahm, abermals auf das Berliner Kabinett zu drücken. Die Zertrümmerung der preußischen Union war erreicht, nun wollte er auch die Räumung Hessens erzwingen. Es zeigte sich, daß der König am 2. November auch von der Mehrheit seines Kabinetts unklug beraten worden war. Brandenburg hatte den Zaren begütigen wollen und setzte die Auflösung der Union durch — aber Nikolaus hatte nicht dieses Zugeständnis, sondern die Bundesexekution gegen Hessen und Holstein gefordert. Jenes Opfer war also vergeblich gebracht, der Zar noch nicht versöhnt. Schwarzenberg nahm somit das Errungene wie selbstverständlich hin, beharrte aber mit steigender Bestimmtheit auch auf der Räumung Hessens. Manteuffel erzielte durch seine Bekenntnisse nicht Schonung, sondern nur größere Unerbittlichkeit. In einem von Schwarzenberg an Prokesch am 4. November nachmittags abgesendeten Telegramm ermächtigte er den Gesandten zwar, die Idee eines österreichischen Überfalles laut als Unsinn zu erklären, Hauptsache jedoch war der Schlußsatz: „Vor völliger Räumung Kurhessens und Anerkennung des Rechtes, ein Bundesexekutionskorps nach Holstein zu senden, wird hier in militärischen Maßnahmen nichts geändert und über allgemeine Gegenstände nicht verhandelt.“

Also: wir denken nicht an einen Überfall auf Preußen, wir rüsten jedoch mit Macht weiter und sprechen mit Berlin nicht früher über die Verfassung Deutschlands, bis die preußischen Truppen sich aus Kurhessen auf und davon gemacht und auch den Weg nach Holstein geöffnet haben. Punktum! Wohl war

Schwarzenberg innerlich von der Wendung befriedigt und schrieb am 6. November an Prokesch eine ausführliche Weisung, in der er von der friedlichen Abwicklung wie von einem demnächst zu erwartenden Ereignis sprach. Das hinderte ihn aber nicht, die preußische Unterwerfungsnote am selben Tage wuchtig, wenn auch mit tadelloser Höflichkeit zu beantworten: zuerst Räumung Hessens, dann erst die in Warschau verabredeten freien Konferenzen[1]).

Das war selbst der preußischen Regierung zu viel. Die von ihr gebrachten Opfer waren also vergeblich, vielmehr verstärkte sich der von Wien aus geübte Druck. Besonders der Prinz von Preußen erklärte es für eine unerträgliche Schmach, wenn die preußischen Truppen den Bayern und Österreichern einfach den Rücken kehrten. Ladenberg, der provisorische Ministerpräsident, wie die Mehrheit des Kabinetts stimmten mit dem Prinzen überein, und so wurde am 6. November — gegen den Einspruch Manteuffels — die vier Tage vorher abgelehnte Mobilisierung der Armee und der Landwehr endlich doch beschlossen. Der Ruf zu den Waffen wurde, obwohl der König damit nichts als die Vorbereitung zu einem besseren Ausgleich bezweckte, im ganzen Lande mit Freuden begrüßt. Dem preußischen Ehrgefühl war bisher zu viel zugemutet worden, besonders empfand man es schmerzlich, daß die geringgeschätzten Bayern in Mitteldeutschland die Herren spielen wollten. Dabei war die öffentliche Meinung der irrigen Ansicht, nun werde Preußen für die Befreiung Schleswig-Holsteins und Kurhessens das Schwert ziehen und damit die Vorherrschaft in Deutschland erringen[2]).

---

[1]) Prokesch war anderer Meinung und wiederholte am 6. November seine mäßigenden Ratschläge; er schreibt: „Gegen die völlige Räumung heute lehnen sich Armee und Volk, wenigstens in der Ansicht des Königs, mit solcher Entschiedenheit auf, daß König und Ministerium sie nicht gewähren können. Das letztere erkennt das volle Recht des Bundes, das Unrecht des preußischen Einmarsches an. Es verlangt nur Zeit und Form, um es auszugleichen. Wenige Tage genügen, um die Regierung in der neuen Bahn zu befestigen. Aber diese Tage dürfen keinen Konflikt bringen ..."

[2]) Manteuffel sagte am 6. November zu Prokesch, die Mobilmachung sei gegen seinen Rat erfolgt, der Prinz von Preußen jedoch habe die Maßregel „auf das leidenschaftlichste" verfochten. Manteuffel erzählte weiter:

In diesen Stimmungen wurde das unverwandt nach Hessen blickende Deutschland mit einem Male durch Schüsse aufgeschreckt. Das Bundeskorps unter dem Fürsten von Taxis rückte auf seinem Marsche nach Norden den Preußen bei Bronzell unweit Fulda nahe an den Leib, so daß sich am 8. November bei den Vorposten die Flinten wie von selbst entluden. Die Preußen gaben zuerst Feuer, das dann erwidert wurde: vier österreichische Soldaten wurden verwundet und ein preußisches Pferd getötet („der Schimmel von Bronzell"). Die Offiziere trennten die Kämpfenden, aber österreichisches Blut war geflossen. Für diesen Fall hatte Prokesch schon seit dem 2. November die Weisung, Berlin zu verlassen; jetzt, am 9. November, erhielt er dazu noch folgenden Auftrag Schwarzenbergs: „Fragen Sie, ob Preußen Kurhessen räumt und bis wann? Im Falle einer verneinenden Antwort haben Sie sogleich Ihre Pässe zu verlangen. Antworten Sie gleich." Das war bei wörtlicher Ausführung des Auftrages so gut wie eine Kriegserklärung; reiste der österreichische Gesandte ab, so war der völlige Bruch kaum zu vermeiden.

Die preußische Regierung erschrak über die Aussicht auf einen sofortigen Kriegsausbruch, und Manteuffel besonders wollte sich durch den Zwischenfall nicht in seinem Friedenswerk stören lassen. Ebensowenig lag es in den Gesinnungen Prokesch-Ostens, die Verantwortung für Blutvergießen auf sich zu nehmen. Auch widersprach das jähe Auffahren Schwarzenbergs seiner unmittelbar vorher, am 6. November, gegebenen ruhigeren Weisung; der Gesandte unterließ es also trotz des Zwischenfalls von Bronzell, auf den Krieg loszusteuern.

Danach richtete er sein Verfahren ein. Zuerst verständigte er sich mit Manteuffel, der ihm schon am 9. November sein Bedauern über das Ereignis aussprach; auch zeigte ihm der Minister eine für Wien bestimmte Depesche von demselben Tage,

---

„Der König beteuerte: er wolle den Frieden, aber er könne die Schmach nicht tragen, in der er liege. Nur mit dem Helme auf dem Haupte könne er friedlich sein und werde es auch sein. Die Rüstungen Österreichs zwängen ihn. Die preußische Ehre sei verloren, wenn er nicht unter den Waffen verhandle." Vgl. P. Bailleu, „Aus dem Nachlaß der Kaiserin Augusta (1847—1850)" in der „Deutschen Rundschau", August 1911.

in welcher nochmals und ausdrücklich die Auflösung der Union und die Freigebung des Marsches nach Holstein zugesagt wurde. Er stellte Prokesch ferner in Aussicht, auch die hessische Frage werde sich nach Erfüllung der jüngst von Preußen verlangten Garantien leicht schlichten lassen. Diese Garantien blieben auch weiterhin im Mittelpunkte der diplomatischen Aktion.

Prokesch war damit noch nicht zufriedengestellt und erbat sich am 10. November eine Audienz beim König, in der er das Verlangen Österreichs wiederholte [1]). Er fand den König „in einem fürchterlichen Zustande, gebrochen bis in die Seele hinein". Er war zu allem bereit, gab die Union und Holstein bedingungslos preis, nur bat er bezüglich Hessens beweglich um Gewährung der verlangten Bürgschaften, weil er sonst vor seinem Heer und seinem Volk bloßgestellt wäre. Er sagte zu Prokesch: „Ich schwöre Ihnen in dieser feierlichen Stunde: ich will nicht den Krieg; ich will den Frieden; ich störe die Bundesaktion nicht; ja ich gehe hinaus, aber geben Sie mir ohne Verzug die mir zur Ehre meines Landes unerläßlichen Garantien und bis dahin lassen Sie Taxis nicht vorrücken." Das war eine volle Zusage, die noch dadurch verstärkt wurde, daß Friedrich Wilhelm mit Erbitterung alle Schuld auf Bayern und Württemberg schob, die er bezichtigte, den Streit zu vergiften. Dagegen nannte der arme König den Fürsten Schwarzenberg seinen lieben Freund und über den Kaiser von Österreich sprach er mit solcher Rührung, daß er weinte. Er kam sogar auf die alte Idee vom römischen Kaiser zurück, dessen Connetable er sein wollte.

Darauf bestand Prokesch nicht auf der sofortigen Räumung Hessens; um aber doch eine Genugtuung für Bronzell zu erhalten, verlangte er die Abberufung des Generals Groeben von seinem Posten, was der König nach langem Widerstreben zuletzt zugab. An die preußischen Truppen in Hessen erging der Befehl, Fulda nebst Bronzell zu räumen und bis zu den

---

[1]) Der amtliche Bericht Prokesch-Ostens über diese Unterredung ist im Anhange abgedruckt, das vertrauliche Schreiben an Schwarzenberg über denselben Gegenstand in dem Buche „Aus den Papieren des Grafen Prokesch-Osten".

Etappenstraßen zurückzugehen. Wiewohl dadurch der Weg nach Kassel noch immer nicht freigegeben war, wurde dieser Rückzug in der preußischen Armee als schwere Demütigung empfunden.

Ausführlich begründete Prokesch in einem Berichte nach Wien, daß es unbillig wäre, noch mehr zu verlangen, wenn man Preußen nicht an die Ehre gehen wollte. Er nannte das Erreichte einen vollständigen Sieg und hoffte auf Billigung der von ihm erwiesenen Schonung. Kaiser Franz Joseph war auch, da er mit seinem Oheim in Frieden zu leben wünschte, mit seiner Haltung zufrieden; Schwarzenberg war es weniger[1]). Er wollte den Triumph bis zur Neige schlürfen; er ließ also das Berliner Kabinett etwas aufatmen, bestand jedoch nach wie vor auf völliger Räumung Hessens.

Es gibt jedoch in der amtlichen und vertraulichen Korrespondenz Schwarzenbergs keinen Beleg dafür, daß er den Krieg als Ziel verfolgte. Seine Sprache klingt bis etwa zum 20. November immer gleich: er weicht in der Sache nicht um Haaresbreite, nimmt aber an, das Berliner Kabinett werde nachgeben und der Friede erhalten bleiben; das schloß er auch aus den mit Tränen beschwerten Versicherungen des Königs. Auf Grund des Berichtes Prokesch-Ostens telegraphiert er ihm am 12. November: „Wenn nichts Neues, Störendes — gewiß nicht von unserer Seite — dazwischen kommt, betrachtet Seine Majestät der Kaiser die Schwierigkeiten als gelöst und den Frieden und das vollständige Einverständnis als gesichert." Übereinstimmend damit wurde am 13. November eine offizielle Depesche nach Berlin gesendet, die, freundschaftlich gehalten, darauf berechnet war, die Zweifel des Königs zu beschwichtigen und die Friedenspartei in Berlin zu stärken. Die Depesche erkannte das Recht Preußens auf die verlangten Garantien an und sie wurden auch gewährt; Österreich versicherte also bestimmt, die Besetzung Hessens und Holsteins durch Bundestruppen bezwecke nichts anderes als die Wiederherstellung der landesfürstlichen Gewalt; dann werde man sofort abziehen und das Recht Preußens auf die Durchmarschstraßen in Hessen nicht antasten. „Mit Freuden," so hieß es weiter, „finden wir in dem Erlasse des königlich preußischen Hofes vom 9. dieses die Sprache wieder, welche wir von unserem alten und treuen Bundesgenossen zu vernehmen gewohnt waren." Sodann: „Wir bezweifeln nicht, daß das Berliner Kabinett in unseren heutigen Eröffnungen die Stimme alter und aufrichtiger Freundschaft, welche beklagenswerte Mißverständnisse vorübergehend verkennen ließen, in ihrem vollen und reinen Klange wieder vernommen haben wird."

---

[1]) „Aus den Papieren des Grafen Prokesch-Osten", S. 464.

In der Sache blieb die Note auf dem bisherigen Standpunkt: jetzt müsse Preußen endlich den Bundestruppen die Straße nach Kassel und nach Holstein öffnen. Die Absichten des Kaisers von Österreich gehen aus der Randbemerkung hervor, die das Konzept der Depesche trägt: „Vollkommen einverstanden, Franz Joseph." Solche Vermerke von des Kaisers Hand kommen auf den Aktenstücken zur deutschen Frage nicht häufig vor; man darf annehmen, daß das Aktenstück vom 13. November das Ergebnis einer Aussprache war, bei der der Friedenswille des Monarchen sich kundgab.

Übrigens war Schwarzenberg nach den Erklärungen des Königs und Manteuffels der Meinung, die Sache wäre so gut wie beigelegt und der Widerspruch des Prinzen von Preußen überwunden. In dieser Annahme machte er der preußischen Regierung einen Friedens- und Freundschaftsvorschlag eigener Art, der danach angetan ist, diejenigen zu enttäuschen, die in diesem Manne von Stahl auch einen weithinschauenden Geist vermuten. Vom großdeutschen Standpunkte aus, der auch der österreichische war, hätte er eine machtvolle Exekutive am Bunde verlangen sollen, ferner Bürgschaft für den Besitz der Monarchie in Ungarn und Italien, vor allem aber die handelspolitische Einigung. Davon steht jedoch in dem langen Schriftstücke nicht ein Wort. Es ist vielmehr eine zum gemeinsamen Kreuzzuge gegen alle politische Freiheit auffordernde, saftige Epistel; sie wendet sich sowohl gegen „die selbstsüchtigen und verräterischen Freunde Preußens", also gegen die liberale Erbkaiserpartei, wie auch gegen jenes „dämonische Gezücht" der Radikalen, welches in seinem Verzweiflungskampfe auf einen Krieg zwischen den beiden Mächten spekuliere und deshalb jetzt statt der roten Fahne die schwarzweiße aushänge. Glücklicherweise wären die Heere Österreichs und Preußens gerüstet und folgsam, so daß sie die Revolution gemeinsam niederschlagen könnten. Nach diesen allgemeinen Redensarten kommen bestimmte Vorschläge: die beiden Monarchen sollten mit dem französischen Konstitutionalismus und „seinen Mißgeburten von Volksvertretung, Preßfreiheit, Geschworenengerichten, Vereinsrechten u. dgl." aufräumen. Geschehe dies nicht, so müßte die Gesellschaft zusammenbrechen.

Das waren hochtrabende Redensarten, als wären sie aus Zeitungsartikeln zusammengelesen. So oft Schwarzenberg in seinen Briefen und Depeschen von seinen nächsten diplomatischen Aufgaben spricht, zeichnet sich sein Stil durch eine Mischung von Kraft, Natürlichkeit und hochmütigem Sarkasmus aus; wenn er aber auf das Feld politischer Ideen tritt, schreibt er pathetisch und auffallend platt. Prokesch schüttelte über das seltsame Schreiben den Kopf und hielt es für bedenklich, derartige Herzenswünsche vor der preußischen Regierung auszuschütten. Er teilte also Manteuffel wie dem Generaladjutanten des Königs bloß die allgemeinen Betrachtungen, aber nicht die positiven Vorschläge des Fürsten mit, was er diesem am 20. November meldete: „Von dem Detail des Schreibens vom 16." (die Art der gemeinsamen Maßnahmen gegen die Revolution) „habe ich keinen Gebrauch gemacht und die darauf bezüglichen Stellen weg-

gelassen. So weit sind wir leider noch nicht. So nützlich das Allgemeine, so gefährlich könnte heute noch das Besondere sein."

Die Zurückhaltung Prokesch-Ostens war durch den überraschenden Stimmungswechsel geboten, der sich mittlerweile am Berliner Hofe vollzog. Denn zu dieser Zeit marschierten nicht bloß die österreichischen Regimenter in Böhmen und Mähren auf, es eilten auch 200 000 preußische Soldaten und Landwehrmänner zu den Fahnen, so daß die Wellen kriegerischen Stolzes höher schlugen und bis zu dem von widersprechenden Empfindungen hin und her geworfenen König drangen. Seine Niedergeschlagenheit wich und er hörte auf die Stimme seines Bruders wie der anderen Prinzen seiner Familie, die den Rückzug aus Hessen widerrieten. Von seinen Ministern beharrten nur zwei, Manteuffel und der Kriegsminister, auf Einlösung des gegebenen Versprechens, wobei ihnen die kleine Gruppe der Konservativen und Pietisten zur Seite stand. Unter diesen Eindrücken faßte der König bald kriegerische, bald friedliche Entschlüsse. Am 15. November wurde dem Fürstenkollegium der Union eröffnet, die Auflösung der Vereinigung läge in der Absicht der preußischen Regierung; auch ließ der König den Vorschlag Schwarzenbergs auf gemeinsamen Kampf gegen die Revolution am 19. November durch einen entgegenkommenden Brief Gerlachs an Prokesch beantworten. In der hessischen Frage dagegen verhärtete sich sein Sinn, er lehnte die Räumung ab, auch rief er Groeben trotz seiner Zusage nicht von seinem Posten zurück; er befahl gerade im Gegenteil die bisher unterbliebene Besetzung Kassels. Dabei war er tief unglücklich, daß man diese Maßregeln als Schutz der hessischen Steuerverweigerer gegen ihren Fürsten auffassen könnte; er flehte den Himmel um einen Ausweg aus diesem Wirrsal an.

Was den König noch beunruhigte, war die Zustimmung der liberalen und nationalen Partei zu der von seinem Bruder empfohlenen Kriegspolitik. Er mißtraute ihr seit 1848 aufs tiefste, sah sie jedoch über die Rüstungen hocherfreut. Wohl war sie von ihm durch die Ablehnung der Kaiserkrone ins Herz getroffen worden, hoffte aber jetzt, er werde sich ermannen und den Kampf um Deutschland aufnehmen. Für den 21. Novem-

der waren die preußischen Kammern einberufen, und es war vorauszusehen, daß sich ihr Patriotismus in kriegerischen Adressen Luft machen werde. Ladenberg und seine Genossen im Ministerium bestimmten den König zu einer Thronrede, welche diese Auffassung ermutigte. Sie vermied zwar jede Herausforderung, erklärte aber mit Bestimmtheit, Preußen werde in Hessen nicht zurückweichen; an zwei Stellen wurde die Absicht der Regierung betont, dem deutschen Gesamtvaterlande eine Verfassung nach den Ideen zu geben, von denen der König sich bisher hatte leiten lassen [1]).

Diese Bewegung der Geister brachte es mit sich, daß Kaiser Nikolaus sich immer fester an Österreich anschloß; fand er doch, daß sein Schwager sich jetzt offen mit der Revolution verbände und in zwei deutschen Ländern die Empörung ermutigte. Am 19. November traf in Berlin eine drohende russische Depesche ein, in der beim Beharren auf diesem Wege der Krieg in Aussicht gestellt wurde. Dieser Gegensatz wurde durch eine Intrigue verschärft, bei der das Herzogtum Braunschweig, ein treuer Verbündeter Preußens, vorgeschoben wurde; es trat mit einem Protest gegen den Durchzug des für Holstein bestimmten Bundeskorps hervor. Nun würde sich der Kleinstaat auf eigene Faust Rußland und Österreich sicherlich nicht entgegengestellt haben; er handelte offenbar unter der Eingebung der sich um den Prinzen von Preußen scharenden Partei des Widerstandes. Manteuffel versicherte dem österreichischen Gesandten, er sei über die neue Schwierigkeit unglücklich; seine persönlichen Empfindungen waren aber belanglos, da er vom König verhalten wurde, am 20. November den braunschweigischen Protest nach Wien zu übermitteln [2]). Prokesch hielt dem Minister des Äußern mit gutem Grunde vor, das sei veraltetes diplomatisches Spiel, und für Schwarzenberg war es ein Hochgenuß, das russische Kabinett aufs neue über die Winkelzüge der preußischen Politik aufzuklären.

---

[1]) Der Entwurf der Thronrede war Prokesch früher von Manteuffel gezeigt worden und er meldete beschwichtigend nach Wien: „Der Eindruck der Thronrede war kriegerisch, der Sinn ist es weniger." Doch gab er zu, er stehe mit seiner friedlichen Auffassung allein.

[2]) Vgl. Gerlach I, S. 573.

Vergebens versuchte die preußische Regierung diesen Kreis zu durchbrechen, indem sie auf ihren früheren Vorschlag zurückkam, die Exekution gemeinschaftlich mit Österreich durchzuführen — jedoch mit Beiseitelassung Bayerns wie überhaupt des nicht anerkannten Bundestages. Aber eben diese Anerkennung gedachte der österreichische Ministerpräsident zu erzwingen. Er wollte Bayern und Württemberg wie dem Bundestage die vollste Genugtuung bereiten. Schon am 22. Oktober war auch Sachsen dem Bregenzer Bündnis beigetreten und am 30. November folgte Hessen-Darmstadt diesem Beispiel, nachdem es sich von Österreich Zusagen betreffs seiner Souveränität und seines Gebietsstandes verschafft hatte. Doch hielt Schwarzenberg mit dem Äußersten zurück; er bestimmte die Versammlung in Frankfurt, am 14. November all die Garantien zu beschließen, welche Preußen bezüglich der Bundesexekution verlangt und von Österreich bereits zugesichert erhalten hatte. Dies wurde dem Berliner Kabinett am 20. November von der österreichischen Präsidialmacht bekanntgegeben, und Schwarzenberg bediente sich dabei einer maßvollen und klugen Sprache, um Preußen jede weitere Ausflucht abzuschneiden. Seinem Unmut über das Säumen des Berliner Kabinetts machte er jedoch am selben Tage in einem vertraulichen Schreiben an Prokesch in folgenden Worten Luft: „Wenn man in unserer Erklärung keine hinlänglichen Bürgschaften für unsere Gesinnungen und unsere Absichten erkennt, so kann ich nicht helfen — mehr kann nicht gesagt werden, und ich muß Ihnen aufrichtig sagen, daß der Anblick unserer Truppen und der Gedanke an das schwere Geld, das ihre Aufstellung kostet, nicht geeignet sind, das Aussprechen solcher faden und süßlichen Worte leicht zu machen." Hier geschieht es in der Korrespondenz Schwarzenbergs zum ersten Male, daß kriegerische Wünsche aufblitzen. Seine Geduld war erschöpft. Preußen mußte sein Wort einlösen oder sich auf Krieg gefaßt machen.

Ein Tag um den anderen verstrich, ohne daß sich das Berliner Kabinett zu einer Antwort entschließen konnte. Die Beratungen der Minister führten, trotz des Drängens des österreichischen Gesandten, zu keinem Ergebnis. Am 19. November sagte Prokesch zu Manteuffel, die Bundestruppen müßten nach

Kassel, wenn auch über preußische Leichen. Manteuffel versuchte nach allen Seiten zu beschwichtigen, aber seinen Bemühungen standen die Berichte des Grafen Bernstorff aus Wien im Wege, die die Unlauterkeit der friedlichen Versicherungen Österreichs behaupteten; sie wirkten in Berlin, wie Prokesch meldete, wie eine Brandfackel [1]). Bernstorff war seit seinem persönlichen Zusammenstoße mit dem österreichischen Ministerpräsidenten (August 1850) schwer gereizt und meldete schon seit dem Oktober, Schwarzenberg trüge sich mit der Absicht, über das ungerüstete Preußen mit Waffengewalt herzufallen; in einer ausführlichen Denkschrift vom Oktober entwarf er den zur Abwehr notwendigen Kriegsplan [2]). Der Krieg sei unvermeidlich, schrieb er am 30. Oktober, es wäre deshalb ratsam, dem Feinde durch einen Angriff zuvorzukommen. Nun war das angesichts der Haltung Rußlands ein unseliger Rat. Bernstorff ging in seiner ungünstigen Beurteilung Schwarzenbergs so weit, daß er zu dem Schlusse kam, Österreich wäre „von einem anscheinend unzurechnungsfähigen Staatsmanne" gelenkt, dessen geistige und körperliche Fähigkeiten im Abnehmen begriffen seien. Dieses verkehrte Urteil beweist nur, daß Bernstorff seinem Widersacher gegenüber jeden Maßstab verloren hatte und unfähig war, in dessen politische Methode einzudringen. In Wien war diese Gesinnung des preußischen Gesandten bekannt und Schwarzenberg verlangte deshalb von Manteuffel dessen Abberufung. Darauf konnte dieser nicht eingehen, aber da seine Kreise durch Bernstorff gestört wurden, schickte er seinen Gesinnungsgenossen, den Grafen Westphalen, nach Wien, um hier der Dolmetsch seiner friedfertigen Absichten zu sein.

So kam man in der Hauptsache nicht von der Stelle. Prokesch-Osten empfahl, da er die Härte der Forderung auf Abzug der Preußen empfand, einen neuen Ausweg. Die Preußen sollten in Hessen bleiben und ihre Etappenstraßen

---

[1]) Brief Prokesch-Ostens an Schwarzenberg vom 22. November. Es ist bemerkenswert, wie gut Prokesch und wie schlecht Bernstorff unterrichtet war.

[2]) Ringhoffer, „Im Kampfe für Preußens Ehre", S. 137 u 138.

weiter besetzt halten dürfen; doch müßten sie die Bundestruppen nach Kassel durchlassen, um den Kurfürsten wieder in die Macht einzusetzen. Schwarzenberg widerstrebte anfangs, ließ aber Prokesch dann gewähren; in Berlin aber wollte man darauf nicht eingehen und der König entgegnete auf Gerlachs Zureden am 23. November heftig: „Ich dulde kein Passieren durch die Etappenstraßen, das wirft uns um!"

Unter diesen Umständen gab auch Prokesch die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens auf. Er setzte sich in Wien bereits dem Verdachte aus, er lasse sich hinhalten, wodurch Preußen Zeit zur Vollendung seiner Rüstungen gewänne. Das Zögern Preußens erfüllte ihn mit Erbitterung und am 24. November schlug er Schwarzenberg vor, eine letzte Anfrage nach Berlin zu richten, dann aber, wenn die Antwort nicht genügend wäre, ein Ultimatum [1]. Der österreichische Ministerpräsident handelte aber rascher und gebieterischer. Er hielt eine nochmalige Anfrage für überflüssig und erteilte am 24. November, 1 Uhr mittags, Prokesch den telegraphischen Auftrag, ohne Verzug das Ultimatum zu stellen. Es wäre, so wies er Prokesch an, für die Bayern schon aus Verpflegungsrücksichten unmöglich, bei Fulda stehen zu bleiben; sie müßten entweder Kurhessen verlassen oder sich im Lande ausbreiten. Der preußischen Regierung sei eine letzte Frist von 24 Stunden zu geben; ging sie unbenützt vorüber, so werde Taxis auf jede Gefahr hin den Befehl zum Marsche gegen Kassel erhalten. Am nächsten Tage vollstreckte Prokesch diese Weisung; der 27. November, Mittag, wurde von ihm als Zeitpunkt für den Beginn der Feindseligkeiten angekündigt. Es war die feste Absicht der österreichischen Regierung, die Kriegserklärung auszusprechen, wenn die bayrischen Truppen auf bewaffneten Widerstand stoßen sollten.

Die Kommentare, mit denen Schwarzenberg die Stellung

---

[1] „Die Ohnmacht des vernünftigen Teiles des Ministeriums," schreibt er am 24. November, „liegt zutage. Bis zur Stunde habe ich keine Antwort auf die Mitteilung der Garantien erhalten können.... Vergebens weise ich die Niederträchtigkeit nach, erst zu versprechen, man wolle den Zug nach Holstein nicht hemmen ... und dann die Etappenstraßen zu versperren und eine braunschweigische Intrige voranzustellen."

des Ultimatums in den Briefen an die Gesandten zu Berlin, Frankfurt und München begleitete, sind ein Beleg für seine Kaltblütigkeit. Von Gemütsbewegungen über die Kriegsgefahr findet sich nichts darin, eher eine Art Entschuldigung, daß er, um einen europäischen Krieg zu vermeiden, dem Berliner Kabinett noch eine Frist gegeben habe. Sehr ernst ist die in einem Briefe an Prokesch (24. November) geführte Sprache. Graf Westphalen, so heißt es darin, habe ihm zwar schon beim ersten Gespräche einen guten Eindruck gemacht, doch entnehme er den Berliner Berichten, daß der Friede nicht erhalten werden könne, weil die böswillige und verblendete Kriegspartei in Berlin die Oberhand habe und ihren Willen durchsetzen werde. Schwarzenberg spricht wie ein Mann, den man zum Äußersten zwingt, das er doch vermeiden möchte. „Wenn man es in Berlin so will, so ist das der Krieg" [1]. Der Widerhall dieser Kriegsstimmung findet sich in den sich drängenden Telegrammen, Berichten und vertraulichen Briefen Prokesch-Ostens, sie alle klingen wie Fanfaren zum Angriff. Seine altösterreichische Abneigung gegen Preußen bricht hervor, dieser Staat gilt ihm als Träger der Revolution in Deutschland [2]. Auch der in Wien als Friedensbote anwesende Graf Westphalen glaubte an den bevorstehenden Beginn der Feindseligkeiten.

---

[1] Der Brief ist im Anhange abgedruckt. In diesem Augenblicke hielt Schwarzenberg es für zweckmäßig, die Hitze der deutschen Mittelstaaten zu mäßigen. Das geschieht besonders in einer für den Grafen Thun bestimmten Weisung vom 25. November. Am selben Tage schreibt er nach München und Stuttgart unter anderem: „So viel scheint übrigens gewiß, daß die preußische Regierung in einer Lage, wo sie alle Großmächte gegen sich hat, ungeachtet der kleinlichen Intrigen, welche sie zur Verhinderung der von ihr bereits zugestandenen Bundesexekution in Schleswig-Holstein noch fortspinnt, sich endlich nachgiebig zeigen wird." Diese Worte stimmen mit den an Prokesch gerichteten nicht überein. Begreiflich genug: in Berlin drohte er, die deutschen Höfe wollte er vor Überstürzungen warnen.

[2] Telegramm vom 25. November (chiffriert): „Man behauptet zu Potsdam, um 100000 Mann stärker als wir zu sein, und man glaubt die böhmische Armee schlecht gerüstet. Man hofft auf Fehler in Ungarn und Italien; man träumt von Krieg und Sieg. Der König scheint unter dem Drucke der Prinzen zu liegen und jeder Nachgiebigkeit, auch der billigsten, ferne."

Der König war über diese Aussicht tief erschüttert und ersann in seiner Friedensliebe ein neues Auskunftsmittel: Schwarzenberg und Manteuffel sollten auf österreichischem Boden zusammentreffen, um sich zu verständigen.

Am 24. November schickte er den Grafen Eberhard Stolberg mit dieser Botschaft nach Wien, vernahm aber mit Betrübnis, daß Schwarzenberg unbeugsam blieb. Der Fürst erwiderte dem Abgesandten des Königs, er werde sich zu dieser Zusammenkunft erst dann einfinden, wenn die Preußen zuvor Kassel geräumt hätten. Das war so gut wie eine Ablehnung. Er fügte spöttisch hinzu, er wünschte zwar sehr die persönliche Bekanntschaft des Herrn v. Manteuffel zu machen, aber leider stünden die Dinge in Preußen so, daß man nicht wissen könnte, ob er nach acht Tagen noch Minister sein werde. Der König ließ sich jedoch nicht entmutigen, schlug jetzt Olmütz als Zusammenkunftsort vor und wendete eine Art moralischen Zwanges an, um den österreichischen Minister zu der Reise dahin zu bestimmen. Er ließ am 26. November nach Wien telegraphieren, er habe Manteuffel zum Überbringer von Briefen bestimmt, eines von seiner Hand an Kaiser Franz Joseph und eines zweiten von der Königin an Erzherzogin Sophie, mit Vorschlägen und Friedensanerbietungen. Der König nahm mit Bestimmtheit an, Schwarzenberg werde sich nicht weigern dürfen, von dem preußischen Minister Botschaften an die kaiserliche Familie zu übernehmen. Manteuffel ging noch weiter und telegraphierte am selben Abend (26. November) an Bernstorff, er reise auf jeden Fall am nächsten Tage nach Olmütz und erwarte dort den österreichischen Ministerpräsidenten. Nun hatte die preußische Regierung nichts als dessen ablehnenden Bescheid in Händen und dem Fürsten war zarte Rücksicht gerade nicht zuzumuten. Es ist aber möglich, daß der König von seinen hohen Verwandten in Wien zu der Zeit schon irgend eine Zusicherung besaß[1]).

Zur selben Stunde ungefähr verhandelte Graf Bernstorff

[1]) Erzherzogin Sophie sagte am 26. November zum Landgrafen von Fürstenberg, sie glaube an die Erhaltung des Friedens (nach einem ungedruckten Briefe des Landgrafen). Die Erzherzogin aber kannte die Gesinnungen ihres kaiserlichen Sohnes am besten.

mit Schwarzenberg und stellte ihm eindringlich vor, es wäre unbillig, die Zusammenkunft zu verweigern oder sie an eine Bedingung zu knüpfen, über die man erst die Einigung erzielen müßte. Der Fürst blieb lange ungerührt, alles schien gescheitert. Endlich wich er den Gründen Bernstorffs so weit, daß er einwilligte, noch einmal dem Kaiser Bericht zu erstatten und dessen Entscheidung einzuholen. Gespannt erwartete man in Berlin die Antwort; sie kam am späten Abend des 26. und lautete: Der Ministerpräsident werde dem Befehle seines Kaisers zufolge am 28. November in Olmütz eintreffen. War ihm die Reise also gegen seinen Willen auferlegt? Schwerlich — dazu war die Stellung Schwarzenbergs zu groß. Doch wird der Kaiser seinen Friedenswunsch entscheidend in die Wagschale gelegt haben: ein bedeutsamer Beginn in den Entschließungen seiner langen Regierung.

VI. Die Rüstungen Österreichs

Österreich war in diesem Augenblicke zum Kampfe bereit und wohl möglich, daß Schwarzenberg es vorgezogen hätte, das Schwert sprechen zu lassen. Ende November standen in Böhmen 116 000 Mann, in Mähren und Schlesien 40 bis 50 000 Mann zum Vormarsche bereit. Außerdem waren etwa 25 000 Soldaten unter General Legeditsch bis nach Franken vorgerückt, um vereint mit den Bayern und Württembergern zu operieren. Zusammen mit diesen letzteren standen 250 000 Mann zur Verfügung. Wenn diese Truppenmacht nicht größer war, so lag dies daran, daß Österreich in Italien, in Ungarn und auch sonst im Innern der Monarchie ein ansehnliches Aufgebot bereit halten mußte [1].

Das österreichische Heer war damals in vier Armeen eingeteilt, wozu als selbständiges Kommando noch die unter Jellačić in Kroatien und der Militärgrenze stehenden Truppen traten. Im Frieden stand die I. Armee (1., 2., 3. und 4. Korps) in den deutschen Bundesländern; die II. Armee (5., 6., 7., 8. und 9. Korps) unter Radetzky

---

[1] Die Angaben über die Truppenaufstellung sind den Akten des Wiener Kriegsarchivs entnommen.

in Italien und den Adriagebieten; die III. Armee (10., 11., 12. und 13., letzteres ein Kavalleriekorps) in Ungarn und Siebenbürgen; die IV. Armee (etwa 30000 Mann ohne Korpsverband) in Galizien. Es handelte sich nun darum, wie viel davon gegen Preußen aufgeboten werden konnten.

Das war der Inhalt einer vom 20. Dezember 1849 datierten Denkschrift des Freiherrn v. Heß, Generalquartiermeisters (Generalstabschefs) der Armee. Man habe, so legte er dar, nach dem ungarischen Kriege zur Schonung der Finanzen Reduzierungen vorgenommen und deshalb im ganzen nur 400000 Mann zur Verfügung. Da im Kriegsfalle Ungarn, Italien und auch die großen Städte des westlichen Österreich gut verwahrt bleiben müßten, da auch in Mainz und anderen deutschen Plätzen kleinere Abteilungen lagen, so konnte man nur die I. Armee mit vier Korps als Ganzes an die preußische Grenze ziehen. Das waren rund 100000 Mann, dazu je 30000 Mann, die man aus Ungarn und Italien heranziehen konnte. Somit hatte man nur 160000 Mann zu einem großen Kriege bereit und das war nach Heß' Annahme zu wenig, da Preußen 220—230000 Mann gegen Österreich ins Feld stellen könnte[1]). Er kam zu dem Schlusse, daß ohne starke Neuformationen das Unternehmen unausführbar wäre. Zu diesem Ende wären neben den bestehenden drei Feldbataillonen noch die vierten Bataillone zu vervollständigen und bei den Regimentern der Militärgrenze die fünften und sechsten Bataillone zu bilden und heranzuziehen. Das waren zusammen noch 100000 Mann und damit könnte man dem Gegner entgegentreten.

Beim Herannahen der Kriegsgefahr wurde im ganzen nach diesen Vorschlägen gehandelt. Unmittelbar nach der Rückkehr des Kaisers aus Warschau befahl er, wie bereits erzählt ist, am 30. Oktober die Ergänzung der vierten Bataillone, auch Landwehrbataillone genannt. In den 35 deutsch-erbländischen Regimentern bestanden sie bereits; diese sollten jetzt auf Kriegsfuß gesetzt werden mit 180 Mann für die Kompanie, zu welchem Zwecke eine neue Rekrutierung in Aussicht genommen war. Gleichzeitig wurde die Aufstellung vierter Bataillone auch bei den ungarischen und italienischen Regimentern befohlen. Binnen kurzem war man so weit, daß aus einigen in Galizien stehenden Truppenkörpern und aus vierten Bataillonen bis zum 21. November ein neues Armeekorps (das 14.) gebildet war, das unmittelbar danach in Doppelmärschen nach Böhmen aufbrach. Am 27. November folgte ihm mit derselben Beschleunigung die in Galizien stehende Kavallerie; für die Besetzung dieses Landes sorgte man durch die aus Siebenbürgen nachrückenden vierten Batail-

---

[1]) In einer späteren Denkschrift, vom 4. Oktober 1850, schlägt Heß die Truppen Preußens, zu denen er auch die der Unionsstaaten rechnet, auf 387000 Mann an. Davon wären 100000 Mann als Wacht gegen Rußland abzuziehen, so daß 280—290000 zum Kriege gegen Österreich verwendet werden könnten.

lone. Endlich wurde ein Reservekorps (das 15.) aufgestellt, das zum großen Teil aus Grenadierbataillonen, zum kleineren aus Truppen des 2. Korps formiert wurde. Es war ebenfalls für Böhmen bestimmt und war Ende November nahezu marschfertig.

An Tatkraft also fehlte es nicht. Die Vorzüge und die Mängel der Rüstung Österreichs ergeben sich aus der Ende November bestehenden Kriegsgliederung, aus der zu ersehen ist, wie viele Truppen für den Kriegsschauplatz verfügbar, wie viele anderweitig gebunden waren.

Beginnen wir mit Italien. Es war eine ernste Sorge Radetzkys, der zum Oberbefehlshaber gegen Preußen bestimmt war, daß die Garnisonen auf der Halbinsel wegen der Aufstellung im Norden nicht allzusehr geschwächt würden; dies geht aus seinem Briefwechsel mit Benedek, seinem Generalstabschef in Italien, hervor. Ende November standen dort noch das 5., 7. und 8. Korps und ein Teil des 6., im ganzen gegen 82000 Mann. Man hatte also das 9. Korps und einen Teil des 6. nach Norden gezogen, durfte jedoch nicht weiter gehen, wollte man die Herrschaft in Italien nicht aufs Spiel setzen[1]).

Auffallend groß sind die Truppenmassen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Reiches zurückgehalten wurden: die Gärung nach der Revolution wurde für bedenklich erachtet. Man hatte zu diesem Zwecke nach der Berechnung des Generalstabs außer dem Armeekommando unter Jellačić (38000 Mann in Kroatien, der Militärgrenze und Dalmatien) noch 97600 Soldaten aus anderen Korps zur Verfügung.

Die letztere Ziffer würde man jedoch nicht erreicht haben. In Ungarn ließ man davon (außer den Truppen unter Jellačić) das 12. und die Hälfte des 10. Korps, 43000 Mann, zurück — im ganzen 81000 Mann. Für Wien und Innerösterreich blieben 37 Bataillone, für Böhmen 15 Bataillone, das übrige für Mähren, Schlesien und Galizien[2]). So wenig sicher glaubte man der Hauptstadt wie auch der österreichischen Provinzen zu sein. Das absolutistische System war Ursache, daß die Streitmacht der Monarchie gegen den äußeren Feind sehr geschwächt war.

Nach Abzug dieser Heereskörper ergibt sich die Stärke und Zusammensetzung der Feldarmee. In Böhmen stand die Hauptmacht: das 1., 3. und 9. Korps samt dem Kavalleriekorps (dem 13.), im Nachschub begriffen das Reservekorps (das 15.). Das waren, wie bereits erwähnt, 116000 Mann[3]). Sie waren im Verein mit den Sachsen zum Vormarsche gegen Berlin bestimmt.

---

[1]) Wiener Kriegsarchiv: Einteilung der II. Armee vom 19. Nov. 1850, von Benedek gezeichnet. Vgl. Friedjung, „Benedeks Nachgelassene Papiere", S. 186.

[2]) Ordre de bataille vom 25. November.

[3]) Die Stärke ergibt sich aus der Nummer des Kriegsarchivs 1850, 11, 241 vom 27. November. Diese I. Armee stand unter dem Befehle des

In Mähren war eine Flügelarmee aufgestellt, bestehend aus dem 11. und Teilen des 2. Korps, samt dem aus Galizien nachrückenden 14. Korps. Das waren 40—50000 Mann mit dem Operationsziel Preußisch-Schlesien. Wenn der Feind jedoch Schlesien räumte, um Berlin zu decken, so konnte dieses Heer sich der österreichischen Hauptarmee anschließen.

Endlich war noch das 4. Korps zu rechnen, das ursprünglich in Vorarlberg aufgestellt worden war und unter FML. Legeditsch stand[1]). Vor seinen beiden Divisionen rückte die eine im November nach Bamberg und dann an die hessische Grenze, um sich mit den Bayern an der Bundesexekution zu beteiligen. Die zweite Division stand zur selben Zeit bei Nördlingen, um sich mit den Württembergern zu vereinigen und dann über Sachsen vorzurücken.

So also waren gegen Ende November über 180000 Österreicher zum Kampfe aufmarschiert. Die Diplomatie Schwarzenbergs hatte aber auch für die militärische Mitwirkung der meisten Mittelstaaten gesorgt. Das bayrische Heer, 40—50000 Mann, war mobilisiert und stand mit einem Korps an der hessischen Grenze, mit dem anderen bei Hof, dieses letztere zum Anschluß an die böhmische Armee bereit. Man rechnete auch auf 20000 Sachsen — diese an erster Stelle — auf 20000 Württemberger und 10000 Hessen (Darmstadt). Von den Königreichen hielt sich nur Hannover zurück. Seine Regierung hatte zwar in Frankfurt für die Bundesexekution gestimmt, stellte aber keine Truppen auf und bat in einer dem Zaren übergebenen Denkschrift um dessen Schutz für die Neutralität Hannovers. Dies wurde aber von Rußland bestimmt abgewiesen, da man in Petersburg die Bundesexekution mit Eifer unterstützte.

Schlug man die Heere der Verbündeten auf 250000 Mann an, so lag darin an sich keine Übermacht gegen Preußen. Der österreichische Generalstab berechnete, daß die Preußen zwischen dem 1. und 10. Dezember mit 248000 Mann bereitstehen würden. Der entscheidende Umstand lag jedoch in der Zersplitterung dieser Heeresmacht. Denn die preußische Politik hatte sich so tief in die hessische Sache verstrickt, daß ein großer Teil des Heeres damals in Westdeutschland stand, im ganzen 118000 Mann, wie in Wien mit gutem Grunde angenommen wurde[2]).

Generals Grafen Wratislaw, dessen Generalstabschef Oberst Nagy war. Aus der Feder Nagys floß ein Offensivplan zum Kriege gegen Preußen (Kriegsarchiv 1850, 12, 149).

[1]) Sacken, „Das österreichische Korps Legeditsch" in den „Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs", N. F., Bd. VIII.

[2]) Davon 44400 unter Groeben in Hessen, 35600 unter Strotha bei Kreuznach, 38000 Mann in den Rheinlanden. Diese Ziffern sind nur annähernd und etwas später wurden sie in Wien niedriger angesetzt.

Um die von Haus aus ungünstige strategische Lage etwas zu verbessern, war das Großherzogtum Baden ebenso wie Hamburg von den preußischen Truppen geräumt worden, was als erster diplomatischer Erfolg Österreichs gelten konnte[1]). Durch die Massierung in Westdeutschland war Berlin entblößt und zu seinem Schutze waren nur unzureichende Streitkräfte vorhanden. Man brachte bloß 80000 Mann an der sächsischen Grenze zusammen und 50000 in Schlesien. Die Preußen waren in Schlesien etwas stärker als die ihnen gegenüberstehenden Österreicher, dafür aber auf dem Hauptkriegsschauplatz erheblich schwächer[2]). Die Aussichten des Habsburgerreiches waren also für den Beginn des Kampfes die günstigsten. Sie mußten sich allerdings für die Preußen bald verbessern, sobald vom Westen eine große Truppenzahl an die Hauptmacht herangezogen war.

Anfangs November traf Radetzky zur Übernahme des Oberkommandos in Wien ein; seine förmliche Ernennung wurde indessen noch verschoben, bis der Krieg unabwendbar war. Die Last der Geschäfte lag auf den Schultern seines Generalquartiermeisters, des Feldzeugmeisters Heß, und dieser war wie 1848 und 1849 in Italien vom Geiste entschlossener Offensive beseelt. Wir wissen heute noch bestimmter als früher, daß die erfolgreichen Feldzugspläne in Italien sein Verdienst waren; der greise Radetzky folgte klugerweise ganz seinen Ratschlägen.

Es stand für Heß fest, daß er mit fünf Korps aus Böhmen längs der Elbe vordringen, die Sachsen aufnehmen und den Preußen sobald wie möglich eine Schlacht liefern müsse. Die Überlegenheit des Feindes in Schlesien über die Österreicher in Mähren war dem gegenüber nebensächlich. Heß mußte besonders dafür sorgen, so viel deutsche Bundesgenossen als möglich mit

---

[1]) Bei der Niederwerfung des Aufstandes in der Pfalz und in Baden hatte man, wie der preußische Kriegsminister Stockhausen Bismarck sagte, die Stämme allzu zahlreicher Truppenkörper nach diesen Ländern geschickt, um nicht auf zu hohe Jahrgänge greifen zu müssen. Dadurch wurde jetzt die Mobilisierung erschwert und eine strategisch richtige Aufstellung unmöglich gemacht.

[2]) Bernstorff meldete am 25. November sogar, die Armee in Böhmen sei nicht unter 180000 Mann stark.

seinem Hauptheere zu vereinigen, bevor sich die Preußen aus dem Westen verstärken konnten. Zu diesem Ende rechnete er mit Bestimmtheit auf die Teilnahme des einen bayerischen Korps, das unter Prinz Isenburg mit 25 000 Mann bei Hof stand. Das war dem vorschauenden General aber noch nicht genug. Sein Feldzugsplan ging auf die straffste Konzentration für den Hauptkriegsschauplatz. Er wollte also auch das bayerische Korps des Fürsten Taxis (in Kurhessen), dann das österreichische Korps Legeditsch und endlich die Württemberger direkt gegen Berlin in Bewegung setzen. Das war kühn gedacht und mit Energie wurde auf die Ausführung hingearbeitet. Am 27. November — also am Tage der Abreise Schwarzenbergs und Manteuffels nach Olmütz — richtete Heß Briefe an den bayerischen und den württembergischen Generalstabschef, worin sie, wenn die Unterhandlung zu Olmütz fruchtlos bliebe, zur Mitwirkung aufgefordert wurden; das österreichische Korps Legeditsch wurde in gleichem Sinne angewiesen. Heß ging von der Annahme aus, daß das bayerische Korps Taxis und die eine Division des Generals Legeditsch zu schwach wären, um den ihnen in Kurhessen gegenüberstehenden Preußen die Spitze zu bieten. Es wäre ein Fehler gewesen, sich in Westdeutschland einer Niederlage auszusetzen. Deshalb sollten die Bayern und Legeditsch Hessen räumen, sich aber nicht nach dem Süden zurückziehen, sondern — mit Hinterlassung einer deckenden Nachhut — gegen die Elbe aufbrechen; bis Bamberg wurden Gewaltmärsche empfohlen, von da bis Hof die Benützung der Eisenbahn. Einige Tage lang würde die Täuschung der Preußen immerhin vorhalten und dieser Vorsprung genügen, um die Vereinigung mit dem österreichischen Hauptheere zu vollziehen. Ähnlich die Württemberger und die bei ihnen stehende österreichische Division: sie sollten mit der Eisenbahn nach Hof gebracht werden und dann den Bayern nachrücken. Mochte der Kriegsplan gelingen oder nicht, jedenfalls lag ihm ein großer Gedanke zugrunde: so hatte Napoleon alle Heeresteile zur Hauptschlacht zu vereinigen verstanden. Überhaupt war schon viel gewonnen, wenn die Hauptmacht Österreichs und seiner Verbündeten sich an der Elbe zwischen die beiden getrennten Gruppen der preußischen Armee

drängte. Die Österreicher besaßen dann die inneren Linien und Heß gedachte sich gegen den Gegner zu wenden, der mit Vorteil angegriffen werden konnte. Deshalb spornte er die Bayern und Württemberger zur höchsten Eile an und brachte ihnen in Erinnerung, daß die Zeit im Felde regiere [1]).

Die öffentliche Meinung in Österreich stand diesen Vorgängen kühl gegenüber und war nichts weniger als kriegslustig. Die Völker sahen in der Politik Schwarzenbergs einen Ausfluß seiner Herrscherlaune; nur die gebildete Oberschichte unter den Deutschen legte Wert auf das Verbleiben der Monarchie in Deutschland, das den anderen gleichgültig war. Bedenklich war die Ergänzung der Armee durch 30—40000 ungarische Landwehrmänner, die 1849 gegen Österreich gefochten hatten, die man aber dadurch unschädlich zu machen suchte, daß man sie durch alle Regimenter verteilte. Der Hochadel war dem Kriege abhold, in der Erwägung, daß der Kampf der konservativen Mächte den demokratischen Elementen zur Ermutigung gereichen würde [2]). Daher kam es, daß mancher von den aristokratischen Generälen mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden war; Erzherzog Albrecht dagegen stand auf seiten Schwarzenbergs und empfahl rüstiges Vorgehen. Es waren aber auch Erwägungen anderer Art, weshalb viele Generäle die Kriegspolitik mißbilligten. Sie hatten die Kämpfe von 1848 und 1849 in Ungarn und Italien mitgemacht und hegten mit gutem Grunde Zweifel, ob Lombardo-Venetien auf die Dauer festgehalten werden könnte, wenn Österreich sich in einen oder mehrere langwierige Kriege mit Preußen einließe.

Radetzky und sein Kreis sahen ihre Lebensaufgabe in der Verteidigung der Herrschaft in Italien; Benedek, 1849—1857 Generalstabschef seiner Armee, sagte 1856 zu dem Prinzen Kraft von Hohen-

---

[1]) Dieser Feldzugsplan des Generals Heß ist aus seinen Briefen an General von der Marck und an Oberst Wiederhold ersichtlich, den bayerischen und den württembergischen Generalstabschef, die im Anhang abgedruckt sind. Übrigens war der Feldzugsplan schon früher in den Militärkonferenzen zu Wien besprochen worden, an denen sich Bayern und Württemberg durch Bevollmächtigte beteiligten.

[2]) „Prinz Ludwig Windisch-Grätz' Kindheit und Jugendzeit 1839—1850" (Wien 1908), und zwar die Tagebuchsnotiz Ende 1850.

lohe, ein Krieg mit Preußen wäre das größte Unglück für Österreich, sein Ausbruch der unglücklichste Tag seines Lebens. Bei Radetzky kam noch hinzu, daß es zu seinen größten Erinnerungen gehörte, in den Jahren 1813 und 1814 Waffengefährte Blüchers und Gneisenaus gewesen zu sein; mit den preußischen und russischen Generalen hatte er den Plan zur Umstellung des französischen Heeres vor Leipzig entworfen. Seine Briefe aus Wien 1850 an Benedek, an seine Gattin wie an seine Mailänder Freundin Giuditta Meregalli gaben seiner unbehaglichen Stimmung unverhohlen Ausdruck. Das kalte und feuchte Herbstklima des Nordens, die Trennung von der ihm vertrauten Umgebung in Italien, endlich die lange Ungewißheit über den Verlauf der Unterhandlungen machten ihn ungeduldig.

Charakteristisch sind Radetzkys Briefe an Giuditta Meregalli, die ihm in langjähriger Verbindung zu Mailand vier Kinder geschenkt hatte, das erste 1836, das letzte 1846, also in seinem 80. Lebensjahre. An sie schreibt er am 19. November 1850 von Wien aus in seinem krausen Italienisch, das sich nur ungefähr übersetzen läßt: „Meine teuerste Giuditta! Tausend, tausend Dank für Deinen lieben Brief vom 14., den ich soeben erhalten habe. Ich bin glücklich zu wissen, daß Du Dich wohl befindest wie die Familie. Ich erfreue mich bisher guter Gesundheit. Der Horizont ist noch nicht klar, das ist die Schuld, daß ich genötigt bin, hier zu bleiben, da man noch den Frieden zu erhalten hofft; mein fatales Schicksal ist, nach Böhmen zu gehen und das dumme Kommando der großen Armee zu übernehmen, oder nach Italien zurückzukehren — ich wünsche von Herzen und von der Seele das letztere. — Ich hoffe, daß es in acht Tagen entschieden sein wird und ich werde nicht verfehlen, Dir sofort zu schreiben. — Ich küsse Dich tausend- und tausendmal wie unsere Familie und bin immer Dein treuer und wahrer Freund Radetzky“[1]).

Wenn Radetzky hier von dem „dummen Kommando über die große Armee“ spricht, so ist gegenüber diesem Ausbruch der übeln Laune des alten Herrn doch festzuhalten, daß er dem kühnen Angriffsplane seines Generalstabschefs zum Vormarsche gegen Berlin seine volle Zustimmung gab — und eine Marionette in fremder Hand war der Feldmarschall auch damals nicht. Sein Urteil über die Kriegsbereitschaft Österreichs lautete bedächtig[2]), aber auf den Sieg über Preußen rechnete er ebenso wie Heß. Seine Ansicht scheint am besten von Gerlach (I, S. 586) wiedergegeben: „Radetzky hat in dem Kriegsrate in Übereinstimmung mit Heß gesagt, er halte zwar diesen Krieg für ein entschiedenes Unglück, müsse aber einräumen, daß der anfängliche Sieg und eine Eroberung Berlins

[1]) Die Briefe Radetzkys an G. Meregalli bei A. Luzio, „Studi e Bozzetti“, II. Bd., S. 42—45 und S. 96; die an seine Gattin in der „Österreichischen Rundschau“ vom 1. Januar 1909; die an Benedek bei Friedjung, „Benedeks Nachgelassene Papiere“.

[2]) „Österreichische Rundschau“ vom 15. April 1908, S. 89.

eine Wahrscheinlichkeit hätte, die sich zum Gegenteil wie 1:10 verhielte." Gerlach hält dieses Urteil für richtig. Dagegen übertrieb Bernstorff in einem und dem anderen Berichte die Abneigung der österreichischen Generale gegen den Krieg, und Schwarzenberg schrieb am 18. November an Prokesch, der preußische Gesandte verbreite die absurdesten Dinge, darunter, daß Radetzky dringend vom Kriege abrate und daß eine große Anzahl von Generälen, darunter Clam-Gallas, sich weigere, ein Kommando gegen Preußen zu übernehmen. Zutreffend ist jedoch, was Bernstorff am 31. Dezember 1850 nach Berlin schrieb: „Wie sehr der alte Feldmarschall Radetzky sich gefreut hat, nach Italien zurückkehren zu können, ist bekannt. Der Feldzeugmeister v. Heß aber hat mir selbst wiederholentlich gesagt, wie erfreut er, obgleich selbst Soldat, über die friedliche Ausgleichung mit Preußen sei und wie er wünsche, daß man dies in Berlin erfahre. Viele andere Generale wie Welden, Wallmoden, Clam, Degenfeld, Schönhals usw. teilen diese Ansicht" [1]).

Wirkliche Stimmung für den Krieg herrschte nur an den Höfen der deutschen Mittelstaaten. Ihnen kam der Zwist zwischen den Großmächten gelegen, da sie sich zuerst durch die Revolution bedroht sahen und später beim Gelingen der Radowitzschen Pläne fürchten mußten, unter die Oberhoheit Preußens zu geraten. Jetzt aber waren sie als Bundesgenossen umworben und Bayern spielte im hessischen Handel eine führende Rolle. Diese Auffassung kommt kräftig in den Briefen des Grafen Vitzthum zum Ausdruck, Legationssekretärs bei der sächsischen Gesandtschaft in Wien. Er war von der Person und der Politik Schwarzenbergs begeistert und erwartete die Niederschmetterung Preußens. „Wie die Schlacht bei Jena die Strafe für den Baseler Frieden war," schrieb er zu Weihnachten 1849, „so wird auch jetzt die Nemesis nicht ausbleiben." „Deine Auffassung, daß der preußische Staat als solcher verschwinden müsse, bevor an einer definitiven Lösung des deutschen Problems gearbeitet werden könne," so heißt es am 18. Mai 1850 in einem Briefe an einen Verwandten, „wird von den Wenigen geteilt, die nicht gedankenlos in den Tag hineinleben."

Es ist nun von entscheidender Wichtigkeit, daß diese kriegerische Gesinnung gerade am österreichischen Hofe **nicht** geteilt wurde. Bezeichnend hiefür sind Äußerungen der Erzherzogin Sophie aus dieser Zeit. Bei einer Hoftafel sprach Graf Vitzthum zu ihr mit überschwenglichen Worten von den hervorragenden Eigenschaften ihres kaiserlichen Sohnes und machte dabei die selbst für einen Höfling geschmacklose Bemerkung, es gebe in Preußen manchen, der sich von einem Herrscher wie Kaiser Franz Joseph

---

[1]) Diese Stelle ist von Sybel II, S. 65 benützt, aber stark vergröbert, als ob die Generäle Bernstorff gegenüber die Politik Schwarzenbergs getadelt hätten.

gerne erobern ließe. Darauf gab ihm die Erzherzogin die taktvolle Antwort: „O, nur nicht erobern, wir wollen nur erhalten, was uns von Gott und Rechts wegen zukommt. Für die Idee der deutschen Kaiserkrone habe ich nie geschwärmt.“ In diesem Sinne wirkte sie bei ihrem Sohne für einen friedlichen Austrag mit Preußen.

Die in Wien herrschende Ansicht, die Überlegenheit der Waffen sei auf seiten Österreichs, wurde von den preußischen Generälen im allgemeinen geteilt. In erster Linie von Kriegsminister Stockhausen, der den Krieg für aussichtslos hielt. Als Bismarck nach Ablauf der Krise in der Kammer seiner Unzufriedenheit mit der Räumung Hessens Ausdruck geben wollte, brachte ihn Stockhausen von dieser Absicht durch die Schilderung der militärischen Lage ab. „Wir müssen den Österreichern,“ so sagte er, „Berlin preisgeben und in zwei Zentren außerhalb der Hauptstadt, etwa in Danzig und in Westfalen, mobilisieren; vorwärts Berlin können wir erst in vierzehn Tagen etwa 70000 Mann haben und auch die würden nicht hinreichen gegen die Streitkräfte, die Österreich jetzt schon gegen uns in Bereitschaft hat“ [1]. Das Gedächtnis Bismarcks wird ihn bezüglich der beabsichtigten Mobilisierung bei Danzig wohl im Stiche gelassen haben; im wesentlichen ist sein Bericht sachgemäß. Dagegen hielt es der Prinz von Preußen für ein Gebot der Ehre und auch für möglich, den Kampf aufzunehmen. Er äußerte später zu Beust: Die Österreicher würden wohl nach Berlin gelangt sein, zweifelhaft aber sei, ob sie glücklich herausgekommen wären. Denn der Prinz rechnete darauf, daß er während des Rückzugs nach Norden alle nur verfügbaren Kräfte aus dem Westen wie aus dem Osten an sich gezogen hätte; nach der Vereinigung des ganzen Heeres hoffte er den Österreichern mit Erfolg entgegenzutreten.

Zu all dem kam die unfreundliche Haltung der Großmächte, nicht bloß Rußlands. Für sie alle war die Rücksicht maß-

---

[1]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“ I, S. 68. Ob die Mitteilung Prokeschs an Schwarzenberg, General Wrangel habe einen Fußfall vor dem König gemacht, um ihn von dem Kriege abzuhalten, richtig ist, läßt sich schwer feststellen.

gebend, daß Österreich die dänische Herrschaft in den Herzogtümern herstellen wollte, während man Preußen die Absicht zuschrieb, auf deren Losreißung von Kopenhagen hinzuwirken. Radowitz hatte zwar aus seinen Unterredungen mit Persigny die Hoffnung geschöpft, daß die Unterstützung des Prinzen Napoleon zu haben wäre; aber der französische Gesandte, ein Verehrer des Generals v. Radowitz, vertrat damit nicht die offizielle Politik der Minister der Republik, und von da lief eine Erklärung bezüglich Holsteins ein, welche noch schärfer war als die Rußlands. Man empfand es in Berlin als Bedrohung, daß Frankreich ein Beobachtungskorps im Elsaß aufstellte.

In England bestand, wie wir wissen, ein Zwiespalt zwischen der Königin und dem Staatssekretär des Äußern. Viktoria hielt Palmerston die Inkonsequenz vor, daß er, seinen liberalen Grundsätzen entgegen, sich in Schleswig-Holstein der Befreiung eines Volkes widersetzte [1]). Palmerstons Rechtfertigung klang merkwürdigerweise in der Behauptung aus, man täte Österreich unrecht, wenn man ihm absolutistische Pläne in Deutschland zumutete; indessen wäre niemand mehr als Schwarzenberg erstaunt gewesen, sich durch ein Argument dieser Art verteidigt zu sehen. Ganz anders der Ministerpräsident Russel, der zum preußischen Gesandten seine Überzeugung aussprach, der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich sei zugleich ein Kampf liberaler und reaktionärer Prinzipien [2]). So kam es, daß England zu keiner offenen Stellungnahme kam. Palmerston hielt es aber für notwendig, in einem Rundschreiben vom 26. November an die englischen Gesandten die Annahme zu zerstören, Großbritannien werde Preußen zu Hilfe kommen. Diese Ansicht, so bemerkte er, werde in demokratischen Kreisen verbreitet; England habe aber keiner Partei Hoffnungen gemacht, um nicht zum Kriege zu ermutigen; es hege den Vorsatz neutral zu bleiben, behalte sich aber seine künftige Haltung vor. Diese Note wurde allgemein als für Preußen ungünstig aufgefaßt, weil man einen Angriff Palmerstons auf die Politik Schwarzenbergs erwartet hatte.

[1]) Siehe den Briefwechsel der Königin Viktoria im Oktober und November 1850.

[2]) Bericht Bunsens vom 9. November.

Der Zar verharrte unterdessen in seiner Preußen feindseligen Politik. Dem Gesandten Rochow sagte er, die preußische Regierung verzögere die Antwort, um Zeit für Rüstungen zu gewinnen, während Österreich durch die Gewährung der gewünschten Garantien seine Friedensliebe beweise. Braunschweig werde vom Berliner Kabinett nur vorgeschoben, um den Marsch gegen Holstein zu verhindern. Und noch mehr: Schwarzenberg wäre im Recht, vor seiner Abreise nach Olmütz die Räumung Kassels zu verlangen. Überhaupt könnte, so fügte der Zar hinzu, die ganze Zusammenkunft unterbleiben, wenn die preußischen Truppen Hessen einfach räumten. Nikolaus war also womöglich noch ablehnender als Schwarzenberg und wiederholte nachdrücklich, die Verhinderung der Intervention des Bundes in Holstein werde von ihm als Kriegserklärung auch gegen Rußland betrachtet werden [1]. Rochow meldete weiter, daß 26 Bataillone des 6. Korps, dann das Grenadierkorps und die donischen Kosaken sich auf dem Marsche gegen den Westen befänden. Doch konnte Rußland erst im Frühjahr ein Heer von 150 000 bis 200 000 Mann an der preußischen Grenze bereit haben. Die Entscheidung in Deutschland konnte bis dahin gefallen sein, doch war Österreich jedenfalls gegen alle Folgen von Niederlagen und Aufständen gesichert. Die Geschicklichkeit Schwarzenbergs bestand nicht darin, daß er König Friedrich Wilhelm IV. und seine Ratgeber überrannte, denn das war so schwer nicht. Wie er aber ein ganzes Jahr lang den Zaren bearbeitete und ihn dann ganz für Österreich gewann, das war ein diplomatisches Meisterstück. Preußen war in eine Stellung hineinmanövriert, in der es sich nur unter den ungünstigsten Verhältnissen zum Kampfe stellen konnte.

VII. Olmütz

Noch im Augenblick der Abreise Manteuffels nach Olmütz war es unsicher, wie der Meinungskampf im Rate seines Königs ausfallen werde. Der Minister stellte dem König vor, daß, nachdem Österreich und der Bundestag die verlangten Garan-

[1] Berichte Rochows vom 2., 3. und 5. Dezember.

tien gegeben hatten, es Ehrensache für Preußen wäre, die versprochene Räumung von Hessen zu vollziehen. Er verlangte deshalb seine Demission und der Kriegsminister schloß sich ihm an [1]). Der König fällte noch keine Entscheidung und verschob sie bis zur Rückkehr Manteuffels von Olmütz. Dieser erhielt jedoch für die Zusammenkunft eine Instruktion, welche die Einigung unmöglich machte. Er durfte die Räumung nicht zugestehen, sondern mußte verlangen, daß die hessische und die holsteinische Sache einer Konferenz aller deutschen Staaten vorgelegt würden. Auf die Vorstellung des Generals Gerlach, dem Rate Manteuffels zu folgen, antwortete der König am 27. November mit einem dreimaligen Nein!

Die Minister Österreichs und Preußens trafen am 28. November um 6 Uhr abends im Gasthofe zur Krone in Olmütz zur ersten Unterredung zusammen. In Begleitung Schwarzenbergs befand sich der russische Gesandte Baron Meyendorf, den er selbst eingeladen hatte mitzukommen. Manteuffel, der Abeken als Sekretär mitnahm, erwirkte, daß ihm Major v. Manteuffel von Berlin nachgesendet wurde; von Wien aus beschied er den Grafen Westphalen zu sich, um zwei gleichgesinnte Männer an seiner Seite zu haben; Bernstorff empfand es als Zurücksetzung, nicht auch berufen zu sein. Es ist Abeken, der berichtet, daß Schwarzenbergs imponierende Persönlichkeit der Zusammenkunft das Gepräge gab [2]).

---

[1]) Telegramm Prokesch-Ostens an Schwarzenberg, 26. November, 10 Uhr vormittags: „Baron Manteuffel war eben bei mir, um mir zu sagen, daß er nicht durchdringe, heute nochmals versuchen werde, günstige Antwort auf die Garantien zu erwirken, und im Weigerungsfalle seine Demission zu geben entschlossen sei. Soll ich morgen, wenn keine oder ungünstige Antwort, meine Pässe begehren?" Schwarzenberg wies ihn an, das Ergebnis der Olmützer Zusammenkunft abzuwarten.

[2]) Geheimrat Abeken, der Manteuffel nach Olmütz begleitete, schreibt am 3. Dezember 1850: „Um 2 Uhr Diner beim Kardinal (Erzbischof von Olmütz), bei welchem ich auch den Fürsten Schwarzenberg kennen lernte, von dem ich weiter nichts zu sagen brauche, als daß er eine Folio-Edition von Kestner" (der ein Sohn Charlotte Buffs war, der Lotte Werthers) „in österreichischer Generalsuniform ist; sein getreues Ebenbild, aber eben in Folio, durch und durch ein vornehmer Mann! Ich wollte, wir hätten ihn zum Minister!" Der letzte Satz ist eine deutliche Kritik seines Chefs Manteuffel.

Am ersten Tage kamen sich die Minister nicht näher, man schied beiderseits unter dem Eindrucke des Scheiterns der Unterhandlungen. So ließ Manteuffel nach Berlin telegraphieren, ähnlich Schwarzenberg an Prokesch-Osten. Der Fürst bot dem preußischen Minister bereits alle Bequemlichkeiten zur Heimreise an. Am nächsten Morgen, so berichtet Manteuffel, fand er den österreichischen Ministerpräsidenten milder, er hatte den Eindruck einer von Wien her auf ihn geübten Einwirkung [1]). In den preußischen Berichten wird der Hauptgrund verschwiegen, weshalb es am zweiten Tage zur Einigung kam: Manteuffel faßte den folgenschweren Entschluß, seine Instruktionen zu überschreiten, durch Unterwerfung unter die Hauptforderungen Österreichs den Frieden zu erkaufen; nur so konnte er Schwarzenberg in den Nebendingen milder stimmen.

Bei der Geistesrichtung des österreichischen Ministerpräsidenten lag der Schwerpunkt der Übereinkunft wieder in der Entscheidung über die Machtfrage, während die Organisation Deutschlands zwar besprochen wurde, aber unerledigt blieb. Manteuffel brachte das bekannte Programm vor: Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund und dafür Teilung des Vorsitzes, aber da Schwarzenberg alles durchsetzen und nichts gewähren wollte, so kam eine Vereinbarung nicht zustande und man überließ alles den künftigen freien Konferenzen. Die Gunst des Augenblicks ging ungenützt vorüber und die Hauptrechnung blieb unbereinigt.

Anders in der kurhessischen und der holsteinischen Frage, worin Schwarzenbergs unbeugsame Energie ans Ziel führte. Manteuffel hatte die Wahl, den Krieg nach Hause zu bringen oder die Vorherrschaft Österreichs und des Bundestages anzuerkennen — und er fügte sich unter Hintansetzung seiner Instruktionen. Er bewilligte ungefähr das, was Schwarzenberg zuletzt vorgeschlagen hatte. Die Bayern mußten also in Kurhessen eingelassen werden und das österreichische Korps Legeditsch konnte in Ausführung der Bundesexekution durch Norddeutschland bis ans Meer vordringen. Um aber die Pille etwas schmackhafter zu

[1]) Gerlach I, S. 586.

machen, durfte in Kassel ein preußisches Bataillon bleiben, neben welchem ein österreichisches Ordnung zu machen hatte, während die Bayern ferngehalten wurden. Das Hauptergebnis war, daß etwa 40 000 Preußen vor den Strafbayern kehrt machten.

Das war aber nicht alles, denn Schwarzenberg setzte noch eine andere drückende Bestimmung durch. In einer besonderen Abmachung kamen die beiden Minister überein, daß Preußen unmittelbar darauf und vor Zusammentritt der vereinbarten Konferenzen vollständig abrüsten müsse. Darauf bestand der Fürst aus dem Grunde, weil er bei dem fortwährenden Schwanken der preußischen Regierung endlich sicher gehen wollte. Dagegen behielt Österreich die Hände frei, denn es sagte nur die Beurlaubung seiner vierten und seiner Landwehrbataillone, sowie die Zurückziehung seiner Truppen von den Grenzen zu; es blieben also die drei Feldbataillone jedes Regiments, die gesamte Kavallerie und Artillerie, ferner die Exekutionstruppen für Hessen und Holstein in der bisherigen Verfassung. Diese Einräumung war ein Wagnis Manteuffels, da er sein Land damit der Loyalität einer fremden Regierung auslieferte. Wie wenn Österreich dann gewaltig mit neuen Forderungen auftrat? Es ist daher die Vermutung ausgesprochen worden, Manteuffel hätte seitens der preußischen Kriegspartei einen Rückschlag gefürchtet und ihr die Waffen aus der Hand nehmen wollen [1]. Wohl möglich — es ist jedoch sicher, daß Schwarzenberg ohne die Abrüstung Preußens überhaupt nicht abgeschlossen hätte.

In militärischer Beziehung also setzte der österreichische Ministerpräsident alles durch; dafür machte er Preußen auf Kosten des Bundestages ein nicht unwichtiges Zugeständnis. Dieses Schreckbild — oder soll man sagen: diese Vogelscheuche — hatte seine Schuldigkeit getan und wurde nun beiseite geschoben. Die Durchführung der Exekution, so vereinbarte man zu Olmütz, wurde Kommissären übertragen, von denen einer vom Bundestag, der andere von Preußen zu bestellen war. Damit war der harte Grundsatz aufgegeben, daß Preußen sich den Entscheidungen der Rumpfversammlung zu Frank-

---

[1] Sybel II, S. 64.

furt fügen müsse. Die Knebelung Kurhessens und Holsteins wurde damit eine glorreiche, gemeinsame Angelegenheit der Kabinette von Wien und Berlin; der Zank darüber, wem das Amt des Büttels (Auseinandertreiben der Landstände, Züchtigung der Steuerverweigerer, Einsetzung des Landesfürsten) zufallen solle, war beigelegt. Ebenso nachgiebig war Schwarzenberg in bezug auf die Form, wie die künftige deutsche Verfassung festgestellt werden sollte. Auch hier wurde der Bundestag hintangesetzt und — wie schon zu Warschau besprochen war — freien Konferenzen die Entscheidung übertragen. Mit Hinblick darauf nannte die preußische Regierung in einer den Zeitungen übergebenen Erläuterung die Olmützer Punktationen einen Erfolg; darauf zielte auch der Ausspruch Meyendorfs zu den preußischen Diplomaten, er hätte drei Tage vorher nicht geglaubt, Schwarzenberg werde so viel zugestehen.

* * *

Die Frage liegt nahe, ob der österreichische Ministerpräsident aus eigenem und freiem Entschlusse seine Ansprüche ermäßigte. Bernstorff behauptete, er wäre erst durch den ausdrücklichen Befehl des Kaisers und gegen seinen Willen zur Reise nach Olmütz bestimmt worden; ebenso hätten ihn Weisungen aus Wien am zweiten Tage der Olmützer Besprechung zur Nachgiebigkeit genötigt[1]). Noch weiter gingen der preußische Legationsrat Rosenberg sowie Forsboom, die in Berlin erzählten, an diesem zweiten Tage hätte in Abwesenheit Schwarzenbergs in Wien ein Ministerrat stattgefunden, der ihm die milderen Bedingungen auferlegte. Das ist müßiges Gerede: denn einmal hat Meyendorf, der in Olmütz anwesend und gut eingeweiht war, in Abrede gestellt, daß die Weisungen aus Wien von Entscheidung gewesen wären; und dann fand am 28. November überhaupt kein Ministerrat in Wien statt[2]).

---

[1]) So der Bericht Bernstorffs vom 16. Dezember 1850.

[2]) Gerlach I, S. 574, 586, 607, 628. — In die österreichischen Ministerratsprotokolle wurde von berufener Seite Einsicht genommen und festgestellt, daß die in Olmütz zu führende Verhandlung überhaupt nicht zur Beratung

Es steht jedoch fest, daß Kaiser Franz Joseph in diesen Tagen den Ausschlag für die Erhaltung des Friedens gab, hiebei mit Erzherzogin Sophie übereinstimmend. Wie weit die bayerischen Schwestern, die Erzherzogin und die Königinnen von Preußen und Sachsen, in die Ereignisse eingriffen, würde sich nur durch den Einblick in ihren Briefwechsel bestimmen lassen[1]. Auffallend ist, daß man aus den Berichten des Grafen Bernstorff nur wenig über die Stimmungen am österreichischen Hofe erfährt, während Prokesch-Osten seine Regierung aufs genaueste über die auf den König von Preußen eindringenden Einflüsse zu unterrichten wußte. Bernstorff hatte auch kaum Gelegenheit, mit dem Monarchen über Geschäfte zu sprechen. Die Zahl seiner Audienzen beim Kaiser war verschwindend klein und sie galten nur zeremoniellen Zwecken. Er hatte es stets nur mit dem Ministerpräsidenten zu tun und erhielt bis zur Olmützer Zusammenkunft immer den Eindruck, daß der Kaiser dem Fürsten in der äußeren Politik völlig freie Hand lasse. Am 18. Oktober berichtet er über seine kriegerischen Dispositionen und meint: „Der junge Monarch ist jeder anderen Einwirkung als der des Fürsten in politischen Dingen unzugänglich." Sein Urteil über Franz Joseph I. ist aus diesem Grunde fortgesetzt recht unfreundlich; noch am 18. November meint er: „Alle wohlmeinenden Ratschläge der wenigen Männer, welche es wagen, ihre Ansicht offen auszusprechen und die Wahrheit zu sagen, prallen an der Unzugänglichkeit des Kaisers für andere Ratschläge als die des Fürsten Schwarzenberg und an dem tyran-

---

kam. Erst nach seiner Rückkehr berichtete der Ministerpräsident über die Ergebnisse, eine Debatte fand nicht statt. — Auch in den mir im Wiener Staatsarchiv zur Verfügung gestellten Akten ist über die Einwirkung des Kaisers Franz Joseph auf die Olmützer Verhandlungen keine Aufklärung zu finden. In den im Staatsarchiv befindlichen Vorträgen Schwarzenbergs aus dem Jahre 1850 findet sich auffallenderweise keiner über die deutsche Frage. Sollte zwischen dem Kaiser und seinem Minister alles nur mündlich festgestellt worden sein?

[1]) Allerdings sagt der Herzog von Koburg in seinen „Denkwürdigkeiten" (I, S. 509), die betreffenden Korrespondenzen seien „infolge von diesbezüglichen Anordnungen für immer verloren gegangen".

nischen Eigensinn des letzteren ab"[1]). All dem widerspricht aber Bernstorff selbst, indem er auf dem Höhepunkte der Krisis den Kaiser mit einer Selbständigkeit auftreten läßt, hinter der der Stern Schwarzenbergs vollständig verblassen würde. Die Empfindungen des Kaisers von Österreich kommen in dem Briefe zum Ausdruck, den er nach Beendigung der Krisis an den Zaren richtete. Er dankt ihm für seinen Beistand, infolgedessen es ihm möglich gewesen war, in Olmütz einem alten Alliierten Konzessionen zu machen. Der Kaiser rühmt die von Meyendorf entfaltete nützliche Tätigkeit und bittet Nikolaus, seine Stellung als Vermittler beizubehalten und darin der Erkenntlichkeit beider Regierungen sicher zu sein.

In den erläuternden Schreiben über die Olmützer Verabredung, welche von Schwarzenberg an die Gesandten bei den deutschen Höfen gerichtet wurden, ist mit Nachdruck hervorgehoben, daß er mit dem Abkommen auch die Absicht verfolgte, den Minister Manteuffel zu stützen; das war ihm ein gewisses Opfer wert. Die Befestigung der Stellung Manteuffels schien dem Fürsten schon deswegen wichtig, weil von jetzt ab die Reaktionspolitik gemeinsam mit Preußen nachdrücklich weitergeführt werden konnte. Nach seiner Rückkehr nach Berlin richtete Manteuffel an Schwarzenberg einen förmlichen Dankbrief, der in den Worten gipfelte: „Schließlich wollen Euer Durchlaucht meinen verbindlichen und gehorsamen Dank für die mir in Olmütz bewiesene Freundlichkeit und für das Vertrauen, womit Sie mich beehrt haben, entgegennehmen. Möge auch die Zukunft sich gestalten, wie sie wolle, immer wird mir das Andenken an jene Stunden teuer sein, wo es mir vergönnt war, mit Euer Durchlaucht die Interessen Österreichs und Preußens, welche ohne schwere Gefährdung Deutschlands nicht als sich entgegenstehend verfolgt werden dürfen, zu besprechen." Mannesstolz ist in diesen Zeilen nicht zu finden.

Es gibt ein Zeugnis dafür, daß Schwarzenberg den Krieg

[1]) Die Meldung Bernstorffs am 31. Oktober und 7. November, der Kaiser habe, mit Heß an seiner Seite, den Oberbefehl gegen Preußen übernehmen wollen, dies jedoch auf Abraten des Zars unterlassen, klingt nicht glaubwürdig.

dem geschlossenen Ausgleich vorgezogen hätte. Einige Wochen später sagte er zu Beust, der mit Sicherheit auf eine Niederlage Preußens gerechnet hätte: „Sie hätten lieber gerauft, ich auch.“ Man sollte überhaupt glauben, daß die gewaltige Waffenrüstung Österreichs größeren Dingen gegolten hätte als dem zu Olmütz erzielten Gewinn. Es ist wohl richtig, daß das Wiener Kabinett in den letzten Wochen immer nur die Räumung Hessens verlangt hatte, nicht mehr. Österreich war also in dem Augenblick entwaffnet, als Preußen in diesem Punkte nachgab. Anders wenn Schwarzenberg staatsmännischen Geistes das großdeutsche und großösterreichische Programm zur Friedensbedingung gemacht hätte; dessen Durchsetzung wäre einen Waffengang wert gewesen. Indem er sich bloß auf den Sieg in der hessischen Frage steifte, während er in Olmütz das Brucksche Programm wie eine Nebensache beiseite ließ, gab er sich eine politische Blöße. Der große Augenblick ging ungenützt vorüber. Der eigentliche Erfolg war von Österreich schon früher, am 2. November, erzielt worden, als die Auflösung der Union erzwungen war. Was dann noch verlangt und erreicht wurde, war für Preußen schmerzlich, für Österreich nicht wertvoll. Übrigens war Schwarzenberg der irrigen Meinung, jene großen Dinge würden ihm nach der Demütigung Preußens früher oder später in den Schoß fallen. Als Diplomat ein feiner Rechner, fehlte ihm in der Behandlung der deutschen Angelegenheiten das Augenmaß für die treibenden Kräfte. Mit vielem Scharfsinn hat Grillparzer die Lage damals in dem Epigramm gekennzeichnet, das also lautet:

> Wir baten dringend um Verstand
> Den Herrn der Fürsten und Gemeinden;
> Da dieser es aber zu schwierig fand,
> So nahm er ihn wenigstens unsern Feinden.

Schwarzenberg befand sich in Olmütz ungefähr in der Lage Gregors VII., als Heinrich IV. den Bußgang nach Canossa antrat und der Papst sich gegen seine ursprüngliche Absicht genötigt sah, dem König die Absolution und den Friedenskuß zu bewilligen. Da Preußen sich demütigte, seine Truppen aus Hessen zurückzog und sich zu einer nicht ungefährlichen Ab-

rüstung herbeilassen mußte, fehlte der Anlaß zur Ergreifung der Waffen. Der österreichische Minister konnte höchstens noch verlangen, daß Preußen in der hessischen Frage formell die Entscheidung des Bundestags anerkenne; es wäre aber leichtfertig gewesen, aus diesem Grunde einen Krieg zu entzünden. Es war richtig, daß Schwarzenberg nicht weiter auf dieser Bedingung bestand. Er hatte so viel erreicht, daß er als Sieger nach Wien zurückkehrte. Mochte ihn der Erfolg befriedigen oder nicht, jedenfalls sah die Welt darin einen Triumph Österreichs, dessen führende Stellung in Deutschland für eine Reihe von Jahren befestigt wurde.

VIII. Die Dresdener Konferenzen

Manteuffel hatte keine Vollmacht zum Abschließen erhalten, sondern mußte die Genehmigung des Königs für die Punktationen von Olmütz erwirken. Dies gelang ihm in einer fünfstündigen stürmischen Sitzung des Ministerrates, obwohl nicht bloß der Thronfolger, sondern auch drei Minister (Ladenberg, v. d. Heydt und Simons) opponierten; diese letzteren bestanden später auf ihrer Entlassung, die vom König angenommen wurde. In der Überzeugung, seinem Staate einen unseligen Krieg zu ersparen, übernahm Manteuffel die Verantwortung und der König trat ihm aus demselben Grunde bei. Aber Friedrich Wilhelm hatte das volle Gefühl einer erlittenen Niederlage und grollte innerlich den Ratgebern, welche die Radowitzsche Politik durchkreuzt hatten. Als Preußen im Sommer des nächsten Jahres den Erfolg des Eintritts Hannovers in den Zollverein erzielte, machte er seinem Leid über die Olmützer Ereignisse in den Worten Luft: „Durch den Beitritt Hannovers werde die preußische Ehre ebensowenig hergestellt als die eines Offiziers durch eine Erbschaft von 10 000 Talern, nachdem er eine ehrlose Handlung begangen“ [1].

[1] Gerlach I, S. 659. Auch die Stellen I, S. 600, 641, 649 beweisen, daß der König noch immer Radowitz recht und seinen Ministern unrecht gab. Es existieren freilich auch Briefe und Äußerungen Friedrich Wilhelms, in denen er von den Abmachungen zu Olmütz wie von einem Erfolge Preußens spricht. Das geschah vorwiegend dann, wenn es diplomatische

Daher kam es auch, daß Preußen die in Olmütz übernommenen Verpflichtungen nur zögernd einlöste und daß es noch energischer Vorstellungen Schwarzenbergs und Prokeschs bedurfte, um die Räumung Hessens wie die Abrüstung zu erzielen; es ist der Mühe wert, die halb drohenden, halb schmeichelnden Briefe des österreichischen Ministerpräsidenten über diesen Gegenstand zu lesen [1]).

Die öffentliche Meinung in Österreich und Europa stand überrascht vor dem Siege der Schwarzenbergschen Politik und eine ganze Reihe von Städten der Monarchie, so Wien, Pest, Prag, Triest übersandten ihm Ehrenbürgerdiplome. Auch die Verstimmung des Prinzen Napoleon über den Friedensschluß war ein Erfolg Österreichs, da der Präsident der französischen Republik einen Krieg zwischen den deutschen Mächten gewünscht und daraus eine Vergrößerung für Frankreich erhofft hatte. Berechtigter war die Unzufriedenheit der mit Österreich verbündeten deutschen Höfe. Denn durch die Einigung der beiden Mächte wurde dem Ketzergericht des Bundestags über Preußen ein plötzliches Ende gemacht; die von dem Wiener Kabinett nicht ohne Mühe erwirkten Beschlüsse der Frankfurter Versammlung blieben unvollstreckt. Groß war also die Enttäuschung der deutschen Höfe über die Preußen erwiesene Schonung. Denn da man in München und Dresden, in Stuttgart und Darmstadt nichts mehr fürchtete als den Aufstieg Preußens zur Herrschaft über Deutschland, so hätte man gewünscht, die günstige Gelegenheit möchte zur militärischen Niederwerfung, wenn nicht zur Zerschlagung Preußens benützt werden.

Beust erzählte, er habe aus Ärger über die Olmützer Übereinkunft einen Gallenerguß gehabt. Am schärfsten gab Bayern seiner Unzufriedenheit Ausdruck, weil es sich am weitesten vorgewagt hatte. Der Minister v. d. Pfordten erklärte dem österreichischen Gesandten, Grafen Valentin Esterhazy mit starker Übertreibung, er betrachte die Olmützer Abmachung als vollkommenen Sieg Preußens, als

---

Rücksichten erforderten. Übrigens geriet der König oft mit sich selbst in Widerspruch; seine Grundauffassung aber ist in den Gesprächen mit seinem Generaladjutanten zum Ausdruck gebracht.

[1]) Diese Briefe (aus dem Monat Dezember 1850) sind zum Teil im Anhang abgedruckt.

ein Preisgeben Bayerns zum Lohn für seine großen Opfer, durch welche das Ministerium vor dem Land bloßgestellt wäre. In ausführlichen Depeschen an die deutschen Höfe verteidigte Schwarzenberg die Zweckmäßigkeit seines Vorgehens, wies auf die errungenen Vorteile hin und legte dar, daß nach all dem die Herbeiführung eines europäischen Krieges nicht zu entschuldigen gewesen wäre. Pfordten räumte dies nur zum Teile ein und sagte Esterhazy: Wohl wäre Preußen in der Unionssache zurückgewichen, er sei aber der unerschütterlichen Überzeugung, daß es „nie seine Politik der Eroberung und Ausdehnung aufrichtig aufgeben werde —“; nie werde wieder eine so günstige Gelegenheit zum Siege über Preußen kommen[1]). In der nächsten Unterredung kam Pfordten wieder darauf zurück: „Er wolle nicht den Krieg um des Krieges willen,“ so sagte er, „sondern weil nach seiner festen Überzeugung nur die großartigste Demütigung Preußens zu einer geregelten Gestaltung Deutschlands die nötige Erleichterung geboten hätte“[2]).

Die österreichischen Gesandten an den Höfen Deutschlands kamen unter diesen Umständen in eine schwierige Lage; nur Prokesch-Osten erklärte sich mit dem Olmützer Vergleich einverstanden und beglückwünschte Schwarzenberg aufs wärmste. Graf Friedrich Thun in Frankfurt und Graf Kuefstein in Dresden, welche sich amtlich und persönlich für die Durchsetzung des Bundesrechtes besonders kräftig verbürgt hatten, glaubten sich bloßgestellt und boten Schwarzenberg ihre Entlassung an, die aber nicht angenommen wurde. Thun schilderte in einem Bericht vom 6. Dezember den „überaus peinlichen, niederschlagenden Eindruck“ der Punktationen auf alle seine Kollegen, da sie die Bundesversammlung geopfert glaubten. Er selbst, so legt

---

[1]) Bericht des Grafen V. Esterhazy vom 16. Dezember. Der Gesandte fährt dann fort: „Herr v. d. Pfordten ist der Meinung, daß nur eine materielle Niederlage diesem Treiben für einige Dezennien ein Ende gemacht hätte, und bedauert umsomehr, daß sich dies nicht verwirklichen kann, als wenig Aussicht vorhanden ist, daß je Österreich und seine Verbündeten eine so vorteilhafte Stellung wieder einnehmen könnten, als dies mit Ende November d. J. der Fall war.“

[2]) Bericht des Grafen V. Esterhazy vom 18. Dezember 1850. — Die bayerische Regierung setzte sich über die Olmützer Abmachung insoferne hinweg, als sie ihr zum Trotz ihre Truppen auch in Kassel einrücken ließ, was in Berlin begreiflicherweise tiefen Unmut erregte. — Der Bundestag war überhaupt nicht dazu zu bestimmen, gemeinsam mit Preußen die Exekution in Kurhessen und Holstein durchzuführen; das wäre ausschließlich Sache der Bundesversammlung. Endlich half man sich damit, daß der Bundestag am 28. Dezember mit der Vollstreckung seiner Beschlüsse Österreich beauftragte, und dieses wirkte dann mit Preußen zusammen. Als österreichischer Zivilkommissär in Kurhessen war zuerst Graf Rechberg, dann seit dem Dezember Graf Christian Leiningen tätig — für Holstein Graf Mensdorff-Pouilly.

er in bitteren Worten dar, könne sich das Geschehene nicht mit der früheren Politik Österreichs zusammenreimen, für die er mit äußerstem Nachdrucke eingetreten war; seine Stellung wäre jetzt völlig unhaltbar geworden. Es kränkte ihn tief, daß Schwarzenberg ihm darauf in Telegrammen und kurzen Weisungen lediglich das von ihm zu befolgende Verfahren vorschrieb, während er es nicht für notwendig hielt, dem Gesandten mit einer Rechtfertigung seiner Politik zu antworten. Als Thun darauf am 14. Dezember ausführlich darlegte, er wäre durch diese Behandlung völlig mutlos geworden, er könnte ohne genauere Kenntnis der Lage die Politik seiner Regierung nicht vertreten, er wäre endlich nicht bloß Gesandter, sondern auch Bundestagspräsident, und hätte als solcher einen besonderen Pflichtenkreis, erhielt er endlich eine allerdings unfreundliche Antwort. Schwarzenberg verweist ihm sein Drängen und findet, er gehe mit seinen Beschwerden über die ihm durch sein Amt gezogenen Grenzen hinaus. In diesen Diskussionen befand sich der österreichische Ministerpräsident insofern im Rechte, als Österreich nicht verpflichtet war, für die Feinheiten des deutschen Bundesrechtes einen großen Krieg zu führen. Schwarzenberg betrachtete den Bundestag als Streitwerkzeug, Selbstzweck war er ihm nicht. Man konnte verschiedener Meinung darüber sein, ob das Wiener Kabinett aus sachlichen Gründen nicht besser daran getan hätte, das Schwert sprechen zu lassen; in den Formalien der Bundesakte lag hiezu keine Nötigung.

Das alles waren ungünstige Vorzeichen für die am 23. Dezember zu Dresden beginnenden Ministerkonferenzen, auf denen die neue Verfassung des Deutschen Bundes festgestellt werden sollte. Schwarzenberg hätte Wien als Beratungsort gewünscht, worauf aber Preußen nicht einging. Dennoch war er von der Zuversicht erfüllt, er werde hier eine starke deutsche Zentralgewalt sowie die Aufnahme Gesamtösterreichs in den Bund wie in den Zollverein durchsetzen können. Er rechnete darauf so bestimmt, daß er nach der Eröffnung der Konferenzen am 24. Dezember zwar zu einem Besuche nach Berlin fuhr, hier jedoch, wo er mit Ehren aufgenommen wurde, nur obenhin von seinen Plänen sprach, ohne auf die preußischen Gegenforderungen einzugehen. Er hielt es nicht für notwendig, sich mit dem Berliner Kabinett gründlich und klar auseinanderzusetzen, was das einzige Mittel gewesen wäre, um ein positives Ergebnis der Konferenzen vorzubereiten. Vergebens legte ihm Bruck in einer Denkschrift vom 29. Dezember 1850 eindringlich nahe, daß, wenn sich auch der völligen Handelseinigung mit Deutschland immer

größere Hindernisse entgegentürmten, doch so bald wie möglich ein Handelsvertrag mit Preußen abzuschließen wäre, um die Einigung wenigstens vorzubereiten[1]. Es war immer dieselbe Art Schwarzenbergs, die Organisationspläne lediglich als Sache diplomatischer Kleinkunst zu behandeln. Es steckt eine gewisse Frivolität darin, daß er, als er von der Ernennung des Grafen Alvensleben zum preußischen Bevollmächtigten bei der Konferenz hörte, Freiherrn v. Prokesch-Osten am 7. Dezember nach Berlin schrieb, er freue sich sehr, Alvensleben wiederzusehen, doch wäre ihm die Begegnung noch angenehmer, wenn sie am Spiel- statt am Konferenztisch stattfände.

In Dresden zeigte sich nun, daß der in Olmütz auf Preußen geübte Druck nicht stark genug gewesen war. Sodann waren auch die deutschen Regierungen nicht gewillt, dem Hause Habsburg zu gewähren, was sie Preußen versagt hatten; immer wachten sie eifersüchtig über ihre Souveränität. Bei den königlichen Höfen war wegen der letzten Vorgänge eine gewisse Verstimmung zurückgeblieben, und die Kleinstaaten endlich suchten Schutz bei Preußen, weil Schwarzenberg sie für ihre Teilnahme an der Union züchtigen wollte[2].

So zerflatterte der gewonnene Erfolg. Das zeigte sich schon bei der von Österreich vorgeschlagenen Bestellung einer stärkeren Exekutive für Kriegs- und Handelssachen. Schwarzenberg hätte am liebsten in das zu bildende Direktorium nur die größeren Mittelstaaten aufgenommen, weil Österreich mit ihnen im Bunde stand. Eben deshalb aber drang Preußen auf die Berücksichtigung der kleineren Staaten; nach wochenlangen Ver-

[1] Daß Bruck von vorneherein auf eine Einigung mit Preußen ausging, wird von A. Gärtner, „Zollverhandlungen zwischen Österreich und Preußen von 1849 bis Olmütz", völlig außer Augen gelassen. Daher sein ungerechtes Urteil über Bruck (S. 105—107), Bruck habe „plötzlich" einen Handelsvertrag mit Preußen für genügend erachtet, die Handelspolitik Österreichs hätte sich Ende 1850 „völlig verwirrt" gezeigt, Bruck sei „von wahrer Angst" vor Preußen befallen worden u. dgl. Das ist ein völliges Mißverstehen der Denkschrift vom 29. Dezember 1850.

[2] Über die Dresdener Konferenzen bringt der II. Band Sybels einen lichtvollen Bericht, auf den, was die Einzelheiten betrifft, hiemit verwiesen wird.

handlungen stellte sich heraus, daß man fruchtlos beriet und formulierte. Denn niemand wollte aus freien Stücken eine Einrichtung schaffen, aus der doch nur Österreich als führende Macht Vorteil geschöpft hätte. Nur wenn Schwarzenberg sich an die Nation gewendet und der Zentralgewalt auch eine Volksvertretung an die Seite gestellt hätte, würde er einen Erfolg haben erzielen können. Er trat aber Anregungen dieser Art, die von Bayern und Sachsen ausgingen, entgegen und so sah sich das Wiener Kabinett trotz der letzten Erfolge bald vereinsamt.

Ähnlich erging es mit dem Eintritte Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund. Von den Großmächten war nur Rußland gewonnen, obwohl der Zar seinen Zweifel darüber aussprach, ob Österreich aus der Erreichung seiner Absicht wirklichen Vorteil ziehen würde. Dagegen erhoben England und Frankreich in gleichlautenden Noten förmlichen Protest, mit der Begründung, der Plan stünde mit den Verträgen von 1815 im Widerspruch und stelle auch den nationalen Charakter des Bundes in Frage. Die Wahrheit ist: der Zusammenschluß Mitteleuropas wäre den Westmächten unbequem gewesen, umsomehr da Österreich in der Denkschrift Brucks vom 30. Mai 1850 ausgesprochen hatte, der politische und ökonomische Schwerpunkt des Weltteils werde dadurch nach Deutschland verlegt werden [1]. Der Deutsche Bundestag faßte später den Beschluß, die Westmächte wären zu dem Protest als einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht berechtigt. Aber innerhalb Deutschlands erhoben sich gleichfalls Bedenken, welche dadurch Gewicht erhielten, daß Preußen sich an die Spitze der Opposition stellte. Nicht daß es dem Plane geradezu entgegentrat, aber es kam wieder auf die Gegenbedingung zurück: Abwechslung Österreichs und Preußens im Präsidium des Deutschen Bundes. Nach langem Hin- und Herverhandeln kündigte Manteuffel in einem Schreiben an Schwarzenberg vom 27. Februar 1851 an, Preußen beharre auf diesem Zugeständnisse oder es

[1]) Der Protest der ungarischen Emigranten gegen den Eintritt Ungarns in den Deutschen Bund bei L. Kossuth, „Meine Schriften aus der Emigration“ I, S. 17—23.

müßte der geplanten Bundesreform völlig die Zustimmung versagen[1]). Der österreichische Ministerpräsident nahm diesen Einspruch gereizt entgegen — was aber war zu tun? Konnte er die Kriegsdrohung vom vorigen Herbste erneuern? Damals standen England und Frankreich wegen der dänischen Sache zu ihm, jetzt gegen ihn; und Rußland würde einen Krieg zur Begründung der österreichischen Vorherrschaft in Deutschland auf keinen Fall mitgemacht, ihn vielleicht durch Drohungen verhindert haben; in einer Note vom 4. Februar 1851 mahnte es Österreich in freundschaftlichen aber ernsten Worten zur Verträglichkeit. Die einmal gelungene Einschüchterung Preußens ließ sich also nicht wiederholen. Deshalb hielt es Schwarzenberg für klug, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, wenn er auch seiner üblen Laune über die preußische Politik in spitzen Redensarten Luft machte[2]).

Da die großen Pläne also zerrannen, hieß man es in Wien willkommen, daß die preußische Regierung für eine Verständigung eine neue Grundlage suchte. In Berlin wünschte man gleichfalls ein festes Zusammenstehen gegen demokratische Bestrebungen und machte deshalb ein wichtiges Angebot: es bestand in einem Bündnisse der beiden Staaten, kraft dessen sie sich mit ihrer ganzen Macht Beistand leisten sollten, falls ihre Be-

---

[1]) Prokesch-Osten riet Schwarzenberg, das Alternat im Vorsitze gegen möglichst große reelle Vorteile hinzugeben. So in dem Briefe vom 14. März 1851 (abgedruckt in den „Papieren des Grafen Prokesch-Osten"). Ebenso vergeblich legte er im Dezember 1850 für eine Volksvertretung am Bunde Fürsprache ein. (Wiener Staatsarchiv.)

[2]) Die erste Erbitterung Schwarzenbergs über die preußische Note vom 27. Februar äußerte sich in dem Hohne, mit dem er Bernstorff anließ. Dieser hatte (Bericht vom 3. März 1851) bei einer zufälligen Begegnung mit dem Fürsten geäußert, er habe ihm auch die Note vom 27. Februar geschickt, worauf Schwarzenberg erwiderte: „Ja, ich habe sehr gelacht." — „Gelacht?" fragte Bernstorff überrascht, „ich habe geglaubt, daß der Gegenstand, den es betrifft, zu ernster Natur sei, um zum Lachen Veranlassung zu geben." Trotz dieser deutlichen Hinweisung auf die Unschicklichkeit jener Äußerung, so erzählt Bernstorff weiter, fuhr Fürst Schwarzenberg fort: „O nein, ich habe sehr darüber gelacht, aber ich werde schon nach Berlin antworten." — Übrigens faßte sich der österreichische Minister nach diesem seltsamen Ausbruch schlechter Laune bald, wie seine Briefe an Manteuffel beweisen.

sitzungen in oder außer Deutschland angegriffen würden. Dieser geheime Allianzvertrag wurde am 16. Mai 1851, am Tage nach dem Schlusse der Dresdener Konferenzen, unterzeichnet und war der positive Vorteil, den Österreich aus den Verhandlungen zog. Er wurde 1854 für weitere drei Jahre erneuert, nach seinem Ablaufe 1857 jedoch nicht mehr; durch diese sechs Jahre war er ein fester Rückhalt für die Herrschaft Österreichs in Italien und Ungarn.

Das also war das Ergebnis der gewaltigen, von Österreich gemachten Anstrengung. Schwarzenberg erscheint größer in den von ihm ergriffenen Mitteln zur Abwehr als in dem Aufbau einer neuen politischen Welt. Die an den Sieg gesetzte Energie stand in keinem richtigen Verhältnis zu den schließlich errungenen Vorteilen. Als Preußen nach dem 2. November 1850 zur Auflösung der Union schritt, war es aus seinen Verschanzungen getrieben, aber das genügte Schwarzenberg nicht, der in der hessischen Sache auch die Kapitulation auf freiem Felde erzwingen wollte. Sein Machthunger war erst gestillt, als das österreichische Korps Legeditsch in Holstein erschien, das Land entwaffnete und es wieder den Dänen unterwarf. Triumphierend rief Prokesch am 14. November 1850 aus: „Österreichische Truppen am Belt, das ist eine entscheidende Antwort auf das Geheul der Gothaer, die uns aus Deutschland hinauszuwerfen meinten." So sprach das Haus Habsburg im eigensten politischen Bereich Preußens das maßgebende Wort.

Dennoch steht fest, daß Schwarzenberg die Gunst des Schicksals nicht voll auszuschöpfen verstand, denn sein Erfolg war doch nur negativ. Er verhinderte das Aufsteigen des Nebenbuhlers, ohne indessen ein Organ zu dauernder Herrschaft Österreichs in Deutschland zu schaffen. Der Fehler der Methode liegt auf der Hand: das Wiener Kabinett mußte sich entweder nach dem 2. November friedlich mit Preußen vergleichen oder aber unerbittlich zustoßen und den Nebenbuhler völlig niederwerfen. So aber war Preußens Ehrgefühl tief verwundet, es war zwar gedemütigt, aber nicht überwunden, nicht einmal innerlich geschwächt. Schwarzenberg würde besser daran getan haben, den Konflikt nicht so weit zu treiben; geschah dies jedoch,

so mußte Österreich auch Krieg bis zur Erschöpfung eines der beiden Teile führen. Wenn Österreich auf den Rückzug der Preußen in Kurhessen verzichtete, was der König fast flehentlich erbat, so war Ansehnliches zumal bezüglich der Zollunion zu erzielen, dieser Grundbedingung des Zusammenwachsens Österreichs mit Deutschland. Wohl verlor Schwarzenberg dieses Ziel nicht aus den Augen, aber organische Schöpfungen waren nicht seine Sache, und so hinterließ er in der deutschen Frage so wenig wie in der ungarischen ein Vermächtnis, dauernd genug, um Kinder und Kindeskinder an sein Erdendasein zu erinnern.

In allen diesen Dingen war Bruck, dessen Denkschriften über die Gegenwart und Zukunft Deutschlands mit seinem Herzblut geschrieben waren, sein Gegenbild. Die beiden Männer ergänzten sich merkwürdig. Man möchte sagen, daß ihre hervorragenden Eigenschaften vereinigt eine Persönlichkeit gleich Bismarck ausgemacht hätten. Schwarzenberg war ebenso kühn und gewandt, ebenso geschickt in dem, was der Augenblick erheischte, als Bruck voll Geist und erfüllt von den Ideen der Zeit, die zu gestalten die nur halb gelöste Aufgabe seines Lebens sein sollte. Bismarcks Größe besteht darin, daß er auch während der heißen Arbeit des Tages nie die allgemeinen, Menschen und Zeiten verknüpfenden Zusammenhänge vergaß. Dies aber war Schwarzenberg nach seinen Anlagen und seiner Erziehung so gut wie fremd. In einem Briefe an Prokesch gebraucht er einmal das Wort „Deutsches Gesamtvaterland"; aber er setzt, sich berichtigend, dahinter ein geringschätziges Fragezeichen. Freiheit und Nationalgefühl galten ihm als Dinge, die eine kräftige Regierung aus der Mode zu bringen vermöchte. Daher auch das verschiedene Verhalten Schwarzenbergs und Bismarcks unmittelbar nach dem entscheidenden Erfolg. Bismarck schonte nach dem Siege von Königgrätz, der doch ungleich größer war als der von Olmütz, die Empfindlichkeit Österreichs, um es später zum Freunde zu gewinnen; und sein erster Gedanke nach dem Kriege war die Versöhnung mit dem preußischen Abgeordnetenhause, obwohl es ihn unbarmherzig angefeindet hatte. Schwarzenberg dagegen hatte nichts

Eiligeres zu tun als die Aufhebung der mit seiner Unterschrift verkündigten österreichischen Reichsverfassung vom 4. März 1849. Eine Woche nach seiner Rückkehr von Olmütz bereits, am 7. Dezember, wurde die Ernennung Kübecks zum Präsidenten des zu bildenden Staatsrates vollzogen, einer Institution, die als Hebel zur Wiederaufrichtung des Absolutismus gedacht war.

Am größten erscheint Schwarzenberg im Sommer 1849, als er trotz der Niederlagen auf dem ungarischen Kriegsschauplatze die Geltung der Monarchie in Deutschland verteidigte; denn damals schien das Deutsche Reich unter Führung Preußens auch nach dem allgemeinen Urteil so gut wie begründet. An seiner Festigkeit brach sich die anscheinend unaufhaltsame Bewegung. Seine Diplomatie verzögerte dadurch den Lauf der Ereignisse in Deutschland um ein halbes Menschenalter, um ebenso lange, wie die Siege Radetzkys die Einigung Italiens. Gebietenden Naturen ist es gegeben, die Erfüllung der Dinge um ein oder mehrere Jahrzehnte zu beschleunigen oder aufzuhalten. Schon das ist etwas Großes, denn den Strom rückwärts fließen zu machen, dazu ist keines Sterblichen Kraft stark genug.

III. Buch

Schwarzenberg auf der Höhe des Erfolges. Sein Tod

I. Österreich und die Großmächte

So kehrten die konservativen Mächte auf weiten Umwegen zu der Politik der Heiligen Allianz zurück. Österreich zog daraus den größten Vorteil und konnte sich der Dienste Rußlands bei der Unterwerfung Ungarns wie bei der Wiederherstellung seiner Machtstellung in Deutschland erfreuen. Man hat Schwarzenberg den Ausspruch in den Mund gelegt, Österreich werde die Welt durch die Größe seiner Undankbarkeit gegen Rußland in Erstaunen setzen. Nun ist von Männern, die ihm im Leben nahe gestanden sind, in Abrede gestellt worden, er hätte je eine solche Äußerung getan[1]). Doch ist zu bemerken, daß General v. Gerlach schon bei Schwarzenbergs Lebzeiten, am 14. November 1851, in seinem Tagebuche jenen Ausspruch verzeichnet. Indessen blieben die Beziehungen zwischen den Höfen von Wien und Petersburg die besten und ein Besuch des Zaren zu Olmütz im Mai 1851 war ein neuer Beweis hiefür.

Die konservative Politik der Ostmächte fand ihre Schranke an den Strömungen, von denen die angelsächsische Welt und das republikanische Frankreich beherrscht wurden. Rufer im Streite gegen Petersburg und Wien war Palmerston, ihm sekundierte die nordamerikanische Republik, die ihre Sympathien für Ungarn offen zu erkennen gab. Hatte doch der amerikanische

[1]) Vgl. H. Friedjung, „Der Krimkrieg und die österreichische Politik“, Seite 4.

Präsident Taylor während der Revolution einen Agenten nach Wien geschickt, um im geeigneten Augenblick die Unabhängigkeit Ungarns anzuerkennen. Als er am 28. März 1850 an den Senat eine Botschaft mit feindseligen Bemerkungen gegen Österreich richtete, protestierte Schwarzenberg in kräftigen Ausdrücken mit dem Beifügen, die kaiserliche Regierung mißbillige dieses Verhalten und werde es immer mißbilligen[1]).

Das war aber nur eine Episode in dem Kampfe, den Palmerston unausgesetzt gegen Schwarzenberg und sein System führte. Er nahm die Tradition Cannings wieder auf und liebte es, als Beschützer der vom Absolutismus bedrückten Völker des Kontinents aufzutreten. Engländer vom Scheitel bis zur Zehe machte Palmerston jedoch einen Unterschied, ob die Freiheit eines Volkes der britischen Macht förderlich war oder nicht. Deshalb vereitelte er, wie wir wissen, mit allen Mitteln den Wunsch Schleswig-Holsteins nach Unabhängigkeit von Dänemark. Österreich dagegen hatte an ihm in den italienischen und ungarischen Kämpfen einen entschiedenen Gegner. Palmerston legte sich schon deshalb keine Rücksicht auf, weil er die Kraft Österreichs unterschätzte und lange Zeit der liberalen Lehrmeinung huldigte, der Staat der Habsburger stünde vor dem Zerfall. Unmittelbar vor der Unterwerfung Ungarns ließ er Schwarzenberg durch den Botschafter Ponsonby eine Note mit einer Fürsprache für Ungarn überreichen, welchem Schritte sich bald darauf Frankreich anschloß. Schwarzenberg weigerte sich jedoch, das Schriftstück anzunehmen, weil es eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Monarchie bedeutete, worauf Ponsonby die Note auf dem Tische des österreichischen Ministers niederlegte. Drei Wochen später teilte Schwarzenberg dem preußischen Gesandten mit, er habe die Note absichtlich nicht gelesen, wohl aber Ponsonby gleich gesagt, er werde demnächst an das Londoner Kabinett Ratschläge über die in Kanada zu befolgende Politik senden, da diese Angelegenheit Österreich genau so viel anginge

[1]) Hans Schlitter, „Die Regierung der nordamerikanischen Republik und die ungarische Frage 1848 und 1849" in der „Österreichisch-ungarischen Revue", Band VII und X.

als Ungarn die Engländer [1]). Ponsonby selbst war mit dem Verfahren seiner Regierung nicht einverstanden, wie aus einem von ihm veranlaßten Artikel in den „Times" hervorging [2]).

Ebenso erschwerte Palmerston die Lage Österreichs in Italien. Als nach Wiedereroberung der Lombardei 1848 in diesem Lande eine Kriegssteuer ausgeschrieben wurde, zu der besonders der national fühlende große Grundbesitz herangezogen wurde, ging der englische Minister so weit, dem österreichischen Geschäftsträger Baron Koller zu sagen, man wolle in Italien offenbar dasselbe Mittel anwenden wie in Galizien, wo die Regierung 1847 Preise auf die Köpfe der Adeligen gesetzt hätte. Schwarzenberg, aufs höchste erzürnt, wies diese Äußerung scharf zurück und erteilte Koller den Auftrag, sich im Verkehr mit Palmerston auf die strengsten amtlichen Beziehungen zu beschränken. Um der englischen Regierung jedoch eine Lektion zu erteilen, ließ er der Königin Viktoria die Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs bloß schriftlich bekannt geben, während an die Höfe der übrigen Großmächte außerordentliche Botschafter gesendet wurden. Königin Viktoria, mit Palmerstons unruhiger Politik nie einverstanden, empfand diese Hintansetzung schwer; Palmerston aber erkannte, daß Schwarzenberg an Rücksichtslosigkeit ihm mindestens ebenbürtig war. Von da an entbrannte zwischen den beiden Staatsmännern auf der ganzen Linie ein heftiger Kampf, bei dem der englische Minister die liberale öffentliche Meinung Europas auf seiner Seite hatte. Königin Viktoria aber wurde nicht müde, sich beim Premierminister Lord Russell über die Anschläge zu beklagen, durch welche Österreich der Besitz in Italien abgenommen werden sollte; sie erklärte, dieses Verfahren widerspräche dem Völkerrecht; mit demselben Rechte könnte man von England verlangen, es solle auf seine Herrschaft in Irland

---

[1]) Bericht des Grafen Bernstorff vom 27. August 1849 (Preußisches Staatsarchiv).

[2]) Dieser Artikel, mit Zitaten aus den unparteiischen Berichten Ponsonbys über die ungarische Frage, ist in der „Wiener Zeitung" vom 30. August 1849 wiedergegeben. Er war, wie Bernstorff nach Berlin berichtete, von Ponsonby dem Korrespondenten der „Times" in die Feder diktiert worden.

verzichten. In einem Briefe vom 22. Dezember 1848 an Russell sagt die Königin, es sei ein Schandfleck für ihre Regierung, daß Kaiser Franz Joseph bei seiner Thronbesteigung England seine Geringschätzung bewiesen habe, und daran sei Palmerston schuld[1]).

Der englische Minister des Äußern ließ sich aber dadurch nicht auf seinem Wege beirren. Nach Beendigung des Krieges in Italien setzte er alles daran, um Sardinien möglichst günstige Friedensbedingungen zu erwirken; er fand dabei die Unterstützung Frankreichs, die offizielle sowohl wie die des Führers der französischen Kammermehrheit Thiers. Die Friedensunterhandlung wurde seitens Österreichs durch Bruck geführt und man kam am 6. August 1849 zum Ziele, nachdem Österreich von seiner ursprünglichen Forderung einer Kriegsentschädigung von 150 Millionen auf 75 Millionen Franken herabgegangen war. Bruck aber, stets auf Förderung der Volkswirtschaft bedacht, setzte dafür Handelsvorteile durch, besonders Erleichterung der Schiffahrt auf dem Po, und einen Handelsvertrag, der 1851 zustande kam. Das Verlangen Sardiniens, Österreich möge im Friedensvertrage für seine italienischen Untertanen Amnestie aussprechen, lehnte Schwarzenberg ab; es wurde nur ausgemacht, Radetzky solle aus freiem Ermessen Begnadigungen aussprechen.

Noch kräftiger setzte sich Palmerston für die ungarischen und polnischen Flüchtlinge ein, die nach der Waffenstreckung von Vilagos auf türkischem Boden Schutz fanden. Am 28. August 1849

[1]) Der Unwille der Königin über Palmerston erhellt aus einer Reihe ihrer Briefe. Am 25. Juli 1848 schreibt sie an Lord John Russell: „Die Königin muß Lord John erklären, was sie Lord Palmerston wiederholt erklärt hat (aber anscheinend ohne Wirkung), daß die Aufrichtung einer Entente cordiale mit der französischen Republik zu dem Zwecke, die Österreicher aus ihren Besitzungen in Italien zu vertreiben, eine Schmach für unser Land wäre." Dies besonders, wie die Königin hinzufügt, im Hinblick auf die gleichfalls notwendige Niederhaltung Irlands. Dann nennt sie die von Palmerston patronisierte Idee, einen venezianischen Freistaat unter französischem Schutze zu errichten, geradeheraus albern; am 7. September 1848 bezeichnet sie seine italienische Politik als bösartiges Verfahren. Am 7. Oktober: „Die Parteilichkeit Lord Palmerstons in der italienischen Frage übersteigt wirklich alle Begriffe und verursacht der Königin Bedenken, ob sie nicht den Charakter Englands gefährdet und für den Frieden Europas gefährlich ist."

stellte Österreich und einige Tage später auch Rußland an die Pforte die Forderung nach Auslieferung Kossuths und seiner Schicksalsgenossen. Treu der vom Islam gebotenen Pflicht der Gastfreundschaft lehnte die Türkei ab und wandte sich an England und Frankreich mit der Bitte um Vermittlung. Palmerston bestimmte den Prinz-Präsidenten Napoleon, die Pforte in ihrem Widerstande zu bestärken und ihr, falls sie von Österreich und Rußland bedroht würde, die Unterstützung durch eine englisch-französische Flotte zu versprechen. Schon war von Paris der Befehl zur Abfahrt von Kriegsschiffen nach dem Bosporus ergangen und damit die Gefahr eines Krieges heraufgerückt, als Thiers die französische Regierung zum Einlenken bestimmte. Er stellte auch den englischen Gesandten in Paris heftig über den Ungestüm der britischen Politik zur Rede und sagte ihm: „Ich hätte das verstanden, wenn es sich darum gehandelt hätte, die Österreicher aus Italien oder die Russen aus Ungarn zu vertreiben; aber Krieg zu führen für einen Possenreißer (polisson) wie Kossuth, oder um einen Barbaren zu verhindern, gegen den anderen zu poltern [1]), das sieht aus, als ob England Vergnügen daran fände, den Kontinent in Flammen zu setzen." Thiers war der Ansicht, daß die Sendung einer Flotte eine Beleidigung wäre, die sich der Zar nicht gefallen lassen würde; es wäre klüger, Nikolaus durch einen Appell an seine Großmut umzustimmen. Der Prinz-Präsident ging darauf ein und sandte zu diesem Behufe den General Lamoricière nach Petersburg; die Pforte schloß sich diesem Verfahren an. Damit wurde die gewünschte Wirkung erzielt und die Kabinette von Petersburg und Wien standen von der Forderung nach Auslieferung der Flüchtlinge ab; sie waren damit einverstanden, daß ihnen in Kleinasien Zwangswohnsitze angewiesen wurden. England jedoch ging seinen eigenen Weg und ließ unter Verletzung des Dardanellenvertrags seine Flotte die Meerenge passieren. Es war ein Glück, daß die Durchfahrt erst erfolgte, nachdem der Ausgleich in Petersburg geschlossen worden war. Einige Tage früher wären die Unterhandlungen dadurch zum Scheitern gebracht worden. So begnügte

[1]) Der Zar gegen den Sultan.

sich Rußland damit, eine scharfe Protestnote nach London zu schicken[1]). Die englischen Radikalen aber waren entzückt darüber, daß Palmerston sich der bedrohten Freiheitskämpfer kräftig angenommen hatte.

Palmerstons Respekt vor dem Selbstbestimmungsrechte der Völker hörte dort auf, wo die Seeherrschaft Albions in Frage stand. Als ein portugiesisch-jüdischer Bankier, der das englische Bürgerrecht erworben hatte, sich zur Eintreibung von Forderungen, die er an die griechische Regierung stellte, an die englische Regierung wandte, ließ Palmerston nach einem fruchtlosen Notenwechsel einfach den Piräus bombardieren und 200 griechische Schiffe wegnehmen; Griechenland wurde so zum Nachgeben gezwungen. Wer immer in England Gefühl für Recht und Billigkeit besaß, verurteilte das Verfahren Palmerstons. In einer großen Parlamentsdebatte wurde er deshalb von den ersten Männern des Landes, so Peel, Gladstone, Cobden und Disraeli angegriffen. Er verteidigte sich am 25. Juni 1850 in einer berühmten Rede, in der er jedem englischen Bürger das Recht zusprach, im Auslande so stolz aufzutreten wie dereinst ein Römer (civis Romanus sum!), und ging durch diesen Appell an den Nationalstolz aus dem parlamentarischen Kampfe als Sieger hervor.

Durch diesen glänzenden Erfolg, der das liberale Kabinett Russell vor dem Scheitern bewahrte, gewann Palmerston die Gewißheit, daß seine Festlandspolitik vom überwiegenden Teile des englischen Volkes gebilligt wurde. Er ging immer herrischer vor und kümmerte sich weder um den Einspruch der Königin noch um die abweichenden Ansichten seiner Kollegen. So besonders bei der Unterdrückung Schleswig-Holsteins; am 28. Juni 1850 schrieb die Königin an Lord Russell, sie fürchte, Palmerston betreibe eine russische Intervention in Schleswig-Holstein; am 12. August erneuerte sie ihre Forderung nach größerer Auf-

---

[1]) So nach J. H. Geffcken, „Zur Geschichte des orientalischen Krieges" S. 5. Österreich brach infolge dieser Händel den diplomatischen Verkehr mit der Pforte ab und nahm ihn erst im April 1850 wieder auf. Über die Tätigkeit des Grafen Andrassy in dieser Angelegenheit siehe Eduard v. Wertheimer, „Graf Julius Andrassy" Bd. I, S. 33 ff.

richtigkeit seitens ihres Staatssekretärs des Äußern. Dieser aber ließ sich dadurch nicht irremachen, wie sein Verhalten bewies, als sich wegen des Generals Haynau ein neuer Streitpunkt mit Österreich ergab. Haynau besuchte England, obwohl er wegen der harten Bestrafung der Rebellion in Italien und in Ungarn allgemein verhaßt war; bei der Besichtigung der Barclayschen Brauerei in London am 4. September 1850 hatte er die Folgen zu fühlen, indem ihn die Gehilfen überfielen und mißhandelten. Der österreichische Geschäftsträger Baron Koller beschwerte sich darüber, worauf Palmerston eine Antwort abfaßte, in der zu lesen war, Haynau habe durch seinen Besuch in England Mangel an Takt bewiesen. Die Königin las den Entwurf der Depesche und verlangte die Weglassung dieser verletzenden Worte. Trotzdem wurde sie unverändert an Koller abgesandt, wovon Viktoria aufs peinlichste berührt war. Der Minister des Äußern entschuldigte sich darauf, Koller hätte auf Antwort gedrängt, und in der Eile wäre der Wunsch der Königin nicht berücksichtigt worden. Doch bestand Viktoria auf Genugtuung und der Premierminister Russel gab ihr recht. Er verlangte im Namen des Kabinetts, Palmerston solle die Note an Koller wegen ihrer beleidigenden Ausfälle zurückziehen. Wohl drohte Palmerston mit seinem Rücktritt, aber zuletzt fügte er sich [1].

Der Konflikt erneuerte sich anläßlich des feierlichen Empfangs, der Ludwig Kossuth nach seiner Rückkehr aus der Türkei von den englischen Radikalen bereitet wurde. Der Premierminister Russell kam zur Kenntnis der Absicht Palmerstons, Kossuth zu empfangen, was für Österreich eine schwere Beleidigung gewesen

---

[1]) Der Schriftenwechsel zwischen dem Wiener und dem Londoner Kabinett über diesen Gegenstand wurde am 19. Dezember 1850 in der „Wiener Zeitung" veröffentlicht. Palmerston sprach wohl sein Bedauern über den Vorfall aus, doch erklärte er, eine Verfolgung der Schuldigen würde ergebnislos sein. Darauf antwortete Schwarzenberg am 27. November: „Da die großbritannische Regierung sich nicht bestimmt gefunden hat, von Amts wegen über ein Attentat einzuschreiten, welches das Leben eines österreichischen Staatsangehörigen bedroht hat, so können wir nicht umhin, uns das Recht vorzubehalten, eintretenden Falls in Erwägung zu ziehen, ob es uns anstehen dürfte oder nicht, hinsichtlich in Österreich befindlicher britischer Untertanen Reziprozität zu üben."

wäre, und ersuchte seinen Kollegen, davon Abstand zu nehmen. Palmerston antwortete: „Es gibt Grenzen für alle Dinge. Ich lasse mir nicht vorschreiben, wen ich in meinem Hause empfangen soll und wen nicht." Russell wandte sich in seiner Verlegenheit an die Königin und bat sie um ein an Palmerston zu erlassendes bestimmtes Verbot. Die Königin ging am 31. Oktober auf den Vorschlag Russells ein, dieser aber hielt es für wirksamer, im Ministerrat einen Beschluß im gleichen Sinne fassen zu lassen. Darauf blieb Palmerston nichts übrig, als nachzugeben, doch bot er Kossuth seine Villa als Aufenthalt an. Für die erlittenen Schlappen rächte er sich nun an Österreich in eigentümlicher Weise. Am Schlusse der Kossuth gewidmeten Feierlichkeiten wurden von radikalen Versammlungen Dankeskundgebungen für Palmerston beschlossen wegen der dem ungarischen Agitator erwiesenen Aufmerksamkeiten, und eine Deputation überreichte ihm im Auswärtigen Amte eine Adresse, in welcher von den absolutistischen Herrschern Europas als von „hassenswerten und verabscheuungswürdigen Mördern," als von „hartherzigen Tyrannen und Despoten" gesprochen wurde. In seiner Antwort erklärte sich Palmerston durch die Worte der Anerkennung „äußerst geschmeichelt und höchlich befriedigt". Der Unwille der Königin darüber entlud sich in einem neuen Briefe an den Premierminister vom 21. November 1850. Da jedoch Russell wußte, daß, wenn Palmerston aus seinem Kabinett ausgeschifft würde, die Regierung sich nicht halten könnte, so versuchte er, seinen Kollegen, obwohl er sein Verfahren eine Takt- und Geschmacklosigkeit nannte, so gut wie möglich zu entschuldigen. Palmerston brachte zu seiner Rechtfertigung vor, er habe, als er sich für die ihm überreichte Adresse bedankte, ihren Inhalt nicht genauer gekannt. Daraufhin beschloß das Ministerium am 4. Dezember, von einer förmlichen Resolution gegen Palmerston Abstand zu nehmen; jedoch wurde das Bedauern über den Mangel an Vorsicht ausgesprochen, Adressen zu billigen, über deren Inhalt er sich früher nicht Gewißheit verschafft hatte. Nicht bloß die Konservativen, auch die „Times" mißbilligten das dem Völkerrechte widersprechende Verfahren des Ministers des Äußern. Palmerston wurde aber gerade wegen seiner Rücksichtslosigkeit und wegen seiner schnei-

digen Initiative der Liebling des linken Flügels der Whigpartei; die Emigranten aller Länder erwarteten von Lord Feuerbrand noch Großes für den Kampf gegen den österreichischen Absolutismus.

Bald jedoch wurden die Radikalen aus ihrer Täuschung gerissen. Palmerston sprach sich, wie wir wissen, in dem Konflikt zwischen Österreich und Preußen eher zu Gunsten der Schwarzenbergschen Politik aus; denn die Interessen seines Vaterlandes gingen ihm über seinen persönlichen Haß und er hielt es für notwendig, Dänemark gegen Preußen zu schützen. Noch deutlicher zeigt sich dies in seinem gegenüber Louis Napoleon eingeschlagenen Verfahren. Er sah voraus, daß Prinz Napoleon über kurz oder lang das französische Kaiserreich wieder aufrichten werde, und wollte seinem Lande die Freundschaft dieses Mannes der Zukunft sichern. Unmittelbar nach dem Staatsstreiche vom 2. Dezember 1851 begrüßte er diese Tat aufs freudigste; aber sein Schritt stand im Widerspruche mit den Prinzipien der Freiheit, deren Bannerträger er zu sein behauptete; auch ging er damit eigenmächtig vor, so daß sich Russell ermannte und den Rücktritt Palmerstons herbeiführte. Es gibt keinen englischen Staatsmann, dessen Laufbahn deutlicher zeigt, welchen Wert die britische Politik der Verteidigung der Freiheit bei den Nationen des Auslandes beilegt. Je nach den Bedürfnissen der Machtpolitik tritt Albion für die Unabhängigkeit der Völker oder für ihre Unterdrückung ein. Einen Augenblick war die liberale öffentliche Meinung über Palmerston entrüstet, weil er in Frankreich dem Despotismus Vorschub leistete; aber sehr bald wurde er wieder der populärste Staatsmann des Landes, weil das Gefühl durchbrach, sein einziger Leitstern sei die rücksichtslose Wahrung der Macht und Größe Englands. Dies aber ist mit gutem Grunde der Maßstab, nach dem Britannien seine Staatsmänner richtet.

Palmerstons Entlassung (22. Dezember 1851) erregte in Wien laute Freude. Vor allem deshalb, weil er ein Feind Österreichs war; dann aber auch, weil England dadurch in einen Gegensatz zu dem französischen Usurpator trat. Schwarzenberg legte denselben Wert auf die Gewinnung Napoleons wie sein

englischer Nebenbuhler; wußte er doch, wie gefährlich es war, wenn Frankreich und sein Herrscher sich für die Unabhängigkeit Italiens aussprachen. Wie Palmerston, so stand es auch bei Schwarzenberg erst in zweiter Linie, ob irgendwo im Auslande eine legitime oder eine revolutionäre Regierung waltete, wenn sie nur die Interessen seines Vaterlandes zu fördern bereit war. Die Konservativen Österreichs und Preußens dagegen sahen in Louis Napoleon den Erben der Revolution und begriffen nicht, daß das Wiener Kabinett mit ihm liebäugelte. Als Windisch-Grätz darob dem Ministerpräsidenten Vorstellungen machte, erwiderte ihm dieser am 5. Januar 1849: „Die Beziehungen zu Frankreich müssen von dem tatsächlichen Gesichtspunkte aufgefaßt und weder dem Legitimitäts- noch dem Juste-milieu-Prinzip zuliebe verschoben werden.“ Es war seine Ansicht, daß kein Grund bestehe, „mit dem kleinen Neffen des großen Onkels zu schmollen“. Man rühmt Bismarck mit Recht nach, daß er sich bei der Führung der äußeren Politik von den Vorurteilen seiner konservativen Freunde lossagte; darin ist ihm Schwarzenberg vorangegangen. Dazu kam noch eins: der Fürst verfolgte den Kampf des Prinzen Napoleon mit der französischen Kammer mit Teilnahme und wünschte ihm den Sieg, weil er die staatliche Autorität gegen die Demokratie zur Geltung brachte. Als Napoleon am 2. Dezember 1851 das Parlament auseinandersprengte, lachte Schwarzenberg über die Wiener Aristokratie, die auf die Rückkehr der Bourbonen gehofft hatte und jetzt diese Aussicht zerrinnen sah. Als man ihn erstaunt fragte, wie er mit einem Bonaparte sympathisieren könne, erwiderte er kurz: alles wäre ihm lieber als die Herrschaft der Dummköpfe — worunter er die liberale Kammermehrheit verstand. Er wünschte sich mit Louis Napoleon auf reaktionärer Grundlage zu verständigen, während die republikanische Regierung ihm entgegengetreten war, als er im Verein mit dem Berliner Kabinett der Schweiz wegen der Aufnahme von politischen Flüchtlingen an den Leib ging. Überhaupt wollte er Frankreich gewinnen und England als den Hauptfeind isolieren. Hübner, den er zum österreichischen Gesandten in Paris bestellte, ging ganz auf diese Gesichtspunkte ein und sah in der Verständigung

mit Louis Napoleon das beste Mittel zur Sicherung der österreichischen Herrschaft in Italien. Schwarzenberg ließ den Prinzen wissen, daß er nichts dagegen hätte, wenn er auf dem betretenen Wege weiter schritte und sich die Kaiserkrone aufs Haupt setzte. Nun war das Haus Bonaparte durch die Verträge von 1815 für immer vom französischen Throne ausgeschlossen worden, dadurch aber ließ sich der österreichische Ministerpräsident nicht anfechten.

Er sprach sich über diese Angelegenheit in einer Denkschrift vom 29. Dezember 1851 aus, die, für die Höfe von Petersburg und Berlin bestimmt, die Methode feststellte, die von den beiden Höfen befolgt werden sollte, sobald Prinz Napoleon den Kaisertitel annehmen würde [1]. In diesem merkwürdigen Schriftstück unterschied Schwarzenberg zwischen der Frage des Rechtes, die durch die Verträge von 1815 gelöst worden sei, und dem Gesichtspunkte politischer Nützlichkeit. Wohl seien die Napoleoniden vom französischen Thron vertragsmäßig ausgeschlossen, aber da Prinz Napoleon durch den Staatsstreich der Herr Frankreichs geworden und bei den Großmächten kein Hindernis finde, so würde mit der Herstellung des Kaisertums nur ein Titel, in der Sache aber nichts geändert sein. Es wäre töricht, darob einen Bruch mit Frankreich herbeizuführen oder gar einen Krieg heraufzubeschwören. Gegenwärtig und für die nächste Zukunft müsse Louis Napoleon als die beste, wenn nicht als die einzige Stütze der Ordnung in Frankreich betrachtet werden. Er habe sich von der parlamentarischen Staatsform losgesagt und den monarchischen Gedanken zum Siege geführt; dadurch unterscheide er sich zu seinem Vorteil von den Bourbonen, die den Fehler begangen hätten, bei ihrer Rückkehr nach Frankreich den Parlamentarismus zu begründen, wodurch sie sich selbst ins Verderben stürzten. Mit einem Manne dieser Art könnten sich die konservativen Mächte verstehen, wenn er Bürgschaften böte, daß er die Eroberungspolitik seines Oheims nicht aufnehmen wolle. Unter dieser Bedingung und ohne sich bereits für die Erblichkeit seines

[1]) Vgl. des Generals Zaiončkovsky russisch geschriebene Geschichte Nikolaus I. (Petersburg 1908), und zwar die Dokumente I. Band, Anhang S. 155 ff.

Thrones zu erklären, sollten sich die drei konservativen Mächte jetzt schon für die Anerkennung des Kaisertums aussprechen. Das sei auch notwendig, um Napoleon von England abzuziehen und ihn zum Bundesgenossen zu machen, wenn es zum Kriege gegen diese Macht kommen sollte. Durch das ganze Schriftstück weht der Geist nüchterner Machtpolitik, die sich um Verträge und Prinzipien nicht kümmert; trat man an die Frage jedoch vom Interessenstandpunkt heran, so konnte sie nicht klarer, schärfer und einfacher gelöst werden [1]).

Die Denkschrift des Wiener Kabinetts fand in Berlin und Petersburg lebhaften Widerspruch. Man behauptete in Berlin, Schwarzenberg habe weder dem unverjährbaren Rechte der Legitimität noch auch den feierlichen Verpflichtungen Rechnung getragen, die einseitig nicht gelöst werden könnten; und der Zar stimmte der preußischen Regierung so vollständig zu, daß er auf das Schriftstück die Worte schrieb: „Ich war vollständig derselben Meinung, ich war darüber entrüstet." Schwarzenberg, der den größten Wert auf den einmütigen Willen der konservativen Mächte legte, lenkte darauf ein, blieb aber dabei, es müsse alles vermieden werden, was Louis Napoleon und Frankreich verletzen und reizen könnte. Darüber starb Schwarzenberg und nach seinem Tode wurde am 13. Mai 1852 ein von Österreich und Rußland unterschriebenes Protokoll aufgesetzt, dem am 22. Mai auch Preußen beitrat. Schwerlich würde Schwarzenberg diesem Protokoll seine Unterschrift beigesetzt haben, da es zwar feststellte, die Erhebung Napoleons zum Kaiser solle nicht als Kriegsfall betrachtet, aber erst dann anerkannt werden, wenn er Garantien für seine Friedensliebe gegeben hätte; wenn man ihn anerkenne, so sei dieser Akt nur als eine Ausnahme und nicht als die Erledigung der Rechtsfrage zu betrachten, da die drei Mächte die Verträge von 1815, welche

[1]) Auf diese Verhältnisse münzte Bauernfeld den Spottvers, in dem die Fürsten über Napoleon zu einander sagen:

Ein Roturier sitzt fest auf dem Thron —
Das mag uns allen nützen!
Denn unsre goldnen Sessel wackeln schon,
Er kann sie stützen!

die Dynastie Bonaparte vom französischen Throne ausschlossen, nicht in Frage stellen wollten. Von der Anerkennung der Erblichkeit des Thrones könne überhaupt nicht die Rede sein. In dieser Erklärung lag ein offenbarer Widerspruch und sie sollte sehr bald die Veranlassung zu ernsten Verwicklungen geben.

Während der Lebzeiten Schwarzenbergs bestanden zwischen Wien und Paris die besten Beziehungen, da seine staatsmännische Auffassung des französischen Problems allgemein bekannt wurde. Prinz Napoleon ersah aus der Haltung des österreichischen Gesandten, daß der Wiener Hof seinen Ansprüchen auf den Thron entgegenkam, und war anderseits dadurch verletzt, daß England gerade denjenigen Minister fallen ließ, der Wert auf seine Freundschaft legte. Dazu kam, daß unmittelbar nach dem Staatsstreiche durch ganz Großbritannien das Geschrei ging, Napoleon werde die Eroberungspolitik seines Oheims wieder aufnehmen und Albion mit überlegenen Landstreitkräften überfallen [1]. Die Verwendung der Dampfkraft in der Schiffahrt war im Aufschwung und man glaubte, dadurch ließe sich die Landung von 50 000 bis 60 000 Franzosen in jedem Augenblick bewerkstelligen. In aller Eile wurde in England beschlossen, eine Miliz bestehend aus 80 000 Mann Freiwilligen aufzustellen. Louis Napoleon dachte nicht an einen Überfall, wurde aber durch die beleidigende Sprache der chauvinistischen englischen Presse aufs äußerste gereizt. Es war das gute Recht der Engländer, die Verteidigungsmittel ihres Reichs zu verbessern; dies geschah jedoch, ebenso wie 60 Jahre später Deutschland gegenüber, unter Verletzung der einem Nachbarlande schuldigen Rücksichten, die man sich in Großbritannien in dem Bewußtsein insularer Sicherheit erlauben darf. Das war Wasser auf Schwarzenbergs Mühle. Die Beziehungen zwischen Wien und Paris wurden die freundlichsten, und dies äußerte sich in einem gemeinsamen Schritt gegen das Asylrecht der Schweiz, wohin nach dem Staatsstreiche auch viele Gegner Napoleons geflüchtet waren. Es flatterten Gerüchte von einer

---

[1] Emil Daniels, „Die Engländer und die Gefahr einer französischen Landung" in der Delbrück-Festschrift (Berlin 1908), S. 262 – 272.

österreichisch-französischen Allianz auf, welche gegen die Schweiz, Sardinien und Belgien gerichtet sein sollte, die einzigen liberalen Gemeinwesen des Festlandes. Manteuffel erhielt die Mitteilung, Schwarzenberg hätte den Prinzen Napoleon zu einem gemeinsamen Schritt gegen die piemontesische Verfassung bestimmen wollen, worauf Napoleon jedoch nicht eingegangen war. Bismarck, seit kurzem Gesandter am Bundestag, teilte dies dem englischen Geschäftsträger in Frankfurt mit, wobei er auf weitgehende Pläne Schwarzenbergs gegen Preußen hinwies; Belgien würde dann die Beute Frankreichs werden.

Der kurz darauf eintretende Tod Schwarzenbergs änderte die politische Lage vollständig, so daß sich schwer feststellen läßt, ob das Mißtrauen Preußens gegen seine Absichten begründet war. Jedenfalls genoß er in vollen Zügen den Triumph, Großbritannien isoliert zu haben. All der Groll, der sich die Jahre über in ihm gegen dieses Land aufgehäuft hatte, machte sich in einer Sprache Luft, die noch hochfahrender war als früher die Palmerstons. Er legte sich so wenig Zwang auf, daß selbst Kaiser Nikolaus fand, er ginge zu weit. Königin Viktoria war über diese fortgesetzte Spannung zwischen ihrem Lande und Österreich tief betrübt, gab aber diesmal dem Wiener Kabinett alle Schuld. Sie schüttete ihr Herz wie gewöhnlich vor ihrem Oheim, dem König Leopold von Belgien, aus, dem sie in ihrer Erbitterung schrieb: „Alle Freunde Österreichs sehen den Fürsten Schwarzenberg für einen Tollhäusler an, und der Kaiser Nikolaus hat gesagt, er sei Lord Palmerston in weißer Uniform“ [1]). Liegt in dem Urteil der Königin auch eine Übertreibung, so war gerade sie zu strengem Tadel berechtigt, da Palmerston von ihr ebensowenig geschont worden war; sie mißbilligte eben jede Störung in den friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten Europas. Sie ließ den alten Fürsten Metternich, der einige Monate vorher nach Wien zurückgekehrt war, ersuchen, auf die österreichische Regierung im Geiste

[1]) König Leopold teilte diese Ansicht. Er antwortete der Königin am 18. März 1852: „Ich muß sagen, daß die Leute in Österreich, wenigstens Schwarzenberg, vollkommen betrunken sind. Ich hoffe, sie werden bald wieder nüchtern werden.“

der Mäßigung einzuwirken; er war dazu bereit und Schwarzenberg gab seinem Rate Gehör. Es hatte ihm wohlgetan, sich Genugtuung zu holen, doch wollte er den Streit mit England nicht auf die Spitze treiben.

II. Österreichs Übergewicht in Deutschland

Am liebsten würde Schwarzenberg an die Stelle des alten Bundestages eine straffe Zentralgewalt unter österreichischer Führung gesetzt haben, aber er nahm es gern hin, als Preußen nach dem Scheitern der Dresdener Verhandlungen seine früheren Bundesgenossen am 27. März aufforderte, die Frankfurter Versammlung zu beschicken. Es war ein stolzer Tag für das Wiener Kabinett, als sich der Eintritt Preußens vollzog. Die preußische Regierung konnte sich nach den mißlungenen Einheitsversuchen nicht der Tatsache verschließen, daß die Versammlung zu Frankfurt das einzige die Nation umschlingende politische Band war. Zuerst vertrat Herr v. Rochow Preußen am Bunde, dann vom 29. August 1851 an Otto v. Bismarck. Die feueratmenden Berichte, in denen sich Bismarck gegen das Übergewicht Österreichs im Bunde auflehnte, waren Vorläufer großer Taten, zunächst jedoch vom Schleier des Amtsgeheimnisses bedeckt. Doch auch seinem Herrschergeist schwebte damals noch nicht die Verdrängung Österreichs aus Deutschland vor, er würde sich mit der Gleichstellung der beiden Großmächte begnügt haben. Übrigens hielt sich Schwarzenberg an die mit Preußen getroffene Übereinkunft, so daß die Großmächte zunächst Hand in Hand vorgingen.

Am besten verstand man sich bei der Niedertretung der noch von 1848 her bestehenden demokratischen Verfassungen in den kleineren Bundesstaaten [1]. Dies war das erste vom vollzähligen Bundestag betriebene Geschäft. In rührender Eintracht schlugen Österreich und Preußen am 8. Juli 1851 dem Bundestage die Einsetzung einer Zentralpolizei und eines Ausschusses vor, der die betreffenden Verfassungen zu prüfen und zu bestimmen

[1] Das Nähere in der eingehenden Darstellung Sybels II, S. 110 ff.

hätte, welche Änderungen daran vorzunehmen wären. Sollte der betreffende Staat sich nicht fügen, so hatte der Bund mit der Exekution gegen ihn vorzugehen. Dieser Antrag ging über die Bundesakte hinaus, wurde aber trotzdem im wesentlichen am 23. August angenommen. Darauf ging das Strafgericht über die Sünder nieder. Nicht weniger als zehn Staaten wurden verhalten, ihre Verfassungen in konservativem Sinne zu ändern. Es waren dies Anhalt, Bremen, Frankfurt, Hannover, Kurhessen, Lippe, Sachsen-Koburg, Liechtenstein, Hessen-Homburg und Waldeck. Am gründlichsten ging man natürlich in Kurhessen vor, wo die bestehende gesetzliche Ordnung durch einen Bundesbeschluß völlig umgestürzt und am 13. April 1852 eine neue Verfassung kundgemacht wurde. Hatte die Exekution gegen die Steuerverweigerer und die Kasseler Stadträte unter Leitung der österreichischen Kommissäre Rechberg und Leiningen stattgefunden, so war dagegen der Vollzug des Verfassungsbruches fast ganz die Arbeit des preußischen Kommissärs Uhden.

Nach alledem wäre es Schwarzenberg willkommen gewesen, ebenso der preußischen Verfassung den Garaus zu machen, da damals auch in Österreich der Absolutismus wieder hergestellt wurde. Konnte es doch der Geltung Österreichs in Deutschland Eintrag tun, wenn in Berlin und nicht auch in Wien eine Volksvertretung tagte. Im September 1851 sandte Schwarzenberg eine Note nach Berlin, in der er die Vorteile auseinandersetzte, die ein gleichartiges Vorgehen der beiden Regierungen brächte; durch die Herstellung der monarchischen Gewalt in Österreich wäre doch, so war darin mit starkem Selbstbewußtsein gesagt, auch für das preußische Königtum ein unentbehrlicher Stützpunkt gewonnen. Indessen folgte König Friedrich Wilhelm dieser Lockung nicht, da er sich durch den von ihm abgelegten Verfassungseid gebunden fühlte. So schwach es sonst mit den Herrschereigenschaften Friedrich Wilhelms IV. bestellt war, so erwarb er sich mit seiner Ablehnung des österreichischen Vorschlages das große Verdienst, die ungestörte Fortbildung des preußischen Verfassungsrechtes gesichert zu haben. Manteuffel, der auch sonst nicht zärtliche Empfindungen für Schwarzenberg hegte, war über den Versuch seiner Einmischung in innere

preußische Verhältnisse sehr ungehalten und schrieb am 25. September 1851 an Bismarck nach Frankfurt unwirschen Tones: „Es ist das eine Impertinenz, auf welche ich in gleicher Weise antworten werde“[1]).

Manteuffel bewegte sich in seiner Politik und in seinen Urteilen bezüglich Österreichs in den größten Widersprüchen. Das kommt besonders in seinem Briefe vom 21. November 1851 an Bismarck zum Ausdruck. Preußen würde sich, so heißt es darin, in Deutschland leidlich wohl befinden, „wenn Österreich nur nicht ein so wunderbarer Gesell wäre, bei dem sich unmäßige Körpergröße und sogar Kraft und daraus entstehende momentane Schwäche . . . vereinigt fänden“. Dann wendet er sich der Zukunft der habsburgischen Monarchie zu und meint mit Hinblick auf ihre finanziellen Verlegenheiten wie auf die Unbotmäßigkeit Ungarns und Italiens: „Obwohl ich mich durchaus nicht vor den österreichischen Intriguen verschließe und daher nicht ihr Freund bin, sehe ich dem Moment, wo das Reich doch einmal zusammenbrechen wird, doch mit großer Bangigkeit entgegen; leider sind meine Berichte aus Wien, offizielle wie nichtoffizielle, von der Art, daß in dieser Beziehung die ernstesten Bedenken in mir aufsteigen.“ Diese unheilschwangeren Prophezeiungen sind um so auffallender, als derselbe Minister sich von demselben angeblich so gebrechlichen Österreich ein Jahr vorher in Olmütz gründlich hatte einschüchtern lassen. Manteuffel hegte von der inneren Kraft Österreichs keine hohe Meinung, und es ist danach doppelt verwunderlich, weshalb er eine so furchtsame deutsche Politik trieb.

Schärfer noch als Manteuffel urteilte über Österreich Graf Bernstorff, der seit dem siegreichen Gange der Schwarzenbergschen Politik mit Groll und Bitterkeit über den Ministerpräsidenten wie über die innere Lage des Reichs berichtete. Nur zog Bernstorff auch die Konsequenzen und riet daher, nicht vor dem Waffengange mit Österreich zurückzuschrecken. Seitdem entwarf er ein abschreckendes Bild von den Zuständen im Innern

---

[1]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen“ von Otto Fürst Bismarck II, S. 14.

des Reichs: Ungarn wäre dem Aufstand nah, die zentralistische Administration zum Zusammenbruche reif, das Vertrauen des Kaisers in Schwarzenberg erschüttert, der Handelsminister Bruck auf seine Bereicherung bedacht, das Ministerium in Auflösung begriffen [1]). Dies und ähnliches hörte Bernstorff aus dem Munde der aristokratischen Opposition in Wien, aber es liegt darin eine solche Übertreibung, daß das Urteil der preußischen Regierung irregeführt werden konnte. Der König fand mit Recht, Bernstorff wäre von wahnsinnigem Mißtrauen gegen Schwarzenberg erfüllt, und rief ihn auf Betreiben des Wiener Kabinetts von seinem Posten ab.

Die Vertreter der kleineren deutschen Höfe in Wien standen der Mehrzahl nach unter dem Banne der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten; als dessen Verlangen nach Abberufung Bernstorffs aus Wien im Frühjahr 1851 erfüllt und Graf Arnim-Heinrichsdorff zu dessen Nachfolger ernannt wurde, gehörte auch der preußische Gesandte zu Schwarzenbergs politischem Hofstaat. Der Vertreter Badens, Andlaw, und der sächsische Gesandtschaftssekretär Vitzthum haben in ihren Erinnerungen und Briefen dieser Stimmung innerhalb der Diplomatie Ausdruck gegeben [2]); Vitztums Briefe aus Wien, einige Jahrzehnte später abgedruckt, zeigen deutlich, wie in diesen Kreisen das 1848 völlig aufgegebene Österreich an Ansehen gewonnen hatte. Seine Macht wurde jetzt eher überschätzt und Vitzthum bekannte später selbst, daß dieser Optimismus für die Monarchie sehr bald schädliche Folgen hatte. Im Sommer 1848 prophezeit Vitzthum elegisch den nahen Untergang Österreichs, während er nach der Unterwerfung Wiens von der Macht des Reiches schwärmt und am 5. Dezember 1848 in die Heimat berichtet, Österreich könnte 500000 bis 600000 Mann gegen Preußen und Ungarn aufstellen; Windisch-Grätz werde in Ungarn lediglich eine Treibjagd zu veranstalten haben. Im Februar 1848 spricht er von Metternich als von einem abgelebten Greis, 1851 dagegen mit Bewunderung für seinen staatsmännischen

[1]) So die Berichte Bernstorffs vom Dezember 1850 bis März 1851.

[2]) Andlaw, „Mein Tagebuch", Frankfurt a. M. 1862. Vitzthum, „Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852", Stuttgart 1886.

Blick. Von Schwarzenberg hegt er die höchste Meinung und erwartet von ihm nicht bloß die Niederwerfung der Revolution, sondern auch die Zerschlagung Preußens. Vitzthum sah das mitteleuropäische Reich — Österreich, Deutschland und den Balkan umfassend — deutlich aus dem Chaos erstehen. Er schilderte Österreich nach den Eindrücken, die er in den Salons der Schwester und der Schwägerin des Ministerpräsidenten, der Fürstinnen Schönburg und Schwarzenberg, erhielt; denn der Verkehr in anderen Kreisen, so fand er, würde seiner Stellung in der Diplomatie abträglich sein. Er war, wie man sieht, kein großer Politiker, aber die Naivetät seines Urteils und der schriftstellerische Reiz seiner Briefe stempeln sie zu einem willkommenen Zeitbild [1]).

Wie sehr das Österreich Schwarzenbergs und Radetzkys in Deutschland imponierte, war aus der großen Zahl von Edelleuten aus dem Reiche zu ersehen, die damals in die kaiserliche Armee eintraten. Aber nicht bloß die Jugend stand unter diesem Eindruck, auch führende Männer wandten sich Österreich zu, da Preußen seinen Freunden große Enttäuschungen bereitete. Kein Geringerer als Heinrich v. Gagern, im Frankfurter Parlament der Führer der preußischen Partei, machte diese Wandlung durch. Doch trat Gagern erst nach 1859 zur großdeutschen Partei über, während sein Bruder Max bereits 1854 österreichische Dienste nahm. Dieser Schritt erregte großes Aufsehen, weil Max v. Gagern im Frankfurter Parlament für das preußische Kaisertum gewirkt hatte. Bei ihm war die Abwendung von Preußen auch das Ergebnis einer religiösen Wandlung, die seinen Übertritt zum Katholizismus zur Folge hatte [2]). Überhaupt war die damals sich anbahnende Erstarkung der katholischen Gesinnung in Deutschland der großdeutschen Sache wie den Machtansprüchen Österreichs günstig. Schon vor Max v. Gagern war Biegeleben in das österreichische Ministerium des Äußern aufgenommen worden, was

[1]) Ottokar Lorenz überschätzt in seinem Werke „Staatsmänner und Geschichtschreiber des 19. Jahrhunderts" den geistigen Gehalt der Briefe Vitzthums.

[2]) Heinrich v. Gagern blieb Protestant, doch ließ er seine Kinder katholisch erziehen.

bei ihm, der schon im Frankfurter Parlament Großdeutscher gewesen war, nicht auffallen konnte[1]). Im Ministerium gehörte als dritter diesem Kreise der ultramontane Hesse Meysenbug an; sie gaben der deutschen Politik Österreichs bis 1866 das antipreußische Gepräge. Anders war es in der Zeit Metternichs gewesen, als Freiherr v. Werner durch 17 Jahre das deutsche Referat in der Staatskanzlei innegehabt hatte. Als Werner 1848 Unterstaatssekretär wurde, ging sein wichtiges Referat auf Thierry über. Während der Krise von 1850 enthielt sich Werner, ein kenntnisreicher, aber unselbständiger Beamter, der Einflußnahme auf den völlig geänderten Gang der deutschen Geschäfte; Thierry arbeitete nach den Weisungen Schwarzenbergs, genügte jedoch bei seinen unzulänglichen Fähigkeiten nicht den Ansprüchen des energischen und nervösen Ministers[2]). Biegeleben trat an die Stelle Thierrys und gewann bei seiner reichen Bildung wie durch seine stilistischen Fähigkeiten bald die hervorragende Stellung, die er selbst als die des österreichischen Staatsschreibers bezeichnete.

Fast überall nun, wo diplomatische Kunstfertigkeit ausreichte, gelangte die Politik Schwarzenbergs ans Ziel; Dauerndes vermochte er, wie wir wissen, nicht zu schaffen. Als er von Dresden mit verringerten Erwartungen heimkehrte, wollte er doch noch immer die Zollunion Österreichs mit Deutschland durchsetzen. Er stieß aber auf den zähen Widerstand des Berliner Kabinetts, wie später noch genauer zu erzählen ist. Hier sei nur erwähnt, daß es Preußen am 7. September 1851 ge-

---

[1]) Bernstorff meldete am 29. Juli 1850 aus Wien, Biegeleben verdanke seine Anstellung dem Unterstaatssekretär Werner, der dem preußischen Gesandten sagte, „daß Biegeleben seine politischen Verirrungen der letzten Jahre vollkommen einsehe und jetzt gewiß der mit seinem Diensteide übernommenen Aufgabe treulich und gewissenhaft nachkommen werde". Biegeleben hatte sich keine Verirrungen vorzuwerfen, es wäre denn, daß er Unterstaatssekretär unter dem liberalen Erzherzog-Reichsverweser gewesen war und an dem Frankfurter Einigungswerke mitgewirkt hatte.

[2]) Unter Thierry diente der junge Alfred v. Arneth, welchem Umstande wir eine ansprechende Schilderung der Verhältnisse im Ministerium des Äußern verdanken. Arneth, „Aus meinem Leben" Bd. I, S. 424—431; Bd. II, S. 1 ff.

lang, Hannover zum Eintritt in den Zollverein zu bestimmen, und daß gleichzeitig eine Herabsetzung des Tarifs des Vereins stattfand, wodurch der Anschluß Österreichs noch mehr erschwert wurde. Darauf ging Schwarzenberg noch energischer als früher auf die Sprengung des Zollvereins aus. Aber der Ansturm Österreichs führte nicht zum Ziele, da die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Nation den Bestand des Zollvereins verbürgten, wiewohl die Höfe der Mittelstaaten sich gerne der handelspolitischen Führung Preußens entzogen hätten. Doch war die Sache noch nicht völlig ausgetragen und die Mittelstaaten berieten gerade auf dem Tage zu Bamberg, wie man Österreich gefällig sein könnte, als Fürst Schwarzenberg am 5. April 1852 vom Tode ereilt wurde. Er kam also nicht dazu, mit der letzten Kraftprobe einzusetzen; jedenfalls würde er aber kein Mittel unversucht gelassen haben, um die handelspolitische Vormacht des Nebenbuhlers in Deutschland zu erschüttern und die Erneuerung der Zollvereinsverträge zu verhindern.

III. Schwarzenberg, Metternich, Kübeck

Da Schwarzenberg nach solchen Anschlägen und Taten die mächtigste Erscheinung unter den Ministern jener Tage war, so mußten seine Zeitgenossen je nach ihren Neigungen und Grundsätzen ein Verhältnis zu seiner Persönlichkeit gewinnen. Am nächsten lag der Vergleich mit dem Fürsten Metternich, und im allgemeinen galt seine Regierung als eine Fortsetzung des Metternichschen Systems; vom Standpunkt des europäischen Liberalismus oder etwa von dem der Italiener und Ungarn erschien Österreich mit seinem auf den Völkern gleichmäßig lastenden Drucke in der Zeit von 1815 bis 1859 als einheitliches Staatsgebilde. Bei näherem Zusehen sind aber die Unterschiede zwischen der Zeit vor und nach 1848 doch sehr groß. In der Metternichschen Periode ist alles in Österreich in Erstarrung, in der Epoche Schwarzenbergs dagegen in vollem Flusse; überreiche Tätigkeit will die Versäumnisse der früheren Zeit nachholen. Metternich wirkte für den patriarchalischen Absolu-

tismus und die ererbten Vorrechte der Aristokratie; Schwarzenberg dagegen war als Erbe der Revolution Träger eines alles gleichmachenden Despotismus.

Es kam auch früher vereinzelt vor, daß Männer bürgerlicher Abstammung zu hohen Staatsämtern emporstiegen; Schwarzenberg aber, der von seinen Standesgenossen im allgemeinen niedrig dachte, schätzte bloß den Adel des Talents und des Verdienstes. Bach und Bruck sind dafür sprechende Beispiele; auch in der Diplomatie, in der bis zum heutigen Tage die österreichische Aristokratie ein Vorrecht genießt, beförderte er Prokesch-Osten und Hübner zu den höchsten Stellen. Man hat Schwarzenberg Unrecht getan, wenn man annahm, Hübners Sendung nach Paris wäre erfolgt, um dem republikanischen Frankreich Geringschätzung zu zeigen. Es lag ihm vielmehr daran, in Paris wie in Berlin Männer von Geist und Beobachtungsgabe tätig zu wissen, welchem Stande sie auch entsprossen waren. Auch eine liberale Vergangenheit war unter ihm kein Hindernis zum Emporkommen, wie er denn einen der Minister von 1848, Freiherrn v. Doblhoff, zum Gesandten im Haag bestellte [1]. Nur mußte, wer neben oder unter ihm wirken wollte, den Gedanken aufgeben, sich politisch frei auszuleben.

Wie sehr dies alles der österreichischen Aristokratie unbequem war, wurde bereits früher erzählt; sie scharte sich in ihrer Opposition um den Fürsten Windisch-Grätz, der in dem Schwarzenberg-Bachschen System die Fortsetzung der demokratischen Revolution sah. Und auch Metternich beurteilte in seinem Exil zu London und später zu Brüssel die Dinge nicht viel anders, wenn auch in den Ausdrücken milder. Im März 1851 richtete der Staatskanzler an die österreichische Regierung die formelle Anfrage, ob sie nichts gegen seine Rückkehr nach Wien einzuwenden hätte, und in einem vertraulichen Schreiben an Schwarzenberg begründete er seinen Wunsch des näheren. [2] Darauf antwortete der Ministerpräsident gleichfalls mit einem offi-

[1] Bernstorff meldete nach Berlin, Schwarzenberg habe Schmerling nach dessen Rücktritt vom Amt des Justizministers einen Gesandtschaftsposten angeboten, den dieser aber ausschlug.

[2] Metternichs „Nachgelassene Papiere" Bd. VIII, S. 515—520.

ziellen und einem Privatschreiben. In dem ersteren versicherte er den alten Staatskanzler, der Kaiser, voll Dankbarkeit für seine großen, der Monarchie geleisteten Dienste, wäre über Metternichs bevorstehende Rückkehr erfreut — und zur Bekräftigung schrieb der Herrscher eigenhändig auf den Brief: „Ganz einverstanden". Einen anderen Charakter trägt die vertrauliche Antwort Schwarzenbergs. Er besorgte nämlich, Metternich werde die aristokratische Opposition verstärken, und er wollte ihn gleich aufmerksam machen, daß er sich dies nicht gefallen lassen würde. Das geschieht jedoch in einer eigentümlichen Umschreibung und unter Beteuerungen höchster Wertschätzung, wobei Schwarzenberg sich die unwahre Angabe gestattet, daß die aristokratischen Gegner der Regierung die Rückkehr Metternichs gern verhindern möchten. Die letzteren nämlich, so behauptet der Ministerpräsident, wären von der Besorgnis erfüllt, in dem Staatskanzler „keine Stütze zu finden in ihren leidenschaftlichen, maßlosen Anfeindungen gegen das Ministerium", dem sie „revolutionäre und freimaurerische Tendenzen" vorwürfen. Diese Leute, die sich „als Reaktionäre und Echtkonservative gerieren", stellt Schwarzenberg also als gemeinsame Gegner der Regierung und des Staatskanzlers hin — eine Vorspiegelung, die nicht darauf berechnet sein konnte, einen Mann wie Metternich zu täuschen, wohl aber ihn vor einer Verbindung mit der feudalen Opposition zu warnen, vielleicht sogar, ihn von der Rückkehr nach Wien abzuhalten. Metternich verstand diesen Wink, und vielleicht war dies einer der Gründe, weshalb er die Heimreise um ein halbes Jahr verschob. Erst am 24. September traf er in Wien ein, von seinen Gesinnungsgenossen wie ein Triumphator begrüßt. Auch der Hof erwies ihm alle Ehren; der Kaiser besuchte ihn ebenso wie sämtliche in Wien anwesenden Erzherzoge und Minister, von denen nur die beiden Brüder Krauß fehlten. „Bach war einer der ersten", vermerkt die Fürstin Metternich in ihrem Tagebuch.

Der alte Staatskanzler befand sich in einer besonderen Lage. Er fühlte sich nach der Niederwerfung der Revolution als den eigentlichen Sieger und schrieb noch aus Brüssel hochgemuten Sinnes: „Jeder Tag sagt mir, daß das sogenannte Metter-

nichsche System nichts anderes bedeutet, als den aus der Mode geratenen Verstand. Läßt er sich aber definitiv totschlagen?" Er riet Schwarzenberg, auf die „faselnden Volkskräfte" keine Rücksicht zu nehmen, und war gleich Kübeck ganz mit der Aufhebung der österreichischen Verfassung einverstanden; er lobte die Dekrete vom 20. August 1851 als die Vorbereitung für den Staatsstreich. Gemeinsam mit Kübeck hoffte er die Ideen und die Männer des Vormärz wieder zur Geltung bringen zu können.

Er hielt es aber nicht für angemessen, mit dem hervorzutreten, was ihn vom Ministerium Schwarzenberg trennte. Er nahm eine vermittelnde Stellung ein und gab sich im November Mühe, eine Versöhnung zwischen Schwarzenberg und Windisch-Grätz zustande zu bringen, was ihm jedoch nicht gelang[1]). In seinem hohen Alter — er ging damals ins 79. Lebensjahr — besaß er nicht Lust zu einem Waffengange mit seinem rücksichtslosen Nachfolger, obwohl er über ihn und über die Minister seines Kabinetts die herbsten Urteile fällte. Dabei leiteten ihn zwei Motive. Zunächst ein sachliches. Er mißbilligte den Bruch mit der Vergangenheit und die Gewaltsamkeit, mit dem das zentralistische System die Einschmelzung Ungarns wie überhaupt die Niederreißung aller Sonderrechte der Provinzen betrieb. Er war auch ein Gegner der Allgewalt der Bureaukratie und beklagte es, daß der hohe Adel nicht mehr wie zur Zeit des patriarchalischen Absolutismus als Hauptstütze des Thrones galt und als Träger der Verwaltung verwendet wurde. Außerdem aber flößten ihm die neuen Männer an der Spitze des Staates persönlich tiefe Abneigung ein. Schwarzenberg war ihm ebenso antipathisch wie Bach und Bruck. Er sprach sich darüber jedoch nur im vertrauten Kreise aus, besonders zu seinem früheren Ministerkollegen Kübeck. Die beiden alten Herren sahen auf die jetzige Ministergeneration mit unsäglicher Geringschätzung hinab; es wurde bereits erzählt, daß Kübeck beim Kaiser mit großem Nachdruck auf einen Wechsel in den leitenden Personen hinarbeitete. Doch bestand zwischen

---

[1]) Tagebuch der Fürstin Melanie Metternich.

Metternich und Kübeck der große Unterschied, daß dieser dabei die Befestigung und Fortbildung des herrschenden Systems im Auge hatte, während der frühere Staatskanzler zu den vormärzlichen Zuständen zurückkehren wollte. Kübeck war Zentralist und Fürsprecher des Absolutismus, aber mit Beseitigung Schwarzenbergs und Bachs; Metternich wollte nicht bloß andere Männer, sondern auch ein anderes System. Dabei waren sie in der Gegnerschaft zum Parlamentarismus ein Herz und eine Seele und arbeiteten getreulich zusammen, als es galt, die Verfassung vom 4. März 1849 durch einen Staatsstreich abzutun.

Die Tochter Kübecks, Lina von Derchich, trug einige Zeit später folgende Äußerungen Metternichs zu ihrem Vater in ihr Tagebuch ein; Metternich sagte: „Mein teurer Freund, wenn, als wir alle so zusammen bei der Konferenz waren," (vor 1848) „einer von uns gesagt hätte, die wir die Notwendigkeit von Reformen einsahen und die Wege dazu vorschlugen, aber nicht durchdringen konnten; wenn wir gesagt hätten, wir können das alles nicht tun, aber da ist ein Amanuensis von einem Advokaten" (Bach), „ein junger Bursch, der Aufsätze schreibt und einiges gelernt hat; dann ein bankruttierter Kaufmann" (Bruck), „der Gefahr lief ins Kriminal zu kommen; dann ein Gouverneur" (Stadion), „den ein Bescheid der Hofkanzlei die Flucht ergreifen ließ, und endlich ein sittenloser, leichtsinniger Diplomat" (Schwarzenberg); „diese vier werden uns retten, so hätte man geglaubt, wir sind närrisch geworden, und doch werden diese vier als Retter angesehen." Wie man sieht, fühlte Metternich die Berechtigung des Vorwurfs, daß seine Regierung nicht die Kraft für die notwendigen Reformen aufgebracht hatte, weiß aber von seinen energischeren Nachfolgern nur das Schlimmste zu sagen. — Kübeck, der darin mit ihm übereinstimmte, bereitete Metternich die Genugtuung, ihm die Entwürfe für das Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 zu senden und sein Gutachten einzuholen. Metternich faßte sein Votum nun so ab, daß es zur Kenntnis des Kaisers und des Ministeriums gebracht werden konnte. Er sprach sein vollständiges Einverständnis aus, was jedoch mit seinen wohlbekannten Gesinnungen nicht völlig übereinstimmt, da er wohl die Aufhebung der Stadionschen Verfassung billigte, nicht aber die Aufsaugung aller ständischen und provinziellen Zwischengewalten durch den Einheitsstaat. Er war eben ruhebedürftig und schwieg zu den Dingen, die er nicht ändern konnte, obwohl nicht einzusehen ist, was einen Mann seiner Stellung, dem das Leben nichts mehr zu bieten hatte, hindern konnte, seine Ansicht unverhohlen auszusprechen. Während er in seiner Denkschrift eitel Zustimmung war, sprach er sich in seinen vertraulichen Briefen an Kübeck kritisch aus und fand, daß die in der Berliner „Kreuzzeitung" und sonst veröffentlichten

Artikel, welche das Schwarzenbergsche System vom Gesichtspunkte des historischen Rechts und des Adels angriffen, recht bemerkenswert wären. Für Kübeck war der Hauptgrund der erbitterten Gegnerschaft zu Schwarzenberg und Bach, weil er es ihnen nicht verzeihen konnte, daß sie sich an dem Stadionschen Verfassungswerke beteiligt hatten; er fand, daß die „arrogante Unwissenheit" des Fürsten mit der „Advokatenpfiffigkeit" Bachs zu schlimmen Zwecken im Bunde sei[1]. (Vgl. Band I, S. 449.)

Diese Anstrengungen verfehlten aber ihr Ziel, weil Schwarzenberg sich beeilte, den absolutistischen Wind in seine Segel aufzufangen und auch Bach zu gleicher Arbeit mit sich fortriß. Schon am 26. August 1851 kündigte der leitende Minister in einem an die deutschen Höfe gerichteten Rundschreiben den bevorstehenden Staatsstreich an[2]. Hier wagte er den cynischen Ausspruch, Kaiser Franz Joseph wäre schon deshalb nicht zur Einhaltung der am 4. März 1849 verliehenen Verfassung verpflichtet, weil er auf sie keinen Eid abgelegt hatte; sie gehöre zu den Gesetzen, für deren Änderung der Herrscher nur Gott — also nicht seinen Völkern — verantwortlich sei. Nun stand aber auch Schwarzenbergs Unterschrift unter der Konstitution, das hinderte ihn jedoch nicht, von ihr mit schwer zu überbietender Geringschätzung zu urteilen. „Das Drängen der Zeit," mit diesen Worten gibt er sie preis, „erlaubte bei diesem Geschäft weder lange Überlegung noch tiefer gehende Studien, und so entstand in großer Eile und zumeist nach den vorliegenden Mustern des Auslandes das Edikt vom 4. März." Niemand, so behauptete er, hege dafür Sympathie oder wünsche seine Ausführung: „Das Experiment wäre unter allen Umständen ein bedenkliches, ich möchte sagen gewissenloses." Durch diese einzig dastehende Beichte vermeinte Schwarzenberg die Sünde abzubüßen, daß er an einer Verfassung mit Volksvertretungen und Grundrechten mitgearbeitet hatte.

In der Hofburg rechnete man es auch Bach hoch an, daß er sich dem Absolutismus eifrig zur Verfügung stellte, und auf Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde ihm zu Neujahr 1852

---

[1] Tagebücher Kübecks zum 16. Dezember 1851 (vgl. oben Bd. I, S. 449).

[2] Abgedruckt in der „Allgemeinen Zeitung" vom 11. Januar 1852.

das Großkreuz des Leopoldsordens verliehen[1]). Erst darauf erinnerte man sich, daß Kübeck die Akte vom 31. Dezember 1851 als sein Werk betrachten durfte und sich dadurch zurückgesetzt fühlen mußte; er erhielt deshalb einige Tage später dieselbe Auszeichnung. Als er sich nun beim Kaiser zum Danke meldete, entschuldigte sich dieser, daß er ihm den Orden nicht schon beim Empfang am 1. Januar überreicht hatte; er wäre ihm nicht zur Hand gewesen. Darauf erwiderte Kübeck: „Gnadenbezeigungen des Souveräns gewähren kein Recht zum Vergleiche und verpflichten zum Dank, den ich Eure Majestät ehrfurchtsvoll zu genehmigen bitte." Tiefe Röte bedeckte das Gesicht des Kaisers, als er die Worte sprach: „Es ist an mir und an uns, Ihnen Dank zu sagen." Trotz starker Gegenwirkungen blieb also Schwarzenberg immer der leitende Mann, getragen durch die Gunst des Kaisers wie seiner Mutter, die in dem Fürsten den Retter der Monarchie aus den Fährnissen der Revolution und die beste Stütze ihres Sohnes sah.

Unter diesen Umständen war das Urteil der Welt über das Schwarzenbergsche System geteilt, je nachdem man Österreichs Macht oder seinen Gegensatz zu den die Zeit beherrschenden Ideen zum Maßstabe nahm. Herzog Ernst von Koburg, der die widersprechendsten Schilderungen über Österreich hörte, fühlte das Bedürfnis, sich persönlich über die Lage zu unterrichten, reiste deshalb im Winter auf 1852 nach Wien und urteilte darauf mit vieler Umsicht über Österreich[2]). Er schrieb damals: „Leben und Tätigkeit findet man ebenda, aber gänzliche Mißachtung der öffentlichen Meinung, der früheren Zustände, der ererbten Verhältnisse. Reaktionär ist das Ministerium nicht, aber revolutionär und gewaltsam, daher die enorme Armee, daher die Belagerungszustände, daher die Umstürzung der Verfassung."

---

[1]) Bauernfeld charakterisierte ungefähr zu dieser Zeit Bach und Schwarzenberg in dem Epigramm:

> Ein politischer Kopf! Im Umwenden
> Richtet sich nach den Umständen;
> Noch mehr den andern bewundre ich:
> Richtet die Umstände gleich nach sich.

[2]) Herzog Ernst von Koburg, „Aus meinem Leben" II, S. 46—55.

Am meisten verkehrte der Herzog mit Bach, dessen Persönlichkeit ihn vollständig gefangen nahm und dessen Stimme man aus dem Berichte heraushört, den er seinem Bruder, dem Prinzgemahl von England, über die in Wien herrschenden Stimmungen erstattete: „Noch haben wir keinen Staat, wurde mir gesagt, wir müssen ihn erst haben, um daran zu denken, ihn wie einen anderen europäischen regieren zu können. Alle Opposition von außen und innen werfen wir nieder, alles Alte ist verfault oder die Zeit hat es bereits umgeworfen; wir müssen neu bauen, aber ungestört, und dazu kann uns die öffentliche Meinung nichts helfen, sie ist böhmisch, magyarisch, slawisch, italienisch und führt direkt zum Untergang des Ganzen. Darum wollen wir noch keine Vertretung, weil noch kein fertiger Staat vorliegt, kein Gesamtgefühl." Prinz Albert fühlte sich durch diese Schilderung zu einer Bemerkung angeregt, die den Weitblick dieses liberal denkenden Fürsten beweist: „Österreich," so erwiderte er seinem Bruder, „will erst ein Staat werden, braucht Zeit dazu und verlangt vom übrigen Europa, daß dieses stille stehe, bis Österreich ein Staat geworden ist. Wenn Europa es sich gefallen läßt, so hat Österreich recht, alles zu verlangen . . . Österreich überschätzt jedoch seine Kräfte, nach seinen engeren Interessen in Europa fortdiktieren zu können."

IV. Schwarzenbergs Tod. Sein Charakter

Zur Zeit, da Fürst Schwarzenberg die Welt in Atem hielt, war er bereits vom Todesengel berührt. Er hatte das Leben früh bis zur Neige durchgekostet, seiner tiefen Leidenschaft zu Lady Ellenborough war vieles vorangegangen und vieles nachgefolgt, was ihn flüchtig beschäftigte. Dann kamen die Jahre tödlicher Anspannung der Nerven in den ihm früher unbekannten Geschäften; dazwischen suchte er wieder Zerstreuung und vergaß dabei das halbe Jahrhundert, das hinter ihm lag. Schon zu Beginn des Jahres 1852 waren seine Kräfte fast vollständig aufgebraucht und ein Herzleiden griff bedenklich um sich. „Seit langer Zeit," so erzählt der badische Gesandte Andlaw, „war

Fürst Schwarzenberg leidend, sein Aussehen in höchstem Grade beunruhigend gewesen; seine hagere Gestalt, sein blasses verzerrtes Gesicht erschienen gespensterartig; die Herzkrämpfe wiederholten sich und ich selbst, als ich im Januar einst allein mit ihm mich im Kabinett befand, war Zeuge eines solchen Anfalles." Zur selben Zeit versagten seine Augen, so daß ihm das Lesen unmöglich war, mit Mühe konnte er selbst der Vorlesung eines Schriftstückes folgen. Er fürchtete zu erblinden; als der Arzt ihn darüber beruhigte, jedoch hinzufügte, eher wäre ein Schlagfluß zu besorgen, erwiderte der Fürst: „Mit dieser Todesart bin ich einverstanden." Damals dachte er an einen mehrwöchentlichen Urlaub, erholte sich aber im März und erledigte wieder die Geschäfte. Am Morgen seines Todestages (5. April 1852) ließ ihn eine Dame, der er zugesagt hatte, am Abend ihr Ballfest zu besuchen, nochmals fragen, ob es dabei bleibe, und er ließ ihr sagen: „Ganz bestimmt werde ich kommen, außer ich wäre tot." Beim Balle hoffte er eine von ihm verehrte schöne Frau zu treffen und wählte noch sorgsam einen Blumenstrauß für sie aus; es war eine Polin, die mit einem österreichischen Offizier verheiratet war [1]). Tagsüber empfing er fremde Gesandte und erschien dann im Ministerrat. Hier wurden wirtschaftliche Fragen besprochen, was ihn veranlaßte, zum Handelsminister zu sagen: er bedauere, früher nicht mehr gearbeitet zu haben. In seine Wohnung zurückgekehrt, kleidete er sich um, da aber wurde er von einem Nervenschlag niedergestreckt; eiligst wurde Bach herbeigeholt, der ihn zwar noch atmend traf, in dessen Gegenwart er jedoch bald verschied.

Auf dem Schlachtfelde wäre der Held gestorben, so klagte an seinem offenen Sarge Graf Vitzthum. Tief und aufrichtig

[1]) Über diese Dame, Oktavie v. Löwenthal, heißt es (in den „Hofdamenbriefen") in einem Schreiben der Baronin Scharnhorst vom 16. Januar 1852: „Sie empfängt alle Abende die Sozietät des Herrn Ministerpräsidenten, der dort seine Abende zubringt, obgleich man behauptet, daß sein Geschmack sich einer schönen Jüdin zuwende." Über Frau v. Löwenthal, deren Gatte später österreichischer Militärattaché in Paris und General wurde, vgl. auch L. Przibram, „Erinnerungen eines alten Österreichers", S. 205. (Sie ist mitunter mit Sophie v. Löwenthal, geborenen Kleyle, verwechselt worden, der Freundin Lenaus.)

ward sein Hinscheiden auch von Kaiser Franz Joseph betrauert. Lord Palmerston, mit dem er fast ununterbrochen auf der Mensur gestanden hatte, widmete dem gewaltigen Gegner im Parlament einen Nachruf voll ritterlicher Anerkennung, in erster Linie den Mut hervorhebend, mit dem Schwarzenberg in schwerster Zeit die Politik seines Vaterlandes gelenkt hatte.

Seine Grabschrift wurde von Grillparzer verfaßt, der die Bitte der Familie gern erfüllte, da er als Patriot und Zentralist in dem Fürsten den Neubegründer der Größe und Einheit Österreichs sah; die Inschrift lautet:

„Ein Mann der Einsicht und der Tat.
Der Tod, der ihn auf dem Schlachtfelde verschonte,
Erreichte ihn am Ratstisch.
Hier wie dort — ein Held
Für seinen Kaiser, für sein Vaterland.
Seine Feinde mußten ihn loben,
Alle Guten haben ihn beweint,
Österreich wird ihn nie vergessen."

Schwarzenberg hatte es zu würdigen gewußt, was Österreich dem Dichter schuldete. Er selbst überbrachte ihm den Dank der Armee in Italien für das Gedicht an Radetzky: „In deinem Lager ist Österreich"; und noch ein zweites Mal nahm er den Weg über die steile Stiege, die zu der vier Stockwerke hohen Wohnung Grillparzers führte, um dem Dichter einen ihm verliehenen Orden zu überbringen. Grillparzer war bisher nicht durch die Anerkennung des Staates verwöhnt worden; Schwarzenberg brach den Bann, aber nach ihm vergingen wieder lange Jahre, bis man sich des Dichters erinnerte.

Auch Heinrich Laube empfing von Schwarzenberg einen starken Eindruck. Er hatte vorher als Abgeordneter an der Frankfurter Nationalversammlung in die Politik hineingesehen und kam jetzt zum Ministerpräsidenten, als ihm die Leitung des Burgtheaters angeboten wurde, jedoch bloß mit den Vollmachten eines Dramaturgen und nicht, wie er wünschte, eines Direktors. Schwarzenberg hörte ihn ruhig an und frei von der falschen Scham des Bildungsphilisters fragte er ihn zunächst, was denn das eigentlich sei: ein Dramaturg. Laube setzte ihm die Sache

auseinander, worauf der Fürst mit Bezug auf das Schicksal des ersten deutschen Parlaments lachend ausrief: „Natürlich, wer kann denn ohne Machtvollkommenheit regieren! Ihr habt's ja versucht in Frankfurt und wißt jetzt, wie es euch bekommen ist!" Er sagte Laube seine Unterstützung zu und sprach sich dann frisch, voll Leben und Laune über Politik und besonders darüber aus, daß die Macht immer sogleich und scharf einsetzen müsse. Die „aristokratische Courage" des Fürsten gefiel Laube vortrefflich, dem das Befehlen gleichfalls im Blute lag. Auch andere Männer der Tat standen unter dem Reize der kraftfrohen, durchgreifenden Persönlichkeit des Ministerpräsidenten, so der dänische Admiral Dahlerup und Bernhard Meyer, der Führer der Sonderbundspartei im Schweizer Bürgerkrieg von 1847; beiden hat Schwarzenberg den Eintritt in österreichische Dienste eröffnet. Der Fürst fuhr Meyer bei der ersten Unterredung mit harten Worten an, weil er glaubte, seine Partei hätte sich im Kampfe feige benommen; aber als Meyer ihm kräftig standhielt, ließ er sich bei näherem Einblick in den Sachverhalt überzeugen und gewinnen [1]).

Die Gegner Schwarzenbergs waren aber zahlreicher als seine Freunde. Aus zwei einander entgegenstehenden Heerlagern schlug ihm eine Welle des Hasses entgegen, aus der liberalen öffentlichen Meinung wie aus der österreichischen Aristokratie, die sich von ihm zurückgesetzt fühlte. Überall, wo sich nach 1848 noch freieres Verfassungsleben regte, empfand man seine unterdrückende Hand, und neben dem Zaren Nikolaus galt er nicht mit Unrecht als Hauptträger des Despotismus. Hörte man aber die Fürsten Windisch-Grätz und Metternich über ihn sprechen, so klang der Tadel nur in der Form milder, wenn auch die Argumente aus einer anderen politischen Rüstkammer hergeholt waren. Der alte Staatskanzler schrieb nach dem Tode Schwarzenbergs über ihn an den König Leopold von Belgien herablassenden Tones: „In der Sache verändert das Ableben des Fürsten Schwarzenberg nichts, in der Wahl der Formen kann die Staats-

[1]) Laube, „Erinnerungen 1841—1881" und seine „Geschichte des Burgtheaters". — „Erlebnisse" des B. Ritter v. Meyer und die „Denkwürdigkeiten" des Admirals Dahlerup (deutsch von Marie Herzfeld).

gewalt eher gewinnen als verlieren[1])." Nur der Haß konnte eine solche Geringschätzung des mächtigen Mannes diktiert haben; sehr bald sollte sich herausstellen, daß Metternich sich irrte und daß Österreich unter den Nachfolgern Schwarzenbergs von der Höhe der errungenen Macht herabsank.

Wer nach den Stürmen der Revolution für Österreich ein Regiment der Versöhnung wünschte, der konnte sich nicht mit dem Verfahren Schwarzenbergs befreunden. Zu diesen Männern gehörte auch Wessenberg, der Vorgänger des Fürsten im Amte. Er verzieh es Schwarzenberg nicht, daß er es versäumte, die Brücke zwischen der monarchischen Gewalt und den Völkern zu schlagen und vor allem, daß es ihm ferne lag, den jungen Kaiser in solchem Sinne zu erziehen. Beim Eintreffen der Todesnachricht schrieb er Bemerkungen darüber nieder, welche Ähnlichkeit zwischen Schwarzenberg und dem Prinzen von Orleans, dem Vormund Ludwigs XV., bestand. Beide Männer hätten vom Leben zu viel genossen und wären ans Staatsruder gekommen, als ihre körperlichen Kräfte nicht mehr zu andauernder Arbeit ausreichten. Beide wurden von den Ärzten auf die Möglichkeit plötzlichen Zusammenbrechens aufmerksam gemacht, worauf der eine ähnlich wie der andere antwortete: „Ich wünsche mir nichts Besseres." So treffend der Vergleich Wessenbergs in einem Punkte ist, so darf doch nicht vergessen werden, wie andere und höhere Ziele sich Schwarzenberg setzte, als der begabte, aber liederliche Regent[2]).

Nicht bloß innerhalb der österreichischen Aristokratie, auch in seiner Familie stand Schwarzenberg darin vereinsamt, daß er in diesem Kreise keinen Vertrauten seiner Pläne, geschweige denn einen Mitarbeiter oder Nachfolger fand. Der Hochadel

---

[1]) „Metternichs Nachgelassene Papiere" 8, S. 123. In der Sache ähnlich, doch in den Wendungen freundlicher äußerte sich der Staatskanzler am 13. April 1852 in einem Briefe an Prokesch-Osten. Fürstin Metternich schrieb in ihr Tagebuch: „Die Ungarn bejubeln den Tod Schwarzenbergs, während die Bureaukraten und Radikalen für ihre Zukunft zittern." Hiemit ist in erster Linie Bach gemeint, der in den Augen der Fürstin immer der Radikale des Jahres 1848 blieb.

[2]) Das Urteil Wessenbergs findet sich in dessen ungedrucktem Nachlasse.

machte ihm den Vorwurf, daß die agrarischen Reformen sein Eigentum antasteten und daß das bürgerliche Beamtentum die Herrschaft an sich riß, die durch Jahrhunderte von der Aristokratie geübt worden war. Man verzieh ihm nicht, daß er die Werkzeuge des Staatswillens bloß nach dem Gesichtspunkte auslas, ob sie auch den seinigen vollstreckten und sich um die Herkunft und die politische Vergangenheit dieser Männer nicht kümmerte. In alldem war der eigene Vetter des Ministerpräsidenten, Fürst Friedrich Schwarzenberg, der „Landsknecht", sein Antipode. Man kann sich allerdings keine größeren Gegensätze denken, als diese beiden Sprossen desselben Geschlechtes, da der Landsknecht völlig in den ritterlichen und katholischen Neigungen des alten Adels lebte. Der Ministerpräsident nannte seinen romantisch gesinnten Vetter einen Phantasten, der seine Haut immer, unter der Fahne der spanischen Karlisten wie im Schweizer Sonderbundskrieg, für eine verlorene Sache zu Markt getragen hätte; und der Landsknecht erwiderte ebenso offenherzig, Fürst Felix sei ein Mensch, der die ganze Welt nur über den Korporalstock anschaue. „So ist mein Herr Vetter," lautete sein Urteil, „ich verkenne durchaus nicht seine hohe Begabung, seine Tatkraft, seinen Beruf, gegenwärtig mit rettender Hand in unsere Wirren hineinzufahren; es fehlt ihm aber zur Größe eines wahren Staatsmannes die moralische Weltanschauung. Von seinen Organen verlangt er nur zweierlei, Gescheitheit und Gehorsam; was diese Leute denken und treiben, welchen moralischen Wert sie haben, ist ihm durchaus einerlei . . ."[1]).

Die Auffassung Felix Schwarzenbergs vom Staate schlug auch in seiner eigenen Familie nicht Wurzel. Sein Bruder, der Kardinal Friedrich Schwarzenberg, zuerst Erzbischof von Salzburg, dann von Prag, hing dem deutschen Zentralismus äußerlich so lange an, als in Österreich klerikal regiert wurde; später trat er wie viele Männer des Hochadels zum Föderalismus über und suchte für die katholische Kirche eine Stütze bei den Slawen. Der Bruder des Landsknechts, Fürst Karl, ging allerdings in den Bahnen des Ministerpräsidenten und wirkte als

---

[1]) So zu Bernhard Ritter v. Meyer in dessen „Erlebnissen" 2, S. 337.

Gouverneur Siebenbürgens im Sinne straffer Germanisierung. Er starb jedoch früh und schon sein Sohn Karl war einer der Führer des feudalen Adels, der seine Söhne in tschechischem Geiste erziehen ließ [1]. Die politischen Auffassungen des Ministerpräsidenten sind in seinem Geschlechte, wie es scheint, erloschen; das Standesinteresse blieb maßgebend und überwucherte die Erinnerung an den hervorragendsten Sprossen des Geschlechtes.

Felix Schwarzenberg fiel überhaupt mit seinem ganzen Wesen aus seiner Umgebung hinaus, ebenso aber auch aus der österreichischen Volksart, da in ihm alles Nerv und Wille war, Schlaffheit und Gewährenlassen seiner Natur fremd war. Etwas Dämonisches wäre in ihm gelegen gewesen, behauptete Graf Vitzthum. Die österreichische Politik erhielt durch ihn für kurze Zeit den Charakter des Waghalsigen, des Spielerischen; und sein früher Tod war deshalb verhängnisvoll, weil nur ein Mann von seinen großen Gaben den Kampf um den hohen Einsatz mit einiger Aussicht auf Erfolg bestehen konnte.

Die Gefahr lag darin, daß seine Politik gleichzeitig das Verhältnis zu Preußen verbitterte, Ober- und Mittelitalien durch österreichische Besatzungen im Zaume hielt und Ungarn ohne Unterschied der Nationalitäten in die Opposition trieb. Welcher Teil dieses Verfahrens auch verteidigt werden mag, unmöglich kann man behaupten, daß es richtig war, alle Ziele gleichzeitig zu verfolgen. Dazu reichten schon die finanziellen Kräfte Österreichs nicht aus.

Am bedenklichsten war die Unerbittlichkeit, mit der, vornehmlich auf Antrieb Schwarzenbergs, gegen die Teilnehmer am ungarischen Revolutionskriege vorgegangen wurde. Die Hinrichtungen haben eine Saat des Hasses ausgestreut, die bis

---

[1] Von ihnen ist der ältere, Karl Schwarzenberg, indessen seines deutschen Stammes eingedenk geblieben, der jüngere, Friedrich, dagegen steht im tschechischen Lager und bekämpft nach Kräften deutsche Art und Sprache in Südböhmen, dem sogenannten Königreich Schwarzenberg. Wie es heißt, ließ die unverheiratete Schwester des Fürsten Felix Schwarzenberg, Fürstin Mathilde, die seinen Haushalt führte, nach seinem Tode viele seiner Briefschaften verbrennen, von dem Wunsche bestimmt, manche Erinnerungen auszulöschen.

zum heutigen Tage fortwuchert. So oft später der Versuch gemacht worden ist, in Ungarn das Gefühl der Gemeinsamkeit mit Österreich zu beleben, immer wurden dagegen die Schatten der Märtyrer von Arad wachgerufen. Die Reichspolitik und das Haus Habsburg werden an den Folgen der ungarischen Politik Schwarzenbergs noch lange zu tragen haben. Um das Geschehene vergessen zu machen, wurde während der späteren Regierungszeit Kaiser Franz Josephs vieles zugestanden und noch mehr geduldet, was dem dynastischen Selbstgefühle sonst unerträglich gewesen wäre.

Solange Schwarzenberg selbst lebte, wurde für die Verwirklichung der großen Pläne eine imponierende Kraft des Willens und des Verstandes eingesetzt. In den äußeren Angelegenheiten war sein leitender Gedanke, mit Rußland im Bunde zu bleiben und den nach der Krone strebenden Prinzen Napoleon Bonaparte an den Wiener Hof heranzuziehen, um für Österreichs deutsche und italienische Politik Rückenfreiheit zu gewinnen. Dadurch brachte er es am Schlusse seines Lebens dahin, daß Österreich mit Rußland in engem Bunde, mit Frankreich in nahem Einvernehmen stand. Da er außerdem Friedrich Wilhelm IV. durch die Gemeinsamkeit der Reaktionspolitik zu ködern wußte, so schien die habsburgische Herrschaft in Deutschland und Italien fest begründet. In der Abwägung und Benützung der politisch-diplomatischen Kräfte war er Meister, und darin wurde er auch von Bismarck und Cavour nicht übertroffen. Daß er Palmerston durch seine glücklichen Schachzüge überwand und England isolierte, war ihm persönlich dabei der liebste Erfolg.

Der tiefste Mangel seiner Natur bestand darin, daß er die lebendigen Volkskräfte mißachtete und all das mißverstand, was aus der Tiefe herausquoll. So reicht er an die Vielseitigkeit Bismarcks nicht heran. Das lag bei Schwarzenberg nicht so sehr am Mangel an Kenntnissen; denn allgemeine Bildung ist für den Staatsmann zwar förderſam, aber nicht geradezu unentbehrlich; er muß jedoch die großen Aufgaben seines Lebens in der Zeit seiner Vorbereitung ernstlich durchdacht haben. Schwarzenberg jedoch ergriff die Zügel der Macht, ohne sich zuvor mit anderen als diplomatischen Dingen beschäftigt zu

haben. Doch besaß er wie alle zum Handeln befähigten Männer die Gabe zu lernen: er sah 1849 ein, wie wichtig es war, die konstitutionellen Formen als Rüstzeug zu gebrauchen. Freilich warf er sie sofort wieder als Plunder weg, sobald er ihrer nicht mehr zu benötigen glaubte. Wie er sich noch bei längerem Leben und nach neuen Erfahrungen verhalten hätte, läßt sich schwer beurteilen. Das Innere seiner Natur würde sich nicht geändert haben, und dazu gehörte auch, daß er zeitfremd blieb vom Anfang bis ans Ende. Dagegen ist es sicher, daß unter ihm die beiden großen Mißgriffe der nächsten Zeit vermieden worden wären: als Mann der Staatsallmacht würde er das Konkordat mit Rom nicht unter so ungünstigen Bedingungen abgeschlossen und ebensowenig die Torheit begangen haben, während des Krimkrieges zuerst den Zaren tödlich zu verletzen und dann auch den französischen Kaiser durch Versagung der militärischen Hilfe Österreichs zu erbittern. Seine Gegner, so Graf Bernstorff, haben darüber geklagt, daß das Mittel der Täuschung seiner Diplomatie nicht fremd war; aber wer sich von ihm hintergangen glaubte, war selbst schuld an diesem Mißverständnisse; denn scharf und klar waren die Grundlinien seiner Politik und seiner wie aus Erz gegossenen Gestalt.

IV. Buch

Die Erbschaft nach dem Fürsten Schwarzenberg. Reaktion (1852—1854)

I. Kübeck und Bach

Mit dem Hinscheiden Schwarzenbergs verliert die österreichische Politik die ihr in den Jahren vorher eigentümliche Größe und es folgt ein wenig erquickliches Ringen und Schleichen um Einfluß, wobei die einzelnen gewinnen mochten, der Staa jedoch verlor.

Schwarzenberg, der sich über seinen Zustand nicht täuschte, hatte rechtzeitig sein Haus bestellt und traf für den Fall eines notwendigen längeren Urlaubes Sorge für seine Stellvertretung im Ministerium des Äußern, womit auch die Nachfolge geregelt war. Seine Wahl war auf den Grafen Buol-Schauenstein gefallen, der noch am Abend nach seinem Tode aus London nach Wien beschieden wurde; hier angelangt, wurde er am 11. April mit der Führung der auswärtigen Geschäfte betraut.

Doch war auch das Amt des Ministerpräsidenten zu besetzen und es geht aus den nächsten Ereignissen hervor, daß Schwarzenberg dem Kaiser geraten hatte, dafür Bach ins Auge zu fassen. Der Monarch eilte unmittelbar nach dem Tode des Ministerpräsidenten an dessen Sterbebett und sprach hier tief erschüttert ein Gebet. Dann ließ er Kübeck zu sich bescheiden, der, eine Stunde später erscheinend, durch die Frage überrascht wurde, ob er glaube, Bach solle endgültig oder nur provisorisch mit dem Amte eines Ministerpräsidenten bekleidet werden. Der Präsident des Reichsrates hätte seinen Gefühlen Gewalt antun müssen, wäre er schweigend oder gar zustimmend auf die Absichten des Herrschers

eingegangen. Er widerriet mit solcher Schärfe, daß der Kaiser betreten die Bemerkung machte, er sehe, Bach sei allgemein verhaßt. Darauf bemerkte Kübeck: das sei vielleicht nicht die richtige Bezeichnung, es wäre noch mehr als dies. Denn gegen Haß fände der Minister Schutz beim Herrscher, unüberwindlicher jedoch, so deutete er an, wäre die gegen Bachs Charakter herrschende Geringschätzung. Da der Kaiser solchem Widerstande begegnete, stellte er an Kübeck weiter die Frage, ob er nicht selbst zur Übernahme des Ministerpräsidiums bereit wäre. Begreiflich genug, daß Kübeck jetzt dankend ablehnte mit der Begründung, es ginge nicht an, dieses Amt auch nur zeitweilig mit dem eines Reichsratspräsidenten zu vereinigen. Hierauf entwickelte er seinen Regierungsplan, der dahin ging, es solle überhaupt kein Ministerpräsident ernannt werden, sondern der Kaiser nach Anhörung der Minister in eigener Person alle Entscheidungen treffen.

In der nun folgenden Woche muß die Wagschale sich noch einmal zu Gunsten Bachs gesenkt haben, vielleicht infolge der Einwirkung der Mutter des Kaisers, die nach einer mißmutigen Eintragung Kübecks in sein Tagebuch zu Bach hielt. Wie gnädig ihm der Kaiser gesinnt war, ging aus den Trostesworten hervor, die er zu dem durch Schwarzenbergs Tod tief getroffenen Minister des Innern sprach. Als dieser bemerkte: „Ich habe meinen einzigen Freund verloren!“ erwiderte der Kaiser: „Sie vergessen mich!“ Damit stimmt die in Bachs Nachlasse befindliche Abschrift eines kaiserlichen Handschreibens, in welchem ihm als dem dienstältesten Minister am 9. April der Vorsitz bei den Ministerberatungen provisorisch übertragen wird [1]. Dieses Interregnum dauerte aber nur wenige Tage. Zu heftig

[1] Das in Bachs Nachlaß befindliche Schriftstück lautet:

„Abschrift eines a. h. Handschreibens an den Minister des Innern Dr. Bach: Lieber . . .! Nachdem es dem Ewigen gefallen hat, Meinen Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg in ein besseres Leben abzuberufen, finde Ich Ihnen, als dem ältesten im Amte, die Präsidialleitung der Ministerberatungen bis auf weiteres zu übertragen. Franz Joseph m./p. Wien, am 9. April 1852.“ An zuständiger Stelle erhalte ich die Auskunft, daß dieses Handschreiben, vom Kaiser unterfertigt, in den Staatsakten erliegt, jedoch mit dem Vermerk, es sei nicht zu publizieren.

war die Gegnerschaft all der militärischen und zivilen Würdenträger, denen der Kaiser sonst sein Ohr lieh. Es wird glaubhaft berichtet, ein vom Kaiser unterzeichnetes Handschreiben mit der Ernennung Bachs sei bereits dem Generaladjutanten Grafen Grunne zum Vollzuge übergeben gewesen [1]). Grunne aber, das Haupt der Militärpartei, war Bach abhold und wies den kaiserlichen Befehl zunächst Kübeck vor, worauf dieser im Verein mit dem Fürsten Metternich alle Hebel dagegen in Bewegung setzte. Die Männer des Vormärz stimmten untereinander in manchen Dingen nicht überein; doch waren sie darin einig, Bach den Aufstieg zum höchsten Staatsamte zu verlegen.

So fiel eine Woche nach dem Tode Schwarzenbergs die Entscheidung ganz im Sinne der Gegner Bachs. Wie bereits früher erzählt wurde (Bd. I, S. 467), verwarf Kübeck für Österreich das englische und französische System, welches, 1848 auch in Österreich eingeführt, den Schwerpunkt der Regierung in das Ministerium verlegt und dessen Präsidenten zum Träger der großen Geschäfte macht. Nach der Theorie des reinen Absolutismus muß die oberste Leitung des Staates vielmehr in den Händen des Monarchen liegen. So hatten es die Regenten des 18. Jahrhunderts gehalten, Maria Theresia und Joseph II. wie Friedrich der Große; und auch Kaiser Franz berief nur ganz ausnahmsweise eine Ministerkonferenz ein, er traf seine Verfügungen vielmehr aus seinem Kabinett heraus, nach Anhörung des einen oder des anderen Ministers oder auf Grund der von Männern seines Vertrauens abverlangten Gutachten. Nun empfahlen Kübeck wie Metternich nicht geradezu die Aufhebung des Ministerrats, sie widerrieten aber die Ernennung eines leitenden Ministers. Der Schaffensdrang des Kaisers wurde für diese Änderung gewonnen und am 12. April bei ihm ein Erlaß erwirkt, welcher der Ministerkonferenz (dieser Name entsprach der absolutistischen Schule besser als das modern klingende Wort Ministerrat) eine neue Satzung gab. Nach außen hin sollte es überhaupt kein Gesamtministerium mehr geben; alle an dasselbe einlangenden

---

[1]) So nach einer im Nachlasse Kübecks befindlichen Aufzeichnung. Doch läßt sich nach den vorliegenden Quellen nicht entscheiden, ob es sich um das oben erwähnte Handschreiben vom 9. April 1852 handelt.

Eingaben waren vielmehr an die Kabinettskanzlei des Kaisers zu richten und hier unmittelbar zu bescheiden. Der Kaiser, der ohnedies in der Regel der Ministerkonferenz vorsaß, hörte den Rat der Mitglieder und entschied dann selbst. Wohl ernannte er für den Fall seiner Abwesenheit einen Vorsitzenden, er wählte hierzu jedoch nicht Bach, sondern den Grafen Buol, der als solcher „Präsident der Ministerkonferenzen" hieß, ein Titel, der jedoch nach außen nicht zur Anwendung kam[1]).

Das war aber nicht alles; Bach erhielt gleichzeitig den Beweis der völligen Umstimmung des Kaisers: es entging ihm nicht bloß die gehoffte Erhöhung, er erfuhr auch eine empfindliche Minderung seiner Amtsbefugnisse. Das geschah durch den kaiserlichen Erlaß vom 11. April 1852, durch welchen die oberste Leitung der Polizei aus dem Ministerium des Innern ausgeschieden und einer besonderen Stelle übertragen wurde, welche den Namen „Oberste Polizeibehörde" erhielt[2]). Wohl sprach der Kaiser Bach in gnädigen Ausdrücken die Anerkennung für die geleisteten Dienste aus, wies ihn jedoch an, die zur neuen Organisation erforderlichen Maßregeln sofort ins Werk zu setzen. Diese seine Niederlage erhielt noch dadurch eine Verschärfung, daß an die Spitze des neuen Polizeiministeriums Feldmarschalleutnant Johann v. Kempen gestellt wurde. Kempen nun war nächst dem General Grunne der einflußreichste Mann des Säbelregiments und lag mit Bach schon deshalb stets in Fehde, weil der Minister des Innern immer bemüht war, eine geordnete bürgerliche Verwaltung an die Stelle militärischer Willkür zu setzen. Wir wissen bereits (Bd. I, S. 325), daß Kempen seit 1850 als Generalinspektor der neugegründeten Gendarmerie zwar unter dem Minister des Innern stand, sich aber der Botmäßigkeit Bachs zu entziehen wußte; das Verhältnis wurde nicht besser, als der General im Mai 1851 in Nachfolge Weldens Militärgouverneur von Wien wurde. Jetzt war Kempen als Chef der Obersten

[1]) Im § 10 des Erlasses vom 12. April 1852 hieß es: „Die Ministerkonferenzen finden zum Behufe gemeinschaftlicher Beratung unter der ordnenden Leitung des von Seiner Majestät bestimmten Präsidenten statt."

[2]) Das Handschreiben des Kaisers vom 11. April 1852 ist im Anhange unter Nr. 40 abgedruckt.

Polizeibehörde Bach förmlich auf den Nacken gesetzt und es wird sich zeigen, daß er es sich herausnahm, das Ministerium des Innern zu überwachen. Er führte zwar nicht den Titel eines Ministers, war es aber dem Range nach und wurde deshalb auch den Ministerkonferenzen zugezogen. Es war Kübeck gewesen, der die Trennung der Polizei von dem Ministerium des Innern erwirkte, nachdem er schon früher dem Kaiser diese Maßregel dringend empfohlen hatte. In den „Ehrfurchtsvollen Bemerkungen", die er dem Kaiser am 1. November 1851 überreichte, (Bd. I, S. 479), begründete er diesen seinen Vorschlag damit, daß die Polizei sich hüten werde, den ihr vorgesetzten Minister des Innern von den Fehlern und Irrtümern seines eigenen Systems in Kenntnis zu setzen [1]).

Also wurde das Erbe nach dem Tode des Fürsten Schwarzenberg aufgeteilt und ein Stück davon fiel auch an Metternich, da er vom Kaiser die Zusage erhielt, sein Rat werde fortan in allen wichtigen Angelegenheiten gehört werden. Mit Befriedigung meldete er dies am 13. April an Prokesch mit der für Schwarzenberg nicht eben freundlichen Bemerkung, dessen Tod bilde einen Abschnitt, um Mittel zur Verbesserung des zu Verbessernden zu finden [2]).

Nach Ordnung dieser Angelegenheiten fand am 14. April 1852 eine Ministerkonferenz statt, die vom Kaiser mit einer ausführlichen Rede eröffnet wurde. Die leitenden Prinzipien der inneren und äußeren Verwaltung, so erklärte er, sollten dieselben bleiben

---

[1]) Kübeck sagt dort unter anderem: „Die bedenkliche Folge in der gewährten Macht liegt in der Leichtigkeit, unliebsame Aufdeckungen in dem eigenen administrativen Bereiche des beteiligten Ministers zu unterdrücken und die persönlichen Richtungen als Regierungsprinzipien mit dem zweifachen organischen Apparate der Verwaltung und der Polizei durchzusetzen. Diese meine Ansicht bezieht sich durchaus auf keine Persönlichkeit, sondern ist lediglich prinzipiell." Am 8. Mai 1852 schrieb Kübeck unter anderem in sein Tagebuch: „Kempen Polizeichef und daher Polizei und Presse nicht mehr unter Bachs Klauen. Doch dieser Vogel noch sehr flügge. . . . Erzherzogin Sophie hält Bach. Meyendorf, der russische Gesandte, sagt: allen Gentlemen ist mein Salon stets offen; aber es sind hier unter den Ministern, die keine Gentlemen sind, die empfang' ich gar nicht."

[2]) Metternichs „Nachgelassene Papiere" Bd. VIII, S. 123.

wie bisher; in allen diesen Dingen habe Fürst Schwarzenberg auf großartige Weise die kaiserlichen Befehle ausgeführt. Die Erlässe vom 30. August und 31. Dezember 1851, durch welche die unumschränkte Gewalt wieder hergestellt worden war, hätten auch weiterhin als Richtschnur zu dienen. „Seine Majestät," so besagt der Bericht über die Ministerkonferenz, „äußerten ferner, die Stelle eines Ministerpräsidenten nach der jetzt eingetretenen höchst bedauerlichen Erledigung derselben nicht mehr zu besetzen, sondern die oberste Leitung der Geschäfte unmittelbar in Allerhöchst Ihren Händen konzentrieren zu wollen" [1]). Es war eine förmliche Programmrede, mit der der 22jährige Monarch gewissermaßen Besitz von der Alleinherrschaft ergriff, nachdem er bisher nichts ohne den Rat des Ministerpräsidenten getan hatte.

Die Männer des Vormärz luden eine große Verantwortung auf sich, indem sie die während der Revolution entstandene Organisation zerstörten und an ihre Stelle die Entscheidung des Monarchen setzten. Denn nun stand der junge Herrscher mitten zwischen den sich befehdenden leitenden Männern und wurde bald von dem einen, bald von dem anderen überzeugt und bestimmt. Die Krise nach dem Tode Schwarzenbergs gab hiefür ein bezeichnendes Beispiel.

* * *

Nach all dem war der Minister des Innern stark zur Seite gedrückt und eine neue Demütigung war ihm beschieden, als der Zar einige Wochen später, am 8. Mai 1852, in Wien erschien. Nikolaus nahm nach seiner Art nicht Anstand, seine Ansicht auch über die inneren Verhältnisse der österreichischen Monarchie zu äußern, was sich schon dadurch kundtat, daß er Kübeck bei jedem Anlasse auszeichnete, während er Bach seine Geringschätzung zu erkennen gab. Mit Spannung fragte man sich, ob der Zar wie im Mai 1851 zu Olmütz (Bd. I, S. 471) auch diesmal es ablehnen werde, Bach zu empfangen. So weit nun ging er jetzt nicht, aber er behandelte ihn bei der Audienz schlimm genug,

---

[1]) Das Protokoll der Sitzung ist im Anhange unter Nr. 39 abgedruckt.

und Bach erzählte viele Jahre später selbst, daß, als er von den Schwierigkeiten des Regierens in Österreich sprach, ihm gröblich bedeutet wurde: natürlich, wenn sich ein Minister früher schlecht benommen hat, so fehlt es ihm später an Mut. Der Zar selbst teilte dem Metternichschen Ehepaare und damit aller Welt mit, er hätte zwar Bachs guten Willen gelten lassen, ihm jedoch gesagt, er kenne die Verhältnisse in den Provinzen offenbar zu wenig und er empfehle ihm deshalb deren Bereisung. Diese Belehrung stimmt damit, daß Nikolaus I. zwar ein absolutistisches Österreich wünschte, jedoch die stärksten Zweifel hegte, ob man das Ziel der Zentralisation werde erreichen können; er hielte dieses System, so sagte er noch im Mai 1852 zu General v. Gerlach, sogar in Rußland für untunlich, obgleich er mehr Mittel als Österreich dazu besäße. Dies hinderte jedoch nicht, daß die Sonne seiner Huld Kübeck lächelte, der doch gleichfalls scharfer Zentralist war; bei dem Hofdiner vom 10. Mai beachtete der Zar Bach nicht, während er den Reichsratspräsidenten ins Gespräch zog. Bei der Kübeck gewährten Audienz sagte er ihm: „Sie haben ein großes Stück Arbeit geleistet und haben noch ein schweres Stück vor sich.“ Er drückte ihm sein herzliches Beileid über den kurz zuvor erfolgten Tod seines Sohnes aus und besprach mit ihm eingehend politische Dinge, besonders die deutsche Frage. Der Zar verließ Wien bald und hielt sich darauf einige Stunden in Prag auf zum Besuche seines, wie er sich ausdrückte, im Ruhestande befindlichen Kameraden, des Kaisers Ferdinand. Beim Abschiede noch zeichnete er Kübeck aus, indem er den Brüdern des Kaisers und außerdem nur noch ihm den Andreasorden verlieh.

Das alles war der Einmischung in österreichische Verhältnisse doch etwas zu viel und der Zar erwies dem verhaßten Minister des Innern durch sein Verhalten eher einen Dienst. In der Hofburg war man über das gönnerhafte Auftreten des kaiserlichen Nachbars verstimmt, und so glaubte Kübeck einem Anschlage auf der Spur zu sein, um das Selbstgefühl des Kaisers gegen ihn wachzurufen. Am 10. Juni schrieb er in sein Tagebuch: „Ich liebe den Kaiser wie meinen Sohn und verehre ihn als Hort meines Vaterlandes; möge er die Intriguen durchschauen, die seine Jugend umstricken.“

Das ging aber zunächst vorüber und es blieb bei der Verteilung der Macht im Sinne Kübecks. Als Präsident des Reichsrates hatte er den Vortritt vor allen Ministern, und Bauernfeld verzeichnet in dieser Zeit in seinem Tagebuche: Kübeck sei offenbar jetzt primo uomo im Staate. Das Amt des Finanz- und des Handelsministers war in den schwachen Händen Baumgartners vereinigt, doch Kübecks Einfluß überwog so sehr, daß man ihn den Finanz-Vizekaiser nannte. Auch in den äußeren Angelegenheiten wurde er gehört; er wirkte im Gespräche mit dem Zaren und auch sonst für die Annäherung an Preußen.

Das Verhältnis des Kaisers zu dem alten Staatsmanne erhielt sein Gepräge noch dadurch, daß der Herrscher sich ihm aus einem besonderen Grunde verpflichtet fühlte: der Tod des Sohnes Kübecks war unter eigentümlich schmerzlichen Umständen erfolgt. Im März 1852 war Franz Joseph im Begriffe, mit fünf Kriegsfahrzeugen eine Fahrt von Venedig aus anzutreten, als ein furchtbarer Sturm losbrach, so daß der Kommandant des Geschwaders sich genötigt sah, die Verantwortung für die Einschiffung des Kaisers abzulehnen. Darauf berief dieser die fünf Kapitäne und stellte an sie die Frage, ob sie in See stechen würden, falls er nicht an Bord wäre. Als darauf die pflichtgemäße Antwort erfolgte, für sie wäre bloß der erteilte Befehl maßgebend, so erklärte der Kaiser: da die Schiffe ohne ihn ausgelaufen wären, so sehe er keinen Grund für sein Zurückbleiben. Der Sturm wütete so heftig, daß die Überfahrt nur unter den größten Schwierigkeiten gelang, wobei eines der Schiffe, die „Marianne“, von den übrigen Fahrzeugen getrennt wurde, ohne je wieder zum Vorschein zu kommen. Auf der „Marianne“ nun befand sich der junge Kübeck als Seeoffizier, und als jeder Zweifel an dem Untergange des Schiffes mit der ganzen Mannschaft schwand, erschien der Kaiser persönlich bei dem trauernden Vater mit der Selbstanklage, er habe, wenn auch unschuldigerweise, den Anlaß zu dem schweren Verluste gegeben. Das Zartgefühl des Kaisers linderte auch fernerhin den Schmerz Kübecks. Als er im Sommer 1852 von der Reise nach Ungarn zurückkehrte, versicherte er Kübeck beim Wiedersehen, er entferne sich seit Einsetzung des Reichsrates beruhigter von Wien; zugleich

entschuldigte er sich bei ihm, weil er während seiner Reise wenig gearbeitet hatte.

Einer der besten Kenner der österreichischen Verwaltung, Karl Hock, sprach später die Ansicht aus, es wäre für den Staat am besten gewesen, wenn Kübeck auch in der Form die Zügel ergriffen und neben der Präsidentschaft des Reichsrats die des Ministeriums übernommen hätte [1]. Wären doch dadurch Reibungen und Gegenwirkungen zwischen ihm und den Ministern vermieden worden. Bach ließ übrigens nach seiner Art zunächst alles über sich ergehen, war nie der Angreifer und benahm sich gegen Kübeck mit der achtungsvollen Unterwürfigkeit, die der um mehr als 40 Jahre ältere Mann von ihm erwarten durfte. Kübeck ließ sich jedoch dadurch weder gewinnen noch täuschen und blieb mißtrauisch, da Bach als Minister den Vorteil regelmäßigen Vortrags beim Kaiser hatte. Bach wieder machte nie Schwierigkeiten, all das geschmeidig auszuführen, was der Kaiser, wenn auch gegen seine Vorstellungen, mit Kübeck verabredete. Ein anderer hätte nach außen hin durchblicken lassen, es geschähe vieles und gerade das Unpopuläre gegen seinen Rat. Er aber wählte ein anderes Verfahren: er vollzog die ihm gewordenen Weisungen, als wäre er ihr Urheber. Sein größtes Talent war seine Wandlungsfähigkeit und darauf prägte Grillparzer auch das Epigramm:

> Wenn seine eigene Torheit erkennen
> Der Menschen höchste Weisheit zu nennen,
> Ist deine heutige Weisheit nicht klein:
> Du siehst deine Torheit von gestern ein.

Zu entwurzeln war Bach also schwer, wiewohl sich das ganze alte Österreich gegen ihn verband. Dennoch wäre seine Stellung trotz seiner Gewandtheit unhaltbar geworden, wenn die Mutter des Kaisers ihm nicht gewogen geblieben wäre. Außerdem aber wählte er sich die mächtigste aller Schützerinnen, die katholische Kirche, und das gab den Ausschlag. Es ist kein Zufall, daß die Anlehnung Bachs an die Geistlichkeit erst seit dem Tode

[1]) So Hock in dem anonymen Aufsatze „Österreich und seine Bestimmung", Deutsche Vierteljahrsschrift 1860, S. 186.

des Fürsten Schwarzenberg stärker in Erscheinung trat; früher bildete sie für den klugen Politiker nur eine für alle Fälle bereit gehaltene Reserve.

Bei dieser seiner letzten Wandlung stößt der Schilderer seines Wirkens auf ein schwer entwirrbares Gewebe von Berechnung und tieferer Anhänglichkeit an Christentum und Katholizismus. Seine Bekehrung war nicht Heuchelei, wie seine Gegner behauptet haben, denn es bedurfte für ihn nicht erst einer Umkehr zum Glauben seiner Jugend; Bauernfeld, der ihn genau kannte und sonst strenge beurteilte, führt doch zu seinen Gunsten an, er habe bei aller Verstandesschärfe von Jugend auf Neigung zum Mystizismus gehegt. Von den ländlichen Vorfahren her war in seiner Familie die Anhänglichkeit an die Kirche lebendig geblieben; es galt auch von ihr, was Anton Springer einmal im allgemeinen bemerkt: in Österreich herrsche zwar nicht überall katholischer Glaube, wohl aber katholische Sitte. Sein Vater war zum geistlichen Stande bestimmt gewesen, zog aber die juristische Laufbahn vor; einer von dessen Brüdern jedoch war Priester, und Alexander Bach war als Knabe wie als Student oft und lange Gast in dessen Pfarrhause zu Gars und später in der Dechantei in Krems. Diese nie erloschenen Jugendeindrücke sind in ihm kräftiger hervorgetreten, als er, der anscheinend mächtige Minister, immer einsamer zwischen seinen früheren, liberal denkenden Jugendgefährten und der höhnischen Feindseligkeit seiner neuen Umgebung stand, der er sich als Gehilfe anbot. Den Einschlag jedoch bildete sein Ehrgeiz, da er sich unter keinen Umständen von seinen Gegnern niederringen lassen wollte.

Wer vermöchte diese Fäden ganz zu entwirren? Der Historiker Helfert, selbst ein gläubiger Katholik, glaubte bei Bach doch nur einem politischen Katholizismus zu begegnen, dem die Kirche ein Mittel gewesen; einer der Lehrer Bachs dagegen, Kalchberg, den er an die Spitze der Verwaltung Schlesiens berief, und der immer ein Liberaler geblieben ist, war anderer Meinung und erhielt den Eindruck, Bach wäre von Religiosität erfüllt. „Ich war toleranter als die Wiener," berichtet er, „trennte als Ideolog die Person und ihre Gläubigkeit von dem Minister

und seiner Politik und verlangte aber um so strenger, daß der Minister nicht Theologie treibe und dadurch Gefahr laufe, Österreich zu einem Vasallenstaat der römischen Kurie zu machen" [1]. Die öffentliche Meinung urteilte anders. Während man in den innigen Glauben des Kultusministers Thun keinen Zweifel setzte, erschien der Minister des Innern als Abtrünniger, mit dem die Mitwelt strenge zu Gerichte ging. In der Mitte des 19. Jahrhunderts war das Bürgertum Wiens vorwiegend unkirchlich gesinnt, und das, was man Bachs Bekehrung nannte, gab der Spottlust seiner Landsleute reichen Stoff. Begreiflich genug, da man ihn erst von dieser Zeit an täglich in die Kirche am Hof gehen sah, wo er mit auffallender Devotion den Gottesdienst mitmachte. Von dem anstoßenden Kriegsministerium führt ein Gang auf den Chor der Kirche und oft geleiteten die daselbst tätigen Offiziere ihre Kameraden aus der Provinz dorthin, um ihnen den Minister des Innern zu zeigen, wie er auf den Knien liegend sich demütiger benahm als die anderen Andächtigen. Echte Gläubigkeit, so schien es, würde sich nicht so offensichtlich äußern, müßte keusch nach innen gekehrt es vermeiden, fremden Blicken zur Augenweide zu dienen.

Kein Wunder, daß man es Selbstsucht nannte, als Bach sich immer enger an die Geistlichkeit anschloß. In diesem Kreise, insbesondere bei Rauscher, seit 1853 Erzbischof von Wien, dem ehemaligen Lehrer des Kaisers, fand er seine Stütze; mit solcher Hilfe konnte er durch Jahre seinen unversöhnlichen Gegnern in der Aristokratie wie unter den Militärs die Spitze bieten, vermochte er Adel und Volk Ungarns in knirschendem Gehorsam zu halten. Im Vorgemach zum Arbeitszimmer des Ministers flüsterte ein Spötter dem eintretenden Kalchberg die Worte zu: „Vergessen Sie nicht, jeder Zoll ein Bischof!"

II. Innere Verwaltung

Doch sollte diese Saat erst später aufgehen. Zunächst schwebte der Geist Kübecks über den Gewässern, umsomehr da

[1] Kalchberg, „Mein Glaubensbekenntnis", S. 276.

das Grundgesetz vom 31. Dezember 1851, welches die Aufhebung der Verfassung verfügte, sein Werk war. Dessen Bestimmungen waren einschneidend genug, aber der Ausführung blieb noch vieles überlassen. Dies nun war die Arbeit der nächsten zwei Jahre. In jenem Gesetze hatte man noch nicht vollständig genug mit den liberalen Verfügungen der letzten Jahre aufgeräumt; waren doch seit der Revolution alle Zweige des Staatslebens von dem neuen Geiste durchsetzt. Die Arbeit der Revision wurde auf Vorschlag Kübecks einer Kommission übertragen, die festzustellen hatte, was von dem Reformwerke der Jahre 1849 und 1850 bestehen bleiben sollte und was nicht. Kübeck wurde Präsident, Mitglieder waren drei Minister und vier Reichsräte[1]).

Stellen wir zuerst fest, was nach der Absicht der Machthaber von dem durch Stadion begründeten System unberührt blieb. Selbstverständlich alle Maßregeln zur Verschmelzung Ungarns mit Österreich, und darin ging man jetzt noch weiter, indem schon durch das Gesetz vom 31. Dezember 1851 eine Verschärfung vorgeschrieben war: nach einer Zeit des Übergangs sollten die österreichischen Gesetzbücher über bürgerliches und Strafrecht auch in den Ländern jenseits der Leitha eingeführt werden. Kübeck war darin eifriger als die Mehrheit des Reichsrates, die sich dagegen aussprach; vom Kaiser zu Rate gezogen, führte er die Entscheidung in zentralistischem Sinne herbei. — Ebensowenig rüttelte man an der Grundentlastung, es wurde vielmehr mit der Befreiung des Bauers von Frohnden und Giebigkeiten nachdrücklich fortgefahren. Die freiheitsfeindlichen Gesetze der jüngsten Zeit riefen hie und da beim Landvolke Beunruhigung hervor, die aber durch wiederholte Erklärungen der

[1]) Der äußere Vorgang erhellt aus einem Handschreiben an Bach vom 8. April 1852, das vollständig von der Hand des Kaisers herrührt (das Original befindet sich im Nationalmuseum zu Budapest). Das Schriftstück lautet: „Lieber Minister Bach! Ich habe soeben mit Kübeck über die Zusammensetzung der bewußten Organisierungs-Commission gesprochen. Ich trete seiner Meinung bei, daß Sie, wie ich es auch vorgestern mit Ihnen besprochen hatte, einen motivierten, bevorwortenden Vortrag behufs Einsetzung dieser Commission erstatten möchten, so daß die Sitzungen gleich beginnen könnten. Den 8. April 1852. Franz Joseph.“ Beachtenswert ist der bescheidene Ton des kaiserlichen Schreibens.

Regierung beschwichtigt wurde. — Endlich ließ man die neue Organisation der Hochschulen, Gymnasien und Realschulen im großen und ganzen unverändert, was dem Unterrichtsminister Grafen Thun als Verdienst anzurechnen ist.

Dagegen griff die Organisationskommission scharf durch auf dem Gebiete der politischen Verwaltung und der Justiz. Die Grundmauern der Stadion-Bachschen Organisation waren zwar so fest gefügt, daß man sie stehen lassen mußte; manches jedoch wurde abgetragen, einiges hinzugefügt, immer mit der Absicht, sich den Zuständen vor 1848 zu nähern.

Am deutlichsten zeigte sich dies in den untersten Stufen der Verwaltung; denn hier hatte die Reform das größte geleistet. Dies war durch eine Reihe von Maßregeln geschehen, unter denen, wie wir wissen, am wichtigsten waren: Aufhebung der Gerichts- und Polizeihoheit der Grundherren über ihre „Untertanen"; Bildung selbständiger Dorfgemeinden, in welche die Gutsherrschaften einbezogen wurden; Trennung der Administration von der Justiz bis zur untersten Instanz hinab.

Nun wollte jedoch das Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 dem landsässigen Adel entgegenkommen und versprach die Ausscheidung des großen Grundbesitzes aus den Gemeinden, um ihm auf seinem Gebiete die alte Selbständigkeit zurückzugeben, die ihm nur noch in Galizien und in der Bukowina gelassen worden war. Es zeigte sich aber, daß es nicht anging, einen so großen Schritt in die Vergangenheit zurück zu machen; trotz jahrelangen Drängens der Aristokratie kam es nicht dazu. — Dagegen setzte die Organisationskommission an einem anderen Punkte ein: sie hob die Trennung der Verwaltung von der Justiz auf der ersten Stufe wieder auf und legte die beiden, diesen Aufgaben dienenden Ämter, die Bezirkshauptmannschaft und das Bezirksgericht, zusammen. An ihre Stelle trat in jedem Gerichtsbezirk eine Behörde, das Bezirksamt, um zu regieren und zugleich Recht zu sprechen. Zwei Gründe wurden für diese Anordnung angeführt. Zunächst: weder diesseits noch jenseits der Leitha, weder bei den Patrimonialgerichten noch in den Stuhlbezirken hätte vor 1848 jene Scheidung bestanden; da sie nun dem Landvolke überall fremd wäre, so begriffe man zumal in

den östlichen Gebieten der Monarchie nicht, was die Verschiedenheit der Behörden bedeutete. Dann ein zweites: die neuen politischen Bezirke waren räumlich ausgedehnt und umfaßten stets mehrere Gerichtsbezirke, so daß der Weg zum Bezirkshauptmann oft unbequem weit war; man erleichterte es den Parteien, wenn man in jeden Gerichtssprengel auch eine politische Behörde verlegte. Dem gegenüber sprachen aber gewichtige Gründe für die Organisation von 1849. Wenn dieselbe Behörde mit der politischen Verwaltung und mit der Rechtsprechung betraut war, so litt entweder die eine oder die andere. Man hätte auch bedenken sollen, daß, wenn sich für die an Kultur zurückgebliebenen Gebiete des Ostens einfachere und rückständigere Einrichtungen empfahlen, deshalb nicht auch in den deutschen Bundesländern die Reaktion einsetzen mußte. Indessen war über das Prinzip schon in dem Grundgesetze vom 31. Dezember entschieden und es handelte sich jetzt bloß um die Ausführung [1]).

Auch bezüglich der zweiten und der dritten Instanz, der Kreisbehörde und der Statthalterei, wurden charakteristische Änderungen eingeführt. Man ging ganz von dem Plane Stadions ab, den Kreisämtern größere Befugnisse zu übertragen, womit die Zerschlagung der großen Provinzen vorbereitet werden sollte [2]). Ferner wurde eingeschärft, daß der Name „Kronländer" in der amtlichen Sprache nie als allgemeine Bezeich-

[1]) Die Trennung der Justiz von der Verwaltung wurde in Österreich durch die Organisation von 1869 wieder hergestellt. Als nach der Eroberung Bosniens und der Herzegowina 1878 für diese Provinzen neue Einrichtungen getroffen wurden, legte man hier die Organisation von 1853 zugrunde und rief gemischte Bezirksämter ins Leben. — Über die Haltung Bachs in der oben behandelten Angelegenheit vgl. Kalchberg, „Mein Glaubensbekenntnis" S. 277. — Der Leiter des gemischten Bezirksamtes hieß in Österreich Bezirksvorsteher, in Ungarn Stuhlrichter, in Italien Distriktskommissär, in Dalmatien Prätor.

[2]) Der Kreis führte in Ungarn und in Kroatien den Namen Komitat, in Lombardo-Venetien hieß er Provinz. Die Amtsleiter hießen also je nach dem Kronlande Kreishauptmann, Komitatsvorstand (Obergespan), Provinzialdelegat. Die ganze Monarchie zerfiel vor 1859 in 111 Kreise (Komitate) und 1293 Bezirksämter (Stuhlbezirke). Die Kreise (Komitate) entsprachen ihrer Ausdehnung nach ungefähr den französischen Departements.

nung gebraucht werden solle; jedes Land solle seine historische Benennung Königreich, Herzogtum, Markgrafschaft usw. behalten. Dieselbe Richtung wurde in der Behandlung der Geschäfte bei den Statthaltereien eingehalten. Vor der Revolution wurde bei den Gubernien das meiste kollegial erledigt, während die Revolution und die Stadionsche Reform dem Statthalter (Gouverneur, Landespräsidenten) persönlich die Verfügung und die Verantwortlichkeit auflud. Die Revision von 1852 wählte einen Mittelweg: in den Angelegenheiten mit politischem Charakter entschied der Statthalter allein, sonst hatte er das Votum des Gremiums seiner Räte einzuholen. Der leitende Gedanke war, daß man die Energie des Regierens mit der größeren Rechtssicherheit vereinigen wollte, die durch die kollegiale Erledigung gewährleistet wird.

In der obersten Stufe der Verwaltung, den Ministerien, wurden die einschneidendsten Änderungen bereits besprochen: die Nichtbesetzung des Postens des Ministerpräsidenten und die Auflösung des Gesamtministeriums als Regierungseinheit. Ebenso bezeichnend war die 1853 verfügte Aufhebung des Kriegsministeriums, an dessen Stelle das Allerhöchste Oberkommando trat; auch dadurch wurde ausgesprochen, daß alle großen Geschäfte fortan durch den Monarchen selbst erledigt werden sollten. Außerdem ist noch die Schaffung der Obersten Polizeibehörde zu erwähnen; dann der Rücktritt des Ministers für Kroatien Baron Kulmer (22. Januar 1852), der auch keinen Nachfolger erhielt; ferner (Januar 1853) die Auflösung des Ackerbauministeriums aus Ersparungsrücksichten, womit Thienfeld in den Ruhestand trat[1]). Endlich ward am 27. März 1854 eine Oberste Rechnungskontrollbehörde (an Stelle des Rechnungsdirektoriums) mit erweiterten Befugnissen geschaffen, in der Absicht, dem bedenklichen Steigen der Ausgaben Einhalt zu tun.

---

[1]) Ferdinand Freiherr v. Thienfeld war Bergwerksbesitzer in Steiermark und leitete das Ministerium für Ackerbau und Bergwesen seit dem 22. November 1848. Während seiner Amtswirksamkeit wurden die Geologische Reichsanstalt wie die Bergakademien in Leoben und Přibram gegründet. Vgl. Haidinger, „Zur Erinnerung an F. Freiherrn v. Thienfeld" (Wien 1868, Staatsdruckerei).

Dieser Reformversuch war aber ein Schlag ins Wasser, da sich der Absolutismus bei den Staatsausgaben zumal für die Armee nicht an die Einwendungen von dieser Seite kehrte.

Dies war der Beamtenstaat, dessen sich das sog. Bachsche System in den Jahren von 1853 bis zu seinem Fall bediente[1]). Es war dem Ansehen der Regierung bisher abträglich gewesen, daß die Verwaltung seit 1849 nicht zur Ruhe gekommen war, indem die Organisationen sich jagten und viele nur provisorisch geltende Gesetze erlassen wurden. In der breiten Öffentlichkeit wußte man nicht recht, woher die häufigen Änderungen kamen; man schrieb sie der Lust Bachs am Vielregieren zu, während sie ihm durch mächtige Einflüsse aufgezwungen waren. Das hatte seit 1853 ein Ende. Man blieb bei der zuletzt gewonnenen Ordnung und gerade sie galt deshalb vornehmlich als die Bachsche Organisation, da der Minister alles tat, um den Eindruck zu erwecken, daß an den Ergebnissen nicht mehr gerüttelt werden solle. Mit undurchdringlicher Miene handhabte er auch die ihm unwillkommenen Verfügungen, als wären sie seinem eigenen Geiste entsprungen. Einheit und Bestimmtheit galten ihm als höchstes Ziel; an ihm lag es nicht, wenn die Verwaltung sich eine Blöße gab.

Seine Beamten hielt er in strenger Zucht und flößte ihnen das Bewußtsein ein, die eigentlichen Träger des Staates zu sein. Eine alles beherrschende Kaste bildet Vorzüge wie Gebrechen in charakteristischer Weise aus. Die Bureaukratie der Bachschen Zeit verwaltete straffer, als dies vorher und späterhin in Österreich der Fall war, doch oft in verletzenden Formen. Das letztere war jedoch mehr bei den unteren Organen der Fall, denen bei der Unfreiheit der Regierten der Kamm schwoll. Es herrschte eine übertriebene Bevormundung, so daß den Beamten sogar die Form ihres Bartes vorgeschrieben wurde. Der Vollbart war verpönt, weil er 1848 als Zeichen freier Ge-

---

[1]) Das Nähere siehe in Moritz v. Stubenrauch, „Handbuch der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde" (3. Aufl., Wien 1861) und in desselben Verfassers „Tabellarische Darstellung des Organismus der österreichischen Staatsverwaltung". Ein Überblick bei Czörnig, „Österreichs Neugestaltung", S. 39—46, S. 80 ff.

sinnung galt; Schnurr- und Backenbart waren gestattet, jedoch, wie es in der Verordnung hieß, „mit Ausschluß der Übertreibung". Diese kindischen Äußerlichkeiten hinderten jedoch nicht, daß im ganzen gute, mitunter überraschende Arbeit geleistet wurde. Darüber ist schon im ersten Bande dieses Werkes gehandelt worden und dort sind auch die Mitarbeiter Bachs charakterisiert (Bd. I, S. 327); in den letzten Jahren seiner Verwaltung war Joseph v. Lasser sein wichtigster Gehilfe, der ihm an Sicherheit in der Behandlung der Geschäfte fast gleichkam. Man weiß, daß die ungarischen Kritiker das Schlimmste von der Bachschen Verwaltung zu erzählen wissen; dem aber ist entgegenzuhalten, daß sich die ungarische Administration bis zum heutigen Tage nicht mit der seinigen messen kann. Was an Härte und an Überhebung gefehlt wurde, soll noch zur Sprache kommen; ein Werk jedoch wie die Grundentlastung lobt sich von selbst, und die Fürsorge auf manchem anderen Gebiete blieb hinter diesem Beispiele nicht zurück.

Der Fehler des Systems lag nicht an dessen geringen Leistungen, sondern in dem Prinzip, alles von oben herab zu ordnen, alles zu bevormunden; der Gesellschaft und ihren frei gewählten Organen wurde kein Spielraum gewährt. Wohl hatte Bach selbst die traurigen Folgen solcher Unterdrückung vorausgesagt, jetzt aber handhabte er mit aller Geschicklichkeit die Maßnahmen der Gewalt. Das zeigte sich besonders in der Behandlung der Gemeinden, der Korporationen und der Vereine, denen das Leben in jeder Weise erschwert wurde.

Es ist bereits erzählt worden (Band I, S. 323), wie lange Bach für die Autonomie der Gemeinden, wenn auch in einem geringeren als dem von Stadion gewünschten Ausmaße, gestritten hatte; er stieß darüber mit den Militärbehörden wie mit Kübeck und dem Reichsrat oft zusammen. Diesen Faktoren waren die freien Gemeindeordnungen der letzten Jahre ein Dorn im Auge; ein neues Gesetz sollte also Einschränkungen bringen. Damit aber ging es aus Gründen, die noch zu besprechen sind, nicht vorwärts und so kam es, daß die Zeit der im Gesetze vorgeschriebenen Drittelerneuerung der Gemeinderäte heranrückte. Von freien Volkswahlen aber wollte die Regierung nichts wissen

und sie griff deshalb zu einer gehässigen Maßregel. Am 23. Dezember 1852 erhielt der Wiener Gemeinderat und sohin auch sämtliche Ortsvorstände der Monarchie einen Erlaß, durch den Ergänzungswahlen untersagt wurden; der Minister des Innern gab zugleich die Bewilligung zum Verbleiben der bisherigen Verordneten auch für das nächste Jahr. Als ob der Minister das Recht zu einer Verletzung des Gesetzes gehabt hätte! Und so schob man die Gemeindewahlen Jahr für Jahr hinaus, bis man über die unangenehme Geschichte einen Strich machte: durch die Verfügung vom 23. Februar 1854, die den harmlosen Titel „betreffend die Fortdauer der gegenwärtigen Gemeindevertretungen" führte, wurden alle Gemeindewahlen in Österreich für so lange verboten, bis das neue Gemeindegesetz erlassen sein werde. Darauf amtierten die drei Jahre vorher gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte ohne gesetzliches Mandat einfach weiter. Es war ein anarchischer Zustand, ein Hohn auf die Rechtsgrundlage, der die Gemeindevertretungen ihren Bestand verdankten. Das Rechtsgefühl der Gewählten sträubte sich gegen die widergesetzliche Ausdehnung ihres Mandats; da die Regierung jedoch ankündigte, sie werde jede Mandatsniederlegung mit willkürlicher Ernennung neuer Mitglieder beantworten, und da sie diese Drohung in einzelnen Fällen auch ausführte, so blieben die Gewählten im Interesse ihrer Gemeinden fast ausnahmslos auf ihren Posten. Erst 1860, nach dem Falle des Bachschen Systems, wurden wieder Wahlen ausgeschrieben.

Ebenso schlimm ging es den Vereinen, denen durch das Gesetz vom 26. November 1852 alle nur möglichen Beschränkungen auferlegt wurden. Es war keine Rede von der Zubilligung eines auch nur bescheidenen Rechtes zur Bildung solcher Gemeinschaften; die Polizei konnte sie nach ihrem Ermessen gestatten oder verbieten. In bezug auf politische Vereine gab es jedoch keine Gnade, denn hier galt die Bestimmung: „Die Bildung von Vereinen, welche sich Zwecke vorsetzen, die in den Bereich der Gesetzgebung oder der öffentlichen Verwaltung fallen, ist untersagt." Diese Vorschrift war ungemein hart, dabei aber so dehnbar, daß sie auch viele wirtschaftlichen und sonstigen

Vereine in der Entstehung erstickte. Eine wichtige Ausnahme bestand allerdings für die katholischen Bruderschaften, und vielleicht nirgends zeigte sich der Sieg der Kirche so deutlich wie auf diesem Gebiete. Denn der Erlaß vom 27. Juni 1856 hob für sie alle Beschränkungen des Vereinsgesetzes auf, entband sie von der Genehmigung durch die politischen Behörden und übertrug dem Bischof das unumschränkte Recht, sie zu gestatten, worauf er „den Landeschef einfach zu verständigen" hatte; diesen religiösen Vereinen wurde auch das Recht der Verbindung untereinander und selbst mit dem Auslande gewährt. Das war das Gebiet, auf dem die sonst allmächtige Polizei sich Zurückhaltung auferlegen mußte.

III. Justizwesen

Der Justizminister dieser Epoche, Karl Krauß, der sein Amt von 1851—1857 bekleidete, war ein korrekter Jurist, der in der darauffolgenden liberalen Zeit als Präsident des Reichsgerichts wirkte und als solcher ein gutes Andenken zurückließ. Wenn er nun als Justizminister nach Kräften Gutes förderte, so ging er doch ängstlich jedem Konflikt mit den Machthabern aus dem Wege und erwies ihnen dadurch zahlreiche Dienste. Unter seinem Vorgänger Schmerling war Adolf Freiherr v. Pratobevera Chef der legislativen Sektion gewesen und hatte einen wichtigen Anteil an der liberalen Reform. Er nun wollte der Reaktion so wenig dienen wie Schmerling, schied mit diesem aus und wurde Rat am Obersten Gerichtshofe. An die Spitze der legislativen Sektion trat Thaddäus v. Lichtenfels, der für dieses Amt wie geschaffen war, innerlich so dachte wie sein Vorgänger, sich aber besser in die neuen Verhältnisse schickte. Er und Anton v. Hye haben an der Legislation der Zeit den größten Anteil. Bei der Ungunst der Verhältnisse arbeiteten sie unter einem Druck und ihre Vorschläge wurden im Reichsrat nicht selten zum Schlechteren abgeändert[1]). Der Staat zog jedoch aus ihrer Tätigkeit

---

[1]) An den legislatorischen Arbeiten, soweit an ihnen das Ministerium des Innern beteiligt war, nahm Johann Weißmann hervorragenden

vielfachen Nutzen; man rühmt der Legislation dieser Zeit praktischen Sinn und eine klare Sprache nach. Daher kommt es, daß eine Reihe damals erlassener Gesetze jetzt noch in Kraft steht und andere sich lange erhalten haben. Sie leiden aber an einem gemeinsamen Gebrechen: in rein politischem Belang sind sie engherzig, mißtrauisch, bürgerlicher Freiheit abhold.

Das absolutistische Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 verfügte mit lapidarer Kürze: „Die Schwurgerichte sind zu beseitigen." Schon im nächsten Monat traten Berufsrichter an die Stelle der Geschworenen und die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen wurde, mit Ausnahme weniger Fälle, aufgehoben. Damit war die freisinnige Strafprozeßordnung Schmerlings durchlöchert und nicht mehr anwendbar. An ihre Stelle trat die Strafprozeßordnung vom 29. Juli 1853, die einen Teil der gewonnenen Errungenschaften über den Haufen warf, indessen als Ergebnis der modernen Entwicklung das Anklageverfahren, sowie die Mündlichkeit und Öffentlichkeit der Schlußverhandlungen beibehielt. Der Schwerpunkt des Prozesses war jedoch in die Voruntersuchung verlegt.

Ebensowenig war das Strafgesetz vom 27. Mai 1852 ein Fortschritt. Es war von Hye entworfen, sein Gepräge erhielt es jedoch im Reichsrat [1]). Es beruhte auf dem Gesetz von 1803, das, ein Werk der Epoche der Aufklärung, die Prinzipien des modernen Strafrechts einführte und sich durch eine Welt vom theresianischen Gesetzbuch unterscheidet. Das Strafgesetz von 1852 nun ist eine Umarbeitung hievon unter Aufnahme der Strafmilderungen, die in der Zwischenzeit eingeführt worden waren. Es brachte in der Technik und Anordnung manches Gute, ist aber dafür härter in den Bestimmungen über Majestätsbeleidigung und andere politische Vergehen, wie auch bezüglich

---

Anteil. Bach verabschiedete sich bei seinem Rücktritte von ihm in einem Briefe vom 23. August 1859, in dem er ihm Dank sagte für seine Leistungen, die nur möglich gewesen wären durch Weißmanns „seltene, mit ebenso tiefer Einsicht als ausgebreiteter Gesetzeskenntnis verbundene legislatorische Begabung". Weißmann trat aber schon 1869 als Sektionschef in den Ruhestand und starb 1891.

[1]) Hugo Hoegel, „Geschichte des österreichischen Strafrechts", S. 95 ff.

der Rechtsfolgen von Verurteilungen. Ähnliches ist vom Militärstrafgesetz von 1855 zu sagen.

Es war ein böses Zeichen der Zeit, daß in diesen Tagen der Reaktion die Prügelstrafe wieder in Übung trat. Sie war allerdings nie förmlich aufgehoben worden, jedoch bei den bürgerlichen Behörden nach 1848 eine zeitlang außer Übung gekommen. Die Kriegsgerichte freilich brachten sie auch bei politischen Vergehen in Anwendung und selbst Frauen wurden dabei nicht verschont. In Ungarn war die Bank, auf die der Missetäter geschnallt wurde, immer ein selbstverständliches Inventarstück der Gerichte gewesen. In den neuen österreichischen Gesetzen wurde der Prügelstrafe wieder eine feste Stellung angewiesen. So im § 240 des Strafgesetzes wie im § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, welch letztere daher gemeiniglich das Prügelpatent genannt wurde. Es ist bezeichnend, daß hiebei zwischen den verschiedenen Kategorien der Gesellschaft ein Unterschied gemacht wurde; bloß die Angehörigen der arbeitenden und dienenden Klasse durften zu Stockstreichen verurteilt werden, wofür den anderen eine Geldstrafe auferlegt war. Für diesen Rückfall wurde eine abstoßende Begründung gegeben: da die Prügelstrafe in Ungarn seit alters her zu Recht bestünde, so wäre sie „ohne Verletzung höherer Rücksichten" auch in Österreich nicht zu missen. Seltsame Wahrung der Reichs- und Rechtseinheit: da in Ungarn geprügelt wurde, durften auch die Rücken der guten Österreicher nicht geschont werden [1]).

So düster auch diese Schatten sind, so ist doch anderseits von den nichtpolitischen Gesetzen der Zeit zu sagen, daß sie bis heute probehaltig, mindestens brauchbar geblieben sind. So das Forstgesetz vom 3. Dezember 1852, das Berggesetz vom 23. Mai 1854, das Jagdpatent, das Verfahren außer Streitsachen, durchwegs achtungswerte Leistungen. Jedenfalls fehlte bis heute die Kraft, sie durch etwas Besseres zu ersetzen; an

---

[1]) Es ist wohl überflüssig, zu bemerken, daß die körperliche Züchtigung in Österreich wie in Ungarn seitdem abgeschafft ist, in Österreich durch das Gesetz vom 15. November 1867.

Schaffensfreudigkeit war das Jahrzehnt nach 1848 der späteren Zeit überlegen [1]).

Ähnliches ist auch von der Rechtsprechung zu sagen, die im allgemeinen gut war, aber gewöhnlich dort versagte, wo die Politik sprach und die Machthaber die Verurteilung forderten. Ein häßliches Beispiel hiefür bietet der Prozeß der Abgeordneten zum Wiener Reichstag Goldmark, Füster und Violand, die auf falsche Zeugenaussagen hin beschuldigt waren, die Ermordung des Kriegsministers Latour am 6. Oktober 1848 mit verschuldet zu haben. Die Anklage gegen die zum Glück geflüchteten Abgeordneten war so haltlos, daß das Kriegsgericht und das Wiener Landesgericht es für gut fanden, nichts in der Sache zu tun und den Fall nicht zu erledigen. Die Regierung übte jedoch den stärksten Druck, so daß 1856 der ungerechte Schuldspruch gefällt wurde, wonach alle drei wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden, Goldmark auch wegen des Verbrechens des Mordes an Latour. Zwölf Jahre später gab die Revision des Prozesses der Wahrheit die Ehre [2]). Bei diesen politischen Verfolgungen taten die Richter oft das ihrige, um dem Angeklagten die Verteidigung zu erleichtern. Fischhof wurde 1849 verhaftet und nach siebenmonatlicher Haft freigesprochen — wenn auch mit dem Beisatz: wegen Mangels an Beweisen; stets aber behielt er den Untersuchungsrichter Seywald wegen seiner Redlichkeit und Unparteilichkeit in dankbarem Andenken [3]). Das war aber für die Richter nicht ungefährlich, wie das Schicksal Strobachs beweist, nachdem er in Prag den Vorsitz in einem Prozeß wegen Majestätsbeleidigung geführt hatte, der mit dem Freispruche des Angeklagten wegen dessen Trunkenheit endigte. Strobach, der 1848 Präsident des Wiener Reichstags gewesen war, wurde

---

[1]) Von Lichtenfels war auch ein österreichisches Handels- und Seerecht ausgearbeitet worden, das aber nicht in Kraft trat, da — zum Vorteil der Sache — das deutsche Handelsgesetzbuch für den ganzen Deutschen Bund vereinbart wurde. — Das Berggesetz von 1854 ist auch in Ungarn bis jetzt in Geltung geblieben.

[2]) Vgl. das Buch: „Der Prozeß Goldmark, von seinem Verteidiger Dr. Knepler aktenmäßig dargestellt". Über einen anderen häßlichen Tendenzprozeß vgl. Rogge I, S. 261.

[3]) R. Charmatz, „Adolf Fischhof" S. 119.

mit seinen Beisitzern des Amtes enthoben. Diese Rechtsbeugung wurde, was die persönliche Seite betrifft, ein Jahr später wieder gutgemacht, da Strobach die Stelle eines Advokaten verliehen und die anderen wieder in ihr Amt eingesetzt wurden. An dieser Schadloshaltung merkte man, daß in der Regierung eine doppelte Strömung bestand: bei begangenem Unrecht war das Gefühl der Scham nicht ganz erloschen.

IV. Polizeiherrschaft

Zwiespältig also war der Geist der Verwaltung und Justiz, vieles unerquicklich, ein frischer Zug des Schaffens jedoch oft bemerkbar. Anders stand es mit der Polizei, hier herrschte die Einheit und Klarheit der Brutalität. Der Chef der obersten Polizeibehörde, der zum Freiherrn erhobene Johann Kempen v. Fichtenstamm, war eine echte Polizeinatur, pünktlich und fleißig in der Erledigung der Geschäfte, frei von den Skrupeln höherer Bildung, unerbittlich gegen die, die er für Feinde des Staates und der öffentlichen Sicherheit hielt, strenge und selbst roh in den Formen, einem Wachthunde gleich, der über jeden Verdächtigen herfällt. Er machte sich, als er von der militärischen zur politischen Laufbahn übertrat, zuerst als Organisator der Gendarmerie bemerklich und stellte hier seinen Mann. Die 16, später 19 Regimenter Gendarmerie waren in seinen Händen zuverlässige Organe der öffentlichen Sicherheit, doch zugleich Werkzeuge politischer Unterdrückung. Unheimlich war infolgedessen das Anschwellen der Zahl der Amtshandlungen bei angeblichen Vergehen gegen den Staat gerade in der Zeit, wo sichtlich eine Beruhigung der Geister eintrat; sie stieg in den Jahren von 1852 auf 1854 von 1039 auf 2631 und 3693 [1]).

Auch in anderen Ländern gab es früher oder später argen Polizeidruck; was aber der Wirtschaft jener Zeit eigentümlich

---

[1]) Czörnig, „Österreichs Neugestaltung" S. 98—101. — Vgl. die „Denkwürdigkeiten des Generals v. Gerlach" S. 778. Er fand mit Hinblick auf eine Verhandlung zwischen Kempen und dem Berliner Polizeidirektor Hinkeldey, Österreich wäre ganz russisch geworden.

ist, das war, daß sich die Überwachung und Spionage auch auf die Männer der Regierung, auf die niederen und höheren Beamten erstreckte. Vor nichts hatte dieser schreckliche Kempen Respekt, nicht einmal vor der sonst aufs zarteste behandelten Geistlichkeit. Da die Regierung 1848 mit einigen ungarischen Bischöfen schlimme Erfahrungen gemacht hatte, so behielt die wachsame Polizei auch den Klerus scharf im Auge. Einmal, so besagt eine gut verbürgte Erzählung, machte der Erzbischof von Wien Kempen gegenüber eine tadelnde Bemerkung über den Lebenswandel der Gendarmerieoffiziere, von denen viele im Konkubinat lebten; darauf nun antwortete Kempen kühl, Rauscher täte besser, das Verhältnis seiner Pfarrer zu ihren Köchinnen zu überwachen; und es mag der Wahrheit entsprechen, daß die Polizei dem Kardinal einige Tage später eine lange Liste von Domherren und anderen Geistlichen mit genauer Angabe ihrer Freundinnen übermittelte. Überhaupt war Kempen das Gegenteil eines Klerikalen, vielmehr der eifersüchtige Wahrer der Hoheit des Staates und der Polizei auch der Kirche gegenüber. Als das Konkordat abgeschlossen wurde, hörte man ihn oft über die Nachgiebigkeit Rom gegenüber knurren; diese Schwäche war ihm schon deshalb unangenehm, weil sich die Geistlichkeit und die katholischen Vereine dadurch den Fängen der Polizei entzogen.

Die „Vertrauten" Kempens, die „Naderer", saßen auch in den Kanzleien der Ministerien, und Alexander Bach hatte die Ehre, von ihnen besonders sorgfältig überwacht zu werden. „Baron Kempen hatte als Polizeiminister," so schrieb später der Bach nahestehende Tuvora, „eine Art Herbarium angelegt, worin alle einigermaßen hervorragenden Persönlichkeiten nach Genus und Spezies klassifiziert und beschrieben waren. In diesem Werke bildete die Persönlichkeit und das Wirken des Ministers des Innern gerade kein weißes Blatt." Bach als ehemaliger Demokrat blieb ihm immer verdächtig, und Kempen hatte, wie wir wissen, Grund anzunehmen, daß man ihn bestellt hatte, den Barrikadenminister und sein Wirken im Auge zu behalten. Gleich bei der Loslösung der Polizei vom Ministerium des Innern ergab sich ein hartnäckiger Streit über die Abgrenzung der beiden Ämter.

Bach beantragte, die Polizeibehörde habe sich in den Gesetzgebungs- und Organisationsfragen jederzeit mit dem Ministerium des Innern ins Einvernehmen zu setzen; Kempen dagegen wollte nur einräumen, dies habe in der Regel zu geschehen. Der Minister des Innern bekämpfte den gegenteiligen Standpunkt in einer dem Kaiser übergebenen Denkschrift, die in der spitzigen Bemerkung gipfelte, daß „hiemit die Gelegenheit gegeben wäre, die Ausnahme zur Regel zu erheben". Die Ministerkonferenz stellte sich auf die Seite Bachs, besonders weil, wie es in ihrem Votum heißt, „der obersten Polizeibehörde ein legislativer Charakter überhaupt nicht zukomme". Dies ist einleuchtend, aber Kempen rechnete darauf, daß der Kaiser das Gleichgewicht zwischen ihm und dem Minister des Innern herzustellen liebte, ihm also nicht ganz unrecht geben werde. So war es auch und die Ministerkonferenz drang in der Tat mit ihrem Votum nicht durch. Darauf schlug Bach einen Ausweg vor: man könne ebenso den Ausdruck „jederzeit" wie „in der Regel" weglassen — und in diesem Sinne entschied auch der Kaiser. Die Kompetenzstreitigkeiten unter den beiden Behörden nahmen darauf kein Ende, und zwischen ihren Chefs wie deren Organen bestand immer ein schlechtes Verhältnis. Das war so allgemein bekannt, daß es in Wien tagelang den Gesprächsstoff bildete, als man Bach und Kempen überraschenderweise einmal zusammen über den Graben spazieren sah.

Würde Kempen bloß seinem geschätzten Kollegen das Leben sauer gemacht haben, so mochte dies als eine persönliche Angelegenheit der beiden Minister gelten. Er hatte aber schon als Gendarmerieinspektor Bach die Verwaltung dadurch erschwert, daß er über Statthalter, Obergespäne und andere Beamte bösartige Berichte einreichte und darauf bestand, sie strenge zur Verantwortung zu ziehen. Im Ministerium des Innern befindet sich ein ganzes Aktenbündel solcher Anklagen, die genau untersucht werden mußten und sich dann als grundlose Denunziationen herausstellten [1]. Das Amtsdeutsch der von Kempen unterzeichneten Anzeigen ist oft greulich. Eine von ihnen richtet

[1]) Das Aktenbündel trägt die Nummer 4029 aus dem Jahre 1852.

sich gegen Ministerialrat Etmayer, den Stellvertreter des Landespräsidenten von Krakau, also einen der höchsten Beamten Galiziens, einen Mann, der wegen seiner Umsicht und seines Wohlwollens allgemeine Achtung genoß. Seine Milde war jedoch Kempen ein Dorn im Auge, und deshalb meldete er: „Präsident Etmayer ist ein sonst durchaus ehrenwerter Mensch, aber es fehlt all und jede Energie und jede Selbständigkeit, sein Bestreben geht allein dahin, allen recht und genehm zu tun, und er beobachtet das Politische, in höherem Sinn genommen, mit einem Indifferentismus, welchen er, wie es nicht unbegründet erscheint, konsequent durchzuführen weiß. Seine Gattin ist eine Polin.“ Die Bösartigkeit dieses kuriosen Aktenstückes bedarf keines Kommentars.

Besonders schädlich waren diese Angebereien in Ungarn. Die Anzahl der Magyaren, die sich in höheren Verwaltungsposten verwenden ließen, war nicht groß, und die Regierung tat sich etwas auf diese Eroberungen zugute; aber eben gegen diese Männer richtete sich der Argwohn Kempens. Er setzte es auch wirklich durch, daß Graf Anton Forgach, der Leiter der Statthaltereiabteilung Kaschau, der spätere Hofkanzler, wegen einer an sich harmlosen Ansprache einen Verweis erhielt. Eine andere seiner Denunziationen richtete sich gegen Kapy, der zuerst als Kommissär in Erlau, dann als Obergespan des Pest-Piliser Komitats tätig war. Daraufhin wurde der Statthalter Ungarns, Geringer, nach Erlau geschickt, um die Sachlage zu untersuchen, und erstattete am 9. Oktober 1851 an Bach einen Bericht, in dem er die Denunziation bestimmt abwies. Geringer stellt darin Kapy das Zeugnis aus, er habe sich in seinen beiden Stellungen bewährt; die Verwaltung des Pester Komitats sei von ihm überhaupt erst in Ordnung gebracht worden. Was der Statthalter weiter über seine in Erlau gewonnenen Eindrücke dem Minister des Innern meldet, gereicht ihm selbst zur Ehre. Die Stadt habe, so heißt es darin, nach der Revolution einen erfreulichen Aufschwung genommen; „sie leidet dermalen nur,“ so fährt er fort, „an einem hier zu Lande nur zu oft vorkommenden Übel, nämlich an der Anwesenheit von ein paar Denunzianten von zwar korrekter politischer Gesinnung —

obwohl sie auch diese immer mehr durch Worte als durch Taten betätigt haben — aber von einem so bemakelten Privatcharakter, daß es unmöglich gewesen ist, die gute politische Gesinnung durch die Verleihung eines öffentlichen Amtes zu belohnen". Wie man sieht, gab es auch in rein magyarischen Städten wie Erlau gefährliche Stellenjäger. Übrigens blieb keine Nationalität von den Angebereien Kempens verschont; gegen den kroatischen Obergespan Jankovitsch erstattete er eine Anzeige, weil er eine Amtstafel nicht schwarz-gelb, sondern in den Landesfarben hatte anstreichen lassen. Diese Tatsache allein würde genügen, zu erkennen, wes Geistes Kind Kempen gewesen ist.

Die Reichshauptstadt stand unter besonders strenger Aufsicht. Noë v. Nordberg, der unter Stadion in Wien als Polizeidirektor wirkte, war zu unbefangen, um sich während der Reaktion auf seinem Posten behaupten zu können; manches ist darüber in Hebbels Tagebüchern berichtet. An seine Stelle trat Weiß v. Starkenfels, ein Fanatiker der Ordnung mit klerikalem Einschlag. In seinem frommen Eifer bekämpfte er die wilden Ehen fast so energisch wie die Prostitution und ließ die Paare, mochten sie auch durch jahrelanges Zusammenleben verbunden sein, durch seine Organe trennen; viele schnurrige Geschichten waren darüber im Umlauf. Die Regierung hatte auch ein scharfes Auge auf das Börsenspiel, soweit es sich um die Schwankungen des Wertes des Papiergeldes und der Staatsanleihen handelte. Wer das Disagio der Banknoten in die Höhe trieb, war unpatriotisch und wurde polizeilich verfolgt. Besonders strenge Maßregeln wurden Ende November 1850 ergriffen, als die Kurse unter der Befürchtung eines Krieges mit Preußen plötzlich sanken [1]. Mitunter erschien der Polizeidirektor persönlich an der Börse, um die Contremine einzuschüchtern, und von Zeit zu Zeit gab es einen Fischzug von Börsenleuten, die zur Warnung eingesperrt oder aus Wien verwiesen wurden. Diese und andere Scherze der Polizei wurden noch ungemütlicher, seitdem sie in Kempen einen eigenen obersten Chef erhielt. Als dieser einmal sogar mit der Schließung der Börse drohte, erwiderte ihm der

---

[1]) Kübeck tadelte diese Maßregeln. Tagebuch zum 29. November 1850.

Bankier Königswarter: „Sehr recht, Exzellenz wollen also das Barometer zerbrechen, damit schönes Wetter werde.“ Kempen und Weiß v. Starkenfels hatten zwar viele Berührungspunkte, aber der Chef war auch gegen diesen seinen Untergebenen so grob, daß Weiß es für unerträglich erklärte, unter Kempen zu dienen. Er vertauschte sein Amt mit dem eines Inspektors des Gefängniswesens; dies geschah übrigens unmittelbar nach dem Libenyischen Attentat auf den Kaiser und vielleicht, weil man ihm vorhielt, er hätte sich von dem Ereignisse nicht überraschen lassen dürfen. Sein Nachfolger Muth war ein Mann nach der Wahl Kempens. Die Namen Weiß und Muth gaben Nestroy im Carltheater Anlaß zu einem politischen Scherz in Form von Frage und Antwort: „Wann wird's in Wien wieder gut werden?“ Und darauf die Entgegnung: „Weiß der Teufel — sag's du, wenn du Muth hast.[1])

Die Presse zumal hatte es zu spüren, wie unbehaglich das Leben in der Luft war, in der Kempen mit seinen Vertrauten und Gendarmen jeden Atemzug überwachte. Das 1849 erlassene Preßgesetz wurde für zu milde befunden, und am 6. Juli 1851 erhielt die Regierung die Befugnis zur Unterdrückung der ihr mißliebigen Zeitungen. Am 27. Mai 1852 wurde eine neue Preßordnung erlassen. Danach konnte die Regierung die Gründung einer neuen Zeitschrift nach Belieben gestatten oder verbieten. Bei Preßvergehen war nicht bloß der Verfasser des bedenklichen Artikels, sondern ebenso der Verleger, der Drucker, ferner der Verschleißer und Verbreiter strafbar. Nach zweimaliger Verwarnung konnte eine Zeitschrift durch die Polizei für immer oder für eine gewisse Zeit verboten werden. Für politische Zeitungen mußte eine Kaution erlegt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes von 1852 waren strenge genug,

---

[1]) Über die Polizeiwirtschaft der Fünfziger Jahre berichtet das Buch des k. u. k. Obersten Moritz v. Angeli, „Wien nach 1848“ (Wien und Leipzig 1905). Manches ebenso Ergötzliche findet sich in den anonym erschienenen, nicht ganz zuverlässigen Memoiren des k. u. k. Obersten Freiherrn v. Wattmann, „53 Jahre aus einem bewegten Leben“, 1. Band (Wien 1903). Kalchberg, „Mein Glaubensbekenntnis“, S. 286—289, zeigt Kempen in etwas günstigerem Lichte.

Kempen jedoch hatte noch schärfere vorgeschlagen. Er beantragte, jeder Herausgeber oder Verleger habe „unter angemessener Strafe" eine Liste mit den Namen der Verfasser der anonym erscheinenden Artikel anzulegen; so konnten nötigenfalls auch die heimlichen Sünder gefaßt werden. Infolge der triftigen Einwendungen des Ministers des Innern ging die Regierung jedoch nicht auf diesen der Presse zugedachten Schlag ein, und es ist bemerkenswert, mit welchem Nachdruck sich Bach dagegen aussprach.

Er sagte darüber in einem dem Kaiser am 26. Mai 1852 erstatteten Vortrage: „Die von Feldmarschalleutnant von Kempen vorgeschlagene Maßregel halte ich für entbehrlich, bin aber auch überzeugt, daß sie, abgesehen davon, die Regierung in ein gehässiges Licht stellen und namentlich der auswärtigen Presse einen erwünschten Anlaß bieten würde, in feindseliger Weise gegen die österreichische Regierung aufzutreten und der öffentlichen Meinung in Deutschland eine auf die Erlassung einer allgemeinen Bundespreßgesetzgebung nachteilig zurückwirkende Richtung zu geben. Auch glaube ich, daß diese Maßregel ohne eine unendlich gesteigerte, gehässige Kontrolle nicht einmal mit Erfolg durchführbar sein und gewiß nachteilig auch auf die Presse selbst zurückwirken werde. Unterschleife und Fälschungen einerseits, Denunziationen niedriger Art anderseits würde diese Maßregel zur Folge haben, viele der Regierung aufrichtig ergebene Männer würden ihre geistigen Kräfte lieber ungenützt lassen, als sich der beantragten Vorschrift unterwerfen, und nur zu nahe stünde die Gefahr, daß sich besonders an der Tagespresse nur Männer beteiligten, denen die Verzeichnung ihrer Namen gleichgültig ist, weil sie ohnedies in ihrem Rufe nichts mehr zu verlieren haben."

In einem anderen wichtigen Punkte vermochte Bach jedoch nicht durchzudringen. Er wollte das Verbot einer Zeitung nicht der Polizeibehörde allein überlassen, sie sollte es nur im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern aussprechen dürfen. Der Kaiser entschied jedoch im Sinne Kempens, der somit alleiniger Herr über Leben und Tod einer Zeitschrift wurde; nur beim Verbot ausländischer Zeitungen war das Gutachten auch des Ministeriums des Äußern einzuholen. Endlich stand auch in Frage, wie es bei der Entziehung der Konzession eines Buchhändlers oder eines Buchdruckers zu halten wäre. Die Ministerkonferenz wollte dem Ministerium des Innern als der obersten Gewerbebehörde darüber eine maßgebende Stimme ein-

geräumt wissen. Hier nun entschied der Kaiser in vermittelndem Sinne: für die Entziehung sei die Übereinstimmung der Polizei und des Ministeriums des Innern notwendig; wenn sich aber diese Behörden nicht einigen könnten, dann solle die Sache ihm selbst unterbreitet werden [1]).

Es war also dafür gesorgt, daß die Zeitungen keine Seitensprünge machten. Durch das Gesetz vom 6. September 1850 war der Zeitungsstempel für inländische Zeitungen aufgehoben, dagegen eine Inseratensteuer eingeführt worden. Aber am 23. Oktober 1857 wurde daneben doch wieder die Stempelpflicht eingeführt [2]). Dazu kam, daß die 1848 aufgehobene Zensur, wenn auch nicht gesetzlich, so doch tatsächlich wieder eingeführt war. Jedes Zeitungsblatt mußte vor der Drucklegung im Bürstenabzug der Polizei vorgelegt werden, und ein Beamter bezeichnete mit dem Rotstift die anstößigen Stellen. Die Redaktion war nicht verpflichtet, deshalb den Druck zu unterlassen, aber wenn sie sich nicht fügte, so drohte Gefängnis und Geldstrafe, völlige Einstellung der Zeitung, Entziehung der Konzession für die Druckerei. So gab die Presse den aussichtslosen Kampf auf und unterwarf sich. Die Folge davon war, daß Preßprozesse nicht häufig waren; es herrschte die Ruhe der Hoffnungslosigkeit. Die Zeitungen waren von 1852 bis 1859 bezüglich der inneren Politik von einer erschreckenden Leere. Die Leser gewöhnten sich jedoch daran, jede, auch die leiseste Anspielung zu verstehen. Für solche Ausdrucksform eignet sich besonders das Feuilleton, und hier war der Zensor mitunter etwas nachsichtiger, zumal da der mit der Überwachung des Zeitungswesens betraute Beamte, Karl Lewinsky, literarische Neigungen besaß und Wert darauf legte, in diesen schweren Zeitläuften als Gönner der Schöngeister zu gelten. Als Freund der Schriftstellerin Paoli ließ er den Feuilletonisten gerne etwas Luft, so weit es eben die Rücksicht auf seine Karriere gestattete.

Die Verfolgungen wurden von der Regierung damit begründet, daß der Staat gegen einen neuen Ausbruch der Re-

---

[1]) Alle diese Verhandlungen nach Akten im Nachlasse Bachs und anderen amtlichen Quellen.

[2]) Friedrich Leiter, „Die Steuer der Presse“ S. 33, 71.

volution geschützt werden müßte. Umgekehrt jedoch erzeugte der Druck eine Erbitterung, die von den in London wirkenden Revolutionskomitees zu Anschlägen gegen Österreich benützt wurde. Die Sendboten Mazzinis und Kossuths durchstreiften die ungarischen und italienischen Provinzen, um eine Erhebung vorzubereiten. Diese Verschwörungen wirkten deshalb unheilvoll, weil sie den Fürsprechern des Polizei- und Säbelregiments die Handhabe für die Fortdauer des Belagerungszustandes und für andere Ausnahmemaßregeln boten.

Als 1851 österreichische Truppen in Hamburg erschienen, um die Entwaffnung und Unterwerfung Holsteins durchzuführen, nahm das Londoner Revolutionskomitee die Gelegenheit wahr, um bei einem mitgesendeten ungarischen Regiment zum Abfalle von den kaiserlichen Fahnen werben zu lassen; ein ehemaliger österreichischer Offizier, Piringer, der 1848 unter den Honveds gedient hatte, wurde dabei betroffen, und die bei ihm gefundenen Weisungen Kossuths gestatteten keinen Zweifel an seiner Schuld [1]. In Hamburg verhaftet, wurde er nach Wien gebracht und endete auf dem Galgen. Dasselbe Schicksal traf schon früher den Polen Julian Goslar, einen unermüdlichen polnischen Verschwörer, der, wie es heißt, zweimal begnadigt, in Galizien doch wieder furchtlos für den Abfall wirkte.

Unter diesen Verschwörungen ist durch ihre Opfer besonders merkwürdig die, welche von dem Österreicher May angezettelt wurde. May, aus einer Wiener Familie stammend, diente als Oberleutnant in der österreichischen Artillerie, als die Revolution ausbrach; Freiheitsliebe warf ihn in die Bewegung, er trat in die ungarische Armee ein, wo er zum Obersten vorrückte. Ähnlich seinem Waffengefährten Piringer ließ er sich nach Wien senden, wo er besonders unter den Studenten mit Erfolg für eine Erhebung warb. Der hervorragendste seiner Genossen war der aus Galizien stammende Cäsar v. Bezard, der an der Technik als Assistent Burgs wirkte, des Professors für Mechanik und Maschinen-

[1]) Über die näheren Umstände bei der Verhaftung Piringers berichtet Sedlak, gleichfalls ehemaliger Honved, in seinem freilich mit Vorsicht zu benützenden Buche „Enthüllungen aus der Zeit der ungarischen Revolution und Emigration" (Budapest 1897) S. 27.

kunde. Waffen und andere Hilfsmittel wurden gesammelt, doch führte ein Zufall zur Entdeckung; mit May und Bezard wurden mehrere Studenten verhaftet. Das Kriegsgericht fällte einen unerbittlichen Spruch: Bezard wurde zum Tode, seine Genossen zur Schanzarbeit bis zu 12 Jahren verurteilt. Für Bezard verwendeten sich angesehene Männer, schon mit Rücksicht für Professor Burg, der tief getroffen war, da sein junger Freund als Bräutigam seiner Tochter galt. Burg hatte keine Ahnung von dem gefährlichen Beginnen Bezards; als dieser verhaftet wurde, lenkte sich der Verdacht der Polizei auch auf Eduard Sueß, den späteren großen Geologen, damals Hörer des Mineralogen Haidinger an demselben Institut. Dieser Naturforscher verbürgte sich für die Unschuld Sueß', und Burg erklärte: Und ich bürge für Bezard. Es zeigte sich, daß Sueß keine Kenntnis von der Sache hatte, so daß er nach einigen Wochen Haft freigelassen wurde; Bezards Teilnahme war erwiesen. Er wäre vielleicht begnadigt worden, wenn nicht gerade um diese Zeit Libenyi sein Attentat auf das Leben des Kaisers unternommen hätte. So mußte Bezard am 31. März 1853 den Weg zum Galgen beschreiten; er tat es mit ergreifender Fassung, das Opfer einer Justiz, die mit grausamer Härte über die Motive der Tat hinwegsah. Die nächste Folge war, daß die Wiener Technik der Aufsicht des Unterrichtsministeriums entzogen und durch einige Jahre unter die Kriegsverwaltung gestellt wurde. — Schrecklich war das Ende Mays. Qualvoll war die Untersuchung, und die Pein wurde für ihn dadurch erhöht, daß er Anlaß des Verderbens seiner jungen Gefährten war; es scheint, daß er von der Furcht gequält wurde, ein unbedachtes Wort könnte ihm entschlüpfen und weitere Opfer hineinziehen. Genug, er entschloß sich zum freiwilligen Tode, den er, in enger Haft gehalten, mit seltenem Heroismus herbeiführte. Da ihm kein anderes Mittel zur Verfügung stand, wählte er das der Selbstverbrennung. Wie er dies zuwege brachte, darüber herrscht Ungewißheit. Eine Erzählung besagt jedoch Merkwürdiges. Gegenüber der Türe seiner Kerkerzelle befand sich eine Laterne, deren Scheibe zerbrochen war. Dies benützte er, um seine Anstalten zu treffen. Er entnahm seinem

Strohsack Halme, die er aneinander fügte; dann steckte er das so gewonnene Todeswerkzeug durch das Schlüsselloch der Türe, erreichte damit die Flamme, und es gelang ihm, seinen Strohsack in Brand zu stecken. Darin eingehüllt, mit seinem zu einem Knebel zusammengedrehten Taschentuch im Munde — wodurch seine Schmerzenslaute erstickt wurden — so fanden ihn seine Wächter in einem furchtbaren Zustande. Als er von seinem Lager gehoben und der Knebel gelöst wurde, entriß ihm der Schmerz schreckliche Schreie, von denen die anderen Gefangenen, auch Eduard Sueß, aufgeschreckt wurden. Zwei Tage später verschied May unter gräßlichen Qualen [1]).

Das Todesurteil wäre an Bezard wohl nicht vollzogen worden, wenn nicht zwei Ereignisse eingetreten wären, welche die Regierung zu den schärfsten Maßregeln bestimmten. Das eine war die von Mazzini angestiftete unselige Mailänder Revolte vom 6. Februar 1853; unmittelbar darauf wurde Österreich durch die Kunde von einem Attentat auf das Leben des Herrschers in Schrecken gesetzt. Am 18. Februar 1853 ging der Kaiser auf der Bastei zu Wien spazieren, als sich um halb ein Uhr mittags ein junger Mensch auf ihn stürzte und mit einem Messer von hinten einen Stich gegen seinen Hals führte. Glücklicherweise wurde der Stoß durch den Uniformkragen etwas abgeschwächt; der Adjutant des Kaisers, Graf O'Donell, warf sich, bevor der Anschlag wiederholt werden konnte, auf den Mörder und hielt ihn fest, worauf ein Vorübergehender, der Fleischermeister Ettenreich, dessen Festnahme unterstützte. Die Wunde des Kaisers war nicht ungefährlich, so daß er erst am 12. März das Krankenbett verlassen konnte und noch monatelang an den Folgen litt. Der Mörder war ein 22jähriger Schneidergeselle aus Stuhlweißenburg in Ungarn, Johann Libenyi, der während der Revolution durch einige Monate unter Kossuth gegen die kaiserlichen Truppen gedient hatte. Er er-

[1]) May ist die Unbill widerfahren, daß er mitunter mit dem ungarischen Obersten Mackh verwechselt wurde, einem Agenten Kossuths, von dem aber seine Landsleute behaupten, er habe auch der österreichischen Polizei Dienste geleistet (Rogge I, S. 546). Über die zweifelhafte Rolle Mackhs bei der Verteidigung Komorns siehe Sedlak, „Enthüllungen" S. 27.

klärte, keinen Mitschuldigen zu haben, eine Aussage, die von Kempen auf Grund der Untersuchung für glaubhaft befunden wurde[1]). Er büßte seine Tat am 26. Februar am Galgen; seiner Mutter, die durch seinen Tod des Ernährers beraubt war, setzte der Kaiser einen Jahrgehalt aus.

V. Aufhebung des Belagerungszustandes

Aus diesen traurigen Ereignissen geht hervor, daß die Anschläge zu einer Erhebung fast durchwegs von Sendboten aus dem Auslande herrührten. Im Innern des Reiches dagegen lebte sich die neue Ordnung der Dinge immer mehr ein, der Widerstand gegen das System erlahmte angesichts seiner langen Dauer und seiner Strenge. Die Regierung hätte daher am besten getan, wenn sie über die Taten der Revolution den Schleier gebreitet und durch einen umfassenden Gnadenakt die Versöhnung angebahnt hätte. Sie zog jedoch ein anderes Verfahren vor. Von der ersten Amnestie, einen Teil der ungarischen Offiziere betreffend (1850), war schon die Rede (Bd. I, S. 222). Erst im Jahre 1852, nach der Rückkehr des Kaisers von seiner ungarischen Reise, wurde der Grundsatz ausgesprochen, die gerichtliche Untersuchung über die Ereignisse der Revolution sei abzuschließen, so daß weitere Opfer nicht fallen konnten. Es waren also vier bange Jahre verstrichen, während welcher Tausende von Familien besorgen mußten, einer ihrer Angehörigen werde zur Rechenschaft gezogen werden. Damals erhielten auch 106 Gefangene die Freiheit, unter ihnen der Finanzminister Kossuths, Duschek, und Baron Nikolaus Vay, der spätere Hofkanzler. Eine Woche später erfolgte ein zweiter Akt der Amnestie; wenn es wahr ist, daß damit, wie ein offiziöses Blatt behauptete, 2000 Personen die Freiheit erhielten, so läßt sich daraus schließen, welch große Anzahl im Kerker schmachtete. Damals begann man endlich auch, den Emigranten die Rückkehr zu gestatten;

---

[1]) Wertheimer, „Graf Julius Andrassy" I, S. 63. Zwei Jahre später machte der ehemalige Hauptmann Szakmary den Anschlag, die Hofburg mit dem Kaiser in die Luft zu sprengen.

zu ihnen gehörte Graf Kasimir Batthyany, der Minister des Äußeren im revolutionären Kabinett, der aber vor der Rückkehr in die Heimat vom Tode ereilt wurde. Im Jahre 1853 durften die abgesetzten Bischöfe Lonovics und Rudnyansky ihren Zwangswohnsitz, Melk und Klosterneuburg, verlassen. Bei der Vermählung des Kaisers und bei der Geburt seines ersten Töchterleins erfolgten weitere Begnadigungen, bei letzterem Anlasse durfte 1855 der tschechische Publizist Karl Havliczek aus seinem Tiroler Exil wieder nach Böhmen zurückkehren, als todkranker, an einem Lungenleiden hinsiechender Mann. Um diese Zeit, also sechs Jahre nach der Revolution, waren nahezu alle Teilnehmer an der Erhebung, soweit sie nicht ins Ausland geflüchtet waren, begnadigt; doch waren noch Zwangswohnsitze angewiesen, so dem ungarischen Bischof Bemer, der erst 1860 nach Ungarn zurückkehren durfte. Bezüglich der Emigranten ging man von dem Grundsatze aus, daß, wer von ihnen ein Gnadengesuch einreichte und damit die Versicherung der Loyalität verband, damit die Gewähr ruhigen Verhaltens bot; in diesem Falle wurde Rückkehr gestattet. Dagegen blieb es bezüglich der politischen Vergehen, die erst in die Zeit *nach* der Revolution fielen, bei der alten Strenge, und die Prozesse nahmen überall ihren Fortgang.

Hiebei bestand in drei Vierteilen der Monarchie die Verschärfung, daß über alle politischen Vergehen durch Militärgerichte entschieden wurde. Denn der Belagerungszustand dauerte durch Jahre fort, auch nachdem die Ruhe vollständig wiederhergestellt war. Das war für das Ansehen der Monarchie im Auslande schädlich, weil der Eindruck erweckt wurde, Österreich könnte noch immer nicht mit normalen Mitteln regiert werden. Der harte Widerspruch der Militärpartei war schwer zu überwinden, bis am 1. September 1853 nach fünfjähriger Dauer der Belagerungszustand in Wien, Prag und den drei böhmischen Festungen Königgrätz, Josephstadt und Theresienstadt aufgehoben wurde. Damit trat wenigstens in den deutschen Bundesländern eine Besserung ein. Anläßlich der Vermählung des Kaisers schritt man auf diesem Wege fort: am 1. Mai 1854 wurde dieselbe Maßregel für Ungarn und den Banat, für Galizien

und für die italienischen Provinzen verfügt. Am längsten, bis zum 15. Dezember 1854, blieb der Belagerungszustand in Siebenbürgen bestehen. Übrigens ging man mit der Rückkehr zur bürgerlichen Rechtsprechung mißtrauisch vor und nahm mit der einen Hand wieder, was man mit der anderen gewährte. Dies geschah durch das am 15. Januar 1855 erlassene Militärstrafgesetz, das nach der politischen Seite einen Rückschritt gegen die frühere Legislation bedeutete. Milderung machte sich jedoch in den Fällen fühlbar, wenn die ordentlichen Gerichte Recht sprachen; auch die Geschichtschreiber der italienischen Erhebung erkennen an, daß deren Vorgehen von der Härte und den Mißbräuchen des Militärprozesses wohltuend abstach.

Die Rückkehr zur bürgerlichen Verwaltung und Rechtspflege wurde von Bach mit Ernst betrieben, und er konnte sein Ziel deshalb leichter erreichen, weil die Strafgesetze verschärft waren, so daß zur Wahrung der staatlichen Autorität Ausnahmsbestimmungen nicht notwendig befunden wurden. Damit aber begnügte er sich nicht, sondern arbeitete, wenn auch behutsam, an der Versöhnung der öffentlichen Meinung durch Gewährung bescheidener Volksrechte. Hatte er doch bei der Aufhebung der Verfassung darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung bei eintretenden großen Gefahren ganz vereinsamt sein werde, wenn sie auf die Mitwirkung gewählter Organe völlig verzichtete (Bd. I, S. 478). Wohl rechnete er damit, daß der Hof von einer Volksvertretung im eigentlichen Sinne des Wortes nichts wissen wollte. Nun war aber in dem absolutistischen Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 doch in Aussicht gestellt, es sollten Provinzial- und Kreisausschüsse, freilich bloß mit beratender Stimme, eingesetzt werden. Hier knüpfte Bach an und mahnte zur Erfüllung dieser Zusage. Anlaß hiezu bot die schwierige Lage während des Krimkriegs, als Österreich ein großes Heer an der Ostgrenze aufstellte und ein Zwangsanlehen von 500 Millionen Gulden ausgeschrieben werden mußte. Jetzt setzte Bach es durch, daß jenes karge Versprechen eingelöst werden sollte: der Kaiser gab am 3. Juli 1854 wenigstens den Auftrag zur Ausarbeitung der in Aussicht gestellten Landesordnungen. Die Ausführung sollte nach Schluß des Krimkrieges freilich wieder

ins Stocken kommen; inzwischen aber wurde im Ministerium des Innern und in der von ihm abhängigen Presse mit Stolz verkündigt, die Regierung fühle sich so fest, daß sie sich vor der Stimme des Volkes nicht zu scheuen brauche. Trotz dieser großen Worte ließ sich der Absolutismus nicht einmal zu den kärglichsten Zugeständnissen herbei; der Minister des Innern scheiterte auch hier an dem Widerstande seiner Gegner.

* * *

Immer aber mußte Bach darauf gefaßt sein, daß seine Gegner behaupten würden, in ihm rühre sich wieder der alte Demokrat. Das drohte ihm vom Hochadel und vom Reichsrate her; in dieser Körperschaft fand er jedoch bei der Aufhebung des Belagerungszustandes Unterstützung. Wenn Kübeck ihm darin auch zustimmte, so dauerte der Kampf zwischen den beiden Männern sonst fort. Schon Ende 1852 nun bemerkte der Reichsratspräsident, daß der Kaiser ihm nicht voll vertraute, am 18. November schrieb er in sein Tagebuch: „Ruf zum Kaiser, den ich etwas trocken und leider in einer falschen Richtung fand. Die Aufgabe ist unermeßlich schwer, die Gott dem edeln Herrscher auferlegt; möge ihm die Tiefe der Herzen sich öffnen.“ Im Winter darauf machte Kübeck neue unangenehme Erfahrungen. Im März 1853 verzeichnete die Fürstin Metternich in ihrem Tagebuch: „Bachs Einfluß im Steigen, Kübecks im Fallen“; und im April schreibt sie: „Kübeck beklagt sich, daß der Reichsrat vollständig beiseite geschoben sei und von den Vorgängen nichts wisse.“ Bach hatte also wieder Oberhand.

Darauf machte der Präsident des Reichsrats einen Versuch zur Wiedergewinnung seines Einflusses. Dies geschah durch eine am 26. November 1853 dem Kaiser überreichte Denkschrift. Darin sucht Kübeck nachzuweisen, daß das absolutistische und zentralistische System nicht an den Mißständen Schuld trage, über die dem Kaiser aus den Provinzen berichtet worden war; er nimmt für das System vielmehr „die geschichtlich vollste Anerkennung“ in Anspruch, daß jetzt endlich die Verschmelzung der Länder der Monarchie erwirkt, und die „trennenden und fernerhin unhaltbaren ständischen und konstitu-

tionellen Verfassungen" beseitigt werden konnten. Die Wurzel des Übels liege anderswo. Abgesehen von einzelnen Vorschlägen zur Besserung kommt Kübeck auf seine Hauptbeschwerde zurück, daß der Einfluß der Ministerien überwuchere, ohne daß der Reichsrat zu ihrer Überwachung herangezogen werde. Er beschwert sich über die übermäßige Selbständigkeit und die Willkür der Minister, er findet, daß sie ihren umfangreichen Wirkungskreis nicht zu überblicken vermögen. Es bestünde keine Einrichtung, durch die der Kaiser auf Mißgriffe und Verzögerungen aufmerksam gemacht werde, so daß „die mächtige Einwirkung und Zurechtweisung" des Herrschers nicht recht möglich wäre. Dazu aber eigne sich der Reichsrat. Die Vorschläge Kübecks gipfeln darin, diese hohe Körperschaft solle fortan nicht bloß an der Gesetzgebung mitwirken, sondern auch die Exekutive überwachen. Er nahm also für sich die oberste Regierungsgewalt in Anspruch [1]).

Indessen drang Kübeck damit nicht durch: seitdem sein geschmeidiger Gegner der unumschränkten Gewalt willfährig diente, stieg er immer höher in der Gnade. Dazu kam, daß der Kaiser, selbst ein fleißiger Arbeiter, es zu schätzen wußte, wie sein Minister sich ins Geschirr legte, um die Administration zu verbessern. Auch wirkte Bach mit der Kirche nachdrücklich zusammen: Kardinal Rauscher setzte sich voll für die Zentralisation im Reiche ein, und dafür unterstützte ihn der Minister des Innern beim Abschlusse des Konkordats mit Rom. So wurde der Bund zwischen den beiden Männern besiegelt, während Kübeck für die Wahrung der Rechte des Staates auch der Kirche gegenüber seine Stimme erhob. Die Mutter des Kaisers aber war die Seele der neuen Ordnung der Dinge, und die Tochter Kübecks konnte im Juli 1854 in ihr Tagebuch schreiben: „Die Erzherzogin Sophie hält Bach sehr; die ganze kaiserliche Familie glaubt, daß er es ist, dem man den Thron dankt." Als Kübeck am 11. September 1855, 75 Jahre alt, mit dem Tode abging, war die Wandlung bereits vollzogen, und der Minister des Innern hatte nach manchen schlimmen Tagen diesen seinen Gegner überwunden, zuletzt über-

[1]) Die Denkschrift befindet sich im Nachlasse Kübecks.

lebt. Am 28. April 1854 wurde er in den Freiherrnstand erhoben und wählte zu seinem Wappenspruch die Worte: In cruce spes mea — Im Kreuze meine Hoffnung. Die Spötter fanden, darin läge ein Doppelsinn; man hörte aus diesen Worten nicht bloß die Zuversicht aufs Jenseits, sondern auch das Vertrauen auf die Kirche bei der Verteidigung weltlicher Größe heraus.

Überhaupt kam nach dem Tode Schwarzenbergs in der Rangordnung der Macht an erster Stelle Kardinal Rauscher als geistiges Oberhaupt der österreichischen Kirche; nichts ist damals an entscheidenden Maßregeln erfolgt, was nicht seinen Maximen, des Kirchenfürsten wie des feurigen Vertreters der Zentralisation im Reiche, entsprach. So groß war sein Einfluß auf den Kaiser und mehr noch auf dessen Mutter. Sobald er sprach, mußten auch die Militärs zurücktreten, wenn sie auch sonst das Ohr des Kaisers besaßen; nach ihm waren sie die ersten, die gehört wurden. Grünne als erster Generaladjutant und Kempen als oberster Chef der Polizei haben mitunter dem einstimmigen Widerspruche der Ministerkonferenz die Spitze geboten. Dann erst begann das Bereich Alexander Bachs, der unaufhörlich um Geltung und selbst um seine Stellung zu kämpfen hatte. Opfer um Opfer an Überzeugung mußte er zu diesem Zwecke bringen; dafür aber durfte er in der inneren Verwaltung des geeinigten Reiches als maßgebender Mann schalten. Wie wenig aber war seine Stellung mit der des Fürsten Schwarzenberg zu vergleichen! Ein allmächtiger Minister, als der er vielfach galt, ist Bach niemals gewesen, ein Verhältnis vollen Vertrauens zwischen ihm und dem Kaiser hat auf die Dauer nicht bestanden. In dem einheitlich verwalteten Reiche gab es keinen einheitlich durchgreifenden Willen. Über diesen Mangel täuschte das Verwaltungstalent Bachs hinweg, ohne ihn ersetzen zu können. Der zentralistische Absolutismus sollte bald durch Stöße von außen und von unten erschüttert werden; das wäre jedoch nicht so schnell gelungen, wenn das System nicht innerlich brüchig gewesen wäre.

V. Buch

Die Zeit des Krimkrieges

I. Buols Politik gegenüber Frankreich

Große Talente verleihen ihrem Lande Glanz und Geltung, auch wenn sie ihre Kraft erfolglos daran gesetzt haben, den Strom der Ereignisse zu hemmen. So auch Metternich und Schwarzenberg, deren Lebenswerk zwar nicht erhalten blieb, von denen aber jeder Österreich eine wertvolle Mitgift hinterließ: der alte Staatskanzler die Allianz mit Rußland und Preußen, sein Nachfolger die neubefestigte Machtstellung in Deutschland. Auf diesem Fundament hätte ein ebenbürtiger Staatsmann weiterbauen können, aber gleich nach ihnen begann der Abstieg.

Karl Ferdinand Graf v. Buol-Schauenstein, den Schwarzenberg zu seinem Stellvertreter und wohl auch zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, stammte aus einer Schweizer Familie, doch schon sein Vater hatte in der österreichischen Diplomatie einen hohen Rang erklommen. Buol selbst war 1797 geboren und bekleidete unter Metternich keinen leitenden Posten; er war Gesandter in Karlsruhe, dann in Stuttgart, seit 1844 in Turin. Anders unter Schwarzenberg: Buol hat erzählt, der Fürst habe ihn mit Rücksicht auf die ihm zugedachte wichtige Bestimmung die hohe Schule der Diplomatie zuerst in Petersburg (1848—1851), dann in London durchmachen lassen; der Minister zog ihn auch bei den wichtigen Konferenzen zu Dresden an seine Seite. In Petersburg führte er die bedeutungsvollen Unterhandlungen über die russische Hilfeleistung in Ungarn, stand aber beim Zaren nicht besonders in Gnade. Der preußische Gesandte Rochow teilte Vitzthum mit, Nikolaus

hätte Buols Fähigkeiten nicht hoch angeschlagen und ihn nicht gut behandelt; das mag bei ihm einen Stachel zurückgelassen haben. Vielleicht besaß Schwarzenberg keine Auswahl unter den österreichischen Diplomaten, von denen nach dem Brauche des Wiener Hofes für die Stelle des Ministers des Äußern nur Sprossen der hohen Aristokratie in Betracht kamen [1]). Graf Colloredo, der nach Wessenbergs Urteil am geeignetsten gewesen wäre, wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen, sei es, daß man ihm liberale Ansichten zuschrieb, oder weil er durch seine Ehe mit einer Gräfin Potocka in Hofkreisen Anstoß erregt hatte [2]).

Buol war elegant und besaß etwas sicheres, hochfahrendes, was Schwarzenberg für Kraft hielt und was ihm somit gefiel. Im allgemeinen war Buol zurückhaltend, selbst steif, dabei aber cholerischen Temperaments und, wenn gereizt, aufbrausend bis zum Jähzorn. Seine positiven Kenntnisse waren gering, insbesondere waren ihm, was schon in Dresden auffiel, die verwickelten Verhältnisse Deutschlands recht unklar.

Gleich das erste große Staatsgeschäft seiner Amtszeit ließ erkennen, daß von dem Griff und Zug der Politik Schwarzenbergs nichts auf ihn gekommen war. Prinz Napoleon war im Begriffe, die Präsidentschaft der französischen Republik mit der Kaiserwürde zu vertauschen, was nach dem Staatsstreiche vom 2. Dezember 1851 allgemein erwartet wurde. Wir wissen, daß Schwarzenberg ihn unter der Hand ermutigte, nach der Krone zu greifen; Louis Napoleon war der Mann des österreichischen

---

[1]) Rochow selbst urteilte über Buol günstig. So in seinem Berichte vom 19. Dezember 1850. Die bei Tiedemann, „Sechs Jahre Chef der Staatskanzlei unter dem Fürsten Bismarck" (S. 25) erzählte Anekdote hat keinen historischen Hintergrund.

[2]) Letzteres berichtet Landgraf Fürstenberg in einem Briefe nach dem Tode Schwarzenbergs (handschriftlich). Wahrscheinlich wurde ihm diese Ehe besonders in Petersburg verargt. Graf Franz Colloredo, 1799 geboren, war 1843—1847 Gesandter in Petersburg, dann bis zum April 1848 in Frankfurt, hierauf 1849 in London. Um dieser Ehe willen schied er 1849 aus dem diplomatischen Dienst, wurde aber unter Buol 1852—1856 Gesandter in London, 1856—1859 Botschafter in Rom. Während der Friedensunterhandlungen zu Zürich 1859 wurde er plötzlich vom Tode hinweggerafft.

Ministers, weil er der Republik den Garaus machte und weil Schwarzenberg die Absicht hegte, Frankreich durch ihn von England abzuziehen. Bismarck sprach später in seinen Briefen an Manteuffel und Gerlach öfters die Ansicht aus, Schwarzenberg habe einen Bund Österreichs, Rußlands und Frankreichs gegen Preußen und das liberale England geplant. Darüber läßt sich zwar nichts Bestimmtes sagen, gewiß aber hätte der große österreichische Minister einen Entscheidungskampf in Deutschland ebenso vorbereitet wie Bismarck: er würde sich der Unterstützung oder wenigstens der Neutralität Frankreichs versichert haben. Hübner, seit 1849 Gesandter in Paris, ging auf seine Gedanken ein und selbst über sie hinaus. Es war damals noch nicht sicher, ob Louis Napoleon seinen Jugendeindrücken gemäß die italienische Revolution unterstützen oder in seinem Kampfe gegen das republikanische Frankreich die Anlehnung an die alten Dynastien suchen werde. Hübner nun war überzeugt, der Prinz wünsche sich nichts Besseres als eine Verbindung mit den konservativen Mächten. Beherrscht von seinen reaktionären Vorurteilen, hielt der österreichische Gesandte ihn für das von der Vorsehung auserwählte Werkzeug, um die Quellen der Revolution in Frankreich, ihrem Ursprunge, zu verstopfen. Mit solchen Ideologien beschäftigte sich der Wirklichkeitssinn Schwarzenbergs nicht, er beurteilte Louis Napoleon eben nur als Figur im internationalen Getriebe.

Ganz anders der neue Minister des Äußern. Er sah in der Wiederherstellung des französischen Kaiserreichs einen Bruch mit der Legitimität, und Hübner erhielt zu seinem Mißvergnügen die Weisung, er solle den Prinzen Napoleon zu bewegen trachten, auf die Krone zu verzichten; mit innerem Widerstreben brachte der Gesandte somit, dies vertraute er seinem Tagebuche an, alle guten oder schlechten, jedenfalls aber machtlosen Argumente vor, die ihm zu diesem Zwecke von Wien eingeblasen wurden. Noch schwieriger wurde seine Lage, als ihm von der Umgebung des Präsidenten Andeutungen gemacht wurden, er gedenke um die Hand der Prinzessin Carola von Wasa anzuhalten, die mit ihrem Vater, dem Sohne des vertriebenen Königs Gustav IV. von Schweden, in Wien unter dem Schutze des Hofes lebte. Hübner mußte sich

taub stellen, und Napoleon empfing den Eindruck, daß Erzherzogin Sophie es war, die diesen Plan durchkreuzte, während sie kurz darauf die Stiftung der Ehe der jungen Fürstin mit dem sächsischen Kronprinzen Albert in die Hand nahm.

Inzwischen wurde es ernst mit den Kaiserplänen des Prinzen Napoleon, und man mußte in Wien und Berlin mit dieser Tatsache rechnen. Am preußischen Hofe waren die Ansichten geteilt: der Ministerpräsident Manteuffel hatte eine ähnliche Witterung wie Schwarzenberg; dagegen waren die Männer der Kreuzzeitungspartei auch in diesem Falle für ein verkehrtes, Preußen schädliches Verfahren, für die Wahrung der sogenannten Legitimität. Daraus ergaben sich widerspruchsvolle Weisungen für den preußischen Gesandten in Paris, Grafen Hatzfeldt, der unter ihnen ebenso seufzte wie Hübner.

Buol nämlich war in seinen Privatbriefen an Hübner noch immer Feuer und Flamme gegen den künftigen Kaiser, wenn er auch in seinen amtlichen, zum Vorzeigen bestimmten Depeschen bereits einlenkte. Er wollte sich ins Unvermeidliche fügen, setzte sich aber, darin mit dem Zaren übereinstimmend, in den Kopf, einige Nebendinge durchzusetzen. So sollte der Prinz abgehalten werden, sich Napoleon den Dritten zu nennen, weil die Mächte den Herzog von Reichstadt nie als den Zweiten anerkannt hatten; er sollte den Orden der Ehrenlegion nicht erneuern, damit der loyale Staatsbürger des Auslands nicht das Bild des ersten Napoleon zu tragen genötigt wäre, wenn er eine französische Auszeichnung annahm — und ähnliche Nichtigkeiten mehr. Hübner schüttelte über diese Aufträge den Kopf und gab sich alle Mühe, den Wiener Hof zu überzeugen, daß Ratschläge dieser Art das Verhältnis zum neuen Kaiserreich von vornherein trüben müßten; fast wäre er darob in Ungnade gefallen und abberufen worden.

Der Prinz-Präsident ging unbekümmert seinen Weg, und am 2. Dezember 1852 nahm er den Kaisertitel an, den ein Plebiszi, glanzvoll bestätigte. Hübner hatte in seinem Tagebuche Schwarzenberg einen begeisterten Nachruf gewidmet und sagte voraus, Pygmäen würden seine Nachfolger werden. Er sah seine Befürchtungen eingetroffen und notierte schon am Schlusse des

Jahres 1852: „Die von dem Fürsten Schwarzenberg in seiner Denkschrift vom 29. Dezember 1851“ (Band II, Seite 145) „vorgezeichneten, so großartigen und so praktischen Ideen wurden mit dem großen Staatsmanne begraben.“

Graf Buol war übrigens auf eine neue geistreiche Idee verfallen. Er schlug den Höfen von Petersburg und Berlin vor, das Kaiserreich zwar anzuerkennen, dem Napoleoniden jedoch die Ansprache „Mein Herr Bruder“ zu versagen und ihm nur die des Freundes zuzubilligen. Kaiser Nikolaus war einverstanden, in Berlin aber versagte man sich dem Scherze in der richtigen Erwägung, daß der Zar fern vom Schusse stand, während der erste Stoß des beleidigten französischen Kaisers die Rheinlande treffen mußte [1]). Da der König von Preußen bestimmt erklärte, er werde Napoleon jedenfalls Monsieur mon frère ansprechen, so trat Graf Buol nach längerem Schwanken diesem Verfahren bei — und der Zar, der fest blieb, war somit der einzige Souverän Europas, der Napoleon den Brudertitel verweigerte. Nikolaus war über das Zurückweichen seiner Bundesgenossen mit einigem Recht ungehalten und überhäufte die Gesandten Österreichs und Preußens bei einer Parade in Gegenwart seiner Generäle mit Vorwürfen, wobei er besonders dem Grafen Buol als Anreger des mißglückten Vorstoßes lebhaft zürnte [2]).

Noch kam ein schwieriger Augenblick, da der französische Minister des Äußern erklärte, das Anerkennungsschreiben des Zaren wegen seiner verletzenden Form nicht annehmen zu wollen. Erst als die Vertreter Österreichs und Preußens bestimmt erklärten, in diesem Falle würden sie ihre neue Beglaubigung

---

[1]) Gerlach I, S. 838, 839.

[2]) Die Aktenstücke über die Politik Nikolaus' I. sind veröffentlicht in dem Beilagenband zur Geschichte des Krimkriegs, vom General Zaiončkovski (1. Band). Die Stellungnahme Österreichs geht besonders aus der Depesche Buols vom 2. Dezember 1852 hervor. Als Franz Joseph I. dem französischen Kaiser trotzdem den Titel eines Bruders gab, setzte der Zar folgende Randbemerkung auf die betreffende Meldung Buols: „C'est pitoyable, il s'entend que je resterai cependant inébranlable dans ma résolution. Mais le Comte de Buol est inexcusable.“ Der russische Gesandte in Paris, Graf Kisseleff, beklagte sich bitter über die mangelnde Unterstützung durch Hübner (Bericht Kisseleffs vom 1./13. Januar 1853).

nicht überreichen, gab Kaiser Napoleon nach. „Der Sieg ist unser," seufzte Hübner, „aber mein Instinkt sagt mir, daß wir einen schlechten Feldzug gemacht haben." Es war noch gut, daß Hübner seine ursprünglichen Instruktionen nicht so tapfer ausgeführt hatte, wie ihm in Wien ausdrücklich vorgeschrieben war. Dadurch wurde Österreich eine Niederlage erspart, und da Buol das selbst einsah, so befestigte sich die Stellung Hübners. Napoleon erhob übrigens im Sommer 1853 eine neue Beschwerde gegen den Wiener Hof, als nämlich eine Erzherzogin, die Tochter des Palatins Erzherzog Joseph, mit dem nachmaligen Könige Belgiens, Leopold II., vermählt wurde. Da dieser Prinz der Sohn einer Orleans, also ein Enkel Louis Philippes war, so sah Napoleon darin eine Feindseligkeit gegen sein Haus und machte Hübner darüber lebhafte Vorwürfe. Die Beziehungen zwischen Wien und Paris besserten sich erst, als die orientalischen Verwicklungen eine völlig neue Lage schufen.

Da Österreich mit all dem von Frankreich abrückte, so näherte es sich dafür von selbst dem Berliner Kabinett. Als die Hand Schwarzenbergs, die Stoß um Stoß gegen Preußen geführt hatte, erkaltet war, machten sich in Wien mildere Auffassungen geltend. Kübeck, damals auf der Höhe seines Einflusses, wirkte in diesem Sinne und fand beim Zaren, als dieser im Mai 1852 in Wien weilte, geneigtes Gehör [1]. Von da reiste Kaiser Nikolaus nach Berlin und riet, wie immer, zur Pflege des Bundes der drei konservativen Mächte. Er war wenig erbaut, als ihm Friedrich Wilhelm IV. wieder seinen Lieblingsgedanken entwickelte und sagte, es werde in Deutschland nicht früher ruhig werden, als bis Österreich die römische Kaiserwürde und er das Amt des Reichsfeldherrn erhalten hätte. Der Zar war über diese Phantasterei erstaunt; man darf aber nicht vergessen, daß der König

[1] Vgl. das Tagebuch des Freiherrn v. Kübeck zum Mai 1852. Seine Tochter Lina v. Derchich verzeichnete damals in deren (ungedrucktem) Tagebuche folgenden Ausspruch Kübecks: „Wenn Österreich und Preußen zusammengingen, sich solidarisch miteinander verbündeten, wären sie es, die der Welt den Frieden diktieren würden. Ich hatte Gelegenheit, an geeignetem Orte dies auszusprechen, wodurch in Berlin darauf hingewirkt wurde, und die Freude, als Folge davon Bismarcks Sendung nach Wien zu sehen."

immer noch den Radowitzschen Ideen anhing, wie er denn gelegentlich von der schlechten Politik sprach, die seine Regierung im November 1850 gemacht hätte. Übrigens bestanden zwischen Wien und Berlin damals noch Mißhelligkeiten über die Erneuerung des Zollvereins; die Sendung Bismarcks nach Wien brachte darin keine Änderung, und der künftige Kanzler mußte sich vom Prinzen Wilhelm von Preußen sagen lassen, daß er gegen Österreich zu nachgiebig gewesen wäre. Gegen Frankreich hielten die beiden Kabinette enge zusammen, weil sie dem neuen Kaiser Eroberungsabsichten zumuteten. Um die Einigkeit der deutschen Mächte zu bekunden, reiste Kaiser Franz Joseph im Januar 1853 nach Berlin; es war das erste Mal, daß ein habsburgischer Herrscher die preußische Hauptstadt betrat. Mancher preußische Patriot, auch der Thronfolger, befürchtete nun, Preußen werde fortan noch mehr von Österreich ins Schlepptau genommen werden. Kaiser Franz Joseph betonte in einer Ansprache an die preußischen Offiziere, wie notwendig es wäre, daß Deutschland fest zusammenhielte; und in diesem Sinne gab er für den nächsten Tag die Losung „Leipzig" aus. Die Generaladjutanten der beiden Herrscher, Grünne und Gerlach, erhielten sogar den Auftrag, Verabredungen zu einem Kriegsplane zu treffen, falls Kaiser Napoleon einen Angriff auf Deutschland planen sollte [1]). Es war eine ganz andere Kombination als die von Schwarzenberg ins Auge gefaßte. Diese Wendung hatte aber das Gute, daß es Bruck endlich gelang, den Streit über die deutsche Zollfrage zum Austrage zu bringen: als Unterhändler in Berlin brachte er im Februar 1853 den Handelsvertrag zustande, der Österreich und den Zollverein zwar nicht, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte, völlig verschmolz, die beiden Gebiete jedoch wenigstens dem Auslande gegenüber handelspolitisch enge ver-

---

[1]) Gerlach berichtet, die österreichischen Offiziere im kaiserlichen Gefolge hätten sich für nichts so interessiert wie für eine Sitzung der Kammer. In seiner reaktionären Gesinnung macht er dazu die kuriose Bemerkung: „Und doch hat der Konstitutionalismus England entnervt und liefert es vielleicht dem fremden Eroberer Napoleon mit aller seiner mittelalterlichen Herrlichkeit in die Hände."

knüpfte[1]). Graf Buol, obwohl eher zum Mißtrauen gegen Preußen geneigt, ließ sich doch von der Welle tragen, zumal da er nicht der Mann war, gerade in der deutschen Angelegenheit das Steuer zu lenken. Bezeichnend ist die Schilderung, die Bismarck von ihm in einem Briefe vom 18. Juni 1852 entwarf: „Bei Graf Buol bin ich gestern wieder gewesen, habe aber nur von Bundesangelegenheiten mit ihm gesprochen und dabei die Überzeugung gewonnen, daß seine Unbekanntschaft mit den Geschäften, besonders mit den deutschen und mit der ganzen Sachlage in diesen, wirklich unglaublich ist. Das Bedürfnis, dieses nicht merken zu lassen, machte ihn zurückhaltend und ausweichend, und seiner Art aufzufassen fehlt es an Schnelligkeit und Orientierungsvermögen, so daß eine baldige Abhilfe jenes Mangels nicht zu erwarten steht." Und einige Tage früher fällte Bismarck über Buol das Urteil: „Gewiß ist es Verlegenheit und Unentschlossenheit, was ihn in den Ruf abstoßender und anglomaner Steifheit gebracht hat."

II. Die österreichische Herrschaft in Italien

Die Besserung der Beziehungen zu Preußen ergab sich also nicht aus dem freien und klaren Entschlusse des österreichischen Ministers und trug deshalb auch keine Früchte. Und doch wäre es leicht gewesen, die beiden Staaten fester aneinander zu schließen, wie es besonders König Friedrich Wilhelm gewünscht hätte. Das war besonders deshalb zu empfehlen, weil Italien immer der schwache Punkt für einen Angriff von außen her blieb.

Schwer lastete die Hand Österreichs auf Italien. Die Regierung dieses Landes war vom Tode des Kaisers Franz bis 1848 milde, oft schwach gewesen, Verschwörungen und Erhebungen wurden nicht strenger bestraft als in anderen europäischen Staaten. Das änderte sich nach der Revolution vollständig, da die Generäle schon vordem der Zivilverwaltung Sorglosigkeit, selbst Feigheit vorwarfen. Bei der Rückkehr der

[1]) Über diese Verhandlungen wird des näheren im letzten Bande berichtet werden.

kaiserlichen Truppen in die Lombardei wurde ein strenges Strafgericht gehalten, und die Zahl der durch das Standgericht Hingerichteten war erschreckend groß, mögen auch die Angaben der italienischen Patrioten, es wären 960 gewesen, stark übertrieben sein. Es ist auch zu beachten, daß sich darunter zahlreiche Briganten befanden, da sich im Gefolge der Revolution ganze die Bevölkerung brandschatzende Räuberbanden gebildet hatten. Übrigens wurden überall auch hohe Kriegssteuern ausgeschrieben, insbesondere wurden die Mitglieder der revolutionären Regierung und der Komitees im Lande mit hohen Geldstrafen belegt, die man, wofern es möglich war, auf deren liegenden Gütern eintrieb. Davon wurden besonders die Mitglieder des hohen Adels betroffen, wie denn der Graf v. Litta sowie die Fürstin Belgiojoso 800 000 Lire zahlen mußten, die zum Teil durch Verkauf ihrer Güter hereingebracht wurden. Überhaupt gehörten die hohen Kriegssteuern, die von Österreich auch sonst eingehoben wurden, zu den Beschwerden der Italiener. Es wird von ihnen behauptet, daß die reichen Provinzen Lombardei und Venetien die Ausfälle in den Einnahmen der anderen Provinzen gedeckt haben [1]). So stand es aber nicht, da die Erhaltung eines stets auf dem Kriegsfuße gehaltenen Heeres in Italien mehr kostete, als diese Provinzen trugen.

Im August 1849 wurde übrigens eine allgemeine Amnestie für alle bisherigen Vergehen ausgesprochen, von der nur eine Anzahl Flüchtlinge ausgenommen waren, darunter außer den obgenannten auch andere Mitglieder adeliger Familien, so Fürst Pallavicino, die Grafen Casati und Arese u. a. Denn es ist festzuhalten, daß die Erhebung Italiens von den besitzenden Klassen ausging, während der Bauer sich unter der österreichischen Herrschaft wohl fühlte und ihr auch bis zum Schlusse

---

[1]) Vgl. das entgegenstehende Urteil Pietro Orsis, eines patriotischen, Österreich feindseligen italienischen Historikers, in dem Werke „Das moderne Italien" (Deutsche Übersetzung S. 207): „So setzte Österreich unerschrocken sein System der gewaltsamen Unterdrückung patriotischer Bestrebungen der Italiener fort, aber im Gegensatz zum Königreich Neapel und zum Kirchenstaate vergaß es nicht, für die materielle Verbesserung des unterworfenen Landes zu sorgen."

anhänglich blieb. Nicht selten hörten die kaiserlichen Offiziere und Soldaten bei ihrem Vormarsche durch die wiedereroberte Lombardei den Ausruf: Da kommen die Unseren!

Oft liest man die Behauptung, die österreichische Regierung hätte das Land damals durch größere Milde versöhnen, vielleicht gewinnen können. Das ist wohl irrig, denn der Freiheitsdrang der gebildeten und wohlhabenden oberen Schichten hätte sich auf keinen Fall beschwichtigen lassen. Eine Versöhnung im politischen Sinne war auch deshalb unmöglich, weil Mazzini und sein republikanischer Anhang Österreich unter allen Umständen schonungslos bekämpft hätten. Wandten sie sich doch auch gegen das verfassungsmäßig regierte, aber monarchische Piemont. Als König Viktor Emanuel sich nach der Schlacht von Novara genötigt sah, die Waffen niederzulegen, wurde er mit dem Vorwurfe des Verrats an Italien überhäuft, und Genua empörte sich gegen ihn am 29. März 1849, so daß es von General La Marmora mit Waffengewalt wieder unterworfen werden mußte. Und Mazzini hat dann in Genua am 29. und 30. Juni 1857 eine zweite Erhebung angezettelt, so daß er von den piemontesischen Gerichten ebenso als Rebell verfolgt wurde wie von den österreichischen. Von Piemont hoffte er nichts, alles dagegen von der republikanischen Erhebung der Völker Europas.

Besonders unermüdlich arbeitete Mazzini durch immer neue Verschwörungen in der Lombardei. Nach der Amnestie vom August 1849 vergingen zwei Jahre, ohne daß die Regierung zu den äußersten Mitteln zu greifen genötigt war. Dem wollte Mazzini ein Ende machen. Eine durch Oberitalien weitverzweigte Verschwörung plante eine allgemeine Erhebung, zu der Schriften und Maueranschläge aufforderten. Ein Arbeiter namens Sciesa war der erste, der in Mailand auf der Tat ergriffen wurde; zum Tode geführt, bot man ihm Begnadigung, wenn er den angebe, von dem er das Manifest erhalten hatte, er aber erwiderte in seiner mailändischen Mundart die furchtlosen Worte: Tiremm innanz! — Vorwärts! (2. August 1851). Die Verschwörung erstreckte sich über Mailand, Venedig, Brescia, Cremona, Pavia, Verona und andere Städte, ihr Mittelpunkt war in Mantua, wo ein

Priester Don Enrico Tazzoli an der Spitze stand. Waffen wurden aufgehäuft, Festungen ausgespäht, das Geld durch die Anleihe aufgebracht, welche Mazzini 1850 zu nationalen Zwecken ausschrieb und an der sich viele freiwillig, manche durch Drohungen gezwungen beteiligten. In einer zu Mantua abgehaltenen Sitzung machte einer der Verschworenen, Scarsellini, einen abenteuerlichen Vorschlag. Bei dem von Kaiser Franz Joseph beabsichtigten Besuche Venedigs sollte er von Verschworenen überfallen und festgenommen werden — etwa beim Austritte aus dem Theater Fenice; gleichzeitig wollte man sich des kleinen, nur von einer Handvoll Soldaten besetzten Forts San Secondo bei Venedig bemächtigen und den Kaiser dorthin bringen. Hier wäre er vor die Wahl zu stellen, entweder auf die Lombardei und Venetien zu verzichten, oder aber mit den Verschworenen in dem Fort, in dem sich ein Pulvervorrat befand, in die Luft gesprengt zu werden [1]). Dieser abenteuerliche Plan wurde als unausführbar abgelehnt. Bald darauf kamen die Behörden der Bewegung auf die Spur. Tazzoli, Scarsellini und ihre Genossen wurden verhaftet, und man fand die chiffrierte Korrespondenz zwischen dem Komitee und Mazzini; da es nun in Wien gelang, den Schlüssel festzustellen, so waren alle Verschworenen verraten. Tazzoli gestand seine Schuld und versuchte nur seine Genossen zu entlasten. Das Militärgericht fällte auf Antrag des mit der Untersuchung betrauten und unerbittlich vorgehenden Hauptmann-Auditors Kraus eine Reihe von Todesurteilen. Das Verbrechen des Hochverrats war nachgewiesen, aber da die Erhebung nicht zum Ausbruch gekommen war, so hätte die Regierung besser getan, nicht die volle Strenge des Gesetzes walten zu lassen. Das war auch die Ansicht Benedeks, damals Generalstabschef des Feldmarschalls Radetzky [2]). Einer

---

[1]) Die Geschichte der Verschwörung und des Prozesses bei Alessandro Luzio, „I martyri di Belfiore“ (2 Bände, Milano 1905). Belfiore war das Fort in Mantua, wo die Beschuldigten eingekerkert und gerichtet wurden. Das Werk Luzios ist wie alle Arbeiten des gelehrten Mantuaner Archivdirektors gründlich und zuverlässig; es ist aber voll leidenschaftlicher, nicht immer gerechter Anklagen gegen Österreich.

[2]) Luzio I, S. 264, 266, 268, 274.

Deputation unter der Führung des Bischofs von Mantua sagte er zum Schlusse die gewährenden Worte: „Geben Sie mir die Hand und trennen wir uns in Frieden, denn ich werde Ihren Wünschen nicht entgegen sein.“ Aber Radetzky konnte den um Gnade Bittenden keine Hoffnung machen; er ergriff die Hand des Bischofs, erhob den Blick nach oben und sagte seufzend: „Ich kann nichts machen. Die Gnade steht nicht in meiner Hand. Es bestehen höhere, unwiderrufliche Entschlüsse.“ Aus diesen Worten hat man in Italien geschlossen, daß die in Wien gefällte Entscheidung gegen Radetzkys Wohlmeinung erfolgt ist; dem Generaladjutanten Grafen Grünne wurde die Verantwortung dafür zugeschoben, daß am 7. Dezember 1852 Tazzoli mit vier Genossen zu Mantua den Tod erlitt. Mit diesem furchtbaren Strafgericht wäre es sicherlich genug gewesen, wäre die Regierung nicht durch den Mailänder Anschlag vom 6. Februar 1853 aufs äußerste erbittert worden. Weitere sechs Hinrichtungen erfolgten, dann aber wurden am 19. März die anderen in Belfiore Eingekerkerten begnadigt und fast durchweg freigelassen. Unter den elf dem Tode Verfallenen waren drei Priester, größer noch war deren Anzahl unter den Verhafteten. Daß sich so viele Geistliche beteiligt hatten, war für die Behörden ein Grund mehr zur Strenge, da der eifrig katholische Hof darin eine Undankbarkeit des Klerus sah; auch Papst Pius IX. lehnte die Bitte des Bischofs von Mantua um Fürsprache in Wien bestimmt ab, unter Verurteilung der Teilnahme von Geistlichen an politischen Agitationen[1].

---

[1]) So bei Luzio. — Der Auditor Kraus wurde nach der Ermordung Herzog Karls von Parma 1854 nach Parma geschickt, um die Untersuchung gegen die Täter zu leiten. Hier zog er sich durch seine Härte neuen Haß der Italiener zu (Emilio Casa, „Parma da Maria Luigia Imperiale à Vittorio Emanuele II“, Parma 1901). Doch ist festzustellen, daß der Vorwurf, er habe die Angeklagten durch Stockprügel zum Geständnis gezwungen, im Werke Luzios durch keine glaubwürdige Aussage erhärtet wird, es ist aber oft von Drohungen mit Prügeln und Foltern die Rede. Im ganzen aber hat es gute Gründe, wenn er in Italien bis heute als schlimmster Repräsentant der Unterdrückung gilt. Kraus wurde, zum General vorgerückt, unter dem Ministerium Taaffe zum Statthalter Böhmens ernannt, um die Opposition der Deutschen niederzuhalten. Das gelang ihm nicht; er steht aber auch bei den Deutschböhmen in schlechtem Andenken.

Fürst Felix Schwarzenberg aber soll, wie ein italienischer Bericht sagt, zu Bauern dieses Landes gesagt haben, sie sollten treu zu Österreich stehen, da doch ihre größten Feinde, der Adel und die Geistlichen, sie zum Abfall verführen wollten.

Noch während des Prozesses kam der von Mazzini vorbereitete Schlag gegen die österreichische Herrschaft zur Ausführung, mißlang aber vollständig. Es war geplant, daß zu gleicher Zeit in Mailand, Mantua, Venedig, Padua, Vicenza und Treviso der Aufstand losbrechen sollte. Zu diesem Zwecke begab sich Saffi, der neben Mazzini und Garibaldi 1849 in Rom Triumvir gewesen war, nach Bologna, Orsini nach Modena; Mazzini selbst hielt sich wie gewöhnlich in Sicherheit und wartete in der italienischen Schweiz den Ausbruch ab. Doch kam es bloß in Mailand zu einer Art Erhebung. Das Revolutionskomitee dang Leute aus den niederen Volksklassen, und diese Banden, mit Dolchmessern und Nagelstöcken versehen, überfielen in der Nacht vom 6. Februar 1853 die Hauptwache vor dem Dom wie das Offizierskaffeehaus, dann schlugen sie einzeln daherkommende Offiziere und Soldaten nieder, so daß 10 Österreicher getötet und 59 verwundet wurden. Nicht wenige von ihnen wurden grausamerweise lebend mit langen Nägeln an die Haustore angenagelt. Auf den Alarm eilten die Offiziere in die Kasernen und führten Kolonnen durch die Straßen; binnen wenigen Stunden war der Putsch niedergeworfen. Die Tat wurde strenge geahndet, 16 Personen wurden hingerichtet und 48 andere zu schweren Kerkerstrafen in Eisen verurteilt. Die Stadt Mailand mußte die verwundeten Soldaten und die Hinterbliebenen der Toten versorgen und andere Geldbußen zahlen.

Wenn Mazzini durch diese Versuche und Mordanschläge beabsichtigte, die österreichische Regierung zu unerbittlichem Vorgehen zu reizen und so eine Saat des Hasses gegen sie auszustreuen, so wurde sein Zweck erreicht. Denn Radetzky und seine Offiziere sahen in der Tat vom 6. Februar mit Recht nur eine Kette von Meuchelmorden, denen gegenüber keine Schonung geübt werden dürfe. Daher auch die neuen Hinrichtungen zu Mantua, über die der italienische Historiker dieser Ereignisse sagt, daß hier die Opfer der verfehlten Politik Mazzinis gefallen sind. Die Auspeitschungen

zu Mailand und anderswo wiederholten sich, und es wirkte erbitternd, daß jede Gemeinde, wo Exekutionen stattfanden, hierauf eine Rechnung für die Kosten der Galgen, der gebrauchten Ruten, des Henkers oder Profoßen erhielt. Die österreichische Regierung befand sich im Stande der Selbstverteidigung, was billigerweise anerkannt werden sollte, aber es muß hinzugefügt werden, daß die Notwehr oft überschritten wurde [1]). Da die Formlosigkeit der militärischen Verwaltung allgemein mißbilligt wurde, sandte die Regierung im Sommer 1853 den Grafen Rechberg nach Italien, damit er an der Seite Radetzkys die Leitung der Administration übernehme. Darüber kam es zwischen ihm und Benedek, der darin eine Zurücksetzung der militärischen Gewalten sah, zum Bruch, fast zum Duell [2]). Es dauerte noch

[1]) Da der Vorwurf grausamen Vorgehens der Österreicher besonders laut von englischer Seite erhoben wurde, so sei, um durch einen Vergleich den richtigen Maßstab zu gewinnen, auf das Vorgehen der Engländer in Ägypten hingewiesen. Im Jahre 1906 kam es zwischen Bauern und vier englischen Offizieren zu einem Raufhandel, weil die letzteren auf der Jagd ein arabisches Weib angeschossen und einen großen Futterhaufen in Brand gesteckt hatten. Zwei Offiziere wurden verletzt, einer starb, jedoch nach dem Urteil des englischen Gerichtsarztes nicht an der Wunde, sondern weil er sich 6 Kilometer weit in der brennenden Hitze geflüchtet hatte. Darauf fand ein Kriegsgericht statt, dessen Abschluß sich nach englischen Blättermeldungen folgendermaßen abspielte: „Das Hängen und Peitschen der Ägypter, die an dem Attentat auf die englischen Offiziere beteiligt waren, fand bei Denschawai statt; der Platz war von zwei Postenketten umstellt worden, um die Zuschauer zurückzuhalten. Die Gefangenen wurden nach ihrem Eintreffen in ein Zelt gebracht; es wurde sodann zunächst ein alter Mann aus dem Zelte geholt und gehängt. Alsdann holte man zwei andere Leute heraus, band sie und peitschte sie 20 m von dem Galgen entfernt, an dem die Leiche des alten Mannes hing, aus. Nachdem die beiden Eingeborenen gepeitscht worden waren, wurden sie wieder in das Zelt gebracht, während man die Leiche des Gehängten in ein anderes Zelt brachte, wo sie nach den Vorschriften der mohammedanischen Religion gewaschen wurde. Sodann wurde ein zweiter Mann gehängt und zwei weitere Leute gepeitscht, während die Leiche am Galgen hing. In dieser Weise wurde fortgefahren bis zum Schlusse. Das Prügeln fand unter der Aufsicht zweier englischer und eines einheimischen Arztes statt. Die Opfer stöhnten und schrien, besonders im Anfange, und die außerhalb der Postenkette auf den Hausdächern sitzenden Eingeborenen heulten während der Strafe bitterlich."

[2]) Friedjung, „Benedeks Nachgelassene Papiere" S. 192.

einige Jahre, bis 1857, nach dem Rücktritte Radetzkys, die bürgerliche Verwaltung an die Stelle der militärischen trat. Die letzte politische Hinrichtung fand 1855 statt und traf einen der besten Männer, die für die Freiheit Italiens das Leben wagten, Piero Calvi, der gleichfalls zu Mantua den Tod erlitt. Er diente bis 1848 in der kaiserlichen Armee als Offizier, nahm aber bei Ausbruch der Revolution seine Entlassung und kämpfte gegen Österreich [1]. Von London aus wurde er 1853 von Mazzini nach der Lombardei geschickt, um einen Aufstand vorzubereiten. Festgenommen, fand man bei ihm auch Briefe Kossuths an die ungarischen Soldaten in Italien, um sie zur Meuterei zu bestimmen. Gegen Calvi als ehemaligen Offizier wurde mit Strenge verfahren und er erlitt am 4. Juli 1855 den Tod, dem er mit Heldenmut entgegenging. Es war ein ergreifendes Zusammentreffen, daß der Offizier, der die zur Hinrichtung bestimmte Eskorte zu führen befehligt wurde, der Schulkamerad Calvis gewesen war und ihn mit Tränen in den Augen sterben sah.

Zu den Folgen des Mailänder Überfalls gehörten arge Weiterungen mit den beiden Nachbarstaaten der Lombardei, der Schweiz und Piemont. In Wien gab man der Schweiz die Schuld, daß sie den Übertritt von Banden aus ihrem Gebiete nach Österreich gestattet und im Kanton Tessin einen Herd der Verschwörung geduldet hätte. Die Grenzen wurden durch die Aufstellung von 6000 Soldaten abgesperrt und aller Verkehr mit der Lombardei unterbunden; zahlreiche Ausweisungen von Schweizern aus Österreich wurden verfügt. Da sich die Bundesregierung nicht allen Forderungen auf Grenzbewachung und auf Vertreibung von politischen Flüchtlingen fügen wollte, reiste der österreichische Gesandte aus der Schweiz ab. England nahm sich der Eidgenossenschaft an, Napoleon III. aber vermittelte, da auch er eine strenge Behandlung von Flüchtlingen, zumal aus Frankreich, wünschte. So wurde der Streit beigelegt.

Mit Piemont traf sich's schlimmer. Gleich in der ersten

---

[1] Alessandro Luzio, „Pier Fortunato Calvi“ in der Zeitschrift „La Lettura“, Juli 1906. Eine aus den Akten geschöpfte Darstellung seines Prozesses. Daraus geht auch hervor, daß Calvi nicht, wie mehrfach erzählt wurde, aus der österreichischen Armee desertiert war.

Erbitterung über das Mailänder Ereignis erfloß, am 13. Februar 1853, eine Verfügung des Kaisers, daß die Güter derjenigen, die an hochverräterischen Umtrieben beteiligt wären, mit Beschlag zu belegen seien. Damit wollte man die Emigranten aus dem lombardischen Adel treffen, die sich zumeist in Piemont niedergelassen hatten. Man ging dabei ohne richterlichen Spruch vor und sequestrierte nicht weniger als 978 Besitzungen. Nun waren die Eigentümer zum Teil piemontesische Untertanen schon von alter Zeit her; manche aber hatten nach 1848 von den österreichischen Behörden das Recht zur Auswanderung erhalten. Piemont nahm sich mit Nachdruck seiner Staatsbürger an, und Cavour kreuzte bei diesem Anlasse zum ersten Male die Klinge mit der österreichischen Diplomatie. Er war in der besseren Stellung, denn die Maßregel widersprach dem Rechtsgefühl und nahm, wenn auch auf der formellen Grundlage älterer Vorschriften, keine Rücksicht auf die natürliche Forderung, wonach nur der ordentliche Richter Strafen an Leben, Freiheit und Vermögen aussprechen dürfe. Auch wurden durch die Maßregel Frauen und Minderjährige betroffen, die sich nicht an der Politik beteiligt hatten. Die Beschwerde Österreichs, daß die Mazzinische Anleihe, mit deren Ertrag der Aufstand ins Werk gesetzt worden war, zum guten Teil von den lombardischen Emigranten gezeichnet wurde, traf zwar zu, aber die Sequestration erstreckte sich auch auf die Güter von notorisch Unschuldigen und selbst von Minderjährigen. Cavour wandte sich mit einer Denkschrift klagend an die Großmächte, und da die Vorstellungen nichts fruchteten, wagte es das kleine Piemont, den diplomatischen Verkehr mit Österreich abzubrechen. Schon während des Notenwechsels wurde die Sprache der Blätter des Landes gegen die Nachbarmonarchie herausfordernd, die Regierung erklärte jedoch auf die Klagen Österreichs, in Piemont herrsche Preßfreiheit.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Piemont erregte in Europa großes Aufsehen und im Lager der italienischen Nationalpartei lebhafte Freude. Es war dies sichtbar das Vorspiel zu einem neuen Waffengang um die Befreiung der Halbinsel. Man fühlte, daß Piemont einen Rückhalt an England und Frankreich besitzen müsse, um solches

wagen zu dürfen. Auch in Wien rechnete man mit einer neuen Erhebung Italiens, und diese Sorge war fortan für die österreichische Politik bestimmend.

III. Der montenegrinische Streitfall

Bei diesen Verlegenheiten in Italien, bei der Abneigung gegen Napoleon III. und dem nie ganz schwindenden Mißtrauen gegen Preußen war das Wiener Kabinett auf den Anschluß an Rußland angewiesen. Daraus ergab sich eine Abhängigkeit vom Zaren, die mitunter drückend empfunden wurde. In den Balkanfragen gingen die Kabinette von Petersburg und Wien Hand in Hand, oder besser gesagt, Österreich lenkte ganz in die Gesichtspunkte der russischen Politik ein. Das zeigte sich besonders deutlich bei dem Austrage des Kampfes, der zwischen der Türkei und Montenegro ausbrach. Gleichzeitig entbrannte ein Streit um die Rechte des griechischen und des katholischen Klerus auf die heiligen Stätten in Palästina; und da Rußland hiebei einen Druck auf die Pforte zu üben gedachte, übernahm es Österreich, die montenegrinische Sache wie seine eigene zu führen, obwohl seine Interessen nach einer anderen Richtung wiesen.

Montenegro erkannte zwar seit dem 15. Jahrhundert formell die Oberhoheit des Padischah an, ohne ihm aber je ganz unterworfen zu sein. Der Fürst des Landes, dem Hause Negus entstammend, vereinigte die politische Herrschaft seit alters her mit der Würde des Bischofs, wodurch seine Autorität um so tiefer wurzelte; da er aber als Bischof unvermählt bleiben mußte, so traten in der Erbfolge Störungen und Streitigkeiten ein. Als nun Danilo 1851 ans Fürstentum gelangte, lehnte er die Bischofswürde ab, er wollte eine Dynastie in europäischem Sinne begründen. Die Pforte erkannte, daß dies der erste Schritt zur völligen Losreißung der Schwarzen Berge sein werde, und verweigerte ihre Zustimmung zur direkten Erbfolge; da sie aber auch durch vermehrte Räubereien an der Grenze gereizt war, so beschloß sie einen gründlichen Eroberungszug gegen das

tapfere Völkchen. Sie ließ Ende 1852 den heiligen Krieg gegen Montenegro predigen und sammelte in Albanien und in der Herzegowina gegen 24000 Mann. Omer Pascha, der als der beste türkische General an die Spitze gestellt wurde, kannte den Gegner gut; denn er war als Christ in der österreichischen Militärgrenze geboren, diente als solcher eine Zeitlang in der kaiserlichen Armee, flüchtete jedoch, um einer Strafe zu entgehen, und gelangte darauf als Renegat zu den höchsten militärischen Würden in der Türkei [1]). Die Montenegriner leisteten in dem nun geführten Kriege heldenmütigen Widerstand, aber die militärische Übermacht der Türken und die Umsicht Omer Paschas räumten alle Hindernisse weg, obwohl heftige Regengüsse im türkischen Lager Krankheiten verursachten. Anfangs Februar 1853 stand Omer Pascha zu Spuz, fünf Wegstunden von Cettinje; die Montenegriner mußten sich bereit machen, ihre Hauptstadt zu räumen; doch wollten sie wie in früheren Zeiten in den wilden Bergschluchten den Kampf fortsetzen. Konnten sie sich hier nicht behaupten, so war ihre Ausmordung bei den Türken beschlossene Sache [2]).

Österreich war der nächste Nachbar, und in Metternichs Zeiten hatte es die Pforte in ihren Kämpfen gegen unbotmäßige christliche Stämme stets gewähren lassen, ihr sogar oft moralischen Beistand geleistet. Nun aber hatte sich die Lage insoferne geändert, als die Südslawen im ungarischen Kriege von 1848 und 1849 die Sache Österreichs geführt hatten; aus dem Fürstentum Serbien waren Tausende von Freischärlern herbeigeeilt, um ihren Stammes-

[1]) Omer Pascha, der ursprünglich Michael Lattas hieß, wurde 1806 im Oguliner Bezirk der Militärgrenze geboren und trat als Kadett ins Liccaner Grenzregiment ein. Als solcher wurde er der Straßenbaudirektion zugeteilt, ließ sich aber Nachlässigkeiten und Unterschleife zu schulden kommen und floh deshalb nach Bosnien. Hier wurde er Mohammedaner und kam als Schreiblehrer an die militärische Schule in Konstantinopel. Als solcher wurde er auch Schreiblehrer Abdul Medschids, der dann 1839 als Sultan auf den Thron kam. Von da stieg Omer bald empor, um so mehr, als sich seine großen militärischen Fähigkeiten in den Kämpfen in Syrien und auch bei der Unterwerfung eines Aufstandes in Bosnien deutlich erwiesen.

[2]) Hauptmann R. Gerba, „Zur Geschichte der Ereignisse in Bosnien und Montenegro" in den Mitteilungen des k. u. k. Kriegsarchivs (Wien 1887), 1. Bd.

brüdern gegen die Magyaren Hilfe zu leisten. Dagegen erregte die Pforte durch das den ungarischen Flüchtlingen gewährte Asyl in Wien heftigen Groll, der sich steigerte, als manche von den letzteren, besonders Polen, als Offiziere in die türkische Armee traten. Diese Umstände waren jedoch für das Verhalten Österreichs nicht entscheidend. Offenbar erfüllte es einen Wunsch Rußlands, als es zur allgemeinen Überraschung den Türken Halt gebot und so Montenegro vor dem Untergange rettete. Dieses Motiv wurde allerdings vom Wiener Kabinett verschwiegen, weil es nicht als Werkzeug des Zaren erscheinen wollte; amtlich wurde vielmehr ausgesprochen, Österreich müßte einschreiten, weil die Türkei es versäumt hatte, das Wiener Kabinett von ihren Absichten zu verständigen, und weil man nicht dulden könnte, daß hart an den Grenzen Österreichs ein christlicher Volksstamm ausgerottet würde. Dies wurde der Pforte durch einen besonderen Abgesandten, den Feldmarschalleutnant Grafen Christian Leiningen, angekündigt, der am 30. Januar 1853 in Konstantinopel landete. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wurden 20—30 000 Mann in Kroatien, 10 000 Mann in Dalmatien zusammengezogen und ein Armeekorps aus dem Innern zum Abmarsch nach dem Süden bereitgestellt. Zum Oberbefehlshaber war der Banus von Kroatien, Jellačić, bestimmt, und der volle Ernst Österreichs zeigte sich darin, daß niemand Geringerer als Heß zu dessen Generalstabschef ausersehen wurde.

Es wäre für Jellačić als feurigen Kroaten eine Freude gewesen, in Bosnien als Befreier der Südslawen einzurücken; aber es lag doch ein auffallender Widerspruch darin, daß Österreich, das sonst überall in seinem Machtkreise die Völker niederhielt, ihnen in der Türkei Hoffnung auf Befreiung machte. Dazu aber kam es nicht. Graf Christian Leiningen überreichte am 11. Februar das Ultimatum, welches die Räumung Montenegros forderte oder Krieg androhte[1]). Schon drei Tage später

[1]) Graf Christian Leiningen hatte sich im ungarischen Kriege bei der Verteidigung Temesvars bewährt, wurde, wie erzählt, 1850 als Bundeskommissär in Hessen verwendet und war 1853—1855 Stellvertreter neben Erzherzog Albrecht, dem Gouverneur Ungarns. Er schien für eine bedeutende Zukunft aufgespart, starb aber schon 1856, erst 44 Jahre alt.

gab die Pforte nach und Montenegro war gerettet. In Petersburg war man hocherfreut, und Buol erhielt als Anerkennung einen hohen russischen Orden [1]).

Als Montenegro zwei Jahrzehnte später eine Art Vorhut für die russischen Eroberungszüge nach dem Balkan bildete und Österreich nichts als Undank für sein Einschreiten erntete, fehlte es nicht an Vorwürfen gegen die Buolsche Politik; aber auch ohne Rücksicht auf die späteren Ereignisse mußte man sich fragen, welchen Zweck die ganze Kraftprobe gehabt hatte, wenn man Montenegro durch sie nicht in den Macht- und Bannkreis der Monarchie zu ziehen verstand.

IV. Der Krimkrieg [2])

Es war nach all dem nicht leicht, sich aus dem Verhalten des Grafen Buol einen Vers zu machen. Das empfand man allgemein und daher das im April 1853 vielfach verbreitete Gerücht, seine Stellung wäre erschüttert, ein Ministerwechsel stünde bevor. Er blieb aber im Amte und diese Ereignisse waren nur ein Vorspiel; die eigentliche Schwierigkeit für ihn kam erst, als Kaiser Nikolaus an die Unterwerfung der Türkei schritt und Europa dadurch einem großen Kriege entgegentrieb. Wurde auch Österreich nicht hineingezogen, so sollte der Krimkrieg doch die entscheidende Schicksalswendung für seine äußere Politik bringen.

Der Zar hielt nach seinen stattlichen Erfolgen die Frucht für reif und streckte die Hand nach dem Besitze Konstantinopels aus. Die ganze übrige Balkanhalbinsel gedachte er nicht geradezu seinem Reich einzuverleiben, sondern in mehrere Nationalstaaten umzuwandeln, selbstverständlich unter russischer Schutzhoheit. Den Engländern bot er im Februar 1853 zur Abfindung Ägypten und Kreta an; und so sicher war er der Zustimmung Österreichs, daß er auf die Frage des englischen Gesandten Seymour antwortete:

---

[1]) Zaiončkovski, Beilagenband I, S. 330.

[2]) Dieser Gegenstand wurde vom Verfasser in seiner Studie „Der Krimkrieg und die österreichische Politik" (2. Aufl., Stuttgart 1911) behandelt. Im folgenden sind daraus die wichtigeren Gesichtspunkte herausgehoben.

„Wenn ich Rußland sage, spreche ich ebensogut von Österreich, unsere Interessen bezüglich der Türkei sind identisch." Er hielt es nicht einmal der Mühe wert, nach Wien ähnliche Eröffnungen gelangen zu lassen wie nach London; Österreich, so setzte er voraus, mußte ihm jedenfalls zu Diensten stehen. Das war anfangs auch wirklich der Fall. Denn als er an die Türkei mit Berufung auf einen Artikel des Friedens von 1774 die Forderung stellte, sein Protektorat über die griechischen Christen ihres Reiches anzuerkennen, beeilte sich das Wiener Kabinett, diesen Anspruch zu unterstützen; und es schwieg auch, als der Zar, um einen Druck auf die Pforte zu üben, im Juli 1853 die Moldau und die Walachei von seinen Truppen besetzen ließ. Dabei verschwieg er der österreichischen Regierung den auf Konstantinopel geplanten Anschlag, sprach immer davon, daß er die Donau nicht mit seiner Armee überschreiten werde, und bezeichnete die Donaufürstentümer als bloßes Faustpfand, das er herausgeben wollte, sobald sein Protektorat anerkannt wäre. Die Willfährigkeit Österreichs bestärkte ihn in seiner politischen Rechnung.

Alle diejenigen, die dem Fürsten Schwarzenberg nahe gestanden hatten, so Bruck und Hübner, hoben schon damals hervor, er würde sich Rußland gewiß nicht derart zur Verfügung gestellt haben. Er war der Mann, um vom Zaren eine offene Aussprache zu verlangen und ihm zu sagen, Österreich fordere entweder Halbpart oder es werde nicht dulden, daß sich die Russen der Donaufürstentümer bemächtigen. Denn die Moldau und die Walachei waren für Rußland der Schlüssel zur Herrschaft auf der Balkanhalbinsel. Graf Buol dagegen überließ, als das Übel seinen Anfang nahm, die Türkei zunächst ihrem Schicksal. Anders die Westmächte. Als die Pforte, auf ihren Beistand hoffend, Rußland am 4. Oktober 1853 den Krieg erklärte, und als der Zar zur Eroberung der Balkanhalbinsel schritt, schlossen England und Frankreich am 12. März 1854 mit der Türkei ein Bündnis zu Schutz und Trutz. Trotzdem überschritten 130000—140000 Russen unter dem Fürsten Paskiewitsch die Donau und breiteten sich in Bulgarien aus.

Es war unmöglich, daß Österreich sich völlig ausschaltete und dem Zaren das von ihm verlangte Versprechen unbedingter

Neutralität gab. Welche Partei aber ergreifen? Es ist ein Beweis der großen Auffassung des alten Feldmarschalls Radetzky, daß er dem Kaiser in mehreren Denkschriften riet, sich die russische Allianz unter allen Umständen zu erhalten und sich zu diesem Behufe mit dem Zaren über die Teilung der Türkei zu verständigen; Serbien, Bosnien und Albanien, alles Land west- und nordwärts von Saloniki konnte so in den Bannkreis der Monarchie fallen. Radetzky hatte dabei die Verteidigung der österreichischen Herrschaft in Italien im Auge, die nur durch das Bündnis der konservativen Höfe von Wien, Petersburg und Berlin gesichert werden konnte. Die meisten Generale, besonders die aristokratischer Herkunft, so Fürst Windisch-Grätz, die Grafen Clam-Gallas und Schlick und ebenso der Generaladjutant Graf Grünne stimmten im ganzen dieser Auffassung zu.

Aber auch die gegenteilige Meinung hatte ihre Fürsprecher. Auch ein Bund mit den Westmächten bot nicht geringe Vorteile: jetzt oder nie konnte Rußlands Übermacht gebrochen und es in seine Steppen zurückgetrieben werden. Es war kein Zufall, daß gerade die aus bürgerlichen Kreisen stammenden Staatsmänner dieser Ansicht waren. In ihnen lebte, wenn sie auch einer konservativen Regierung dienten, die liberale Gegnerschaft zu Rußland auf. Alexander Bach war der einflußreichste unter ihnen; war er doch vom Zaren wegen der Anfänge seiner politischen Laufbahn bei jeder Gelegenheit verletzt und gedemütigt worden. Aber auch die Gesandten Hübner und Prokesch-Osten rieten zu kräftigem Vorgehen gegen Rußland. Die öffentliche Meinung Österreichs innerhalb der Mittelschichten stand in demselben Lager und Bach ließ der Presse freie Hand, den Kreuzzug gegen die Moskowiter zu predigen [1]).

[1]) In der Sache richtig, aber im Ausdrucke übertrieben schilderte Bismarck in einem Briefe an General v. Gerlach am 9. April 1854 die Stimmung in Wien: „In Österreich ist die ganze Begebenheit ebensogut ein Spiel der inneren Parteien wie bei uns. Bach, die Ministerialjuden, Hübner, der ganze österreichische Bonapartismus fürchten den Sieg der Konservativen, wenn es ihnen gelingt, den Kaiser zum Bund mit Rußland zu bringen, und der Kaiser wird mit seiner Abneigung gegen die Altkonservativen gekirrt, den Juden zu folgen." Wie bereits früher erzählt ist, wurde Bach von Bismarck für einen Juden gehalten.

Eine besondere, in jedem Betracht überragende Stellung nahm auch diesmal Bruck ein. Wir wissen, daß er als Großdeutscher immer wieder den festen Zusammenschluß mit Preußen und dem Deutschen Bunde anriet; mit Feuereifer vertrat er den Satz, daß das also geeinigte Mitteleuropa stark genug wäre, sich gegen Ost und West zu behaupten und auch die Balkanhalbinsel seinem Einfluß zu unterwerfen. Als sich die Dinge zuspitzten, wurde er im Juni 1853 zum Vertreter (Internuntius) in Konstantinopel ernannt und machte hier die Beobachtung, daß Österreich Rußlands Geschäfte besorgte, dabei aber zusah, wie Englands Einfluß auf die Pforte allgewaltig wurde. Es war Brucks großer Gedanke, daß dieser unheilvolle Krieg zu verhindern war, wenn Österreich mit Deutschland zusammenstand, Rußland freundschaftlich in seine Schranken zurückwies und den Westmächten so die Einmischung in die Balkanfragen verwehrte. Bruck behauptete, so etwa würde Schwarzenberg vom Anfang an die Dinge geführt haben. Seine Ansicht hatte deshalb größeres Gewicht, weil Heß, der Generalstabschef der Armee, mit ihm in stetem freundschaftlichen Gedankenaustausche stand und gleich ihm Buols unzureichende Fähigkeiten als Quelle des Übels beklagte.

Der Zar war es selbst, der durch sein Vorgehen der antirussischen Richtung in Wien zum Siege verhalf. Seine Proklamationen an sein Volk wie die Anzettelung von Aufständen auf der Balkanhalbinsel enthüllten die letzten Ziele seiner Politik. Trotzdem verlangte er von Österreich die Zusage unbedingter Neutralität und machte, um sie zu erwirken, durch den Grafen Orlow in Wien unzureichende Anerbietungen (Februar 1854). Kaiser Franz Joseph hat damals Orlow und dem russischen Gesandten Meyendorf die Gründe auseinandergesetzt, weshalb er sie nicht annehmen konnte; war doch darin das Protektorat Rußlands über die zu bildenden Balkanstaaten eingeschlossen. Gleich dem Kaiser lenkte sein Minister des Äußern in eine Rußland gegnerische Politik ein. Buol schloß sich enge an Bach an und wollte die im Vorjahre begangenen Fehler dadurch gutmachen, daß er sich den Westmächten, wenn auch anfangs nur behutsam, näherte. Er flößte dadurch Meyendorf, der seine Schwester zur Frau hatte, ein

wahres Entsetzen ein. Aber auch die Anhänger des Bündnisses mit den Westmächten fanden ihn nicht entschieden genug und Hübner schrieb am 19. Mai 1854 in sein Tagebuch: „Die Korrespondenz, die Depeschen und Privatbriefe dieses Ministers zeichnen sich durch einen, ich glaube, oft berechneten Mangel an Klarheit aus. Er traut sich mir nicht alles, was er denkt, zu sagen, verschanzt sich hinter Doppelsinnigkeiten und hält sich selbst in seinen vertraulichen Herzensergießungen . . . ein kleines Hinterpförtchen offen."

Unterdessen schritt das russische Heer unter dem Fürsten Paskiewitsch zur Belagerung von Silistria, und der Zar war entschlossen, es auch über den Balkan zu schicken und Konstantinopel zu bedrohen. Das aber wollte man in Wien nicht dulden. Rüstungen wurden angeordnet und man verstärkte sich durch ein Bündnis mit Preußen vom 20. April 1854, durch welches die 1851 abgeschlossene Allianz für drei Jahre verlängert wurde. In dem Aprilvertrag, zu dessen Abschluß Heß nach Berlin gesendet worden, verpflichteten sich die beiden deutschen Mächte, den Abzug der Russen aus den Donaufürstentümern, und wäre es auch durch Gewalt, zu erzwingen. Vergebens mahnten die preußischen Konservativen, Bismarck voran, den König von einer derartigen Verpflichtung ab, er ließ sich aber durch Heß dazu bestimmen, bereute freilich bald, sich so tief mit Österreich gegen Rußland eingelassen zu haben, und bat den Kaiser von Österreich dringend, von einem Bruche mit dem Zaren abzustehen. In Wien jedoch war man Feuer und Flamme für die Reinigung des Balkans von russischen Truppen, ließ sich durch Preußen nicht behindern und am 3. Juni erging an Rußland die drohende Aufforderung (Sommation) zur Räumung der Donaufürstentümer.

Kaiser Nikolaus konnte nicht glauben, daß Österreich Ernst machen und ihm in den Rücken fallen werde, während französische und englische Truppen in Konstantinopel landeten, um vereint mit der Türkei ihn vom Süden her anzugreifen. Eine derartige Undankbarkeit hielt er lange nicht für möglich. Bald aber wurde er aus dieser Täuschung gerissen. Eine österreichische Armee, deren Verpflegsstand sich auf 330000 Mann belief und

deren streitbare Mannschaft gegen 250 000 Mann betrug, wurde in Galizien, der Bukowina und Siebenbürgen aufgestellt, die nur über die Grenze zu gehen brauchte, um die Russen in der Balkanhalbinsel wie in einer Mausefalle zu fangen. Da brach Nikolaus in leidenschaftliche Anklagen gegen Österreich aus und sagte am 6. Juli zum österreichischen Gesandten, Grafen Valentin Esterhazy: Kaiser Franz Joseph scheine vollkommen vergessen zu haben, was er für ihn getan; sollte ein Krieg ausbrechen, so werde Gott Richter sein zwischen dem Kaiser von Österreich und ihm. Das Vertrauen, das zwischen den beiden Herrschern zum Wohle ihrer Reiche bestanden, so fuhr er fort, sei zerstört und werde niemals wieder hergestellt werden können.

Damit trat der Gegensatz zwischen Österreich und Rußland zum ersten Male in voller Schärfe hervor, um niemals wieder ganz zu verschwinden. In diesen Tagen fiel in Petersburg das Wort — man schreibt es dem General Fadejew zu: „Der Weg nach Konstantinopel geht über Wien." Rußland hatte aber keine andere Wahl, als der Forderung Österreichs zu weichen. Am 24. Juli mußte der Zar den Befehl an seine Truppen ergehen lassen, ihre Eroberungen preiszugeben und sich auf russisches Gebiet zurückzuziehen. Gegen den 7. September war der Abmarsch beendet.

So zerriß die von Metternich geschlossene und von ihm auch unter großen Opfern gepflegte Allianz mit Rußland. Sie hatte Österreich wertvolle Früchte getragen, zuerst die Hilfeleistung gegen Ungarn und dann die Abwehr der preußischen, auf die Einheit Deutschlands abzielenden Pläne. Buol, die Tragweite des Geschehenen wohl ermessend, wollte auch die Konsequenzen ziehen und einen Bund mit Frankreich schließen, in Nachfolge der von Kaunitz verfolgten Politik. Dadurch konnte auf der einen Seite Rußland im Zaume gehalten, anderseits die Herrschaft in Italien befestigt werden. Den Feinden Österreichs in Italien und Ungarn, Mazzini wie Kossuth, sollte jede Hoffnung auf Unterstützung durch Frankreich genommen werden. Hübner bestärkte ihn in diesen Plänen, denn so würde Napoleon für die Sache der Ordnung gewonnen und von der Revolution abgezogen werden. Der erste Schritt auf diesem

Wege war eine Abmachung des Wiener Kabinetts mit den Westmächten vom 8. August 1854, in dem man sich auf die sogenannten vier Punkte einigte: sie bezweckten nicht bloß die dauernde Abdrängung Rußlands von dem Landweg zur Balkanhalbinsel, sondern auch die Sicherung der Dardanellen gegen einen Überfall durch eine feindliche Flotte.

Soweit hatten Buol und Bach die Dinge in ihrem Sinne gelenkt; als aber Hübner vom Minister des Äußern die Weisung erhielt, über ein Bündnis mit Frankreich zu unterhandeln, trat nicht nur die aristokratische Partei solchen Plänen in den Weg, auch Heß und Bruck warnten vor einem Kriege mit Rußland. Heß, der das Kommando über die Armee im Osten führte, war ganz bei der Sache gewesen, solange die Russen in der Walachei standen und Österreich auf diese Art umklammert hielten. Man mußte, dies war seine Ansicht, Opfer bringen, um sie aus den Fürstentümern hinauszuwerfen, und es war für ihn ein Triumph, die Moldau und die Walachei vom August an mit seinen Truppen zu besetzen und Russen wie Türken von diesem Gebiete fernzuhalten. So lange ging er mit Buol Hand in Hand, so wenig ihm auch dessen Methode gefiel. Doch jetzt riet er zum Innehalten. Bevor er zur Armee abgegangen war, hatte er den Fürsten Gortschakow besucht, der an Stelle Meyendorfs Gesandter in Wien wurde, und ihn feierlich versichert, er werde nach dem Abzug der Russen für den Frieden wirken. Er erfüllte sein Versprechen, indem er die Türken zwang, der unteren Donau fernzubleiben, was einen Einfall in russisches Gebiet hier unmöglich machte. Im Sinne des Feldzeugmeisters Heß war die Besetzung der Donaufürstentümer durch Österreich nur eine Tat des Selbstschutzes und man erwies Rußland einen Dienst, indem man ihm die nachdrängenden Feinde, Türken, Franzosen und Engländer, vom Leibe hielt. Jetzt war es an der Zeit, durch Einlenken den Zaren zu versöhnen. Brachten auch die Denkschriften des Feldzeugmeisters diese Ansichten nur verschnörkelt zum Ausdruck, so lag darin doch ein richtiger Gedanke, weil das Abenteuer eines Krieges mit Rußland abgewendet wurde.

In großem Sinn und Stil begründete sein Freund Bruck

diese Politik, welche Österreich seine Unabhängigkeit gegen West und Ost sichern sollte. Die Monarchie sollte weder dem Zaren Heeresfolge leisten, noch England behilflich sein, seine Seeherrschaft im Mittelländischen Meere zu befestigen. Bruck trat dem Minister des Äußern mit der größten Schärfe entgegen, weil er Preußen und den Deutschen Bund durch hochmütiges Auftreten verletzt und so verhindert hatte, daß man einen festen Rückhalt an Deutschland gewann. Das waren Gesichtspunkte, wie sie seit 1879, seit dem Bunde Österreichs mit Deutschland richtunggebend geworden sind. Ein Hauch Bismarckschen Geistes weht aus den Briefen und Berichten, die Bruck darüber nach Wien richtete. Es war danach kaum möglich, daß er länger mit Buol zusammenarbeitete.

Während dieser monatelangen Meinungskämpfe im Rate des Kaisers schritten Franzosen und Engländer zum Angriff auf die Krim. Sie landeten am 14. September 1854 mit 60000 Mann, schlugen die Russen am 20. September an der Alma und schritten zur Belagerung von Sebastopol. Da nun zeigte es sich, wie schwer das Wiener Kabinett Rußland schädigte. Denn da zu befürchten war, daß in Wien die Kriegspartei die Oberhand behalten werde, standen 321 russische Bataillone an der Westgrenze, und nur etwa halb soviel in der Krim. So kam es am 5. November 1854 bei Inkerman zu einer zweiten Niederlage der Russen.

Unter diesen Umständen schien in Wien der Politik Buols und Bachs der Sieg zu winken. Der Minister des Äußern stellte dem Kaiser vor, daß ein Waffenbündnis mit Frankreich und England an sich genügen werde, um Rußland zur Annahme der vier Punkte zu bestimmen; diese Drohung allein werde den Frieden erzwingen. Es ist zu bemerken, daß auch der Prinz von Preußen derselben Meinung war und deshalb einen Bund der vier Großmächte gegen Rußland befürwortete. Nur ging Buol weiter als der preußische Thronfolger und faßte für den äußersten Fall auch den Krieg ins Auge. Gehe man furchtlos auf diesem Wege vorwärts, so winke Österreich neben anderem Gewinn auch der dauernde Besitz der Moldau und der Walachei. Bach mahnte dringend, nach diesem

Siegespreise zu greifen, den auch Hübner als erreichbar bezeichnete. Jene Länder konnten durch Hospodare weiter verwaltet werden, aber unter der Oberhoheit Österreichs. „Wir haben dann nichts weiter zu tun," sagte Bach zu einem preußischen Diplomaten, „als möglichst Ordnung in diese zerrütteten Länder zu bringen, Wege, Eisenbahnen, Stromschiffahrt dahin zu beleben und zu schaffen, wo es nötig ist, und in entfernteren Zeiten werden jene Gegenden ein Markt für unsere und Deutschlands Fabrikate sein und Vieh und Cerealien liefern und so uns zurückzahlen, was wir jetzt und in den ersten Dezennien dafür geopfert." Österreich hatte es in der Hand, den Bauer in den Donaufürstentümern durch eine Grundentlastung im Geiste der heimischen Agrarreform von 1849 zu gewinnen; doch mußte es sich auf die Gegnerschaft der großen Familien und zugleich der Intelligenz gefaßt machen, die immer die Unabhängigkeit des Landes angestrebt haben würde. War nun eine solche Eroberung zu halten? Hübner meldete, daß Kaiser Napoleon zu einem Austausche der Lombardei und Venetiens gegen die Donaufürstentümer rate. Wenn Österreich jedoch ehrgeizigen Sinnes zugleich in Italien und an der unteren Donau herrschen wollte, dann mußte es sich auf Kriege gefaßt machen, welche gegen alle Fronten, nicht bloß gegen Deutschland, sondern auch gegen Rußland und Italien zu führen waren. Es war mehr als zweifelhaft, ob der Bund mit Frankreich, auf den Buol durch Unterhandlungen und Versprechungen unaufhörlich zusteuerte, gegen alle diese Gefahren zu schützen vermochte.

Hier nun war es, wo Kaiser Franz Joseph die erste große Entscheidung in der äußeren Politik zu treffen hatte, die ihm während des Waltens Schwarzenbergs im ganzen erspart gewesen war. Groß war seine Einsicht in alle die widerstreitenden Gesichtspunkte, nicht so die Festigkeit, bei seinem Entschlusse zu verharren. So fehlte den jetzt verfügten Maßregeln leider die innere Einheit. Zunächst drang Buol mit seinen Vorschlägen durch, da Heß bei der Armee in der Walachei weilte, die Generäle auch sonst nicht zu Worte kamen und Gortschakow absichtlich vom Kaiser fern gehalten wurde. Am 22. Oktober 1854 erfloß ein Befehl des Kaisers, auch die noch nicht aufgebotenen Korps

auf Kriegsfuß zu setzen, was ein Schlag gegen Rußland war, das jetzt nicht wagen konnte, seine Armee in der Krim ausreichend zu verstärken. Da eilte Heß nach Wien und erhob seine warnende Stimme, unterstützt durch wuchtige, von Bruck aus Konstantinopel gesendete Abmahnungen. Dies hatte den Erfolg, daß am 21. November die Mobilmachungsbefehle widerrufen wurden — der Krieg gegen Rußland war damit aufgegeben, wenn auch die bereits mobilisierte Feldarmee unter Waffen blieb. Aber Buol hatte sich durch Zusagen an Napoleon so weit gebunden, daß das Wiener Kabinett nicht aus noch ein wußte. Als man zum tiefen Kummer Hübners doch ausbeugen wollte, erklärten die Westmächte, man hätte sie nur geködert, um sie zuletzt zu täuschen. Sie drohten, ihre Gesandten aus Wien abzuberufen, und Österreich stand in Gefahr, sich die Feindschaft beider kriegführenden Teile auf den Hals zu ziehen. So erwirkte Buol, indem er sonst seine Demission geben zu müssen erklärte, daß am 2. Dezember 1854 der Bund mit den Westmächten doch zustande kam. Der Vertrag enthielt aber zahlreiche Klauseln und Beschränkungen, da nur verabredet wurde, daß, wenn bis zum 1. Januar 1855 nicht Friede geschlossen wäre, neue Abmachungen zwischen Wien, Paris und London getroffen werden sollten, um „den Zweck der Allianz" zu erreichen. Diese vieldeutigen Bestimmungen waren ein Kompromiß zwischen dem friedliebenden Kaiser von Österreich und der Kriegspolitik seines Ministers des Äußern. Immerhin hatten Frankreich und England so viel erreicht, daß die österreichische Feldarmee an der russischen Grenze als Gewitterwolke stehen blieb. Kaiser Napoleon war erfreut darüber, daß der spröde österreichische Hof wenigstens so weit gebracht war.

Diese Zerfahrenheit dauerte bis zum Schlusse des Krimkrieges. Man wollte es mit niemandem ganz verderben und erntete darüber allgemeine Verstimmung. Vergebens versuchte der französische Minister des Äußern Drouyn de l'Huys bei einem Besuche in Wien den Kaiser für eine engere Verbindung mit Frankreich zu gewinnen. Franz Joseph I. blieb eben einem Kriege mit Rußland abgeneigt und lehnte ab. Er entließ zwar Buol nicht, aber er entzog ihm sein Vertrauen; im Frühjahr 1855

wurde eine Unterhandlung mit Rußland ohne seine Zuziehung geführt. Es war ein weiterer Schlag für ihn, als Bruck, der Gegner seiner Politik, im März 1855 zum Finanzminister ernannt wurde. Wohl gewann Buol später wieder das Ohr des Kaisers, aber dieser blieb darin fest, daß er den Frieden mit Rußland nicht in Frage stellen wollte.

Dem neuen Finanzminister war die Aufgabe zugedacht, den heillos zerrütteten Staatshaushalt zu ordnen. Hatte man schon früher mit einem Defizit zu kämpfen, so verschlang die Aufstellung der Armee gegen Rußland außerdem große Summen. Man behalf sich zuerst — noch unter Brucks Vorgänger im Finanzministerium — durch den Verkauf der südlichen Staatsbahnen an eine französische Gesellschaft, dann aber schritt man zu einer bedenklichen Maßregel. Am 26. Juni 1854 wurde ein Anlehen in der Höhe von 350 bis 500 Millionen im Inlande ausgeschrieben, dessen Abnahme den Bürgern und den Korporationen zwangsweise auferlegt ward. Jedem wurde nach Schätzung seines Vermögens der Betrag vorgeschrieben, den er zeichnen mußte. Die politischen Behörden übernahmen diese Verteilung und trieben, wenn es notwendig war, die Summen auf dem Wege der Exekution ein. Bach leitete mit seinen Beamten das ganze Geschäft und befestigte durch energische, selbst unbarmherzige Durchführung seine Stellung bei Hofe. Jedes Wort der Opposition wurde unterdrückt. Dies Opfer wurde einer widerspruchsvollen äußeren Politik gebracht, da man die Armee mobilisiert hatte, um sie nach einem Jahr wieder auf den Friedensfuß zu setzen. Denn die Last war nicht zu ertragen und am 13. Juni 1855 erfloß der Befehl zur Demobilisierung. Doch blieb in der Moldau und Walachei ein Korps unter dem Grafen Coronini: man hoffte diese Länder festhalten und in dem zu schließenden europäischen Frieden als Preis davontragen zu können.

Dieser Erfolg blieb jedoch aus. Denn da die Westmächte den blutigen Krieg allein durchfechten mußten, hatten sie keine Lust, Österreich für seine Unzuverlässigkeit noch zu belohnen. Sie besiegten das russische Heer am 16. August 1855 bei Tschernaja, und Sebastopol fiel nach der am 8. September er-

folgten Erstürmung des Malakowturms. Die Verbündeten verloren während des Krieges durch Kämpfe und durch Krankheiten gegen 100 000 Mann. Rußlands Macht war indessen noch nicht gebrochen, Österreich jedoch wollte sich den Westmächten noch zuletzt gefällig erweisen und schickte am 16. Dezember ein Ultimatum nach Petersburg, in dem mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht wurde, wenn Rußland nicht nachgäbe. Darauf folgte Waffenstillstand und die Berufung eines Kongresses nach Paris, wo am 30. März 1856 der Friede zustande kam.

Österreich war auf dem Kongreß durch Buol und Hübner vertreten. Der Minister des Äußern wurde, obwohl er seine Stellung für die Allianz mit Frankreich eingesetzt hatte, kühl behandelt, weil sein Rat im Kabinett Kaiser Franz Josephs doch nicht durchgedrungen war. Indessen setzte Österreich im Verein mit England in Paris so viel durch, daß Rußland ein Stück Bessarabien an die Pforte, oder besser gesagt an die Moldau abtreten mußte und so von den Donaumündungen abgedrängt wurde; Hübner behauptete, die österreichischen Unterhändler brächten die Freiheit des Donauhandels vom Kongreß als Trophäe mit. Außerdem wurde Rußland verboten, im Schwarzen Meer Kriegsschiffe und Festungen zu halten — eine Demütigung, der es sich 1870 entledigte. Aber auch Österreich mußte sich Unliebsames gefallen lassen. Alle übrigen Mächte waren einmütig der Ansicht, daß es die Donaufürstentümer räumen müsse; man gewährte diesen Ländern Selbstregierung unter der Oberhoheit des Sultans. Als sie sich einige Jahre später in Nikolaus Cusa einen gemeinsamen Fürsten wählten, entglitt Rumänien dem Einflusse des Wiener Kabinetts und ging unter Karl I. voller Selbständigkeit entgegen.

Ohne Frage wäre es am besten gewesen, wenn Brucks Rat befolgt und ein Zentralbund in Europa aufgerichtet worden wäre; man konnte dann Rußland entweder in seine Schranken zurückweisen oder sich mit ihm, gemäß den Vorschlägen Radetzkys, über das Schicksal der Balkanhalbinsel verständigen. Auf keinen Fall durfte die Allianz mit Rußland zerrissen werden. Das einzige Gute an der Orientpolitik dieser Jahre war, daß wenig-

stens der Krieg mit der Ostmacht vermieden wurde. Das war das Verdienst des Kaisers, der seinem Minister nicht bis zu diesem Äußersten folgte. Dadurch wurde von Österreich die Gefahr einer späteren Koalition aller seiner Nachbarn in Nord und Süd, in Ost und West abgewendet, die noch verhängnisvoller geworden wäre als der Schlag von 1866.

Aber auch so war Rußland tödlich verletzt. Ein Jahr vor dem Kriege, im Mai 1852, sagte Zar Nikolaus in Wien zu Metternich, er liebe den Kaiser Franz Joseph wie seinen Sohn. Er war aber nach der Lösung des alten Verhältnisses so erbittert, daß er die Büste Kaiser Franz Josephs, die er auf seinem Schreibtisch stehen hatte, seinem Kammerdiener schenkte. Sein Sohn Alexander II. sprach beim ersten Empfang des diplomatischen Korps zum österreichischen Gesandten scharfe Worte über die Undankbarkeit Österreichs und über das Recht Rußlands auf Wiedervergeltung. Graf Buol fürchtete diese Rache und brachte zu Paris am 25. April 1856 einen besonderen Vertrag zwischen Österreich, Frankreich und England zustande, in dem diese drei Mächte aussprachen, daß sie jeden Bruch des Rußland auferlegten Pariser Friedens als Kriegsfall betrachten würden. Diese Verpflichtung gegenseitiger Hilfeleistung gegen Rußland wurde aber nie erfüllt. Nicht von Petersburg kam für Österreich die nächste Gefahr, sondern von Paris, da Napoleon III. die Vertreibung der Österreicher aus Italien ins Auge faßte. Piemont hatte seine Neigung gewonnen, da es ihm nach der Krim 15000 Mann zu Hilfe schickte. Es war eine Abschlagszahlung, daß Napoleon dem Grafen Cavour gestattete, in einer Sitzung des Pariser Kongresses im Namen Italiens gegen Österreich und die mit ihm verbündeten Fürsten der Halbinsel Beschwerde zu erheben.

Gegen Buols Politik wurde in Europa allgemeiner Tadel laut, man maß ihm die Schuld auch an den Schwankungen bei, durch die er selbst hart betroffen worden war. Sein hochfahrendes Wesen verletzte auch diejenigen deutschen Regierungen, die Österreich zugetan waren. Dennoch behauptete er sich im Amte und man glaubte es zu verstehen, wie dies möglich war: wie Bach rettete auch er sich auf das Floß der katholischen

Kirche und beide taten alles, um den Abschluß des Konkordats mit dem römischen Stuhl herbeizuführen. So wurde ihm viel verziehen.

In Deutschland änderte sich durch den Krimkrieg nichts an dem Verhältnis der beiden Großmächte. Auf dem Pariser Kongreß besserten sich wohl die Beziehungen zwischen Wien und Berlin, weil Österreich die Absicht Englands vereiteln half, Preußen von den Verhandlungen auszuschließen und es so für sein Festhalten am russischen Bündnisse zu bestrafen. Es war Buol jedoch nicht gelungen, Preußen in die antirussische Politik hineinzuziehen. Zar Alexander II. hat es dem Berliner Kabinett nie vergessen, daß es die einzige Macht war, die in wohlwollender Neutralität seine Grenzen deckte. Wohl waren die Verhältnisse am preußischen Hofe noch verworrener als in Wien, aber in diesem Punkte leistete die sonst unklare Politik Friedrich Wilhelms IV. seinem Staate einen erheblichen Dienst. Die Konservativen und Bismarck hatten ihn bestimmt, dem übereilt abgeschlossenen Bündnisse mit Österreich keine Folge zu leisten. Die Fehler und die Schwächen der österreichischen Politik ließen in Bismarck den Plan reifen, auf Kosten der Monarchie die Karte Europas zu ändern. Als Gesandter in Frankfurt setzte er den französischen Gesandten Grafen Gobineau — den später berühmt gewordenen Schriftsteller — in Erstaunen durch seine Prophezeiung, Österreich müsse in spätestens zwei Jahren Bankerott machen, das Zwangsanlehen wäre der erste Schritt dazu. Und zwei Jahre später bezeichnete er in seiner großen Denkschrift vom 18. Mai 1857 Frankreich als besten Bundesgenossen bei der Abrechnung mit Österreich. Als Buol nach dem Pariser Kongreß nach Frankfurt kam, machte er keinem der dortigen Gesandten einen Besuch, sondern ließ ihnen sagen, er wäre zu ihrem Empfange bereit; sie erschienen alle — mit Ausnahme Bismarcks, der sich nicht in den Schwarm mischen wollte. Im November 1855 eröffnete das Wiener Kabinett in süddeutschen Blättern einen Feldzug, in dem es den deutschen Höfen Vorwürfe über die mangelhafte Unterstützung seiner Orientpolitik machen und erklären ließ, Deutschland bedürfte eines Kaisers zur strafferen Führung der Bundesgeschäfte. So groß waren die Ansprüche

der österreichischen Diplomatie auf den Vorrang in Deutschland, aber schon war der Staatsmann zur Stelle, der die alten Verhältnisse von Grund aus ändern sollte. Und auch in Österreich war nach den Mißerfolgen dieser Jahre der Glaube an die Haltbarkeit des herrschenden Systems tief erschüttert. Die überflüssige Heeresrüstung, das Nationalanlehen und das Konkordat riefen den schärfsten Widerspruch hervor, der zumal bei den Deutschen obwaltete, während die anderen Nationalitäten noch durch die Versuche der Germanisation erbittert waren. Der ärgste Stoß aber wurde der Monarchie dadurch versetzt, daß die bisherigen Allianzen gelöst, keine neuen an ihre Stelle gesetzt wurden. Das sollte der eigentliche Anstoß zum Verluste der Vormacht in Deutschland und Italien werden.

VI. Buch

Der Kaiser, der Hof, die soziale Schichtung

Österreich war unter Kaiser Franz das Land des patriarchalischen Absolutismus, in dem die höchste Gewalt unbestritten herrschte, wogegen die Regierung die eingelebten Formen des politischen Lebens im ganzen unberührt ließ. Das galt besonders von dem Ständewesen und den Landtagen diesseits und jenseits der Leitha. Dies änderte sich seit der Revolution von 1848, weil die Machthaber durch sie den Eindruck erhielten, der Geist der Unbotmäßigkeit müsse mit starker Faust niedergehalten werden. Es war dieselbe Wandlung, wie sie in Frankreich nach der großen Revolution unter Napoleon I. eingetreten war, der die Ordnung gleichfalls durch Gewalt und durch Reformen wiederherstellte. Das frühere patriarchalische Regiment verwandelte sich in Österreich in einen Militärdespotismus, der in dem Fürsten Felix Schwarzenberg verkörpert war. Ebenso haben auch in Rom Bürgerkriege den Übergang zu einem alles gleichmachenden Cäsarismus gebildet. Es war in Wien nicht anders, nur trat der Bändiger der Volkserhebungen in Generalsuniform auf. Nach dem Tode Schwarzenbergs fiel die Weiterführung dieses Systems dem Kaiser Franz Joseph zu, doch fehlte jetzt der Gewaltherrschaft der Cäsar, da dieser Monarch von Jugend auf mehr Anlage zum Landesvater besaß, der lieber friedlich schlichtet als rauh gebietet. Er erinnert in seiner langen Regierung am meisten an jene Kaiser und Könige des Mittelalters, die, umgeben von trotzigen Vasallen, sich wohl mitunter dazu aufgerafft haben, einen von ihnen zu züchtigen, die sich aber lieber mit ihnen verglichen und abfanden. So hat es Kaiser Franz Joseph, nach=

dem der Absolutismus zusammengebrochen war, durch mehr als fünfzig Jahre mit den Nationalitäten und Parteien seines Reiches gehalten.

I. Kaiser Franz Joseph

Wie gewinnend die Erscheinung des jungen Kaisers war, schildert niemand besser als Bismarck gelegentlich seines Besuches in Wien im Jahre 1852; auch er stand unter dem Eindrucke dieser schlanken, elastischen Gestalt, dieser lebhaften blauen Augen, die damals noch froh und selbst übermütig in die Welt blickten. Am 29. Juli 1852 schreibt er an Manteuffel neben vielem anderen Guten: „Vom Kaiser höre ich von den jüngeren Herren, daß er alles mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten und Schlafentbehren an. Er steht um 4 Uhr auf, arbeitet rastlos . . ." Zwei Jahre früher sprach der preußische General v. Gerlach den Kaiser zu Teplitz und berichtet, wie klar er sich über die Erfahrungen der Kriege in Italien und Ungarn geäußert habe und welche Änderungen im österreichischen Kriegswesen er für notwendig hielt; Gerlach fügte dann hinzu[1]: „Alles sagte er sehr munter und natürlich, bescheiden und vornehm."

Die größte Eroberung machte der Kaiser an dem vielerfahrenen König Leopold I. von Belgien, der am 3. Juni 1853 an Königin Viktoria folgendes schrieb: „Den jungen Kaiser habe ich gern, wie ich gestehen muß, es liegt viel Gemüt und Kühnheit in seinen warmen, blauen Augen, und er hat eine gewisse liebenswürdige Fröhlichkeit, wenn er dazu Gelegenheit hat. Er ist schlank und graziös und selbst im Gewirr von Tänzern und Erzherzogen, alle in Uniform, kann er stets als ihr Haupt anerkannt werden. . . . Seine Formen sind vorzüglich und frei von Großspurigkeit oder Unbeholfenheit, sie sind einfach und, wenn er freundlich aufgelegt ist, wie er es zu mir war, sehr herzlich und natürlich. Er hält jedermann in Zucht, ohne daß er sich

[1] „Denkwürdigkeiten" Gerlachs zum 9. September 1850.

dabei den Anschein stark hervorgehobener Autorität gibt; er ist aber der Meister, und ihn umgibt ein gewisses Etwas, was Autorität verleiht, und was oft diejenigen, welche die Autorität haben, sich nicht aneignen oder ausüben können. Ich glaube, er kann streng sein, wenn es die Gelegenheit erfordert; er hat etwas sehr Mutiges an sich. Wir waren mehrere Male von Leuten aller Bevölkerungsklassen umgeben, und er war sicher ihrer Willkür preisgegeben, aber ich habe nie seinen mutigen Ausdruck sich verändern sehen, weder durch Vergnügen, noch durch Besorgnis" [1]). Und auf denselben Ton waren auch andere Urteile über den Kaiser gestimmt. So verzeichnet General Gerlach einmal in seinem Tagebuch: „Manteuffel ist ebenfalls von des Kaisers Franz Joseph Selbständigkeit und Mut sehr eingenommen; Schwarzenberg hat von ihm gesagt, er sei ein furchtloser Bursche."

Kübeck sprach vom Kaiser in dessen ersten Regierungsjahren in begeisterten Worten und rühmte besonders seine Wahrhaftigkeit. So heißt es an einer Stelle seines Tagebuches: „Er sagt nicht immer alles, aber das erfordert die gewöhnliche Klugheit. Aber was er sagt, ist wahr. Niemals wird er etwas äußern, was er nicht denkt oder fühlt." Später trübte sich das Verhältnis des Kaisers zum Präsidenten des Reichsrats, der sich zurückgesetzt glaubte, so daß von seiner Seite auch abfällige Ausdrücke fielen [2]).

Die Feuertaufe wurde Franz Joseph noch als Erzherzog unter den Augen Radetzkys im Gefecht von Santa Lucia (6. Mai 1848) zu teil, und gerne erzählte man sich, wie mutig er sich damals ins feindliche Feuer vorgewagt hatte, bis ihm der Feldmarschall nach vergeblicher Ermahnung zuletzt befehlen mußte, die gefährliche Stelle zu verlassen. Das zweite Mal zog er für kurze Zeit in den ungarischen Feldzug, wobei er nach dem Gefechte von Raab (28. Juni 1849) über die schon brennende Brücke in die Stadt einritt. Er war ein trefflicher, mutiger Reiter; als er einmal mit Kaiser Nikolaus durch eine Allee des Praters

---

[1]) „Königin Viktorias Briefwechsel und Tagebuchblätter" (Berlin 1908), 2. Band, S. 208.

[2]) Die betreffenden Stellen sind zum Teile in der Ausgabe von Kübecks Tagebüchern abgedruckt.

ritt, sprengte ein scheu gewordenes Pferd auf die Herrscher zu, er aber ergriff dessen Zügel mit fester Hand und brachte das Tier zum Stehen [1]).

In seinem äußeren Auftreten war der Kaiser als junger Herrscher in der Öffentlichkeit bestimmter und schärfer als später, da die Erfahrung und die Jahre alle Herbheit seines Wesens milderten. Seine Ratgeber und ebenso seine Mutter legten ihm dar, die österreichische Regierung hätte vor 1848 durch Schwäche und Untätigkeit gefehlt und dies müßte jetzt durch Energie gutgemacht werden. Mißtrauisch sah er deshalb auf Regungen von unten und zu Vitztum äußerte er sich einmal, als von der Opposition der Leipziger Universität gegen die sächsische Regierung die Rede war: zur Zeit seien die Professoren gefährlicher als die Studenten. So kam es, daß er sich als junger Mann im Verkehre mit den Menschen oft ablehnend verhielt. „Schwarzenbergs Lehren," so äußerte sich Kübeck 1854 im Familienkreise, „wirken noch nach bei den Audienzen. Wenn sich jemand beklagt und der Kaiser in der Lage wäre, manches zu erfahren, bricht er ab; denn man hat ihm gesagt und sagt ihm noch, es sei alles nur böses Gerede — man müsse sich nur nicht irre machen lassen". Dies erfuhr einmal auch Baron Josika, der Führer des konservativen ungarischen Adels, der bei einer Audienz die Gelegenheit ergreifen wollte, für sein Land zu sprechen, hiebei jedoch vom Kaiser mit den Worten unterbrochen wurde: „Sie waren ja auf der Bärenjagd, von der sollten Sie mir erzählen." Nicht selten kam es vor, daß er Personen, die er ansprach und die ein Wort gegen den herrschenden Polizeidruck wagten, den Rücken kehrte, wie wenn sie ihn persönlich verletzt hätten. Ausbrüche der Heftigkeit kamen vor, durch welche seine Umgebung daran erinnert wurde, daß er zögernden Gehorsam nicht dulden wollte. Mochte diese Herbheit mitunter verstimmen, so versöhnte der Kaiser doch wieder durch seine angeborene Leutseligkeit und die Einfachheit seines Ver-

---

[1]) Einiges aus eigener Beobachtung neben manchem Unzuverlässigen in der Schrift: „Moderne Imperatoren. Aus dem Tagebuche eines politischen Agenten". 2. Heft. „Franz Joseph I." (Köln und Leipzig 1867).

kehrs[1]). Hier liegt das Geheimnis, wie es kam, daß er die Menschen gewann und festhielt. Es gab wohl selten einen Herrscher, der die gewinnende Natürlichkeit des Wesens so glücklich mit vollendeter Würde vereinigte. Dieser Zusammenklang war ihm förmlich in die Wiege gelegt; er entfaltete jene Eigenschaften als Jüngling und bewahrte sie sich bis in sein spätes Alter. Das Gefühl für Takt und Würde ist ihm ein Erbteil von den Ahnen her; der großen Stellung seines Geschlechtes bewußt, bringt der Sohn Habsburgs die Majestät nicht erst durch erborgte Künste in Erinnerung.

Unter dem Einflusse der Erzherzogin Sophie und seines früheren Lehrers Kardinal Rauscher entschied der Kaiser in den Jahren des Absolutismus in den Bildungsfragen vorwiegend in streng kirchlichem Sinne. Ebenso war er damals der Presse ganz abhold und folgte hiebei, wie wir wissen, selbst gegen den Rat des Ministeriums mitunter den Vorschlägen des obersten Polizeichefs. Seine natürlichen Neigungen zogen ihn jedoch zu einer freieren Auffassung, die später in ihm auch durchdrang. Das zeigte sich schon damals in kleinen Zügen, wie sie zumal der Direktion des Burgtheaters kund wurden. Als die Zensurbehörde „Wallensteins Lager" endlich freigab, jedoch die Kapuzinerpredigt nicht durchlassen wollte, wurde die Entscheidung des Kaisers angerufen, der lächelnd das Verbot aufhob. Er befand sich gerade im Burgtheater, als bei der ersten Aufführung von Laubes „Montrose" 1859 eine an sich unverfängliche Stelle zu einer stürmischen Demonstration gegen das Konkordat Anlaß gab; man befürchtete den Zorn des Herrschers und das Verbot des Stückes, er aber ließ die Sache mit der Bemerkung fallen: es wäre allerdings zutage gekommen, daß die Mehrheit des Publikums dem Vertrage mit Rom ungünstig gesinnt sei. Und als 1859 die Schillerfeier von den Behörden ängstlich eingeengt werden sollte, Festlichkeiten unter freiem Himmel verwehrt wurden,

[1]) So sein gütiges Benehmen, als das Schiff, auf dem er einmal die Donau hinabfuhr, ein Leck erhielt; mehrmals wiederholte er zum Kommandanten der Donauflottille: „Machen Sie sich nichts daraus, Mollinary! Sie sind ja nicht Schuld daran" (Mollinary, „46 Jahre in der österreichisch-ungarischen Armee" I, S. 235. Vgl. auch I, S. 123).

entschied der Kaiser zweimal in freiem Sinne. Das Burgtheater stand unter seinem besonderen Schutze, aber er griff mitunter auch mit strengem Tadel ein, so 1850, als Wallenstein mangelhaft aufgeführt wurde. Damals kam an die Direktion ein Erlaß folgenden Inhalts: „Seine Majestät haben gegen das unterzeichnete Obersthofmeisteramt die Unzufriedenheit mit der Darstellung der Schillerschen Trilogie — vornehmlich am zweiten Abend — auszusprechen geruht und auf mehrere Gedächtnisfehler, welche sich Schauspieler ersten Ranges, vorzugsweise aber Devrient, zu schulden kommen ließen, hingewiesen. Es fehlte dieser Darstellung in ihren wichtigsten männlichen Partien Sicherheit, Feuer und Lebendigkeit, und sie entbehrte daher jener Kraft, jenes Schwunges, die man von einem Schillerschen Werke im Burgtheater zu erwarten berechtigt ist" [1]).

Die vielen hervorragenden Männer, mit denen Kaiser Franz Joseph über politische Dinge zu sprechen hatten, waren überrascht, welchen Einblick in weite Gebiete der öffentlichen Angelegenheiten er besaß. Seine Auffassung war immer rasch, sein Gedächtnis von ungewöhnlicher Sicherheit. Dazu der redliche Fleiß, den er den Geschäften widmete; niemals sprach er über wichtige Dinge obenhin und ohne orientiert zu sein. Aus seinen Unterredungen mit Kübeck zur Zeit der Aufhebung der Verfassung wissen wir, daß seine Ratgeber in ihren mündlichen oder schriftlichen Vorträgen dem jungen, erst zwanzigjährigen Manne gegenüber den Ton nicht etwa herabstimmen mußten. Sie konnten in ihren staatsrechtlichen Erörterungen alle Feinheiten spielen lassen und waren sicher, verstanden zu werden (Bd. I, S. 466). Dasselbe gewahrten die fremden Diplomaten bei ihren Anliegen. Nur so lange Schwarzenberg lebte, überließ der Kaiser seinem Minister die Führung der äußeren Politik, später aber pflog er trotz seiner Jugend mit den fremden Staatsmännern eingehende Erörterungen. Der erste derartige Bericht liegt über seine Unterredung mit dem russischen Gesandten Baron Meyendorf vom Februar 1854 vor, in deren Verlauf der Kaiser in tiefem Ernst aufmerksam machte, daß er dem Zaren bei seinem

[1]) A. v. Weilen, „Geschichte des Burgtheaters", II. Bd., 2. Abt., S. 152.

Anschlage auf die Türkei entgegentreten müßte, denn Österreich bestünde auf der Integrität des osmanischen Reiches. Er selbst und nicht sein Minister Graf Buol sagte hiebei das entscheidende Wort [1]). Hier war die Aufgabe des Kaisers verhältnismäßig einfach, weil den Russen eine klare Auskunft zu geben war. Ein Jahr darauf jedoch kam der französische Minister des Äußern Drouyn de l'Huys nach Wien in der Absicht, Österreich zu bestimmen, die Konsequenzen zu ziehen und gegen Rußland nicht bloß mit diplomatischen Mitteln, sondern mit den Waffen vorzugehen. Im Gespräche mit dem vielerfahrenen französischen Staatsmanne entzog sich der Kaiser gewandt und höflich diesem Ansinnen, ohne eine verletzende, aber auch ohne eine verpflichtende Wendung [2]). Ebenso sicher wurde von Franz Joseph eine lange Unterredung mit dem Prinzen Napoleon geführt, durch welche der Waffenstillstand von Villafranca am 8. Juli 1859 vorbereitet wurde. Der Bericht darüber ist deshalb ein zuverlässiges Zeugnis für die dialektische Fähigkeit des Monarchen, weil Prinz Napoleon früher wie später ein Gegner Österreichs war und nichts Ungünstiges verschwiegen hätte.

In allen diesen Dingen war Franz Joseph an Reife seinen Jahren voraus. Nur bewirkte die Fülle der auf ihn einstürmenden Ereignisse nicht selten, daß seine Entschlüsse nicht feststanden, daß er sich vielmehr unter fremder Einwirkung mit plötzlichem Wechsel des Urteils anders entschied. So geschah es nach dem Tode seines ersten Ministerpräsidenten, als er die Verfügung über dessen Nachfolge zu treffen hatte; er ließ sich damals völlig gegen Bach umstimmen. Nach dem unweisen Rate der Minister des Vormärz wurde kein Ministerpräsident mehr ernannt und also dem zweiundzwanzigjährigen Herrscher zugemutet, alle Entscheidungen selbst zu treffen. Kübeck und

---

[1]) Der Bericht Meyendorfs über dieses Gespräch ist in der „Étude diplomatique sur la guerre de la Crimée“ (Petersburg 1878, I. Band), einem offiziösen russischen Werke, abgedruckt. Über das unmittelbar vorhergehende Gespräch des Kaisers mit dem Grafen Orlow siehe Hübner, „Neun Jahre der Erinnerungen", zum 4. Februar 1854.

[2]) Der ausführliche Bericht darüber bei Harcourt, „Les quatre ministères de Mr. Drouyn de Lhuys“.

Metternich würden jedoch besser getan haben, für eine Regierungsmaschinerie zu sorgen, die geeignet war, die Einheit in der obersten Leitung zu sichern. Da sich nun in seiner Umgebung die alte und die neue Zeit befehdeten, da zudem in der deutschen und in der Balkanpolitik die verschiedensten Ansichten um Geltung rangen, so fiel dem Herrscher eine für seine Jahre nicht zu bewältigende Aufgabe zu. Das zeigte sich besonders in der Zeit des Krimkrieges und führte zu manchen Schwankungen, von denen bereits eingehend die Rede war [1]). Doch muß hervorgehoben werden, daß der Kaiser damals sowohl wie bei dem Zusammenstoße mit Preußen im Jahre 1850 den Ausschlag zur Erhaltung des Friedens gab; Ruhmsucht und Überhebung waren dem jungen, an der Spitze eines großen Heeres stehenden Monarchen fremd. Unerfreuliche Erscheinungen zeigten sich in der inneren Verwaltung besonders dann, wenn die Ministerkonferenz und der Reichsrat verschiedener Meinung waren. Metternich und Kübeck hätten sich erinnern sollen, daß unter ähnlichen Umständen Kaiser Franz bei seiner Unschlüssigkeit die wichtigsten Dinge jahrelang „in den Schubladen" liegen ließ. Das war bei Kaiser Franz Joseph nicht zu besorgen, doch ergaben sich daraus mehrfach Widersprüche in den Regierungshandlungen, die zu einem Wirrsal geführt haben würden, hätte nicht Bach mit großer Geschicklichkeit die Fäden zu verknüpfen verstanden. Als dann in und nach den unglücklichen Kriegen schweres Mißgeschick über das Reich hereinbrach, zeigte sich beim Herrscher ein Mangel an Selbstvertrauen, der ihn bestimmte, sich bald diesem, bald jenem Rate anzuvertrauen. Doch auch in den zwölf ersten Jahren seiner Regierung mußte verzeichnet werden, wie Bach mit Kübeck, wie während des Krimkrieges Buol mit Bruck und Heß, wie mitunter die ganze Ministerkonferenz abwechselnden Glückes mit dem Polizeichef Kempen um Einfluß gerungen haben. Diese Meinungsänderungen des Kaisers, über

[1]) Daher das scharfe Urteil Palmerstons über den Kaiser, abgedruckt bei Geffcken, „Zur Geschichte des orientalischen Krieges", S. 142; ebenso die unfreundlichen Ausführungen König Wilhelms von Württemberg, die in dem Briefe Bismarcks an General v. Gerlach vom 21. Dezember 1855 wiedergegeben sind.

die sich auch Radetzky einmal in einem Briefe an seine Tochter leise äußerte, hatten ihren Grund nicht etwa in innerem Wankelmut; nie hat Franz Joseph I. aus Laune und in unberechenbarer Stimmung den einmal eingeschlagenen Weg verlassen. Aber das Gewicht der Gründe zieht die handelnden Menschen nach verschiedenen Seiten, und da der Kaiser sich nur selten eines Ratgebers mit vollem Vertrauen bediente, so war er leicht Einwürfen zugänglich, die dem Gegenstande eine andere Seite abgewannen. Von selbst drängt sich hiebei der Ausspruch Grillparzers in Erinnerung, den er dem Kaiser Rudolf II. in den Mund legt: „Das schwerste ist der Entschluß und nicht die Tat". Doch ist nicht zu vergessen, daß keinem Herrscher Europas eine verwickeltere Aufgabe zugefallen ist, als dem Kaiser Franz Joseph, und daß kein Vorbild ihm sagen konnte, wie er sich zu den widerspruchsvollen Ansprüchen der Nationalitäten und Parteien verhalten solle.

II. Die kaiserliche Familie

Die kaiserliche Familie war sehr zahlreich, und es war die besondere Eigentümlichkeit des Wiener Hofes, daß er infolge der Thronentsagung Ferdinands I. eine ungewöhnliche Fülle hoher und höchster Persönlichkeiten in sich schloß. Kaiser Ferdinand lebte auf dem Schlosse Hradschin zu Prag bis zu seinem Tode im Jahre 1875, an seiner Seite seine Gemahlin Kaiserin Maria Anna. Außer ihr gab es noch eine andere alte Kaiserin, Karoline Auguste, die letzte der vier Gemahlinnen des Kaisers Franz. Weder die eine noch die andere dieser Frauen hatte Kinder; aber Karoline hatte nach dem Tode ihres Gemahls den Titel Kaiserin-Mutter erhalten — als Stiefmutter des regierenden Kaisers Ferdinand. Außerdem aber lebten die Eltern Franz Josephs I., Erzherzog Franz Karl bis 1878 und seine Gemahlin Sophie bis 1872. Es sprach für den Familiensinn des regierenden Hauses und für die Kindesliebe des Kaisers, daß sich daraus keine Reibungen ergaben.

Die hervorragendste dieser Persönlichkeiten war Erzherzogin

Sophie und ohne Zweifel gilt für den ersten Teil der Regierung Kaiser Franz Josephs, aber auch nur für diesen, das Wort eines französischen Historikers[1]: „In geistiger Beziehung blieb er der gut erzogene Mann, welchen Erzherzogin Sophie mit erfahrenen Händen geformt hatte.“ Der Gemahl der Erzherzogin stand völlig unter ihrem Einflusse, aber obwohl sie ihm nicht die Kraft zugetraut hatte, nach der Abdankung Kaiser Ferdinands selbst das Scepter zu führen, so war ihr Verhalten gegen ihn tadellos. „Sie ging,“ wie eine ihrer Hofdamen erzählt, „auf seine oft kleinlichen Liebhabereien ein und gab ihm ihre Überlegenheit nicht zu erkennen.“ Der Erzherzog unterordnete sich jedoch völlig seiner Gemahlin; als er einmal im Gespräche eine die ungarische Opposition entschuldigende Äußerung machte, fügte er sofort den Wunsch hinzu, seine Worte sollten der Erzherzogin nicht weitergesagt werden; wußte er doch, daß sie darin ganz anderer Meinung war. Er war eine wohlwollende und harmlose Natur, über deren Art und Grenzen Moriz Hartmann sehr gut nach einer 1848 einer deutsch-böhmischen Deputation gewährten Audienz berichtet[2]). Fast täglich sah man ihn, wenn er in Wien weilte, im Burgtheater, dessen Entwicklung er mit regem Anteil folgte. Er schätzte Laube als Direktor so hoch, daß er, als dieser nach dem Rücktritt von seiner Stellung das Wiener Stadttheater gründete, 20000 Gulden für das neue Institut zeichnete. Das war fast eine Demonstration dagegen, daß man den tüchtigen Mann vom Burgtheater verdrängt hatte.

Erzherzogin Sophie hat kein Hehl daraus gemacht, daß es für sie ein Opfer war, als sie ihren Gemahl vermochte, zu Gunsten ihres Sohnes der Krone zu entsagen; aber zum Besten des Staates verzichtete sie auf den kaiserlichen Rang. Als die tirolische Dichterin Walpurga Schindl, der sie gnädig zugetan war, ihr zur Thronbesteigung ihres Sohnes einen Glückwunsch sendete, antwortete sie am 5. Januar 1849 in einem abgeklärten, aber ihre Gefühle nicht verheimlichenden Briefe; sie sprach darin von dem Opfer, das ihr Gatte gebracht hatte, „auf das süße

[1]) E. Denis, „La Bohême depuis la Montagne Blanche“ II, S. 357.

[2]) M. Hartmann, „Bruchstücke revolutionärer Erinnerungen“ im 10. Bd. seiner Gesammelten Werke, S. 16 ff.

Recht zu verzichten, selbst für seiner Völker Glück zu sorgen"; sie selbst habe die Mutterangst auf sich genommen, „denn einem Sohne im 19. Jahre die schwere Last eines großen Reiches auf die zarten Schultern zu legen, ist keine geringe Bangigkeit für ein Mutterherz". Die Briefe an Walpurga Schindl sind bezeichnend für die Erzherzogin; denn sie schreibt wohl voll Güte und Herzlichkeit, aber immer mit der lehrhaften Absicht, Gottesfurcht und alttirolische Kaisertreue in ihr und ihrem Kreise zu befestigen [1]). Sie beachtet die ihr zugeschickten Verse der jungen Tirolerin kaum, sondern bewegt sich ganz in patriotischen und religiösen Ideen, denn immer wollte sie mit mütterlichen Predigten auf ihre Umgebung wirken. Wo sie eine Abirrung vom richtigen Pfade gewahrte, dort griff sie scharf durch: die Verfolgung des oberösterreichischen Bauernphilosophen Konrad Deubler wurde auf ihren Wink zurückgeführt [2]). Wenn man in den Vorwürfen gegen sie übers Ziel schoß, so war dies eine Folge ihres Wahrheitsmutes, der sie unfähig machte, Widerspruch gegen das sie Abstoßende zu unterdrücken. Es wurde im ersten Bande dieses Werkes erzählt, daß sie die Niederwerfung der Revolution leidenschaftlich und furchtlos betrieb; damals wie später sprach sie es offen aus, der Trotz der Völker müsse durch die strengsten Maßregeln gebrochen werden. Die Folge davon war, daß sie in Österreich, besonders aber in Ungarn das unpopulärste Mitglied der kaiserlichen Familie war, und daß man alle harten Maßregeln, besonders die Rückkehr zum Absolutismus, ihrem Einflusse zuschrieb. Sie trug diese Feindseligkeiten mit stolzem Sinne, und als der Hof im Oktober 1848 nach Olmütz flüchtete, wird sie als Mittelpunkt der Hofgesellschaft von einer der Damen ihres Kreises, von denen sie wie ein höheres Wesen verehrt wurde, folgendermaßen geschildert: „Die geliebte Erzherzogin Sophie versammelt jeden Abend die anwesenden Fürsten und den Hof bei sich zum Tee und hat trotz aller Gemüts-

---

[1]) Alois Brandl, „Erzherzogin Sophie von Österreich und eine tirolische Dichterin Walpurga Schindl" (Wien und Leipzig 1902). Die Erzherzogin hatte Walpurga, die Tochter einer Gastwirtin, bei ihren Spaziergängen um Innsbruck im Sommer 1848 kennen gelernt.

[2]) Das Nähere über Deubler im nächsten Bande.

bewegung und gegen sie verübten Schmähungen nichts von ihrer Huld, Milde und Freundlichkeit verloren"[1]).

Im Mai 1849 kehrte der Hof von Olmütz nach Wien zurück; als der Kaiser zum ersten Male im Burgtheater erschien, bereiteten ihm die Zuschauer einen begeisterten Empfang. „Man erinnert sich nicht," berichtete der preußische Gesandte Graf Bernstorff am 6. Juli 1849 nach Berlin, „selbst während des Taumels der Revolutionszeit solche Ausbrüche des Enthusiasmus erlebt zu haben." Als dann wieder der Friede einzog, war der Karneval von 1851 in Wien einer der lebhaftesten, da nach mehrjähriger Entsagung die alte Fröhlichkeit wieder in ihre Rechte trat; auch bei Hofe gab man sich der Faschingsfreude lebhaft hin. Wohl hatte der Kaiser bei dem Akte seiner Thronbesteigung gesagt, nun sei seine Jugend dahin; es war aber sein gutes Recht, daß er bei aller Hingabe an die Regierungsgeschäfte nicht bloß im Reiten und Jagen, sondern auch bei allen geselligen Vergnügungen seinen Mann stellte[2]).

Erzherzogin Sophie allein hatte bis zum 24. Februar 1851 bereits sieben Bälle gegeben. Über die Karnevalsfreude berichtet Baronin Scharnhorst in einem Briefe an eine Freundin: „Der Kaiser tanzt so gern und ganz vortrefflich, ohne zu schmeicheln ist er der beste Tänzer und auch der unermüdlichste. Was das für eine Evolution gibt, läßt sich nicht sagen. Die Offiziere tanzen aus Pflicht und Geschmack nach Kräften, die Komtessen schwelgen im Glück, des *Kaisers* Erwählte zu sein! Sie fliegen dahin wie von Oberons Horn beseelt und genießen das nun bald zu Ende gehende Glück" (das Ende des Faschings) „mit vollen Zügen. . . . Außer Sr. Majestät tanzen noch sechs Erzherzöge, Erzherzog Wilhelm, zwei Brüder des Kaisers und drei Söhne von Rainer, und alle mit Passion. Der Flor der jungen Mädchen ist bei weitem geringer als vor Jahren. . . . Aber einige schöne junge Frauen schmücken die Bälle und tanzen wütend!" Man wollte bemerken, daß der Kaiser die schöne Gräfin Elisabeth Ugarte (geboren 1822, gestorben 1896) besonders auszeichnete. Sie selbst schreibt darüber

[1]) So Baronin Scharnhorst, deren Briefe wie die der Gräfin Ugarte und anderer Persönlichkeiten in dem Buche „Hofdamenbriefe" veröffentlicht sind, das 1903 in Zürich herausgegeben wurde.

[2]) Der Ausspruch des Kaisers am 2. Dezember 1848: „Nun lebe wohl, meine Jugend" wurde schon in einer Rede Adolf Fischhofs im Kremsierer Reichstage gestreift. Vgl. die Biographie Fischhofs von Richard Charmatz.

an eine Freundin: „Die Hofbälle interessieren mich am meisten, da ich jedesmal mit unserem deliziösen Kaiser tanze. Schon zweimal den Kotillon, was, wie Du Dir denken kannst, großes Aufsehen machte und ma petite vanité doch etwas schmeichelte. Ich bin wie alle entzückt von unserem allerliebsten Monarchen, der alles, was man sich Gutes, Edles denken kann, in sich vereinigt. Er ist auch lieb in der Konversation und gewinnt mit jedemmal, daß man mit ihm spricht". Aber nicht lange lächelte der Gräfin die Sonne, denn bald darauf schreibt die Baronin Scharnhorst: „Die Ugarte tanzt wie 18 Jahre. Denke Dir, daß Se. Majestät nicht oder sehr selten mit ihr tanzt. Elle n'a pas le talent de conserver les affections und ist in eine sehr mondaine Gesellschaft geraten."

Dieses fröhliche Treiben wurde jäh durch das ruchlose Attentat unterbrochen, durch welches Johann Libenyi am 18. Februar 1853 das Leben des Kaisers gefährdete. Mit einer tiefen Wunde im Genick wurde er in die Hofburg zurückgebracht, die ersten Worte jedoch, die er seiner erschreckten Mutter sagte, lauteten: „Jetzt bin ich mit meinen Soldaten blessiert, das ist mir lieb" [1]. Denn kurz vorher waren bei dem Überfall zu Mailand zahlreiche österreichische Offiziere und Soldaten getötet und verwundet worden. Als vor der Krisis schwere Tage kamen und die Hofgesellschaft im Vorsaale des Krankenzimmers ängstlich auf Nachrichten wartete, öffnete sich die Türe, Erzherzogin Sophie trat heraus, durchschritt die Reihen und sagte die merkwürdigen Worte: „Ich gehe für den Mörder meines Sohnes zu beten." Die Teilnahme in Österreich und im Auslande war allgemein; unter vielen anderen Poeten sprach Friedrich Hebbel in einem schönen Gedichte seine Freude über die Rettung des Kaisers aus, ihn zugleich — Hebbel war großdeutsch gesinnt — als künftigen Herrscher des geeinigten Deutschland feiernd. Als Erzherzog Ferdinand Max einen Aufruf erließ, damit durch öffentliche Sammlungen der Bau einer Dankeskirche ermöglicht werde, flossen binnen wenigen Wochen 400 000 Gulden ein, und es erstand die Votivkirche Ferstels, eine der glücklichsten Schöpfungen dieser baufrohen Zeit.

Mit Spannung sah man der Wahl einer Lebensgefährtin

---

[1] „Zwei Briefe der Fürstin Lory Schwarzenberg an ihre Tochter Gräfin Marie Waldstein" in der „Österreichischen Rundschau" vom 15. September 1910.

durch den Kaiser entgegen. Bei Hofe war damals viel von seiner Verbindung mit der schönen und klugen Erzherzogin Elisabeth, der Tochter des Palatins Joseph, die Rede. Sie war ein Jahr jünger als der Kaiser und zu dieser Zeit nach einjähriger Ehe bereits Witwe nach Erzherzog Ferdinand von der Linie Este. Erzherzogin Sophie hätte jedoch, so heißt es, der Verbindung mit ihr widerraten, zumal da sie die Ehe des Kaisers mit einer ihrer bayerischen Nichten wünschte. Dazu nahm sie die Prinzessin Helene, die älteste Tochter ihrer Schwester Ludovica mit Herzog Max von Bayern, in Aussicht. Im Herbste 1853 lud die Mutter des Kaisers ihre Schwester mit den beiden Töchtern Helene und Elisabeth nach Ischl, um ihren Wunsch der Erfüllung zuzuführen. Aber die Wahl des Kaisers fiel nicht auf Helene, er faßte vielmehr für die jüngere, 16jährige Prinzessin Elisabeth eine so lebhafte Neigung, daß er sich mit ihr verlobte. Die Hochzeit wurde am 24. April 1854 zu Wien mit großem Gepränge gefeiert. Sechs Tage später reichte Erzherzogin Elisabeth ihrem Vetter Karl Ferdinand, dem Sohne des Siegers von Aspern, am Altare die Hand.

Der Liebreiz der Kaiserin Elisabeth ist von Dichtern besungen, von Malern verewigt, von allen, die ihr nahten, gepriesen worden. Sie schenkte ihrem Gatten zuerst zwei Mädchen: Sophie (geboren 1855) und Gisela (geboren 1856), von denen das erste jedoch schon mit zwei Jahren starb; dann kam 1858 der ersehnte Thronerbe, Erzherzog Rudolf, der 1889 durch eigene Hand den Tod finden sollte — wie jetzt mit Bestimmtheit gesagt werden kann.

Elisabeth wurde von ihrem Vater, Herzog Max, der sich gerne unter den Jägern und Bauern Oberbayerns bewegte, zur ausdauernden Fußgängerin, Bergsteigerin und Reiterin erzogen; in freier Luft fühlte sie sich immer am wohlsten. Doch ist die Erzählung, sie hätte mit ihrem Vater bei Bauerntänzen mit der Zither aufgespielt, grundlos, und sie selbst hat dies lächelnd in Abrede gestellt, da sie die Zither überhaupt nicht schlagen könne. Aber ihre Ursprünglichkeit, besonders ihre Abneigung, sich der Etikette einzuordnen, brachte sie bald zu Erzherzogin Sophie wie zu den strengen Hofdamen in Gegensatz. Die Erz-

herzogin nahm in ihrer energischen Art sofort die Erziehung der jungen Schwiegertochter in die Hand und wollte sie zu einer Kaiserin formen in der Art, wie sie selbst auf dem Throne geworden wäre. Sie stieß jedoch auf einen Unabhängigkeitssinn, der verwundet werden konnte, sich jedoch nicht beugen ließ; denn Elisabeth hatte ein starkes, stolzes Herz, dabei aber eine mimosenhafte Empfindlichkeit, so daß sie sich nicht zum Kampfe stellen konnte, vielmehr das Leid tief in sich selbst verschloß. So blieb sie durch ihr ganzes Leben. Doch raffte sie sich zum Widerstande auf, als die Erzherzogin mit Berufung auf einen älteren Brauch am Hofe darauf drang, die kaiserlichen Kinder fremder Aufsicht, getrennt von ihrer Mutter, zu übergeben. Dabei war die von der Erzherzogin getroffene Wahl der Baronin Welden zur Aja (Erzieherin) des Kronprinzen offenbar nicht glücklich [1]). Es war der uralte Gegensatz zwischen Schwiegermutter und Gattin, die sich den Sohn und Gemahl streitig machten; der Kaiser konnte die Verstimmungen nicht immer lösen [2]). Das alles blieb nicht unbekannt und im Volke nahm man Partei für die schöne junge Frau, während die Hofgesellschaft sich größtenteils auf die Seite der Erzherzogin schlug. Dies besonders deshalb, weil die Kaiserin ihre gewohnten Spaziergänge und weiten Ritte nicht gerne mit der Teilnahme an Festlichkeiten und endlosen kirchlichen Zeremonien vertauschte. Auch verlangte man von ihr eine strenge Einschränkung ihres Verkehrs; sie aber würde gerne Künstler und Schriftsteller herangezogen haben, was ihr jedoch verwehrt wurde. Als eine ihrer Damen einmal bemerkte, das wäre doch ein Unrecht, da Erzherzogin Sophie selbst mitunter Burgschauspieler, besonders Julie Rettich, zu sich lud, zitierte Kaiserin Elisabeth halb wehmütig, halb schalkhaft das lateinische Sprichwort, das untergeordneten Geschöpfen verbietet, was Jupiter sich gestatten darf. Nur für Ungarn wurde in späteren Jahren, als man das Land versöhnen wollte, eine Ausnahme zugelassen; was aber hier

---

[1]) „Hofdamenbriefe" S. 285. Über die Kinderjahre des Kaisers ist viel Anziehendes in dem 1911 veröffentlichten Tagebuche seiner ersten Pflegerin Louise v. Sturmfeder zu lesen.

[2]) „Hofdamenbriefe" S. 265.

der Dynastie nützlich sein konnte, schien für Österreich überflüssig [1]).

Erzherzogin Sophie empfand für literarische Dinge Anteil und stellte Grillparzer hoch, ohne daß nähere persönliche Beziehungen zwischen ihr und den Schriftstellern und Künstlern der Zeit bekannt geworden wären; eine Ausnahme bildete Oskar v. Redwitz, weil die seinem Epos Amaranth entströmende glühende katholische Gesinnung in den kirchlichen Kreisen Hoffnungen erweckte, die sich allerdings nicht erfüllen sollten. Die Interessen der Erzherzogin bezogen sich vorwiegend auf Staat und Kirche; am liebsten erwog sie mit Kardinal Rauscher, wie die ungläubige und revolutionäre Zeit zur Anerkennung der Autorität zurückgeführt werden könnte. So lange Schwarzenberg lebte, überließ sie dem von ihr hochgeschätzten Manne die Leitung. Nach seinem Tode aber rückte sie selbst an die erste Stelle und war die Stütze des absolutistischen Systems, besonders in dessen klerikaler Ausgestaltung, für die Schwarzenberg nicht zu gewinnen gewesen wäre. Über die Stellung der Dynastie dachte sie hoch und sagte einmal zu Vitzthum: „Eine Obrigkeit muß sein, und für den einzelnen ist es ohne Zweifel ehrenvoller, unter einem von Gott eingesetzten Herrscher zu stehen, als unter solchen, die ihre Wahl dem Zufall und der Willkür verdanken." Nun steht diese Auffassung im Widerspruche zu dem Worte des Apostels Paulus, daß jede Obrigkeit von Gott eingesetzt ist — also auch die republikanische. Aber nach den Stürmen der Revolution war man an den Höfen des

[1]) Über eine der von der Erzherzogin veranstalteten Vorlesungen Julie Rettichs berichtet Baron Scharnhorst und fügt dann hinzu: „Die geliebte Erzherzogin ist so unbeschreiblich liebenswürdig und gnädig gegen alle, die sie dazu eingeladen, daß es ein wahrer Genuß ist, die teure Fürstin geistvoll angeregt zu sehen." — Das Büchlein „Elisabeth, Kaiserin von Österreich" von der norwegischen Schriftstellerin Clara v. Tschudi (deutsch in der Reclam-Bibliothek) enthält zahlreiche unrichtige Angaben, wenn auch manche Stellen, so die über das Verhältnis der beiden hohen Frauen, offenbar guten mündlichen Mitteilungen entstammen. Als Quelle darf das Buch jedoch nicht benützt werden. — Die beste Charakteristik der Kaiserin, von der kundigsten Seite herrührend, ist der Aufsatz in der „Österreichischen Rundschau", 17. Band, 5. Heft.

Glaubens, Gottes Walten in den menschlichen Geschicken werde nur dann sichtbar, wenn sich die Völker durch die alten Herrscherhäuser regieren lassen. Folgerichtig stand die Erzherzogin auch dann auf seiten der staatlichen Allgewalt, wenn sich die Aristokratie durch sie zurückgesetzt fühlte. Nun aber beschwerten sich deren Mitglieder oft bei ihr über das Schwarzenberg-Bachsche Regiment, welches Adel, Bürger und Bauern zu strengem, alles gleichmachendem Gehorsam verhielt. Zeitweilig wurde sie darüber doch unruhig, und einmal ließ sie Kübeck rufen, der sich Mühe gab, sie über das zu beruhigen, was man „den demokratischen Gang der Dinge" nannte. Auf Bach hielt sie große Stücke, schon wegen seines im Kampfe gegen die Revolution bewiesenen Mutes; bereits in Olmütz zeichnete sie ihn öfters aus. In der äußeren Politik wirkte sie, wie wir bereits wissen, 1850 für den Frieden mit Preußen; während des Krimkriegs dagegen schwebte ihr eine Erweiterung der Macht Österreichs im Orient vor, und wäre es auch durch einen Kampf mit Rußland. Dies wie die Begünstigung der Bureaukratie auf Kosten des Adels erregte am Berliner Hofe Kopfschütteln, und ihre Schwester Königin Elisabeth von Preußen sprach sich, besonders weil Sophie die Gefahren des Bruches mit dem Zaren nicht zu würdigen wußte, abfällig über ihre politischen Fähigkeiten aus[1]). Im ganzen ist zu sagen, daß sie auch die staatlichen Probleme mehr mit starkem Gefühl, als in klarem Überblick erfaßte.

Ihrer Ehe entsproßten außer dem Kaiser noch drei Söhne, Ferdinand Max, Karl Ludwig und Ludwig Viktor, und alle ihre Kinder hingen mit ehrfürchtiger Liebe an ihr; eine Tochter wurde ihr schon im frühen Kindesalter entrissen. Das Schicksal des ersten Sohnes, des künftigen Kaisers Max von Mexiko, war durch seine phantasievolle Art bestimmt. Im Jahre 1832 geboren, wurde er fürs Seewesen bestimmt, was ihm Gelegenheit bot, von 1850 ab größere Reisen nach Griechenland, Kleinasien, Spanien und Algier zu unternehmen; unter seinen hinterlassenen Schriften findet sich ein Band „Mein erster Ausflug. Wanderungen in Griechenland". Weilte er in der Heimat,

[1]) „Denkwürdigkeiten Gerlachs" II, S. 582.

so genoß er gemeinsam mit seinem Bruder Karl Ludwig in den Rechts- und Staatswissenschaften den Unterricht Perthalers, von dem noch Rühmliches zu melden sein wird. Bei diesen gemeinsamen Studien, die von 1849—1854 dauerten, wurde Perthaler ihm ein naher Freund und Berater. Dann wurde der Erzherzog 1854 Marineoberkommandant, 1857 aber übernahm er das wichtige Amt des Generalgouverneurs in der Lombardei und Venetien, wobei ihm Perthaler als nächster Beamter zur Seite stand. Wie er in Mailand versöhnend waltete, soll noch erzählt werden. Das Jahr 1859 machte dieser Tätigkeit ein Ende; von da ab lebte er zumeist auf seinem Schlosse Miramar bei Triest, mit unbefriedigtem Ehrgeiz im Herzen, der ihn 1865 auf den mexikanischen Thron und 1867 in den Tod trieb. Bei seiner lebhaften, selbst unsteten Natur ergaben sich manche Gegensätze zu der positiven, aufs Praktische gerichteten Art des Kaisers; die von Ferdinand Max 1859 nach Südamerika unternommene Reise war eine Art Flucht aus den beengenden Verhältnissen, in die er nach dem Kriege von 1859 geriet [1]).

Zwei von den Mitgliedern der kaiserlichen Familie hatten in den Bewegungen von 1848 eine Rolle gespielt, Johann als deutscher Reichsverweser, und Stephan, der letzte Palatin von Ungarn. Erzherzog Johann entledigte sich, wie wir wissen, seiner Aufgabe mit großem Takt und wurde, als man ihm die Auszeichnung freistellte, dadurch belohnt, daß seine den Titel Baronin Brandhof führende Gemahlin, die Postmeisterstochter von Aussee, zur Gräfin von Meran erhoben wurde. Er lebte dann bis an seinen Tod 1859 hochangesehen in Graz, beschäftigt mit der Förderung gemeinnütziger Anstalten; dem absolutistischen System stand er bei seiner liberalen und versöhnlichen Gesinnung ablehnend gegenüber.

Unglücklich dagegen fiel das Los seines Neffen, des Erzherzogs Stephan. Zu Beginn der Revolution wurde er in

[1]) Näheres bei H. Friedjung, „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland" II, S. 455 (8. Aufl.). In dem 1861 erschienenen Roman von Leo Wolfram, „Dissolving views", sind diese Gegensätze mit stärkster Übertreibung zur Darstellung gebracht. — Über Erzherzog Albrecht näheres im letzten Bande dieses Werkes.

Ungarn von der Volksgunst emporgetragen; bei Hofe aber fand man ihn nicht ohne Grund schuldig, durch die Förderung der Sonderbestrebungen Ungarns die spätere Erhebung des Landes vorbereitet zu haben. Als sich der Konflikt zuspitzte, stellte Kossuth an ihn das Ansinnen, die ungarische Königskrone anzunehmen; solcher Verrat lag ihm jedoch fern und er legte, um nicht in den offenen Kampf hineingezogen zu werden, am 24. September 1848 die Würde des Palatins nieder; durch förmliche Flucht mußte er sich seinen ungarischen Drängern entziehen. Er wollte sich an das kaiserliche Hoflager begeben, erhielt aber auf der Reise dahin den ungnädigen Befehl Kaiser Ferdinands, den Boden Österreichs sofort zu verlassen. Er begab sich auf das Schloß Schaumburg im Nassauischen, das er von seiner Mutter geerbt hatte, seine Verbannung mit tiefem Leide tragend. Auch die revolutionäre Partei Ungarns brach über ihn den Stab, weil sie in der Erwartung getäuscht war, er werde als Palatin der Erhebung als Schild dienen. Kossuth ließ am 5. Dezember 1848 in seinem Rumpflandtage den leidenschaftlich ungerechten Beschluß annehmen, Stephan habe „nicht nur seine Pflicht vergessen, sondern auch sein Versprechen und seinen geleisteten Eid, das Vaterland zu verteidigen, meineidig gebrochen". So war er von beiden Seiten verfemt. Erzherzog Johann aber gab sich Mühe, die Versöhnung seines Neffen mit dem Hofe zustande zu bringen, was erst nach zehn Jahren, und auch nur äußerlich, gelang. Als 1858 die dritte Niederkunft der Kaiserin Elisabeth herannahte, wurde eine Vereinbarung getroffen des Inhalts: Stephan schickte an den Kaiser einen Brief, in dem er um die Erlaubnis bat, nach Laxenburg kommen zu dürfen, um nach der Entbindung seine Glückwünsche darzubringen; gleichzeitig erhielt er die Zusicherung, er werde gnädig empfangen werden, wenn er auch niemals mehr im öffentlichen Dienste verwendet werden könnte. Darauf reiste der Erzherzog nach Wien, wo er am 11. August 1858 vom Kaiser herzlich aufgenommen wurde, doch kehrte er schon am 23. September wieder nach Schaumburg zurück, um den Boden seines Vaterlandes nie mehr zu sehen. Bis an seinen Tod verfolgte ihn das Mißgeschick; denn er starb am 19. Februar 1867, wenige Tage, nachdem der Ausgleich

mit Ungarn durch die Ernennung des Ministeriums Andrassy so gut wie vollzogen war. Hätte er nur um weniges länger gelebt, so wäre er mit hohen Ehren in Ungarn aufgenommen worden, wo die von ihm vertretene Richtung zum Siege gelangte [1]).

III. Grünne und Heß

Die Schilderung der Verhältnisse am Hofe wäre ohne einen Blick auch auf die militärische Umgebung des Kaisers unvollständig. Hier war der erste Generaladjutant Graf Karl Ludwig v. Grünne die wichtigste Figur, ein Mann, der auf die Armee einen großen, freilich ungünstigen Einfluß übte [2]). Er verdankte sein jähes Emporkommen dem 1848 eingetretenen Thronwechsel. Geboren 1808, durchlief er zwar rasch die Grade bis zum Oberst, trat aber als solcher schon 1843 in den Hofdienst, zuerst als Kammervorsteher, dann als Obersthofmeister des Erzherzogs Stephan. Entscheidend für sein Leben war, daß er es ablehnte, länger in dessen Umgebung zu bleiben, als Stephan ins ungarische Lager einbog. Er erlangte seine Versetzung in die Armee Radetzkys, wurde aber, bevor er dahin abging, im August 1848 dem Erzherzog Franz Joseph als Obersthofmeister beigegeben. Von vornherein gewann er dessen Vertrauen und stieg sogleich hoch empor, als der junge Prinz am 2. Dezember desselben Jahres die Regierung antrat. Unmittelbar darauf erfolgte seine Ernennung zum Generaladjutanten und Chef der kaiserlichen

---

[1]) „Stephan Viktor, Erzherzog von Ungarn" (Wiesbaden 1868). Dieses auf zuverlässigen Quellen beruhende Buch wurde auf Veranlassung seines Bruders, des Erzherzogs Joseph, veröffentlicht. Auch Erzherzog Joseph litt bis zum Ausgleiche schwer unter diesen Verhältnissen und war bei Hofe vielfach angefeindet. Aber seine guten Soldateneigenschaften, besonders sein Verhalten in der Schlacht von Königgrätz, mußten doch anerkannt werden. Nach dem Ausgleich mit Ungarn rückte er als Honved-Oberkommandant in die vorderste Reihe.

[2]) Die Familie Grünne stammte aus Belgien und kam im 18. Jahrhundert nach Österreich. Über Karl Ludwig Graf Grünne vgl. Helfert, „Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848", and III, S. 384.

Militärkanzlei. Das war ein mächtiger Sprung nach oben, den sich Grünne weder durch seine Kenntnisse, noch durch Kriegserfahrung verdient hatte. Aber er war ein trefflicher Gesellschafter, witzig mit einer starken Beigabe von Bosheit, nach oben höfisch gewandt, nach unten rücksichtslos bis zur Brutalität, endlich bei mangelhafter Bildung von großer Schlauheit und für alle praktischen Fragen mit gesundem Menschenverstand ausgerüstet. Abgesehen von seinem nächsten Freundeskreise war er in der Armee verhaßt; es ist oft erzählt worden, daß er einer Deputation von Offizieren, die eine Gehaltsaufbesserung erbat und darauf hinwies, daß ein Leutnant noch immer wie in den napoleonischen Kriegen bloß 24 Gulden monatlich bezog, die höhnische Antwort gab: „Für 24 Gulden monatlich bekomme ich so viel Leutnants, als ich brauche." Die öffentliche Meinung mag bezüglich der Schädlichkeit seines Einflusses übertrieben haben, aber selbst sein Neffe, Graf Schönfeld, der ihn gern entschuldigen wollte, gibt zu, Grünne habe sich durch seine Stellung berauschen lassen, dabei aber sei er bei seinem Mangel an positivem Wissen nie die Angst los geworden, geistig überlegene Naturen könnten ihn zurückdrängen; deshalb habe er seine wirklichen oder vermeintlichen Rivalen schroff und hart behandelt. Wo er sich jedoch sicher fühlte, konnte er ein guter Kamerad sein, wie u. a. auch Benedek mit ihm in den besten Beziehungen stand; sie trafen sich freilich in ihrer Abneigung gegen die „Schriftgelehrten", besonders gegen Heß. Im allgemeinen aber war er so unbeliebt, daß selbst Polizeiberichte den Minister des Innern auf die gegen Grünne herrschende Erbitterung aufmerksam machten [1]).

Als Generaladjutant des Kaisers gewann er sogleich weitreichenden Einfluß auf die Besetzung der hohen Kommandostellen, ging hiebei oft nach Gunst vor und erregte die Unzufriedenheit der Kriegsleute, denn er hatte in den Feldzügen

[1]) Ein solcher Polizeibericht vom 23. Oktober 1850 befindet sich im Nachlasse Bachs und ist im Anhange zu diesem Bande unter Nr. 41 abgedruckt. — Das Urteil des Grafen Schönfeld befindet sich in dessen „Erinnerungen" S. 82. — H. Laube erhielt von Grünne bei ihrer einmaligen Begegnung einen guten Eindruck, „Erinnerungen 1841—1881", S. 158.

von 1848 und 1849 nicht mitgekämpft. Als General Graf Schlick, der sich im ungarischen Kriege ausgezeichnet hatte, einmal im Vorsaale des Kaisers Grünne traf, sagte dieser herablassend: „Ich habe von dem Grafen Schlick viel gehört" — dieser aber sagte zum Generaladjutanten des Kaisers die stolzen Worte: „Das glaube ich, von einem Grünne aber hat die Armee nichts zu hören bekommen." Schlick war immer einer von denjenigen, die der Generaladjutant bitter anfeindete. Radetzky, so meldete der preußische Gesandte am 4. September 1849 an seine Regierung, sah die Tätigkeit Grünnes mit Mißbehagen an und wünschte seinen Generalstabschef Heß in die Umgebung des Kaisers zu bringen. „Das dürfte allerdings viel für sich haben," fuhr Bernstorff fort. „Denn einerseits ist der Umstand nicht glücklich, daß die höhere militärische Umgebung Sr. Majestät ausschließlich aus Männern besteht, welche den Krieg nicht kennen, wie der Kriegsminister Gyulai und der Chef des Militärkabinetts, anderseits bedauert man allgemein, daß der selbst noch so jugendliche Monarch fast nur von jüngeren Leuten, zum Teil von ganz jungen Menschen umgeben ist und keinen älteren Mann von bedeutendem Gewicht in seiner unmittelbaren Nähe hat, welcher einen wohltätigen Einfluß auf ihn üben könnte." Und am 23. Oktober 1849 berichtet Bernstorff, Graf Gyulai habe auf das Kriegsministerium verzichtet, weil Grünne eine allzu ausgedehnte Einwirkung auf Organisationen und Besetzungen übe, so daß das Kriegsministerium zu einer administrativen Behörde herabsinke [1]). „Es wird überhaupt in der Armee vielfach über den Grafen Grünne geklagt, welcher selbst dem Kriege fremd ist und durch Rücksichtslosigkeit in dem Hin- und Herwerfen der höheren Befehlshaber viele persönlichen Interessen verletzt."

Diese Beschwerden und die Ratschläge Radetzkys bewirkten, daß Heß im September 1849 zum Generalquartiermeister (Generalstabschef) der Armee ernannt wurde. Im Jahre darauf wurde eine neue Verteilung der Geschäfte angeordnet, durch welche der Wirkungskreis Grünnes abgegrenzt werden sollte.

[1]) Gyulai blieb indessen noch bis zum 16. Juli 1850 im Amte.

Durch diese Organisation wurde zunächst das Kriegsministerium in den Hintergrund gedrängt und auf die Überwachung der Militäradministration beschränkt. Alle anderen Befugnisse wurden in der kaiserlichen Militärkanzlei vereinigt und diese in drei Gruppen geteilt. An die Spitze der ersten Abteilung, des Generalstabs, trat Heß, die Leitung der zweiten, die Inspektion über die Truppen, übernahm Graf Degenfeld; die dritte Abteilung bestand aus der Generaladjutantur mit Grünne als Chef. Aber die Hoffnung, Heß und Degenfeld — auch dieser ein erprobter Soldat — würden über Grünne die Oberhand behalten, schlug fehl. Dieser wußte sich mit der Zeit dem Kaiser unentbehrlich zu machen, und von 1855 etwa bis zum italienischen Kriege galt er in militärischen Dingen für allmächtig.

Nur bis zum Krimkrieg vermochte sich Heß dank seiner überlegenen Einsicht und Erfahrung Geltung zu verschaffen. Radetzky machte kein Hehl daraus, und wir wissen jetzt genauer aus den Denkwürdigkeiten des Generals Mollinary, daß Heß in den Feldzügen von 1848 und 1849 alle Entwürfe vorlegte und daß Radetzky ganz seinem Rate folgte. Doch hatte der alte Feldmarschall das große Verdienst, beim Ausbruch des Krieges Heß an seine Stelle und auf den richtigen Platz berufen zu haben — sehr zur Unzufriedenheit der Generäle Schönhals und Schlitter, die vorher die Geschäfte im Hauptquartier leiteten. Schönhals hat sich dadurch gerächt, daß er in seinen prächtig geschriebenen „Erinnerungen eines österreichischen Veteranen", dem Hauptwerke über die Feldzüge Radetzkys, den Namen seines Nebenbuhlers Heß auch nicht einmal erwähnte. Es war das Schicksal des Generals Heß, daß er in den nächsten Jahren ebenso auf die Feindschaft Grünnes stieß, ohne aber bei Hofe eine Stütze und einen Gönner zu finden wie früher in Radetzky. Heß verstand es nie, sich durchzusetzen, da seine Bescheidenheit, eine für den Privatmann löbliche Eigenschaft, den Eindruck der Schwäche, selbst der Furchtsamkeit hervorrief. Man hat ihn wegen seiner Schüchternheit einen Höfling genannt, aber mit Unrecht; er war der geborene Generalstabschef, dem jedoch die Haupteigenschaft des Feldherrn, die beherrschende Persönlichkeit, fehlte. Er hatte den Vorgesetzten notwendig, der seine großen Fähigkeiten zu benützen

verstand. Derselbe Mann riet jedoch im Felde immer zu entschlossener Offensive, so als er neben Radetzky wirkte, dann auch in seinen Feldzugsplänen gegen Preußen 1850 und gegen Rußland 1854. Das sind die Dokumente, aus denen sein militärischer Charakter am besten erhellt. Dabei konnte man ihn auch leicht verkennen, weil er in der Rede nicht gewandt war. Die Gedanken drängten sich in seinem Kopfe und kamen nur stoßweise zum Ausdruck. Dagegen waren seine Denkschriften, wenn auch altfränkisch in der Form, einleuchtend und voll weiter Gesichtspunkte. Mit Bruck war er, wie wir wissen, eng befreundet und stimmte in allen wichtigen Fragen mit ihm überein; und das wieder trug ihm die Gegnerschaft Kübecks ein, der die Ausblicke des Generals Heß in das politische und finanzielle Leben des Staates mit ungerechter Bitterkeit Phantastereien nannte. Nicht ohne Mühe gelang es Grünne, ihn in den Hintergrund zu schieben und das Ohr des Kaisers vollständig zu gewinnen. Heß, aus einer Beamtenfamilie stammend — sein Großvater wurde aus Würzburg an den Reichshofrat nach Wien berufen — war gegen den Grafen Grünne, den Gemahl der Gräfin Trauttmannsdorff, und gegen dessen Anhang in der Aristokratie von vornherein im Nachteil. Es wird noch zu erzählen sein, wie er im Kriege von 1859 unverdient zurückgesetzt wurde[1]).

Es war das Bestreben Grünnes, alle militärischen Machtbefugnisse in der kaiserlichen Militärkanzlei zu vereinigen, um

[1]) Für die diskrete Natur Heß' ist bezeichnend, daß er in seinem Testament den Auftrag gab, einen großen Teil seiner Papiere zu verbrennen, was ein unersetzlicher Verlust für die Geschichte Österreichs zu nennen ist. Seine Biographie ist noch nicht geschrieben; außer bei Mollinary findet man manches über ihn in (Freiherr v. Wattmann) „53 Jahre aus einem bewegten Leben", I. Band, besonders S. 411, und in des Grafen Schönfeld „Erinnerungen eines Ordonnanzoffiziers" S. 46. Selbst Prinz von Hohenlohe, der über die österreichischen Generäle fast nur Ungünstiges berichtet, erkennt die Bedeutung Heß' an („Aus meinem Leben" I, S. 255, 295, 296). Vgl. auch Gerlach, „Denkwürdigkeiten", II. Band, S. 37—40, und Gerlach an Bismarck vom 30. Juni 1853. Dagegen hat Kübeck in seinen Tagebüchern aus Abneigung gegen Bruck über den mit ihm befreundeten Heß mit unverdienter Härte geurteilt.

überall seine Hand zu haben. Diesen Zweck erfüllte die 1853 ins Leben gerufene neue Organisation. Damals wurde das Kriegsministerium vollständig aufgelöst und mit der Militärkanzlei zusammengelegt; die also geschaffene Behörde führte den Titel Allerhöchstes Armee-Oberkommando. Es sollte der Schein erweckt werden, als ob sich der Kaiser in militärischen Dingen die alleinige Entscheidung vorbehielte; tatsächlich aber wurde Grünne als Generaladjutant der maßgebende Mann. Wir wissen, daß die vormärzlichen Staatsmänner 1852 die Aufhebung des Amts eines Ministerpräsidenten erwirkten, indem sie die dem Kaiser schmeichelnde Auffassung vertraten, im absolutistischen Staate wäre der Herrscher sein eigener Ministerpräsident. Das Seitenstück hiezu war die Auflösung des Kriegsministeriums. Der eine Ratschlag war so zweckwidrig wie der andere, schon deshalb, weil der Kaiser mit der Verantwortlichkeit für jede Maßregel und jeden Fehlgriff belastet wurde. Im Allerhöchsten Armee-Oberkommando wurde Erzherzog Wilhelm zum Stellvertreter des Kaisers ernannt; er war eine einsichtige und pflichttreue Natur, von seinem Vater Erzherzog Karl zum Soldaten erzogen; aber die Seele der Verwaltung war Graf Grünne. Dieser wurde seit 1857 ständig der Ministerkonferenz zugezogen, was früher nur hie und da der Fall war. Alles ging durch seine Hand, und es machte ihm ein Vergnügen, Heß seine Macht fühlen zu lassen, wenn dieser auch innerhalb des Armeekommandos Chef des Generalstabs blieb. Durch das Zurückdrängen der gebildeten Offiziere wurde Grünne überhaupt der Armee zum Verhängnis. Erst der unglückliche Ausgang des Krieges von 1859 brachte den mächtigen Generaladjutanten zu Fall, der indessen bis 1875 Oberststallmeister und als solcher zwar nicht im Heere, aber bei Hofe eine wichtige Figur blieb.

Wenn man in jenen Jahren vom Hofe und den höfischen Mächten sprach, so dachte man dabei an Erzherzogin Sophie und den Grafen Grünne. So hoch auch die Mutter des Kaisers durch ihre vornehme Gesinnung den Generaladjutanten überragte, so wußte der geschmeidig-kluge Mann doch auch ihr Vertrauen zu gewinnen. Er stand gegenüber der jungen, schönen Kaiserin ganz auf ihrer Seite, schon deshalb, weil er fürchtete,

Elisabeth könnte ihren so natürlichen Einfluß auf den Kaiser in einer ihm unerwünschten Richtung zur Geltung bringen. Denn in ihr keimten und reiften freiere Gesinnungen über Kirche und Staat, welche das Kopfschütteln der klerikalen und absolutistischen Hofkreise erregten. Je bestimmter die Kaiserin sich von ihnen abwandte, desto mehr Feindseligkeiten hatte sie von ihnen zu erdulden; am meisten, als sie den Ausgleich mit Ungarn befürwortete und Männer wie Deak und Andrassy in ihr Vertrauen zog. In diesen Jahren wurde manches über sie verbreitet, was dem Rufe der edlen Herrscherin abträglich sein sollte. Viel Schuld lud damals Grünne auf sich, für dessen Zynismus eine reine Natur wie Kaiserin Elisabeth ein Rätsel war. Einige Jahre nach Niederlegung seines Amtes geschah es, daß er von einer schweren Krankheit heimgesucht wurde. Als er sich dem Tode nahe glaubte, fühlte er das Bedürfnis, die Kaiserin noch einmal zu sehen und sein Unrecht gutzumachen. Elisabeth, von seinem Wunsche in Kenntnis gesetzt, eilte großmütig an sein Krankenbett, und Graf Grünne bat sie für alles Schlimme, das er ihr angetan hatte, um Verzeihung. Die in Tränen aufgelöste Kaiserin reichte ihm tief ergriffen die Hand zur Verzeihung und zum Kusse; sie löste ein Amulett, das sie auf einer ihrer weiten Reisen als heilbringend erworben hatte, von ihrer Kette und schenkte es ihm mit dem Wunsche seiner Genesung. Als Elisabeth das Krankenzimmer in tiefer Bewegung verließ, dankte ihr die Tochter des Kranken, Gräfin Szechenyi, so innig, daß sie nur mit Mühe verhindert werden konnte, ihr zu Füßen zu fallen. Ob es nun die edle Gesinnung Elisabeths war, die dem Grafen Glück brachte — genug, er genas, fühlte sich überwunden und erkannte bis an seinen 1884 erfolgten Tod dankbar an, wie großmütig ihm verziehen worden war. Jene Gegnerschaften spielen bereits in die Geschichte des Ausgleichs mit Ungarn hinein; während Elisabeth für eine freiere Staatsauffassung und für Ungarn eintrat, wirkte die Mutter des Kaisers gegen den Ausgleich und gegen die modernen Ideen. Den Schleier von diesen Vorgängen zu heben, ist Aufgabe einer späteren Geschichtschreibung.

IV. Die Aristokratie

Das Geschlecht des österreichischen Adels, das unter dem Einflusse der Aufklärung und der josephinischen Ideen aufwuchs, nahm einen rühmlichen Anteil an dem geistigen Leben seiner Zeit; die Freunde und Gönner Beethovens sind dafür das bekannteste Beispiel. Zur Zeit des Wiener Kongresses fiel es den Fremden oft auf, daß die ältere Generation des hohen Adels freigeistig, die jüngere dagegen streng kirchlich dachte und die modernen Ideen ablehnte. Die Wandlung hatte sich von selbst ergeben: die Väter wurzelten noch in der Bildung des 18. Jahrhunderts, die Söhne waren bereits durch die Revolution geschreckt und deshalb mißtrauisch gegen die Bewegungen der Zeit. In dieser Epoche bildete sich unterhalb des Adels eine neue Schichte der Gesellschaft, wohlhabend gewordene Bürgerliche, die mit den Beamten, mit Künstlern und Professoren die eigentlichen Träger der geistigen Kultur wurden. Das Eindringen dieser Klasse in den obersten Kreis des Hofes und des Adels, der sich schlechtweg „die Gesellschaft" nannte, wurde bestimmt abgelehnt und so blieb es bis auf den heutigen Tag. Wohl verkehrten vorurteilslose Mitglieder des hohen Adels, nie aber ihre Frauen und Töchter in der zweiten Gesellschaft; und die adeligen Damen haben die Scheidewand mit besonderer Strenge festgehalten, mochten sich auch einzelne, wie die Fürstinnen Luise Schönburg und Eleonore (Lori) Schwarzenberg, die Schwester und die Schwägerin des Ministerpräsidenten, durch Bildung und Temperament von der Mehrzahl abheben. Andere, wie die Fürstin Alexandrine Dietrichstein, trieben den Kult der Kaste bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auf die Spitze, so zwar, daß in den Olymp, wie man ihren Kreis scherzhaft nannte, auch fremde Gesandte nur dann Zutritt hatten, wenn sie der Aristokratie angehörten. Das alles gilt für den Stand als solchen, denn einzelne vornehme Persönlichkeiten, wie Graf Anton Auersperg und Fürst Friedrich Schwarzenberg, haben auch mit Männern des Geistesadels in guter Kameradschaft gelebt. Besonders auffallend ist seit der Julirevolution die Abkehr der Aristokratie von der Teilnahme an Musik und den

bildenden Künsten: in der Zeit, mit der wir uns beschäftigen, ist keine einzige Persönlichkeit aus ihrer Mitte zu nennen, die in der Entfaltung der Künste eine Spur zurückgelassen hätte. Diese für einen reichen und prachtliebenden Adel traurige Erscheinung findet in anderen Ländern kaum eine Analogie. Doch gilt dies alles nur für Österreich, denn der ungarische Adel hat seinen Namen in die Bildungsgeschichte seines Landes ehrenvoll eingeschrieben; auch hat das letzte Drittel des Jahrhunderts überhaupt eine Wandlung zum Guten gebracht. Der amerikanische Gesandte Motley, der 1861—1867 in Wien weilte, wirft in seinen Briefen halb unwillig, halb naiv die Frage auf, ob es denn in Wien auch berühmte Namen in Kunst und Wissenschaft gebe; er wenigstens habe keinen Mann dieser Art in der vornehmen Gesellschaft getroffen. Es stand und steht jedoch in Österreich immer so, daß Männer von Geist etwaige Beziehungen zur Aristokratie nur vorsichtig und zurückhaltend pflegen und sie lieber fallen lassen, als daß sie für Eindringlinge gelten wollten.

Diese Oberschichte nun erhob nach 1848 den Anspruch auf die frühere privilegierte Stellung im Staate. Die Revolution war, wie im ersten Bande dieses Werkes dargelegt ist, nur politisch besiegt, während ihre sozialen Forderungen gerade durch den Absolutismus in vielen Belangen durchgesetzt wurden [1]. Nicht bloß die Frohnden wurden abgeschafft; es hörte auch der Unterschied zwischen adeligem und städtischem Grundeigentum insofern auf, daß jedermann adeligen und bürgerlichen Besitz erwerben durfte; die geschlossenen Bauernhöfe waren noch bis etwa 1868 geschützt und nur die Fideikommisse blieben bis zum heutigen Tage ausgenommen. Ebenso machte die Revolution der früheren ständischen Ordnung im Rechtsleben ein Ende; es gab keine gesonderte Rechtspflege mehr für den Adel, den Bürger und den Bauer, die früher jeder einen eigenen Gerichtsstand gehabt hatten, der Adel in den Landrechten und den Kollegialgerichten, der Bürger in den Magistraten, der Bauer in den Patrimonialgerichten. Statt dessen traten durch die Schmerling-Bachsche Justizreform einheitliche Gerichte für alle Staats-

[1]) Vgl. das 11. Buch des I. Bandes „Sozialpolitik und Sozialreform“.

bürger in Kraft. So hörte die frühere Trennung der Gesellschaftsklassen nach den Merkmalen der Rechtsstellung auf. Es blieb noch das durch eine strenge Etikette geschützte Vorrecht des Adels bei Hofe wie überhaupt die soziale Sonderung, und diese verschärfte sich eher, weil die Aristokratie sich nur mehr dadurch abschließen konnte.

In diesen Kreisen blickte man mit Neid auf Preußen, wo sich nach 1848 ein straffes Junkerregiment auftat. Prinz Ludwig Windisch-Grätz, der Sohn des Feldmarschalls, schrieb Ende 1850 in sein Tagebuch: „Das erfolgreiche Wirken der konservativen Partei in Preußen fängt an, wenn auch spät, unseren Adel aufzurütteln". Zu jener Zeit schuf Karl Julius Stahl, der geistige Führer dieser Partei, die den Wünschen des preußischen Adels willkommene Staatslehre, die von Ludwig v. Gerlach in der wöchentlichen Rundschau der „Kreuzzeitung" auf die Ereignisse des Tages angewendet wurde. Diese Einflüsse haben auf die jüngeren Mitglieder der österreichischen Aristokratie stark eingewirkt, und ihr späterer Führer Graf Heinrich Clam-Martinitz nahm Grundsätze solcher Art in sein Programm auf. In diesem Geiste schildert der preußische Gesandte in Wien, Graf Bernstorff, Bach als verkappten Liberalen, und man konnte es sich in Berlin nicht erklären, daß Erzherzogin Sophie diesen Minister gegen seine Widersacher schützte[1]. Ebensowenig konnte man

---

[1]) Dies alles ergibt sich natürlich aus den widerstreitenden sozialen Interessen; dazu kamen noch die dicken Vorurteile, von denen Männer wie General Leopold v. Gerlach erfüllt waren. Wie sich in dessen Augen und denen seiner Freunde die Welt spiegelte, geht aus seinen „Denkwürdigkeiten", so aus den Aufzeichnungen vom 27. Mai, 7. und 20. Oktober 1853 deutlich hervor. Auch L. Schneider, der Vorleser des Prinzen von Preußen, gehörte diesem Kreise an, der seine besonderen Quellen hatte. Darüber berichtete Gerlach zum 7. Oktober 1853: „Das Sonderbarste in Schneiders Erzählung war, daß ihm ein bei Grünne angestellter Hauptmann Friede, den die Königin sehr wohl kennt und der ein manquierter Offizier ist, die Erzherzogin Sophie als die eigentliche Beschützerin des Liberalismus in Österreich geschildert hat. Sie hielte Bach, hätte Laube nach Wien gebracht usw. Ohne ihre Grundsätze zu teilen, folgte Grünne ihren Weisungen. Das ist nicht unmöglich. Die Erzherzoge Ludwig und Franz Karl haben Metternich zum Rücktritt bewogen und vor der Revolution das Gewehr gestreckt. Ich bringe damit auch das Mißtrauen der Erzherzogin gegen mich in Verbindung."

es sich erklären, daß die österreichische Regierung nicht dem altkonservativen Adel Ungarns die Hand zur Versöhnung bot.

In Österreich wurde Fürst Alfred Windisch-Grätz als Haupt dieser Parteirichtung angesehen, von dessen Kampf gegen seinen Schwager Felix Schwarzenberg bereits mehrfach die Rede war. Wiewohl sein Ansehen durch den mißglückten Feldzug in Ungarn einen Stoß erlitten hatte, genoß er infolge seines ehrenfesten Charakters bei Hofe und im Adel hohe Achtung. Kübeck schrieb am 19. Juli 1849 in sein Tagebuch: „Er trägt seine Entfernung (vom Armeekommando) und die Schmähungen, welche das Gift der Revolution über ihn ergießt, mit wahrer Seelengröße". Er zog sich zunächst auf seine Güter zurück, kam aber im Winter 1850 wieder nach Wien. Sein Sohn Ludwig berichtet darüber folgendes: „Dieser viermonatliche Aufenthalt in Wien hat meinen Vater als den Mittelpunkt einer leider nicht tätigen, aber doch unleugbar konservativen Partei dargetan. Er tut nichts, aber er wartet ab, um eventuell Chance zu ergreifen, wo er noch der Monarchie nützen möchte." Diese Zeit kam aber für ihn nicht mehr, da sich das Bachsche System befestigte. Interessante Züge über Windisch-Grätz berichtet Hebbel in seinem Tagebuch (zum 27. März 1862). So erzählte Fürst Friedrich Schwarzenberg dem Dichter folgendes: „Jedem bürgerlichen Offizier bestätigte er, daß er brav vorm Feinde sei; bei jedem adeligen ließ er es weg, weil sich bei diesem die Courage ‚von selbst verstehe'." Hebbel fand, dieser Zug wäre noch ärger als der dem Fürsten fälschlich zugeschriebene Ausspruch, der Mensch finge beim Baron an. Er starb 1862, nicht ohne vorher den Segen des Papstes erhalten zu haben; um ihn würdig zu empfangen, ließ sich der dem Tod geweihte Mann die Feldmarschallsuniform anlegen. Noch bezeichnender war, daß seiner Verfügung gemäß nach seinem Hinscheiden in der amtlichen Wiener Zeitung ein am 13. März 1862 geschriebener Abschiedsbrief an die Windisch-Grätz-Kürassiere erschien folgenden Wortlauts: „An mein Regiment! Ich kann die Welt nicht verlassen, ohne mein tapferes Regiment zu grüßen. Sowie ich hienieden stets lebhafte Teilnahme für dasselbe gefühlt habe, so werde ich auch jenseits, wenn dies möglich ist, seine Taten und Schicksale verfolgen."

In denselben Überzeugungen wurzelte Fürst Friedrich Schwarzenberg, der Landsknecht zubenannt [1]). Diesen Namen führte er daher, weil er 1830 mit den Franzosen gegen Algier gefochten hatte, später mit den Karlisten in Spanien, hierauf 1847 mit der katholischen Partei im Schweizer Sonderbundskriege. Immer stellte er seinen Degen der christlichen oder streng legitimistischen Sache zur Verfügung. Auch seine zahlreichen Schriften atmen denselben Geist. Die Novellen und Skizzen, die er in der Sammlung „Aus dem Wanderbuch eines verabschiedeten Landsknechts" und anderwärts veröffentlichte, sind von geringer Bedeutung und wurden schon bei seinen Lebzeiten wenig beachtet. Außerdem aber schrieb er sich alle politische Begeisterung und allen Ärger in zahlreichen Schriften vom Halse, die er in losen Blättern und Heften, ohne Namen und ohne Druckort, vervielfältigen ließ, um sie in seinem Bekanntenkreise zu verteilen. Hier lernt man ihn ganz kennen, seine selbstlose Gesinnung, aber auch seine aristokratischen und legitimistischen Vorurteile. Hebbel und Laube, die mit ihm darob oft in scharfen Widerstreit gerieten, haben ihn persönlich hochgeschätzt und stets als vornehme ritterliche Erscheinung seiner Kaste gewürdigt. Sein Haß gegen alle Revolution ging so weit, daß er in einem seiner Aufsätze sein Bedauern darüber aussprach, daß Windisch-Grätz das eroberte Wien, dieses „Schandnest mit seinen ebenso niederträchtigen als stupiden Bewohnern" nicht in Flammen hatte aufgehen lassen [2]). Obwohl der Landsknecht sich als deutscher Dichter fühlte, findet sich bei ihm doch schon die politische Abneigung gegen seine deutsch-österreichischen

[1]) Die beste Würdigung Schwarzenbergs rührt von Helene Bettelheim-Gabillon her in ihrem Aufsatze „Fürst Friedrich Schwarzenberg" in der „Österreichischen Rundschau" vom 15. Januar und 1. Februar 1910.

[2]) Er schickte das Manuskript an Hebbel, der ihn hoch hielt, aber in seiner Antwort diese Verirrung kräftig zurückwies; er verarge es dem Fürsten nicht, daß er seinem Freunde Alfred Windisch-Grätz einige Lorbeeren wünsche; die Flammen einer harmlosen, von ihren natürlichen Beschützern im Stich gelassenen Stadt würden aber dazu nicht beigetragen haben; „eine solche Tat konnte ja auch ein Feldwebel vollbringen und die ungarischen Schlachtfelder hätten jedenfalls einen besseren Boden abgegeben". Der ganze Brief in Hebbels Tagebüchern zum 8. Juni 1857.

Landsleute, die später bei seinen böhmischen Standesgenossen in die Halme schießen sollte. Er findet, das Jahr 1848 habe den Beweis geliefert, daß das Kaiserhaus besser täte, sich auf Magyaren und Slawen zu stützen, denn die Revolution wäre nur in Wien antimonarchisch gewesen, in Ungarn und Böhmen hätte es sich bloß um das nationale Prinzip gehandelt, nicht aber um das dynastische. Das ist angesichts der Absetzung des Hauses Habsburg durch den Debrecziner Reichstag eine starke Behauptung; sie erklärte sich aber dadurch, daß Schwarzenberg sich durch den bürgerlich-demokratischen Charakter der Wiener Erhebung abgestoßen fühlte, während er die leitende Stellung des ungarischen Adels in seinem Lande mit Wohlgefallen betrachtete. Er stand auch nach 1861 auf seiten der Tschechen, obwohl er ihrer Sprache nicht kundig war; deutsch und liberal deckte sich damals und erweckte seine tiefe Abneigung. So lebte, so starb er; als er 1870 sein Ende kommen sah, nahm er von seiner weinenden Dienerschaft herzlichen Abschied, dann aber rief er — damals war das ihm verhaßte Bürgerministerium am Ruder — mit dem letzten Ausbruche sarkastischer Laune: „Nun grüßt mir noch den Giskra!"

Im böhmischen Adel zeigte sich bereits ein leiser tschechischer Anhauch, doch keine halbwegs ernste Teilnahme für nationale Bestrebungen, bloß eine unparteiische Gleichgültigkeit für geistiges Leben unter Deutschen wie Slawen. Anders in Ungarn, wo die Aristokratie für alle politischen und Bildungsbestrebungen einstand. Hier bildeten die Altkonservativen mit dem Baron Samuel Josika und dem Grafen Georg Apponyi an der Spitze die Gruppe, die dem Kreise um Windisch-Grätz nahestand. In bezug auf die ungarische Frage war auch der österreichische konservative Adel der Ansicht, daß die Wiederherstellung der politischen Vorrechte des Komitatsadels gerecht und nützlich wäre. Die ungarischen Altkonservativen waren aber ihren österreichischen Freunden an Geist und politischer Einsicht überlegen, und nur Baron Viktor Andrian konnte den Ungarn an die Seite gestellt werden. Er versuchte den altständischen Adel zu einer Partei zu organisieren, wozu sich der Anlaß nach der am 31. Dezember 1851 erfolgten Aufhebung der Verfassung zu bieten schien.

In der Stadionschen Verfassung vom 4. März 1849 ging der Adel leer aus, wie denn ihr Grundgedanke war, den Staat auf der Mitwirkung des besitzenden Bürgertums aufzubauen. Der Widerstand der Aristokratie war deshalb einer der wichtigsten Gründe, weshalb sie nie in Kraft treten sollte. Aber auch das absolutistische Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 befriedigte sie nicht, weil es im wesentlichen eine streng bureaukratische Verwaltung einsetzte. Wohl wurden darin dem Adel einige allgemeine Zusagen gemacht: er sollte in den einzelnen Kronländern als Korporation organisiert werden; tunliche Erleichterung zur Errichtung von Majoraten und Fideikommissen wurde in Aussicht gestellt; weiter — und das entsprach einem Lieblingswunsche des Adels — wollte man den großen Grundbesitz aus den Landgemeinden ausscheiden. Auch sollte er in den neu zu bildenden Kreis- und Bezirksausschüssen eine gewichtige Stimmenzahl erhalten. Aber all das blieb auf dem Papier. Nur ein Liebesdienst wurde dem Grundadel erwiesen: da er sich beschwerte, daß ihm die Pachtung der Jagden durch die Gemeinden erschwert werde, so wurden die staatlichen Organe, die Bezirksämter, ermächtigt, die Jagd auch ohne öffentliche Feilbietung zu verpachten[1]).

Nach der Aufhebung der Verfassung vom 4. März 1849 erhob sich eine weitere Streitfrage zwischen der Regierung und der altständischen Opposition. Diese drang nämlich darauf, daß die Rechte der früheren Landtage — die im wesentlichen eine Organisation und Vertretung des adeligen Standes gewesen waren — wieder zur Geltung kommen sollen. Die Sache hatte zunächst die praktische Wichtigkeit, daß die früheren Landstände der Provinzen überall ein Vermögen besessen hatten, welches für Humanitäts- und Bildungsanstalten verwendet worden war; zur Verwaltung waren von den Landtagen eigene Ausschüsse (Verordnetenkollegien) eingesetzt. Diese letzteren amtierten auch weiter, obwohl die Landtage seit 1848 nicht mehr einberufen wurden; so waren diese Landesausschüsse die letzten Überreste aus der ständischen Zeit. Sie wurden Ende 1849

[1]) Ministerialerlaß vom 15. Dezember 1852.

vom Kaiser in ihrer Wirksamkeit bestätigt und es ward zugleich bestimmt, daß sie im Amte bleiben sollten, bis die neuen Stadion-Bachschen Landesverfassungen in Kraft getreten wären. Nun aber verschwanden auch diese Statuten durch das Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 in einer Versenkung; was sollte also mit den Landesausschüssen und mit dem von ihnen verwalteten Vermögen, mit deren Spitälern, Schulen und Stiftungen geschehen?

Die Anhänger des Ständewesens fanden die Antwort selbstverständlich: da die in und nach der Revolution begründete neue Ordnung zusammengebrochen war, so lebten ihrer Ansicht nach die alten Stände von selbst wieder auf. Ihr Recht, so wurde ausgeführt, war nie erloschen, ja es bildete die einzige aus der Vergangenheit herüberreichende Grundlage eines Neubaues. Damit erhob sich in den deutsch-slawischen Landen wieder der Ruf nach dem historischen Recht — aber wohlgemerkt nur im Kreise des Adels; denn im Volke sah man darin nur den Wunsch nach Wiederherstellung der alten Privilegien. So dachten die Tschechen damals wie die Deutschen; es wird im nächsten Bande zu erzählen sein, wie erst 1860 der Bund zwischen der tschechischen Nationalpartei und dem böhmischen Feudaladel zustande kam.

Indessen gab es unter den Männern der altständischen Richtung manche, denen es ferne lag, auf diesem Wege zu veralteten politischen Formen zurückzukehren, die aber in der Belebung provinzieller Autonomie ein Gegengewicht gegen die Staatsallmacht und den alles aufsaugenden bureaukratischen Zentralismus sahen. Dazu sollte der historische Unterbau dienen. Es war bereits die Rede davon, daß Viktor Freiherr v. Andrian der hervorragendste Vertreter dieser Richtung war. Immer hatte er die Alleinherrschaft der Bureaukratie bekämpft, stets auf England und Ungarn als Vorbilder für Selbstverwaltung mit kräftigem aristokratischen Einschlag hingewiesen. Er, der frühere Vizepräsident des deutschen Parlaments, würde sich dagegen verwahrt haben, mit Alfred Windisch-Grätz oder mit dem Landsknecht politisch zusammengeworfen zu werden; jetzt aber wirkte er mit der altständischen Partei zusammen, von der er sich unter anderen Verhältnissen wohl bald getrennt hätte; denn er gehörte

innerlich zu der Gruppe von Autonomisten, die später in Moritz v. Kaiserfeld den Führer gewannen[1]).

Andrian plante schon im August 1850 eine Zusammenkunft der aristokratischen Opposition in Wien[2]), im Februar 1852 kam es dann zu Besprechungen, bei denen man sich über die Haltung der Landesausschüsse in den Provinzen einigte. Es wurde beschlossen, die Wiedereinberufung der Landtage nach vormärzlichem Rechte zu betreiben; die Landesausschüsse sollten sich zu diesem Behufe mit Petitionen an die Regierung wenden. In Böhmen kam es zu keiner Kundgebung, in Graz war man glücklicher, in Innsbruck gedieh es zu offener Aussprache. Der Landesausschuß von Steiermark ging behutsam vor und stellte sich auf den Boden des absolutistischen Grundgesetzes, bat aber, es möchten die daselbst in Aussicht gestellten Kreis- und Landesausschüsse berufen und dabei sollte „auf die im historischen Recht gegründete ständische Verfassung" Rücksicht genommen werden. So bescheiden aber dieses Verlangen war, so wurde es doch von der herrischen Regierung schon als Auflehnung angesehen und

---

[1]) Andrian ist nach Krones „Österreichische Geschichte" IV, S. 628 Herausgeber der 1847 in Leipzig erschienenen „Aktenstücke zur Geschichte des Ständewesens in Österreich". Vgl. über ihn das im I. Bande unseres Werkes S. 270 Gesagte, wo seine Stellung zum Föderalismus besprochen ist. In der 1851 von ihm verfaßten „Denkschrift über die Verfassungs- und Verwaltungsfrage" (Leipzig 1859) werden Absolutismus und Zentralisation bekämpft und ist bereits der Ausdruck Böhmisches Staatsrecht gebraucht. Die künftige Verfassung solle auf dem „ständischen Prinzip" aufgebaut werden, als „Interessenvertretung" aus dem Großgrundbesitz, aus Bürgern und Bauern, mit Berücksichtigung der Korporationen, etwa der Kirche, der Universitäten und der Handelskammern. Das Unterhaus sei danach aus den Landtagen zu wählen; das Oberhaus bestehe aus erblichen Pairs. — Man sieht, daß dies die Grundgedanken sind, die im Oktoberdiplom 1860 und im Februarpatent 1861 verwirklicht wurden.

[2]) So nach einem Berichte des Leiters der böhmischen Statthalterei, Mecsery, an Bach vom 28. August 1850, in des letzteren Nachlasse. Aus Mähren, so heißt es daselbst, interessierte sich dafür Graf Belcredi. Andrian hätte keine große Partei in Böhmen. Die Mitglieder der Stände wären entweder durch die Revolution ernüchtert oder sie gehörten der ultraslawischen Partei an, wie Graf Albert Deym, der zu Mecsery 1848 gesagt hatte: „Ich kenne das Gefühl nicht, Österreicher zu sein."

von Wien kam die scharfe Erledigung: der Landesausschuß besäße kein Petitionsrecht, sondern hätte sich nur mit der Verwaltung des Landesvermögens zu beschäftigen. So hatte es Bach in einem Vortrage dem Kaiser dargestellt. Darauf legten zwei Mitglieder des Landesausschusses, Graf Gleispach und Ritter v. Franckh, ihre Stellen nieder, weil sie in jener Erledigung eine Herabwürdigung der Körperschaft erblickten.

Kräftiger ging die Opposition in Tirol vor, denn hier wurzelte die alte Landesverfassung am tiefsten und hatte auch unter Bürgern und Bauern Anhang, weil diese im Landtag eine angemessene Vertretung besaßen. Landeshauptmann Graf Wolkenstein berief am 1. März 1852 den Landesausschuß und stellte den Antrag, vom Kaiser die Neuwahl und den Zusammentritt des Landtags zu erbitten. Da griff die Regierung scharf durch, entsetzte den Landeshauptmann des Vorsitzes im Ausschuß, der dem Statthalter Grafen Bissingen übertragen wurde; dieser hatte jeden unwillkommenen Beschluß zu verhindern. Darauf traten Graf Wolkenstein und mehrere Beisitzer aus dem Landesausschuß aus. Im Lande erhob sich Widerspruch und Petitionen auf Wiederherstellung der Verfassung liefen bei der Regierung und dem Monarchen ein. Bach aber berichtete dem Kaiser, die Spannung wäre zu Parteizwecken hervorgerufen und hätte keine Bedeutung, weil das Tiroler Volk dem Kaiserhause treu ergeben wäre [1]).

In dieser Bewegung gesellte sich der Unwille über den von Wien aus geübten politischen Druck zu der Unzufriedenheit des Grundadels über die agrarischen Reformen. Doch bildete auch hier das wirtschaftliche Interesse die wichtigste Triebfeder, mochten auch Männer wie Andrian und Franckh von höheren Gesichtspunkten geleitet sein. Bismarcks Urteil über die Sachlage fällt ins Gewicht; er schrieb darüber 1852 aus Frankfurt an den Minister Manteuffel: „Die mir vorgelegten Briefe des Grafen Wurmbrand machen mir den Eindruck, daß der österreichische Adel dieser (der altständischen) Partei bisher weniger mit dem Erlangen politischer Bedeutung als mit der Gereiztheit über

---

[1]) Dies nach Akten des Ministeriums des Innern in Wien.

und mit der Abwehr gegen die ihm zugefügten materiellen Verluste beschäftigt ist[1]).

Die altständische Partei setzte, da sie in Österreich keine Zeitung zur Verfügung hatte, den Kampf in der Berliner Kreuzzeitung und in der Kölnischen Volkshalle fort, woran sich besonders Graf Wurmbrand und Herr v. Florencourt beteiligten, der letztere ein zum Katholizismus übergetretener eifriger konservativer Publizist[2]). Die Regierung ließ in ihren Blättern antworten, schritt aber über den Widerspruch, zumal so lange Fürst Schwarzenberg lebte, unnachgiebig hinweg. Es wird sich zeigen, daß Bach später einlenkte und den Adel gern versöhnt haben würde. Das geschah aber nur in den Formen, in der Sache blieb sein Regiment das der staatlichen Allgewalt. Nach dem Tode Schwarzenbergs bürgerte sich deshalb der Name „Bachsches System" ein, welches von General v. Gerlach also gekennzeichnet wird: „Zerstörung alles alten Rechts und aller alten Freiheit, vorzugsweise in Ungarn, aber auch in Deutschland, Böhmen und in Polen, vielleicht auch Aufhetzen der Bauern gegen den Adel. Etablierung eines Gendarmenregiments, was schon Schwarzenberg für völlig ausreichend erklärte"[3]).

Dies sind die Urteile der Gegner; Bach selbst hat sein System in einem Rückblick eine Diktatur genannt, die durch den Bürgerkrieg des Jahres 1848 zur Erhaltung der Monarchie notwendig geworden war[4]). In demselben Zusammenhang ver-

---

[1]) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst v. Bismarck" II, S. 45—49. Bismarck lagen auch Briefe Windisch-Grätz' und Wolkensteins an den oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer vor. Graf Wurmbrand war einer der Wortführer des böhmischen Adels.

[2]) So in dem Artikel der „Kreuzzeitung" vom 21. Februar 1851, wo gegen die „antigeschichtliche, widerrechtliche, illegitime Zentralisation" losgezogen wird, welche „das unheilvolle Ministerium Schwarzenberg-Bach geschaffen hat — oder besser gesagt, geschaffen zu haben sich einbildet." Dann in dem Artikel desselben Blattes vom 14. März 1852 gegen Bach, den „Advokat-Baumeister" des Staates.

[3]) „Denkwürdigkeiten" zum 13. Oktober 1854. Interessante Stellen über Österreich auch Seite 791, 799, 802, 807, 829.

[4]) So in der von ihm veranlaßten Schrift „Programm zur Durchführung der nationalen Autonomie in Österreich" (Wien 1886) S. 81 und sonst.

gleicht er die damalige Regierung mit jener Napoleons I., der gleichfalls die gesellschaftliche Ordnung hergestellt und in seiner Gesetzgebung das soziale Programm der Revolution durchgeführt habe. Das war auch die Empfindung des Fürsten Schwarzenberg, und daher seine Parteinahme für den dritten Napoleon. Ob man nun das Walten dieser Männer nach griechischer Art eine Tyrannis nennen mag oder an Cäsars Namen anknüpft: bei aller Verschiedenheit lassen sich die Ähnlichkeiten nicht abweisen. Doch war bloß Schwarzenberg ein reiner Typus der Gattung, Bach dagegen lavierte zwischen verschiedenen Strömungen, er war nicht Führer und Bahnbrecher, sondern stellte sich der Macht zur Verfügung. Dabei leistete er ein Stück Arbeit, das mit bedächtig geübter Gewaltherrschaft unzertrennlich verknüpft ist: er vervollkommnete das System der Zentralisation, kümmerte sich dabei nicht um die Unterschiede der Rasse und der Sprache, hielt gleichzeitig den Adel durch den Bauer in Schach und bediente sich zu diesem Zwecke des von ihm geschaffenen, sorgfältig durchgebildeten Beamtenapparates. Ganz so berichtet Napoleon I. über seine eigene Herrschaft in dem Manuskript von St. Helena, wo zu lesen ist: „Napoleon sprach von seiner Organisation und sagte, er habe eine der festesten Regierungen aufgerichtet, im raschesten Kreislauf und von der nervösesten Tätigkeit, die je bestanden. . . . Die Organisation der Präfekturen, ihre Tätigkeit, die Ergebnisse waren bewundernswert und wunderbar. Derselbe Anstoß wurde zu gleicher Zeit mehr als 40 Millionen Menschen gegeben und mit Hilfe dieser Mittelpunkte war die Bewegung in allen Gliedern ebenso lebhaft wie im Herzen selbst." Das war auch das Ziel, welches sich der österreichische Absolutismus zumal in Ungarn setzte, wo strenge Ordnung eingeführt und den bisher geknechteten sozialen Schichten und Nationalitäten die Wohltat eines für jedermann gleichen Gesetzes gewährt wurde. Nur durfte sich kein Eigenwille regen, weder ein persönlicher noch ein nationaler; in diesem Falle griff die Regierung herrisch durch. So charakterisiert auch Taine in der Geschichte des ersten Napoleon das Walten der römischen Cäsaren, wie sie mit einer ungeheuren Hierarchie von versetzbaren Beamten dreißig Völker verschiedener Rasse dem=

selben einförmigen Regiment unterwarfen; wie sie das ganze Gebiet einem Schachbrett gleich in Provinzen geteilt, alle Nationen und Staaten willkürlich zerstückelt hatten. Diesem System entsprach es, daß im römischen Reich immer nur eine Staatskirche herrschen konnte, ob nun die altrömische mit Jupiter oder das Christentum mit der Dreieinigkeit als thronender Macht. Damit stimmte auch das Verhältnis des Bachschen Systems zur katholischen Kirche, die als seine Stütze galt. Immer aber ist eine Herrschaft dieser Art auf das Heer gestützt, und sie bricht in der Regel mit Niederlagen auf dem Schlachtfeld zusammen. Bis dahin aber gilt das, was einer der Fürsprecher des Absolutismus, Graf Hartig, damals in die Worte zusammenfaßte: „Der Kaiser höret, prüfet und befiehlt — die Untertanen wünschen, reden und gehorchen" [1]).

V. Der dritte Stand

Empfand der grundbesitzende Adel das herrschende System als feindselig, so stand es anderseits fest, daß es nach Möglichkeit bauernfreundlich war. Es war allerdings nur der hofbesitzende Bauer, der aus der Revolution erheblichen Gewinn zog, da nur er vor 1848 zu Frohnden und Diensten verpflichtet gewesen war und jetzt davon befreit wurde. Der Staat nahm ihm viele von den Geldleistungen ab, die zur Entschädigung für den Grundherrn verwendet wurden; in Ungarn wurde die Ablösung vollständig aus Staatsmitteln bestritten, in Österreich jedoch (mit Ausnahme Galiziens) zahlte der Bauer einen Beitrag, der durch 40 Jahre in Form eines Zuschlages zur Grundsteuer eingehoben wurde. Nach Ablauf dieser Zeit, also

[1]) Dieses der Schlußsatz seiner anonym erschienenen Schrift: „Zwei brennende Fragen" (Wien 1852, Verlag von Fr. Manz). Hier sowie in einer handschriftlich in seinem Nachlaß befindlichen politischen Arbeit bekämpft er die Auffassung der altständischen Partei, daß die vormärzlichen Verfassungen noch zu Recht bestünden, und hält — im Anschluß an das Grundgesetz vom 31. Dezember 1851 — bloß beratende Körperschaften für praktisch, deren Beschlüsse von der Krone zu prüfen und nach freiem Ermessen zu erledigen seien.

gegen 1890, hätte diese Leistung, nachdem sich die Bauern gelöst hatten, aufhören sollen, was jedoch nicht geschehen ist. Es wurden vielmehr neue Gesetze gegeben, kraft deren die Zuschläge weiter erhoben und den steuerbedürftigen Kronländern überlassen wurden. Dies wollte man damit rechtfertigen, daß die Grundsteuer samt den Zuschlägen sich seit Jahrzehnten in dem Werte der Grundstücke ausdrückte; würden nun die Zuschläge aufgehoben, so käme dies in der plötzlichen Erhöhung des Preises des Grundes zum Ausdruck. Auch diejenigen Grundbesitzer würden daraus Vorteil gezogen haben, die ihr Eigentum erst in der Zwischenzeit käuflich erworben hatten; das aber wäre für sie ein unberechtigter Gewinn gewesen. Damit begründete man die Beibehaltung der für die Grundentlastung festgesetzten Steuer. Darin lag jedoch eine Benachteiligung der auf ihren Höfen erbgesessenen Bauernfamilien und der Vorgang widersprach auch den Absichten der Gesetzgeber von 1848 und 1849.

Die unbemittelten Klassen der Gesellschaft fanden durch den Absolutismus keine Förderung. Die von den Kleinbürgern und den Arbeitern auf die Revolution gesetzten Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung, sie hatten nichts erreicht und wurden in ihre frühere Lage zurückgeworfen. Der Arbeiter fand beim Staate keinen Schutz gegen Ausbeutung, der Handwerker sah die Aufhebung der Zunftrechte kommen, die durch das Gewerbegesetz von 1859 auch erfolgen sollte. Die also eingeführte Gewerbefreiheit gestattete jedermann den Betrieb eines Handwerks, und auch darin blieb der wirtschaftliche Liberalismus Sieger.

Das besitzende Bürgertum wurde durch die 1851 verfügte Aufhebung der Verfassung am schwersten getroffen, weil ihm in den auf dem Zensus aufgebauten Volksvertretungen der Löwenanteil zugefallen wäre. Es hatte von dem Ministerium, in dem Stadion und Bach, Bruck und Schmerling saßen, Großes erwartet. War doch Bruck der glänzendste Vertreter der durch Handel und Industrie emporgekommenen neuen Schichte. Aber auch seine Amtsgenossen wollten in den Reichs- und Landesvertretungen den bürgerlichen Besitz stark begünstigen[1]. Hiefür

---

[1] Band I, S. 259—261.

sind die von Stadion entworfenen Landesordnungen das wichtigste Zeugnis. Bach selbst hat diese These systematisch in seinem dem Kaiser am 29. Dezember 1849 erstatteten Vortrage dargelegt, dem wichtigsten Dokument für die liberalen Ziele der Reichsreform. Indessen blieb das besitzende Bürgertum sozial auch weiterhin im Vorteil und neben der Bauernschaft fiel ihm der Hauptgewinn aus der wirtschaftlichen Gesetzgebung der Zeit zu. Die Freiheit des Bodenverkehrs wurde von ihm zu Grundkäufen benützt; die Einheit des die ganze Monarchie umspannenden Zollgebietes war für die Fabrikanten von größtem Vorteil; die Gewerbefreiheit räumte für den Großbetrieb die bis dahin beengenden Schranken weg. Schlagend ist die Analogie mit dem Zustande Frankreichs nach der großen Revolution. Man muß nur die fesselnden Schilderungen der Brüder Goncourt über den mächtigen Aufstieg der Bourgeoisie während des Direktoriums lesen; auch Napoleon I. verhielt sich mit ihr und schützte sie im Besitz der während der Revolution konfiszierten und zu Spottpreisen gekauften Adelsgüter[1]). So weit war es in Österreich nicht gekommen. Doch schob sich der im Finanzgeschäft und im Fabriksbetrieb emporgekommene Kapitalist durch Ankauf von Grundbesitz in die obere soziale Schichte, und bei dem leichten Erwerb von Adelstiteln in Österreich versuchte er den Fuß auch in die Aristokratie zu setzen.

Dicht neben die emporkommende Bourgeoisie traten die Juden, die unter Joseph II. von dem ärgsten Drucke befreit wurden und von ihm das Recht zum Betriebe eines Handwerks wie zum Besuche öffentlicher Schulen bis zur Universität hinauf erhalten hatten. Die wohlhabenden jüdischen Familien gewannen mit dem Reichtum auch Macht, manche den Adelstitel, aber die Rechtsstellung der Gesamtheit blieb noch lange gedrückt. Bis zum Jahre 1848 war den Juden der Aufenthalt in mehreren Alpenländern und sonst in gewissen Gebieten verboten; in Wien durften nur die tolerierten Familien dauernd wohnen; wer sonst in der Hauptstadt Geschäfte zu besorgen hatte, wurde nur zu zeitlich be-

---

[1]) „Histoire de la société française pendant la révolution", noch mehr aber „La société française pendant le Directoire" — Bücher, die 1854 und 1855, also gerade in der uns beschäftigenden Epoche erschienen.

schränktem Aufenthalt zugelassen. Im Jahre 1848 fielen diese wie manche andere drückende Bestimmungen, ebenso die Beschränkung der Familienzahl in den Gemeinden, wodurch man ihre Ehen und ihre Bevölkerungszahl hatte eindämmen wollen. Sie atmeten damit freier auf, sahen aber mit der Reaktion wieder trübere Tage kommen; da sich die Schale zorniger Strenge über die Häupter aller ergoß, so fiel auch den Juden ihr Teil zu [1]. Nicht gleich in den ersten Jahren, denn Schwarzenberg soll Ausnahmsmaßregeln abhold gewesen sein und sich geäußert haben: seit den Pharaonen wäre es noch jeder Regierung übel ergangen, welche die Juden verfolgte. Noch 1851 teilte der ungarische Statthalter Geringer der Pester Judengemeinde mit, die Gleichberechtigung der Konfessionen solle durch die im Zuge befindliche Revision der Verfassung nicht angetastet werden. Der Kaiser war jedoch, wie wir wissen, damit nicht einverstanden und versagte seine Zustimmung zur Aufnahme dieses Grundsatzes in das Gesetz vom 31. Dezember 1851 [2]. Auch waren die Handwerker und die kleinen Kaufleute den Juden ungünstig gesinnt, da ihre Konkurrenz für gefährlich erachtet wurde. Der Magistrat von Lemberg wollte den Juden den Betrieb von offenen Geschäften außer dem Ghetto verbieten, und zu Prag erhob das Stadtverordnetenkollegium Protest gegen die Verfügung der Regierung, daß vom 1. Januar 1852 ab die uralte Judenstadt in die Stadtgemeinde aufzunehmen sei; Palacky stimmte diesem Einspruche zu. Als die Reaktion auf der ganzen Linie Siegerin wurde, erfloß am 2. Oktober 1853 die Verfügung, daß die Beschränkungen der Besitzfähigkeit der Juden, die bis zum 1. Januar 1848 bestanden hatten, wieder in Kraft treten sollten. Bis zur Revolution war ihnen nämlich der Besitz von Grundstücken untersagt, und dieses Verbot wurde damit wieder erneuert. Was sie jedoch in der Zwischenzeit erworben hatten, durften sie behalten. Die älteren Verbote des Haltens christlicher Dienstboten wurden aufs neue eingeschärft; so 1856 in der

---

[1]) Für die einschlägigen Verhältnisse vgl. Joseph Wertheimer, „Die Stellung der Juden in Österreich" (Wien 1853) und Rogge I, S. 249, 314, 315, 431, 455, 499.

[2]) Band I, S. 402.

Bukowina, wo nur zwanzig namhaft angeführte Juden von der Beschränkung ausgenommen wurden. Ebenso drückend war die Anordnung, daß die Kreisämter die Bewilligung zur Schließung von Judenehen versagen konnten. Es wurde ferner wieder feststehender Grundsatz, daß Juden von den öffentlichen Ämtern und von Lehrstellen ausgeschlossen waren. Eine Anzahl Gelehrter aus ihrer Mitte nahm die Taufe, um an Hochschulen wirken zu können, deren Zierden nicht wenige von ihnen geworden sind. So lebten die Juden im alten Zwiespalt weiter, zu dem der neue trat, daß sie einen immer breiteren Raum in der Gesellschaft errangen, in ihren staatsbürgerlichen Rechten aber beschränkt blieben. Aus diesem Widerspruch ergab sich eine neue Formung ihres Volkscharakters, denn zu den aus der Zeit der Knechtschaft überkommenen Fehlern gesellten sich andere, die sich bei plötzlich erworbener Macht einstellen. Nach langer unglücklicher Geschichte kann das innere Gleichgewicht nur durch strenge Selbstzucht gewonnen werden.

Österreich eigentümlich ist die Erscheinung, daß der ewig geldbedürftige Staat das Land der reichen Finanzbarone wurde, christlicher wie jüdischer Herkunft. Seit jeher war mit gewissen Orden (Stephansorden, Leopoldsorden, Eiserne Krone) das Recht auf Erhebung in den Adelstand verbunden, was in der liberalen Epoche später zu einer Massenfabrikation von Rittern und Baronen führte. Erst unter dem Ministerium Taaffe erwirkte die dadurch peinlich berührte Aristokratie einen Erlaß des Kaisers, durch den Ordensverleihungen und Standeserhöhungen grundsätzlich getrennt wurden.

Übrigens waren schon die römisch-deutschen Kaiser freigebig mit Auszeichnungen aller Art gewesen und viele Kaufmannsfamilien hatten so den Weg in den Hochadel gefunden. Die Fugger und Welser sind als Großhändler und Bankiers, die Thurn und Taxis sind wie die Paar im Großbetrieb des Postwesens emporgekommen; in diesem Berufe auch die jetzt ausgestorbenen Fürsten Palm. Unter Maria Theresia waren die Fries die ersten Bankiers Österreichs und wurden 1783 Grafen; ähnlich erwarben etwas später die Henikstein und die Pereira

nebst vielen anderen den Freiherrntitel; am verdientesten die Giovanelli, die reichsten Kaufleute Bozens und Tirols, welche die Erhebung von 1809 opferbereit gefördert hatten.

Die Bildung großer Vermögen fand in Österreich zuerst bei der Hochfinanz statt, während Industrie und Handel erst später folgten. Die Anfänge der Großindustrie fallen in die Zeit Maria Theresias, dann wurde sie durch die Schutzzollpolitik und die Einfuhrverbote Josephs II. kräftig gefördert. Die Seidenindustrie erhob sich in den Vorstädten Wiens, auf dem sogenannten Brillantengrund (Neubau und Schottenfeld), zu hoher Blüte. Zur selben Zeit begann der Großbetrieb in der Schafwoll-, Leinen- und Glasindustrie Böhmens, in den Baumwollfabriken Mährens. In Deutschböhmen rührten sich fast durchweg einheimische Kräfte, die Liebig voran; in Mähren waren vielfach eingewanderte Unternehmer tätig, so die Schöller, Skene und Gomperz. Im Triester Großhandel wurde Revoltella durch glückliche Spekulationen der hervorragendste Unternehmer. Nach der Bruckschen Tarifreform dauerte der Fortschritt an, begünstigt durch das ungesunde Reizmittel des hohen Agios. Den Höhepunkt des Aufschwungs bezeichnete die Gründung der Kreditanstalt 1855, worauf ihm die allgemeine europäische Krise von 1857 Einhalt tat. Von da an und infolge der unglücklichen Kriege blieb Österreich auf wirtschaftlichem Gebiete hinter dem emporstrebenden Deutschland zurück.

Die Industrie wuchs an den Rändern des Staates, besonders an der Sudetengrenze empor, die Hochfinanz dagegen in der Hauptstadt. Die Anlehen des Staates, seine dauernde Verschuldung und die Kriege unter Maria Theresia und Franz II. gaben den Bankiers Anlaß zu großen Geldgeschäften. Unter Maria Theresia war das Bankgeschäft vornehmlich in den Händen von Schweizern, zu denen als glücklichster auch Johann Fries gehörte. Aus Basel kam Peter Ochs, einer Patrizierfamilie entstammend, der seine Neffen Johann Heinrich und Johann Jakob Geymüller nachzog, welch letztere 1824 zu Freiherren erhoben wurden; aus Winterthur Melchior Steiner, der gleichfalls ein blühendes Bankhaus gründete. Während der napoleonischen Kriege waren die Fries und die Geymüller die ersten Bankiers,

denen das Haus Arnstein und Eskeles, später der Grieche Sina nachrückte. Die jüdischen Finanzleute sind also den Schweizern erst verhältnismäßig spät gleichgekommen, um sie dann weit hinter sich zu lassen. Doch haben sich aus der Wiener Kongreßzeit bloß die Rothschild erhalten und ihren Glanz später noch vermehrt. Sie fanden in Österreich bei dem geldbedürftigen Staat alle nur mögliche Förderung; hier wurden sie 1815 geadelt, 1822 in den Freiherrnstand erhoben. Der zweite Sohn des Begründers des Hauses, Salomon Rothschild, ließ sich 1826 ständig in Wien nieder und vererbte 1855 Vermögen und Macht an seinen Sohn Anselm, der bis 1874 lebte. Erst von 1815 an haben die jüdischen Bankiers die erste Stelle in der österreichischen Hochfinanz eingenommen, nach den Rothschild die Königswarter und Todesco. Aber mit der einen großen Ausnahme sind alle genannten Bankhäuser in der zweiten oder dritten Generation zurückgegangen, manche sogar zusammengebrochen. Das war auch in Frankreich und Italien gewöhnlich das Schicksal der großen beweglichen Vermögen. Nur wenn dessen Besitzer rechtzeitig Landgüter erwarben, wie das in Venedig und Florenz in großem Maßstabe der Fall gewesen war, erhielten sie sich auf der früheren Höhe. Wie sich die Menschheit immer aus dem Bauernstamm erneuert, während die städtischen Familien aussterben, so beruht auch das Fortblühen der adeligen Geschlechter auf dem Besitz von Grund und Boden.

Der Unterschied der Entwicklung Österreichs und Preußens in der Mitte des 19. Jahrhunderts besteht darin, daß das Großkapital im Norden vornehmlich aus Industrie und Handel erwuchs, während die Österreich eigentümlichen Finanzbarone in Preußen vollständig fehlten. Die Rothschild gründeten von Frankfurt aus Niederlassungen in Paris, London, Wien und Neapel, nicht aber in Berlin. Die Hauptstadt Preußens spielte auf dem Geldmarkt noch keine Rolle und der Staat war bei seiner gesunden Finanzwirtschaft keine Gewinstquelle. Gentz erzählt in seinen Tagebüchern, daß, als die österreichische Regierung einmal ein Anlehen an andere Häuser vergab, Rothschild zu ihm kam und sich weinend über diese unverdiente Zurücksetzung beklagte; ein anderes Mal verzeichnet Gentz schmunzelnd den Empfang

von 5000 Dukaten von seiten Rothschilds, die Klugheit belobend, daß ihm zur Geheimhaltung der Verbindung das Geld über Neapel angewiesen worden war. Die Wiener Bankiers hatten nicht bloß an dem Staate eine Geldquelle, sondern auch an der Nationalbank, der jetzigen Österreichisch-Ungarischen Bank. Diese eröffnete ihre Kredite vorwiegend den Wiener Häusern, die das Geld gegen gute Provision an ihre Kundschaft in den Provinzen abgaben; die Zwischengewinne spielten eine große Rolle in den Jahresbilanzen der Wiener Bankiers. Auch wurden diese Summen zu großen Spekulationen benützt und damit Reichtümer gewonnen. Wie alle nicht barzahlenden Banken konnte auch die Nationalbank nach 1848 den Zinsfuß niedrig, mitunter auf 4% halten, während die Staatspapiere 7% trugen und Wechsel auch höhere Preise zahlten. Man sieht, welche Summen durch den Zwischengewinn eingeheimst werden konnten. Das war eine Verstärkung der Zentralisation, die Provinzen waren von Wien nicht bloß politisch, sondern auch finanziell abhängig. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gründete die Nationalbank ihre zahlreichen Niederlassungen in den Provinzstädten, und die Dezentralisation des Geldhandels ging mit jener im Staate Hand in Hand.

Bis 1848 war, wenige Ausnahmen abgerechnet, die Zusammenballung des großen beweglichen Kapitals noch nicht weit vorgeschritten; aber ein wohlhabender Mittelstand hatte sich gebildet und forderte seinen Anteil an der Staatsleitung. Das Jahr 1848 trug in allen deutschen Staaten Männer dieses Kreises hoch empor. In Preußen waren es besonders Söhne des industriell emporblühenden Rheinlandes, so Ludolf Camphausen und David Hansemann, die an der Spitze liberaler Revolutionsministerien standen; nach ihnen stieg ihr engerer Landsmann August von der Heydt empor, der zuerst Handelsminister und 1869—1874 Finanzminister war. Vom Rheine kam auch Bruck her, der in Österreich in gleichem Sinne eine große Tätigkeit entfaltete. Es wird sich zeigen, daß er mit der Aristokratie, welche die Staatsleitung als ihr Monopol betrachtete, in ähnlichen Gegensatz trat, wie von der Heydt in Preußen. Dagegen besaß Bruck in den kapitalistischen Kreisen seinen Rückhalt. Sprach man übrigens in Wien von Vertretern wohlhabenden Bürger-

tums, so nannte man in erster Linie die Seidenfabrikanten Rudolf Arthaber und Theodor Hornbostel. Der erstere hat als feinsinniger Förderer der Kunst, so Schwinds, Waldmüllers und Danhausers, der letztere als Handelsminister 1848 und später als Direktor der Kreditanstalt verdientes Ansehen genossen.

Die neue Schichte, die sich also bildete, schloß auch die höhere Bureaukratie in sich, die sich, abgesehen von ihren aristokratischen Elementen, aus dem Mittelstand ergänzte. Ob nun diese Beamten wie Kübeck sich für den Absolutismus erklärten oder wie Schmerling und seine politischen Freunde sich für die Zeit des Liberalismus aufsparten: sie bildeten zusammen, sozial genommen, einen wichtigen Teil des Gesellschaftskreises, der die Aristokratie abzulösen im Begriffe stand. Die zahlreichen, von geadelten Offizieren und Beamten stammenden Familien werden in Österreich nicht zur Aristokratie gezählt, wenige Ausnahmen abgerechnet. Sie selbst nennen sich halb im Scherz das Mezzanin, also die zwischen dem Erdgeschoß und dem eleganten ersten Stock befindliche Mittelstufe. Im politischen Machtkampfe der sozialen Schichten gibt es jedoch keine Scheidung zwischen ihnen und dem besitzenden Bürgertum.

Erst mit dem Emporkommen eines wohlhabenden Mittelstandes entfaltete sich gesellschaftliches Leben, in dem Bildung und Verdienst zur Geltung kamen. Davon war im 18. Jahrhundert noch nicht viel zu spüren. Nur die Pflege der Musik vereinigte damals die Menschen verschiedener Stände. In zahlreichen aristokratischen Familien, bei den Esterhazy, Waldstein, Lobkowitz und anderen wie auch bei einigen hohen Beamten, so bei dem jüngeren van Swieten, wurden Musikkapellen unterhalten oder doch Musiker vereinigt, mit denen Theatervorstellungen und Konzerte veranstaltet wurden; dazu erhielt jedermann leicht Zutritt, der besser gekleidet war. Im Bürgertum bestand noch zu wenig Wohlstand, als daß Familien dieses Kreises in den Wettbewerb mit dem Adel eintreten konnten. Die großen Musiker des 18. Jahrhunderts, Gluck, Haydn, Mozart und Beethoven waren deshalb für die materielle Sicherung ihres Lebens fast ganz auf den Hof und den Hochadel angewiesen; ihre Biographien erzählen nicht viel von ihrem geselligen Verkehr mit bürgerlichen Familien. Nicht daß es hier an Liebe zur Musik fehlte; ganz Wien wider-

hallte vielmehr von häuslichen Quartetten und von öffentlichen Serenaden, die man Verwandten, Freunden oder schönen Frauen zu Geburts- und Namenstagen oder bei anderen Gelegenheiten veranstaltete. Der Musiker von Beruf aber konnte noch nicht ohne Anstellung leben, da es ein Konzertwesen in unserem Sinne nicht gab; von den Wiener Künstlern konnte unter Joseph II allein Mozart als weltberühmter Meister jährlich einige Konzerte geben, die dann stark besucht waren. Als die unter Maria Theresia und Joseph II. erzogene musik- und kunstliebende Generation des Adels ausstarb, trat eine Lücke im Wiener Musikleben ein, die nicht so bald auszufüllen war. Schubert war von den großen Musikern der erste, der ganz im Bürgertum wurzelte und hier seine Freunde und Förderer fand. Noch tiefer unten lag die Schichte, aus der Strauß und Lanner hervorgingen. Ihre Vorgänger Wild und Gruber, Pamer und Hummel spielten in den Vorstädten ganz so von der „Pawlatschen" herab zum Tanze auf, wie es in den Dörfern Brauch war, aus denen diese Vorstädte erwachsen waren. Und ebenso haben auch Lanner und Strauß angefangen. Es wäre der Mühe wert, tiefer auf diese sozialen Grundlagen in der Entfaltung der Wiener Musik einzugehen.

Bis tief ins 19. Jahrhundert war auch im Burg- und im Operntheater der Adel der Stamm des Publikums. In beiden Häusern gehen die Logen bis zum heutigen Tage durch die drei ersten Galerien; Bauernfeld berichtet noch aus der Zeit nach 1830, daß in den Logen Nichtadelige nur sehr selten zu sehen waren. In Deutschland ging die Teilung der Stände in den Schauspielhäusern oft noch weiter; zu Goethes Zeiten war zu Weimar die rechte Hälfte des Parterres den Adeligen, die linke den Bürgerlichen vorbehalten [1]). Die drei Vorstadttheater Wiens wieder waren ausschließlich vom Volke besetzt; in den Logen saßen die Hausherren der Vorstadt, im Parterre die einfacheren Bürger mit ihren Familien, auf den Galerien Handwerker, Arbeiter, Dienstboten. Der Volksdichter Friedrich Kaiser bemerkt, daß diese innere Einheit des Vorstadtpublikums für die Entfaltung der Volksbühne von großem Vorteil war; erst Nestroy wäre es gewesen, der die höheren Stände und die

[1]) Devrient, „Geschichte der deutschen Schauspielkunst" III, S. 268.

Geldleute ins Volkstheater lockte; für dieses Publikum war die Verspottung alles Harmlosen und Volkstümlichen, wie Nestroy sie trieb, ein Gegenstand der Anziehung.

Im Burgtheater machte sich seit etwa 1830 der Gegensatz der Stände, der Logen, wo der Adel saß, zum Parterre und zur Galerie bei vielen Anlässen bemerklich. Den Logen waren Stücke mißfällig, worin der Adel eine ungünstige Rolle spielte, wie in Grillparzers „Weh dem, der lügt“, was zum äußeren Mißerfolg des Stückes am meisten beitrug; dagegen nahm das Parterre es mit Heiterkeit auf, als in Zedlitz' „Stern von Sevilla“ ein Übermaß feudaler Königstreue verherrlicht wurde. Die Hofbehörde, der die Leitung des Theaters oblag, stand unter Männern des Hochadels, und diese Oberstkämmerer hielten strenge darauf, daß man die Gefühle der Aristokratie nicht verletzte. So durften moderne Lustspiele, in denen die Heirat zwischen Adeligen und Bürgerlichen der Vorwurf war, lange nicht gespielt werden, und Laube erzählt in seiner Geschichte des Burgtheaters von den Kämpfen, die er aus solchen oder ähnlichen Anlässen mit der Hofbehörde auszufechten hatte. Diese sozialen Widerstände verursachten ihm bei der Bildung des Spielplans größere Schwierigkeiten als selbst die politischen. In Scribes „Feenhänden“ wird die Frage aufgerollt, was eine verarmte Herzogstochter tun kann, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und sie entschließt sich im Stücke zur Eröffnung eines Modesalons. Das war im Burgtheater doch zu anstößig und die Heldin mußte aus einer Herzogin zu einem einfachen adeligen Fräulein umgewandelt werden. Erst als nach 1866 die liberalen Ideen durchbrachen, konnte es geschehen, daß ein modernes Lustspiel aufgeführt wurde („Aus der Gesellschaft“ von Bauernfeld), in dem ein Fürst eine Gouvernante zur Gattin erhebt; das war in Wien beinahe ein politisches Ereignis. Dies alles mutet uns kleinlich an, kam aber in Berlin und den anderen Hoftheatern ebenso vor. In unseren Tagen wird die Gesellschaft von ganz anderen, tieferen Gegensätzen gespalten, die auch auf der Bühne ausgefochten werden müssen. Damals aber war der vierte Stand noch nicht in den Gesichtskreis des Dramas getreten und die Entscheidung lag lediglich zwischen Adel und Bürgertum.

Da der Adel mit der Zeit aus seinen privilegierten politischen Stellungen zurückgedrängt wurde, so zog er sich in seine nicht zu erstürmende Hochburg, die „erste Gesellschaft“, zurück und schloß sich darin um so enger ab. In dem vornehmsten Salon dieses Kreises, dem der Fürstin Eleonore Schwarzenberg, verkehrten die Erzherzoge, die Diplomatie, die Generäle, die Minister — aber Grillparzer und Lenau, Waldmüller und Danhauser, Rokitansky und Skoda, Brahms und Bruckner haben ihn wohl nie betreten. In Wien waren es wie in Berlin zuerst Frauen jüdischer Herkunft, in deren Salons Männer hohen Ranges sich mit solchen von Verdienst und reicher Bildung zusammenfanden; aus Berlin stammt Fanny Eskeles, die Gattin des Bankiers dieses Namens, die zur Zeit des Wiener Kongresses die ganze gebildete Welt bei sich empfing. In der Zeit darauf breitete sich edle Geselligkeit im Kreise des Bürgertums immer weiter aus [1]. Einzig in seiner Art war das Haus der Schwestern Fröhlich, wo Grillparzer der Mittelpunkt war, wo viele der Lieder Schuberts zuerst erklangen und Bauernfelds scharfe Zunge gegen alle politische Unterdrückung loszog. Der eigentliche politische Salon vor 1848 war aber der des Hofrats v. Khleyle, in dem neben Schmerling und Bach auch die anderen 1848 zu hohen Stellungen emporsteigenden Männer förmlich die Opposition gegen das Metternichsche System organisierten; des alten Hofrats schöne Tochter Sophie v. Löwenthal, die Lebensfreundin Lenaus, hat viele Männer dieses Kreises, darunter außer Schmerling auch Andrian, Pratobevera, Endlicher, Sommaruga, um sich versammelt. Bei Ottilie v. Goethe, der Schwiegertochter des Dichters, fand man außer Wiener Poeten und Künstlern immer auch literarische Männer aus Deutschland, die ihr empfohlen worden waren. Ähnlich war es nach 1848 bei Laube und seiner klugen Gattin Iduna, bei denen wie natürlich auch die Sterne des Burgtheaters oft zu sehen waren. Am besten aber verstand es Frau Josephine v. Wertheimstein, gleich hervorragend durch Schönheit wie durch Anmut des Geistes, das

---

[1]) Vgl. „Die Gesellschaft“ von Friedrich Uhl in dem Sammelwerke „Wien 1848—1888“ (Wien 1888), 2. Band, S. 469—552; auch abgedruckt in Uhls „Aus meinem Leben“ (Stuttgart 1908).

geistige Wien um sich zu versammeln. Die Generationen lösten sich in ihrem Kreise ab; die Zeitgenossen Grillparzers, Schmerlings und Bauernfelds reichten denen Ungers und Dingelstedts, Wilbrandts und Pleners die Hand. Da sich die Dichter und Künstler Wiens in ihrem Hause einfanden, nannte der galante Franzose Taillandier die Hausfrau die poetische Königin Wiens[1]).

Daneben war manches Kaffeehaus der Sitz einer heiterernsten Geselligkeit, die für das literarische und Kunstleben nicht ohne Bedeutung war. So in älterer Zeit das „silberne“ Kaffeehaus am Mehlmarkt, wo Grillparzer, Lenau, Anastasius Grün und ihre Genossen sich fast täglich einfanden. In einem kleinen Gasthause in der Singerstraße, zum Amor genannt, trafen sich die Musiker mit ihren Freunden; Nicolai, der Liederkomponist Dessauer, Hofrat Vesque v. Puttlingen, der unter dem Namen Hoven mehrere Opern komponierte, nahmen dort fast täglich den Mittagstisch. Und so gab es noch manche andere denkwürdige Stammtische. Außerdem trieben Humor und Gemüt ihr Wesen in den lustigen Vereinen, die nach dem Vorbilde der berühmten, von der Polizei aufgehobenen Ludlamshöhle ihr Wesen trieben. Die Baumannshöhle wieder hatte ihren Namen davon, daß die Gesellschaft sich im Hause des gastfreundlichen Alexander Baumann, des Dichters des „Versprechens hinterm Herd“, versammelte, der, selbst ein guter Sänger, die Weisen seiner oberösterreichischen Heimat in Wien einführte. Aber der eigentliche Mittelpunkt für Frohsinn, Ulk und Gemüt war die 1855 gegründete Grüne Insel, ein Verein, in dem die Mitglieder als Ritter, Großpriore, Großmeister, Geheimschreiber, Büttel und Narren sich zu Geist- und Witzgefechten vereinigten. Gründer und Großmeister war Friedrich Kaiser; der Name rührt daher, weil die Genossen sich zuerst in einem Gasthause der Leopoldstadt versammelten und die Farbe der Hoffnung zu der ihrigen machten. Von Schriftstellern taten Grillparzer, Laube, Castelli, Frankl, Wurzbach, Schindler, Mosenthal, Kompert, Marsano mit, dann der Maler Gauermann, der Bildhauer Fernkorn, die Schauspieler Laroche, Wagner, Lewinsky, Sonnenthal. Gedichte,

[1]) Über J. v. Wertheimstein und ihre Tochter Franzi handelt das anziehende Buch von Felicie Ewart (Marie Exner), „Zwei Frauenbildnisse“ (Wien 1907).

Epigramme, Satiren wurden vorgelesen, Couplets gesungen — immer in trefflichem Vortrag. Es war, wie Castelli bemerkt, eine Flucht aus dem Alltag, aus dem Elend der unter dem Absolutismus herrschenden politischen Verhältnisse [1]).

Das Aufkommen eines wohlhabenden und gebildeten Mittelstandes führte in ganz Europa zu politischen Umwälzungen, die in Frankreich mit Gewalt und Blut vor sich gingen, aber überall die Regierungsform veränderten. Das ließ sich auch in Österreich nicht aufhalten, und nach dem Falle des Absolutismus errang die Bourgeoisie die Mitherrschaft; durch die Erringung bürgerlicher Freiheit wurde auch den anderen Schichten des Volkes der Weg zur Teilnahme an der Verwaltung des Staates gebahnt. Das alles ist bekannt — weniger sorgfältig sind bisher die Wirkungen untersucht, welche das Emporkommen des besitzenden Bürgertums und das Anwachsen des beweglichen Kapitals auf die Nationalitätenverhältnisse in Österreich übte. Es ist aber von hoher Bedeutung, daß das Großbürgertum auch in den slawischen Landesteilen ausnahmslos deutsch war; selbst in Ungarn war das im ganzen und großen der Fall. Schwang sich ein Slawe, zumal in Böhmen und Mähren, zu Wohlstand und sozialer Geltung empor, so germanisierte er sich in der gesellschaftlichen Oberschichte von selbst. Tatsache ist, daß das gesamte städtische Patriziat auch in Prag und Laibach wie in den slawischen Landstädten des Nordens und des Südens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutschen Charakter trug. Überhaupt machte die Germanisierung Österreichs in diesem Zeitraume größere Fortschritte als selbst im vorhergehenden Jahrhundert. So war also die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dem Deutschtum bis etwa 1860 vorwiegend günstig. Das hat sich in der darauf folgenden Zeit durch die aufsteigende Klassenbewegung gründlich geändert; der slawische Bauer, Kleinbürger und Arbeiter begann sich zu fühlen, besann sich auf seine Nationalität und drang in das städtische deutsche Bürgertum ein; von da an schmolzen die alten deutschen Familien zusammen, starben zum Teil aus oder wurden in den Hintergrund gedrängt. Wenn man von dem Erwachen

[1]) J. F. Castelli, „Memoiren meines Lebens“, 3. Band.

des slawischen und magyarischen Nationalbewußtseins durch die von Joseph II. versuchte Germanisation spricht, so ist das nur in beschränktem Sinne richtig. Der Widerspruch regte sich bloß in einem kleinen Kreise, besonders bei den Literaten, und wurde von dem Adel aus politischem Interesse genährt. Es wird jetzt auch von den magyarischen Schriftstellern zugestanden, daß die Germanisation in den Städten Ungarns bis gegen 1820 Fortschritte machte; für Böhmen galt dies noch weiter etwa durch ein Menschenalter; in Mähren, Schlesien, Krain hat erst das Taaffesche antideutsche System die entscheidende Wendung gebracht. Das literarische Erwachen der Nationalitäten ging dem gesellschaftlichen um viele Jahrzehnte voraus; in tschechischen Büchern ist zu lesen, daß, als Palacky mit zwei oder drei seiner nächsten Freunde einmal das Schicksal seines Volkes besprach, einer von ihnen bekümmert ausrief: wenn jetzt das Dach des Hauses zusammenstürzte, so wäre der tschechische Nationalgedanke begraben. Man hat sich jedoch bisher vorwiegend mit der literarischen Seite des Erwachens der nichtdeutschen Nationalitäten beschäftigt und dadurch einseitige Vorstellungen gewonnen. Die Wahrheit ist, daß die großkapitalistische und industrielle Entwicklung bis 1860 dem Deutschtum mächtigen Vorschub leistete und seine Macht erhöhte, weil das ganze bewegliche Kapital, das sich erst in dieser Zeit bildete, in deutschen Händen war. Es entsprach der Logik der Tatsachen, daß nach dem Falle des Absolutismus die deutsch-liberale Partei, also die deutsche Bourgeoisie, die Staatsleitung übernahm; Wohlstand und Bildung hatten in ihren Reihen während der beiden letzten Menschenalter so kräftig zugenommen, daß sie in naiver Selbstüberschätzung annahm, sie und ihre Interessen deckten sich mit denen des Staates und des Volkes. Als sie später von neuen Faktoren abgelöst wurde, wußte man nicht genug von der künstlichen und angemaßten Herrschaft des Deutschtums und des Liberalismus zu sprechen. Aber gibt es, geschichtlich genommen, überhaupt eine längere Zeit dauernde *künstliche* Herrschaft? Im Leben der Natur wie des Staates keimen, wachsen und vergehen die Gebilde nach der ihnen innewohnenden Lebenskraft; die Herrschaft geht nach immer deutlicher werdenden Gesetzen von einer sozialen Schichte zur anderen über.

VII. Buch

Geistiges Leben in Deutsch-Österreich

(Grundlagen. Musik. Lyrik. Erzählende Dichtung. Politische Dichtung. Die Presse)

I. Grundlagen (1815—1848)

Die habsburgische Monarchie trat aus den napoleonischen Kriegen in gesättigter Macht heraus; an das „gewaltige Österreich" hatte Uhland seinen Mahnruf zur Teilnahme am gemeinsamen Kampf gerichtet, und Scharnhorst erklärte nach den ersten unentschiedenen Schlachten des Befreiungskampfes die Sache Preußens und Rußlands für verloren, wenn Österreich sich nicht anschlösse. Die kluge Diplomatie Metternichs vollendete den Triumph und der Wiener Kongreß sah die Monarchie als Mittelpunkt des europäischen Staatensystems. Das Hochgefühl der Zugehörigkeit zu einem mächtigen Reiche war der politische Hintergrund für das farbige Volks- und Kunstleben der nächsten Jahre. Jubelnd klang in Grillparzers König Ottokar 1825 das Lob Österreichs, das als Jüngling gepriesen wird zwischen dem Kinde Italien und dem Manne Deutschland. Es war das Zeitalter Beethovens und Schuberts, Grillparzers und Raimunds, neben denen Moriz v. Schwind und Johann Strauß den Flug zu künftigem Ruhme nahmen. Nicht Selbstgefälligkeit, sondern einfache Wahrheit war es, als Bäuerle 1822 den Vers schmiedete:

Es gibt nur eine Kaiserstadt,
Es gibt nur ein Wien.

Doch fehlte es nicht an tiefen Schatten. Die Regierung durfte sich stark fühlen, mißbrauchte aber ihre Macht zu einem Drucke, der schwerer empfunden wurde als zur Zeit der Ferdinande, weil im übrigen Deutschland jetzt auf geistigem Gebiete alle

Kräfte sich frei regen durften. Während der Jesuitenherrschaft war Österreich nicht besser und nicht schlechter daran gewesen als die übrigen katholischen Gebiete des deutschen Reiches. Sie alle nahmen an dem geistigen Aufschwunge des protestantischen Deutschland nur geringen Anteil, wie sich denn unter den Erweckern und Meistern des Schrifttums von Klopstock bis Goethe und Schiller, unter den führenden Philosophen von Leibnitz über Kant bis Hegel kein Katholik befindet. Es ist ungerecht, gerade den Österreichern das Zurückbleiben vorzuhalten, da auch die Bayern und die katholischen Westfalen nicht mehr leisteten als sie. Auch dort, wo die beiden Glaubensbekenntnisse nebeneinander bestehen, waren die Katholiken weit zurück, so in Schwaben und in der Schweiz, wie dort die Entwicklung von Schiller und Schubart bis Uhland und Mörike, hier von Bodmer und Lavater bis Keller erweist. Nicht nach Landschaften und Stämmen gliederte sich der Werdegang deutscher Bildung, sondern gemäß der unheilvollen Erbschaft von der Kirchenspaltung her. Während Wien jedoch bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wenigstens dem katholischen Deutschland voranschritt, änderte sich dies völlig nach den Befreiungskriegen. Bayern, die Rheinlande und die anderen katholischen Gebiete bogen unter einsichtigen Regierungen in den Strom deutschen Geisteslebens ein, während Österreich fast ausschied. Unter Maria Theresia waren viele Keime ausgestreut worden: daraus erwuchsen die großen Leistungen der Wiener medizinischen Schule, die Fortschritte in den Naturwissenschaften und den technischen Künsten, die Schöpfungen auf dem Gebiete des Rechtslebens. Das schrumpfte jedoch während der zweiten Hälfte der engherzigen Regierung des Kaisers Franz zusammen, wenn auch die Männer von Geist und Gelehrsamkeit nicht ausstarben und auf dem Gebiete der Sprachwissenschaften sich mehrten; völlig aber lagen die vom Polizeigeist besonders überwachten Wissenschaften darnieder, so Philosophie, Geschichte und Staatsrecht.

In diesen Gegensätzen entfalteten sich der Volkscharakter und die Kultur in Österreich, denn die Abschließung gegen die Bildung des Westens brachte eigentümliche Vor- wie Nachteile mit sich. Infolge der Mängel des Schulwesens war positives Wissen auch

in den Ober- und Mittelschichten nicht sehr verbreitet, so daß die Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten nur gering war. Es fehlte also der Gegensatz, welcher sonst der europäischen Zivilisation seit dem Humanismus und der Reformation das Gepräge gibt. In Österreich erhielt sich die Volksnatur als ungebrochene Einheit und dies gab den künstlerischen und poetischen Schöpfungen im Lande einen eigenen Reiz. Das war besonders deshalb möglich, weil in Österreich auch in den unteren Klassen feinere Art und Empfindung zu Hause war; auf diesem Boden konnten sich Volkslieder wie Prinz Eugenius der edle Ritter und die Blüte des Volksstückes entfalten. Im übrigen Deutschland ruhten Literatur und Kunst auf gelehrtem Grunde, so zwar, daß die Gedankengänge und die Bilder bis zu den Anspielungen herab nur einem vorgeschulten Verstande geläufig waren. Ganz anders in Österreich. Man freute sich der Vorführung der Werke der klassischen Literatur am Burgtheater, daneben aber blieb das Volkstheater mit seinen humoristischen Gestalten der Liebling. Die Bekämpfung des Hanswursts, von Sonnenfels betrieben, war bald überwunden und vergessen; andere lustige Personen gingen dafür über die Bühne; Marinelli gründete 1781 das alte Theater in der Leopoldstadt und niemand rümpfte die Nase über das fröhliche Treiben des Kasperl (Kaspar) und Thaddädl (Thaddäus); von einem dieser Darsteller, Hasenhut, sagte Grillparzer später, er habe nie wieder so sehr über einen Komiker gelacht wie über ihn. Später kamen die Wiener Volkstypen auf die Bühne, keine gelungener als die des braven Parapluiemachers Staberl (in Bäuerles „Bürger von Wien" 1813), der Verkörperung des lustigen und gescheiten Kleinbürgers mit seinem engen Gesichtskreise. Gleichzeitig spielte man im Wiedner Theater (das sich zuerst im Hofe des Freihauses befand) Ritter- und Feenstücke, deren sonst unerreichter Gipfel die Zauberflöte Mozarts werden sollte; für das Singspiel war Wenzel Müller unter vielen anderen der beliebteste Komponist, den kein geringerer als Mozart den Erfinder des musikalischen Humors und Riehl den großen Bänkelsänger aus der Leopoldstadt nannte. Das Gute und Große wurde im Burgtheater bewundert, alles Verstiegene dagegen und Gekünstelte abgelehnt.

Die Travestie blühte, angefangen von Castellis Roderich und Kunigunde, worin die Ritterstücke lächerlich gemacht wurden, bis zu den übermütigen Spottstücken Nestroys. In Berlin konnte es geschehen, daß, als das Schauspielhaus ein Abonnement auf die 17 Hohenstaufen-Dramen Raupachs eröffnete, alle Plätze genommen wurden, weil jedermann seine Bildung beweisen und niemand die zu befürchtende Langeweile eingestehen wollte. Anders in Wien, hier hatte man den Mut seiner Meinung über die auf Stelzen einhergehende Buchpoesie; als nach dem Siege von Leipzig ein Hohenstaufenstück der braven Karoline Pichler zur Aufführung kam, meinte der „Eipeldauer", das humoristische Hauptblatt Wiens, es wäre sehr patriotisch, sehr wohlgemeint, „aber a bißl langweilig" [1]. Auf diesem Grunde erblühte als einzige Erscheinung auf deutschem Boden das Volkstheater Wiens. Während des 18. Jahrhunderts jedoch trat bei einer ins Breite gehenden Produktion kein Dichter auf, der das Volksstück zu dauerndem Werte emporgehoben hätte; es fehlte an Tiefe und vor allem die für das Lustspiel notwendige selbständige und freie Anschauung vom Leben, die sich gegen die ganze Welt zu behaupten wagt. Doch ist zu erwähnen, daß auf dem Wiener Theater zwei der Hauptfiguren der Weltpoesie für das Drama erobert wurden: der Faust, dessen Wiener Bearbeitung auf Goethes Hauptwerk nicht ohne Einfluß geblieben ist, und der Don Juan, wie Da Ponte und Mozart ihn geformt haben [2]. Erst im

[1] Umgekehrt nahmen die Norddeutschen mitunter Anstoß an der Wiener Komödie. Als „Lumpazivagabundus" aufgeführt wurde, gefiel das Stück auch den Mitgliedern des Burgtheaters; „La Roche war der einzige," so schreibt Costenoble in seinem Tagebuch, „der die Nase rümpfte und meinte, so etwas gehöre in die Hanswurstbude. Diese weimarische, schöngeistige Zimpferlichkeit wird La Roche in Wien bald ablegen."

[2] Das Nähere in der „Deutsch-österreichischen Literaturgeschichte" von J. W. Nagl und J. Zeidler (in dem noch nicht abgeschlossenen II. Band). Dieses Werk trägt in verworrener Anordnung viel brauchbares Material zusammen, überschätzt jedoch die Jesuiten und die von ihnen gepflegte lateinische Poesie, während es über den Josephinismus abfällig urteilt. Ob diese Denkungsweise, bei der Joseph II., zum Teile auch Grillparzer, besonders aber der hart hergenommene Anzengruber hintangesetzt werden, derjenige Maßstab ist, bei dem die Leistungen Deutsch-Österreichs zu verdienten Ehren kommen, muß bezweifelt werden.

19. Jahrhundert fand das eigentliche Volksstück in Ferdinand Raimund den gestaltenden Genius, der, von edelstem Idealismus getragen, im „Alpenkönig und Menschenfeind" und im „Verschwender" das Walten der Phantasie in den romantischen Gebilden mit der unübertrefflichen Verkörperung des Wiener Lebens vereinigte. Die Gestalt des Valentin im Verschwender nennt Wilhelm Scherer die Verklärung des Hanswursts. Will man sich klar machen, was Raimund und Grillparzer für die deutsche dramatische Kunst bedeuten, so ist zu bedenken, daß in dem Menschenalter nach dem Tode Heinrich v. Kleists bis zum Auftreten Hebbels — abgesehen vom zweiten Teile des Faust — nicht ein Stück geschaffen wurde, das sich dauernd behauptete, während der Lorbeer der beiden Österreicher noch immer unverwelklich grünt.

Wie alle echte Heimatkunst, so verhielt sich auch die Österreichs gegen die fremde literarische Mode ablehnend; daher gelangte umgekehrt auch die Wiener dramatische Literatur in Deutschland erst dann zu voller Geltung, als Romantik und junges Deutschland verrauscht waren. Die Romantik bot dem Wiener Stück nichts, was es nicht schon besessen hätte: hier war Volkstümlichkeit zu finden, ebenso Freiheit von der akademischen Regel, hier auch der Zauberglanz der Märchenwelt. Die Doppelhandlung in den Wolken oben und auf der Erde hienieden rührte noch von dem Jesuitentheater her; Raimund übernahm das alte Gerüst und Grillparzer sagte von sich: „Meinen Stücken merkt man an, daß ich in der Kindheit mich an den Geister- und Feenmärchen des Leopoldstädter Theaters ergötzt habe."

Aber dieses freudige Genießen wurde den ernsteren Gemütern durch das bösartige Polizeiregiment vergällt. Ebenso verderblich wie das Walten Sedlnitzkys war das des Präsidenten der Hofstudienkommission (also des Unterrichtsministers) Freiherrn v. Stifft, des Leibarztes des Kaisers Franz. Verfolgungen und Absetzungen freisinniger Professoren — man denke an Bolzano, Rembold, Weintridt, Schneller u. a. — wie auch Grillparzers widrige Erlebnisse sind hiefür Zeugnis. Ein Zufall nur war es, daß Kaiserin Karoline „König Ottokars Glück und Ende" im Manuskript las und das Verbot des den Ahnherrn des Kaiser-

hauses verherrlichenden Dramas verhinderte. Metternich und Sedlnitzky stimmten für Unterdrückung des Stückes; in des ersteren Votum heißt es, daß das Drama „nicht wohl ohne Besorgnisse eines sehr üblen Eindruckes auf irgend einer österreichischen Bühne, am wenigsten aber auf jener des Burgtheaters vorgestellt werden könne, ja selbst nach meinem Ermessen ohne neue gänzliche Umarbeitung nicht einmal zum Druck zuzulassen sein dürfte". Diese Worte gehören zu den Belegen dafür, daß der Staatskanzler bei aller diplomatischen Feinheit keine Vorstellung von den inneren Ursachen der Größe und Wohlfahrt der Staaten besaß[1]).

Die tiefe Verstimmung der geistig Hochstehenden teilte sich seit 1830 immer größeren Kreisen, dann der gesamten öffentlichen Meinung mit; die „Spaziergänge eines Wiener Poeten" des Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün) leiteten 1831 den Umschwung ein. Gleichzeitig mit diesem Erwachen oppositionellen Geistes sank eine Reihe der edelsten Vertreter der alten österreichischen Kunst ins Grab. Beethoven schied 1827, Schubert 1828 aus dem Leben — die große Musik war gerade in dem Augenblick zu Ende, da politische Ideale eine andere Sprache erforderten als die der Töne. Mit der schnöden Entlassung Joseph Schreyvogels aus dem Amte eines Theatersekretärs des Burgtheaters 1832 endigte dessen zweite Blüte. Ähnlich erfüllte sich um diese Zeit das Schicksal des Volkstheaters, denn 1835 starb Wenzel Müller, 1836 Raimund und zwei Jahre später gab es im Musentempel in der Leopoldstadt einen finanziellen Zusammenbruch. Raimund endete durch Selbstmord, nachdem er es noch hatte erleben müssen, daß die Wiener dem jungen Nestroy zujubelten, der an Stelle gemütvoller Idealisierung des Lebens, wie sie ihm am Herzen lag, schneidende Satire setzte. Mit all dem stieg eine neue Zeit auf, in der sich Grillparzer, als sein Lustspiel „Weh dem der lügt" 1838 im Burgtheater einen Mißerfolg erlitt, vergrämt in sich verschloß.

[1]) Doch ist zu bemerken, daß Heinrich v. Kleist ein ähnliches Schicksal erlebte. Die „Hermannsschlacht" und der „Prinz von Homburg" erschienen erst 1821, zehn Jahre nach seinem Tode, erst 1826 seine gesammelten Werke. Jene zwei Dramen waren von der Umgebung Kleists teilnahmslos aufgenommen worden.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß im 19. Jahrhundert nahezu alle österreichischen Dichter einem lebhaften politischen Zuge folgten, obwohl sie einem Volke entstammten, in dem dieser Trieb nur schwach entwickelt ist. Es ist aber nicht zu vergessen, daß das Gesetz des Gegensatzes in der Geschichte fast ebenso kräftig wirkt wie das Gesetz der Entfaltung aus dem ursprünglichen Keim. Da die Wissenschaft geknebelt war und das freie Wort keine politische Tribüne besaß, fand es in der Poesie seine Stätte. Es waren die Dichter, welche die Lenker des Staates vor ihren Richterstuhl forderten. Österreich war das erste deutsche Land, in dem, noch vor Rückert, Körner und Schenkendorf, in den Landwehrliedern Collins (1808) die patriotische Dichtung sproßte; und ebenso ging Anastasius Grün im politischen Streitlied Herwegh, Freiligrath und Dingelstedt voran. Diesem Österreicher wie seinen Zeitgenossen und Nachfahren Lenau und Bauernfeld, Hartmann und Meißner, Hamerling und Anzengruber griff die Not des Vaterlands ans Herz. In Preußen galt die politische Bewegung vor allem der Erringung einer besseren Staatsform, da in einem Staate, in dem Fichte, Hegel und Schleiermacher, Grimm, Savigny und Ranke wirkten, geistige Güter nicht in Gefahr waren. In Österreich saß das Übel tiefer, und wenn Lenau sich auch nach seiner Rückkehr aus Amerika in seinen Dichtungen nicht mehr mit den politischen Fragen des Tages beschäftigte, so wandte er sich dafür den größten Problemen zu und führte im „Savonarola" 1837 und in den „Albigensern" 1842 den Kampf für geistige Freiheit.

Seit der Julirevolution war es also vorbei mit der früheren Selbstgenügsamkeit und ein Zwiespalt ging durch die Seele des Volkes. Das war es, was einem geistvollen Cyniker wie Nestroy gestattete, die Schale des Spottes über die Menschen und die Gesellschaft auszugießen. Wohl zeigte die rebenumglänzte Hauptstadt auch weiter ihr lachendes Antlitz und die Rhythmen des Wiener Walzers eroberten durch Lanner und Strauß die Welt. Aber all das schnitt ernsten Gemütern wie Grillparzer fast ins Herz und er schalt in den wundervollen Versen des „Abschieds von Wien" 1843 die Vaterstadt überstreng das Capua der Geister. Umgaukelt von der Heiterkeit des Wiener Lebens gingen

Männer wie Raimund und Lenau, in Melancholie versinkend, ihren einsamen Weg.

Fühlten sich die Menschen und die verschiedenen Gesellschaftsklassen vordem von einer schönen Einheit umschlungen, so machte sich jetzt Selbstkritik geltend und der Pessimismus wendete sich anklagend gegen Staat und Volk. Auch früher nagte Mißtrauen in die eigene Kraft an manchem trefflichen Manne, blieb jedoch bei ihm stehen. Niemand war tiefer davon ergriffen als Erzherzog Karl, der, selbstquälerisch angelegt, auch während siegreicher Kämpfe von der Ahnung verfolgt wurde, alle Tatkraft wäre zuletzt vergebens angespannt: er ist die Erscheinung eines Helden, der seine schönsten Taten immer im Vorgefühl künftigen Unheils vollbringt. Dieses Gefühl griff jetzt immer mehr um sich, so daß sich in Österreich nach einem gut geprägten Worte eine verdrossene Heimatsliebe einbürgerte. Nur eine Hoffnung schien es zu geben, und das war das Erwachen des Volkes, die Abschüttelung der engherzigen Vormünder. Aber selbst davon versprach sich ein Mann wie Grillparzer kein rechtes Heil, da ein richtiges Gefühl ihm sagte, daß die Revolution in Österreich auch die inneren Spaltungen vergrößern werde, und im Januar 1848 brach er in die Klage aus:

> Das Unheil aber naht, so muß ich meinen,
> Der Einsturz folgt, wenn erst kein Widerstand;
> Die Tollheit hör ich lachen, ich muß weinen,
> Denn, ach, es gilt mein eigenes Vaterland.

Der äußere Verlauf der Revolution täuschte die auf sie gesetzten Erwartungen, folgte doch auf den sonnigen Anfang Wirrsal und Blutvergießen. Von den Poeten harrte nur Moriz Hartmann bis ans Ende unter den Streitern aus, und er widmete den Oktoberkämpfen, an denen er beteiligt war, anziehende Erinnerungsblätter. Das nächste Ergebnis war, daß die Wiener ebenso mit sich und ihrer Revolution unzufrieden waren wie mit dem Verhalten des Hofes und der Regierung. Aber inmitten der allgemeinen Verstimmung war doch nicht zu verkennen, welch wichtige und wohltätige Anstöße das Jahr 1848 für das Leben des Staats und der Gesellschaft gebracht hatte. Frisches Leben kreiste unmittelbar darauf durch die Adern der

Gesetzgebung und der Verwaltung und neue Männer von nicht gewöhnlicher Begabung traten auf den Schauplatz. Unter den Künsten hängen die Architektur und das Theater am meisten von der Umwelt ab; sie fühlten am stärksten den Atem der neuen Zeit. In den folgenden Blättern soll von den Schicksalen der Kunst und der Literatur bloß dasjenige zur Sprache kommen, was mit dem Leben des Staates näher zusammenhängt; auch bei dieser Abgrenzung ergibt sich genug der Ernte, da solche Verknüpfungen in Österreich zahlreicher sind als vielleicht in einem anderen Lande Europas. Für die nichtdeutschen Volksstämme, auf deren Schrifttum dann im nächsten Bande ein Blick geworfen werden soll, liegt dies auf der Hand; aber auch die geistige Entwicklung der Deutschen der Monarchie, obwohl innig mit der im übrigen Deutschland verschwistert, weist vielfach dieselben Epochen auf wie die Staatspolitik. Reizvoll verschlingt und löst sich in diesem Werdegang Stammesart und Nationaleinheit; man kann sie nicht immer scheiden, empfindet aber stets den durch ihr Zusammenwirken erhöhten Reichtum. Darauf wird immer zurückzukommen sein, wenn die folgende Darstellung auch nur die Zeit von 1848 bis 1860 schärfer ins Auge faßt.

II. Musik [1])

Die große Zeit der Wiener Musik war mit dem Tode Beethovens und Schuberts zu Ende. Dann folgt überraschendes Herabsinken; es war, als ob der erschöpfte Boden vor neuer Frucht ein Menschenalter lang brach liegen mußte. Nicht bloß daß es an frischer Schöpferkraft fehlte, auch die ausübende Musik lag, mit Ausnahme der Oper, so völlig darnieder, daß Schumann und Wagner, Karl Löwe und Robert Franz erst sehr spät öffentliche Aufnahme fanden und selbst Mendelssohn nur langsam bekannt wurde. Das lag nicht immer an der Seichtheit der Auffassung zum Teile doch auch an der tiefen Ver-

[1]) Diese Darstellung schließt sich Eduard Hanslick an in seiner „Geschichte des Konzertwesens in Wien", „Aus dem Konzertsaal 1848—1868" und dem Aufsatze „Musik" im 2. Bande des Sammelwerkes „Wien 1848—1888".

ehrung, die Haydn, Mozart und Beethoven genossen, neben denen das Publikum sich nur schwer neuen Werken erschloß. Aber selbst Schubert mußte noch zwei bis drei Jahrzehnte zurückstehen, und es war kein gutes Zeichen, daß die Lieder von Heinrich Proch öfter gehört wurden als die seinigen. Leipzig wurde für die Musik der Vorort und auch andere deutsche Städte übertrafen Wien während der Jahre von 1830 bis 1860 in der Instrumentalmusik und im gemischten Chorgesang.

Nur die Oper erhielt sich auf der alten Höhe, besonders deshalb, weil sie nicht bloß an der Hofoper, sondern auch in den beiden Theatern des Direktors Pokorny, in der Josephstadt und dem Wiedner Theater gepflegt wurde. Wien zog bei dieser Fülle an Opernhäusern nach wie vor die deutschen Komponisten an, von denen eine Reihe als Kapellmeister an den Wiener Bühnen tätig waren. Merkwürdigerweise ließen sich auch auf diesem Gebiete die österreichischen Musiker von den fremden ausstechen. Aber es gereicht Wien zur Ehre, daß es nach Beethoven auch Heinrich Marschner und Konradin Kreutzer, Otto Nicolai und Albert Lortzing für längere oder kürzere Zeit eine Heimstätte gewährte[1]. In dieser Reihe ist auch Gaetano Donizetti zu nennen, von 1842—1843 kaiserlicher Hofkomponist und Hofkapellmeister. Ihnen schließen sich als Kapellmeister noch Heinrich Esser, Karl Eckert und Otto Dessoff an, — erst nach ihnen nehmen an der Spitze des Orchesters der Hofoper und der phil-

---

[1]) Heinrich Marschner war 1815—1821 in Preßburg tätig, konnte jedoch in Wien nicht festen Fuß fassen; Konradin Kreutzer dagegen wirkte 1822—1840 in Wien, zuerst an der Hofoper, später am Josephstädter Theater, für welches er das „Nachtlager von Granada" schrieb; auch die charakteristisch-schöne Musik zum „Verschwender" ist sein Werk. Am tiefsten griff Otto Nicolai in das Wiener Musikleben ein; er stand 1837—1838 und von 1841—1847 an der Spitze der Kapelle der Hofoper und begründete die philharmonischen Konzerte, wenn auch noch nicht als dauernde Einrichtung. Auch entstanden in Wien seine „Lustigen Weiber von Windsor" (Text von Mosenthal). Weniger glücklich als er war der stets umhergetriebene Albert Lortzing, der 1846—1850 Kapellmeister am Josephstädter Theater war, wo er seinen „Waffenschmied" auf die Bühne brachte; nach dem Schiffbruche dieses Theaters kehrte er in seine Vaterstadt Berlin zurück, wo er 1851 in Dürftigkeit starb.

harmonischen Konzerte wieder österreichische Künstler den leitenden Platz ein. Überall also ein Ermatten, das erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts einem kräftigen Aufschwunge Platz macht.

Man war also in Wien nicht gegen das Fremde an sich unduldsam, doch mußte es dem Geschmack an leichtverständlicher Melodie Rechnung tragen; man war überhaupt nur für die bisherigen Ausdrucksformen empfänglich. Auf diesem Boden erwuchsen die Schöpfer und Meister der Wiener Tanzmusik. Joseph Lanner (1801—1843) rief für sie zuerst ein Streichorchester (statt der früher üblichen Harmoniemusik mit Blech- und Blasinstrumenten) ins Leben und schrieb gleichzeitig Ländler, Deutsche und Walzer in unerschöpflicher Erfindungsgabe und geistreicher Charakteristik. Ihm folgte Johann Strauß (1804—1849), der die ausgedehntere Verbreitung seines Namens vor allem der Energie verdankte, kraft welcher er für seine einschmeichelnden Tanzrhythmen ein vollendetes Orchester schuf, mit dem er Frankreich, England und Deutschland bereiste; überall erklang der Ruhm des Wiener Walzers. Er war ein denkender und ernster Tonkünstler, der in seinen Konzerten in der Heimat wie in der Fremde auch immer klassische Musik vortrug, für die er seine Leute vortrefflich schulte. Keiner der beiden Meister wurde älter als 45 Jahre — was haben sie doch bei aller Lebensluft als Komponisten wie als Kapellmeister arbeiten müssen, um noch vor ihrem Tode Weltruf zu erringen! Lanner war leichtlebig, aber man lese nur in der Biographie von Johann Strauß, wie er auf seinen Kunstreisen neben Erfolgen auch so große Sorgen und Strapazen durchmachte, daß er förmlich zusammenbrach; nur mit aller Willenskraft nahm er die Arbeit wieder auf. Kein Wunder, daß er, der zugleich ein trefflicher Familienvater war, lange nicht zugeben wollte, daß seine Söhne sich der Musik widmeten. Die treffliche Doppelstatue Lanners und Strauß' von der Hand Seufferts (im Wiener Rathauspark) zeigt die beiden Künstler in ein sinnvolles Gespräch über Musik vertieft, sie sind mit ganzer Seele bei der Sache, während auf dem Marmor hinter ihnen die Paare sich in rasendem Wirbel drehen.

Das Jahr 1848 traf also die Wiener Musik halb im Nieder-

gange, dabei aber innerhalb eines engen Gebietes berauschender Harmonien voll. Die Revolution knickte dann, was an ernster Musik noch bestand, und der Winter auf 1849 war so traurig, daß die 1812 gegründete Gesellschaft der Musikfreunde hart vor ihrer Auflösung stand. Ihre Konzerte waren nur spärlich besucht und ihre finanzielle Lage so kläglich, daß ihre Schule bis 1851 gesperrt werden mußte, trotzdem die Lehrer das Opfer gebracht hatten, von 1848 auf 1849 den Unterricht ohne Entgelt zu erteilen. Bloß Johann Strauß blieb auch während der Revolution unermüdlich, nur komponierte er jetzt weniger Walzer als Märsche, die er der jungen Freiheit widmete, einen „Österreichischen Nationalgardemarsch", einen Marsch der Studentenlegion, den besonders interessanten „Freiheitsmarsch", einen Marsch des einigen Deutschland — es quollen ihm die Klänge nur so aus den Fingerspitzen heraus — und dazwischen fällt der fröhlich-siegreiche Radetzkymarsch, der ein unverlierbares Erbstück der österreichischen Armee geblieben ist. Strauß war im Grunde gut kaiserlich und trug es schwer, daß er genötigt wurde, im Oktober 1848 im Belvederegarten den revolutionären Mobilgarden aufzuspielen; dafür schrieb er, als Jellačić mit seinen Kroaten in Wien einzog, auch ihm zu Ehren einen Marsch. Was hätte er sonst mit den vielen Melodien anfangen sollen, die sich in seinem Kopfe drängten! So stellte er sie jeder politischen Strömung zur Verfügung, von der seine Wiener ergriffen wurden. Bald darauf, am 25. September 1849, sank er an einem Scharlachfieber in das frühe Grab.

Auch nach der Revolution blieb der musikalische Geschmack konservativ, was sich zunächst im Spielplan der Hofoper kundgab. In dem folgenden Jahrzehnt darauf waren Meyerbeer und Flotow, Verdi und Donizetti, Auber und Thomas die beliebtesten Komponisten. Wagner dagegen blieb lange ausgeschlossen, der „Lohengrin" erschien erst 1858, je ein Jahr später „Tannhäuser" und „Der fliegende Holländer". Gegen den „Tannhäuser" gab es von Seite der Zensur einige Zeit auch kirchliche Bedenken. Richard Wagner hörte 1861 in Wien seinen „Lohengrin", weilte dann auch um Neujahr 1863 mehrere Wochen in Wien, fand hier einen Kreis begeisterter Verehrer, ohne aber die gegenteilige

Richtung überwinden zu können, für die Eduard Hanslick in geistreichen, aber einseitigen Musikkritiken das Wort führte. Doch ging es ihm in Wien noch immer besser als in Berlin, wo er im Hoftheater erst nach 1870 zu Gehör kam. Unter diesen Umständen war Österreich auch für Franz Liszt kein Boden, der 1847—1861 von Weimar aus bahnbrechend wirkte. — An der Wiener Hofoper trat 1853 die Reform ein, daß die Verpachtung endlich aufhörte; zunächst wurden Julius Cornet bis 1857, dann Karl Eckert 1860, hierauf aber ein Italiener, Matteo Salvi, zum Direktor bestellt, letzterer keine glückliche Wahl. Erst als 1866 Johann Herbeck erster Kapellmeister und das Jahr darauf Franz Dingelstedt Direktor wurde, begann eine Glanzzeit, in der die Wiener Oper in die vorderste Reihe rückte. Glänzende Darsteller hatte es stets gegeben; jetzt aber erhob sich auch der Spielplan, besonders aber das Orchester zu stolzer Höhe.

Noch energischer ging es mit dem Konzertwesen aufwärts. Hier war als Erbschaft des Vormärz und der Revolution eine erschreckende Öde zu überwinden. Die Reform ist mit dem Namen Joseph Hellmesbergers (1827—1893) verknüpft, der, aus einer Wiener Geigerfamilie stammend, 1851 als artistischer Direktor in der Gesellschaft der Musikfreunde den Konzerten dieser Gesellschaft einen würdigen Inhalt gab. Aber erst als Johann Herbeck 1859 die Leitung der Gesellschaftskonzerte der Musikfreunde übernahm, als das Jahr darauf sich die Philharmoniker als dauernde Einrichtung organisierten und Otto Dessoff an ihre Spitze stellten, kam Schwung und Begeisterung in das Musikleben. Schließlich entfaltete Hans Richter seine gesegnete Wirksamkeit; als sein Taktstock gleichzeitig die Konzerte der Gesellschaft der Musikfreunde und der Philharmoniker, dazu auch die Hofoper beherrschte, da gab es keinen Zweifel mehr, daß Wien wieder den alten Musikruhm zurückerobert hatte. Das Orchester der Philharmoniker wurde das beste Europas.

Dazu kam, daß Wien in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wieder bedeutende Komponisten in seinen Mauern vereinigte. Johannes Brahms lernte, 29 Jahre alt, Wien 1862 zuerst kennen und blieb hier von 1869 bis an seinen Tod (1897). Ihn und Beethoven hielt in Wien dasselbe Band fest: der hin-

gebende Enthusiasmus, dessen der Österreicher fähig ist, wenn er für das Schöne gewonnen wird. Vom ersten Tage ihres Einzuges in die Stadt hatten die beiden Künstler in einem zuerst kleinen, aber bald mächtig wachsenden Kreise Verständnis und Bewunderung gefunden, sie erschienen wie hohe Sendboten aus einer reineren Welt. Und neben Brahms entfaltete mit ganz verschiedenen Gaben, aber von ihm selbst hochgehalten, der jüngere Johann Strauß seine leichtbeschwingte Kunst, die Welt mit Melodien überschüttend. Karl Goldmark und Anton Bruckner, so verschieden von einander, haben dem Höchsten in der Kunst gelebt, nicht für die Menge, sondern aus reinem Innern schaffend. Und wie viele klangvolle Namen wären nicht neben ihnen zu nennen! Ein neuer Aufstieg also in der früheren Hauptstadt der Musik, und gleichzeitig erstehen unter den Tschechen die Tonkünstler Smetana und Dvořak. Das Ende des Jahrhunderts war seines glorreichen Anfangs nicht unwürdig.

III. Lyrik

Die Zeit des wiederhergestellten Absolutismus war für die poetische Produktion, soweit es sich um die Sprache der Empfindung handelte, im ganzen ungünstig. Von den Lyrikern und Balladendichtern des Vormärz verstummten die meisten, da Reaktion und Konkordat nicht danach angetan waren, frohe und starke Gefühle zu nähren oder zu wecken. Verschwunden war die Harmlosigkeit früherer Tage, verschwunden auch der Glaube an die frohe Zukunft, die eine Folge sein sollte des Erwachens der Völker zur Freiheit. Bei Ausbruch der Revolution war Nikolaus Lenau bereits dem Wahnsinn verfallen und endete 1850 im Irrenhause. Anastasius Grün (1806—1876) erschien im selben Jahre mit dem Pfaffen vom Kahlenberg, einem Epos, das noch vor der Revolution gedichtet war. Grün empfand es schmerzlich, daß darauf seine Dichterkraft für ein Jahrzehnt so vollständig versiegte, daß er annehmen mußte, sie wäre für immer völlig verschüttet. Johann Gabriel Seidl (1804—1875), dessen liebenswürdige Gedichte in allen Antho-

logien zu finden waren, hat nach seinem 40. Lebensjahre nichts Poetisches mehr geschaffen; es sei denn, daß die Umdichtung der österreichischen Volkshymne (1854) hieher gerechnet wird [1]). Dagegen entfaltete er als Kustos des Münz- und Antikenkabinetts seit 1840 eine rege wissenschaftliche Tätigkeit. Länger hielt bei J. Chr. Freiherrn v. Zedlitz (1790—1862) die Schaffenslust an, wenn er auch durch sein 1849 erschienenes Soldatenbüchlein nicht mehr die Teilnahme zu erwecken vermochte, die seine 1827 erschienenen „Totenkränze" in Deutschland hervorgerufen hatten. Betty Paoli (1814—1894), jünger als die vorigen, veröffentlichte auch nach der Revolution Sammlungen von Gedichten, in denen sie mutig die Liebesgefühle aussprach, denen sich die feurige Frau oft und bis ins überreife Alter hingab. Durch diese ältere Dichtergeneration, der sich eine ganze Reihe Mitstrebender anschloß, erhielt das Wiener Leben den poetischen Einschlag.

In den Hauptstädten der Provinzen ging es stiller her. In Prag lebten Alfred Meißner und in hohem Ansehen Karl Egon Ebert (1801—1882), der jedoch sein Bestes und Kraftvollstes in den Balladen seiner Frühzeit geleistet hatte und sich jetzt nur selten zu Wort meldete. — In Graz stellte sich Karl Gottfried v. Leitner (1800—1890), den seine Freunde überschwenglich den steirischen Uhland nannten, fleißig mit Liedern, Balladen und Novellen ein. — Eine selbständige Gruppe wurde nur von den Tiroler Dichtern und Schriftstellern gebildet, deren Mitglieder übrigens nach 1848 in alle Winde zerstreut wurden. Alle Schattierungen vom wetterfesten Klerikalismus bis zum scharfen Freisinn waren unter ihnen vertreten. Beda Weber (1798—1858) verleugnete weder in seinen Dichtungen noch in seinen Predigten den streitbaren Priester; die letzten Jahre seines Lebens, seit 1850, verbrachte er als

[1]) Der ursprüngliche Text der von Joseph Haydn komponierten Volkshymne ist von Haschka und verherrlicht den Kaiser Franz. Nach dessen Tode fanden Umdichtungen statt, bis die Regierung 1853 einen öffentlichen Konkurs zur Umarbeitung ausschrieb. J. G. Seidl erhielt, wie die „Wiener Zeitung" am 9. April 1854 meldete, den Preis, und sein Text ist der offizielle geblieben.

Seelsorger der katholischen Gemeinde in Frankfurt. Milder als er dachten zwei andere Priester: Alois Flir (1805—1859), der feingebildete Professor der Ästhetik an der Innsbrucker Universität, seit 1853 Rektor an der Anima, der deutschen Nationalkirche zu Rom; dann Sebastian Ruf (1802—1872), Kaplan an der Irrenanstalt zu Hall, ein Mann, der sich bei der Erklärung von Natur und Welt an Spinoza hielt, dem aber für Empfindung und Tröstung die Religion unentbehrlich blieb. Widerpart gegen den Klerikalismus waren Michael Senn und vor allem Hermann v. Gilm (1812—1864), das größte lyrische Talent Tirols. Er begann mit feingestimmten Liebesliedern; zum politischen Dichter wurde er durch die Schmach, welche Staat und Kirche 1837 durch die Vertreibung der Protestanten des Zillertals über seine Heimat gebracht hatten. Damals entstanden seine Jesuitenlieder, die nicht gedruckt werden durften, aber in Abschriften im Lande verbreitet waren. Er war Staatsbeamter, und Bach nahm keinen Anstand — es war allerdings noch in seiner besseren Zeit — ihn 1850 ins Ministerium des Innern nach Wien zu versetzen; 1856 kam er zur Statthalterei in Linz, wo er bis an seinen Tod wirkte. Adolf Pichler (1819—1900) hat dann in kerniger Prosa und in schneidigen Epigrammen im Sinne Gilms auf seine Landsleute zu wirken versucht.

Von den starken Begabungen der nächsten Dichtergeneration standen Baronin Ebner-Eschenbach und Saar, Anzengruber und Rosegger während der Zeit des Absolutismus noch in den Jahren der Bildung oder der ersten Jugend. Nur einer von ihnen, Robert Hamerling (1830—1889) zeigte bereits die Klaue des Löwen. In Niederösterreich zu Kirchberg am Walde geboren, war er von 1855 bis 1868 Professor am Gymnasium zu Triest, Jahre, die für sein dichterisches Schaffen fruchtbarer waren als seine übrige in Graz verbrachte Lebenszeit. Schon seine Jugendgedichte („Venus im Exil" 1858, „Sinnen und Minnen" 1860, „Ein Schwanenlied der Romantik" 1862) ließen in die Tiefen eines reichen Dichtergemüts blicken; mit dem „Ahasver in Rom" (1866) und dem „König von Sion" (1869) erreichte er die Höhe des Schaffens. Dem vornehm sich zurückhaltenden

Manne, der als Gymnasiallehrer seine ungeberdigen Schüler gar oft sich selbst überließ, um den Besuch der Muse zu empfangen, würde man die Glut und Farbenpracht seiner Dichtungen nicht angesehen haben. Er ist einer der wenigen österreichischen Poeten, der seine Stoffe fast immer außerhalb seiner engeren Heimat wählte; die naive Freude an ihrem Leben und Treiben war ihm versagt, während eine schwärmerische Liebe zum großen deutschen Vaterlande ihn von der Jugend bis ins Alter begleitete. Die schwüle Sinnlichkeit seiner Phantasie, das Versenken in die fremden Welten des absterbenden Rom und des wiedertäuferischen Fanatismus, eine umfassende Bildung, die von der Phantasie dann im freien Schwunge überflogen wird — all das sind Züge und Eigenschaften, durch welche er aus der geschlossenen Entwicklungsreihe der österreichischen Poeten vor und nach ihm heraustritt. Auch darin unterscheidet er sich von den Dichtern des Vormärz, daß seine blühenden Verse nichts von den sprachlichen Härten aufweisen, mit denen auch die größten unter ihnen zu kämpfen haben. Er war eine Persönlichkeit, stark genug, ihre eigenen Wege zu gehen.

IV. Erzählende Dichtung

Der Roman ist von den Deutschen im Vergleiche mit Engländern, Franzosen und Russen mit geringerem Glücke gepflegt worden, und das gilt auch vom österreichischen Stamm. Dazu kam freilich, daß das größte Erzählertalent Österreichs durch freiwillige Selbstverbannung früh der Heimat entrissen wurde. Charles Sealsfield (1793—1864), „der große Unbekannte", hat erst durch die Bestimmungen seines Testaments enthüllt, daß er eigentlich Karl Postl hieß und 1822 aus dem Kloster der Kreuzherren zu Prag nach Nordamerika entflohen war. Keinem Freunde oder Verwandten hatte er je ein Lebenszeichen gegeben, eine Abkehr, die er, wie die von ihm gewählte Grabschrift andeutet, als tiefes Unrecht gefühlt haben muß. Mit Österreich selbst hatte er in der von ihm 1828 herausgegebenen Schrift „Austria as it is" streng abgerechnet. Seine großen Ro-

mane aus dem amerikanischen Leben entrollen lebhafte Bilder der politischen und sozialen Zustände Nordamerikas und Mexikos; die spätere Entwicklung des Romans vorausnehmend, ist in seinen Dichtungen nicht der einzelne, sondern das Volk und die Gesellschaft in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt. Kein österreichischer Erzähler kommt ihm im entferntesten gleich, wenn Zeitromane auch mehrfach auftauchten. Verhältnismäßig am höchsten steht Ferdinand Kürnbergers „Der Amerikamüde" (1855). Kürnberger (1823—1879) hatte Wien, wo er zu den revolutionären Drängern gehörte, verlassen müssen und lebte als Flüchtling in Deutschland. Aber früh warf er manches liberale Vorurteil von sich, darunter auch die sentimentale Überschätzung der in Freiheit sich badenden Neuen Welt; der Held seines Romans wird wie Nikolaus Lenau, dessen Charakter Kürnberger manchen Zug entlehnt, durch die amerikanische Lebensauffassung herb enttäuscht[1]). Die Schilderung des Lebens jenseits des großen Wassers ist vortrefflich, aber Kürnberger warf sich später selbst vor, daß der Stil des Buches an einem Überreichtum an Gedanken — man muß hinzufügen, auch an Bildern — leidet. „Ich habe lange gebraucht," so schreibt er, „um die höchste Kunstweisheit zu lernen, nicht mehr Gedanken zu haben, als der Stoff hat." Trotz dieser Selbsterkenntnis sollte sich Kürnberger auch später nicht zu edler Einfachheit emporringen, diesem Merkmal klassischen Schrifttums. Seine Stärke lag im Feuilleton, wo es galt, geistreiche Einfälle in einem engen Rahmen zur Geltung zu bringen. Das gelingt ihm oft mit gewinnender Beredsamkeit. Die Sammlung seiner politischen Feuilletons „Siegelringe" (1874) enthält die Aufsätze, mit denen die Geschichte Österreichs seit 1866 wie mit einem anklagenden und läuternden Chor begleitet wird. Pathos und Satire lösen sich ab; er aber leidet selbst am meisten durch die Torheiten der Regierenden und der Völker, über die er die Schale seines Zornes ergießt.

Unter den Zeitromanen fand Alfred Meißners „Schwarz-

---

[1]) Vgl. die Einleitung von Otto Erich Deutsch zum „Amerikamüden" in der Gesamtausgabe der Werke Kürnbergers, 4. Band.

gelb", der 1862—1864 erschien, eine gewisse Beachtung, weil er die unmittelbar vorhergehende Periode der Reaktion in Österreich behandelt, freilich mit der Seichtheit der späteren Bücher dieses Schriftstellers. Farbiger sind die 1861 erschienenen „Dissolving views" Leo Wolframs, die Aufsehen erregten, weil alle leitenden Männer Österreichs, der Kaiser, Erzherzog Ferdinand Max, Kardinal Rauscher, Bach und Bruck in „Nebelbildern", wie der Titel sagt, vorgeführt werden. Die Vorgänge von der Schlacht bei Solferino bis zum Sturz des Generaladjutanten Grünne sind darin mit einer abenteuerlichen Romanhandlung verwoben; nicht ohne Mühe arbeitet man sich durch die arg subjektiv gefärbte, Jean Paul bedenklich nachahmende Schilderung von Personen und Zuständen durch, die in der ungünstigsten Beleuchtung erscheinen. Sein nächster Roman war „Verlorene Seelen" mit Gestalten aus dem klerikalen Lager. Leo Wolfram (eigentlich Joseph Prantner) war Beamter im Wiener Ministerium des Äußern und starb 1871 als Hofrat.

Eine eigene Stellung nehmen die Erzählungen von Adolf Ritter v. Tschabuschnigg (1809—1877) ein, der kurze Zeit, 1870—1871, Justizminister war. Der satirische Roman „Die Industriellen", 1854 erschienen, ist einer der ersten in Deutschland, der die soziale Frage behandelt. Geistreich und unerbittlich werden zwei Vettern vorgeführt, die in der Ausbeutung ihrer Arbeiter das Schlimmste leisten, der eine mit roher Gewalttat, der andere unter der Hülle des Schöngeists. Der dritte der Vettern ist das Muster eines patriarchalischen, segenbringenden Fabriksherrn. Die Arbeiter sind weniger gut geschildert, offenbar ohne unmittelbare Kenntnis ihres Lebens und Treibens; der edle Repräsentant der Klasse endet tragisch: nachdem er seine Kameraden von der Zerstörung der Fabrik des ärgsten Ausbeuters abgehalten hat, fällt er durch die Kugeln der zur Herstellung der Ordnung herbeigeholten Gendarmen. Dieser Roman verdient nicht die Vergessenheit, in die er gesunken ist, so viel sich auch gegen die Schwächen des Stils Tschabuschniggs sagen läßt.

Der literarische Charakter fehlt vollständig den in dieser Zeit in Aufnahme gekommenen Zeitungsromanen aus dem

Wiener Leben. Adolf Bäuerle war der Erfinder dieser Gattung. Bis 1841 hatte er unzählige Volksstücke über die Bretter gehen lassen, dann sich ausschließlich mit seiner „Theaterzeitung" beschäftigt. 1854 schrieb er den Roman „Therese Krones", dessen Heldin die begabte und lockere Theaterprinzessin Altwiens ist, dann „Ferdinand Raimund" (1855), „Direktor Carl" (1856) und andere Erzählungen desselben Stoffkreises. Dem Vorgange Bäuerles folgten Friedrich Kaiser, Anton Langer, Eduard Breier, Theodor Scheibe und andere, deren kurzlebige Erzählungen mitunter Erfindungsgabe zeigen; ihr Hauptzweck war, die Lese- und Stoffwut der kleinen Leute zu befriedigen. Die zahlreichen Romane aus der politischen und der Theatergeschichte Wiens sind ein unzureichender Ersatz für den Mangel guter historischer Bücher über österreichische Geschichte, ein Bedürfnis, das auch bis heute nicht befriedigt ist. Nur mit halbem Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Romane Bäuerles als eine Art zeitgenössischer Memoiren gelten können.

Aus diesen Niederungen steigt man in das Reich der Poesie empor, wenn man sich Adalbert Stifter (1805—1868) zuwendet, dem es beschieden war, sich den Meistern der Naturschilderung zuzugesellen. Grillparzer gab im „Armen Spielmann" 1847 ein Vorbild für die Verwertung heimatlichen Lebens in der Novelle; Stifter, aus dem Böhmerwald stammend, hat der Natur seiner Heimat die Reize abgelauscht, die Gebirg und Wald der ahnenden Seele erschließen. Er gehört zu den spät reifenden Poeten, denn seine „Studien" erschienen erst 1844 bis 1850; sein sinniges Naturgefühl, die Abwendung vom Treiben des Tages, das liebevolle Sichversenken in die kleinen und kleinsten Vorgänge haben ihm in Österreich sogleich einen Kreis von Freunden erworben. Mit den 1852 erschienenen „Bunten Steinen" erreichte er den Höhepunkt; Skizzen wie „Bergkristall" sind Perlen erzählender Dichtung. Er war der Lehrer des Sohnes des Fürsten Metternich, ohne aber vom Staatskanzler gefördert zu werden. Stadion wußte seinen Wert zu schätzen, und Leo Thun verlieh ihm die Stelle eines Schulrats in Linz, in der er 1850—1868 tätig war. Aber dieses Amt war für den feinfühligen und bald kränkelnden Mann eine immer schwerere Last,

und dazu kamen die Zurücksetzungen, die er von der Unterrichtsverwaltung erfuhr; auch ihm war Österreich keine liebevolle Mutter. Erst unter Schmerling erfreute er sich verdienter Anerkennung, die ihm jedoch den Lebensmut nicht zurückgeben konnte. Das Sinken seiner Kraft zeigt sich in seinen größeren Romanen, für die sein Atem überhaupt nicht ausreichte, im „Nachsommer“ (1857) und „Witiko“ (1864—1867). So fein empfunden auch viele Schilderungen sind, so tat der Dichter an behaglicher epischer Breite, für die er schwärmte, des Guten zu viel. Die Schöpfungen seines Mannesalters aber haben in Deutschland eine immer größere Gemeinde gefunden.

Überhaupt fand die Novelle, anders als der Roman, manchen glücklichen Bildner. Friedrich Halm darf hier nicht vergessen werden, wenn auch seine Dramen allgemeiner bekannt wurden; das „Haus an der Veronabrücke“ prägt sich der Erinnerung dauernd ein. Ebenso gelang Leopold Kompert in seinen „Geschichten aus dem Ghetto“ manches feine Stück; dasselbe gilt von Moritz Hartmann, dessen liebenswürdige Natur auch über des Lebens Ernst freundliche Strahlen verbreitet.

V. Politische Dichtung

Hoch auf rauschte im Jahre 1848 die politische Dichtung. Von den Dramatikern soll später die Rede sein, zunächst möge das Kampf- und Rügelied zu Worte kommen und von den Poeten der größte: Franz Grillparzer. Er hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, sich alles Verstimmende durch Epigramme von der Seele zu schreiben; aber sorgsam verschloß er die besten und schärfsten unter ihnen in seinem Schreibtisch, aus dem sie erst nach seinem Tode erstanden. Man hat nun an ihrer Bitterkeit Anstoß genommen und gefunden, ein unedles Gemüt spreche aus den Stachelversen über viele seiner Zeitgenossen, so über Anastasius Grün, Bauernfeld, Hammer-Purgstall, Hebbel. Damit wird man ihm jedoch nicht gerecht. Denn im Leben und Handeln war er diesen Männern gegenüber durchaus vornehm, nie hat ihn eine neidische Tat verunehrt. Und das ist

doch die Hauptsache. Wenn er nun dem, was ihn poetisch oder menschlich von ihnen trennte, in Epigrammen Ausdruck gab, so war das wie eine für sich abgelegte Beichte, und im Beichtstuhl geben sich gerade die innerlich wahren Naturen oft sündiger und unvorteilhafter, als ihrem eigensten Wesen entsprechen mag. Viel wichtiger als diese in übler Laune hingeworfenen Angriffe sind die Sprüche hoher Lebensweisheit, besonders aber die politischen Reime, weil sich hier warme Vaterlandsliebe mit überraschend sicherem Urteil paart. Man muß ihn nehmen wie er war: ein Bekenner der Ideen Josephs II., ein Freund des Lichtes und des maßvollen Fortschritts, Reformen heiß ersehnend, der Revolution dagegen abgeneigt, ein Patriot, der eine starke Hand zur Bändigung der seinem Vaterlande drohenden Gefahren wünschte, aber ebenso den staatlichen und noch mehr den kirchlichen Despotismus verabscheute — also ein Mann des rechten Zentrums, der die Mittellinie dieser Überzeugung haarscharf festhielt und seine Hiebe kräftig nach rechts und nach links austeilte. Das entspricht nun nicht jedermanns Ansicht, und daher das Kopfschütteln und die herben Antworten, die ihm von rechts und links zu teil wurden. Noch bitterer wurde er, wo es die Abwehr der wirklichen oder vermeintlichen Feinde Österreichs galt: und das ist eine lange und bunte Reihe. Wo Österreich sich der Zeitströmung widersetzte, um seine Herrschaft zu behaupten, war auch er reaktionär aus Liebe zu seinem Staate. Als strammer Konservativer steht er für die Verträge von 1815 ein, sieht in den Bestrebungen für die Einheit Italiens nichts als Feindschaft gegen Österreich; er mißtraut Preußen aufs tiefste und hält am Deutschen Bunde fest, schon weil er den Ausschluß Österreichs aus Deutschland für das größte Unglück hält; Napoleon III. ist ihm von vornherein verdächtig und seit 1859 in jeder Beziehung hassenswürdig. Doch in einer Beziehung trug er in seinem Lande die Fackel voran, und das war im Streite mit den klerikalen Dunkelmännern. Über das Konkordat hat er das Schärfste und Wahrste gesagt: dieser Überzeugung treu, gab er auch bei der entscheidenden Abstimmung von 1868 seine Stimme im Herrenhause ab.

Kräftig sausten seine Epigramme auf das Metternichsche

System nieder, welches er an seinen zwei verwundbaren Stellen traf. Die eine war das faule Unterlassen der notwendigsten Reformen, was er in den Versen geißelte:

Flicke, flicke, flicke zu!
Aus dem Stiefel ward ein Schuh,
Willst du nicht nach neuem Leder sehen,
Müßt ihr endlich barfuß gehen.

Dann aber verspottet er die Theorie der Ritter vom historischen Recht, welche alles Alte und Überlebte erhalten wollen:

Nichts was nur echt historisch ist,
Ging je in diesem Land verloren,
Darum herrschen zwei Parteien itzt:
Die Wichte und die Toren.

Als Metternich noch auf der Höhe der Macht stand, schrieb er ihm die Grabschrift, die mit den Worten beginnt: „Hier liegt für seinen Ruhm zu spät der Don Quixote der Legitimität.“ Er sah voraus, daß, wenn sein System nicht rechtzeitig falle, eine Revolution unabweislich wäre, und das erfüllte ihn mit Bangen und Schmerz. Indessen hoffte er nach dem 13. März eine zeitlang, das Errungene werde mit Maß festgehalten werden, und besang in schönen Versen die Wiener Studenten, welche an jenem Tage das Examen gut bestanden hätten:

Die Prüfung aber war scharf und schnell,
Es gab ein schweres Examen,
Die Kugeln pfiffen die Fragen hell,
Der Tod stand nah als grimmer Pedell,
Der Karzer war nicht bloß ein Namen.

Wir aber bestanden und sind graduiert,
Wer könnte, was wir nicht könnten?
Die Hefte, wobei wir die Feder geführt,
Sie werden wohl noch von der Nachwelt studiert.
Holla, die Wiener Studenten!

Sehr bald aber wendet er sich von der einreißenden Unordnung tadelnd ab:

Studenten, die nicht studieren,
Garden, die nicht bewachen,
Regierungen, die nicht regieren,
Das sind mir schöne Sachen!

Und prächtig ist die von ihm gemachte Unterscheidung:

Das Volk verehr' ich so wie ihr,
Die Masse zusamt dem Hebel;
Laßt ihr aus dem Volk die Besten weg,
So bleibt nur noch der Pöbel.

Da sich allerhand unreine Elemente in den Vordergrund drängen, fährt er los:

Der Freiheitsdrang, der uns kam über Nacht,
Wird, fürcht' ich, wenig leisten.
Wißt ihr, was mir ihn verdächtig macht?
Die Lumpe ergreift er am meisten.

Als dann Ungarn durch Drohungen die Zugeständnisse vom April 1848 erzwingt und auf seinem Schein besteht, heißt es bei ihm:

Was man euern Bitten versprach,
Klagt ihr, werd' im Halten verzettelt;
Ihr seid wie der Gauner im Gil Blas,
Der mit der Muskete bettelt.

Er zweifelt später nicht mehr, daß dem Übergenuß der Freiheit schreckliche Enttäuschung folgen werde:

Singt nur Don Juan in beschleunigtem Takt
Und jubelt in froher Hast:
Es kommt, ihr wißt, erst im letzten Akt,
Doch sicher der steinerne Gast.

Er wird wegen seiner Haltung angefeindet: „Als liberal einst der Verfolgung Ziel, schilt mich der Freiheitstaumel nun servil" und klagt über sein Schicksal:

Die Knechtschaft hat meine Jugend zerstört,
Des Geistesdruckes Erhalter,
Nun kommt die Freiheit sinnbetört
Und lähmt mir auch mein Alter.

Aber mit dem Seherblick des Dichters sieht er die Rettung aus den Taten und Siegen Radetzkys erstehen, dem er zuruft:

Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich
Nicht bloß um des Ruhmes Schimmer!
In deinem Lager ist Österreich,
Wir andern sind einzelne Trümmer.

Prächtige Verse folgen, die eindringlicher klingen als irgendein politisches Lied der Deutschen seit Walther von der Vogelweide:

> Die Gott als Slav' und Magyaren schuf,
> Sie streiten um Worte nicht hämisch,
> Sie folgen, ob deutsch auch der Feldherrnruf:
> Denn „Vorwärts!" ist ungrisch und böhmisch.
>
> Gemeinsame Hilf' in gemeinsamer Not
> Hat Reiche und Staaten gegründet;
> Der Mensch ist ein Einsamer nur im Tod,
> Doch Leben und Streben verbündet.

Sehr bestimmt und klar nimmt Grillparzer zu dem neuen Regiment Stellung. Der Reichstag von Kremsier ist ihm zu demokratisch, und er steht zu dem Fürsten Schwarzenberg als dem Bändiger der Revolution; er gefällt dem Dichter, aber, wie es in einem Epigramm heißt, ohne seinen Bruder, den Kardinal, und ohne seinen Schwager Windisch-Grätz. Bach häutet sich ihm zu häufig und wird ihm ebenso wie Thun bald wegen seiner Frömmigkeit verdächtig („Ihr seid Minister, ihr ministriert, ich bin der Priester, der konsekriert"). Seine Männer sind Stadion und Schmerling, der letztere, weil er in Frankfurt mannhaft der Revolution widerstand, in Österreich aber sich nicht der neuen Knechtschaft beugte, sondern aufrecht aus dem Ministerium trat; er feiert ihn als ganzen Mann und tadelt diejenigen, die ihm bei seinem Falle (1851) den Rücken kehrten. — Vortrefflich ist der Epilog, den er der Verfassung nach ihrer Aufhebung in dem Gedicht spricht: „Ich sah ein Bild von kund'ger Hand". Er zeichnet einen Mann, der rüstig dahinschreitend in seinen Sack alle wünschenswerten Dinge hineinwirft, so die Einheit Deutschlands und die Befreiung Schleswig-Holsteins. Dann fährt Grillparzer fort:

> Zu allem Unglück war jedoch
> Im Boden seines Sacks ein Loch,
> Da fiel, indem er Neues las,
> Heraus, was er schon längst besaß:
> Preßfreiheit lag am Boden schon,
> Freizügigkeit nicht weit davon;

Die Volksvertretung war zerbrochen,
Zum Beirat winzig eingekrochen,
Der Landessteuer Bewilligung
Halb ausgelöscht, nur Billigung.
Da dacht ich: Fährt der Mann so fort,
Geht er als Bettler von dem Ort.

Von da ab wandte sich Grillparzer von der Regierung ab, und er ging vollends in die Opposition, als der Klerikalismus Oberwasser gewann. Wie er dem Konkordat zu Leibe ging, wird sich später zeigen; hier seien nur die ersten Strophen des schönen Gedichtes angeführt, das er damals dem Schutzheiligen des freien Österreich, dem Kaiser Joseph II., widmete; er läßt Joseph also sprechen:

So braucht ihr fürder mich denn nun nicht weiter,
Gehoben ist der langentbehrte Schatz,
Ich bin euch nur noch der metallene Reiter,
Aufs höchste gut, zu schmücken euern Platz.

Bis etwa wieder euch das Volk vonnöten,
Und nicht mehr ausreicht eure schwarze Kunst:
Dann kehrt zurück ihr ohne Schamerröten,
Dann komm' ich wieder neu bei euch in Gunst.

So schreitet Grillparzer mit nachtwandlerischer Sicherheit zwischen den Extremen mitten durch, während die anderen Poeten Deutsch-Österreichs in den Reihen ihrer Partei kämpften. Mag die Schlagkraft der zahlreichen politischen Gedichte ungleich sein: zusammengenommen bilden sie gewissermaßen die Bibel strengen Österreichertums mit herber Abweisung alles Fremden. Daher kommt es, daß nationale deutsche Empfindung sich durch Grillparzer nicht befriedigt fühlt; Österreich ist ihm alles und für die das große Deutschland bewegenden politischen Ideen hegt er nur Teilnahme, wenn sie der Wohlfahrt seines Staates dienen. Daß er dieser Gesinnung trotz der ihm in seinem Vaterlande zugefügten Unbill treu blieb, gereicht ihm zu hoher Ehre.

Von den anderen Dichtern der konservativen Richtung reicht keiner an Grillparzer heran, so viele auch nach dem Siege der

kaiserlichen Waffen auftraten. Freiherr v. Zedlitz besang im „Soldatenbüchlein" (Wien 1849) die Taten und Siege des österreichischen Heeres in Italien und Ungarn, aber unedlen Tones und auf die Überwundenen Hohn und Schmach häufend; ebenso heftig wird mit der Wiener Revolution abgerechnet, in der

> Der frechen Schwindler frevelhafte Lehre . . .
> Die Freiheit nahm zum Banner ewiger Schande.

Doch ist zu bedenken, daß seine politischen Gegner auch mit ihm unsanft verfahren hatten. Vornehmer in der Gesinnung ist das Gedicht „Eine Warnungsstimme aus Italien," worin Oberst Wilhelm v. Marsano, der in Italien Kämpfende, 1848 den Wienern und besonders den Studenten ihr Sündenregister vorhielt[1]). Er schließt mit den Worten:

> Doch hört ihr die warnende Stimme nicht,
> Die das Heer aus Italien sendet,
> So setzen wir selber uns zu Gericht,
> Wenn hier unsre Sendung vollendet.
> Dann steht die Armee auf wie ein einziger Mann,
> Die Majestät des Kaisers zu rächen,
> Von Süden und Norden braust sie heran:
> Den gestohlenen Szepter zu brechen.
> Drum sorgt, daß sich niemand entferne
> Von der Bahn, die bestimmt ihm zu wandeln,
> Daß die Jugend schweige und lerne
> Und die Männer reden und handeln.

Zahlreicher waren 1848 die poetischen Stimmen, die sich für die Sache des Volkes erhoben. Keine machte sich so vernehmlich wie die Moritz Hartmanns, dessen 1848 und 1849 gedichtete „Reimchronik des Pfaffen Mauritius" bereits früher besprochen wurde[2]). Bauernfelds und Nestroys politische Komödien sollen noch eine besondere Würdigung erfahren; der erstere hat aber auch in flotten Epigrammen die Ereignisse begleitet.

---

[1]) Wilhelm v. Marsano (1797—1871) starb als Feldmarschalleutnant im Ruhestande. Eine Reihe seiner Trauer- und Lustspiele war in seiner Jugend über die Bretter gegangen. Sein Gedicht aus Italien ist abgedruckt im „Wiener Parnaß im Jahre 1848" von Freiherr v. Helfert, S. 305—310.

[2]) Band I, S. 189.

Den im März 1848 siegreichen Parteigenossen rief Bauernfeld die Warnung zu:

> „Jetzt sind wir frei.“ —
> Nun, das ist prächtig!
> Es bleibt doch alles Lumperei,
> Seid ihr nicht mächtig!

Er wünschte ein einiges Deutschland, gleichviel ob die Männer der Republik es brächten oder eine starke monarchische Gewalt:

> Ob Brutus oder Cäsar — gilt mir gleich!
> Schaff' einer erst ein tüchtig Reich.

Und über das Ergebnis der liberalen Bewegung urteilt Bauernfeld mißmutig:

> Der Adel und die Klerisei
> Han schier die Macht verloren,
> Dafür zieht noch immer die Börse frei
> Das Fell euch über die Ohren.

Eine besondere Stellung nimmt Karl Isidor Beck ein (geboren 1817 zu Baja in Ungarn, gestorben 1879), weil er als deutscher Dichter für sein ungarisches Vaterland das Wort führt. In einem aus 13 Gedichten bestehenden Büchlein „An Franz Joseph“[1]) wendet er sich unmittelbar nach der Unterwerfung Ungarns 1849 an den Kaiser, rät zum Verzeihen und zur Amnestie und spricht den Herrscher also an:

> Nun kleide dich festlich, zu werben um Minne,
> Doch nimmer in Stahl!
> Blühender, Brausender, Ununterjochter,
> Wirb um die ungrische Königstochter,
> Reich und rosig und feurig im Sinne,
> O, schön ist die Freite, herrlich die Wahl!
> Du konntest ihr Land mit Helden bekriegen,
> Ihr Herz, das mußt du selber besiegen.

Auch später dichtete er im selben Sinne und gab 1852 Gesänge „Aus der Heimat“ heraus, eine poetische Darstellung des ungarischen Krieges, die dadurch bemerkenswert ist, daß

[1]) Erschienen in Wien bei Jasper, Hügel und Manz 1849.

mit gleicher Wärme die Treue und die Taten des kaiserlichen Heeres, so des Generals Hentzi, wie die Freiheitsglut der ungarischen Kämpfer unter Görgey geschildert werden. Er steht auf seiten Ungarns, aber Versöhnung mit dem König ist des Liedes Unterton. Nur meistert Beck, in Ungarn von jüdischen Eltern geboren, die Sprache des Verses nicht derart, um sich dem Leser ins Herz einzuschreiben. Das war auch der Mangel seiner kurz vor der Revolution erschienenen „Lieder vom armen Mann", in denen er die Sache der Unterdrückten und Elenden führt. So schon in der dem Hause Rothschild gewidmeten Einleitung, wo es heißt:

Wenn du des Bürgers Mark gesogen,
Erbaue Spitäler und Synagogen,
Es wird der Herr sie segnen und wahren!
Mir aber graut vor einem Frommen,
Der stets des eignen Heils gedenkt,
Großmütig uns in Tropfen schenkt,
Was er mit Eimern uns genommen.

Die Enttäuschungen nach dem Jahre 1848 erschütterten in vielen Gemütern den Glauben an die Zukunft Österreichs. Es war schmerzlich zu sehen, daß erst die Niederlage von 1859 kommen mußte, um eine Umkehr zum Besseren hervorzurufen. Das österreichische Staatsgefühl aber wurde schwächer, und viele der Besten erhofften einzig von dem Aufgehen Österreichs in einem einigen Deutschland die Heilung der politischen Übel. So weit ging Robert Hamerling nicht, aber besonders seine Jugendgedichte hauchen eine nationale Glut aus, die in Deutschland noch besser zündete als in seiner Heimat. Im „Schwanenlied der Romantik" wie in der prächtig dahinströmenden Kanzone „Germanenzug" (1864) verkündigt er das Lob der deutschen Nation. Auch das Herz Anastasius Grüns, dessen Jugendgedichte ausschließlich Österreich gewidmet waren, erschloß sich immer mehr dem nationalen Gefühl, so daß er in der schönen Einleitung seiner Spätgedichte noch nach der Gründung des Deutschen Reichs das Bekenntnis ablegte:

Glauben an der Sonnen Kraft,
Die im Menschengeiste lodert;

Glauben an den Lenz in Haft,
Der sein Recht des Freien fodert;
Glauben an das Vaterland,
An das große, deutsche, eine,
Ob auf ein zerrissenes Band
Heute noch manch Auge weine.

VI. Die Presse

Vor 1848 duldete die Regierung in den deutsch-slawischen Ländern kein einziges von ihr unabhängiges politisches Blatt. Es bestanden hier im ganzen 19 politische Zeitungen, davon 18 amtliche Blätter in den Landeshauptstädten, und der „Beobachter", ein offiziöses Organ, zur Verteidigung der Maßnahmen der Regierung bestimmt. Dieses Geschäft war in der Hauptsache von Gentz besorgt worden, der Herausgeber des „Beobachters" war seit 1811 Joseph Pilat. Dieser klägliche Zustand erklärt es, daß die Augsburger „Allgemeine Zeitung" weite Verbreitung in Österreich fand und eines der wichtigsten Bildungselemente wurde. Da vor 1848 nahezu die Hälfte aller ihrer Abonnenten sich in Österreich befand, so hing ihr Leben oder Tod von Metternich ab; ein Verbot in Österreich, und Cotta mußte sein Blatt eingehen lassen. Daher die Unterwerfung unter die Wiener Regierung: die „Allgemeine Zeitung" mußte sich verpflichten, über österreichische Verhältnisse nur die ihr von den Offiziösen der Staatskanzlei eingesandten Berichte zu bringen, mit welcher Aufgabe vornehmlich Freiherr v. Zedlitz betraut war. Unter dieser strenge festgehaltenen Bedingung durfte das Blatt sich bezüglich des übrigen Europa freier bewegen und das politische Gift, darunter die Berichte über die Verhandlungen des französischen und des englischen Parlaments, im Donaureich verbreiten.

Es entsprach dem bevormundenden Regierungssystem, daß dagegen Theater- und Klatschblätter leichter gegründet werden konnten. Die „Theaterzeitung" Bäuerles war lange Zeit hindurch die eigentliche Großmacht, bis Saphir sich 1837 mit dem „Humoristen" daneben ein Feld eroberte. Bäuerle war aus Neigung, Saphir aus Geschäftsrücksichten servil, so daß die Regierung

mit ihnen zufrieden sein konnte. Ihre Blätter waren übrigens auch durch Geld zu beeinflussen, ebenso wie Pilat durch den „Beobachter" unerlaubte Nebeneinnahmen genoß. Er bezog von Cotta ansehnliche Geldsummen, gewissermaßen als Entschädigung dafür, daß sein Blatt unter der übermächtigen Konkurrenz der „Allgemeinen Zeitung" litt. Mit der Regelmäßigkeit der Äquinoktialstürme, d. h. vor jedem Halbjahrsabonnement, langten, so klagte Baron Cotta 1828, Erpresserbriefe Pilats an ihn ein mit der Drohung, er werde seinen Einfluß bei der Regierung zum Verbote des Augsburger Blattes benützen [1]). Der streng katholische Mann, der täglich andächtig die Messe hörte, betrieb also daneben ein unsauberes Handwerk. Metternich selbst war in Geldsachen nicht ganz einwandfrei, Gentz bezog, wie man aus seinen Tagebüchern weiß, nicht bloß von den fremden Regierungen, sondern auch von Rothschild ansehnliche Summen — je mehr man von diesen Zuständen erfährt, desto mehr erkennt man, daß die Korruption mit zu den Erbstücken des Systems gehört, unter dem Österreich politisch erstarrte.

Einen wohltuenden Gegensatz zu diesem Treiben bildete die „Wiener Zeitschrift", die seit 1838 von Friedrich Witthauer († 1846) geleitet wurde. Das große Ansehen, dessen sich die 1841 gegründeten „Sonntagsblätter" Ludwig August Frankls erfreuten, rührt von ihrer ehrenhaften und literarisch-sachlichen Haltung her. Die Wiener Schriftsteller waren erfreut, sich hier auf reinlichem Boden bewegen zu können. Lenau, Grün, Bauernfeld ehrten Frankl durch ihre Freundschaft.

Um so größer war ihre Entrüstung über das Treiben Moritz Saphirs. Er war 1795 in einer ungarischen Ortschaft geboren, begann in Pest seine journalistische Laufbahn, machte sich dann in Berlin und in München durch Witz und literarische Skandale bemerklich, bis er seine Tätigkeit nach Wien verlegte. Schon 1835 prägte Grillparzer auf Bäuerle und Saphir, als ihre Bilder in einem Schaufenster nebeneinander zu sehen waren, das Epigramm:

Die Ähnlichkeit ist unbestritten,
Es fehlt nur Christus in der Mitten.

---

[1]) Ed. Heyck, „Die Allgemeine Zeitung" S. 245, 255.

Bauernfeld hat Saphir zuerst als Lakai Unruh in „Bürgerlich und Romantisch" und dann das gleichgesinnte Paar im „Literarischen Salon" auf die Bühne gebracht; wir werden jedoch hören, wie dieser Angriff für Saphir ein Glücksfall wurde. Danhauser zeichnete eine Karikatur: mehrere Köter, die eines seiner Bilder zerfetzen, und in einem der Köpfe erkannte man die Züge Saphirs. Die Erbitterung gegen Saphir hatte ihren Grund nicht bloß in der Bestechlichkeit des Mannes, der sich von Schauspielern und Sängern durch Geld gewinnen ließ, sondern auch darin, daß er mit seinem zwar gewöhnlich seichten, aber oft wieder erstaunlich glücklichen Wortwitz alle überragenden Köpfe angriff; er wählte sich natürlich nur solche Ziele, die jedermann kenntlich waren. So auch Heinrich Anschütz, den berühmten Helden und Heldenvater des Burgtheaters; da er sich mit vorgerücktem Alter in etwas gedehnter, doch immer ans Herz greifender Deklamation gefiel, so nannte ihn Saphir den Schutzpatron der Hausmeister; denn die Stücke, in denen er die Hauptrollen spielte, zogen sich bis über 10 Uhr hinaus, um welche Zeit die Hausmeister in Wien die Tore schließen und von den später Heimkehrenden den Sperrsechser einkassieren. Und wenn Anschütz zum Schlusse des Trauerspiels in einer Sterbeszene tragierte, zog der boshafte Kritiker, in einer der vordersten Reihen des Parterres sitzend, nicht selten die Uhr heraus und zeigte sie ringsherum, um den großen Schauspieler aus der Fassung zu bringen. Dabei nun gewann Saphir nicht bloß durch seinen Witz einen stattlichen Anhang, er schuf sich auch dadurch eine gesellschaftliche Stellung, daß er zahlreiche Akademien zu wohltätigen Zwecken veranstaltete, bei denen seine humoristischen Vorlesungen den Mittelpunkt abgaben. Nach Ausbruch der Revolution flüchtete er eiligst aus Wien, die Züchtigung durch seine freisinnigen Gegner befürchtend, ließ aber nach dem Siege der Regierung wieder den „Humoristen" erscheinen. Er hatte die Stirne, in seinem Blatte mit Geßler seinen Gegnern drohend zuzurufen: „Drum, wer klug ist, lerne schweigen" — man kann ihn den Vater der Wiener Revolverpresse nennen. Endlich wurde ihm nach vielen literarischen Fehden jene verhängnisvoll, die er mit zwei geistvollen Wiener Journalisten, Rudolf Valdek und L. J. Sem-

litsch, durchzufechten hatte. Sie zausten ihn so kräftig, daß sein übrigens stets schadhaftes Ansehen ein Ende hatte; doch bleibt es merkwürdig, daß er es, wohl wegen seiner Wohltätigkeitsakademien, zum Ehrenbürger von Pest gebracht hatte und daß der Gemeinderat von Baden bei Wien nach seinem Namen die Aussichtswarte über der Stadt Moritzruh nannte. Nach seinem Tode 1858 wurden seine zahlreichen humoristischen und lyrischen Schriften bald vollständig vergessen, die Erinnerung jedoch an seine treffend boshaften Einfälle erhielt sich noch lange[1]).

Über Bäuerle brach ein ähnliches Schicksal herein wie über seinen Gefährten. Die Revolution war ihm ein Greuel und er verfolgte in der Zeitschrift „Die Geißel" sowohl 1848 wie auch später die Liberalen mit bitterem und zur Zeit der Reaktion auch gefährlichem Spotte. Dadurch häufte er so viel Haß gegen sich auf, daß, als nach dem Kriege von 1859 seine politischen Gegner wieder das Haupt erhoben, er förmlich aus Wien nach der Schweiz flüchtete. Vermögensverluste kamen hinzu und so starb er im selben Jahr einsam zu Basel, mit Dürftigkeit kämpfend. Viel besser ging es seinem politischen Gesinnungsgenossen Ignaz Castelli, gleichfalls einem Lobredner der guten alten Zeit; er behielt seine gute Laune bis ins hohe Alter, ließ sich den Spott über seine reaktionäre Gesinnung ruhig gefallen und starb 1862 in behaglichen Verhältnissen. Bäuerle, Castelli und Saphir sind die Vertreter dessen, was man die „Backhändelzeit" nennt, Männer von Talent und Witz, aber gleichgültig gegen die sittliche und politische Erneuerung ihres Vaterlandes. Auch Johann Ludwig Deinhardstein (1794—1859) ist in diese Reihe zu zählen, der Dichter von „Hans Sachs" und „Garrick in Bristol", der jenen Genossen übrigens an Bildung weit überlegen war. Er leitete von 1830—1851, also bis zu ihrem Eingehen, die 1818 gegründeten Wiener „Jahrbücher der Literatur", die, von der Regierung gefördert, viele treffliche Beiträge, darunter selbst von Goethe, brachten. Auch stand er 1832—1841 an der Spitze des Burgtheaters, doch

[1]) Ein Mann von dem tiefen Ernst Friedrich Hebbels hat einige wirklich gute Späße Saphirs für würdig gehalten, sie in sein Tagebuch einzutragen.

ohne sich dadurch in seinen Liebhabereien und seiner Bequemlichkeit stören zu lassen. Leichtlebigkeit und selbst Leichtsinn trennt diese Kreise von den ernsten und selbst melancholischen Österreichern, wie Raimund, Grillparzer und Lenau — es ist, wie wenn zwei verschiedene Welten sich hier treffen, durchdringen und dann wieder scheiden würden. Darin besteht der Reichtum und die Vielfarbigkeit des Wiener Lebens auch in diesem Zeitraum.

Die Presse des Revolutionsjahres brachte neue Männer auf den Plan[1]). Wohl verschwanden von den 227 damals auftauchenden Blättern wieder nahezu alle mit der Verhängung des Belagerungszustandes; lebenskräftig erwies sich jedoch die von Zang gegründete „Presse". August Zang (1807—1888) begann als Offizier, ging dann nach Paris und führte in Frankreich das gute Wiener Gebäck ein; 1848 kehrte er nach Wien zurück, um hier mitten unter den politischen Aufregungen ein gemäßigtes Blatt zu gründen. Nach dem Vorbild Emils de Girardin begann er mit ganz niedrigem Abonnement, schlug dadurch und durch die trefflichen Leistungen seines Blattes die Konkurrenz aus dem Felde, worauf er den Preis stattlich erhöhte. Überhaupt widmete er sich in erster Linie der Administration, dem Geschäft; niemand kam ihm in der technischen Herstellung, der Organisation des Betriebs wie in der Reklame, aber auch in der Ausbeutung der Arbeitskräfte gleich. Er wäre in jedem Beruf ein hervorragender Organisator geworden. Da er sein Blatt und seinen Einfluß zu Geld- und Börsengewinn benützte, häufte er Reichtümer auf; und wie er über sein Blatt dachte, besagte sein Ausspruch: „Meine Zeitung ist ein Kramladen, ich verkaufe Publizität". Denselben Sinn hatte ein anderer seiner Lieblingssätze: „Meine Zeitung muß es dahin bringen, daß die Königin Viktoria ihre Thronreden inserieren muß, wenn sie sie abgedruckt wünscht". Die Verworfenheit seiner Geschäftsführung ging so weit, daß, als ihm sein Mitarbeiter Hieronymus

[1]) Über die Zeitungsverhältnisse nach 1848 vgl. „Die Wiener Presse" von H. M. Richter in dem Sammelwerk „Wien 1848—1888" (Wien 1888), 2. Band.

Lorm eine Rezension der Gedichte Hebbels brachte, er sie mit den Worten zurückwies, die Notiz koste 50 Gulden, die Journale seien nicht dazu da, um die Geschäfte der Schriftsteller und Verleger zu besorgen[1]). Mit diesem Zynismus verband sich übrigens Entschlossenheit und ein gewisser großer Zug bei der Führung der „Presse". Er hielt der Militärbehörde mutig stand, als sein Blatt 1849 in Wien, wo der Belagerungszustand herrschte, verboten wurde, und ließ es eine zeitlang in Brünn drucken; dann machte er wohl seinen Frieden mit der Regierung, ohne sich ihr jedoch ganz hinzugeben. Er ging von dem richtigen Grundsatze aus, daß eine Zeitung nur dann eine Quelle von Einfluß und Gewinn sein kann, wenn sie von den Machthabern immer aufs neue umworben werden muß. Die „Presse" blieb also, wenn sie auch für die Zentralisation des Reiches eintrat, stets liberal und in politischer Opposition, allerdings nur so weit, daß ihr Bestand dabei nicht gefährdet war. Sie wurde schon im Anfang der fünfziger Jahre das erste Blatt Österreichs und blieb es durch zehn Jahre. Zang selbst schrieb nur wenig, aber er war ein Talentfinder. Bei der Gründung seines Blattes übertrug er die Leitung der inneren Politik einem in französischer Schule erzogenen, tüchtigen Journalisten, Leopold Landsteiner, bis dieser selbst ein billiges, populär geschriebenes Blatt, die „Morgenpost", ins Leben rief. Später wurde Michael Etienne (1827—1879) für die „Presse" gewonnen, wo er die äußere Politik leitete. Im Jahre 1856 trat Max Friedländer (1829—1872) in die Redaktion ein; ein Preußisch-Schlesier und Vetter Lassalles, der sich zuerst mit einem kleinen Gehalt begnügen mußte, aber sich binnen zwei Jahren durch seine Kenntnisse und seine ungewöhnliche Begabung zum ersten politischen Redakteur des Blattes aufschwang. Der feurige Ungestüm Etiennes und die durchdringende Klarheit Friedländers hoben das Blatt immer höher, besonders als nach 1859 die großen Probleme der österreichischen Politik freier behandelt werden durften. Es war ein Schlag für Zang und die „Presse", daß seine beiden Haupt-

[1]) Emil Kuh, „Biographie Friedrich Hebbels" II, S. 574. An der Wahrheit dieser Erzählung ist nicht zu zweifeln, da beim Erscheinen dieses Werkes 1877 sowohl Zang wie Lorm noch lebten.

mitarbeiter, vereint mit Adolf Werthner, 1864 die „Neue Freie Presse“ gründeten. Dadurch wurde das ältere Blatt überflügelt, worauf Zang 1867 die „Presse“ verkaufte, um sich ganz finanziellen Spekulationen zu widmen [1]).

Weniger verbreitet war die „Ostdeutsche Post“, 1848 von Ignaz Kuranda (1811—1884) gegründet, aber sie genoß durch die ehrenhafte Lebensführung ihres Herausgebers großes Ansehen. Kuranda hatte durch die vor der Revolution in Leipzig herausgegebenen „Grenzboten“ die öffentliche Meinung Österreichs vielfach gelenkt; aus der ganzen Monarchie flossen ihm Beiträge zu und Jakob Kaufmann, dessen Bildung und Gediegenheit allgemein anerkannt wurden, stand ihm werktätig zur Seite. Kuranda war, anders als Zang, ein schlagfertiger, federgewandter Journalist, der einen pathetischen, lebhaft bewegten Stil schrieb. Da nach 1852 kein freies Wort mehr über innere Fragen geschrieben werden durfte, so verlegte sich Kuranda mit Erfolg auf die äußere Politik und schrieb während des Krimkrieges in scharf antirussischem Sinne, so daß er sich darin mit Buol und Bach auf einer Linie bewegte. Immer aber blieb er ohne Zugeständnisse der liberalen Staatsauffassung treu, so daß er 1861 in den Reichsrat gewählt wurde und bis an seinen Tod ein allgemein geachtetes Mitglied des Hauses war.

Dagegen war der gewandte Eduard Warrens (1820—1872) zeit seines Lebens nichts als ein Landsknecht. Zu Altona geboren — er hieß eigentlich Wolf Ahrons — machte er seine Lehrjahre in Amerika und kam als amerikanischer Konsul nach Triest, wo Statthalter Graf Stadion und Bruck auf ihn aufmerksam wurden. Als Stadion 1848 nach Wien ging, wählte er den „Lloyd“ zu seinem Leibblatte, dessen Leitung er Warrens

---

[1]) Ich möchte die Wahrheit einer Anekdote nicht verbürgen, die das Verhältnis Zangs zu den Gründern der „Neuen Freien Presse“ beleuchten würde. Er erlitt durch sie eine Niederlage, aber er war doch stolz auf sie, die er als seine Schüler betrachtete. Einst saß er in einer Loge, ihm gegenüber die beiden feindlichen Herausgeber. Da soll er zu einem neben ihm sitzenden Mitarbeiter mit hoher Genugtuung gesagt haben: „Sehen Sie, die Lumpereien, die Friedländer und Etienne jetzt machen, haben sie von *mir* gelernt!“

übertrug. Dieser nun teilte seine Aufmerksamkeit zwischen seiner Zeitung und seinen Börsenspekulationen, die ihn abwechselnd zum reichen Mann und dann wieder kahl wie eine Kirchenmaus machten. Im Grunde war ihm Österreich gleichgültig und diente ihm bloß als Ausbeutungsobjekt; deshalb hielt er es am liebsten mit der Macht, schrieb nach Stadions Rücktritt für Bach und den Konstitutionalismus, dann, als dieser sein Protektor die Schwenkung nach rechts machte, ebenso frisch, lebhaft und unterhaltend für die Notwendigkeit, den Staat absolutistisch zu regieren. Nie war er um Argumente verlegen: das 1854 ausgeschriebene Zwangsanlehen verteidigte er in einer flotten Broschüre, in der er eine großzügige Schuldenpolitik empfahl. Wie sein Blatt, der „Lloyd“, 1855 auf Betreiben der russenfreundlichen Militärpartei jäh unterdrückt wurde, obwohl er unter dem Schutze Buols und Bachs stand, ist an anderer Stelle erzählt[1]. Dann lieh er seine Feder der „Österreichischen Zeitung“, welche Bruck diente, stürzte sich bald darauf ausschließlich in Börsenspekulationen, bis Zang ihn, um für den Abgang Friedländers und Etiennes einen Ersatz zu finden, für die „Presse“ anwarb. Hier schrieb er im deutsch zentralistischen Sinne; nun aber brauchte Belcredi während seines kurzlebigen Ministeriums (1865—1867) einen Verteidiger seiner zum Föderalismus neigenden Politik, und auch das besorgte Warrens in dem zu diesem Behufe gegründeten „Tagblatt“, nachdem er sich neben einem stattlichen Gehalt den Hofratstitel ausbedungen hatte. —

Eine gewisse Wesensverwandtschaft mit ihm hatte Joseph Tuvora, der jedoch an Talent unter ihm stand. Während der Revolution gehörte er zu den Ultras und ging so weit, nach der Flucht Kaiser Ferdinands nach Innsbruck in den Straßen Wiens die Republik auszurufen. Dann wurde er das journalistische Werkzeug Bachs und war in seiner „Österreichischen Korrespondenz“ Leib- und Hochoffiziosus des Ministers des Innern. Nach Bachs Rücktritt diente er wahllos verschiedenen Regierungen und starb 1871 in verdienter Mißachtung.

---

[1]) H. Friedjung, „Der Krimkrieg und die österr. Politik“, S. 130. Vgl. Kübeck, „Tagebücher“ II, S. 70. Bodenstedts Denkwürdigkeiten I, S. 353.

Die liberale Journalistik zählte außer Kuranda, Friedländer und Etienne noch manches bemerkenswerte Talent. Ernst v. Schwarzer (1808—1860) war ein Mann von enzyklopädischen Kenntnissen und von scharfem Geiste; er brachte es 1848 für kurze Zeit zum Arbeitsminister. Friedrich Hebbel schätzte ihn, nahm aber an seiner vor nichts zurückscheuenden Skepsis Anstoß. Dieser kritische Zug scheint die Ursache gewesen zu sein, weshalb keine seiner zahlreichen Unternehmungen glückte. Die „Allgemeine Österreichische Zeitung" scheiterte am Belagerungszustand; die von ihm gegründete „Donau" konnte, obwohl er zumal aus Deutschland namhafte Mitarbeiter an sich zog, keine Wurzel fassen, so daß er in Dürftigkeit starb[1]). Nicht viel glücklicher war Franz Schuselka, der im Wiener und Kremsierer Reichstage eine führende Rolle gespielt hatte. Nach dem Siege der Reaktion wurde ihm der Aufenthalt in Wien verboten; er war Bach dankbar, daß er ihm die Rückkehr erlaubte, worauf er in der Redaktion der „Ostdeutschen Post" tätig war. Die Geschichte seiner politischen Wandlung vom Prediger des Deutschkatholizismus zum frommen Bekenner der römischen Kirche, vom Vorkämpfer des Deutschtums zum Anwalt des Föderalismus ist noch nicht geschrieben; sie würde es verdienen, weil Schuselka von selbstloser Überzeugung geleitet war. — Noch sei O. B. Friedmanns nicht vergessen, wenn er auch ohne viel Erfolg die „Neuesten Nachrichten" herausgab; zeigt ihn doch die Sammlung seiner Aufsätze in dem Buche „Zehn Jahre österreichischer Politik" als klaren und voraussichtigen Publizisten. — Von den Zeitungsmännern in Prag sei David Kuh genannt, der Gründer und Herausgeber des „Tagesboten aus Böhmen", des Blattes, das in den seit 1859 entbrennenden nationalen Streitigkeiten die Sache der Deutschen Böhmens rückhaltlos vertrat, während sich die „Bohemia" damals noch von der Vermittlung der Gegensätze Erfolg versprach.

Der Klerikalismus besaß nur in Sebastian Brunner einen namhaften Kämpfer, der durch seine derbe, vor Grobheit nicht

---

[1]) Vgl. über ihn Emil Kuh, „Biographie Hebbels" II, S. 493, sowie mehrere Stellen in Hebbels Tagebüchern.

zurückscheuende Schreibweise wie durch den Mut, mit dem er der schier einstimmig liberalen öffentlichen Meinung entgegentrat, Aufmerksamkeit erregte. Die Heftigkeit seiner in der „Kirchenzeitung" gegen Zang und Kuranda erhobenen Angriffe führte zu vielbesprochenen Preßprozessen[1]). In einer Reihe von Büchern trat Brunner der liberalen Auffassung der Regierung Josephs II. entgegen, ungerecht oft, wobei er aber gutes Material aus Archiven zutage förderte. — Übrigens wurde die klerikale Politik auch in dem unter Kardinal Rauschers Patronanz stehenden „Volksfreund" vertreten; die aristokratische Partei gründete 1860 das „Vaterland", in dem die Grafen Leo Thun und Heinrich Clam-Martinitz das Banner des historischen Rechtes entfalten ließen[2]).

Seit dem Erlasse der strengen Preßordonnanzen vom 6. Juli 1851, durch welche die Regierung nach Willkür zur Suspension und zum Verbote von Zeitungen ermächtigt wurde, hörte alle Kritik der Maßnahmen der Verwaltung auf; unsägliche Öde lastete auf der Zeitungsrubrik über innere Politik. Das war die Zeit, in der die Journale nur in Anspielungen sprechen durften und wo jede Schattierung des Ausdrucks auch Verständnis fand, weil man die oppositionellen Blätter mit schier andächtiger Aufmerksamkeit las. Nackensteifheit wurde dadurch nicht anerzogen, wohl aber feine Zuspitzung des Zeitungsstils, der sich in dieser harten Schule vervollkommnete. Im Feuilleton und in den Theaterkritiken ging manches freie Wort durch, das im politischen Teile dem Rotstifte der Polizei verfallen wäre. Damals bildeten sich die trefflichen Feuilletonisten, die in der nächsten Periode den Stolz des Wiener Zeitungswesens bildeten. Ludwig Speidel, Eduard Hanslick, Ferdinand Kürnberger, Rudolf Valdek, Joseph Bayer, Daniel Spitzer und andere übten sich in

---

[1]) Der Prozeß der „Presse" gegen die „Wiener Kirchenzeitung", Wien 1859, 15 Seiten. Brunner selbst hat über diese Kämpfe im 12. Bande seiner „Gesammelten Erzählungen und poetischen Schriften" (Regensburg 1890) ausführlich und leidenschaftlich berichtet.

[2]) Über die Tätigkeit Franz v. Florencourts im Sinne der aristokratischen Partei vgl. den Artikel über ihn in der „Allg. deutschen Biographie".

der Kunst geschliffener Rede. Politisches Talent ist in Deutschösterreich selten, so daß die Publizisten überhaupt hinter den Kritikern und Feuilletonisten zurückstehen. In die also entstehende Lücke traten die Juden ein, denen die Verwaltungslaufbahn verschlossen war, so daß die politisch Angeregten unter ihnen nur in der Presse Raum zur Betätigung fanden; dazu kam noch ihre größere Beweglichkeit und ihre Betriebsamkeit, so daß ihre Zahl in den Redaktionen oft überwog.

Die Fortschritte des Wiener Zeitungswesens hatten die natürliche Folge, daß die Augsburger „Allgemeine Zeitung" ihre Bedeutung für Österreich und hier auch an Abonnenten verlor; deren Zahl sank nach 1850 von der Hälfte auf ein Sechstel ihrer Abnehmer herab, und die Lücken ließen sich in Deutschland nicht voll ersetzen. Die „Allgemeine Zeitung" öffnete dann, um nicht vollständig von der Wiener Presse verdrängt zu werden, ihre Spalten liberalen Korrespondenten; die Regierung war ungehalten darüber, daß die offiziösen Berichte Zedlitz' meistens beiseite gelegt wurden, wenn Freiherr v. Cotta ihn selbst auch dadurch begütigte, daß er ihm seinen stattlichen Gehalt noch bis 1857 beließ. Das Blatt beurteilte die inneren österreichischen Verhältnisse von einem zahm liberalen Standpunkte aus; in der äußeren Politik aber blieb es großdeutsch und verfocht während des Krimkriegs und besonders 1859 die Sache Österreichs mit allem Nachdruck, was bei dem großen Ansehen der „Allgemeinen Zeitung" ein namhafter Dienst war. Davon soll gelegentlich des italienischen Krieges noch die Rede sein.

VIII. Buch

Geistiges Leben in Deutsch-Österreich

(Das Burgtheater und die dramatische Dichtung)

Unbestreitbar war Wien durch ein Jahrhundert die erste Theaterstadt Deutschlands, aber wenn man dies auch zugab, so klang die Anerkennung doch wie ein Vorwurf, als ob die Bühne ein minderwertiger Schauplatz des menschlichen Geistes wäre. Darin liegt jedoch eine Ungerechtigkeit gegen eine Kulturerscheinung wie das Wiener Burgtheater. Auch ist zu bedenken, daß das Theater im Vormärz die einzige Tribüne war, auf der bedeutungsvolle Probleme öffentlich verhandelt werden durften. Dorthin wandte sich der Dichter, der mit dem Volke und dem Staate eine Rechnung zu begleichen hatte, dorthin das rhetorisch angelegte Talent, das unter anderen Verhältnissen zur Rednerbühne des Parlaments gestrebt hätte. In den Lehrsälen der Hochschulen mußten die Professoren ihr Fach im Anschlusse an die vorgeschriebenen Lehrbücher vortragen; von da eilte der Student auf die letzte Galerie des Burgtheaters, das in vieler Beziehung eine wichtigere Bildungsstätte war als die Universität. Als sich nach 1848 die Verhältnisse besserten, war das Burgtheater eines der besten Erbstücke aus der früheren Zeit. Wenn es auch zunächst die Aufgabe dieser Blätter ist, das geistige Leben in der Epoche nach der Märzrevolution zu schildern, so muß doch vielfach auf dessen Grundlagen zurückgegriffen werden. Dabei soll jedoch immer der Gesichtspunkt festgehalten werden, den Zusammenhang zwischen Politik und Kunst aufzuzeigen, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei die rein literarische Betrachtung zu kurz kommt.

I. Das Burgtheater

Es war die ausgesprochene Absicht Josephs II., mit der Neugründung des Burgtheaters (17. Februar 1776) Wien zum Mittelpunkte der dramatischen Kunst Deutschlands zu erheben und dadurch auch die politische Geltung der Kaiserwürde innerhalb der Nation zu erhöhen [1]). Bis dahin standen in Deutschland (wie jetzt noch in Italien) die Schauspielertruppen immer unter einem Unternehmer, dem Prinzipal, der wohl auch von dem Landesfürsten einen jährlichen Zuschuß erhielt, aber das Theater auf eigene Rechnung und Gefahr führte. Die entscheidende Neuerung Josephs bestand darin, daß die Künstler in den Dienst und Sold des Herrschers genommen wurden, und im vollen Bewußtsein seiner Tat nannte er seine Schöpfung Hof- und Nationaltheater, da er dem deutschen Volke als Kaiser das schenken wollte, was in Hamburg einige Jahre vorher versucht und mißlungen war [2]). Um die besten Schauspieler zu gewinnen, sandte der Kaiser das Mitglied seines Theaters Joseph Müller nach Deutschland, wobei er angewiesen wurde, auch den Rat Lessings einzuholen. Durch die Heranziehung vorzüglicher Kräfte, besonders des großen Friedrich Ludwig Schröder, trat Wien an die Spitze des deutschen Theaterwesens. Kaiser Joseph war nicht bloß der Gründer, sondern in der Hauptsache auch der erste Direktor des Burgtheaters; denn er übertrug die Leitung zwar der Versammlung der besten Schauspieler, behielt sich aber in wichtigen

---

[1]) Die beste Würdigung der Bedeutung Josephs II. für die deutsche Literatur ist in Eduard Devrients „Geschichte der deutschen Schauspielkunst" zu finden. Vgl. auch die Geschichte des Burgtheaters von Oskar Teuber und Alexander v. Weilen.

[2]) Wohl war der Herzog von Gotha bereits 1775 mit dem Beispiele vorangegangen, aber schon 1779 wurde die Truppe wieder aus seinem Dienst entlassen. Dem Vorbilde Josephs folgte 1778 der Kurfürst von der Pfalz mit der Errichtung des Nationaltheaters in Mannheim, der König von Preußen erst 1790, da Friedrich II. von der deutschen Kunst nichts hatte wissen wollen. In Wien wurde der Titel Hof- und Nationaltheater 1814 mit dem des Hofburgtheaters vertauscht, kurz darauf in Berlin ebenso abgeschafft und hier statt dessen der Name Königliches Schauspielhaus gewählt.

Dingen, besonders wenn das Künstlervolk sich nicht einigen konnte, die Entscheidung persönlich vor. Den Fiesco richtete er selbst für die Aufführung ein. Als Schröder Wien verließ, um die Leitung des Hamburger Theaters zu übernehmen, empfing der Kaiser ihn und seine Gattin, ließ sich zum Abschied Szenen aus Emilia Galotti vorlesen und stellte ihm die Rückkehr nach Wien frei, wenn es ihm im Norden nicht gefiele. Frau Schröder, selbst eine gute Schauspielerin, sagte, von der Audienz heimkehrend, zu ihrem Kollegen Brockmann über den Kaiser: „Das ist ein Herr! Ich bereue, daß wir Wien verlassen. Er meint es sehr gut mit seinen Deutschen."

Der entscheidende Vorzug des Burgtheaters vor allen anderen deutschen Schaubühnen bestand darin, daß es ausschließlich der Pflege des Dramas, im literarischen Sinne genommen, gewidmet war, während sonst überall auch Singspiele, Burlesken und selbst Akrobatenkünste vorgeführt wurden. Selbst in Berlin fand die Scheidung völlig erst unter dem kunstsinnigen Friedrich Wilhelm IV. statt. Doch trat in Wien sofort nach dem Tode Josephs Stillstand und dann Rückschritt ein. Das Burgtheater wurde von 1794—1817 an Unternehmer verpachtet, die es mit einem Zuschusse des Hofes betrieben, und die engherzige Zensur schloß Don Carlos, Wallenstein und andere Dichterwerke jahrzehntelang von der Aufführung aus. Damals (1796—1814) stand das Berliner Hof- und Nationaltheater unter der Leitung Ifflands, es gewann an Ludwig Devrient den ersten Schauspieler Deutschlands und lief in der Tragödie der Wiener Schwesterbühne den Rang ab, die allerdings im Lustspiel unübertroffen blieb[1]). Erst Joseph Schreyvogel, von 1814—1832 unter dem bescheidenen Titel eines Theatersekretärs der eigentliche Direktor des Burgtheaters, hob diese Anstalt wieder an die erste Stelle, auf der sie sich unter Laube, Dingelstedt und Wilbrandt unbestritten be-

[1]) Doch stand das Berliner Theaterwesen im ganzen hinter dem Wiener weit zurück; in Berlin wurde erst 1822 ein zweites öffentliches Theater, das königstädtische, zur Pflege der leichteren Kunstgattungen eröffnet, während in Wien schon seit Joseph II. die Häuser in der Leopoldstadt, auf der Wieden und in der Josephstadt bestanden. Vgl. Goedekes „Grundriß", 1. Aufl., III. Band, S. 924; Devrient IV, S. 81.

hauptete. Man weiß nicht, ob man an Schreyvogel mehr den feinen Kunstsinn schätzen soll oder sein hohes Verdienst um die aufstrebende Dichtergeneration, besonders um Grillparzer und Bauernfeld, oder endlich die Treffsicherheit, mit der er die schauspielerischen Talente gewann und festhielt. „Wenn jemand Lessing nahe kam, so war er es," urteilte Grillparzer; auch Eduard Devrient und Heinrich Laube nennen Schreyvogel den ersten unter den deutschen Dramaturgen seiner Zeit[1]). Er fand für das Lustspiel eine erste Truppe vor, hob aber auch die Tragödie, indem er Sophie Schröder, Heinrich Anschütz und Ludwig Löwe gewann; ebenso berief er Karl Fichtner, Sophie Müller, Julie Löwe und Amalie Haizinger, so daß das Burgtheater jeder Aufgabe gewachsen war. Unheilvoll war für das Institut der höchste Chef, Oberstkämmerer Graf Czernin, der Schreyvogel überall hemmte und reizte; als dieser sich schließlich dazu hinreißen ließ, dem sich überhebenden Grafen einmal zu sagen, das verstehe er nicht, wurde er schimpflich von seinem Amt entfernt. Unter der Leitung Deinhardsteins (1832—1841) und Holbeins (1841—1849) sank das Burgtheater von seiner Höhe, wenn auch die trefflichen Schauspieler, zu denen noch Laroche, Beckmann, Julie Rettich und Louise Neumann traten, immer

---

[1]) Für die mangelhafte Kenntnis österreichischer Verhältnisse in Deutschland ist es bezeichnend, daß in der „Allgemeinen deutschen Biographie" Schreyvogel nicht erwähnt wurde. Erst in einem der Nachtragsbände ist das Versäumnis durch den wohlunterrichteten Artikel Eduard Castles gutgemacht. — Ebenso fehlt der Name Schreyvogels in dem 1902 erschienenen „Grundriß der neueren deutschen Literaturgeschichte" von Richard M. Meyer. Dasselbe Schicksal widerfährt in diesem Buche, trotzdem es sonst auch staunenswert unbedeutende Schriftsteller behandelt, unter anderen folgenden Österreichern: Karoline Pichler, Aurelius Feßler, J. N. Vogl, Ignaz Castelli, Bernhard Bolzano, Alfred v. Arneth, Eduard Hanslick, Günther, Veith, Rauscher (dem Kardinal), Prokesch-Osten, Leo Wolfram, Tschabuschnigg, überdies den meisten Dichtern von Volksstücken, so Bäuerle, Kaiser, Elmar, Berg, Langer. — In dem gleichfalls eine gewisse Vollständigkeit anstrebenden „Handbuch zur Geschichte der deutschen Literatur" von Adolf Bartels (Leipzig 1906) fehlen Feßler, Bolzano, Arneth, Hanslick, Günther, Veith, Rauscher, Prokesch-Osten, Wolfram, Elmar, Berg, Langer. — Demgegenüber muß immer wieder auf die großen Verdienste Karl Goedekes um Kenntnis der österreichischen Dichtung hervorgehoben werden.

gleiche Anziehungskraft übten. Aber der Spielplan verödete und das Zusammenspiel ließ oft viel zu wünschen übrig.

In diese stockende Atmosphäre fuhr der Sturm des Jahres 1848 hinein, und der Direktor Holbein benützte die Gelegenheit, um einige der schlimmsten Versäumnisse gutzumachen. Für kurze Zeit erschien der ursprüngliche Name „K. k. Hof- und Nationaltheater" wieder auf dem Zettel, auf daß, wie es in der betreffenden kaiserlichen Verfügung hieß, „die Erinnerung an die neue Gründung und Glanzepoche des Theaters unter der glorreichen Regierung Kaiser Josephs II. in allen Herzen lebendig werde". Endlich durften die Räuber auch im Burgtheater gespielt werden, endlich auch Wallensteins Lager, welches von der Staatsdummheit der früheren Regierungen nicht zugelassen worden war, obwohl die kaiserliche Armee darin mit poetischem Glanz und Duft umwoben ist. Ebenso fanden die Dramen Hebbels, Maria Magdalene und Judith, Eingang, beide mit stürmischem Beifall aufgenommen. Aber viele Vorstellungen blieben mangelhaft, die Fehlschläge häuften sich, so daß man an Holbeins Stelle nach einem kräftigen Bühnenleiter Ausschau hielt. Die Wahl fiel auf Heinrich Laube, die beste, die getroffen werden konnte.

Das Burgtheater zählte Laube lange vorher zu seinen Schätzern, wie aus seinen 1846 in der „Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten Artikeln hervorgeht. Darin preist er das Werk Josephs II. und führt den Gedanken aus, daß, je nachdem Wien oder Berlin das deutsche Drama energischer fördere, sich für Österreich oder für Preußen die besseren Aussichten auf die politische Führung der Nation eröffnen würden [1]). Das war eine gewagte Behauptung, aber als Laube sich 1849 um die Direktion des Burgtheaters bewarb, durfte er mit Fug und Recht auf dieses sein Programm hinweisen. Bei Hofe gefiel schon 1848 sein Auftreten, weil er bei der Aufführung seiner Karlsschüler (24. April 1848) trotz des stürmischen Hervorrufs durch das Publikum die im Burgtheater gültige Vorschrift verteidigte und in Ehren hielt, nach der es den Schauspielern des Hauses verwehrt ist, sich nach dem Fallen des

[1]) Vgl. Anton Bettelheim in seinen anregenden Artikeln über das Burgtheater in den gesammelten Aufsätzen: „Acta diurna" (Wien 1889), S. 196 ff.

Vorhangs zum Danke vor der Rampe zu zeigen. Erzherzogin Sophie wurde dadurch für ihn eingenommen; dann woben die geschickten Hände der gefeierten Schauspielerinnen Louise Neumann und Julie Rettich, die in ihm den richtigen Mann erkannten, an seinem Schicksal. Als man ihn nun berief und die Unterhandlungen über seine Vollmachten begannen, gaben ihm Schwarzenberg und Grünne darin Recht, daß er mit genügender Autorität ausgestattet werden müßte, und erwirkten die Annahme der von ihm gestellten Bedingungen. Am Silvestertage 1849 wurde seine Ernennung veröffentlicht.

Laube pflegte von sich zu sagen, er hätte eigentlich Soldat werden sollen; er glaubte das Zeug zu einem tüchtigen General in sich zu haben. Auf dem Theater griff er energisch durch, er war schneidig, kurz angebunden, selbst barsch. Die Schauspieler hielt er in straffer Zucht, wogegen sich die älteren oft aufbäumten; in manchen von ihnen, besonders in Ludwig Löwe, hatte er entschiedene Gegner. Denn er war oft hart bis zur Ungerechtigkeit, was die reizbaren Künstler aufs tiefste verletzte. Aber er fand die Hauptrollen zum Teile noch in den Händen der Schreyvogel-Truppe, also älterer Herren, die, auf ihren Ruhm pochend, jüngeren Kräften ungern Platz machten. Da nun zeigte sich Laube als Talentfinder ersten Ranges: denn er gewann, abgesehen von manchen das Burgtheater nur durch kürzere Zeit zierenden Kräften, nahezu alle die Schauspieler, die durch eine Generation den Glanz des Hauses ausmachten: Gabillon und Baumeister, Wagner und Sonnenthal, Lewinsky und Schöne, Hartmann und Krastel, dann die Frauen Zerline Gabillon und Helene Hartmann, und endlich 1862 Charlotte Wolter, die die größte deutsche Tragödin ihrer Zeit werden sollte. Sonnenthal wollte dem Publikum nach seinem ersten großen Erfolge doch nicht recht gefallen, Laube aber hielt ihn, bis er durchdrang. Man rümpfte die Nase, als er dem 24jährigen Lewinsky den Franz Moor anvertraute, bis der junge Schauspieler die Hörer mit sich fortriß. Überhaupt waren die fünfzehn Jahre etwa von 1855 an die Blütezeit des Burgtheaters; denn die Meister der älteren Generation Anschütz, Fichtner, Löwe, Laroche, und ebenso die Frauen Rettich und Haizinger waren anfangs noch Säulen

des Spielplans; ihnen strebten aber die Jungen bereits kräftig nach. Laube selbst fällte später das Urteil, das ältere Burgtheater wäre im Lustspiel allen deutschen Bühnen immer voran gewesen'; er aber habe mit den jüngeren Kräften (Wagner, Sonnenthal, Lewinsky, die Wolter) darin ebensoviel, im Trauerspiel dagegen Besseres geleistet als je. Mag Selbstgefälligkeit mitgesprochen haben, als er damit der eigenen Truppe vor der Schreyvogels den Vorzug gab: jedenfalls wurde das Burgtheater unter ihm nach dem Urteil des Geschichtschreibers des deutschen Theaters, Devrient, die grundfeste Säule des Tempels der deutschen Schauspielkunst.

Als Regisseur legte Laube den Hauptwert auf das Herausholen des Dramatischen aus der Handlung, während ihm das rein Dichterische, alles, was bloß der Einbildungskraft entspringt, ferner lag. Darin haben ihn seine Nachfolger Dingelstedt und noch mehr Wilbrandt um ein gutes Stück übertroffen. Für die Wirkung, das war seine goldene Regel, müsse der Schauspieler selbst sorgen, nicht das Beiwerk, die Dekoration. Die Dürftigkeit seiner Inszenierungen war sprichwörtlich; die Salons, in denen das feine Lustspiel meisterhaft dargestellt wurde, waren mit spartanischer Einfachheit möbliert. Er war eine kerngesunde, dabei derbe Natur, zum Befehlen geboren, im Gespräch und auf dem Theater ging er geradenwegs auf die Hauptsache los. Dabei war er immer hilfsbereit, wenn nicht seine Überzeugung oder seine Machtstellung in Frage standen. Wider seine Gegner oder wider Schauspieler, die sich gegen ihn auflehnten, war er rücksichtslos, aber ebenso nach oben steifnackig. Er war herrisch, dabei aber zuverlässig, mit einem Worte: ein ganzer Mann.

Der erste von den drei großen Direktoren des Burgtheaters, Joseph II. — man kann sich wohl so ausdrücken — hat als Organisator das Beste geleistet, Schreyvogel als feiner Kenner der Literatur das Zusammenspiel geschaffen, Laube schließlich, der in günstigeren Zeiten lebte, war imstande, den ganzen Vorrat des klassischen Dramas wie die besten Werke seiner Zeitgenossen in den Spielplan aufzunehmen. Endlich durften „Julius Cäsar" und die „Räuber" gespielt, endlich „Kabale und Liebe" wie „Wilhelm Tell" unverkürzt gegeben werden. Wo Bedenken ob-

walteten, hat Kaiser Franz Joseph oft in freiem Sinne entschieden. Das Burgtheater erhielt also erst unter Laube den umfassenden Spielplan, der bis zum heutigen Tage seinen Vorzug ausmacht. Wohl steht es zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr auf der alten Höhe, und in einzelnen Richtungen und Leistungen wird es von aufstrebenden Bühnen übertroffen; in der Vielseitigkeit des Repertoires jedoch kommt ihm noch immer keine deutsche Bühne gleich und die Theater der fremden Nationen bleiben in der Pflege der Weltliteratur weit zurück.

So groß aber auch Laubes Verdienst war, so konnte er sich, was Kunstempfindung und Sinn für dichterisches Talent betrifft, mit Schreyvogel nicht messen. Wohl brachte er Grillparzer im Burgtheater wieder zu Ehren und der Dichter sagte ihm dafür in den Versen Dank:

Schon tot, wieder lebend geworden
Durch dich, mein tollkühner Sohn —
So nimm den Grillparzerorden,
Sonst hast du gar nichts davon.

Dagegen wurde Hebbel von Laube lange hintangesetzt und schwer gekränkt, was um so unbilliger war, als im Gegensatze hiezu fast alle Trauerspiele Mosenthals und Weilens auf der Bühne des Burgtheaters erschienen; die eigenen Stücke Laubes, die bald in Vergessenheit fallen sollten, wurden mit Vorliebe am Sonntag und sonst an den besten Theatertagen gegeben. Überhaupt sind die Urteile Laubes über die Werke der Poesie, wie er sie in seinen Büchern über das Theater ausspricht, von einer Nüchternheit, die mitunter an Roheit der Empfindung streift. Das zeigt sich vornehmlich in seiner Stellung zu Shakespeare. Dessen Tragödien preist er wohl aufs höchste, aber die Lustspiele gingen über Laubes poetischen Horizont; er findet, daß sich darin die Clownkomödie vordringlich breit mache; nicht einmal der Sommernachtstraum sprach ihn als Theaterstück an. In gleich engem Sinne hat er Grillparzers „Weh dem der lügt“ vom Burgtheater ferngehalten und gemeint, es ließe sich damit nur ein Achtungserfolg erringen. Mit den griechischen und spanischen Dramatikern, selbst mit Molière, wußte der handfeste Praktiker nichts anzufangen; die Darstellungen des letzteren im Théâtre français

erschienen ihm „insipid, grob, veraltet“ [1]). Wenn er auch klug genug war, seine eigenen Neigungen hinter die Bedürfnisse des Theaters zurückzustellen, so merkte man es doch den Vorstellungen an, wo seine nüchterne Natur zur Wiedergabe von Dichtwerken nicht ausreichte: oft fehlte der Aufführung Duft und Schmelz. Er verstehe das Handwerk, aber nicht die Poesie, meinte Grillparzer. So hat er seinen Nachfolgern noch vieles zu leisten übrig gelassen.

Laube pflegte also die Tragödie hohen Stils von Shakespeare bis Schiller, am meisten aber lag ihm die Vorführung des Zeitgemäßen am Herzen. Er fühlte sich am wohlsten im heißen Atem der Gegenwart, das lag ihm bei seiner Herkunft von der jungdeutschen Schule im Blute. Deshalb schätzte er das französische Sittenstück besonders hoch, das damals in Scribe, Augier, Dumas, Feuillet seine Blütezeit erlebte; diese Vorstellungen, wie überhaupt die der modernen Lustspiele, waren in ihrer Art vollendet. Ebenso eifrig förderte er seine deutschen Zeitgenossen, Freytag, Gutzkow, Otto Ludwig, Bauernfeld — doch immer gab er den Stücken den Vorzug, die ein soziales oder politisches Problem behandelten. Mochte er auch Stücke wie die Journalisten, das Urbild des Tartüffe, Pitt und Fox, Aus der Gesellschaft weit überschätzen — so ist ihm doch hoch anzurechnen, daß er den Hofbehörden die Zustimmung zu ihrer Aufführung abrang. „Soziale Lustspiele,“ so meint er, „sind ein wahrer Schatz für die Bühne.“ Und an einer anderen Stelle bemerkt er: „Ein Theater hat die größte Macht darin, daß es die Gegenwart ansprechend darstellt. Dadurch gewinnt es das größte Publikum, dadurch nötigt es seine Schauspieler zur Wahrheit und sein Publikum zur Würdigung wahrhaftigen Spieles.“ In dieser Gesinnung ist er sich bis ans Ende treu geblieben, darüber geriet er zumeist mit der Hofbehörde in Konflikt. Sein Stück „Böse Zungen“, welches das Schicksal und die Ehrenrettung Brucks nach seinem Selbstmorde behandelt,

[1]) Laubes Urteile über die Lustspiele Shakespeares in seinem Buche „Das Burgtheater“ (2. Aufl.), S. 209, 253; über das griechische Drama S. 234, über die Spanier S. 253, über Molière S. 326; über „Weh dem der lügt“ S. 121. Ganz ungerecht ist das, was er über Hebbel sagt, um die Zurücksetzung des Dichters zu rechtfertigen, S. 226, 351.

durfte auf dem Burgtheater nicht gespielt werden, wurde aber nach seinem Rücktritte im Wiedner Theater gegeben. Persönliche Verstimmungen verleideten ihm zuletzt sein Amt; als man den Baron Münch-Bellinghausen (Friedrich Halm) zu seinem Vorgesetzten machen und Laubes Vollmachten bei der Festsetzung des Spielplans wie bei der Anstellung von Schauspielern beschränken wollte, da erklärte er, unter diesen Umständen wäre sein Wirken gelähmt, und nahm 1867 stolzen Sinnes seine Entlassung.

II. Die österreichischen Dramatiker. Bauernfeld

Da Grillparzer mit seinen neuen Schöpfungen nach dem Mißerfolge von „Weh dem der lügt" ängstlich zurückhielt und da Laube die Stücke Hebbels Jahre hindurch eigensinnig ablehnte, so war der Direktor des Burgtheaters auf schwächere Ware angewiesen, wenn er die Wiener Dramatiker zu Worte kommen lassen wollte. Indessen waren weder Halm noch Bauernfeld gering zu schätzen; hinter ihnen wurden noch Mosenthal und Weilen, dann die jetzt fast völlig verschollenen Dramatiker Otto Prechtler, Eduard Mautner und Faust Pachler zur Aufführung zugelassen. Auch Alexander Baumanns „Versprechen hinterm häuslichen Herd" gewann ein dankbares Publikum.

Friedrich Halm (1806—1871) sagt in einem seiner Gedichte von sich, er gehöre zwar zu denjenigen, die den erworbenen Ruhm verdienen, die aber doch Kinder ihrer Zeit sind und mit ihr verwelken. Das ist rascher eingetroffen, als er selbst glaubte; denn das realistische Zeitalter nach ihm wandte sich entschieden von den sorgfältig zugespitzten, in einer Idealwelt spielenden Dramen Halms ab. Er hielt sich die Gegenwartsdichtung ebenso wie die Volkspoesie fast mimosenhaft vom Leibe: er lebte in einer Bildungsatmosphäre, welche den Naturlauten der Leidenschaft aus dem Wege ging. Dabei verstand er sich vortrefflich auf die Mache und die Theaterwirkung; dies und die Schönheit der Sprache sicherten ihm Erfolge auch in

Deutschland und darüber hinaus. „Der Sohn der Wildnis" (1842) eroberte die Bühnen dies- und jenseits des Ozeans; der „Fechter von Ravenna" (1854), der das Schicksal Thusneldens und ihres Sohnes behandelt, griff den Zeitgenossen ans Herz; auch „Wildfeuer", weniger „Begum Somru" war theaterwirksam. Seine Eigenheit ist, daß er stets von einem Problem ausging und danach erst das Drama aufbaute. Einer seiner Freunde, Faust Pachler, hat ihn mit einem Schachspieler verglichen, der für das selbstgestellte Problem die geistreichste Lösung sucht; das Ende steht von vornherein fest, nur der Weg bleibt eine zeitlang verborgen.

Auch Salomon Hermann Mosenthal (1821—1877) verstand es, manches bühnenwirksame Stück zu zimmern. Seine Heimat war Kassel, aber er kam mit 20 Jahren als Erzieher nach Wien, wo er bis an sein Ende lebte. Seine „Deborah" (1848) ist ein Judenmädchen, das in die steirische Bauernwelt gerät; in ländliche Umgebung ist auch der „Sonnwendhof" versetzt. Dagegen greift Mosenthal mit zweien seiner Stücke in die deutsche Literaturgeschichte: im „Deutschen Dichterleben" (1850) ist Bürger der Held, in den „Deutschen Komödianten" (1862) sind es die Gefährten der Neuberin. Der Flug in die hohe Tragödie mißlingt ihm, obwohl oder vielleicht weil er alle theatralischen Behelfe, Blitz und Donner, Glockengeläute und Kugelwechsel zu Hilfe nimmt. Er würde besser daran getan haben, seine Gaben einfach und natürlich zur Geltung zu bringen; denn ehrliche Handwerksarbeit hat auch auf dem Theater ihren Wert. — Von Laube begünstigt, betrat Joseph Weilen (1828—1889) mit „Tristan" und „Edda" das Burgtheater. Kräftigere Bühnenwirkung gelang ihm später mit dem „Grafen Horn", doch auch hier hält der dramatische Atem nur bis zum vierten Akt aus. In der richtigen Erkenntnis dessen, was ihm fehlte, wandte sich Weilen im letzten Jahrzehnt seines Lebens von der Bühne ab.

Wenn Eduard v. Bauernfeld (1802—1890) unsere Aufmerksamkeit stärker auf sich zieht, so geschieht es nicht wegen des inneren Wertes seiner Stücke, sondern weil seine Lustspiele zwar nur einen schmalen Platz in der Literatur einnehmen, dagegen für die Kenntnis des sozialen Lebens in Österreich von nicht

geringer Bedeutung sind[1]). Man hat seit jeher an der spindeldürren Magerkeit der Handlung seiner Stücke Anstoß genommen, ebenso an der Seichtheit der Charaktere, sich dagegen an dem sprudelnden Dialog erfreut. Die Sprache seiner Lustspiele ist frisch und natürlich, frei von der Pedanterie jener Zeit; ihr Vorzug liegt nicht in Geist und Tiefe, sondern „in dem leichten Schäumen und Kräuseln des Gesprächs wie bei mäßig moussierendem Wein". Während Roderich Benedix zum Schauplatz seiner Lustspiele die Familie wählt, spielen die Stücke Bauernfelds im Salon; hier aber spricht man sich nicht laut und leidenschaftlich aus, fröhnt nicht ausgelassener Lustigkeit, man wirft vielmehr den Ball des Gesprächs unermüdlich hin und her. Damit kam Bauernfeld den Bedürfnissen des Burgtheaters entgegen; hatte doch schon Sonnenfels in einem seiner Programmaufsätze den Adel aufgefordert, die Schauspieler in ihre Gesellschaft zu ziehen, wodurch allein sie für die Darstellung des feinen Lustspiels erzogen werden könnten. Bauernfeld verwuchs völlig mit der ersten Bühne der Residenz, indem er, mit „Leichtsinn aus Liebe" 1831 beginnend, den Künstlern des Hofburgtheaters Stücke und Rollen an den Leib schrieb. Das war aber nur die eine Seite seines Talents. Er war auch der Haupträsonneur des Vormärz, der das herrschende System unermüdlich dem Spotte preisgab; er selbst nannte sich 1840 in seinem Tagebuche den Vorschimpfer. Dabei besaß er die Gewandtheit, die wachsende Unzufriedenheit in anscheinend harmlosen Stücken gerade von der Bühne des Hoftheaters herab auszusprechen. Er zeigte sich in dem mit der Zensur geführten Kampfe seiner Gegnerin weit überlegen; er entfaltete dabei nach einem glücklich geprägten Ausdruck eine geradezu spitzbübische Geschicklichkeit; das rasch auffassende Wiener Publikum aber verstand alle Anspielungen seines Lieblingsdichters, freute sich, wenn dem Zensor wieder ein Schnippchen geschlagen, wenn die engherzige Hofbehörde aufs Eis geführt war. Des weiteren lebte in seinen Lustspielen der soziale Pulsschlag der

---

[1]) Diese Seite in dem Lebenswerk des Dichters ist gut hervorgehoben in Emil Horners „Bauernfeld" (Leipzig 1900), dem ich auch sonst mehrfach folge.

Epoche, so daß sein Biograph sagen konnte: „Die Zeit war gleichsam Mitarbeiterin des Dichters“.

Bauernfeld hat stets die Sache des dritten Standes geführt, sich jedoch nicht gescheut, daneben auch dessen Schwächen zu geißeln. Für die Figur des bürgerlichen Emporkömmlings fand er treffende Züge: der Bankier Müller im „Liebesprotokoll“ strebert in die aristokratischen Kreise hinein, ohne aber je über das Vorzimmer hinauszukommen, und da die Rolle von Anfang an mit jüdischem Akzent gesprochen wurde, war dem Theater eine neue Lustspielgestalt gewonnen, die den fröhlichsten Beifall erregte. Dagegen war es für das Bürgertum ein Labsal, als er in „Industrie und Herz“ einen auf seine Arbeit stolzen Fabriksherrn auf die Bühne brachte, der sich mit Verachtung vom Börsentreiben abwendet. Im „Götzendienst“ 1847, der übrigens nicht aufgeführt werden durfte, stellte Bauernfeld das Börsentreiben mit seinen Auswüchsen in den Mittelpunkt; immer griff er findig in die Entwicklung der Gesellschaft hinein. — Mit dem schönen Ungestüm der Jugend wagte er es, im „Literarischen Salon“ 1836 die großmäulige und bestechliche Journalistik vor seinen satirischen Richterstuhl zu fordern. Wohl ist es richtig, daß er sich damit auch für die ungerechte Behandlung seines „Fortunat“ rächen wollte; es gehörte aber ein Stück Tapferkeit dazu, sich mit Bäuerle und Saphir und ihrer „Theaterzeitung“ tödlich zu verfeinden. Es ist überraschend genug, daß er durch unermüdliche Agitation die Aufführung des Stückes im Burgtheater erreichte, aber freilich nur für ein einziges Mal. Denn gleich bei der ersten Darstellung brach ein Kampf der Anhänger Bauernfelds und Grillparzers mit denen der angegriffenen Kritiker und damit ein solcher Skandal aus, daß das Stück vom Spielplan abgesetzt wurde. Und darauf geschah etwas, was an sich ein Lustspiel ist: die hohe Behörde bereitete Saphir für die ihm durch ihr Gewährenlassen bereitete Unbill die Genugtuung, daß sie ihm die Herausgabe eines eigenen Blattes, des „Humoristen“, bewilligte — und so war Wien durch den Unverstand der Machthaber fortan im glücklichen Besitze zweier bedenklicher Theaterblätter. — Dagegen war es ein guter Wurf, daß Bauernfeld im „Deutschen Krieger“ (1844), einem Stücke, das im Dreißig-

jährigen Kriege spielt, der nationalen Idee seinen Zoll brachte: die Wiener haben den Appell an ihr deutsches Herz mit lautem Beifall beantwortet. Im übrigen Deutschland war man freilich überrascht, daß die dünnflüssigen nationalen Redensarten in Wien so große Wirkung hervorgebracht hatten. — Übrigens gab es nicht wenige Stücke Bauernfelds, darunter das „Tagebuch", die rein lustspielmäßig und von sozialem oder politischem Einschlag freigehalten waren; aber schon in dem oft gespielten „Bürgerlich und romantisch" (1835) klingt der Gegensatz der Stände heraus. Es war echt österreichisch, daß man dem Dichter der Opposition als Anerkennung für die vergnügten Abende, die er auch dem Hof und dem Adel bereitete, die Erlaubnis einräumte, Dinge auf der Bühne zu sagen, an die keine Zeitung rühren durfte.

Den größten politischen Erfolg errang der keck zugreifende Dichter mit dem 1847 aufgeführten Lustspiel „Großjährig". Im dramatischen Sinne gehört das Stück zu den schwächeren des Dichters; vortrefflich aber ist der Grundgedanke, das österreichische Volk in dem gut gearteten, jedoch unselbständigen Baron Hermann zu verkörpern, der durch seinen Vormund Blase (Metternich) und dessen Kreaturen am Gängelbande geführt wird, bis er sich aufrafft und die unwürdige Abhängigkeit abschüttelt. Wie war es nur möglich, daß Hermanns Vormund von der Bühne des Burgtheaters herab die allbekannten Leitsätze der Metternichschen Staatsweisheit verkündigen und sie dadurch dem öffentlichen Spott überantworten konnte? Auch hier war das wirkliche Leben humoristischer als das Lustspiel selbst. Der alte Nebenbuhler des Staatskanzlers, Graf Kolowrat, hatte sich, als auf seinem Schlosse das Stück von Dilettanten aufgeführt wurde, höchlich gefreut, daß sein verhaßter Amtsgenosse darin verhöhnt wurde. Ihm, dem mächtigen Minister, wurde es nicht schwer, sich den Privatspaß zu machen, dem Lustspiele Bauernfelds das Burgtheater zu öffnen. Allgemeines Aufsehen nach der Aufführung — als aber Erzherzog Ludwig den Grafen um seine Meinung über das Stück fragte, behauptete dieser dreist, es wäre ganz harmlos. Darauf ging der Erzherzog selbst ins Burgtheater und tat zu Kolowrat den

Ausspruch: „Ich hab' das Stück gesehen — ich komme doch darin vor, und Sie eigentlich auch." In der Tat, Kolowrat hatte in seiner Bosheit völlig übersehen, daß die Satire ihn ebenso traf wie seine beiden Genossen im Triumvirat, das an Stelle des schwachgeistigen Kaisers regierte; im Frühjahr 1848 flogen sie dann alle drei zum Tempel hinaus.

Bauernfeld war, wie wir wissen, am 13. März 1848 einer der eifrigsten unter den Agitatoren. So mächtig ergriff ihn die Aufregung, daß er noch im selben Monat in eine Nervenkrisis verfiel, die ihn nötigte, in Graz Ruhe und Erholung zu suchen. Hier schrieb er in den Wochen darauf die „Republik der Tiere", worin die Ereignisse des Tages poetisch vorgeführt werden. Die Szenenreihe ist weder der Form noch dem Inhalte nach originell, aber wichtig als politisches Bekenntnis Bauernfelds. Er verteilt darin seine Hiebe gleichmäßig auf den Adel (verkörpert durch Tiger, Panther, Hyäne) wie auf die Demagogie (den Fleischerhund); er sagt schon damals den Schiffbruch und den Untergang der Idealisten gleich Lamartine (die Nachtigall) voraus und sieht den Sieg der Gewalt kommen, die im Drachen und im General der Eisbären, d. h. der Russen, verkörpert ist. Doch entläßt er den Leser tröstend mit der Deutung des in die Lüfte entschwebenden Adlers, daß der Drache der letzte seines Geschlechtes sein werde und daß die Lästerung der besiegten Idealisten verdammenswert ist; jeder große Gedanke habe seine Märtyrer, aber aus ihrem quellenden Blute sprieße die Freiheit hervor.

Es ist nicht gering anzuschlagen, daß Bauernfeld sich auf dem Höhepunkt der Revolution den Blick für ihren Verlauf und ihren Ausgang nicht trüben ließ. Hier wie sonst ist er der Mann des Bürgertums, der Gegner der Extreme, der Gewalt von oben wie seitens der rohen Masse von unten, welch letzterer er in der „Republik der Tiere" die stärksten Dinge sagt. In dieser Mittelstellung besaß er jedoch kein rechtes Verständnis für die gärenden Kräfte der Tiefe; man kann seinen sozialen Lustspielen nicht entnehmen, daß hinter dem dritten Stand ein vierter emporstieg. Dieses letzte und wichtigste Stück der Entwicklung hat er nicht erfaßt, die Geknechteten und Leidenden nirgends vorgeführt. So

lebte er sich in den Vorgefechten des Vormärz aus, und darüber ist er nicht hinausgekommen. Deshalb enttäuschte er auch nach 1848 diejenigen, die beim Nachlassen des schlimmsten Druckes erwarteten, nun werde er neue Töne finden und der österreichische Aristophanes werden. Er wählte 1849 im „Neuen Menschen“ abermals einen politischen Stoff, aber er wiederholte darin nur, was man schon früher von ihm gehört hatte. Dieser neue Mensch ist Hermann, den wir aus „Großjährig“ kennen, der von seinen Reisen zurückgekehrt ist und von den Bauern auf seinen Gütern zum Abgeordneten gewählt wird. Auch in dieser schwächeren Fortsetzung wendet Bauernfeld sich ebenso gegen die Übertreibungen des Radikalismus wie der Reaktion; die Liberalen waren unzufrieden mit ihm und die Presse las ihm den Text. Er verteidigte sich in einem Aufsatz „Das Theater, das Publikum und ich“, worin er diejenigen verspottete, die den Dichter ausschließlich für eine Partei in Beschlag nehmen und ihm seine Freiheit rauben wollen. — Am meisten fühlte er sich zum Grafen Stadion hingezogen, der ihn als Referenten für das Theaterwesen ins Ministerium des Innern ziehen wollte und ihn vielleicht, wenn er länger am Ruder geblieben wäre, zum Direktor des Burgtheaters gemacht hätte. Aber als Stadions Geist in Umnachtung versank und Bach, der frühere Kampfgenosse Bauernfelds, sich als Diener der Reaktion entpuppte, wurde der Dichter von der Regierung wieder verfehmt; seine 1852 herausgegebenen Gedichte mit ihren Ausfällen auf die Machthaber durften auf polizeilichen Befehl von den Zeitungen nicht besprochen werden. Im selben Jahre errang der Dichter mit den „Krisen“ auf dem Burgtheater noch einen Erfolg, dann aber erlahmte seine dramatische Schaffenskraft, und in den nächsten fünfzehn Jahren wurden seine Stücke kühl oder abfällig aufgenommen. Man sagte nicht ohne Grund, er schreibe sich selbst ab; die neuen Probleme waren ihm fremd; bei seinem leichten literarischen und politischen Gepäck war er zum Herold einer anspruchsvolleren Zeit nicht geeignet. Er fand sich erst wieder, als 1867 der von ihm oft geschilderte Kampf zum Austrage kam und das siegreiche Bürgertum sich durch die Dezemberverfassung seinen Anteil an der Macht sicherte. Damals vollendete er das Lustspiel „Aus der Gesell-

schaft", in dem die Heirat eines Fürsten mit einem Mädchen bürgerlicher Herkunft im Mittelpunkt steht, in glitzernden Redewendungen wird zugleich der Sieg der liberalen Weltanschauung gefeiert. Kurz darauf wurde Bauernfelds „Landfrieden" aufgeführt, ein Stück aus der Zeit Kaiser Maximilians, in der mit den Raubrittern ein Ende gemacht wurde; man sah im Ritter Boffesen und seinen Genossen ein Spiegelbild der Feudalen, die sich den Forderungen der Zeit Bauernfelds widersetzten. So ist der Dichter dem Lebenskreise, in dem er wurzelte, er ist seinen Freunden im Salon der Frau v. Wertheimstein und seinen liberalen Ansichten treu geblieben bis ans Ende. Der charaktervolle Mann war übrigens nie Schmeichler, sondern hat seinen Freunden in Schrift und derbem Wort gründlich seine Meinung gesagt. Das geschah auch in der Rüge- und Spottschrift „Das Buch von uns Wienern", das in den Tagen der Reaktion erschien. In seinen selbstbiographischen Skizzen „Alt- und Neu-Wien" sind die Menschen, mit denen er verkehrt hat, frisch und aufrichtig, wenn auch ohne psychologischen Tiefblick geschildert. Ewigkeitgestalten hat er nicht geschaffen und nicht einmal Worte geprägt wie Nestroy, die ihren Kurs durch die Zeit genommen haben; aber der Jugendfreund Schuberts und Schwinds hatte doch ihres Geistes mehr als einen Hauch in sich aufgenommen. Grillparzer, der in seiner Verbitterung oft allzu streng über ihn urteilt, ihn leichtsinnig und oberflächlich schilt, sagt bei alledem, ohne es zu wollen, über sein Lebenswerk eigentlich das günstigste, indem er ihn mit den Winden und den Vögeln vergleicht, die den Samen in die Ferne tragen.

III. Friedrich Hebbel in Wien

Nur kurze Zeit wollte Hebbel in Wien bleiben, wohin er 1845 kam, um die Aufführung seiner Dramen am Burgtheater zu betreiben. Geboren 1813, hatte er eine Jugend voll Entbehrungen und Kämpfen hinter sich, als er in Wien die Liebe der schönen Christine Enghaus gewann, der Tragödin des Burgtheaters. Sie schenkte ihm ihre Hand und damit eine angenehme

und sorgenfreie Häuslichkeit, eine Heimat, mit der er sich bald enge verbunden fühlte. Bei der Erhebung des Volkes von Wien am 13. März 1848 setzte er vor dem Landhause sein Leben aufs Spiel und trug beim Siege auch einen Preis davon; denn nun war der Bann gebrochen, der auf seinen Werken lag, und am 8. Mai 1848 kam er im Burgtheater mit Maria Magdalene zu Wort. Aber so ehrlich auch der Beifall der Zuschauer war, so schrieb er doch mißmutig in sein Tagebuch: ihn freue das Ei nicht, das am Weltbrande geröstet. Das Verhalten Hebbels in den politischen Kämpfen der Zeit gereichte dem tapferen Ditmarschen auch weiterhin zur Ehre. Die Oktoberrevolution mißbilligte er, aber er verteidigte die Besiegten gegen unwürdige Angreifer und veröffentlichte mit seinem vollen Namen am 15. Dezember 1848 in der „Allgemeinen Zeitung" die mutigen, während des Belagerungszustandes für ihn nicht ungefährlichen Worte: „Wahrlich, der schlechteste der im Oktoberaufstande Gefallenen sei noch zu gut, als daß der beste von jenen den Finger in sein Blut tauchen und Karikaturen damit an die Wand malen dürfte!" Und ebenso kräftig wies er den Fürsten Friedrich Schwarzenberg zurück, als er die von den Siegern geübten Grausamkeiten verteidigte. Er selbst stand bei alledem fest auf monarchischem Boden und sprach seine Freude über die Rettung Kaiser Franz Josephs bei dem Attentate Libenyis in ergreifenden Versen aus. Er war Großdeutscher und tadelte Preußen bitter, weil es 1859 Österreich nicht zu Hilfe kam. Österreich konnte er sich nur als deutschen Staat denken, daher der Ausfall, den er 1861 in einem längeren politischen Gedichte auf die fremden Völkerschaften der Monarchie machte:

Auch die Bedientenvölker rütteln
Am Bau, den jeder tot geglaubt,
Die Czechen und Polacken schütteln
Ihr struppiges Karyatidenhaupt.

Wenn er mit diesen verletzenden Worten die Grenze der Billigkeit überschritt, so geschah es aus Unwillen über die nationalen Übertreibungen der Slawen und weil er für die Zukunft Österreichs besorgt war. Wie er seine neue Heimat ins Herz geschlossen hatte, zeigen viele Stellen seiner Tagebücher. Mit

Innigkeit gedachte er bei einem Aufenthalte in Berlin, über welche Stadt er den Geist des Lineals schweben sah, des naiveren Wien und „seines geliebten Österreich". So viel er auch an dem Staate und an den Menschen auszusetzen hatte, denen er Unzuverlässigkeit vorwarf, so führte er doch für sie das Wort. „Ich bin, wenn ich Österreich verteidige," sagte er 1861 zum Großherzog von Weimar, „in der jämmerlichen Lage manches Ehemanns, der die Schwächen, Fehler und Laster seines Weibes besser kennt wie irgend einer und sie doch ritterlich verteidigen muß gegen jedermann, selbst gegen einen abtrünnig gewordenen Liebhaber."

An Wien fesselten ihn Weib und Kind, daneben ein Kreis von Freunden, darunter der spätere Justizminister Glaser, der Philologe Bonitz, die Physiologen Brücke und Ludwig, der Maler Rahl. Dieser erlesenen Runde gesellte sich eine Reihe von jüngeren Männern zu, wie Adolf Pichler und Emil Kuh, die zu ihm mit Verehrung aufblickten. Nicht bloß sein hoher Dichtergeist fesselte sie, er besaß auch wie wenige im Gespräch die Gabe hinreißender Rede, die sich in tiefsinnigen wie in witzigen Wendungen kundgab. Er forderte aber von seinen Jüngern unbedingte Hingabe, gewissermaßen ihren Alleinbesitz, und setzte ihre Treue oft durch seine maßlose Heftigkeit wie durch strenge Bevormundung auf harte Proben. Darüber kam es zwischen ihm und Emil Kuh zum Bruche, was diesen jedoch nicht hinderte, ihm ein liebevolles biographisches Denkmal zu setzen[1]. Hätte Hebbel seine Berserkeranfälle, deren er sich selbst anklagte, bemeistern können, so würde er in Wien noch festere Wurzeln gefaßt haben. Immer aber zeigen seine Tagebücher, wie wohl

[1]) Nach den Tagebüchern Hebbels ist diese Biographie (Wien 1877) die Hauptquelle für die Geschichte seines Lebens. Das Buch ist reich an Tatsachen und an lebensvollen Porträts der Zeitgenossen; es leidet aber unter der pessimistischen, galligen Auffassung österreichischen und Wiener Lebens. Der Verfasser sieht die Schwächen des Wiener Volkscharakters und ebenso Grillparzers, Nestroys, Laubes wie seiner Zeitgenossen übergroß und hat keinen Blick für die Anmut und Frische der österreichischen Volksnatur. Das war die Stimmung, die in der Konkordatszeit, dann infolge der militärischen Niederlagen und nach der Börsenkrisis von 1873 in Österreich herrschte.

er sich in der österreichischen Hauptstadt fühlte, und trotz allem Ungemach, das seinem dichterischen Schaffen bereitet wurde, pries er 1857 sein Geschick:

> Götter, öffnet die Hände nicht mehr, ich würde erschrecken,
> Denn ihr gabt mir genug: hebt sie nur schirmend empor.

Nach den ersten schönen Erfolgen auf dem Burgtheater wurden seine Dichtungen vom Mißgeschick heimgesucht. Herodes und Mariamne wie der Rubin, beide 1849 dargestellt, wurden bei der Aufführung abgelehnt, jenes Stück aus Mangel an Verständnis des Publikums und der Kritik. Doch muß gesagt werden, daß die nächsten Dramen dieser Periode (Der Moloch, Das Trauerspiel in Sizilien, Julie, Michelangelo) vorwiegend Gedankendichtungen sind, mehr ausgeklügelt als von ursprünglicher Empfindung getragen. Vor allem war es für ihn verhängnisvoll, daß Laube kein Verständnis für den die Gegenwart überfliegenden Schwung der Poesie Hebbels besaß; wenn der Dichter in seinen Dramen Felsblöcke wälzte und wenn er dann Bruchstücke von ihnen sprengte, um sie blank und spitz zu polieren, so wußte der nüchterne und praktische Direktor des Burgtheaters mit ihnen nichts anzufangen. So wurde nur die Judith mitunter gespielt und Genoveva unter verändertem Namen flüchtig vorgeführt, die anderen Dramen dagegen vom Spielplan ferngehalten, auch die in Wien entstandene Agnes Bernauer, die in München zur Darstellung gelangte. — Da nun schuf der Dichter nach dreijähriger Pause 1854 wieder ein Meisterwerk: Gyges und sein Ring. Er benützte hiebei die Erzählung Herodots von dem unklugen König Kandaules, der in die Reize seiner Gattin so verliebt ist, daß er seinem Leibwächter Gyges die schöne Frau unbekleidet im Bade zeigt; die Königin erfährt den Frevel und drückt in ihrer Empörung Gyges den Dolch in die Hand, um ihn nach Ermordung des vorwitzigen Gemahls zum Gatten und zum König zu erheben. Hebbel aber erhob die Handlung in eine reinere Höhe und zur Tragödie der Schamhaftigkeit: Königin Rhodope ist so tief in ihrem weiblichen Gefühl verwundet, daß sie nicht bloß den Untergang des Kandaules herbeiführt, sondern sich selbst den Tod gibt, um sich

zu entführen. In der weicheren Atmosphäre Wiens fand Hebbel Töne von einer Zartheit, die seine herbe Natur nicht erwarten ließ. Er war jedoch durch das Verhalten des Burgtheaters tief verstimmt und von der Unfähigkeit Laubes, ihm gerecht zu werden, so überzeugt, daß er das Drama nicht einmal zur Aufführung einreichte; erst Jahrzehnte nach seinem Tode kam es überhaupt auf der Bühne zur Geltung. — Hebbels „Siegfrieds Tod" wurde von Laube ursprünglich abgelehnt; um so größer war der Triumph des Dichters, als seine ganze Nibelungen-Trilogie 1861 durch Dingelstedt zu Weimar vorgeführt wurde und gewaltigen Eindruck machte. Laube zeigte seine Mißgunst auch dadurch, daß er Hebbels Gattin als Schauspielerin vielfach zurücksetzte; und auch sie fand zu Weimar als Kriemhilde beim Hof und bei den Zuschauern lebhaften Beifall. Darüber wäre es zwischen dem Ehepaar und dem Direktor des Burgtheaters beinahe zum Bruch gekommen; Frau Hebbel reichte ihre Entlassung ein, die aber nicht angenommen wurde [1]. Hebbel fühlte sich indessen mit Wien dadurch versöhnt, daß Schmerling ihm 1861 die Professur der Ästhetik an der Wiener Universität anbot, die er jedoch ablehnte. Endlich mußte Laube dem Drucke der öffentlichen Meinung weichen und die Nibelungen-Trilogie aufführen, die im Februar 1863 über die Bühne ging. Der Eindruck war überwältigend. Der Dichter wurde vom Kaiser und der Erzherzogin Sophie ausgezeichnet, die ihm ihr Entzücken aussprechen ließ. Die Studenten gaben Hebbel zu Ehren zwei Kommerse, bei denen Lorenz Stein, Joseph Unger und Robert Zimmermann den Dichter feierten. So erlebte Hebbel, obwohl schon leidend, die verdiente Genugtuung. Aber seine Tage waren gezählt und am 13. Dezember 1863 wurde er vom Tode hinweggerafft. Sein Biograph hat es treffend ausgedrückt, was Wien ihm gewesen

---

[1] Der Anlaß war seltsam. Der Großherzog von Weimar wünschte, daß Christine Hebbel auf seinem Theater die Kriemhilde spiele, und erwirkte, indem er sich unmittelbar an Kaiser Franz Joseph wandte, dessen Erlaubnis. Da aber hiebei Laube und der Oberstkämmerer Graf Lanckoronski, unter dem das Burgtheater stand, übergangen wurden, bedrohte der letztere Frau Hebbel nach ihrer Rückkehr mit der Entlassung. Ihre Antwort war, daß sie ihren Abschied verlangte.

ist: hier machte er die Entwicklung vom leidenden und gewalttätigen Menschen zum maßvollen und dankbar genießenden durch. Er selbst pflegte, auch wenn von seinen widrigen Erfahrungen mit dem Burgtheater die Rede war, zu sagen, er hätte in seiner Jugend so viel Unglück erfahren, daß er später alles Frohe mit doppeltem Danke aufgenommen habe. Dennoch ist Wien ihm nicht wenig schuldig geblieben, denn nach Beethoven und mit Brahms gehört Hebbel zu den edelsten Gästen, die Österreich dem stammverwandten Deutschland verdankt.

IV. Grillparzers letzte Schöpfungen

Grillparzer war nicht zur Lebensfreude geboren — schon das Tagebuch aus seinen Knaben- und Jünglingsjahren zeigt ihn so grüblerisch, sensitiv, ehrgeizig, unbefriedigt, wie er in seinem Alter war. Doch war er in das bewegte und kunstfrohe Wiener Leben hineingestellt, so daß, was in ihm von Frische, Sinnlichkeit und Laune schlummern mochte, ans Tageslicht drang. Sein Geist war mannhaft, unbeeinflußbar, unbeugsam, aber sein Gefühlsleben empfindlich und reizbar; so stieß er sich an allen Ecken wund [1]).

Wohl nie hat ein Dichter seinem Volke bei seinem Tode solche Überraschungen bereitet wie er. Man fand in seinem Schreibtische Werke, von denen nur die ihm am nächsten Stehenden, und selbst diese nicht von allen, Kenntnis hatten. Zunächst eine Selbstbiographie, in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre niedergeschrieben; sie erwies sich ohne Vergleich als die bedeutendste historische Arbeit, die in Österreich je geschaffen wurde. Die Kraft des Erzählens und des Gestaltens ist in ihr ebenso stark wie die Energie, mit welcher der leitende Gedanke zum Ausdrucke kommt; diese Selbstbiographie ist eine einzige Anklage gegen den Geistesdruck, unter dem er gelitten hat.

[1]) Die beste Biographie Grillparzers ist die von August Sauer, die der Cottaschen Ausgabe seiner Werke vorgedruckt ist. Vgl. auch die Einleitungen, die Stephan Hock den Werken des Dichters in der Bongschen Ausgabe vorausschickt.

Das Buch ist noch in anderer Weise ein Zeugnis für die unheilvolle Macht solcher Einflüsse: er hat sich nie von ihnen befreit und beschreibt sein Leben in einer dumpfen, trüben, gequälten Stimmung.

Außerdem hinterließ der Dichter neben dem schon in seinem fünfzehnten Jahre geschriebenen Trauerspiel Blanka von Kastilien noch drei vollendete Dramen, Libussa, den Bruderzwist in Habsburg, die Jüdin von Toledo, weiter die Fragmente Esther und Hannibal — überdies Tagebücher, Rezensionen, Abhandlungen und endlich die zahlreichen, sein Leben begleitenden und erklärenden Epigramme. Nur der erste Akt von Libussa und das Fragment Esther waren zu Lebzeiten Grillparzers aufgeführt und mit rauschendem Beifall aufgenommen worden. Erstaunt stand die Nachwelt vor dem Reichtum, durch den Grillparzers Natur erst ganz erschlossen wurde.

Die offenen und die verschämten Fürsprecher des Despotismus — sie sind in unserer Zeit immer zahlreicher geworden — behaupten, Grillparzers eigenes Lebenswerk liefere den Beweis, daß sich ein Talent wie das seinige auch im Vormärz habe voll entfalten können. Gerade in Österreich sollte man so nicht sprechen. Denn Grillparzer wäre unter anderen Umständen der Mann gewesen, seinem Vaterlande eine glänzende Reihe von Historien aus seiner Geschichte zu schenken. Auch dachte er nach Vollendung des Ottokar an ein Drama mit König Albrecht, dem von Johannes Parricida Ermordeten, als Mittelpunkt [1]). Er wurde von dieser seiner natürlichen Aufgabe durch die Mißhandlungen abgedrängt, die seinem Ottokar und seinem Treuen Diener widerfuhren; Österreich wurde dadurch so geschädigt wie durch eine verlorene Schlacht. Und wie sehr eignet sich doch die Geschichte der Habsburger zu dramatischer Bearbeitung! Denn im Streben nach hohen Zielen sind viele von ihnen kraft der

[1]) Grillparzer notierte sich als Haupttriebfeder des Königs Albrecht „das Gefühl des neuen Hauses, das sich mit einem Mal auf einen hohen Gipfel gedrängt sieht, und das keinen Wunsch kennt, als sich zu halten, zu heben — altius“. Also: immer höher. Diese Überhebung König Albrechts ist ein echt tragisches Motiv, aber wie hätte das Stück dann auf eine österreichische Bühne gebracht werden können?

Natur ihres Reiches auf unübersteigliche Hindernisse gestoßen und scheiterten an ihnen. Solch eine tragische Figur war Karl V., der sich ins Kloster zurückzog; Maximilian II., der, dem Protestantismus zugeneigt, auf dem Sterbebette den Beistand des katholischen Priesters ablehnte; der unglückliche Rudolf II.; dann Karl VI., der nach verlorenen Kriegen kummervoll und in schwerer Sorge um das Schicksal seiner Tochter starb; und vor allem die edle Gestalt Kaiser Josephs.

Es gehörte schon zum Schicksal Grillparzers, daß er mit Rudolf von Habsburg begann und ihn ausschließlich als österreichischen Landesfürsten, als Begründer der neuen Hausmacht verherrlichte. Kaiser Franz und Metternich wußten ihm dafür keinen Dank, in Deutschland aber fühlte man sich fremd angemutet, daß der erste Habsburger nicht als gewaltiger Bändiger des Faustrechts, nicht als deutscher Kaiser auf die Bühne gebracht war. Da die Nation nach dem Wiener Kongreß und nach den Karlsbader Konferenzen in Österreich die hemmende Gewalt sah, so nahm sie wohl die Männer der Opposition, wie Lenau und Grün, mit offenen Armen auf; unverständlich aber war ihr der Dichter, der den Preis Österreichs sang und in ihm mehr sah als einen Teil des großen deutschen Vaterlands. Grillparzer war schwarzgelb, und so litt er unter der Abneigung, die man gegen das reaktionäre Österreich hegte. In Deutschland waren die entschiedenen Liberalen gegen ihn, ebenso die Klerikalen, denen er die Ideen Josephs II. entgegenhielt, nicht minder die Fürsprecher der preußischen Spitze; daß er aber vor allem Dichter war, davon hatten die Literaturprofessoren ebensowenig eine Vorstellung wie das Publikum Raupachs und Houwalds.

Am 6. Oktober 1848 wurde der Kriegsminister Latour von einer wütenden Rotte an einem Laternenpfahl aufgeknüpft; am Tage darauf entwarf Grillparzer tief erschüttert sein Testament, in dem er sein durch eigene Schuld unglücklich gewordenes Vaterland dem Schutze Gottes empfahl, für sich den Tod erhoffte und Verfügungen über seinen dichterischen Nachlaß traf: die zwei Tragödien, Rudolf II. und Libussa, die nur dem Scheine nach vollendet wären, sollten ungelesen vernichtet werden.

Später aber feilte er noch sorgfältig an ihnen, zuletzt wohl, nachdem er 1856 als Staatsbeamter in den Ruhestand getreten war; damals erhielt er, der bisherige Archivdirektor des Finanzministeriums, den Titel eines Hofrats, worauf er das Epigramm verfaßte:

Dichter zu belohnen,
Sind Orden und Titel
Die besten Mittel:
Für Fiktionen —
Illusionen [1].

Er war müde und vergrämt, woran weder die großartige Huldigung der Wiener Dichter und Schriftsteller 1843 etwas änderte, die ihn als den Größten in ihren Reihen feierten, noch auch, daß Laube seine Dramen wieder zu vollen Ehren brachte. Er legte übrigens die Dramen Rudolf II. und Libussa nach ihrer Vollendung dem Direktor des Burgtheaters vor und wäre bereit gewesen, sie aufführen zu lassen, wenn dieser sich für einen Erfolg verbürgt hätte; das aber ginge, wie Laube ihm entgegenhielt, über alle Voraussicht — Grillparzer war jedoch der Gedanke an einen halben oder gar einen Mißerfolg unerträglich, so daß er von der Aufführung Abstand nahm. Übrigens waren in beiden Stücken die staatlichen und nationalen Probleme Österreichs kühn und frei angefaßt; wer konnte wissen, wie die Machthaber und die Parteien sich zu der düstern Antwort stellen würden, welche der greise Dichter erteilte?

Die Handlung von „Libussa" spielt vornehmlich in der Empfindung der beiden Hauptpersonen, der Böhmenfürstin und des Landmannes Primislaus, den sie zu ihrem Gatten erwählt. Lange liegt der Stolz der Herzogstochter mit dem Trotze des von ihr geliebten Mannes im Streite, bis in dem Weibe die demütige Liebe durchbricht und die Fürstin ihm ihre Hand anbietet. Primislaus trägt aber auch in anderem Betracht den

---

[1] Noch besser ist ein früheres Epigramm:

Wie strahl' ich nicht im Ehrenglanz,
Das Höchste sollte mich kaum überraschen,
Sie vergolden mich am Ende ganz,
Nichts ausgenommen als die Taschen.

Sieg davon. Sie sind Träger zweier Welten: Libussa, prophetischer Ahnungen voll, wurzelt in der einfachen Urzeit ihres Volkes, in dem nur freiwilliger Gehorsam gewaltet hat, ohne den Zwang des Staates und des Rechtes; Primislaus dagegen bahnt eine feste, selbst eiserne Ordnung an mit Städtebau, Gewerbe, beginnendem Reichtum. Es ist etwa der Gegensatz, unter dem später Tolstoi litt und schrieb. Libussa läßt den überlegenen Willen des Gatten gewähren, aber in ihrer letzten Prophezeiung enthüllt sie ein Bild der Zukunft, Grauenhaftes voraussehend. Sie sieht den Kampf und die wechselvolle Herrschaft der modernen Völker, der Romanen und der Germanen, bis ihre eigene, die slawische Rasse, an der Reihe ist. Hier nun spricht sich Grillparzers eigene Auffassung aus:

> Dann kommt's an euch, an euch und eure Brüder,
> Der letzte Aufschwung ist's der matten Welt.
> Die lang gedient, sie werden endlich herrschen,
> Zwar breit und weit, allein nicht hoch, noch tief;
> Die Kraft, entfernt von ihrem ersten Ursprung,
> Wird schwächer, ist nur noch erborgte Kraft.
> Doch werdet herrschen ihr und euren Namen
> Als Siegel drücken auf die künftige Zeit.

Noch mehr Unheil weissagt die Prophetin von der geistigen und sozialen Ordnung der Zukunft. Das Christentum wird Liebe bringen, aber mehr noch an Haß und Verfolgung. Hierauf wird die Menschheit sich selbst zum Gotte erheben und der Eigennutz wird der Altar werden, auf dem jedes Opfer gebracht wird:

> Dann schließen sich des Himmels goldene Pforten,
> Begeisterung und Glauben und Vertrauen,
> Und was herabträuft von den seligen Göttern,
> Nimmt nicht den Weg mehr zu der flachen Welt.

Ob Grillparzer damit Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung als sein eigenes Programm verkündigen wollte? Schwerlich, denn im Stücke selbst gibt er der tatfrohen Männlichkeit des Gatten den Vorzug, auf der sich die im Grunde liebenswürdige, oft lustspielhafte Handlung aufbaut. Es entsprach aber der Altersstimmung des Dichters, daß er zum Schlusse graue Nebel über der Welt aufsteigen läßt.

Ebenso düstere Bilder entrollt der Dichter im „Bruderzwist in Habsburg". Schon 1824 war ihm der Gedanke zu dem Drama gekommen, immer beschäftigte er sich damit, lange hat er daran gefeilt, viel von seinem eigenen Wesen in Rudolf II. hineingelegt. Der Kaiser sieht das Unheil des 30jährigen Krieges heraufziehen, er allein, während die anderen selbstmörderisch oder sorglos das Übel vergrößern. Zu irgend einer Tat aber kann er sich nicht aufraffen, er versinkt vielmehr immer tiefer in dumpfe Melancholie. Das Drama ist ein noch nicht ausgeschöpfter Schatz österreichischer Staatsphilosophie, die einzelnen Erzherzoge tragen zum Greifen deutlich die Charakterzüge ihres Hauses. Vortrefflich bemerkt Ludwig Speidel, der Dichter komme ihm „so märchenhaft vor wie ein verwunschener habsburgischer Prinz, der bei Tage zum Archivdirektor verdammt sei und des Nachts Erinnerungen an seine glänzende Vergangenheit niederschriebe". Während das Drama entstand, gab es einen anderen Bruderzwist im Kaiserhause, aus dem der Dichter manches für seine Tragödie entlehnte: es war der Gegensatz zwischen Kaiser Franz und seinen Brüdern. Schon damals wußte man, es sei das Verhängnis des Staates, daß der Kaiser die Begabten unter seinen Brüdern, besonders den Sieger von Aspern, mißtrauisch von der Staatsleitung und zuletzt von der Vormundschaft über seinen Sohn fernhielt. Davon keine Andeutung in dem Drama, aber sonst ist der Finger an mehr als eine Wunde gelegt. So in der Klage eines der Erzherzoge:

> Das ist der Fluch von unserm edlen Haus:
> Auf halben Wegen und zu halber Tat
> Mit halben Mitteln zauderhaft zu streben.

Trotzdem aber ertönt die eherne Mahnung des kaisertreuen Poeten:

> Der auf dem Throne sitzt,
> Er ist die Fahne doch des Regiments,
> Zerrissen oder ganz, verdient sie Ehrfurcht.

Das war Grillparzers letztes Wort, des Staatsbürgers wie des Dichters. Sie sind in ihm untrennbar zusammengebunden und diese Einheit gibt den beiden Dramen aus der österreichischen

Geschichte neben dem poetischen den hohen politischen Wert. Durch „König Ottokars Glück und Ende“ strömt seine jugendliche Zuversicht auf die Zukunft Österreichs, die Tragödie von Rudolf II. spiegelt die Zweifel und die Besorgnisse des alternden Dichters. In seinen Dramen und seinen kleineren Dichtungen ist für jede Schicksalswendung des österreichischen Staates ein Kennwort zu finden.

Die Weisheit des Alters hinderte nicht, daß in seinem letzten Werke, der „Jüdin von Toledo“, das zwischen seinem 60. und 70. Lebensjahre entstand, eine schier jugendliche Sinnenglut weht. Er hütete den Schatz auch vor Laube und anderen literarischen Freunden; nur meinte er gelegentlich, es käme darin etwas wie Zauberei vor. Als das Stück nach seinem Tode gefunden und im Burgtheater aufgeführt wurde, fühlten sich die Zuschauer zunächst befremdet. Ein junger König verliebt sich in ein gefallsüchtiges Judenmädchen und versäumt darüber seine Pflichten; seine Gattin und die Großen des Reiches verbünden sich, Rahel zu töten; der König eilt, um Rache zu nehmen, herbei, aber an der Leiche des Liebchens erfaßt ihn Ekel, Scham und Reue über seine Verirrung und er zieht als Feldherr seines Sohnes in den Kreuzzug gegen die Ungläubigen. Es leuchtete anfangs nicht ein, daß Sinnenreiz und Rachedurst plötzlich erloschen sein sollten. Der Fehler lag wohl daran, daß man die Rolle der Rahel der Wolter gegeben hatte, und die Tragödin erweckte mehr Mitgefühl für sie, als das innerlich verdorbene Wesen verdient. Die Neubesetzung der Rolle mit einer Naiven beseitigte dieses Hindernis; aber erst Kainz eroberte das Stück durch seine völlig moderne Darstellung dauernd auch für Norddeutschland; durch ihn wurde der König zur Hauptperson, der, von einer jugendlichen Verirrung ergriffen und zuletzt von ihr befreit, den Adel seiner Natur ganz wiederfindet. Seitdem ist die „Jüdin“ das meistgespielte der Stücke Grillparzers. Die lieben Deutschen mit ihrer langsameren Auffassung brauchen mitunter gute Weile, um das Große zu verstehen und zu würdigen.

Es bedarf wohl keiner weiteren Rechtfertigung dafür, daß im Vorhergehenden dem Theater und der dramatischen Dichtung

ein etwas breiterer Raum gewidmet ist. Es war bis 1848 auf deutschem Boden eine allgemeine Erscheinung, daß die Bühne die Menschen gewöhnlich mehr beschäftigte als die Politik; für Österreich gilt dies noch länger. Carlyle drückt in dem 1825 erschienenen Leben Schillers sein Befremden darüber aus und muß es seinen Landsleuten erst klar machen, wie es kam, daß ein Geist wie Schiller den besten Teil seiner Kraft der Verbesserung der Schaubühne und den Betrachtungen über sie widmete. „In der Erfüllung dieser seiner Pflicht," so sagt Carlyle, „war Schiller, während er seiner eigenen lebhaften Neigung nachhing, gleich warm von dem überwiegenden Geschmacke des Publikums unterstützt. Das der Bühne zugewendete Interesse und die Wichtigkeit, die allem, was mit ihr zusammenhängt, beigemessen wird, sind in Deutschland größer als in einem anderen Teile Europas, auch Frankreich und selbst Paris nicht ausgenommen. . . . Nichts kann für einen englischen Leser in einem größeren Mißverhältnisse mit der Sache stehen, als der von den Deutschen dem Theater zugeschriebene Einfluß und die Fülle sorgfältiger Untersuchungen, die sie seinen Angelegenheiten widmen" [1]. Sehr begreiflich, daß in einem Lande, in dem das Parlament im Mittelpunkte des nationalen Interesses steht, die damalige Theaterliebhaberei der Deutschen Kopfschütteln erregte. All dies gilt noch mehr für Österreich; aber hier, wo vor 1848 auch der Historiker, der Philosoph und der Staatsrechtslehrer nicht zu Worte kommen durften, hatte der Dramatiker und mit ihm das Theater eine besondere Aufgabe zu erfüllen; darauf ist es zurückzuführen, daß Grillparzer und Männer seiner Art die Ideen ihrer Zeit kraftvoller zum Ausdruck brachten als die ohnedies dünn gesäeten politischen Schriftsteller. Das wirkte auch in der Generation nach ihm fort: kein Redner in und außer dem Parlament hat in der liberalen Epoche die Herzen so tief bewegt wie Anzengruber durch den Pfarrer von Kirchfeld und durch die Kreuzelschreiber. Die Dichter vor allem waren die Chorführer der öffentlichen Meinung.

---

[1] Th. Carlyle, „The Life of Friedrich Schiller", Tauchnitz-Edition S. 69.

IX. Buch

Geistiges Leben in Deutsch-Österreich

(Das Volksstück)

Als Joseph II. durch die Neugründung des Burgtheaters und die Schöpfung der Nationaloper die Theaterreform abschloß, als damit die Stegreifkomödie und der Hanswurst von den kaiserlichen Schaubühnen endgültig verbannt waren, blieb das Bedürfnis nach dem heimischen Volksstück doch lebendig; so entstanden noch unter Josephs Regierung die drei älteren Vorstadtbühnen. Das Haus in der Leopoldstadt, das sogenannte Kasperltheater, wurde 1781 von Marinelli gegründet, einige Jahre darauf (1787) das Theater auf der Wieden und zuletzt (1788) das in der Josephstadt eröffnet[1]). Eine reiche Entwicklung also, die den Schwung des Volkslebens unter Joseph II. bekundet; merkwürdig genug wird sie in den Büchern über die Geschichte seiner Regierung kaum gestreift, oft nicht einmal erwähnt.

Die Wurzeln, aus denen das Wiener Volksstück erwuchs, sind deutlich zu unterscheiden. Auf der einen Seite war die Schaulust kräftig durch die Jesuitendramen und durch die italienischen Opern angeregt, Aufführungen, die miteinander in prächtiger Inszenierung wetteiferten; gleichzeitig regte die italienische Stegreifposse (commedia dell' arte) zur Nacheiferung an. Es war das eigene Werk der österreichischen Volksnatur, daß die alle-

---

[1]) Das Wiedner Theater stand ursprünglich (1787) in einem Hofe des Freihauses, 1801 erbaute Schikaneder das jetzige Theater an der Wien. Bekanntlich rettete der große Erfolg von Mozarts „Zauberflöte", die noch im älteren Hause aufgeführt wurde, Schikaneder vor dem finanziellen Zusammenbruch.

gorischen Gestalten popularisiert, besonders aber daß die italienischen Charaktermasken (Harlekin, Pantalon usw.) zu Figuren aus dem Wiener Leben umgewandelt wurden. Das war es, was den Zauberstücken Raimunds, den Lokalpossen Bauerles, Gleichs und Meisls, so verschieden auch ihr Gehalt im einzelnen ist, den Wert für das Verständnis der Zeit und des Landes gibt. Was die Zeitgenossen als Posse genossen haben, wird uns zum Sittenbild mit humoristischem Einschlag.

Dieses ältere harmlose Volksstück konnte sich jedoch nach der Julirevolution nicht lange mehr behaupten. Der öffentliche Geist verlangte eine derbere Kost; die Zeit, da sich die anspruchslose Zuhörerschaft den Feenstücken oder der einfach lustigen Darstellung des Volkslebens ohne viel Reflexion hingab, war vorüber. Alt-Wien sank mit Schubert und Raimund ins Grab, dann hebt der Vormärz an mit seinem vernehmlichen Wetterleuchten. Wohl fanden die Feenmärchen Raimunds noch in den Ausstattungsstücken von F. H. Told, K. J. Schickh und Friedrich Hopp Nachahmung; der „Zauberschleier" Tolds erlebte in der Josephstadt seit 1842 Hunderte von Aufführungen, fast ebensoviele Hopps „Dr. Fausts Hauskäppchen". Aber im ganzen ändert das Volksstück seine Natur. In den ersten Stücken von Nestroy wird die alte Göttermaschinerie noch in Bewegung gesetzt, schrumpft bei ihm jedoch immer mehr zusammen und verschwindet bald vollständig. Zwei neue Richtungen werden sichtbar. Die eine, von Kaiser und Elmar gepflegte, will das Volksstück mit sittlichem und sozialem Inhalt erfüllen, Nestroy dagegen fährt mit satirischem Behagen in die alte Gemütlichkeit hinein, zertrümmert den Glauben an die Güte der Menschennatur und befreit die Wiener durch ausgelassenes Gelächter von den Selbsttäuschungen einer früheren, harmlosen Zeit.

So überragend aber auch Nestroys Talent war, so würde die Wandlung nicht so vollständig gewesen sein, wenn der Volksbühne nicht ein Unternehmer erstanden wäre, der mit derbem Realismus rücksichtslos eingriff. Das war Direktor Carl, der eigentlich Karl von Bernbrunn (1787—1854) hieß. Er war Österreicher, diente zuerst als Offizier, wurde dann Schauspieler und machte sich 1822—1825 als Direktor des Isar-

thortheaters in München bemerklich. Dann übersiedelte er mit seiner Truppe nach Wien und leitete anfänglich das Josephstädter Theater, wozu er 1827 noch das Wiedner Theater pachtete. Bald darauf gab er die Josephstadt auf und brachte 1838 das Haus in der Leopoldstadt an sich. Da nun das Theater in der Josephstadt eine zeitlang leer stand und sich dann nur langsam hob, so war er durch Jahre Alleinherrscher der Volksbühne. Sein Unternehmungsgeist und seine eiserne Willenskraft befestigten diese seine Stellung. Auf der Wieden pflegte er das Spektakelstück von den „Räubern" bis hinab zu „Rinaldo Rinaldini"; hier und in der Leopoldstadt spielte daneben das vortrefflich von ihm zusammengestellte Possentheater. Er vereinigte darin eine glänzende Schar von Komikern, vor allem Nestroy, dann den trefflichen Charakterspieler Grois, den liebenswürdigen Hopp und besonders den dicken Wenzel Scholz, dessen possierliche Derbheit jedermann zum Lachen reizte und der schon durch das Wackeln seines majestätischen Hinterteils den Wienern das Zwerchfell erschütterte. Mit ihm, so sagt Devrient, schied die behagliche Lustigkeit, das Gemüt der Volkspoesie vom Theater. Auch Carl war ein beliebter Schauspieler, dessen Stärke die Staberlrollen waren. Aber schon die Art, wie er diese Figur gab, war für ihn und die neue Zeit charakteristisch. Der Staberl in den „Bürgern in Wien" Bäuerles war zuerst von Schuster gespielt worden, der ihn als drolligen und anspruchslosen Kleinbürger gab, während Carl aus ihm eine Karikatur machte, alles Philiströse verschärfte und das Heitere zur Harlekinsposse verzerrte. Er wäre gar nicht imstande gewesen, die gemütliche Seite herauszukehren, da er eine egoistische Natur war, Kunst und Poesie verachtete und Gelderwerb zuhöchst schätzte. Er benützte das Theater auch als seinen Harem und war einer der ersten Theaterdirektoren, der sein Unternehmen rein kapitalistisch betrieb und die künstlerische Seite eingestandenermaßen als Nebensache betrachtete. Da er auch sonst ein kühner und glücklicher Spekulant war — er baute unter anderem in Hietzing siebzehn Häuser zum Verkauf — so häufte er Millionen auf, die nach seinem Tode größtenteils seinen vielen unehelichen Kindern zugute kamen. Schauspieler und Dichter beutete er rücksichtslos aus;

die Verträge, die er mit ihnen schloß, nannte man Korsarenbriefe, denn er konnte, solange er die Volksbühne allein in der Hand hatte, die Bedingungen vorschreiben. Es lag in seinem Vorteil, daß das Lokalstück durch ein aufs glücklichste gewähltes Personal wie durch die Stücke Nestroys wieder zur Blüte gebracht werden konnte.

Diese Herrschaft dauerte bis 1845, in welchem Jahre die Pacht des Wiedner Theaters ablief. Carl rechnete mit Sicherheit darauf, es werde niemand wagen, mit ihm in Wettbewerb zu treten, so daß er das Theater um einen billigen Preis als Eigentum werde an sich reißen können. Deshalb machte er überhaupt kein Pachtangebot. Durch seine Selbstsucht hatte er sich jedoch so viele Feinde gemacht, daß er eine große Enttäuschung erfuhr. Franz Pokorny, der Direktor des Josephstädter Theaters, gewann die materielle Hilfe des Barons Dietrich, eines während der Franzosenkriege zum Millionär gewordenen Armeelieferanten. Dieser war von Carl beleidigt worden und streckte deshalb Pokorny die nötige Geldsumme zur Übernahme des Wiedner Theaters vor. Von da an war Carl auf das Leopoldstädter Theater beschränkt. Als er den Schlag verwunden hatte, wollte er etwas Neues, Großes unternehmen. Deshalb ließ er das alte Leopoldstädter Theater niederreißen und an seiner Stelle 1847 binnen sieben Monaten das jetzige Haus erbauen, welches nach ihm das Carltheater genannt wurde. Da widerfuhr ihm das neue Unglück, daß im Jahre darauf die Revolution ausbrach und den Theaterbesuch für längere Zeit schädigte[1]). Später führte er das Theater mit Glück bis an seinen Tod 1854, worauf es von seinen Erben an Nestroy verpachtet wurde. Noch sein Testament war ein Zeugnis seines Geizes: er gab darin seinen Erben die Mittel an, wie sie durch Ausnützung der von ihm geschlossenen Verträge nach seinem Tode die Schauspieler die Sommermonate hindurch ohne Gehalt lassen konnten.

Carl betrieb auf seinen Theatern gewissermaßen Raubbau. Nicht bloß dadurch, daß ihm jedes Mittel zum Geldverdienen recht war, ob er nun Taschenspieler, Affendarsteller, französische

[1]) Am 13. März spielte man den Lumpazivagabundus, die Einnahme betrug 49 Gulden 56 Kreuzer.

Vaudevilles oder Possen vorführte. Er spornte außerdem die Verfasser von Volksstücken zu massenhafter Produktion an; es klingt unglaublich, aber Friedrich Kaiser erzählt selbst, daß er sich in seinem ersten Vertrage verpflichten mußte, jährlich sechs den Abend füllende Stücke zu schreiben, wofür er ein Monatsgehalt von 24 Gulden und für jedes Stück den Betrag von 48 Gulden erhielt; später wurde ihm das Gehalt auf 40 und 50 Gulden monatlich erhöht und ihm jährlich die Einnahme eines Abends zugesichert. Carl ließ nun die Stücke, von denen er sich nicht viel versprach, liederlich inszenieren und bald fallen, etwa so wie man die jungen Katzen ins Wasser wirft; schlug dann eine Komödie ein, so wurde sie die gesuchte Geldquelle.

Nestroy stand gleichfalls unter der drückenden Verpflichtung zur Lieferung zahlreicher Stücke; er war jedoch der einzige, der als Schauspieler und Dichter mit der Zeit eine hohe Bezahlung erhielt, weil er unentbehrlich war. Als aber Carl glaubte, in dem Komiker Karl Treumann 1852 einen Ersatz gefunden zu haben, wollte er Nestroy kaltstellen; es zeigte sich jedoch, daß Treumann nur ein Lustigmacher war und den genialen Charakterkomiker nicht ersetzen konnte. So betrieb Carl, wie er selbst sagte, das Volksstück en gros. Bösartige Kritiker hielt er durch Geld im Zaum; von Saphir hatte er immer Wechsel im Schreibtisch, die er liegen ließ oder einklagte, je nachdem er ihm zu Willen schrieb oder nicht. Carl war ein Verderb für das Volksstück, um so mehr, als er der Ansicht war, dessen Zeit sei zu Ende; an seiner Stelle begünstigte er durch längere Zeit das französische Vaudeville, besonders weil die Soubrette Ida Brüning seine Geliebte war. Da das Publikum sich jedoch an dieser Kost bald übersättigte, so kehrte er wieder zur Lokalposse zurück.

Es war ein Glück, daß sein Konkurrent Franz Pokorny wohl ein Original gleich Carl, aber ein Mann ganz anderen Schlages war. Pokorny war ursprünglich Lehrer in einem tschechischen Dorfe; man erzählte sich, er hätte auf und davon gehen müssen, weil er das Mißgeschick hatte, den Kaplan des Ortes bei seiner Geliebten zu überraschen, ihn zur Türe hinauswarf und seine Rache fürchten mußte. Seine Klarinette war für ihn die Rettung; er schlug sich zuerst als Musikant in kleinen

Orten durch, fand später eine Stelle im Orchester des Preßburger Theaters, wurde dessen Kapellmeister, endlich dort Direktor. Sein Unternehmungsgeist wuchs, so daß er 1837 das Josephstädter Theater übernahm; das Geschäft ging gut, worauf er 1845, wie erzählt wurde, auch das auf der Wieden pachtete und später kaufte. Er war ein Ehrenmann, ein wahrer Freund der Schauspieler und der Theaterdichter. Aber sein Ehrgeiz wurde sein Verderben. Denn er faßte den Entschluß, im Wiedner Theater mit der Hofoper in Wettbewerb zu treten; nichts war ihm für die Pflege der besten Musik zu teuer, so daß er die berühmtesten Sänger (Staudigl, Pischek, Tichatschek, die Jenny Lind) auftreten ließ und Komponisten wie Berlioz, Meyerbeer, Felicien David nach Wien zog, damit sie ihre Werke selbst dirigierten. Die Kosten waren jedoch größer als die Einnahmen und er geriet in arge Schulden. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß das kleinere Josephstädter Theater ein gutes Stück Geld eintrug. Hier pflegte er das Volksstück, dadurch begünstigt, daß die Theaterdichter, mit Ausnahme Nestroys, gerne in sein Lager übergingen; auch hatte er in Karl Rott, Lußberger, Wallner, Treumann gute Darsteller. Übrigens war er der erste Direktor Deutschlands, der (schon 1839) die Tantième für die Verfasser einführte, ein Beispiel, dem die Hoftheater in Wien und Berlin erst 1844 folgten. Bei allen seinen Unternehmungen blieb er in Sprache und Auftreten immer der böhmische Musikant, der das Deutsche nicht anders als mit dem drolligsten tschechischen Akzent sprechen konnte[1]. So viel man aber auch über ihn lachte, immer mußte man seinen ehrlichen Willen anerkennen und sein Tod (1850) wurde allgemein betrauert. Die Schuldenlast, die er aufgehäuft hatte, war jedoch so groß, daß seine Theater auf Rechnung der Gläubiger weiter-

---

[1]) Als die Gattin Pokornys starb, eine brave Frau, die seine finanziellen Verhältnisse noch in Ordnung gehalten hatte, war bei der Beliebtheit des Ehepaars die Beteiligung am Leichenbegängnisse sehr groß. Auch Carl erschien, obwohl er sonst alles tat, um seinen Konkurrenten zu schädigen. Nach Hause gekommen sagte Pokorny in seinem wunderlichen Böhmisch-Deutsch: „War schöne Leich' — nur verdammte Carl hat mir ganze Freud' verdorben."

geführt werden mußten; mit der Zeit wurde sein junger Sohn Alois Pokorny in ihrem Auftrage (bis 1862) Direktor des Wiedner Theaters, der, vielfach beengt durch dieses Verhältnis, auf keinen grünen Zweig kommen konnte.

Das war der äußere Rahmen, in dem sich die Schicksale des Volksstückes abspielten. Die Scheidegrenze zwischen der alten und der neuen Zeit wird deutlich durch die Aufführung des „Lumpazivagabundus“ (1833) gezogen. Nestroy überragt darin die anderen Dichter um mehr als Haupteslänge und ihm wird deshalb sorgfältigere Betrachtung zu widmen sein; aber neben ihm taucht doch manche Erscheinung auf, die, wenn auch Vergangenheit ihr Los wurde, in dem Bilde der Zeit nicht fehlen darf [1]).

Friedrich Kaiser (1814—1874) war 13 Jahre jünger als Nestroy, fühlte sich aber berufen, ihm und seinen Karikaturzeichnungen des Wiener Lebens mit Ernst und Gemüt entgegenzutreten. Auch wollte er durch seine Stücke zur moralischen Hebung des Volkes beitragen und warf Nestroy vor, daß es ihm bloß auf flüchtige Unterhaltung der Zuhörer ankomme. Löbliche Vorsätze, denen nur größere Kraft in der Ausführung zu wünschen gewesen wäre. Doch waren manche der Lebens- und Charakterbilder, wie Kaiser die neue Gattung taufte, bühnenwirksam; so die beiden 1840 aufgeführten Stücke „Dienstbotenwirtschaft“ und „Wer wird Amtmann“, besonders aber 1844 „Stadt und Land“ (oder „Der Viehhändler aus Oberösterreich“). Da die Revolution die Gemüter mit neuen Vorstellungen erfüllte, fühlte sich auch Kaiser zu höheren Zielen angespornt. Als Hauptmann der Nationalgarde stand er mitten in der Erhebung; er konnte von Glück sagen, daß er nicht das Schicksal Messenhausers teilte. Überhaupt war in seinem Kreise Tatenlust und Opfermut zu finden. Der Schriftsteller Reibersdorffer, der Freund und erste Biograph Raimunds, fiel Ende Oktober 1848 als Nationalgardist bei einer nächtlichen Streifung im Augarten einer Kugel zum Opfer; der Schauspieler des Carltheaters Strampfer (der Vater des späteren Direktors des Wiedner Theaters) fand beim

[1]) Nagl und Zeidler, „Deutsch-österreichische Literaturgeschichte“, Bd. II, S. 564 ff.

Kampfe mit einer Jägerkompanie in denselben Tagen den Tod [1]). Friedrich Kaiser versuchte es nun, auch nach der Reaktion den Geist der Freiheit wachzuhalten und schilderte zunächst in dem Volksstück „Ein Fürst" (1849) das Ideal eines Aristokraten, der sich mit dem Volke eins fühlt. Dieses Unterfangen wurde aber von der Militärbehörde im Keime erstickt und Kaiser mit dem Erschießen bedroht. Noch im selben Jahre ließ er „Mönch und Soldat" aufführen, sein bestes Stück, das, mit großem Beifall aufgenommen, zwar bald verboten wurde, aber 1859 die Auferstehung erlebte. Überhaupt nahm das Volksstück nach der Revolution den Zug zur Darstellung gesellschaftlicher Typen und der sozialen Gegensätze; Kaisers „Junker und Knecht" (1850) gehört in diese Reihe. Der Spaß als solcher zog nur mehr in Einaktern, für welche das seichte Talent des Komikers Treumann gerade ausreichte. Die Handlung der größeren Stücke jedoch mußte fester gefügt werden und manches soziale Problem kommt mit heiter-gemütlichem Einschlag zu dramatischer Fassung.

Das gilt auch von den Stücken Karl Elmars (1815—1888). Er versuchte sich 1848 in einer Reihe einaktiger Stücke mit der Darstellung von Tagesereignissen; auch später pflegte er das sogenannte politische Volksstück, in dem, so gut als es in den harten Zeitläuften ging, wenigstens in Couplets und Anspielungen Tagesgeschehnisse zur Sprache kamen. Wichtiger aber ist, daß er in dem „Mädchen mit der Spule" 1859 der erste war, der das Leben der Fabrikarbeiter in den Vorstädten Wiens auf die Bühne brachte. Wir werden darin in das Innere der Fabrik geführt und die Arbeiterinnen singen das Lied: „Wie's Nadel sich schwingt und wie's Spulerl sich dreht". Doch lösen sich die Gegensätze noch ganz altväterisch durch die Liebe des reichen Fabrikantensohnes zu der Arbeiterin, worauf die beiden nach allerhand Prüfungen und Charakterproben ein Paar werden. Elmar hat bald darauf in dem Stück „Unter der Erde" Leben und Leiden der Bergleute geschildert. Überhaupt war er, wie auch Speidel anerkennt, der eigentliche Poet in dieser Generation

---

[1]) Friedrich Kaiser, „Unter fünfzehn Theaterdirektionen" (S. 80 u. 269).

von Volksdichtern; ein gewisser Märchenglanz ruht auf Stücken wie der „Goldteufel“ und des „Teufels Brautfahrt“. Der gemütvolle und liebenswürdige Mann wurde auch von Anzengruber aufrichtig geschätzt.

Neben dieser ernsteren Schule, die sich in politischer Opposition hielt, steht in den fünfziger Jahren eine Reihe anderer Bühnenschriftsteller, die sich nicht viel um die Regierungsform kümmerten, sondern einfach das Lob der Heimat verkündigten; es sind meistens konservativ gerichtete Naturen, die über Österreich und Wien nur Gutes zu sagen wissen. Das Bauernstück gab dazu vor allem Gelegenheit. Schon durch J. G. Seidl war in der Posse „'s letzte Fensterln“ Liebe und Treue auf dem Dorfe mit sentimentalem Einschlag vorgeführt worden. Es fehlte dann nicht an Fortsetzern, die zu Anzengruber hinüberleiten. Doch fand Alexander Baumann mit seinem „Versprechen hinterm Herd“ (1848) einen neuen Ton, indem er den richtigen Berliner, Herrn v. Stritzow, auf die Jagd nach Naturkindern in die Alpen ziehen läßt. Ebenso schwarzgelb — das Wort im Sinne der absolutistischen Zeit genommen — waren Alois Berla, Anton Langer, O. F. Berg. Berla schwamm mit dem Strome: im Jahre 1848 schrieb er den „Letzten Zopf“, später jedoch verspottete er in manchem Stück den Mißerfolg der Revolution. In „Gervinus oder der Narr vom Untersberg“ wußte er sich nicht genug an Patriotismus zu tun. Gervinus war, weil er in seiner Literaturgeschichte Grillparzer und andere österreichische Dichter ungerechterweise hintansetzte, an der Donau scheel angesehen; in dem Stücke Berlas nun wird sein Name dem Hofnarren des im Untersberg schlafenden Barbarossa beigelegt; der alte Kaiser gibt ihm eine Wunschblume auf den Weg in die Oberwelt mit dem Spruche, sie werde nur demjenigen Glück bringen, der nichts für sich, alles dagegen für sein Vaterland wünscht, und dieses Glück wird einem wackeren, kaisertreuen Wiener zu teil. — Die größte Wirkung unter den Stücken Berlas erlebten die „Drei Paar Schuhe“.

In dasselbe Horn stieß Anton Langer (1824—1879), der selbst später darüber spottete, wie er sich lange Zeit hindurch in jedem Stück damit einen erfolgreichen Aktschluß sicherte, daß

er ohne jeden inneren Zusammenhang Radetzky hochleben oder die Volkshymne anstimmen ließ. Langer traf übrigens den Ton des Wiener Lebens sehr gut, da er zwar die Rechte studiert hatte, aber, als Sohn eines Greislers, in der Vorstadt völlig zu Hause war. Er schrotete diese Kenntnis in dem von ihm seit 1850 bis an seinen Tod herausgegebenen „Hans Jörgel“ gründlich aus. Für das auf dem Theater Wirksame hatte er Blick und Griff. Von seinen patriotischen Stücken war ein „Wiener Freiwilliger“ anläßlich des Krieges von 1859 geschrieben; hier klingt das vielgesungene Lied überall durch:

Ich bitt', Herr Hauptmann,
Bitt' recht schön,
Ich bitt', lassen S' mich
Auf Urlaub gehen.

Einer der Freiwilligen läßt sich, als er im Kampfe fällt, die Melodie noch von den Kameraden vorsingen, und mit diesem Liede auf den Lippen stirbt ein anderer Freiwilliger auch den Tod vor dem Feind. Besser sind Langers Zeitbilder mit sozialem Einschlag, so die „Mehlmesser-Pepi“, der „Aktiengreisler“ und der „Hausmeister aus der Vorstadt“. Er fing das Lüftchen des Tages geschickt in seine Segel auf und huldigte, als der Liberalismus obenauf war, auch dieser Zeitströmung in dem „Wort an den Minister“ und anderen Stücken. Seine vaterländische Gesinnung in allen Ehren — aber das süßliche Lob Wiens und Österreichs wurde von ihm und anderen gar gerne zu Augenblickswirkungen auf dem Theater mißbraucht. Doch hat Langer echte Töne wenigstens in seinem besten Stück „Judas von Anno Neun“ gefunden, das in der Franzosenzeit 1809 spielt und den wackeren Sattlermeister Eschenbach zum Helden hat, den Napoleon erschießen ließ, weil er österreichische Kanonen, um sie vor den Franzosen zu retten, in seinem Garten vergraben hatte. — Übrigens hatte schon vor ihm Karl Haffner (1804—1876) Stoffe aus der Wiener politischen und Theatergeschichte auf die Bühne gebracht, so in „Therese Krones“ die bekannte Schauspielerin mit Raimund und seinem ganzen Kreis. Haffners Andenken wird aber nicht

dadurch fortleben, sondern weil Johann Strauß sein Textbuch zur „Fledermaus" 1874 vertonte. — Zur nächsten Periode leitet schon O. F. Berg (1833—1886) hinüber, dessen erstes Stück, „Der Gang durch die Vorzeit", 1854 aufgeführt wurde; aber die größte Zahl seiner 150 Lokalpossen fällt erst in eine spätere Zeit. Die Mache dieser Stücke war schleuderhaft, konnte jedoch den in ihnen lebenden Witzfunken nicht ersticken. Von seinen früheren Possen ist „Ein Wiener Dienstbot" 1857, „Einer von unsere Leut" 1859 und „Zwei von anno dazumal" 1860 zu erwähnen. Viele von ihnen sind nur oberflächliche Lokalisierungen französischer Stücke.

Nichts ist für die Bodenständigkeit des Wiener Lokalstückes in dieser Periode so bezeichnend, als daß außer den berufsmäßigen Volksdichtern auch solche sich hören ließen, die sonst in bürgerlichen Berufen tätig waren. So der Fabrikant Kothlechner, der Rauchfangkehrermeister Giunio und vor allem der Kaffeesieder Nikola. Letzterer spielte als Gemeinderat und Landtagsabgeordneter nach 1861 eine gewisse Rolle als Wortführer des Wiener Bürgertums, aber vordem hatten manche seiner Stücke eingeschlagen, keines kräftiger als der „Letzte Zwanziger", der es 1850 zu 140 Aufführungen brachte.

Diese bunte Reihe von Dichtern der Vorstadttheater ist heute so gut wie vergessen, nur hie und da geht eines ihrer Stücke, so der „Judas von Anno Neun" oder „Therese Krones", über eine österreichische Bühne. Unverdient ist dieses Schicksal nicht, da zumal die Possen für den Tag geschrieben waren und meist mit ihm starben. Nestroys Stücke allein haben das halbe Jahrhundert nach seinem Tode überdauert; aus ihnen spricht eine originelle Persönlichkeit; sie erwecken das Interesse des österreichischen Publikums immer aufs neue; und da sein Charakterbild in den Geschichtswerken über deutsches Schrifttum in der Regel im Dunkeln bleibt, ist das Verweilen bei seinem Lebenswerke geboten.

Johann Nestroy, 1801 zu Wien als Sohn eines Advokaten geboren, studierte die Rechte, ging aber mit seiner schönen Baritonstimme zur Opernbühne, bis er halb gegen seinen Willen durch Direktor Carl ganz für das Fach des Komikers gewonnen

wurde[1]). Zuerst schrieb er Zauberstücke mit parodistischem Einschlag, bis er 1833 durch das Stück Lumpazivagabundus einen großen Bühnenerfolg errang. Die erste Aufnahme der Posse war kühl, denn die Zuschauer fühlten sich dadurch befremdet, daß drei vagabundierende Handwerksgesellen im Mittelpunkt der Handlung stehen, und noch mehr dadurch, daß eine abgrundtiefe Verlumptheit mit höhnischem Behagen gefeiert wird, freilich unter Blitzschlägen eines zündenden Humors. Wohl werden auch die zwei im Grunde unverbesserlichen Lumpen — der von Nestroy gespielte Schneider Zwirn und der Schuster Knieriem — zum Schlusse durch einen gütigen Spruch aus der Feenwelt ohne jede Vermittlung zu ehrsamen Familienvätern umgewandelt, was der Schablone des Zauber- und Besserungsstückes entsprach; dadurch jedoch wird die Handlung nicht in eine reinere Atmosphäre gehoben. Trotzdem eroberte der Lumpazivagabundus durch seine glänzenden Einfälle wie durch die nie rastende Szenenführung zuerst das Publikum Wiens, später zahlreicher Bühnen Deutschlands; er wurde dann in die meisten europäischen Sprachen übersetzt. Dieselbe souveräne Gleichgültigkeit gegen den moralischen Wert oder Unwert der eigenen Gestalten zeigt sich auch in anderen Stücken Nestroys. So in der 1835 aufgeführten Posse „Zu ebener Erde und erster Stock", die origineller ist als der Lumpazivagabundus; die Handlung beider Stücke beruht zwar auf älteren Vorbildern, aber die Gestalten des zweiten sind wesentlich Eigentum des Dichters. Indessen überwiegen auch hier — eine Ausnahme bilden die brave Frau Seferl und die farblosen Liebespaare — die Hansnarren und die Spitzbuben, über die Fortuna dann wahllos Glück und Unglück ausschüttet; die Glücklichen verdienen bei ihrem Egoismus oder ihrer Dummheit ihr Schicksal eigentlich nur durch ihre prächtigen komischen Einfälle. Begreiflich, daß Raimund sich von diesen Stücken mit Kopfschütteln abwandte, denn er war ein begeisterter Priester seiner Kunst

---

[1]) Über Nestroy sind der Aufsatz Moritz Neckers im 12. Bande der großen Ausgabe seiner Werke (Stuttgart, Bonz), besonders aber die instruktiven Einleitungen Otto Rommels zur Auswahl aus Nestroys Werken (Berlin, Bong u. Cie.) zu vergleichen. Der Artikel Nestroy in der „Allgemeinen deutschen Biographie" zeugt von ungenügender Kenntnis seiner Stücke.

und hielt es für seine heilige Pflicht, das Volk zu erheben, zu rühren und zu bessern. Aber die Zeit der Romantik war vorüber, Raimund starb 1836, und Nestroy, der Überlebende, blieb Sieger; er wirkte durch die wenn auch willkürlich herbeigeführten lustigen Situationen wie durch seinen ätzenden, vor nichts zurückscheuenden Spott. Seine Fruchtbarkeit schien unerschöpflich, zwischen 1832 und 1845 brachte er 42 Possen auf die Bühne. Darunter gab es eine Reihe von Fehlschlägen, aber viele Stücke zündeten, so das „Haus der Temperamente", der „Talisman", das „Mädel aus der Vorstadt", „Einen Jux will er sich machen", „Liebesgeschichten und Heiratssachen" und endlich „Der Zerrissene" (1844), vielleicht die lustigste Posse, die je über das deutsche Theater gegangen ist.

So arm Nestroy in der Erfindung der Handlung war — er benützte hiefür fast immer Stücke des französischen und deutschen Theaters — so unübertrefflich war er in der Führung des Dialogs und in dem psychologischen Tiefblick, mit dem er die häßlichen Heimlichkeiten der Menschenseele ans Tageslicht brachte. In seinen ersten Stücken ist die Zahl der gutgearteten Menschen nur gering, und sein Satz: „Ich glaube von jedem Menschen das Schlechteste, selbst von mir, und ich habe mich selten getäuscht" könnte als sein Wahlspruch gelten. Dies widersprach nur merkwürdig seiner Lebensführung, denn er war gütig und hilfreich, im Verkehr höflich, beinahe schüchtern, dabei verschwenderisch und voll Lebenslust, die sich in zahlreichen Liebschaften ausgab. Wenn er aber die Feder in die Hand nahm oder auf die Bretter trat, war er ein anderer. In Miene, Betonung und Kostüm übertrieb er noch die zynische Lebensauffassung der humoristischen Halunken, deren Rolle er für sich schrieb, so des Bedienten Johann im Stück „Zu ebener Erde und im ersten Stock" oder Nebels in „Liebesgeschichten und Heiratssachen". Ebenso berühmt war seine Darstellung bornierter Leute, und ein Berliner Kritiker bemerkte nach einem Gastspiel Nestroys: „Nie sah ich einen dummen Jungen geistreicher dargestellt". Doch milderte sich mit den Jahren seine Schärfe, und sein besseres Ich sprach sich in Schnoferl, der Hauptfigur des „Mädels aus der Vorstadt", aus, dem dann besonders in „Einen

Jux will er sich machen“ und anderen Stücken ähnliche Gestalten folgten [1]). Sein Spiel dagegen wurde immer satirischer, spitziger, seine Gebärden oft faunisch, den Anstand verletzend. „Was das Wort unausgesprochen ließ und lassen mußte,“ so berichtet Ludwig Speidel, „gab sein Spiel kund. Er hatte witzige Gebärden, spöttische Mienen, ja das Spiel seiner Augen und Augenbrauen war dämonisch und konnte sich bis zum Teuflischen steigern.“ Und der Burgschauspieler Costenoble notiert in seinem Tagebuch: „Wie komisch auch Nestroy zuweilen wird, er kann das Unheimliche nicht verdrängen, welches den Zuschauer beschleicht.“

Es mag paradox klingen, wenn man nach all dem sagt, Nestroys Art sei im Grunde durchaus nicht wienerisch gewesen. Von dem weichen, anschmiegsamen, verbindlichen Wesen seiner Landsleute hatten sein Spiel und seine komische Muse nichts an sich. Nur die Form seiner humoristischen Einfälle, ihre Sprache, ihr Wortschatz, ihre Wendungen waren urwienerisch. Man kann auch seine bis 1844 geschriebenen Possen — später wurde er anders — nicht eigentlich Volksstücke nennen, weil in ihnen die Freude am Einfachen, Guten, Echten der Menschennatur nur selten hervorbricht. Er bietet nicht Bilder des Lebens, sondern dessen Karikatur. An dem Mann aus dem Volke interessiert ihn viel weniger schlichte Tüchtigkeit als die Schwächen des Spießbürgers. Deshalb meinte sein Nebenbuhler Friedrich Kaiser, er habe sich über das Volk nur lustig gemacht; und mehr als eine Stimme ließ sich vernehmen: Nestroy wäre an dem Niedergang des Volksstückes schuld. Er sollte diese Ankläger bald beschämen, und mancher gegen ihn erhobene Vorwurf trifft nicht ihn, sondern den Theaterdirektor Carl, der ihn ausbeutete und zu schleuderhafter Produktion anspornte. Übrigens verstand

---

[1]) Der Schnoferl ist der Träger einer ganzen Reihe von Nestroys gelungensten Witzen, deren gleich in seinem Entrée-Lied mehrere vorkommen. Über seine Liebeserfahrungen sagt er:

> Mit der Lieb' ginget's prächtig bei mir, es war schon recht,
> Aber nur mit der Gegenlieb' steht's allweil schlecht.

Und in dem darauffolgenden Monolog heißt es: „Die pragmatische Geschichte meines Herzens zerfällt in drei miserable Kapitel: zwecklose Träumereien, abbrennte Versuche und wertlose Triumphe.“

es keiner wie Nestroy, den Komikern und Charakterspielern des Leopoldstädter Theaters Rollen an den Leib zu schreiben; seine Stücke können jetzt so nicht wirken wie damals, weil nur er selbst, Scholz und Grois die von ihm gezeichneten Figuren ganz ausfüllten.

Unterdessen pflegte, wie erzählt wurde, Kaiser und später Elmar, in bewußtem Gegensatz zu Nestroy, eine andere Art des Volksstücks, welche den guten Seiten des Bürgerstandes gerecht wurde, den Wert der Arbeit hervorhob und den sentimentalen Nerv des Wiener Charakters traf, für den Nestroy kein Organ hatte. Anfänglich verspottete Nestroy diese Richtung, so im „Talisman", wo es heißt: „Wenn in einem Stück drei G'spaß und sonst nichts als Tote, Sterbende, Gräber und Totengräber vorkommen, das heißt man jetzt Lebensbild." Aber als die Zeiten und die Menschen gegen 1848 immer ernster wurden, verlor Nestroys Art die Zugkraft, so daß sich nach der starken Wirkung seines „Zerrissenen" die Mißerfolge seiner Possen mehrten. Er fühlte sich dadurch so verstimmt, daß er, der die Stücke nur so aus dem Ärmel schüttelte, eine zeitlang kein neues auf die Bühne brachte. Dann aber überraschte er das Publikum 1846 unversehens durch das erste der echten und guten Volksstücke, die einander jetzt folgen sollten, durch den „Unbedeutenden". Früher hatte er seine Zuhörer nach seiner eigenen Laune ergötzt und verspottet; das Publikum wurde jedoch zuletzt stärker als er und zwang ihn zu seinem eigenen Besten, in die Tiefe der Volksnatur zu gehen. Sobald er sich aber in einen Wettbewerb einließ, schlug er seine Nebenbuhler auch auf diesem Boden aus dem Felde. Denn die Hauptperson des „Unbedeutenden", Peter Spann, ein einfacher Zimmermann, der die von einem einflußreichen Windbeutel angegriffene Ehre seiner braven Schwester verteidigt und herstellt, ist das Muster bürgerlicher Bravheit und Geradheit; dabei voll Mutterwitz beim Enthüllen des boshaften Anschlags, voll Mut im Kampfe gegen das Unrecht. Der „Unbedeutende" war einer der stärksten Bühnenerfolge Nestroys — ein Beweis für den guten Geschmack des Publikums. Dieses Stück und die darauffolgenden, besonders der „Schützling", „Der alte Mann mit der jungen Frau", „Kampl" bilden eine eigene

Gruppe in dem vielgestaltigen Können Nestroys. Dazwischen fallen aber seine oft abstoßenden Parodien, deren beste „Judith und Holofernes" ist, die zu dem Drama Hebbels ein selbständiges Gegenstück bildet. Hier tobte sich seine unbarmherzige Spottlust aus.

Im Jahre 1848 erprobte sich Nestroy auf einem neuen Felde, dem der politischen Komödie. Das geschah in der Posse „Die Freiheit in Krähwinkel". Es war eine seiner gewöhnlichen Schnelldichtungen; denn das Stück wurde am 1. Juli zum ersten Male aufgeführt und bringt nicht bloß die Erhebung vom 13. März, sondern auch schon die Ereignisse vom 15. und 26. Mai 1848, also den völligen Sieg der Revolution, auf die Bühne. Die Figuren sind den älteren Krähwinkeliaden entnommen, aber originell verwendet. Der Bürgermeister von Krähwinkel hält, gestützt auf die von Rummelpuff befehligte Stadtwache, sein tyrannisches Regiment noch immer aufrecht, obwohl die Kunde von der glorreichen Wiener Revolution bereits eingetroffen ist und die Gemüter des Volkes durch die demagogischen Künste des Agitators Ultra (von Nestroy gespielt) erhitzt sind. Durch diese Einkleidung erreicht der Dichter ein Doppeltes: er kann auf der einen Seite die in die Handlung hereinragende Erhebung des Wiener Volkes verherrlichen, anderseits wieder geißelt er in der Krähwinkeler Revolution nach Herzenslust den kindlich überschäumenden Freiheitsrausch seiner guten Mitbürger. Durch diesen genialen Kunstgriff brachte Nestroy es zuwege, daß die auf den Galerien des Theaters sitzenden Nationalgardisten, Studenten und Arbeiter sich im Ruhmesglanze ihrer Taten sonnten, während die eigentliche Komödie den Spott über sie ergießt. Ultra aber, der Volksführer, rettet die bedrohte Freiheit nicht etwa durch seine klugen Taten und spitzen Reden, sondern durch allerhand lustige Streiche und geschickte Verkleidungen. Man hat es also nicht mit einer Komödie im Sinne des Aristophanes zu tun, der die seinen Mitbürgern drohenden Gefahren sehr ernst nimmt, sondern mit einer echt Nestroyschen Posse, die die Ereignisse des Sturmjahres in die Tiefe hinabzieht. Der Grieche läßt bei aller Ausgelassenheit nie die Größe der politischen Auffassung und des Stils vermissen, während Nestroy oft in Plattheit versinkt. Doch kommen auch bei ihm

Aussprüche von satirischem Tiefblick vor, so wenn der Rats- und Polizeidiener Klaus sagt: „Freiheit ist gar was Schreckliches. Der Herr Bürgermeister sagt immer: Der Regent ist der Vater, der Untertan ist a klein's Kind, und die Freiheit ist a scharf's Messer." Der Bürgermeister gibt sich nicht verloren, obwohl er in einem Traume die Wiener Revolution vom 13. März und vom 15. Mai sieht — lebende Bilder, auf denen die Wiener zu ihrem Ergötzen sich selbst, ihre Führer und ihren Triumph zu sehen bekamen. Das war es, wodurch sie mit der Satire versöhnt wurden. Doch auch nach dem Siege der Wiener Erhebung sagt der Ratsdiener als Echo seines gestrengen Herrn: „Nein, ich kenn' die Krähwinkler, man muß sie austoben lassen; ist der Raptus vorbei, dann werden s' dasig (eingeschüchtert) und wir fangen s' mit der Hand; da woll'n wir's hernach recht zwicken, das Volk!" Aber die Krähwinkler setzen ihren Willen durch, der Bürgermeister muß nachgeben, die Liguorianer werden vertrieben und Ultra-Nestroy hält als europäischer Freiheits- und Gleichheitskommissär eine Triumphrede von wundersamem Spott auf alle Phrasen des Revolutionsjahres: „Ich verkünde für Krähwinkel Rede- und Preß- und sonstige Freiheit, Gleichgültigkeit aller Stände, offene Mündlichkeit, freie Wahlen nach vorhergegangener Stimmung, eine unendlich breite Basis, welche sich nach und nach in die Länge ziehen wird, und zur Vermeidung aller diesfälligen Streitigkeiten gar kein System." — Noch immer sinnt der Bürgermeister jedoch auf Reaktion, schon ist die Stadtwache unter Rummelpuff aufgeboten, die Freiheit scheint verloren und kann nach Ansicht Ultras nur dadurch gerettet werden, daß auch in Krähwinkel wie in Wien die Studenten aufziehen und die Machthaber einschüchtern. Frau v. Frankenfrei, der der Bürgermeister nachstellt, wüßte Rat, wenn nur der tückisch geplante Staatsstreich bis zum Abend verschoben würde. Um diese Frist zu gewinnen, verkleidet sich Ultra als Fürst Metternich und bestimmt den Bürgermeister aus höheren politisch-diplomatischen Rücksichten zum Aufschub. Das war der Hauptspaß des Abends; der Ratsdiener erkennt den Fürsten nach dessen Bild, womit ihm nur die Nase Nestroys nicht stimmte — Metternich wurde nämlich in allen Karikaturen der Zeit mit mächtig

langer Nase abgebildet. Unterdessen läßt Frau v. Frankenfrei Barrikaden bauen, vor denen die Arbeiter aufmarschieren, und auf den Barrikaden selbst erscheinen die hübschen Mädchen von Krähwinkel als Studenten verkleidet. Natürlich erschrickt die Reaktion — denn wer kann den tapferen Wiener Musensöhnen oder auch nur den Uniformen der Studentenlegion widerstehen? Alles ist gerettet, die Revolution siegt und Ultra sagt den Krähwinklern das Schlußwort des Stücks: „Also wie's im großen war [1]), so haben wir's hier im kleinen g'habt, die Reaktion ist ein Gespenst, aber G'spenster gibt es nur für den Furchtsamen. Drum sich nicht fürchten davor, dann gibt's gar keine Reaktion!" Dieser Trost sollte sich bald als unfruchtbar erweisen, ebenso wie das Possenrezept zur Erhaltung der Freiheit.

Das alles war ein Triumphlied auf den Sieg der Revolution, aber war es von Nestroy ernst gemeint? Die radikalen Blätter knurrten und klagten den Spottvogel der Feindschaft gegen die Freiheit an. Die Wiener jedoch gingen auf den Spaß ein, denn Nestroy, der nicht bloß in der Maske Metternichs, sondern auch in der eines russischen Knutengenerals wie endlich eines Proletariers zu erscheinen hatte, nahm sie gefangen. Es ist aber merkwürdig, was er ihnen mitten in der Erregung der Revolution zu sagen den Mut hatte und was sie sich alles von ihm sagen ließen. Anders hatte Carl die Sachlage beurteilt: er fürchtete für die erste Aufführung des Stücks einen unerhörten Skandal, wenn nicht gar einen Aufruhr, und getraute sich nicht einmal ins Theater [2]). Seinem scharfen Verstande entging es schon bei der Lektüre nicht, daß die Demokratie der Straße

[1]) Nämlich wie am 26. Mai 1848, als Studenten und Arbeiter in Wien den Versuch eines konservativen Rückschlags vereitelten.

[2]) Carl war allerdings sehr unbeliebt geworden, weil er, zum Hauptmann der Nationalgarde in der Leopoldstadt gewählt, als Mann der Autorität auftrat. Als die Menge einem seiner Bekannten aus einem nichtigen Anlaß eine Katzenmusik brachte, ließ er Alarm schlagen und trieb mit der Garde die Unruhestifter auseinander. Darauf aber brachten die aufgebrachten Radikalen ihm selbst eine Katzenmusik mit so greulichem Lärm, daß Nestroy und Scholz, die auf dem Balkon des Carltheaters ihrem Direktor zu Hilfe kommen wollten, sich nur durch flehentliche Pantomimen verständlich machen konnten. Daher die Angst Carls.

allen Grund hatte, mit der „Freiheit in Krähwinkel“ unzufrieden zu sein. Carl war umsomehr erstaunt und erfreut, daß die Posse Tag für Tag bis zu den Sommerferien des Theaters mit steigendem Erfolge gegeben werden konnte. Auch nach der Wiedereröffnung der Bühne im September blieb sie auf dem Spielplan, jedoch nur bis zur Revolution vom 6. Oktober.

Übrigens war den Wienern die wahre Gesinnung Nestroys deshalb nicht zweifelhaft, weil seine ganze Natur Opposition war, was er auch vor 1848 in unermüdlichen Extempores und in stetem Kampf mit der Polizei zum Ausdruck brachte. Ebenso lehnte er sich nach der Revolution gegen die Unterdrückung auf. In dem 1849 verfaßten Stück „Lady und Schneider“ wendet er sich zwar auch gegen die Übertreibungen des Radikalismus, verhöhnt aber die Erbärmlichkeit derjenigen, die 1848 das „Deutsche Vaterland“ gesungen und den Federhut geschwungen haben, jetzt aber so charakterlos sind zu schreien:

„A Verfassung, freie Preſſ',
Zu was braucht das Volk dös?
Volksbewaffnung zu was?
's Volk hat gelebt auch ohne das:
Wenn ich könnt', so stürzt' ich
's ganze Jahr Achtundvierzig.“

Mit diesem Gelichter wollte er nichts zu tun haben. In diesem Stück hat er die Summe aus der Revolution in dem geistreichen Satze gezogen: „Das Volk is ein Ries' in der Wieg'n, der erwacht, aufsteht, herumtorkelt (herumtaumelt), alles z'sammtritt und am End' wo hinfallt, wo er noch schlechter liegt als in der Wieg'n —“

Völlig auf seiten der Freiheit steht Nestroy in dem prächtigen, bei allem Humor tiefernsten Volksstück „Der alte Mann mit der jungen Frau“, in dem die Hauptperson des Stückes, Kern, zu einem von ihm geretteten politischen Flüchtling die tapferen Worte sagt: „Was Sie getan haben, das haben Hunderttausende, das hat — sei's durch Tat oder Wort oder Gesinnung — fast jeder getan. Wer kann bei der jetzigen Krisis in Europa sagen: Ich war nicht dabei!“ Und mit bezug auf die nach 1848 verhängten Verfolgungen fährt Kern mit dem

Geistesblitz fort: „Nach Revolutionen kann's kein ganz richtiges Strafausmaß geben. Dem Gesetz zufolge verdienen so viele Hunderttausende den Tod — natürlich, das geht nicht; aber wird halt einer auf lebenslänglich erschossen, der andere auf fünfzehn Jahr' eing'sperrt, der auf sechs Wochen, noch ein anderer kriegt a Medaille — und im Grund' haben s' alle das nämliche getan." Überhaupt geht durch das Stück die unerschrockene Forderung nach Einstellung der Verfolgungen; der Dichter läßt am Schlusse Amnestie erteilen und verlangt deutlich von den Machthabern des Tages gleiches Vergessen und Verzeihen. Deshalb wurde die Aufführung — es ist 1849 geschrieben — von der Polizei verboten. Das ist umsomehr zu bedauern, da das Stück durch die prächtige Figur des alten Kern, der seiner jungen Frau eine flüchtige Verirrung der Sinne verzeiht und sie dadurch bessert, zu den besten Nestroys gehört. Es wurde erst aus seinem Nachlasse herausgegeben und unter dem Titel „Der Flüchtling" 1890 in Wien gespielt. Man beging dabei den Mißgriff, alle Beziehungen auf die Revolution von 1848 — angeblich aus Rücksicht auf die Zensur — zu streichen und das Stück in das Jahr 1809 zu verlegen, den Flüchtling also von den Franzosen verfolgen zu lassen.

So zeigte Nestroy in seinen späteren Jahren ein Doppelantlitz: im Spiel die spöttische Fratze und die steigende Verwertung der Zote in Witzen und Gebärden; in seinen Volksstücken dagegen eine tüchtige Charakteristik, auch hier natürlich mit aufgesetzten satirischen Lichtern[1]). Als Carl 1854 starb, übernahm er die Leitung des Leopoldstädter Theaters, blieb dessen fleißigstes Mitglied und war zugleich für seine Mitarbeiter ein wohlwollender, freigebiger und nachsichtiger Direktor. Seinen trefflichen Komiker, den dicken lustigen Scholz, verlor er 1857 durch den Tod. Da Carl nicht mehr mit der Sklavenpeitsche seiner strengen Kontrakte hinter Nestroy stand, schrieb er nur wenig; seine Vielseitigkeit zeigte sich jedoch darin, daß er in den eben auftauchenden Offenbachschen Operetten, die vom Carltheater aus ihren Weg durch Deutschland nahmen, meisterhafte Rollen schuf.

[1]) In die Buchausgaben seiner Stücke nahm er die mehr als zweideutigen sexuellen Witze nicht auf.

Im Jahre 1860 zog er sich von der Leitung des Theaters zurück und starb 1862 in Graz. Er war die populärste Figur Wiens, aber nicht ohne daß die besten seiner Zeitgenossen Bedenken gegen seine Art erhoben. Während Raimund von Grillparzer und Lenau wie ein Ebenbürtiger geschätzt wurde, mußte man Nestroy vorhalten, daß ihm der Beifall der Menge höher stand als das Gebot, nur mit reifen Werken vor die Öffentlichkeit zu treten. Er selbst ließ einmal in einem Stücke den Verfasser eines Volksstückes sagen: „Bis zum Lorbeer versteig' ich mich nicht. G'fallen sollen meine Sachen, unterhalten, lachen soll'n d' Leut, und mir soll die G'schicht' a Geld tragen, daß ich auch lach', das ist der ganze Zweck. G'spaßige Sachen schreiben und damit nach dem Lorbeer trachten wollen ist grad' so, als wenn einer einen Zwetschkenkrampus [1]) macht und gibt sich für einen Rivalen von Canova aus." Er selbst hat nur elf seiner Stücke im Druck erscheinen lassen und sich in seinem Testament gegen die Veröffentlichung der übrigen ausgesprochen, obwohl sich darin einige seiner besten Leistungen befinden.

Darin liegt eine Selbstunterschätzung seines Wirkens, aber diese Auffassung war auch die Ursache, daß er, sobald seine Stücke aufs Papier geworfen waren, sich keine Zeit zum Feilen und Ausgestalten nahm. Er hat deshalb aus seinem Talent nicht alles herausgeschöpft, was darin lag; und ein Größerer als er, Ludwig Anzengruber, mußte kommen, um die Erbschaft Raimunds anzutreten. An Urkraft des Humors steht Nestroy jedoch den beiden Dichtern nicht nach.

Von den alten Possendichtern, die noch vor Raimund die Wiener belustigt hatten, ragte Karl Meisl (1775—1853) in die neue Zeit herein; er soll von 1802—1844 nicht weniger als 200 Stücke geschrieben haben. Er spottete einmal über die seichten Köpfe, die glaubten, der Hanswurst und der Kasperl wären gestorben, weil ihre Masken nicht mehr auf dem Theater

[1]) Für nichtösterreichische Leser sei bemerkt: ein Zwetschkenkrampus ist eine aus Pflaumen gebildete Teufelsfigur, wie sie am 6. Dezember (zum Nikolaustage) den Kindern zur Warnung und Besserung beschert wird.

erschienen, und meinte: „Die Hanswürste kommen nie aus der Mode.“ Sie quartierten sich auch in Berlin ein. Der Wiener Schauspieler Franz Wallner, der unter Pokorny in der Josephstadt als glücklicher Nachahmer Raimunds geglänzt hatte, kaufte 1855 das ganz verfallene Königstädtische Theater in der preußischen Hauptstadt; er nun ließ viele der Wiener Lokalstücke durch David Kalisch für den Berliner Boden umarbeiten, und damals erreichte die durch Glasbrenner begründete Berliner Posse ihren Höhepunkt. Wirkten doch Helmerding, Reusche, Anna Schramm und andere lustige Geister am Wallnertheater [1]).

* * *

Das Wiener Volksstück ist eine in seiner Art einzige Erscheinung. Die Ursache seiner Blüte liegt nicht bloß in der sorglosen und heiteren Anlage des österreichischen Charakters. Man muß tiefer schürfen, um seine Wurzeln bloßzulegen. Es ist nun nicht zu vergessen, daß das deutsche Drama der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts sich von den volkstümlichen Anfängen der früheren Zeit abwandte und daß es durch Gottsched auf französische, durch Lessing auf griechische Vorbilder verwiesen wurde. Eine wundervolle Entwicklung wurde auf diese Art eingeleitet, aber ihre Einseitigkeit ist unverkennbar. Denn das deutsche Drama entfernte sich dadurch von der Gegenwart, bewegte sich mit der „Iphigenie“ und der „Braut von Messina“ in idealen Regionen und verlor so den Zusammenhang mit dem Leben der schaulustigen breiten Unterschichten. Iffland wählte bloß die Familie zum Schauplatz seiner Stücke; er und ebensowenig Kotzebue schöpften aus dem Born des Volkslebens; ihre Gestalten sind nicht Volkstypen, sondern gehen gewissermaßen raum- und zeitlos über die Bühne. Die Romantik hat diese

---

[1]) David Kalisch (1826—1872) schrieb selbst manche lustige Posse, in vielen Büchern, so in Meyers Konversationslexikon, wird ihm aber auch die Abfassung von Stücken zugeschrieben, die er nur nach Wiener Vorbildern umarbeitete. So taufte er den „Aktiengreisler“ Langers in den „Aktienbudiker“ um, O. F. Bergs „Ein Wiener Dienstbot“ in „Berlin, wie es weint und lacht“, das dann 300 Aufführungen erlebte. Auch „Einer von unsere Leut“ ist von Berg und nicht von Kalisch; der „Gebildete Hausknecht“ geht auf eine Wiener Posse von Korntheuer zurück.

Kluft zwischen dem Leben und dem Theater noch vergrößert, obwohl sie ihrer Theorie nach vor allem auf das Volksleben hätte zurückgreifen sollen. Überall in Deutschland zog sich die Kunstdichtung von den früheren Ansätzen zum dramatischen Gestalten des Lebens und Treibens des kleinen Mannes zurück; nur in Wien war das Volksmäßige stark genug, sich neben den Bildern einer idealen Welt zu behaupten, die in der Jambentragödie zur Erde hinabstieg. Der Wiener wollte nicht bloß Griechen und Helden der Vorzeit auf der Bühne sehen; er stellte an das Theater auch den Anspruch, ihm seinesgleichen in wechselnden Gestalten zu zeigen, in möglichster Naturtreue, wenn auch etwas geschmeichelt, jedenfalls aber so, daß er sich in dem reichen Hausherrn aus der Vorstadt, in dem braven Handwerker, in dem lustigen, spitzbübischen Bedienten, im Verschwender und im Rappelkopf, im Staberl und im Peter Spann selbst wiedererkannte. Durch diese Griffe ins Leben sicherte sich das Volksstück ein breites Publikum; das hat auch Direktor Carl in seiner Weise dem jungen Friedrich Kaiser zu Gemüt geführt, als er ihm Unterricht in der Possenfabrikation erteilte und sagte: er solle seine Stücke so schreiben, daß sie der Schusterjunge auf der Galerie verstehe, daß aber der Graf in der Loge sich nicht verletzt fühle.

Nestroy, der über alles spottete, hat in einer seiner Possen einen Hausknecht auf die Bühne gebracht, der sein Lieblingswort „das ist klassisch" bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit in den Mund nimmt. Alles ihm Neue und Fremdartige, aber auch alles Verdrehte und Verstiegene ist für ihn klassisch. In dieser Anwendung des Wortes liegt eine Art von Protest gegen die Begeisterung, mit der in der Literatur das Höchste bezeichnet wird. Wohl bewunderte man auch in Wien die im Burgtheater aufgeführten Meisterwerke, aber in den Travestien der klassischen Stücke befreite man sich von dem erschütternden Eindrucke des Gesehenen. Nur Pedanterie kann darin eine ästhetische Verirrung erblicken und über sie bedenklich den Kopf schütteln. Als die Jambentragödie in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts immer mehr verflachte, allgemach langweilig wurde und zuletzt wie ein ausgebranntes Öllämpchen verlosch, war

es eine Erfrischung, daß das Wiener Volksstück immer neue Triebe ansetzte und in Anzengruber voll erblühte. Ihm war es beschieden, endlich auch die Tragik im Leben des Volkes auf die Bühne zu bringen, was seinen Vorgängern versagt geblieben war.

Als das 19. Jahrhundert zur Neige ging, drang in das deutsche Drama nach dem Vorbilde der Norweger und der Russen der Realismus ein; und die demokratische Welle der Zeit sorgte dafür, daß auch die unteren Schichten der Gesellschaft auf der Bühne Raum gewannen. Damit hörte der Unterschied zwischen der Kunstdichtung und dem Volksstück beinahe ganz auf. Gerhard Hauptmann griff in das Leben des Kleinbürgers und Bauers ähnlich hinein wie Anzengruber. Von da an stand die Wiener Volksbühne nicht mehr abseits vom deutschen Theater. In unserem realistischen und demokratischen Zeitalter haben sich die beiden Richtungen getroffen und vereinigt. Karl Schönherr schreibt Volksstücke, die den Weg über alle großen Bühnen Deutschlands nehmen. Wenn in früherer Zeit fast nur in Österreich der kleine Mann sich auf der Bühne abkonterfeit sah, so wurde dies jetzt auch seinem Schicksalsgenossen in Deutschland zuteil; seine Leiden und Freuden sind auch hier bühnenfähig geworden.

X. Buch

Die bildenden Künste. Wiener Stadterweiterung

I. Die Zeit vor 1848

Für die österreichische Kunst kamen mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts trübe Zeiten. Durch die Napoleonischen Kriege wurde der Wohlstand erschüttert, und die Staatsbankerotte von 1811 und 1816 nötigten die Regierung wie die einzelnen zur Einschränkung der Ausgaben. Das war aber nicht der Hauptgrund des Niederganges der Kunst. Die anderen deutschen Staaten litten nicht weniger an den Nachwehen der großen Kriege, was jedoch nicht hinderte, daß Preußen seine Pflicht auf diesem Gebiete mit vollem Ernst erfüllte und daß König Ludwig von Bayern das Größte für sein Land leistete. In Österreich aber war der Blick bloß auf kahle Nützlichkeit gerichtet, und so breitete sich, was Architektur und Plastik betrifft, über das schönheitsfreudige Land eine Öde, die fast an der Zukunft verzweifeln ließ. Die Malerei ist von der Förderung durch den Staat unabhängiger, und hier waltete der unausrottbare Kunsttrieb des österreichischen Volkes in wohltuender Frische. In den Schwesterkünsten aber hielt die Regierung den Atem modernen Lebens ab; hier herrschte eine Nüchternheit, die mit dem Schwung der Barockzeit in argem Widerspruche stand. Und doch hatte Österreich bis zum Schlusse des 18. Jahrhunderts an der allgemeinen Entwicklung ehrenvollen Anteil genommen und war in der Architektur, wie die stolzen Paläste und Kirchen der Barockzeit bekunden, den anderen deutschen Landschaften sogar vorangeschritten.

Am schlimmsten stand es mit der Plastik. Das treffliche, 1806 enthüllte Kaiser Joseph-Denkmal, die Schöpfung Franz Zauners, blieb für lange Zeit das einzige in Wien errichtete Standbild. Während Berlin mit den Statuen der Helden der Befreiungskriege geschmückt wurde, liebte man es in Österreich nicht, das Andenken an den großen nationalen Kampf gegen die Napoleonische Gewaltherrschaft neu zu beleben. „In Wien," so bemerkt Eitelberger [1]), „erinnerte kein Denkmal an die Erhebung der österreichischen Völker im Jahre 1809, die Schlachtfelder von Wagram und Aspern waren damals schmucklos geblieben. Die österreichische Geschichtsforschung war durch den Zensor gehemmt und flüchtete sich nach Deutschland; es schien fast, als ob sich Österreich vor seiner eigenen Geschichte fürchtete. . . . Das offizielle Österreich ging der monumentalen Plastik systematisch aus dem Wege; diese schien dem absolutistischen Staatsprinzip, das nur den Monarchen verherrlicht, zuwider. Es hieß damals, für mindere Personen als den Monarchen genüge eine Büste." Eine Revolution mußte kommen, damit Prinz Eugen und Erzherzog Karl durch Monumente geehrt wurden. Eine Ausnahme wurde mit Andreas Hofer gemacht, der in der Franziskanerkirche zu Innsbruck ein Denkmal erhielt, eine gute Arbeit Johann Schallers. Kehrten die jungen Bildhauer nach ihren in Italien verbrachten Studienjahren in die Heimat zurück, so blieben sie ohne Beschäftigung; der Adel folgte dem vom Hofe und dem Staate gegebenen Beispiel. Als Schaller sich nach seiner Ernennung zum Professor bei Kaiser Franz meldete, ihm seinen Dank aussprach und die Bitte um einen Auftrag hinzufügte, war der Kaiser ganz verwundert und fragte: „Sind Sie denn nicht gerade Professor geworden?" Die Künstler wurden eben als Beamte angesehen, die sich mit der Vorrückung

---

[1]) Das beste Werk über die österreichische Kunst des 19. Jahrhunderts sind noch immer die „Gesammelten kunsthistorischen Aufsätze" von R. Eitelberger von Edelberg, besonders der 1879 erschienene 2. Band. Genaue Kenntnis des Gegenstandes ist hier mit weitem historischem und politischem Blick vereinigt. In letzterer Beziehung steht Ludwig Hevesis „Österreichische Kunst im 19. Jahrhundert" (Leipzig 1903) sehr nach; dafür bietet die geistreiche Charakteristik der einzelnen Künstler einen gewissen Ersatz.

im Amte zu begnügen hatten. Dabei war es Grundsatz, die italienischen Bildhauer zu begünstigen, um auf der Halbinsel für die österreichische Herrschaft zu werben; das Monument des Kaisers Franz (1846 enthüllt) wurde deshalb dem mittelmäßigen, dabei aber weltgewandten Marchesi anvertraut.

Günstiger als in Wien lagen die Verhältnisse in Prag, weil man hier der erstickenden Hofluft ferner war und weil die Opposition der adeligen Stände ein Feld für Betätigung suchte. Im böhmischen Kunstverein, dessen Obmann Graf Erwein Nostiz und dessen Seele Graf Franz Thun war, wurde ein Denkmalfonds gegründet, aus dem das Monument Karls IV. (1848) und der Franzensbrunnen am Kai (1850) erstanden; 1858 wurde, nachdem übrigens auch in Wien die Umkehr eingetreten war, das Radetzky-Monument enthüllt. An diesen Werken waren ausschließlich deutsche Künstler beschäftigt, bei Karl IV. der Dresdener Bildhauer Julius Hähnel, bei den beiden anderen Monumenten die Deutschböhmen Joseph und Emanuel Max. Es gab damals überhaupt keine tschechische Kunst und das Herz des konservativen Adels schlug noch nicht so lebhaft für das Slawentum wie zwei Jahrzehnte später. In Sachen der Kunst besonders dachte man nicht an nationale Nebenzwecke.

So traurig wie um die Plastik konnte es in Wien mit der Architektur schon deshalb nicht stehen, weil in der Reichshauptstadt immer große Bauten notwendig waren. Die Herrschaft der Barocke wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch den Empirestil abgelöst. Der Mann der Epoche war Pietro Nobile (1774—1852), ein tüchtiger Künstler, dem die Aufgabe zufiel, die 1809 von den Franzosen teils zusammengeschossene und teils gesprengte Burgbastei wieder aufzuführen; er baute in sie das äußere Burgtor hinein, dazu später den Theseustempel und das Kaffeehaus im Volksgarten. Seine Gaben voll zu erproben fand er nicht Gelegenheit, da er nicht vor Aufgaben gestellt wurde wie Schinkel in Berlin, Gärtner und Klenze in München. Er war Direktor der Bauschule an der Wiener Akademie und tat als solcher sein bestes; es war aber schlimm, daß Nobile, der das Deutsche nur gebrochen sprach, auch innerlich stets ein Welscher blieb und die weitere Entwicklung der deutschen Kunst

ablehnte, indem er nichts als altklassische Vorbilder zuließ. Für die mittelalterlichen Stile wurde ihm 1826 Karl Rösner als Professor zur Seite gestellt; 1835 wurde noch Ludwig Förster berufen. Letzterer erhielt von Privaten nicht wenige Aufträge, so daß er einige fremde Architekten, so den Dänen Theophil Hansen und den Schweizer Georg Müller nach Wien in sein Atelier zog. Doch wurden alle diese Künstler von einem Manne mit stärkeren Ellbogen zurückgedrängt. Das war Paul Sprenger (in Preußisch-Schlesien zu Sagan 1798 geboren, 1854 in Wien gestorben), der in der Metternichschen Zeit für das gesamte staatliche Bauwesen der Monarchie maßgebend war. Er war ein unermüdlicher Arbeiter, mit eiserner Willenskraft ausgestattet, aber mehr Ingenieur als Künstler. Die Münze und das Hauptzollamt in Wien (1835 und 1836 aufgeführt) sind annehmbare Bauten, völlig nüchtern dagegen die Statthalterei (1844—1846) und ganz geistlos das Hauptpostamt. Wichtiger noch als für die bauliche Entwicklung Wiens wurde er für die Pesths, das sich nach der großen Überschwemmung von 1838 ansehnlich entwickelte; die stattliche Anlage des Donaukais nebst manchen Bauten daselbst rührt von ihm her. Er war eine herrische Natur, alles wollte er in die Hand bekommen: Amtsgebäude und Kirchen, Bahnhöfe und Monumente. Er traute sich alles zu und vermaß sich auch, den baufällig gewordenen Helm des Stephansturms neu zu errichten. Da er aber mit den gothischen Konstruktionsformen nicht vertraut war, so erlitt er damit, wie sich bald herausstellen sollte, vollständigen Schiffbruch: man mußte seinen Helm, dem der Zusammensturz drohte, 1861 völlig abtragen. Es war ein Wunder, daß wenigstens der Bau der Johanniskirche in der Praterstraße zu Wien nicht ihm, sondern Karl Rösner übertragen wurde, der seine Aufgabe achtbar löste; aber auch er mußte sich vielfach der Willensmeinung Sprengers unterwerfen. Alle Talente wurden niedergehalten, die Phantasie lag in Acht und Bann; die Kunst war eine Bureauabteilung, in der Sprenger ebenso absolutistisch waltete wie sonst die Regierungsmänner der Zeit. Und da es damals nicht bloß eine Bücherzensur gab, sondern auch alle Bauten im k. k. Hofbaurat überprüft und korrigiert wurden,

so waltete das Reißbrett Sprengers mit gebieterischer Nüchternheit von Passau bis an die südöstliche Grenze der Monarchie.

So blieb unter den Künsten ausschließlich der Malerei eine selbständige Entwicklung vorbehalten. Diese knüpfte an die Zeit an, da die Wiener Akademie die erste Kunstschule Deutschlands war, wozu sie durch die Fürsorge und den hohen Kunstverstand ihres Protektors Fürsten Kaunitz erhoben wurde; die hervorragendsten Lehrer waren der Maler Heinrich Füger und der Bildhauer Franz Zauner, die unter Joseph II. zu Professoren ernannt wurden. War auch die technische Unterweisung dankenswert, so bewegte sie sich doch ausschließlich auf altklassischer Grundlage; dabei ging man so einseitig vor, daß eine Reihe junger, aus Deutschland herbeigeeilter Kunstjünger, denen der Geist der Romantik aufgegangen war, sich auflehnte und 1810 aus der Akademie ausgeschlossen wurde. Sie gingen mit Overbeck an der Spitze nach Rom, um von hier mit Cornelius ein neues Zeitalter der deutschen Kunst zu begründen. In Wien aber behielt, solange Füger und Zauner lebten und wirkten, der Klassizismus die Alleinherrschaft. Später wurde von der Regierung die Romantik wegen ihrer katholischen Richtung begünstigt, so daß sie sich allmählich durchsetzte, jedoch schwerer als in Deutschland, was in dem in Wien unter den Gebildeten vorwaltenden josefinischen Geist seine Ursache hatte. Erst mit der Ernennung Joseph Führichs zum Professor der Akademie (1841) faßte die Romantik auch an dieser Anstalt tiefere Wurzel. Joseph Führich (1800—1876) war, wie jetzt allgemein anerkannt wird, das größte Talent unter den kirchlichen Malern Deutschlands seiner Zeit; er wirkte auf seine Schüler nicht bloß durch sein Können, sondern auch durch seine tiefe religiöse Überzeugung und seine tadellose Persönlichkeit. Doch äußert sich seine ganze Künstlerschaft in seinen Zeichnungen mehr noch als in den, im Kolorit schwachen Ölbildern.

Der Kampf zwischen dem klassischen und dem romantischen Stil spielte sich in Wien ähnlich ab wie in Deutschland und in Frankreich — doch ist in Österreich die Besonderheit zu verzeichnen, daß sich zwischen die beiden großen Schulen eine dritte hineinschob, die völlig in heimischer Erde wurzelte. Es ist dies die

österreichische Genre- und Landschaftsmalerei, eine ausgesprochene Heimatkunst, für welche man im übrigen Deutschland kein Verständnis hatte, so daß sie in den Kunstgeschichten des 19. Jahrhunderts nur nebenbei erwähnt wird. Abgesehen von ihrer rein malerischen Bedeutung verdient sie jedoch schon als soziale Erscheinung volle Beachtung. Denn diese Wiener Schule der Biedermeierzeit war die Kunst des Bürgertums, während die Barocke für die Höfe, für die Kirche und einen prachtliebenden Adel baute und formte. Was die Maler des Empirestils und der Romantik betrifft, so wendeten sie sich mit ihren der griechischen Geschichte und Mythologie oder dem deutschen Altertum entnommenen Bildern doch nur an die Gebildeten; die Historiengemälde Kaulbachs, Pilotys und ihrer Schüler sind überhaupt nur demjenigen verständlich, der mit der Kenntnis der Weltgeschichte vor sie tritt. Anders die Wiener Maler Schwind, Danhauser, Waldmüller und ihre Zeitgenossen, welche ihre Stoffe aus dem Volke schöpften und mit Stift und Farbe zu jedem ihrer Landsleute sprachen. Wenn sich Schwind dabei ins Zauberland des Märchens begab, so schöpfte er mit Raimund aus derselben Quelle; und Danhausers Sittenbilder berühren sich in der Auffassung auch mit den Lustspielen Bauernfelds. Die Anmut und Harmlosigkeit des Wiener Lebens sprach aus den Gestalten der Maler, welche ebenso wie das Volksstück Vorteil daraus zogen, daß Hoch und Niedrig in Österreich in Empfindung und Bildung eine ungebrochene Einheit bildeten.

Man betrachtet als Wegweiser dieser Malerschule den aus Hessen nach Wien eingewanderten Peter Krafft (1780—1856), was in einem gewissen Sinne auch richtig ist. Er hatte in Paris unter David studiert, blieb aber deutscher Patriot und besaß den Mut, zu Beginn der Befreiungskriege diesem Empfinden nicht durch Helden des Altertums oder des Mittelalters, sondern durch ein Bild aus der Gegenwart Ausdruck zu geben. Als die österreichische Landwehr 1813 zum Kriege gegen Napoleon auszog, malte er das Bild „Abschied des Landwehrmanns von seiner Familie" und stellte es in einer zu diesem Zweck erbauten Bude in Wien aus. Alles strömte hinzu, weil der bürgerlich-patriotische Zug in dem Bilde die Herzen bewegte; 1820 schuf

er dann das Gegenstück „Heimkehr des Landwehrmanns“, vorher aber (1815) Schlachtenbilder aus den Kämpfen von Aspern und Leipzig. Die kaiserliche Familie hielt große Stücke auf ihn, so daß er Direktor der Sammlungen des Belvedere wurde und nach dem Tode des Kaisers Franz den Auftrag erhielt, Szenen aus dessen Leben zu malen. Das waren jedoch nicht Momente von historischer Bedeutung, sondern solche, die den Kaiser als Landesvater unter seinen Untertanen erscheinen ließen. Die eigentliche Historienmalerei fand in den hohen Kreisen nicht mehr Förderung als die Monumentalplastik, sie schrumpfte zum Familienbild zusammen, als ob sich die Geschichte in den Erlebnissen der Dynastie erschöpfte [1]. Krafft war auch durch einige Jahre Professor an der Akademie und lehrte seine Schüler, daß die Historienmalerei nur durch die Wahl moderner Stoffe gefördert werden könnte; er war ein ausgesprochener Gegner der Romantik, in seinen religiösen Anschauungen völlig frei; er hatte das große Verdienst, seine Schüler auf das Leben und die Gegenwart hinzuweisen — eine Auffassung, die den Meistern der großen Malschulen Deutschlands zu München und Düsseldorf nicht bloß fremd, sondern geradezu antipathisch war.

Seine Lehren schlugen in dem jungen Malervolk Wurzel, wurden aber von diesem völlig ins Wienerische übersetzt, das dem protestantischen Hessen Krafft doch zu fremd war, um ihm die Stoffe für seine Bilder zu leihen. Sein bester Schüler war Joseph Danhauser, ein Wiener Tischlerssohn (1805—1845) der mit dem Genre begann, um dann zum Sittenbild emporzusteigen; denn seine Hauptwerke „Der Prasser“, „Die Testamentseröffnung“, „Die Klostersuppe“ u. a. heben die Gegensätze von arm und reich mit kräftiger Tendenz scharf hervor. Dan-

[1]) Krafft war dem Kaiserhause sehr ergeben, dabei ein ehrenfester und mutiger Mann. Das zeigte sich besonders, als im Oktober 1848 das Belvedereschloß von General Bem und seinen Revolutionstruppen besetzt wurde. Krafft trat dem General als Direktor der Gemäldegalerie mit den Worten entgegen: „Mein Herr, ich halte Sie für einen Rebellen; aber nun haben Sie hier die Gewalt in Händen, ich ersuche Sie, dafür zu sorgen, daß der Galerie kein Schaden zugefügt werde.“ General Bem, eine ritterliche Natur von guter Bildung, ließ denn auch der Galerie vollen Schutz angedeihen.

hauser beschritt, seitdem er auf einer Reise nach Holland die alten Meister dieses Landes und die Bilder des Engländers David Wilkie genauer studiert hatte, seinen Weg mit vollster Sicherheit. Er hat Treffliches geschaffen, sein letztes Wort jedoch nicht gesprochen, da er schon mit vierzig Jahren vom Typhus hinweggerafft wurde. Gleich ihm haben Peter Fendi, Franz Eybl, Albert Schindler, J. M. Ranftl u. a. das Leben des Wiener Bürgers in liebenswürdigen Bildern festgehalten.

Daneben erfuhren Landschaft und Porträt gleichfalls sorgfältige Pflege. In Rudolf Alt (1812—1905) erstand ein Aquarellist ersten Ranges, dessen Veduten und Innenräume ebenso hoch stehen wie seine Landschaftsbilder. Für Friedrich Gauermann (1807—1862) bot das Hochgebirge mit seinem Tierleben unerschöpflichen Stoff, wobei er die Natur und das Leben darin zu einer schönen Einheit zu verbinden verstand. Als Porträtmaler war schon im Vormärz Friedrich Amerling (1803 bis 1887) hoch geschätzt; für die Zeitgeschichte noch wichtiger ist Joseph Kriehuber (1800—1876), der alle hervorragenden Persönlichkeiten Österreichs vor und nach 1848 mit seltener Treffsicherheit auf Stein zeichnete. Nicht selten geschah dies ohne vorherige Bleistiftskizze, so sicher konnte er seinem Auge und seiner Hand vertrauen. Die Sammlung seiner zweitausend Lithographien in der kaiserlichen Fideikommißbibliothek ist ein in seiner Art unvergleichlicher Beitrag zur Zeitgeschichte.

Der älteste in dieser Künstlerreihe ist Ferdinand G. Waldmüller (1793—1865), dessen Bedeutung jetzt allgemein anerkannt wird. Das Große an ihm ist sein lebenslanges Ringen um Naturwahrheit, der Kampf gegen die akademische Malerei, der er in seiner Jugend selbst verfallen war, die er aber immer mehr abzustreifen suchte. Aufgewachsen in den Traditionen der altklassischen Schule und selbst zum Schönmalen und Idealisieren geneigt, wurde er nach seinem eigenen Berichte zur Umkehr durch den Auftrag eines Offiziers angeregt: „Malen Sie meine Mutter ganz so wie sie ist.“ Von da an vertiefte er sich in das Studium der Natur, deren treue Wiedergabe sein Ziel war. Indessen merkt man an seinen Porträts, daß er an der Grenzscheide zweier Epochen stand: neben weichlichen, in sentimen-

talem Geschmack gemalten Gestalten wieder andere voll Kraft und Natürlichkeit, wobei ihm die Männer besser gelangen als die Frauen. Seine Landschaften entnahm Waldmüller den anmutigen Gegenden Niederösterreichs, vor allem dem seine Vaterstadt Wien umgebenden Mittel- und Waldgebirge. Diese Werke werden jetzt höher geschätzt als seine vordem hochgerühmten Bilder aus dem österreichischen Bauernleben; denn seine Bauern und deren Kinder sehen nach unserem Geschmack doch zu glatt und kultiviert aus, so sehr er sich auch mit ganzem Herzen in den Stoff vertiefte. Trotz seines eifrigen Strebens nach Naturwahrheit gehört er im ganzen doch zur idealistischen Richtung der ersten Hälfte des Jahrhunderts; es besteht eine Kluft zwischen ihm und den großen Realisten; denn echte Bauern, wie sie Millet in Frankreich und später Leibl in Deutschland malten, sind seinem inneren Sinn noch nicht aufgegangen. Eines aber zeichnet Waldmüller vor allen deutschen Malern seiner Zeit aus und dadurch überwanden seine Bilder später das Vorurteil, mit dem er bis zu seinem Tode zu kämpfen hatte: er verstand das Spiel von Licht und Luft in der Natur, hielt es in seinen Bildern fest und hatte Farbentöne auf seiner Palette, die erst von den französischen Freilichtmalern der nächsten Generation wieder zu Ehren gebracht wurden. Da er den Mut hatte, im hellen Sonnenlicht zu arbeiten, so schüttelten die Braunmaler seiner Zeit bedenklich die Köpfe, und in einem Nekrolog auf Waldmüller sagte ein weiser Kritiker: „Waldmüller kam in seinen alten Tagen auf den Einfall, um eine glänzende Farbe zu erhalten, müsse man im Sonnenlicht malen. Das erklärt wohl die seltsam grelle Farbengebung auf vielen seiner späteren Bilder.“ Waldmüller starb 1865, und erst 1870, kurz vor dem Kriege, machte Manet, wie dessen Biographen erzählen, auf einer blumenbedeckten Wiese bei Paris, auf der die Gattin eines seiner Freunde mit ihrem Kinde saß, die Entdeckung von dem Flimmern der Sonnenstrahlen auf dem Rasen, den Kleidern und Gesichtern. Erst nach dem Kriege von 1870 stellte Manet die erste Reihe seiner Freilichtbilder aus; Waldmüller hat also diese Malweise nicht von den Franzosen gelernt, wenn er auch die schimmernde Eleganz ihrer Farbengebung nicht erreichte.

So kennzeichnend für die österreichische Malerei gerade diese Reihe trefflicher Künstler gewesen ist, so dürfen doch auch die Leistungen der klassischen und der romantischen Schule nicht übersehen werden. Was die erstere betrifft, so wirkte ihr Haupt, Heinrich Füger, schon deshalb ersprießlich, weil er die in Deutschland in Vergessenheit fallende Malkunst des 18. Jahrhunderts übte und dadurch für Wien Traditionen rettete, die sonst vielfach abgerissen sind; als Miniaturporträtist steht er neben den ersten Künstlern dieses Faches. Ein farbiger Abglanz jener alten Zeit ruht auf den Bildern seines besten Schülers Michael Moriz Daffinger (1790—1849), er malte fast die gesamte österreichische Aristokratie, und auch in England wurden seine Bildnisse stark begehrt. Von Füger kam auch Karl Marko her (1790—1860), ein Deutsch-Ungar, der, in Wien gebildet, Rom zu seiner Heimat wählte, wo er seine idealen Landschaften schuf, die, fein empfunden, untereinander allerdings zum Verwechseln ähnlich sind. — Kräftigere Triebe setzte jedoch die Romantik an; denn von ihr gingen nicht bloß Führich und sein Freundeskreis aus, sondern auch Moriz Schwind und Eduard Steinle, welche nur leider der Heimat bald verloren gehen sollten.

Nach dieser eiligen Rückschau darf der Versuch gewagt werden, der Altwiener Malerei ihren Platz in der europäischen Kunst des 19. Jahrhunderts anzuweisen. Lange waren ihre Leistungen unterschätzt worden, endlich jedoch drang die Erkenntnis durch, Wien habe sich in der ersten Hälfte des Säkulums der weitaus feinsten malerischen Kultur unter den deutschen Städten erfreut[1]). So lautete zuletzt das Urteil Richard Muthers,

---

[1]) Von den deutschen Kunstgelehrten des 19. Jahrhunderts wurde die Wiener Malerschule oberflächlich behandelt und unterschätzt. So von W. Lübke, „Geschichte der deutschen Kunst" (Stuttgart 1890, S. 916 u. 941), wo der Ausspruch zu lesen ist, abgesehen von Führich und Makart biete die Malerei in Wien „ein ungenügendes und dürftiges Bild". Auch R. Muther hat in seiner 1893 erschienenen Geschichte der modernen Malerei noch sehr obenhin über sie gehandelt. Die in Berlin 1906 veranstaltete Jahrhundertausstellung brachte jedoch einen vollständigen Umschwung in Deutschland hervor: die Bilder der Wiener Maler stiegen von da an schnell im Preise. Darauf ist in Muthers „Geschichte der Malerei", 3. Band

der anfangs kein Verhältnis zu der Wiener Schule finden konnte. Waldmüller bedeutet in der Farbengebung einen Gipfel; neben ihm steht für das Aquarell Rudolf v. Alt, der bis ins höchste Greisenalter nie zu lernen aufhörte[1]). Dann haben Pettenkofen, Rahl, endlich Makart diese schönen Traditionen fortgesponnen. Das alles geschah, während im übrigen Deutschland unter dem Einflusse Winckelmanns die Farbe in der Kunst als nebensächlich, wenn nicht als störend empfunden wurde. Lautete doch einer seiner Aussprüche: „Kolorit, Licht und Schatten machen ein Gemälde nicht so schätzbar wie allein der edle Contour". Cornelius und seine Schule haben den Karton über das Bild gestellt; der ideen- und erfindungsreiche Meister mußte das scharfe Wort König Ludwigs über sich ergehen lassen: Ein Maler muß malen können! Wilhelm Kaulbachs fast schülerhafte Schwäche in der Farbengebung ist allbekannt. Besser als in der Münchener Schule stand es bei den Düsseldorfern, aber wie grau und verblaßt nehmen sich auch die Bilder Lessings heute neben denen der Wiener Maler aus! „Farbenblind wie ihre norddeutschen Genossen," so sagt Muther, „sind die Österreicher nie gewesen. Sie waren zu sinnlich, um die Malerei zum reinen Gehirnprodukt zu machen." Daraus ist die Begeisterung zu erklären, mit der Makart in allen deutschen Landen begrüßt wurde. Mochte man ihn auch überschätzen, so lag darin nur die Anerkennung dafür, daß in Deutschland das Kolorit vernachlässigt worden war und daß man darin hinter Wien zurückstand.

(Leipzig 1909), S. 444 urplötzlich so viel Begeisterung über Waldmüller entwickelt, daß selbst dessen alte österreichische Verehrer nicht nachkommen. Muther ist aber bei Waldmüller stecken geblieben; von Rahl, Alt usw. besitzt er offenbar nur eine ganz allgemeine Kenntnis. Es mußten immer ein oder zwei Menschenalter vergehen, bis Erscheinungen wie Grillparzer, Raimund, Waldmüller, Alt in Deutschland gewürdigt worden sind.

[1]) Alt wurde bei der Gründung der Sezession in Wien 1897 zu ihrem Ehrenpräsidenten gewählt und führte darauf eine Deputation aus ihrer Mitte zu Kaiser Franz Joseph. Der Monarch war überrascht, den 85jährigen Künstler an der Spitze der Neuerer zu sehen, deren Beginnen ihn selbst fremd berührte. Alt erwiderte nun auf eine Bemerkung des Kaisers: „Majestät, wir sind jung genug, um von neuem anzufangen".

Diesem erfreulichen Bilde fehlte jedoch nicht die Kehrseite. Cornelius und seine Genossen lebten in einer heroischen Epoche der deutschen Kunst, die die Größe im geistigen Ausdruck suchte und die Malerei mit der Bildungswelt der Nation in Verbindung brachte. Zu gleicher Zeit haben die Franzosen in Delacroix und Delaroche, in Horace Vernet und Ingres Vertreter des großen Stils besessen. Während nun König Ludwig von Bayern, Friedrich Wilhelm IV. und ihre Zeitgenossen ihre Schlösser und Museen mit Werken der idealen und der Historienmalerei schmückten, fehlen solche Monumente in Österreich vor 1848 fast vollständig. Das ist nicht die Schuld der Maler, sondern der Regierung, des Hofes und des Adels in Österreich. Die Talente waren vorhanden, aber sie blieben unbeschäftigt: so mußten Schwind, Steinle und Rahl schweren Herzens Österreich den Rücken kehren. Fürst Metternich, der Kurator der Akademie, hatte für Porträtkunst Sinn und Geschmack und beschäftigte mehrfach den Engländer Lawrence, von Österreichern daneben Daffinger und Kriehuber, wie er auch Waldmüller wohlgesinnt war; die Monumentalmalerei erfuhr jedoch von ihm keine Förderung. Da der Staat seine Pflicht der großen Kunst gegenüber versäumte, wurde auch nichts geleistet, was seine Geschichte verherrlichte.

Dazu kam, daß an der Wiener Akademie eine unverhohlene Geringschätzung der „bürgerlichen" Kunst, des Genres und der Landschaft, herrschte. Mit ähnlichen Schwierigkeiten hatten in Frankreich die Maler der intimen Landschaft zu kämpfen, die von 1830 an die anmutigen Landschaften in der Umgebung von Paris abschilderten: Rousseau, Corot, Daubigny und ihre Genossen. Die Kunst des Bürgertums setzte sich in Paris wie in Wien nicht ohne Kampf gegen die Monumentalmalerei durch. In Wien sahen die Architekten und Bildhauer wie die Vertreter der religiösen Malerei auf Danhauser und Waldmüller als Vertreter einer untergeordneten Kunstgattung herab. Danhauser erhielt zwar die Ernennung zum Korrektor an der Akademie, was eine Vorstufe zur Professur bedeutete; er wurde aber von den hochmögenden Herren so schlecht behandelt, daß er 1843 seine Stelle niederlegte. Da er ferner aus seiner antiklerikalen

Gesinnung kein Hehl machte, so ward in den letzten Jahren seines Lebens kein Bild mehr von ihm für die kaiserlichen Sammlungen angekauft; auch wurde er von Zedlitz, dem romantischen Offiziosus der Regierung, in der „Allgemeinen Zeitung" scharf hergenommen. Waldmüller war Professor und focht als solcher den Kampf gegen die Akademiker weiter durch; er veröffentlichte 1847 eine Schrift, in welcher er den an der Anstalt erteilten Unterricht als mangelhaft bekämpfte und vor allem gründliches Studium der Natur forderte. In der Hitze des Gefechtes ging er so weit, zu behaupten: ein guter Lehrer könne einem begabten Schüler die notwendige Technik in einem Jahre beibringen, geistiger Gehalt aber oder Auffassung und Stil seien überhaupt nicht lehrbar. Die Professoren waren entrüstet, daß ihr eigener Kollege die ganze Akademie für überflüssig erklärte, und verklagten ihn beim Fürsten Metternich. Dieser aber erteilte ihnen als Kurator die wohlverdiente Lehre: die Akademie wäre keine Zwangsanstalt, welche dem Lehrer wie dem Schüler verbieten dürfte, dem eigenen Genius zu folgen. Diesmal ging das Ungewitter noch an Waldmüller vorüber; unter dem Unterrichtsminister Grafen Thun jedoch sollten, wie noch zu erzählen sein wird, seine Gegner den Sieg davontragen.

Mehrere Mitglieder des Kaiserhauses besaßen Sinn und Verständnis für die zeitgenössische Malerei. So Erzherzogin Sophie, die auch dafür sorgte, daß der künftige Kaiser tüchtigen Zeichenunterricht erhielt, der Johann Nepomuk Geiger anvertraut wurde. Geiger (1805—1880) war ein trefflicher Illustrator, der sich auch im Historienbild versuchte; indessen fehlte ihm hiefür die Größe der Auffassung, für welche seine anerkannte zeichnerische Feinheit nicht entschädigen konnte. Sein kaiserlicher Schüler legte früh Proben einer schönen Begabung ab, wie seine Skizzen nach der Natur bekunden. Von den anderen Prinzen war auch Erzherzog Johann ein Freund der Kunst, was ihn zu warmen Beziehungen besonders mit Gauermann führte. Auffallend ist dagegen, wie kühl sich die Aristokratie im ganzen zur bodenständigen Wiener Kunst verhielt. Fürst Johann Liechtenstein († 1836) und sein Sohn Alois verstanden es, die Bildersammlung ihres Hauses zur ersten Privatgalerie

auf deutschem Boden auszugestalten; die Werke ihrer Wiener Zeitgenossen jedoch wurden nicht in sie aufgenommen; dasselbe gilt für die gleichzeitig vom Grafen Czernin angelegte wertvolle Sammlung, in der die Meisterwerke der holländischen und der vlämischen Schule überwiegen.

Dafür fanden die Maler der Biedermeierzeit volles Verständnis und möglichste Förderung in den Familien des Wiener Bürgertums. Man liebte ihre Bilder und hütete sie wie einen Schatz; auf Kinder und Kindeskinder ist diese hohe Wertung übergegangen und man hat in Österreich in sich hineingelächelt, als den deutschen „Kennern" zu Beginn des 20. Jahrhunderts endlich die Augen für die Altwiener Kunst aufgingen. Es gab für sie vor 1848 keine aristokratischen Mäzene, aber ein kunstfreudiger Seidenfabrikant, Rudolf Arthaber, legte eine Bildergalerie an, in der die Wiener Maler trefflich vertreten waren. Um die Werke berühmter Künstler der früheren Jahrhunderte zu sammeln, dazu gehört weniger Verständnis als Reichtum; in die Kunstgeschichte haben sich nur die Sammler eingeschrieben, die die Talente ihrer Zeit erkannt und gefördert haben. Die Wiener Bürger, die Danhauser nach der Niederlegung seines Amtes gewissermaßen über Wasser gehalten haben, sollten nicht vergessen werden [1]).

Es ist das Schicksal und die Schuld Österreichs, daß der größte Maler des Landes, Moritz Schwind (1804—1871), mit 24 Jahren nach München auswanderte und hier blieb, weil sich König Ludwig seines Talents bemächtigte. „Meister Schwind, Sie sind ein Genie und ein Romantiker!" pflegte der König beim Verlassen seiner Werkstätte zu sagen. Von den Bildern Schwinds gilt dasselbe, was Grillparzer über seine Stücke bemerkte: man sehe es ihnen an, daß er sich in seiner Jugend an den Zauberpossen der Wiener Vorstadttheater ergötzte. Es

---

[1]) Eitelberger nennt („Gesammelte Schriften" II, S. 54) als Kunstförderer aus diesen Kreisen außer Rudolf Arthaber die beiden Baumeister Jäger, Zimmermeister Fellner, Kaufmann A. Beck, Baumeister Kornheisel, Ritter von Steiger, dann einen Fleischermeister u. a. — Ehre ihrem Andenken! — Die Bildergalerie Rudolf Arthabers wurde nach seinem Tode versteigert, manches wertvolle Stück damals für das Belvedere angekauft.

ist kindisch, zu sagen, was man mitunter liest, Schwind habe erst unter dem Einflusse von Cornelius seine Meisterschaft erlangt. Was ihn auszeichnet, ist Gemüt, Humor und quellfrische Natürlichkeit, was alles der gedankenschwere Cornelius nicht mitzuteilen vermochte, so viel auch sonst von ihm zu lernen war. Auch zeigen schon Schwinds Wiener Jugendarbeiten, besonders der 1825 beendigte Hochzeitszug des Figaro, die Vorzüge des Künstlers, seine Erfindungsgabe, seinen Formensinn, seine Liebenswürdigkeit [1]). In der Wiener Luft würde er ohne Zweifel zu wärmerem Kolorit gelangt sein; denn wenn er auch durch den poetischen Duft und den Märchenzauber seiner Bilder über allen seinen Wiener Zeitgenossen steht, so ist er doch hinter Waldmüller und Rahl in der Farbengebung zurückgeblieben. Gleich ihm hat ein anderer Wiener, Eduard Steinle (1810 bis 1886) in seiner Vaterstadt keine Förderung genossen, während ihm in Deutschland die größten Aufgaben übertragen wurden: im Kölner Dom, in der Chornische des Straßburger Münsters, im Dom zu Frankfurt sind seine Fresken zu sehen. Er wurde 1849 Professor am Städelschen Institut zu Frankfurt, hat sich aber lange nach seinem Vaterlande zurückgesehnt und nach der Schlacht von Königgrätz an einen Freund geschrieben: „Ich kann sagen, daß ich nie in meinem Leben so gelitten, solche Schmerzen getragen — alle Hoffnungen sind zunichte geworden". Er konnte es nicht verschmerzen, daß Österreich nicht die Führung in Deutschland erlangte und daß Frankfurt eine preußische Stadt wurde. Als gläubiger Katholik widmete er sich der religiösen Malerei mit Hingebung, aber dank seiner liebenswürdigen lyrischen Veranlagung sind seine Bilder und Zeichnungen zu Märchen und Legenden anziehender als seine großen, mitunter blutleeren Freskenzyklen. Er steht in der Mitte zwischen Führich und Schwind, ohne aber den einen oder den anderen zu erreichen. Steinle hat erst spät, 1869, einen Ruf nach Österreich, und zwar an die Prager Akademie erhalten,

[1]) Das Heft mit den 30 Zeichnungen Schwinds wurde von seiner Tochter als köstlicher Familienbesitz allzu ängstlich gehütet und erst zum hundertsten Geburtstag des Künstlers reproduziert (Moritz v. Schwind, „Die Hochzeit des Figaro", 30 Lichtdrucktafeln, Wien 1904).

sich aber für zu alt erachtet, um sich in neue Verhältnisse zu finden. Für Wien hat er bloß Entwürfe für zwei Glasfenster der Votivkirche geschaffen; von Schwind besitzt Wien außer einem Jugendwerk (Arthaber ließ von ihm das Stiegenhaus in seiner Villa[1]) in Oberdöbling ausmalen) auch Größeres, da er zu den Fresken des Opernhauses (1864) herangezogen wurde; auch wurde eines seiner Meisterwerke, wenn nicht sein größtes, die schöne Melusine (1870 gemalt), vom Kaiser von Österreich angekauft. Was der Verlust Schwinds für die Wiener Malerschule bedeutete, läßt sich nicht absehen; sie wäre ganz anders zur Geltung gekommen, wenn ein Meister gleich ihm an ihrer Spitze gewirkt hätte[2]).

II. Die bildenden Künste 1848—1865

Die Versäumnisse der vormärzlichen Regierung waren so groß, daß die Revolution wohl nirgends mit größerem Jubel begrüßt wurde als bei den Künstlern und den Kunstjüngern. Kein Wunder, daß das aus ihnen gebildete Bataillon der Akademischen Legion 1848 an Überschwang fast noch mehr leistete als die Studenten der Universität und der Technik. Viele junge Männer aus ihren Reihen, so der Bildhauer Hans Gasser, kämpften bis zu Ende Oktober auf den Barrikaden, und ihr Kommandant, der Maler Aigner, wurde nach dem Einmarsche der kaiserlichen Truppen zum Tode verurteilt, von Windisch-Grätz jedoch begnadigt. Im Sturmgebraus der Revolution kam es jedoch auch zu einer künstlerischen Tat, die lange nachwirken sollte.

Lange vorher hatten sich die Architekten gegen den Despotismus des Hofbaurates Sprenger aufgelehnt, der noch zuletzt den Bau der Altlerchenfelder Kirche in Wien an sich zog. Die zopfigen Pläne waren entworfen und die Fundamente der Kirche

---

[1]) Villa Arthaber, später Villa Wertheimstein, jetzt im Besitze der Stadt Wien. Die Fresken wurden in den dreißiger Jahren gemalt.

[2]) Außer Schwind, Steinle und Rahl haben auch Marko und der Bildhauer Ludwig Schaller ihr Vaterland unter widrigen Verhältnissen verlassen müssen, Rahl allein kehrte später zurück.

bereits gelegt, als die unmutigen Künstler im April 1848 bei der Regierung die Einstellung des Baues erwirkten; ein allgemeiner Konkurs wurde für einen neuen Plan ausgeschrieben, der einem jungen, in Wien lebenden Schweizer, Johann Georg Müller, den Preis eintrug. Es war ein Glück, daß dies noch im September 1848 geschah, einen Monat vor Niederwerfung der Revolution; denn etwas später hätte Sprenger wohl das aufrühreriche Beginnen niedergeschlagen. So aber blieb es beim Siege der neuen Richtung; es geschah etwas in der gesamten Kunstgeschichte nicht gerade Gewöhnliches: obwohl Sprenger der oberste Leiter des Bauwesens der Monarchie blieb, wurden die bereits gelegten Fundamente seines Baues herausgenommen und es erhoben sich die feinen Linien der neuen, im italienisch-romanischen Stile entworfenen Kirche Müllers. In edler Aufwallung war die Tyrannei gebrochen worden, ein Beginnen, mit welchem nicht unwürdig eine der schönsten Zeiten der neueren Baukunst anhebt. Denn das bescheidene Werk Müllers, der, bald vom Tode hinweggerafft, die Vollendung seiner Kirche nicht erlebte, war das erste in der Reihe der Baudenkmäler, mit denen dann Wien in reicher Folge geziert wurde.

Für diese neue Epoche war es bedeutungsvoll, daß mit Kaiser Franz Joseph ein Regent den Thron bestieg, der sich in seiner Jugend selbst in der Kunstübung versucht und damit sein Auge geschärft hatte. Sein unbefangener Sinn machte ihn für alles Schöne empfänglich; er hat es bis in sein hohes Alter für eine seiner Herrscherpflichten angesehen, Künstler zu ermuntern und zu fördern.

Der neue Unterrichtsminister Graf Leo Thun war von gleichem Streben getragen und berief seinen Bruder Franz Thun als Ministerialrat und Kunstreferenten an seine Seite. Wir wissen bereits, wie wohltätig der letztere bis dahin auf das Kunstleben in Prag gewirkt hatte; es sollte sich aber zeigen, daß die beiden Brüder gemäß ihrer streng kirchlichen Richtung doch nur für die religiöse Kunst, allenfalls auch für das Historische und Monumentale Sinn besaßen, während das farbenfreudige, gestaltenfrohe Treiben des Wiener Lebens sie fremd anmutete. Obwohl Leo und Franz Thun zum Tschechentum neigten, hul-

digten sie den Ideen von christlich-germanischer Kunst, wie sie Reichensperger entwickelte. So gingen von ihnen auf der einen Seite fruchtbare Anregungen aus, aber es ergaben sich auch schwere Mißgriffe [1]).

Der Beginn des neuen Regiments war löblich. Im Jahre 1850 wurde die Zentralkommission zur Erhaltung der älteren Baudenkmale eingesetzt und am 8. Oktober desselben Jahres wurde ein neues, wohlerwogenes Statut für die Wiener Kunstakademie erlassen, eine Reihe tüchtiger Lehrkräfte angestellt, in erster Linie Rahl und Gasser. Das dauerte aber kaum ein Jahr, denn die Regierung erschrak bald über die Wahl der beiden Revolutionäre und verfügte ihre Entlassung. Darauf erhielt die Akademie 1852 einen neuen Direktor — das Amt wurde damals für Lebenszeit verliehen — und zwar in der Person des Historienmalers Christian Ruben (geboren 1805 zu Trier, gestorben 1875). Er war ein Cornelius-Schüler, ein gebildeter, liebenswürdiger Mann, aber ein mäßiges Talent, dessen zahlreiche historische Fresken und Bilder heute keinen Anteil mehr erwecken. Graf Franz Thun hatte 1842 seine Berufung als Akademiedirektor nach Prag durchgesetzt und brachte ihn jetzt nach Wien mit; dem Maler Waldmüller, der seine Verwunderung über die Berufung Rubens aussprach, machte er das Geständnis, man habe Ruben das höhere Gehalt zuwenden wollen. Indessen hatte dieser als Lehrer manche Erfolge, wie seine Schüler Manes, Trenkwald, Laufberger u. a. bekunden. Waldmüller stand jetzt mit seiner modernen und koloristischen Art an der Akademie den Romantikern Führich, Kupelwieser und Ruben allein gegenüber, und bei seinem Feuergeist kam es zum Bruche. Er veröffentlichte eine zweite Broschüre gegen den akademischen Unterricht und ging diesmal noch schärfer ins Zeug, so daß eine hochnotpeinliche Untersuchung gegen ihn angestrengt wurde. Der Unterrichtsminister gab seinen Gesinnungsgenossen an der Akademie Recht und stellte sich, als Waldmüller bei ihm vorsprach, auf den bureaukratischen Standpunkt: wenn er auch die Wahrheit der gegen die Akademie erhobenen

[1]) F. Burgerstein, „Graf Franz Thun-Hohenstein" (Wien 1871).

Vorwürfe Waldmüllers nicht bestreiten wolle, so sei es doch einem Professor der Anstalt nicht erlaubt, damit vor die Öffentlichkeit zu treten. Darauf wurde Waldmüller seines Amtes enthoben und mit ganzen 400 Gulden in den Ruhestand versetzt, nachdem er 27 Jahre Professor gewesen war. Das geschah 1857, und statt jeder Kritik sei nur die Tatsache erwähnt, daß ein Jahr darauf Hans Makart von den frommen und gelehrten Professoren der Akademie so wenig beachtet wurde, daß er in seine Vaterstadt Salzburg zurückkehrte. Waldmüller aber widerfuhr eine zweite schwere Kränkung. Er wollte sich vor dem Kaiser selbst rechtfertigen und reichte beim Oberstkämmerer Grafen Lanckoronski ein Gesuch um eine Audienz beim Herrscher ein, wurde aber abgewiesen; und als er etwas später den Kaiser um den Ankauf eines seiner Werke bat, wurde ihm die Bittschrift vom Oberstkämmereramt zerrissen zurückgeschickt. Aber gerade damals trugen seine Bilder auf einer Ausstellung zu London einen wahren Triumph davon, und nach dem Rücktritte der beiden Brüder Thun dachte man daran, das ihm widerfahrene himmelschreiende Unrecht gutzumachen. Die Leitung der Unterrichts- und Kunstangelegenheiten gehörte nach 1860 in den Bereich des Staatsministeriums, an dessen Spitze Schmerling stand; unter ihm nun wurde Rahl 1863 zum Akademieprofessor ernannt und Waldmüller erhielt einen Orden. Der stolze Künstler brachte die Auszeichnung jedoch dem Minister mit der prächtigen Begründung zurück, er wäre noch „in der Straf" und des Ordens somit nicht würdig. Erst als Schmerling sich bereit fand, eine Rechtfertigungsschrift von ihm entgegenzunehmen und sie dem Kaiser vorzulegen, nahm er den Orden an. Damals wurde ihm auch, nachdem der Kaiser ihm eine Audienz gewährt hatte, sein Ruhegehalt verdoppelt.

Weltkinder wie Waldmüller, Rahl und Gasser fanden in den Augen des Grafen Leo Thun kein Wohlgefallen, dafür verdankt die religiöse Kunst ihm und seinem Bruder gedeihliche Förderung. Franz Thun hatte bereits in Prag den Anstoß zum Ausbau des Veitsdoms, später zur Wiederherstellung der Burg Karlstein gegeben; in Wien kam durch Ernennung Leopold Ernsts zum Dombaumeister von St. Stephan ein neuer Zug in die Ausgestaltung

des ehrwürdigen Doms. Folgenreicher noch war die Berufung Friedrich Schmidts als hervorragenden Vertreters der gotischen Baukunst nach Österreich. Der Schwabe Schmidt (1825—1891) hatte sich beim Ausbau des Kölner Doms und durch Entwürfe zu Kirchenbauten hervorgetan, so daß seine Ernennung zum Professor an der Kunstakademie zu Mailand (1858) ein glücklicher Griff war. Als die Lombardei 1859 verloren ging, zog Leo Thun den jungen Meister nach Wien; damit war vieles gutgemacht, was an seiner Amtsführung auszusetzen ist. Nach dem Tode Leopold Ernsts 1862 wurde Schmidt, nachdem er durch seinen Übertritt zum Katholizismus das kirchliche Hindernis überwunden hatte, Dombaumeister zu St. Stephan und führte den Turm in seiner jetzigen Form auf. Wie er durch seine Werke, besonders durch das Wiener Rathaus, der neuen Heimat die gastfreundliche Aufnahme vielfältig gelohnt hat, gehört bereits in die Geschichte der nächsten Epoche.

Die Gotik war in dieser Zeit der Lieblingsstil der kirchlichen Kreise und es galt für selbstverständlich, daß er auch für die Votivkirche gewählt wurde. Nach der Genesung des Kaisers von dem Dolchstoße Libenyis (1853) rief sein Bruder Erzherzog Ferdinand Max die Öffentlichkeit zu einer Sammlung für eine Sühn-Gedächtniskirche auf, und König Ludwig von Bayern übernahm es, aus den 80 Entwürfen den preiswürdigsten auszuwählen. Der kundige Blick des Königs erkannte dem Plane eines erst 25 Jahre alten Künstlers, Heinrich Ferstel (1828—1883), die Palme zu. Der junge, in Wien geborene Architekt sollte damit den schönsten gotischen Bau des 19. Jahrhunderts schaffen, zugleich aber ein Werk, auf dem wienerische Grazie ruht wie auf keinem anderen dieser Blütezeit der Architektur. Die Bauformen sind streng gotisch, aber alle Erhabenheit dieses Stils ist aufgelöst in eine Anmut, die dem Genius des Ortes wie des Erbauers entspricht: in diesem Gegensatz und seiner Versöhnung liegt der Hauptreiz des Bauwerks. Ursprünglich war für die Votivkirche der Platz über dem Belvedere (in der Nähe des Südbahnhofs) bestimmt und deshalb von Ferstel ein Vierungsturm als Abschluß für den Blick von Wien her entworfen. Als man sich jedoch für den jetzigen Standplatz ent-

schied, verzichtete man auf einen kräftigeren Mittelturm, dafür aber wurde das Längsschiff vergrößert, so daß auch eine entzückende Seitenansicht gewonnen war. Behufs der Bauführung wurde eine eigene Bauhütte geschaffen, für deren Leitung Graf Franz Thun den deutsch-böhmischen Architekten Joseph Kranner empfahl, den er von Prag her kannte und schätzte. Er war der geeignete Mann, durch ihn wurde aus den gelehrigen Wiener Arbeitern eine Schule tüchtiger Steinmetze herangebildet, aus denen auch Friedrich Schmidt die tauglichen Kräfte gewann. — Ferstel hat 1856—1860 noch das Bankgebäude zwischen der Freiung und der Herrengasse geschaffen. Schöne Stiegenanlagen, Gänge und Säle bekunden seine Phantasie, so daß die Beamten der Bank das Gebäude gerne Ferstels Jugendtraum nannten. In der Front gegen die Freiung sind seine Linien die der Renaissance, der sich der Künstler später völlig zuwendete, zuerst in dem 1863 entworfenen Palaste des Erzherzogs Ludwig Viktor, dann im Österreichischen Museum, besonders aber in seinem zweiten Hauptwerke, der Universität.

Das erhöhte kirchliche Leben der Konkordatszeit brachte auch ein hervorragendes Denkmal der religiösen Malerei hervor. Nach Vollendung der Altlerchenfelder Kirche schritt man an ihre Ausmalung, und Joseph v. Führich, hiezu berufen wie kein anderer, entwarf den großartigen Plan zu dem Freskenzyklus: es wurde das ganze „geschichtliche Epos der Kirche" von der Schöpfung bis zur Verklärung dargestellt, auf dem Altar selbst ist Christus als Opfer dargebracht. Eine Anzahl der Hauptkartons entwarf Führich, alle seine Freunde und Jünger, Schulz, Blaas, Kupelwieser, K. Mayer, Binder, Schönmann, Engerth waren an dem von 1854 bis 1861 ausgeführten Werke beteiligt. Führichs Entwürfe werden an Tiefe der Empfindung von keiner kirchlichen Schöpfung des Jahrhunderts übertroffen; der Biograph Steinles erkennt an, daß auch dessen Hauptarbeiten sich mit den markigen Kompositionen Führichs nicht messen können, „worin deutsches Empfinden in mächtigem Schwunge zu erhabener Größe sich erhebt" [1]).

---

[1]) Joseph Popp, „Eduard v. Steinle" S. 31, 89.

So viel über die kirchliche Kunst unter der Verwaltung des Grafen Leo Thun[1]). Neues Leben erblühte aber auch auf anderen Gebieten; den Profanbau haben zwei gleichgestimmte Künstler, Eduard van der Nüll (1812—1868) und August v. Siccardsburg (1813—1868) rüstig gefördert. Sie waren ein geistiges Zwillingspaar: beide in Wien geboren, traten sie gleichzeitig als Schüler in die Akademie, besuchten dann gemeinsam Italien, und im selben Jahre (1844) wurden die unzertrennlichen Freunde Professoren der Baukunst an jener Anstalt. Erschütternd war, daß sie auch im selben Jahre (1868) aus dem Leben schieden, van der Nüll durch Selbstmord, sein Genosse wenige Wochen später am Herzschlag. Als vortreffliche Lehrer zogen sie die namhaften Architekten der nächsten Generation heran, darunter als den berühmtesten Heinrich Ferstel. Sie haben auch an ihren Bauten immer zusammengearbeitet, deren erste die Sophienbadsäle 1846 und das Carltheater 1847 waren. Aber erst beim Bau des Arsenals von Wien entfalteten sie ihr Können. Es entsprach dem frischen Zuge der Zeit, daß die Aufführung dieses mächtigen Waffenplatzes nicht Militäringenieuren, sondern den besten Baukünstlern Wiens übertragen wurde; der junge Kaiser, wohlberaten von seinen Generälen Welden, Augustin und Hauslab, fällte eine in jeder Beziehung fördersame Entscheidung. Van der Nüll und Siccardsburg haben für die Anlage die Hauptsache geleistet, während Hansen im Waffenmuseum das Prunkstück herstellte; Rösner und Förster wurden mit anderen Teilen des Baues betraut. Von den beiden Freunden rühren die Umfassungsbauten und die Kom-

---

[1]) Es ist merkwürdig, wie sehr das Wirken Leo Thuns von der Legende umsponnen ist. Oft und selbst bei Hevesi, „Österreichische Kunst von 1848—1900", S. 124 ist zu lesen, daß unter ihm van der Nüll, Siccardsburg, Schmidt und Hansen, also die trefflichsten Lehrer der Baukunst, an die Wiener Akademie berufen wurden. Das ist aber nur bei Schmidt der Fall, van der Nüll und Siccardsburg fand Leo Thun bereits vor, Hansen wurde erst unter dem Minister Hasner 1868 zum Professor ernannt. Erstaunlich ist auch, daß in Lützows „Geschichte der Wiener Akademie der bildenden Künste" die Absetzung Waldmüllers mit keinem Wort erwähnt ist. Durch all das wird das Bild des Grafen Leo Thun verschoben und verschönert.

mandantur am Eingange her; „eine gewaltige Leistung,“ sagt rühmend Eitelberger; er nennt den inneren Hofraum imposant in seiner Einfachheit und seinen großen strammen Formen. Wie van der Nüll und Siccardsburg auch sonst moderne Aufgaben glücklich auffaßten, zeigt das von ihnen auf dem Stock-im-Eisen-Platz erbaute Warenhaus von Philipp Haas. Aber ihr Hauptwerk ist das Wiener Opernhaus. So interessant aber diese Aufgabe gelöst war, so sollte gerade sie ihnen schweren Kummer bringen und für van der Nüll einer der Anlässe zum Selbstmorde werden. Sie hatten das Unglück, daß das städtische Bauamt, welches nach dem Falle der Basteien die Nivellierung vornahm, sich verrechnete; als das Opernhaus bereits stand, fand man, daß die Ringstraße um drei Fuß höher aufgeschüttet werden mußte, was zur Folge hatte, daß das Gebäude in die Tiefe sank und nun gedrückt aussieht. Dazu trat ein Kampf um künstlerische Prinzipien, bei dem van der Nüll und Siccardsburg vorerst unterliegen sollten, um erst später zu ihrem Rechte zu gelangen. Sie waren nämlich der Überzeugung, es wäre untunlich, die historischen Baustile in ihrer Strenge in unsere Zeit herüberzunehmen; die Geschichte der Kunst solle zwar von den Architekten studiert werden — und sie waren beide darin Kenner — doch so, daß sie dann in freier Wahl und Ausgestaltung ihrem eigenen Genius folgen dürfen. Beim Bau des Opernhauses nun legten sie zwar die Formen der französischen Frührenaissance zu grunde, gestalteten sie jedoch nach ihrem Sinne aus. Nun aber lebten die beiden Architekten in einer Zeit historisierender Kunst, und neben ihnen wirkten Hansen, Ferstel, Schmidt, die ebenso wie der später nach Wien berufene Semper strengere Stilprinzipien vertraten: in ihren Bauten erfochten die Antike, die Gotik und die Renaissance neue Siege. Man warf also den Erbauern des Opernhauses Stillosigkeit und Stilvermengung vor. Merkwürdigerweise nannte man sie Romantiker, mit welchem Worte damals alle diejenigen bezeichnet wurden, die in der Kunst das Recht der Persönlichkeit über die Regel setzten; viel richtiger jedoch ist es, sie als Vorläufer der Moderne zu betrachten, was sich besonders in der Bauanlage des Arsenals kundgibt. Mochte man aber auch am Außenbau der Oper mäkeln, so

erkannte man doch bald, daß in den Innenräumen ein Meister=werk geschaffen war; die vornehme Pracht des Saales und des Treppenhauses, die geschmackvolle Ausschmückung stellen die Wiener Oper allen Bauten dieser Art mindestens gleich. Die beiden Architekten arbeiteten so innig zusammen, daß man ihren Anteil im einzelnen schwer trennen kann; doch war Siccardsburg mehr das konstruktive Talent, während van der Nüll unübertrefflich in der Dekoration war. Er ist deshalb auch der eigentliche Er=neuerer des Wiener Kunstgewerbes geworden, für das er immer zu reizvollen Entwürfen bereit war. Doch ging es mit der Kunst im Handwerk erst dann strack aufwärts, als 1864 das österreichische Museum für Kunst und Industrie gegründet und unter die Leitung Rudolf Eitelbergers gestellt wurde, der auf fruchtbaren Boden eine reiche Saat von Anregungen aus=streute.

Während die Erbauer des Opernhauses, das kommende Neue ahnend, mit Herzeleid zur Grube fuhren, war es den Meistern der historischen Stilarten vergönnt, sich in großartigen Bauten voll auszuleben. Für die Antike entschied sich der Däne Theo=phil Hansen (geboren 1813 zu Kopenhagen, gestorben 1891), der während seiner Lehrjahre in Athen sich mit dem Geiste des griechischen und des byzantinischen Stils erfüllt hatte. Als er 1846 nach Wien übersiedelte, fand er Gelegenheit, sich zuerst in orientalisch=farbigen Bauten zu erproben, darunter die griechische Kirche am Fleischmarkt und das Waffenmuseum im Arsenal. Aber beim Parlamentsbau siegte der griechische Genius in ihm; was schönen Fluß der Linien und die Wirkung großartiger Ruhe betrifft, wird man diesem seinem Hauptwerke den ersten Preis unter den Wiener Prachtbauten zubilligen.

Unter den Künstlern sind die Architekten von der Gunst der Zeit am meisten abhängig. Auch ein Genie unter ihnen verdorrt unbeachtet, wenn in seiner Generation nicht große Bauten aufge=führt werden; stilles Schaffen wie das des Poeten und des Malers reicht zur Entfaltung seiner Fähigkeiten nicht aus. Auf den Bau=meister paßt die Inschrift auf dem Grabstein des unglücklichen Papstes Hadrian VI., des letzten Deutschen auf dem Stuhle des heiligen Petrus: alles hänge davon ab, in welcher Zeit einem

Manne zu leben beschieden ist. Bloß das strategische Talent ist darin dem Architekten vergleichbar; nur in kriegerischen Zeiten glänzt sein Ruhm durch die Geschichte. Den Wiener Baumeistern um die Wende des 19. Jahrhunderts war es gegönnt, durch die Wiener Stadterweiterung — von ihr später — ein Feld zu großem Schaffen zu erhalten: Bauglück steht unmittelbar neben Kriegsglück.

Langsam nur folgte die Bildhauerkunst der kraftvollen Entwicklung der Architektur. Vor 1848 war nur in der Kleinplastik Erfreuliches geleistet worden. J. D. Böhm (1794—1864) war ein trefflicher Medailleur und zog als Direktor der Graveurakademie eine Reihe von Schülern heran, deren hervorragendster Karl Radnitzky war; auf dessen Schultern wieder standen Joseph Tautenhayn und Anton Scharff, tüchtige Künstler in ihrem Fache. Böhm, der Altervater dieser Gruppe, wirkte außerdem als feiner Kenner, der durch seine im Freihause zu Wien befindliche reiche Sammlung und durch seine Unterweisung dem nachwachsenden Geschlechte von Künstlern und Gelehrten, so Eitelberger, das Verständnis für Kunstgeschichte erschloß. — Dagegen sank die Wiener Porzellanfabrik nach dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts von ihrer Höhe herab; es war dennoch ein Mißgriff, als sie 1864 auf Andringen der böhmischen Porzellanfabrikanten aufgehoben wurde, welche ihren parlamentarischen Einfluß dazu benützten, um diese Konkurrenz aus dem Wege zu räumen.

Die Regierung Kaiser Franz Josephs war bemüht, endlich dem Andenken der großen Söhne Österreichs durch Errichtung von Denkmälern gerecht zu werden. Es gab aber keinen heimischen Bildhauer, dem man ein Kolossalmonument anvertrauen mochte. Dagegen zeigte sich der Erfurter Anton Fernkorn (1813—1878), der seit 1840 in Wien lebte, der Kunst des Erzgusses in hohem Grade mächtig. So in der kraftvollen Statue des Lindwurmtöters St. Georg [1]) und in dem trauernden Löwen, den der Kaiser zum Andenken an die Gefallenen für

---

[1]) Im Hofe des Montenuovoschen Palais, jetzt Sitz der Anglobank.

das Schlachtfeld von Aspern formen ließ. Deshalb durfte Fernkorn die Statuen des Erzherzogs Karl und des Prinzen Eugen entwerfen und gießen. Den Erzherzog und sein schlankes Pferd stellte er in fast wirbelnder Bewegung dar, Eugen wieder in voller Ruhe auf dem ansteigenden schweren Schlachtroß. Er erlaubte sich auf dem ersten der beiden Standbilder das Kunststück, die Masse des Erzes ausschließlich auf den Hinterfüßen des Pferdes lasten zu lassen. Da er vom Handwerk des Erzgusses ausgegangen war — Fernkorn hat nie eine Akademie besucht — so verstand er die Technik der Verteilung der Massen und durfte darin etwas wagen. Er rief auch die Wiener Kunst- und Erzgießerei ins Leben, die sich fähig zeigte, die größten Aufgaben zu lösen. Fernkorn sank in geistige Umnachtung und endigte 1878 im Irrenhause.

Unter den in Österreich geborenen Bildhauern sind in erster Linie die Deutschböhmen Joseph und Emanuel Max und der Kärntner Hans Gasser (1817—1868) zu nennen. Die beiden ersten schufen in Prag tüchtige Standbilder. Die Stärke Gassers lag in frischer Anmut und jugendlicher Lebendigkeit, während ihm monumentale Lösungen nicht besonders gelangen. Sein bestes Werk ist sein „Donauweibchen" im Wiener Stadtpark, dessen entzückende Formen denen seiner Geliebten nachgebildet sind, die mit ihrem Kinde trauernd an Gassers Bahre stand. — Es ist merkwürdig, wie sich in der nächsten Generation mit einem Schlage die plastische Begabung in Österreich entfaltete. Der Westfale Kaspar Zumbusch (geboren 1830) schreitet den österreichischen Künstlern noch immer mächtig voran; die lange Reihe trefflicher Bildhauer, Kundmann, Tilgner, Weyr, Helmer, Benk, unter den Tschechen Myslbeck, gereichen ihrem Vaterlande zu hoher Ehre. Ihre zahlreichen geschmackvollen Denkmäler, hinter denen die Berlins im allgemeinen zurückstehen, erhoben Wien zur ersten Kunststätte Deutschlands auf dem Gebiete der Plastik. Es bedurfte also nur des Sonnenscheins, um aus der fruchtbaren Erde die Talente hervorzulocken.

Für die Malerei war das erste Jahrzehnt der Regierung Kaiser Franz Josephs von hoher Bedeutung. Denn auf der

einen Seite erreichten die bewährten älteren Meister (Führich, Waldmüller, Alt, Gauermann, Amerling, Kriehuber) den Gipfel ihrer Künstlerschaft; und gleichzeitig versuchte sich die Wiener Schule auch auf dem Gebiete der Monumentalkunst, der religiösen wie der historischen. Die Erweiterung des Gesichtskreises kam übrigens auch dem Genrebild zugute. Hatten die Maler der Biedermeierzeit liebevoll und ausschließlich das Leben ihrer Heimat abgebildet, so richtete sich jetzt der Blick ins Weite. August Pettenkofen (1822—1889) diente zuerst als Kadett im kaiserlichen Heere, wendete sich dann ganz der Kunst zu und zog gleich dem Landschaftsmaler Alois Schönn 1849 mit in den ungarischen Krieg. In den weiten, sonnigen Ebenen Ungarns ging ihm der Blick für Licht und Farbe auf und er studierte darauf in Paris die französische Malerei mit doppeltem Nutzen. So wurde er als Erbe Waldmüllers einer der ersten Koloristen unter den Malern seiner Zeit. Das Süßliche an den idealisierenden Bildern des Vormärz ist bei ihm völlig geschwunden. Ebenso wie die Farbe beherrschte er die Bewegung, auch dann, wenn er im kleinsten Format malte, worin er selbst Meissonier erreichte. Seine Bilder wie die Leopold Müllers (1834—1892), der die glühende Sonne und die gebräunten Menschen des Orients zum Vorwurf wählte, sind fast mehr in England als in Österreich zu finden; seine Landsleute waren nicht reich genug, so viel zu bieten wie die fremden Käufer. Auch Ludwig Passini (1832—1903) ist hier zu erwähnen, ein Wiener von Geburt und Bildung, der später seinen Wohnsitz nach Italien verlegte.

Während die religiöse Malerei von der Regierung in jeder Weise gefördert wurde, litt die Profankunst unter der politischen Engherzigkeit des Absolutismus. Man hatte in Karl Rahl ein namhaftes Talent zur Verfügung, aber man zog ihn zu wenig und zu spät zu künstlerischen Aufgaben heran. Sonst war der Kaiser allem Schönen zugeneigt und vor allem bestrebt, die österreichische Kriegsgeschichte im Bilde auferstehen zu lassen. Er beschäftigte den Münchener Schlachtenmaler Albrecht Adam (1786—1862), der zu diesem Behufe die Kampfplätze von 1848 und 1849 in Italien und Ungarn bereiste; Adams beide Söhne, Franz und Eugen, haben den zweiten Feldzug Radetzkys in dessen

Hauptquartier mitgemacht[1]). In Wien malte Fritz L'Allemand (später dessen Neffe Sigmund) gleichfalls Szenen aus den Kriegen Österreichs; Friedrich Friedländer erkor sich das Leben der Invaliden zum Vorwurf, leider in endlosen Wiederholungen desselben Stoffes. Auch im Historienbild wurde Gutes geleistet, so von Eduard Engerth (1818—1897), das Beste von Karl Wurzinger (1817—1883), dessen Werk „Kaiser Ferdinand und die österreichischen Protestanten" sich in Charakteristik und Farbe neben den Bildern Pilotys behauptet.

In diese Zeit fallen auch die Anfänge einer nationalen Kunst bei den anderen Volksstämmen der Monarchie. Die Tschechen, am meisten von deutscher Kultur durchtränkt, gingen voran, wobei der Künstlerfamilie Manes der Hauptanteil zufällt. Joseph Manes (1821—1871), ein Schüler Christian Rubens, setzte sich die Erweckung und Verherrlichung seines Volkes zum Ziele, starb darüber in tiefem Elend, wurde aber nach seinem Tode geehrt und gefeiert. Als Illustrator, so der Königinhofer Handschrift, wie als Holzschneider bemerkenswert, ist er doch weniger als Künstler denn als nationaler Pfadfinder zu nennen. Jaroslaw Czermak (1831—1878), dann in der nächsten Generation eine Reihe strebsamer Maler haben in seinem Sinne weitergearbeitet. Höher stehen die beiden polnischen Meister Arthur Grottger (1837—1867) und Johann Matejko (geboren 1838). Beide sind sie in Galizien zu Hause und studierten eine zeitlang an der Wiener Akademie, wie es überhaupt Österreich zur Ehre gereicht, daß die nationale polnische Kunst auf seinem Boden erblühte, vielfach gefördert vom Kaiser und der Regierung. Matejko war durch viele Jahre Direktor der Krakauer Kunstakademie. Zuletzt traten die Ungarn auf den Plan, um aber mit Michael Munkacsy (eigentlich Michael Lieb), geboren 1846 zu Munkacs, gestorben 1900, alsbald einen berühmten Künstler zu stellen.

Das ist übrigens eine spätere Entwicklung. In dem Jahr-

[1]) Albrecht Adam malte die Schlachten von Custozza und Novara für die neue Pinakothek in München; 1851 bereiste er im Auftrage des Kaisers Ungarn, um die Schlacht von Temesvar zu malen. Seine Söhne Franz und Eugen gaben „Erinnerungen aus dem Feldzuge der österreichischen Armee in Italien 1848 und 1849" in 24 lithographischen Blättern heraus.

zehnt nach der Revolution stand Karl Rahl im Mittelpunkte des Interesses. Zu Wien 1812 geboren, machte er hier auch seine Studien; dann zog es ihn nach Italien, wo er seinen Künstlerruf begründete, worauf er in Deutschland, in Paris und in Kopenhagen mit Erfolg vornehmlich als Porträtmaler tätig war. Im vormärzlichen Wien, wo es für ihn keine rechte Wirksamkeit gab, hielt er sich nur vorübergehend auf. Die kaiserliche Galerie kaufte zwar zwei seiner Historienbilder aus der Geschichte König Manfreds, aber sie wurden im Depot aufbewahrt und nicht dem öffentlichen Bilderschatz eingereiht. Rahl verließ auf der Höhe seiner Entwicklung die mittelalterlichen Stoffe, weil seine Seele von der Liebe zur Antike erfaßt wurde; Genelli hat stark auf ihn gewirkt. Die heiß erstrebte Formenschönheit genügte ihm aber nicht; seine Gestalten wollte er auch in sattes Kolorit tauchen, für das ihm die Venezianer ein, wenn auch unerreichtes Vorbild waren. So trat er früh aus der Malkunst seiner Zeitgenossen in Deutschland heraus und sehnte sich nach einer großen, seines Könnens würdigen Aufgabe. Die schien ihm in Wien geboten, als er sich 1848 zuerst in den Strudel der Revolution stürzte und trotzdem 1850 zum Professor ernannt wurde. Er wurde bald wieder abgesetzt, gründete aber mit 25 Jüngern, die dem geliebten Meister folgten, eine eigene Schule, die zuletzt 80 Maler umfaßte. Denn er war zugleich ein glänzender Redner, voll Glut und Kraft, wenn ihn ein Gegenstand hinriß, voll Witz in Verspottung von Schwächen und Verkehrtheiten. Die Rahl-Schüler waren eine Gilde für sich, stolz auf ihren Lehrer, auf die Philister übermütig herabblickend; eine Reihe von Talenten, so Eisenmenger, Griepenkerl, Bitterlich, Gustav Gaul, Romako, Than und Lotz gingen aus ihren Reihen hervor. Korpulent und breitschulterig besaß Rahl, wie sich Karl Vogt ausdrückte, den Kopf eines Ebers und die Stirne eines Denkers; man erschrak fast beim ersten Anblick seines Gesichtes, aus dem eine wilde, ungezähmte Kraft sprach. Da er aus seinem politischen Radikalismus kein Hehl machte, stand er den Gewalten des Tages im Wege. Daß er als Heide bei der Ausmalung der Altlerchenfelder Kirche übergangen wurde, mochte hingehen; er wurde aber auch bei der Ausschmückung des Waffenmuseums

im Arsenal hintangesetzt. Hansen als Erbauer setzte sich für Rahl ein, und dieser entwarf auch die Skizzen für die Schlachtenbilder aus der österreichischen Geschichte; der Kommandant des Arsenals, Freiherr v. Augustin, stimmte freudig zu, aber die Entwürfe fanden nicht den Beifall des Kaisers und man übertrug Rahl nur die Ausführung einiger allegorischer Gestalten, während der Freskenzyklus der Ruhmeshalle sonst bei Blaas bestellt wurde[1]). Der Tiroler Karl Blaas (1815—1892) war ein gewissenhafter Maler, ohne den Schwung des Genies, so daß von seinen Fresken weder im Guten noch im Schlimmen viel zu berichten ist. Wie anders, wenn der Ruhm der österreichischen Waffen unter dem Pinsel Rahls erstrahlt wäre! Hansen tat auch sonst alles, um seinen Freund zu Geltung und Ehren zu bringen. Wo immer er baute, so in der griechischen Kirche zu Wien, im Sinaschen Palais, im Todeskoschen Hause, vor allem aber am Heinrichshof war auch Rahl als Maler beschäftigt. Es schwebte jedoch ein eigener Unstern über Rahls großen Entwürfen, denn auch der figurenreiche Fries, den er für die Universität Athen zeichnete, wurde erst nach seinem Tode ausgeführt. Endlich schien, als mit Schmerling ein freierer Geist in das Staatsleben einzog, Rahls Zeit gekommen. Er wurde 1863 zum Professor an der Akademie ernannt und erhielt endlich einen bedeutenden Staatsauftrag, den für die Opera seria bestimmten Vorhang des neuen Opernhauses. Die Entwürfe waren fertig — da wurde Rahl 1865 vom Tode hinweggerafft und die Ausführung seinem Schüler Bitterlich übertragen. So raubte ein neidisches Schicksal dem Künstler die Möglichkeit, sein ganzes Können zu erproben. Aus den edlen Linien seiner Kartons spricht eine aufs große gerichtete, reiche Phantasie; selbst

[1]) Karl Blaas erzählt in seiner Selbstbiographie (Wien 1876) S. 242, daß er, als Erzherzog Ferdinand Max ihm mitteilte, er wäre für den Auftrag erkoren, dem Prinzen bemerkte, Rahl hätte doch schon Zusicherungen erhalten. Der Erzherzog erwiderte jedoch: „Rahl hat vielleicht vom Kommandanten des Arsenals, Freiherrn v. Augustin, ein Versprechen, aber der Beschluß hängt nur vom Kaiser allein ab, dem aber das von Rahl vorgelegte Programm mit seinen Allegorien und sagenhaften Entwürfen gar nicht gefällt. Se. Majestät will in dieser Halle die Geschichte Österreichs und die seiner Armee verherrlicht sehen.“

der strenge Cornelius, der die Wiener Malerschule sonst völlig ablehnte, ließ Rahl gelten. Aber diese Entwürfe sagen nur die Hälfte, da Rahls Stärke das Kolorit war. Doch läßt sich nicht leugnen, daß es seinem mächtigen Verstande nicht gelang, seine schönen Gestalten so zu beseelen, daß sie sich dem Beschauer unvergeßlich einprägen; sie strotzen von Gesundheit und Kraft, ohne ein von innen aufsteigendes höheres Dasein zu verraten. Aus Rahl spricht die Sinnen- und Formenlust wie die Farbenfreudigkeit seiner Vaterstadt Wien.

Überblickt man die ganze Reihe von Malern von Danhauser bis Waldmüller, von Alt bis Passini, von Schwind bis Steinle, von Pettenkofen bis Rahl, so strömt aus ihren Bildern immer der Erdgeruch österreichischen Bodens. Sie alle ohne Ausnahme sind in Wien geboren, so daß gesagt werden kann, keine andere Hauptstadt habe ihrem Lande eine solche Reihe von Talenten geschenkt [1]).

III. Die Wiener Stadterweiterung

Das Jahr 1865 bildet in mehrfacher Beziehung einen Einschnitt in der Geschichte Wiens. Wurde doch durch den Tod Waldmüllers und Rahls eine schmerzliche Lücke in die Künstlerschaft gerissen. Doch sorgte das sprossende Leben für einen gewissen Ersatz, denn am 1. Mai desselben Jahres wurde gelegentlich der Praterfahrt des Kaisers die Ringstraße für den Verkehr eröffnet. Neu-Wien stieg aus dem Boden und gewährte weiten Raum für Schöpferlust und Schöpferkraft.

[1]) Doch ist zu bemerken, daß die Väter von einigen von ihnen nach Wien eingewandert sind und gewöhnlich hier die Gattin heimgeführt haben. Rudolf Alts Vater, Jakob Alt, der Vedutenmaler und Lithograph war, wanderte aus Frankfurt a. M. ein; der Vater Rahls war ein tüchtiger Kupferstecher, der aus der Pfalz nach Wien kam; Steinles Vater war ein aus Kempten in Bayern eingewanderter Graveur; der Gauermanns ein Maler, der aus Schwaben kam. Endlich ist noch zu erwähnen, daß van der Nüll der uneheliche Sohn eines Württembergers war, des späteren Generals Freiherrn v. Welden. Offenbar war die Verbindung kräftiger reichsdeutscher Väter mit liebenswürdigen Wienerinnen der Kunst besonders förderlich.

Zwischen der ersten und der zweiten Türkenbelagerung wurde die Innere Stadt zu einer der stärksten Festungen der Christenheit ausgebaut; sie war mit Bastionen und Wällen umgeben, durch die zwölf Tore führten; durch sie kam man zu den Glacis, die nicht bebaut werden durften. Dieses Steinmieder hemmte die Entwicklung und schnitt die Altstadt von den Vorstädten ab. Wiewohl nun die Festungswälle im 19. Jahrhundert allen militärischen Wert verloren, widerstrebte die Regierung lange ihrer Niederlegung; wurden sie doch als Mittel zur Beherrschung der Hauptstadt betrachtet. Nach der Revolution von 1848 verstärkte man sogar die Umwallung und baute auf ihrer Höhe hart am Donaukanal die große Franz-Josephs-Kaserne. Ähnlichen Zwecken diente auch das von 1849 an aufgeführte Arsenal. Diese Zustände wurden nachgerade unleidlich, und in der Mitte der fünfziger Jahre trat, da die Baulust stockte, Wohnungsnot in Wien ein, das 1856 innerhalb des Linienwalls 473 950 Einwohner zählte. Endlich traten die militärpolitischen Bedenken zurück und der Kaiser sprach das befreiende Wort, durch welches die Festungswerke beseitigt wurden.

Am 17. April 1857 eröffnete der Kaiser der Ministerkonferenz diesen seinen Entschluß und beauftragte seine Räte mit der Erstattung von geeigneten Vorschlägen. Die Minister des Innern, der Finanzen und des Handels (Bach, Bruck, Toggenburg) traten zu einem Komitee zusammen, dem Bach den Entwurf eines kaiserlichen Handschreibens vorlegte. Nach dessen Durchberatung im Komitee und dann in der Ministerkonferenz wurde das Handschreiben seitens Bachs mit einem ausführlichen Vortrage dem Kaiser unterbreitet; am 20. Dezember 1857 erfolgte die Unterschrift. Im kaiserlichen Handschreiben und im Vortrage Bachs sind die Linien des Werkes bereits in der Hauptsache gezogen. Der Bau der Ringstraße (die diesen Namen erst später erhielt) wie der Lastenstraße wurde vorgezeichnet, die Ausschreibung einer Konkurrenz zur Gewinnung eines Regulierungsplanes angeordnet. Der ganze Raum der Festungswerke und dann bis zu den ersten Häusern der Vorstädte wurde dem zu schaffenden Stadterweiterungsfonds als Eigentum zugewiesen. Im Jahre 1911 wurden von diesem Fonds die letzten Baustellen veräußert; er hatte im

ganzen die Verfügung über 2,4 Millionen Quadratmeter gehabt, von denen etwa 900 000 Quadratmeter verbaut wurden, während für Gärten, Straßen und Plätze 1,5 Millionen Quadratmeter bestimmt blieben. Der Erlös aus den Baustellen sollte vom Stadterweiterungsfonds zunächst zur Niederlegung der Festungswerke, dann aber zur Aufführung öffentlicher Bauten verwendet werden [1]).

Damit war auch die Entscheidung über eine wichtige Rechtsfrage gefällt, wem nämlich das Verfügungsrecht über die Flächen des Festungsgürtels zustehe. Begründeten Anspruch erhob die Stadt Wien, weil sie nach urkundlichen Zeugnissen den Grund und Boden, auf dem man seinerzeit die Fortifikationen errichtete, aus eigenen Mitteln beigestellt hatte. Doch wurde ihr dieses Eigentum seit jeher vom Staate bestritten und von diesem für das Militärärar in Anspruch genommen. Um nun ihr Recht für immer zu sichern, rief die Stadt zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Entscheidung der Gerichte an. Da die Regierung jedoch allen Grund hatte, das gerichtliche Urteil zu scheuen, so tat Kaiser Franz einen Machtspruch, der für den Absolutismus so bezeichnend ist wie kaum eine andere Maßregel: er verbot dem Magistrat einfach die Fortführung des Prozesses. Dieser Rechtsstreit wurde in dem Augenblick von praktischer Wichtigkeit, als der Festungsgürtel fiel, da es sich um die Verfügung über viele Millionen Gulden handelte. Aber auch jetzt entschied die Regierung ohne Spruch der Gerichte aus eigener Machtvollkommenheit. Nur wählte man klugerweise einen Ausweg zum Ausgleiche zwischen den widerstrebenden Interessen. Es wäre nackte Gewalt gewesen, den Erlös der Bauflächen einfach für den Staatsschatz einzuziehen; deshalb eben wurde durch das kaiserliche Handschreiben vom 20. Dezember 1857 ein eigener Fonds gebildet und zugleich verfügt, daß er ausschließlich zum

---

[1]) Für die obige Darstellung wurden die Akten der Stadterweiterungskommission benützt. — Vgl. „Die bauliche Neugestaltung der Stadt" von Karl Weiß in dem Sammelwerke „Wien 1848—1888", 2. Band, und die Aufsätze von Joseph Bayer und Karl Mayreder in dem Sammelwerke „Wien am Anfang des 19. Jahrhunderts", herausgegeben vom österreichischen Ingenieur- und Architektenverein (Wien 1905/6).

Wohle der Hauptstadt zu verwenden sei, vornehmlich für Bauten des Staates und des Hofes in Wien selbst.

Indessen gab sich der Wiener Gemeinderat damit nicht zufrieden und machte der Regierung am 3. April 1860 einen umfangreichen Gegenvorschlag, der im wesentlichen darauf hinauslief, daß die Stadt alle Vorteile und Lasten der Stadterweiterung zu übernehmen hätte, wofür sie dem Staate zwölf Millionen Gulden als Entschädigung zahlen wollte. Die Regierung lehnte das Anerbieten jedoch ab und es blieb bei den 1857 festgestellten Grundsätzen. Nun stand der Gemeinderat vor der Frage, ob er den alten Prozeß wieder aufnehmen solle. Dies wurde aber unterlassen, weil der Fortgang der Stadterweiterung allgemein befriedigte und man sich sagte, daß die Stadt selbst schwerlich etwas Schöneres und Größeres zustande brächte. So blieb die Ausführung des Planes in den Händen der zu diesem Behufe von der Regierung eingesetzten Stadterweiterungskommission, deren Vorschläge in wichtigen Angelegenheiten vom Minister des Innern dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt wurden; der Herrscher sprach in allen Fällen selbst das letzte Wort. Die Seele der Kommission war der von Bach zum Referenten bestellte Sektionsrat Franz Matzinger, der später als ihr Präsident wirkte. Da die Stadt nach 1857 den Prozeß nicht wieder aufnahm, so verjährten nach Ablauf von vierzig Jahren ihre Rechte; Neu-Wien war damals bereits zu seiner Schönheit erblüht.

Die erste große Arbeit bestand in der Festsetzung des Regulierungsplans. Bei der internationalen Konkurrenz wurden 85 Pläne eingesendet, von denen drei prämiiert wurden. Aber auch sonst wurde eine Fülle von Anregungen gegeben, so daß man an die endgültige Feststellung des Regulierungswerkes gehen konnte. Hiebei aber ergab sich eine besondere Schwierigkeit. Die Militärs hatten sich der Entscheidung des Kaisers auf Niederlegung der Basteien fügen müssen, sie traten aber jetzt mit ihren Forderungen hervor. Grünne als Chef der Militärkanzlei des Kaisers entsandte den Generalmajor v. Wurmb in die Stadterweiterungskommission und dieser legte hier in den Sitzungen vom 1. Oktober 1858 und 17. Januar 1859 die vom militärischen Standpunkte angeblich notwendigen Maßregeln dar. Im Vorder-

grunde stand, daß der große Josephstädter Exerzier- und Paradeplatz weiter bestehen und eine zweite Kaserne an der Donau erbaut werden müsse. Überhaupt wurde von General Wurmb der Grundgedanke entwickelt, die Ringstraße müsse so angelegt werden, daß sie im Notfalle, also bei einer neuen Revolutionsbewegung in Wien, von gewissen befestigten Punkten aus durch Geschosse bestrichen werden könnte, um so das Einströmen von Massen in die innere Stadt zu verhindern. Zu diesem Zwecke sollte die neu zu erbauende Kaserne (die heutige Rudolfskaserne) mit einem Graben umgeben, mit einem Vorwerk sowie mit Ständen zur Aufstellung von Kanonen ausgestattet werden. Von da bis zum Paradeplatze war, so hieß es weiter, ein ausschußfreier Raum offen zu halten, um die Ausgänge der Alser- und der Josephstädterstraße unter Feuer nehmen zu können. Dasselbe wurde von der Linie zwischen der neuen Kaserne bis zur Franz-Josephs-Kaserne längs des Donaukanals gefordert, um zwischen ihnen die Verbindung zu erhalten. Und weiter: auch auf der Ringstraße sollten befestigte Plätze angelegt werden mit freier Schußwirkung von jedem derselben bis zum nächsten. Hiezu war besonders der Raum vor der Hofburg ausersehen, wo ein Gebäude für das Generalkommando und eines für die Arcierenleibgarde errichtet werden sollte, beide mit befestigten Pavillons. Ebenso ein Wachthaus etwa auf dem heutigen Schwarzenbergplatze; dieses wiederum mußte in der Schußlinie der Franz-Josephs-Kaserne liegen. Das alles entsprang der Furcht vor Aufständen und Bürgerkriegen — lag doch die im Oktober 1848 von der Revolution erzwungene Räumung Wiens noch wie ein Alp auf den Militärs, so daß sie die großartige Entfaltung des hauptstädtischen Lebens beargwohnten.

Besorgten Gemütes vernahmen die Mitglieder der Kommission diesen Orakelspruch, aber gegen den allgewaltigen Generaladjutanten wie gegen die militärischen Forderungen war nicht aufzukommen, so daß der erste Regulierungsplan von 1859 deutlich die Merkmale dieser Einflüsse trägt[1]). Wohl sind in diesen Plan

[1]) Das Original des Regulierungsplanes von 1859 befindet sich im Museum der Stadt Wien, Vervielfältigungen davon in den Akten der Stadterweiterungskommission und in verschiedenen Sammlungen.

die Ringstraße und die Lastenstraße größtenteils in ihren heutigen Linien eingetragen, ebenso die Verbindung zwischen der inneren Stadt und den Vorstädten; die Verteilung der Plätze dagegen wie der öffentlichen Gebäude ist eine ganz andere als die später durchgeführte. Vor allem ist von der Verbauung des Paradeplatzes abgesehen, also des ganzen Raumes der heutigen Universität, des Rathauses und des Rathausparkes, endlich etwa der Hälfte der Baufläche des Parlaments; das machte 216 000 qm, die ihrem bisherigen Zweck gewidmet bleiben sollten. Aber auch der für das Gesamtbild Neu-Wiens entscheidende Raum vor der Hofburg war militärischen Gebäuden vorbehalten. Man sieht hier die Linien für das Gebäude des Generalkommandos und für jenes der Arcierenleibgarde eingezeichnet. Demnach waren die anderen öffentlichen Gebäude mehr seitwärts gedrängt — das Rathaus nach dem Schottenring, die Universität hinter die Votivkirche, endlich die Museen ungefähr dorthin, wo heute die Akademie der bildenden Künste steht. Nur in einem wichtigen Punkte war der ursprüngliche Plan weitherziger als die spätere Ausführung. Man dachte an eine schwächere Verbauung, etwa nur auf einem Fünftel der zur Verfügung stehenden Fläche. Das geschah übrigens schon deshalb, weil man für die nächsten Jahrzehnte nur eine bescheidenere Entwicklung der Stadt erwartete. Doch selbst mit all den Beschränkungen, welche durch die Zeitverhältnisse auferlegt waren, blieb es ein bemerkenswerter Plan, der von der Ausführung übrigens glänzend übertroffen werden sollte.

Gegen diesen Grundplan sind damals und nachher manche Einwendungen erhoben worden. Ein wuchtiger Angriff erfolgte in einer von Eitelberger und Ferstel verfaßten Schrift: sie tadelten es, daß man in Neu-Wien nur für große Baublöcke zu Palästen und Zinskasernen Sinn hatte und nicht auch für Einzelwohnhäuser mit Vorgärten [1]. Es war ein Mangel, daß

[1] Die Schrift führt den Titel: „Das bürgerliche Wohnhaus und das Wiener Zinshaus" (Wien 1860). Als Gegenschrift erschien von F. Fellner „Wie soll man in Wien bauen?" (Wien 1860). Ferstel sollte später seine Idee auf einem anderen Platze durchgeführt sehen: die Anlage des Cottage auf der Türkenschanze wurde von ihm angeregt.

man nicht für einen Zentralbahnhof sorgte, obwohl der Architekt Ludwig Förster in seinem prämiierten Entwurf vorgeschlagen hatte, ihn vor das Invalidenhaus zu setzen; auch hätte man den Stadtgraben zur Anlage eines unterirdischen Schienenweges verwenden können. Mit Recht vermißt man ferner auf der Ringstraße einen Ausblick auf die Karlskirche wie sonstige weite Perspektiven. Mochte aber die Kritik im einzelnen berechtigt sein, so erwies sich die Anlage doch im großen als preiswürdig.

Übrigens waltete über dem Fortgange des Werkes ein guter Stern. Das hing damit zusammen, daß mit dem Falle des Absolutismus die militärischen Einflüsse zurücktraten und daß in der darauf folgenden liberalen Epoche Kunst und Wissenschaft völlig zu ihrem Rechte gelangten; man wetteiferte, die Versäumnisse der früheren Zeit gutzumachen. Am raschesten wurde die Stadt gegen den Kai zu entpanzert; hier brach man am 29. März 1858 den ersten Ziegelstein von der Bastei am Rotenturmtor. Dann wurde die Ringstraße von der Hofburg gegen den Schwarzenbergplatz, gleichzeitig auch der Stadtpark angelegt. Hierauf wandte man alle Aufmerksamkeit dem Raume vor der Hofburg zu. Dort, wo jetzt die Museen stehen, waren, wie wir wissen, ursprünglich Militärbauten, das Generalkommando und die Kaserne der Arcierenleibgarde, geplant. Aber man fand mit Recht, daß dorthin Bauwerke höherer Ordnung gehörten; Minister Schmerling unterbreitete dem Kaiser den Vorschlag, und der Kaiser verfügte demgemäß am 23. September 1864, jene militärischen Gebäude sollten auf den Paradeplatz verlegt werden und an ihrer Stelle die Museen, das Werk Sempers und Hasenauers, erstehen. Das Generalkommando fand seinen Platz gegenüber der Votivkirche, während der Bau des Leibgardehofes 1868 gänzlich aufgegeben wurde.

Noch bedeutungsvoller war das Schicksal des großen Paradeplatzes mit der baumlosen, stauberfüllten Fläche von 216 000 qm; ließ man ihn unberührt, so blieb die Stadterweiterung ein Stückwerk. Unmittelbar nach seiner Berufung trug das Bürgerministerium 1868 dem Kaiser die Bitte vor, hier Wandel zu schaffen, um seine Residenz zur schönsten modernen Großstadt umzugestalten. Am 17. August 1868, am Vorabend seines

Geburtstages, sprach der Kaiser die Genehmigung aus und darauf wurde die jetzige Raumverteilung angeordnet. Die Militärverwaltung wurde damit abgefunden, daß man dem Stadterweiterungsfonds ein Lösegeld von fünf Millionen Gulden auferlegte; angesichts der beengten finanziellen Lage ein erwünschter Zuschuß zu den Heeresauslagen. Erst durch die Verbauung des Paradeplatzes, durch die Schaffung des Parlamentsgebäudes, des Rathauses und der Universität erhielt das moderne Wien seinen schönsten Schmuck. Die früheren Bauten der drei großen Architekten Hansen, Schmidt und Ferstel waren wie eine Vorbereitung für das Hauptwerk ihrer Zeit. In der liberalen Epoche ging die Macht, zum Teile wenigstens, auf das Bürgertum über und dieses hat sich in Österreich auf keinem Gebiete so voll und rein ausgelebt wie in der Neugestaltung Wiens.

Kaiser Franz Joseph hat diese ganze Entwicklung miterlebt und an ihr offenen Sinnes mitgewirkt. Den Vorstellungen einsichtiger Ratgeber folgend, ließ er die Zurüstungen zur militärischen Beherrschung der Ringstraße Stück um Stück fallen. Nur die neuerbaute Rudolfskaserne erinnert an die früheren Besorgnisse; man wollte durch sie in Verbindung mit der Franz-Josephskaserne nötigenfalls die Brücken über die Donau sperren. Aber im Jahre 1901 wurde auch das letztgenannte Gebäude abgetragen und mit den hier entstandenen Straßenzügen fand die Stadterweiterung ihren Abschluß.

Mit den aus dem Erlöse der Baustellen gewonnenen Geldern war man von vornherein so vorgegangen, daß man zuerst einen Schatz von rund 40 Millionen Kronen sammelte. Man verwendete die Zinsen dieser Summe und außerdem das, was sonst aus dem Verkaufe der Bauplätze einging, zu den geplanten Anlagen; der Grundstock des Vermögens blieb dabei unangetastet. Im ganzen standen bis 1911 wohl an 220 Millionen Kronen zur Verfügung, aus denen Straßen und Brücken gebaut, Monumente errichtet und vor allem mächtige öffentliche Bauten aufgeführt wurden [1]. Unter diesen stehen an erster Stelle das Opernhaus, das Burgtheater, die beiden großen Museen, das Staatsarchiv,

[1]) Die wichtigsten Daten über das finanzielle Ergebnis der Stadterweiterung sind im Anhang Nr. 42 zusammengestellt.

die neue Hofburg. Der gesamte Schatz ist das Erbe, das von dem Wien der Türkenbelagerungen den Nachfahren hinterlassen wurde. Die Altvordern kauften den Grund und Boden zusammen, auf dem Kaiser und Reich die Bastionen errichteten, hinter denen die Bürger ein arbeits- und kampfesreiches Dasein führten. Die Enkel haben das Pfund für Werke der Kunst zur Ehre ihrer Vaterstadt verwendet. Es läßt sich wohl aus den alten städtischen Kaufbüchern und Rechnungen feststellen, wie groß die Summen gewesen sind, die in den Türkenkriegen für die Festungsgründe angewiesen wurden. Es war gewiß nur ein kleiner Bruchteil des Wertes dieser Grundflächen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dazwischen wirkten mehrere Generationen mit andauerndem Fleiß und durch die gemeinsame Arbeit aller erhöhte sich der Preis der mitten in der Stadt liegenden Grundflächen. Das gibt ein ähnliches Bild, wie es von den ungeheuren unter der Erde lagernden Kohlenflötzen gebraucht worden ist. Sie sind aus den Wäldern der Urzeit entstanden, weshalb sie von einem geistreichen Naturforscher aufgespeicherte Sonnenwärme genannt wurden. Ebenso war in unserem Falle die Arbeit der Bürger, die in Wien und seinen Vorstädten durch Generationen geschafft hatten, für Enkel und Urenkel aufgespart geblieben und ihr Ertrag erlebte im 19. Jahrhundert willkommene Auferstehung.

XI. Buch

Kirchliches Leben bis zur Aufhebung der Gesetze Josephs II. 1850

Von den die christlichen Bekenntnisse trennenden Glaubenssätzen haben diejenigen, welche über eine höhere Welt zu berichten wissen, viel von ihrer die Staaten und Völker bewegenden Gewalt verloren. Die Dogmen über Dreieinigkeit und Menschwerdung Gottes, über Lohn und Strafe im Jenseits, über den freien Willen und über unentrinnbare Verdammnis werden nach wie vor als kostbares Vermächtnis gehütet, vermögen aber nicht mehr zu wilden Kämpfen zu entflammen. Anders steht es mit den Satzungen über das Kirchenregiment wie überhaupt mit den Machtansprüchen auf dieser Erde. Hier sind die Gegensätze noch immer lebendig, und wenn sie auch nicht mehr zu Religionskriegen führen, so füllen sie nach wie vor wichtige Blätter der Geschichte. Die katholische Kirche verteidigt ihre Gewalt über die Geister und über die Staaten mit nie ermattender Zähigkeit und würde auch das Schwert gebrauchen, wenn ihre Anhänger zu dessen Führung bereit wären. Der Mut, mit dem die Kirche auch unter ungünstigen Zeitläuften an ihren Ansprüchen gegen eine Welt von Widersachern festhält, wie die rastlose Konsequenz ihrer Politik übt auf Gemüter, die sich gerne fremder Leitung anvertrauen, einen wundersamen Reiz; der Schwache findet hier die ersehnte Anlehnung an den Starken. Der Kampf um die Geheimnisse der Gottheit, um Überweltliches und Übersinnliches ist zum Stehen gekommen, das Ringen dagegen um irdische Macht wird so lange währen, als Rom den Anspruch erhebt, die Richtschnur des Glaubens und des Denkens vorzuschreiben.

I. Kirchenpolitik Josephs II.

Auch unter den Katholiken, die im Schoße ihrer Kirche zu leben und zu sterben wünschten, bestand zu allen Zeiten eine Opposition gegen die Machtansprüche Roms. Diese Gegnerschaft organisierte sich auf den großen Konzilien des 15. Jahrhunderts und fand ihre Freistatt in der gallikanischen Kirche, deren Grundsätze wieder von Justus Febronius übernommen und zuletzt von Joseph II. folgerichtig angewendet wurden. Es gehört zu den wichtigsten Wirkungen der Regierung dieses Herrschers, daß die meisten seiner kirchenpolitischen Gesetze bis 1850 in Geltung blieben und auch für das übrige katholische Deutschland vorbildlich waren. Sein großes Ziel war, den österreichischen Klerus von Rom unabhängig zu machen und ihn völlig mit den Interessen des Staates zu verknüpfen. An die Dogmen wollte Joseph II. nicht rühren, hier sollte die Kirche lehren, was ihres Amtes ist. Das ist einer der Gründe, weshalb er den letzten Schritt, die völlige Loslösung der österreichischen Kirche vom Papste, unterließ, welcher Plan seinen Geist längere Zeit beschäftigte. So schuf er wohl eine Staatskirche, die manche Ähnlichkeiten mit der englischen besaß; da sie aber seiner Endabsicht nach innerhalb des Katholizismus bleiben sollte, war der Rückschlag zu dem ultramontanen System offen gelassen, und er ist auch im 19. Jahrhundert eingetreten. Er glaubte, es werde genügen, daß der Staat sich die Entscheidung vorbehalte, wo das Dogma aufhöre und somit sein eigenes Machtgebiet beginne. Diese Grundsätze wurden von Kaunitz in einer am 17. Dezember 1781 dem päpstlichen Nuntius übermittelten Erklärung entwickelt und hinzugefügt, daß die Machtvollkommenheit des Kaisers „alles in sich begreift, was in der Kirche nicht von göttlicher, sondern von menschlicher Erfindung und Einsetzung ist".

Von den kirchenpolitischen Verfügungen Josephs II. sollen hier nur diejenigen ihren Platz finden, deren Kenntnis für den Einblick in die Ereignisse nach 1848 notwendig ist. Das Hauptaugenmerk des Kaisers ging darauf, dem Papste eine Einwirkung auf den Klerus so gut wie unmöglich zu machen. Das Placetum

regium (das vom Landesfürsten beanspruchte Recht, päpstlichen Bullen und sonstigen Verfügungen der Kurie die Veröffentlichung zu gestatten oder auch zu versagen) war bereits von seinen Vorfahren, besonders von Maria Theresia, im einzelnen geübt worden; Joseph machte damit vollen Ernst und ging darin so weit, daß er die Bulle In coena domini, die alljährlich am Gründonnerstag in Rom verlesen wurde, aus den Gebetbüchern der Geistlichkeit herausreißen ließ, weil darin furchtbare Bannflüche über alle Ketzer und ihre Beschützer ausgesprochen sind. Wichtiger noch war, daß den Bischöfen und der Geistlichkeit ein Briefwechsel mit der römischen Kurie nur durch offene Schreiben gestattet war, welche von der Staatsbehörde nach und von Rom befördert wurden. Im Jahre 1781 wurde außerdem jedwede Verbindung der österreichischen Klöster mit ihren Oberen und ihren Ordensgenossen im Auslande verboten. Daraus ergab sich, daß der Einfluß der österreichischen Bischöfe nach unten weiter ausgedehnt wurde. Denn bis dahin waren ganze Orden, einzelne Klöster und manche Domkapitel der bischöflichen Aufsicht entzogen und standen unmittelbar unter Rom; im Jahre 1782 wurde jede derartige Ausnahmsstellung (Exemtion) aufgehoben und den Bischöfen die Oberaufsicht über ihren Sprengel in vollem Umfange übertragen. Während der Papst ferner bisher das Recht des Dispenses von gewissen kirchlichen Regeln besaß, wurden diese seine Reservatrechte auf die Bischöfe übertragen. Dem Heiligen Stuhle wurden demnach alle Befugnisse abgenommen und ihm nur die Ehrenrechte und die Konfirmation der Bischöfe gelassen. Was der Episkopat jedoch auf diese Weise gewann, büßte er auf der anderen Seite wieder ein, indem der Staat seine Oberaufsicht strenger handhabte als je; denn 1784 wurde verfügt, daß Hirtenbriefe und sonstige Kreisschreiben der Bischöfe nur mit Zustimmung der Staatsbehörde veröffentlicht werden dürften. Viele Kirchenfürsten waren mit der neuen Abgrenzung ihrer Befugnisse einverstanden, einzelne, wie Bischof Hay in Königgrätz und Graf Herberstein in Laibach, begeisterte Anhänger Kaiser Josephs; nur drei Mitglieder des Episkopats der Monarchie traten gegen sein System in offene Opposition. Die Staatsjuristen sprachen

gerne davon, daß der Kaiser die Freiheit der österreichischen Kirche begründet hätte: die Freiheit von Rom. Nur war zu bedenken, daß der Absolutismus keine Art von Selbständigkeit duldete, sondern von jedermann unbedingte Unterordnung verlangte. Darauf hielt auch Kaiser Joseph, doch ist es ein großer Zug, daß er es vermied, Märtyrer zu machen; er ließ seine Gegner vielmehr schreiben, was sie wollten, wovon die gegen ihn gerichteten Schmähschriften, zumal ultramontanen Geistes, sattsam Zeugnis ablegten. Er konnte aber mit voller Ruhe Preßfreiheit gewähren, da er mit der öffentlichen Meinung gegen die römische Kurie regierte, welche im Zeitalter der Aufklärung die Macht über die Geister verloren hatte.

Alle diese das Verhältnis der Staatsgewalt zu Rom und zu den Bischöfen regelnden Verfügungen sind nach dem Tode Josephs in Geltung geblieben. Nicht so die Beschneidung der Einkünfte der reichsten Bistümer; nach dem Tode Josephs hielt Leopold II. es für notwendig, die ungarischen Bischöfe von der nationalen Opposition abzuziehen, und er gab ihnen wie auch denen Österreichs das weltliche Gut zurück. Es ist aber bezeichnend, daß nur wenige Bischöfe diesseits und jenseits der Leitha damals in ihren Eingaben die Wiederherstellung der aufgehobenen Klöster forderten; sie verlangten bloß, daß die aus eingezogenem Kirchengut gesammelten Fonds der Kirche zur Verwaltung übergeben werden sollten, was Leopold jedoch abschlug. Die Aufhebung der 700 Klöster — etwa eines Drittels aller in der Monarchie befindlichen — empfahl sich aus praktischen Gründen; es wurde als Wohltat empfunden, daß dadurch die Mittel gewonnen waren, Tausende von neuen Seelsorgestationen zu errichten, was durch die Pfarr-Regulierung von 1783 zum Besten zumal der Gebirgsbevölkerung geschah. Die neu eingesetzten Pfarrer und Kapläne wie die mit besserem Einkommen ausgestatteten älteren Seelsorger haben das Andenken Josephs in Ehren gehalten; scharfe Gegner hat der Kaiser vorwiegend nur unter den Mönchen gefunden.

Sehr ernst war dagegen der Widerspruch, der sich gegen die Eingriffe Josephs in die Bräuche des Gottesdienstes erhob. Der Kaiser ist nach der Empfindung unserer Zeit auch darin zu weit

gegangen. Die Gottesdienstordnung von 1783 enthält die genauesten Vorschriften über die zu sprechenden Gebete wie über alle Kirchenbräuche bis hinab zu der Anzahl von Kerzen, die an Wochen- und Festtagen anzuzünden waren. Er selbst war eine nüchterne, praktische Natur, ihm widerstrebte deshalb der Glanz und Pomp des katholischen Gottesdienstes. Er verbot auch die Wallfahrten in größeren Zügen, ließ die Heiligenbilder ihres wechselnden Putzes entkleiden und die meisten für wundertätig gehaltenen Gnadenbilder wegschaffen. In seinen zahllosen Verfügungen wechselt Verständiges und Verstiegenes; der seltsame, zur Schonung der Wälder erlassene Befehl, die Toten nicht in Holzsärgen, sondern in einer Leinwandhülle zu bestatten, mußte von ihm zurückgenommen werden, weil er allgemeinen Unwillen erregte. In der Bekämpfung abergläubischer Gebräuche ging er deshalb so weit, weil er nicht ein Spötter war wie Friedrich der Große, sondern eine tiefgläubige Natur und nicht gleichgültig mitansah, woran sich das Volk erbaute. In seinen Ländern würde er Springprozessionen wie die zu Echternach nicht geduldet haben; das Wunder des heiligen Januarius wie die Geheimnisse der Grotte von Lourdes hätten bei diesem Feuergeist keine Gnade gefunden. Auf sein Walten und auf den die nächste Zeit beherrschenden Geist der Aufklärung ist es auch zurückzuführen, daß in Österreich Wunderstätten wie die erwähnten nicht bestehen und daß Bigotterie im österreichischen, doch gut katholischen Volke weniger zu Hause ist als sonstwo[1]. Nötigte Luther die katholische Kirche zur Einkehr und Selbstprüfung, wovon die Gegenreformation vielfach Zeugnis gibt, so hat auch Kaiser Joseph tiefe Spuren in dem religiösen Leben seines Landes zurückgelassen.

[1]) Die katholische Religion war für Joseph II. Herzenssache und nicht etwa Herrschaftsmittel wie für Napoleon I., der 1808 die Frage Wielands, weshalb er den von ihm wiederhergestellten Kultus nicht dem Zeitgeiste besser angepaßt habe, mit einem Lachen und mit den Worten beantwortete: „Ja, mein lieber Wieland, für Philosophen ist dieser Kultus freilich nicht gemacht. Denn Philosophen glauben weder an mich, noch an den neuen Kultus, und für die Leute, welche daran glauben, kann man nicht genug Mirakel tun, so wenig wie man ihnen zu viele lassen kann.“ Solche Denkungsart würde Joseph II. mit Entrüstung erfüllt haben.

Zu den zahlreichen Irrtümern der Historiker über die Zeit Josephs II. gehört die immer wiederkehrende Behauptung, er habe sich auf seinem Sterbebette zu einem völligen Widerrufe seiner Reformen entschließen müssen[1]). Für die österreichischen Länder jedoch ist nichts ähnliches erfolgt, nur einzelne ganz bestimmte Anordnungen sind von ihm rückgängig gemacht worden. Aber auch bezüglich Ungarns hat man aus seinem allgemein bekannten Erlasse vom 28. Januar 1790 zuviel gefolgert. In diesem Widerrufe mußte Joseph sich schweren Herzens allerdings zur Wiederherstellung der nationalen Verfassung und Verwaltung Ungarns herbeilassen, wie sie unter Maria Theresia bestanden hatte; aber auch davon nimmt er ausdrücklich drei seiner wichtigsten Gesetze aus: das Toleranzedikt, die Bauernbefreiung und die Pfarr-Regulierung. Außerdem aber ist zu bedenken, daß, um Ungarn zu beschwichtigen, die Zurücknahme nur der verfassungswidrigen Edikte notwendig war. Dagegen sind seine auf Grund von Majestätsrechten getroffenen Anordnungen, bei denen die Zustimmung des Landtags überhaupt nicht eingeholt werden mußte, von seinem Nachfolger zum großen Teile aufrechterhalten worden. Was nun die Kirchenpolitik betraf, so besaßen die Bischöfe als Reichsstände wohl gewisse unantastbare Rechte; in anderer Beziehung jedoch hatte der König von jeher eine ansehnliche Machtfülle; so war er in seinen Erlässen über das Verhältnis der ungarischen Kirche zu Rom nicht an die Zustimmung des Landtags gebunden[2]). Daher kommt es, daß die kirchliche Gesetzgebung Josephs nicht bloß in Österreich, sondern auch in Ungarn in den Hauptpunkten bestehen blieb. Die Verwirrung, die über diese Verhältnisse in den neueren Geschichtsbüchern herrscht, ist übrigens erst seit dem Aufkommen

[1]) Diese irrige Behauptung findet sich unter anderem in den Büchern von Luschin, „Österreichische Reichsgeschichte", und von Gumplovicz, „Kompendium der österreichischen Rechtsgeschichte"; dagegen ist in A. Hubers „Österreichischer Reichsgeschichte" der Sachverhalt richtig dargestellt.

[2]) Über die Majestätsrechte der ungarischen Könige in Kirchensachen vgl. A. v. Virozsil, „Das Staatsrecht des Königreichs Ungarn" II. Band, S. 11—31 und Rudolf Scherer, „Handbuch des Kirchenrechts" (Graz 1886) II. Band, S. 107.

der ultramontanen Strömung eingerissen; die Historiker und die Rechtsgelehrten der früheren Zeit konnten schon deshalb nicht im Zweifel sein, weil die Gerichtshöfe bis 1850 ihre Entscheidungen auf Grund der josephinischen Gesetze fällten.

Kaiser Leopold II. war auch nicht der Mann, um in den Tendenzen der Aufklärung weiter zurückzuweichen, als die Notwendigkeit unbedingt erforderte; war er doch als Großherzog von Toskana noch über die Maßregeln Josephs hinausgegangen. In der kaiserlichen Resolution vom 17. März 1791, der entscheidenden Verfügung über den Gegenstand, sind die den Bischöfen gemachten Zugeständnisse genau umschrieben, doch auch die Punkte bezeichnet, in denen die Regierung festblieb. Darin und in den anderen um diese Zeit herausgegebenen Erlässen ist angeordnet: die der Kirche widerwärtigen Generalseminarien werden aufgelöst; neue Klosteraufhebungen finden nicht mehr statt, auch werden den bestehenden Klöstern Kostbarkeiten nicht mehr entnommen; die Zehnten werden wieder hergestellt; die lateinische Sprache wird ihre frühere Stellung im Gottesdienst wieder erhalten und die Volkssprachen sollen nur in dem Maße zur Anwendung kommen wie vor 1786 [1]). Außerdem wurde für Österreich das josephinische Eherecht abgeändert, für Ungarn sogar aufgehoben und hier die kirchliche Gerichtsbarkeit in Ehesachen wieder hergestellt. — Doch gingen diese Konzessionen nicht so weit, um das josephinische System zu erschüttern. An seinen wichtigsten Normen wurde nicht gerührt, es blieben also, um nur die Hauptpunkte herauszuheben, unverändert bestehen: das Placetum regium; das Verbot der direkten Verbindung der Bischöfe und Klöster mit Rom; die Zensur der bischöflichen Hirtenbriefe durch die Staatsbehörde; die Bestimmungen über den Inhalt und die Methode des theologischen Unterrichts; die Verwaltung des Religionsfonds durch die Regierung; ferner die Pfarr-Regulierung und, was vielleicht am merkwürdigsten ist, auch die Gottesdienstordnung Josephs.

---

[1]) Damit verschwanden die deutschen Gesänge aus der Messe, die von Denis gedichtet, von Joseph Haydn komponiert waren.

II. Kirchenpolitik unter Kaiser Franz und Kaiser Ferdinand

In den ersten Jahren des Kaisers Franz blieben die Männer der Aufklärung in Amt und Würden, nichts änderte sich auch in dem allgemeinen Gange der Kirchenpolitik. Lenkte man irgendwo ein, so geschah es unter Wahrung der Prinzipien, so als 1794 die von Joseph II. verbotenen Wallfahrten wieder gestattet wurden, den Behörden jedoch aufgetragen ward, durch gütliche Vorstellungen diesem „Mißbrauche" ein Ende zu machen[1]. Bald aber änderte sich auch der Geist, in dem die Gesetze Josephs und Leopolds gehandhabt wurden. Die französische Revolution erschütterte in den Machthabern die frühere Selbstgewißheit; sie sahen sich nach Stützen um, und während Joseph die römische Kirche als Gegnerin der staatlichen Autorität behandelte, wurde sie jetzt im Kampfe gegen die revolutionären Ideen als Genossin willkommen geheißen. Von 1800 ab knüpfte sich der Bund der Staatsgewalt mit Rom aufs neue. Indessen trat auch Kaiser Franz nichts von seiner Machtvollkommenheit ab und wachte ebenso eifersüchtig darüber, daß die von seinem Oheim und seinem Vater eingerammten Grenzpfähle nicht zugunsten der Kirche verschoben würden. Er hörte jedoch auf die Beschwerde, daß die kirchlichen Angelegenheiten bei den Behörden von antikatholisch gesinnten Laien besorgt wurden. Er setzte also an ihre Stelle katholische Priester; beim Staatsrate wie bei der Hofkanzlei wurden durchwegs, bei den Gubernien (Statthaltereien) meistens geistliche Referenten für die Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten bestellt. Das mußten aber Männer sein, die die Gesetze Josephs und Leopolds im Interesse der Staatsgewalt zur Anwendung brachten. Am wichtigsten war die Stelle des geistlichen Referenten beim Staatsrat, weil von ihm die Vorschläge zur Besetzung der Bistümer ausgingen. Hier nun

[1]) Das Hofdekret vom 29. November 1794 sagte darüber: „Se. Maj. haben anzubefehlen geruhet, daß die Wallfahrten nie mit Strenge angehalten und zurückgeschickt werden sollen, sondern die Kreis- und Wirtschaftsämter, dann der Kuratklerus dahin zu trachten haben, damit dieser tief eingewurzelte Mißbrauch bei schicklicher Gelegenheit durch gütliche Vorstellungen geschwächet und nach und nach vertilget würde."

waltete mit dem Titel eines Staats- und Konferenzrats von 1802 bis 1828 Martin Lorenz, ein Josephiner vom Scheitel bis zur Sohle. Joseph II. hatte ihm die Stelle eines Vorstehers am Generalseminar zu Graz übertragen, und Lorenz änderte seine Grundsätze auch nicht unter der neuen Regierung. Nie würde er einen ultramontan gesinnten Priester zum Bischof vorgeschlagen, nie den Rechten des Staates ein Titelchen vergeben haben. Bei seinem untadeligen Lebenswandel genoß er große Autorität und man nannte ihn halb im Ernst, halb im Scherz den österreichischen Papst. Er war nicht der Mann nach dem Herzen des Kaisers, zu aufgeklärt, zu unbeugsam, aber Franz nahm ungern Änderungen vor und ließ ihn im Amte. Viel näher stand dem Kaiser der Burgpfarrer Jakob Frint, der 1834 als Bischof von St. Pölten starb, ein Mann voll katholischen Eifers, unduldsam gegen alles, was er für Unglauben und Freigeisterei hielt, ein Beichtvater, der das Gewissen des Kaisers gegen die Ideen der Zeit aufrief und schärfte. Er würde jedoch das Vertrauen des Herrschers verloren haben, wenn er für die Ansprüche Roms das Wort geführt hätte. Er war ganz von dem Polizei- und Bevormundungsgeist der Epoche erfüllt, somit nach römischer Auffassung gleichfalls ein Partisan der österreichischen Staatskirche. Er war ein Gegner der Jesuiten und am Ende seines Lebens widerfuhr ihm, dem Verfolger Bolzanos, das Mißgeschick, daß auch sein Lehrbuch der Religionswissenschaft auf den Index gesetzt wurde [1]). Nach Lorenz wurde Burgpfarrer Wagner, der etwas weiter rechts stand, provisorisch geistlicher Referent im Staatsrat. Er bestimmte den Kaiser, mit Rom in Unterhandlungen über ein Konkordat zu treten; Franz wollte es sich nicht immer vorwerfen lassen, daß das Regiment in seinem Staate den Satzungen der Kirche Christi widerspräche. Er dachte jedoch nicht daran, sich seiner Machtfülle zu entschlagen, sondern wollte nur eine oder die andere Härte der Gesetze mildern; auch ging er von der Annahme aus, Rom werde sich ihm zuliebe, dessen treue kirchliche Gesinnung nicht angezweifelt

---

[1]) Metternichs „Nachgelassene Papiere“ IV, S. 228—235. „Bolzanos Selbstbiographie“ 2. Aufl., S. 96

werden konnte, zur Anerkennung des österreichischen Systems herbeilassen. Indessen wollte oder konnte die Kurie auf dieses Ansinnen nicht eingehen und die 1833 bis 1834 geführten Unterhandlungen blieben ohne Ergebnis. Nach Wagner wurde Probst Jüstel von 1829 bis 1848 der leitende geistliche Referent, der aus dem Prager Generalseminar hervorgegangen war und die Rechte des Staates wieder schärfer hervorkehrte. Er fühlte sich vor allem als Bureaukrat und hielt die österreichische Geistlichkeit in strengem Gehorsam [1]. Ultramontan gesinnte Geistliche wurden auch jetzt nicht zu Bischöfen und Domherren befördert, anderseits aber Priester, die für Freigeister galten oder des Liberalismus verdächtig waren, verfolgt und abgesetzt. Die Regierung ließ verlauten, daß sie nur Männer des Mittelwegs in den geistlichen Ämtern verwenden könne. Während Joseph II. auch über kirchliche Fragen jedermann schreiben ließ, was ihm beliebte, wurde die Zensur jetzt mit der größten Strenge gehandhabt; romfeindliche Bücher durften in Österreich ebensowenig gedruckt werden wie ein die Päpste verherrlichendes und die Kaiser des Mittelalters verdammendes Werk über Kirchengeschichte. In den amtlichen Lehrbüchern über Kirchenrecht, die unter Joseph den Vorlesungen an den Hochschulen und den Seminarien zugrunde gelegt werden mußten, waren die Anmaßungen der Kurie scharf zurückgewiesen. Bücher dieser Art

[1] Joseph Alois Jüstel, geboren 1765 in Leitmeritz, war unter Joseph II. Zögling des Prager Generalseminars, 1789 Studienpräfekt an dieser Anstalt, 1791 Professor der Moraltheologie zu Prag. Später ging er ganz zur Bureaukratie über, war zuerst 1802 Gubernialrat und Referent in geistlichen und Studienangelegenheiten in Graz, seit 1815 im selben Wirkungskreise Hofrat an der Hofkanzlei zu Wien, 1831 Wirklicher Staats- und Konferenzrat, 1847 Geheimer Rat. Im Jahre 1848 trat er in den Ruhestand und starb 1858 in Wien. — Diese Laufbahn ist für die geistlichen Beamten des Vormärz vorbildlich. Männer ähnlichen Lebensganges wurden häufig zu Bischöfen ernannt, so Regierungsrat Buchmeier unter Kaiser Ferdinand zum Bischof von St. Pölten. Als er noch geistlicher Beamter war, wurde er einmal gefragt, ob es ihm nicht schwer falle, Gesetze auszuführen, die mit den Beschlüssen des Konzils von Trient im Widerspruche stünden, worauf er erwiderte: „Für mich gibt es kein Tridentinum, ich kenne nur die allerhöchsten Befehle" (H. v. Hurter, „Leben Friedrichs v. Hurter" II, S. 295).

wurden später durch zahmere ersetzt, in denen über die Streitpunkte zwischen ultramontaner und staatskirchlicher Auffassung vorsichtig hinweggeglitten war. Wie aber die juristischen Professoren an den Universitäten dachten und lehrten, darüber gibt ein Ausspruch des Kirchenrechtslehrers Dolliner Aufschluß, der zu einem theologischen Kollegen sagte: „Mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch schlage ich Sie tot. Geben Sie mir ein anderes Gesetzbuch und ich werde anders lehren.“ Immer galt der Grundsatz, daß der Geistliche in Ausübung seiner Seelsorgepflichten ein Staatsbeamter sei; dies war ausdrücklich in einem Dekret der Hofkanzlei vom 3. März 1792 zu lesen, wo es hieß: „Ist der Geistliche zugleich Seelsorger, was er allezeit sein soll, so muß er nicht nur als Priester und Bürger, sondern auch, da die Verwaltung der Seelsorge unbeschränkten Einfluß auf die Gesinnungen des Volkes hat und an den wichtigsten politischen Einrichtungen mittelbar oder unmittelbar teilnimmt, als ein Beamter des Staates in der Kirche angesehen werden.“ Der Priester hatte nicht Rom zu dienen, sondern der Hofburg; die Kirche war ebenso eine Anstalt zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität wie die Polizei oder die Justiz.

Die Generation von Bischöfen, die unter diesen Umständen heranwuchs, stellte sich dem Regierungssystem völlig zur Verfügung. Schon Joseph II. hatte sich im allgemeinen nicht über den Episkopat zu beklagen; viele von dessen Mitgliedern sahen es im Grunde gerne, daß der Kaiser dem päpstlichen Absolutismus entgegentrat. Wenn sie Vorstellungen erhoben, so wandten sie sich in der Regel nicht gegen seine Prinzipien, sondern nur gegen die Verletzung der dem Heiligen Vater schuldigen Ehrfurcht. Mit dem System des Kaisers Franz söhnten sie sich vollständig aus. Sie sahen es mit Wohlgefallen, daß der Bund des Staates und der Kirche bei der Umformung des Unterrichtswesens 1804 besiegelt wurde. Der Staat behielt sich die oberste Leitung der Volksschule vor, bestimmte jedoch zu Organen der Schulaufsicht die Pfarrer, Dechante und die bischöflichen Konsistorien, die jedoch in diesem Punkte den Gubernien (Statthaltereien) untergeordnet waren. Bei den Gubernien war der geistliche und Schulreferent wieder ein katholischer Priester.

Ebenso wurden mit Vorliebe Geistliche zu Studienrektoren auch an den weltlichen Fakultäten ernannt. Endlich wurde 1808 den Bischöfen die Leitung des Religionsunterrichts auch an allen höheren Lehranstalten (Universitäten, Gymnasien) übertragen, während bis dahin die betreffenden Anordnungen vom Staate ausgingen. Dabei blieb es auch bis zum Konkordat von 1855, durch welches der Staat vertragsgemäß an die Kirche die Aufsicht über die Volksschulen übertrug. Wünsche dieser Art wurden von den Bischöfen vor 1848 nicht gehegt und wären von der Regierung auch nicht erfüllt worden. Doch wurden die Zügel gelockert, Wallfahrten seit 1815 völlig freigegeben, Teufelsbannungen jedoch nicht zugelassen. Die Behörden erhoben, obwohl die Gesetze nicht geändert wurden, keinen Einwand gegen die Wiederkehr des früheren Glanzes des Gottesdienstes. Die lange verbotenen Orden der Jesuiten und der Redemptoristen fanden gleichfalls Eingang, die letzteren 1819 unter dem Einflusse der ehrfurchtgebietenden Persönlichkeit des Provinzials Clemens Maria Hoffbauer. Metternich sprach den Jesuiten das Wort, aber die josephinisch erzogene Geistlichkeit war ihnen abhold, weil sie von dem römischen System und der unumschränkten Gewalt Roms über Bischöfe und Völker nichts wissen wollte. Daß es im Prinzip beim alten blieb, darüber belehren die Ereignisse nach dem Tode des Kaisers Franz. Die bestehenden strengen Gesetze zur Überwachung der katholischen Geistlichkeit waren mit dem in Europa einziehenden liberalen Geiste nicht vereinbar. Darauf beriefen sich auch die Wortführer der Kirche, insbesondere nachdem der Kölner Streit 1840 von ihr siegreich durchgefochten war. Als Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, war eine seiner ersten Maßregeln die Freigebung des Verkehrs der Bischöfe und der Klöster mit Rom. Seinem Beispiele folgte König Ludwig von Bayern. Erzherzog Ludwig jedoch, nach dem Tode des Kaisers Franz das Haupt der Regierung in Österreich, wollte in keinem Punkte von dem System des früheren Herrschers abgehen; Stabilität der Regierung war sein Grundsatz. Die österreichische Staatskirche bestand also noch beim Hereinbruche der Revolution; sie überlebte auch diese Staatsumwälzung und wurde erst durch die von der

reaktionären Regierung geführten Schläge zertrümmert, worauf die Papstkirche auch in Österreich ihren Einzug hielt.

III. Bernard Bolzano

Für den gleichmäßig auf den Geistern lastenden Druck ist die Behandlung bezeichnend, die der hervorragendste Mann der böhmischen Kirche, Bolzano, und auf der anderen Seite der ultramontane Historiker Friedrich Hurter erfuhr. Hurter wurde auf Empfehlung Metternichs 1845 zum Reichshistoriographen ernannt, mit dem Auftrage, die Geschichte Kaiser Ferdinands II. zu schreiben. Als der erste Band dieses Werkes beendet war, fuhr die Zensur dazwischen und Sedlnitzky ließ ihm sagen, er möchte nur nicht daran denken, vor fünf Jahren etwas drucken zu lassen. Die Polizei nahm, wie sich herausstellte, Anstoß an der ultrakirchlichen Geschichtsauffassung Hurters. „Du wirst Dich verwundern," schrieb er an seinen Sohn am 12. Mai 1847, „daß ich jetzt vom k. k. Reichsgeschichts*schreiber* zum k. k. Reichsgeschichts*schweiger* befördert worden bin." Dieser abenteuerliche Kampf zwischen Metternich, der ihm die Akten des Staatsarchivs zur Verfügung gestellt hatte, und der Bureaukratie (auch der Minister Kolowrat war Hurters Gegner) beweist am besten, wie unhaltbar das Regierungssystem geworden war. Zur selben Zeit ließ die Polizei eine ganze Kiste mit Exemplaren des römischen Breviers nach Rom zurückgehen, weil eine unter Joseph II. getroffene Verfügung dessen Benützung in Österreich verbot. Unmittelbar vor Ausbruch der Märzrevolution schrieb Hurter — am 22. Februar 1848 — an seinen Sohn: „Das Zensurwesen hat sich aber auch in eine so riesenhafte Stupidität hineingearbeitet, daß es wirklich ein Rätsel ist, wie dasselbe in seiner bisherigen Weise noch lange sich wird erhalten lassen." Die Lösung des Knotens im Leben Hurters ist ganz lustspielhaft: durch die Revolution wurde der Druck seines Werkes möglich, aber er verlor durch die Verfügung des Ministers Pillersdorf das Amt des Reichshistoriographen. Da jedoch die gerechte Sache schon hienieden bekanntlich immer siegt, so erhielt

er nach Eintritt der Reaktion 1852 sein Amt zurück und wurde zur Entschädigung für die ihm widerfahrene Unbill in den Adelsstand erhoben[1]).

Das traf nun freilich bei dem schmerzerfüllten Lebensgange Bolzanos nicht zu. Er war der Sohn eines italienischen Kaufmanns, der sich schon früh in Prag niedergelassen hatte, erhielt jedoch von seiner Mutter eine deutsche Erziehung. Geboren 1781, widmete er sich dem priesterlichen Berufe und wurde 1805 Professor der Religionswissenschaft an der Prager Universität, ein Amt, das er durch 15 Jahre bekleidete. Schon in jungen Jahren übte er als Lehrer wie als Prediger durch seine ergreifende Rednergabe, durch gewissenhaftes Eindringen in den Gegenstand wie durch die edlen Eigenschaften seines Herzens eine tiefe Wirkung; seine Schüler, ob sie nun Priester oder Beamte oder Gelehrte geworden sind, haben bis in ihr Greisenalter von ihm mit begeisterter Liebe gesprochen. Neben diesen Gaben eines echten Priesters war ihm aber auch ein Talent für Mathematik in die Wiege gelegt, durch das er zu einem der Bahnbrecher auf diesem Gebiete geworden ist. Seine Bedeutung als Philosoph ist mitunter bestritten worden, in der Geschichte der Mathematik dagegen wird er als Entdecker wichtiger Lehrsätze immer genannt werden. Diesen Anlagen entsprechend wollte er auch in der Philosophie und in der Religion vernunftgemäß und streng logisch emporsteigen, wobei er von den Grundtatsachen des Selbstbewußtseins ausging. Das Christentum, so lehrte er, sei nicht deshalb überzeugend, weil es aus der Offenbarung stammt, sondern weil keine Religion so viel zum Glück und zur Veredlung der Menschheit beiträgt. Das war einer seiner der Orthodoxie besonders anstößigen Sätze. Bolzano wollte damit jedoch nicht etwa Zweifel erregen, sondern diejenigen gewinnen, die außerhalb der Kirche standen. Wie sehr gerade der Katholizismus

---

[1]) Das Nähere bei H. v. Hurter, „Leben Friedrichs v. Hurter" II. Bd., S. 166, 253, 287. Schwarzenberg lehnte es ab, Hurter wieder in sein Amt einzusetzen, und ließ ihm bloß eine Pension von 2000 Gulden zukommen; erst nach dessen Tode wurde er wieder wie früher „k. k. Hofrat und Historiograph".

beseligt, wie er seinen Gläubigen im Leben und im Tode unerschütterliche Sicherheit gewährt: das war ein Lieblingsgegenstand seiner Erbauungsreden. Er schloß sich vielfach Leibniz an; von Kant hatte er viel gelernt, aber er unterschied sich dadurch von ihm, daß er annahm, wir könnten von den subjektiven Vorstellungen, in denen wir leben, zu objektiven Wahrheiten vordringen. Da ihm selbst eine besondere Begriffsschärfe zur Verfügung stand, so hielt er von der menschlichen Vernunft das höchste; sie sei stark genug, auch die vom Glauben überkommenen katholischen Dogmen zu beweisen. Er hat somit in seiner Religionswissenschaft Dreieinigkeit, Sündenfall und Offenbarung auf rein logischem Wege zu begründen versucht. Es läßt sich denken, wie viel Vernünftelei dabei mit unterlief. Auch die Gebote der Ethik waren ihm nichts als Vernunftforderungen, wurzelnd in den Bedürfnissen des allgemeinen Wohls. Merkwürdige Widersprüche lagen also in ihm nebeneinander; sie waren aber durch eine zugleich schlichte und hohe Persönlichkeit zusammengehalten, so daß er von seinen Schülern mit Sokrates verglichen wurde. Bolzano hat mit dem griechischen Philosophen auch das gemein, daß er annahm, die Menschen handelten böse nur aus Mangel an Einsicht; wenn man ihnen die Begriffe des Guten und Wahren nur recht verdeutliche, werden sie nicht bloß belehrt, sondern auch gebessert. Dies aber schien Bolzano höchste Menschenpflicht; deshalb zog er die Lehrtätigkeit des Religionsphilosophen der des Mathematikers vor.

Er erntete damit jedoch bei der Kirche keinen Dank. Eine Denunziation gegen seine Rechtgläubigkeit gelangte nach Rom, worauf die Kurie von der österreichischen Regierung 1819 seine Absetzung verlangte. Zu seinem Unglück hatte ein ihm glühend ergebener Schüler, M. J. Fesl, Vorstand am bischöflichen Seminar in Leitmeritz, unter den jungen Geistlichen der Diözese eine geheime Gesellschaft, den Christenbund, gestiftet, mit der Absicht sittlicher Erhebung der Mitglieder; aber da Geheimbünde überhaupt verboten waren und damals — nach der Ermordung Kotzebues — überall Verschwörungen befürchtet wurden, ward Fesl verhaftet, dann in Wien in einem Kloster in Verwahrung

gehalten; auch zwei andere Priester zu Leitmeritz, Krombholz und Werner, wurden ihres Amtes entsetzt. Bolzano stand dem Christenbund ganz ferne, aber der Regierung galt er für den Anstifter der gefährlichen Bewegung, und man gab ihm den Wink, sein Lehramt in Prag niederzulegen und sich um eine Professur der Mathematik in Wien zu bewerben. Er aber fühlte sich rein von Schuld und besorgte, man werde das Verlassen seiner religionsphilosophischen Lehrkanzel als Eingeständnis auslegen, daß er von den Dogmen der katholischen Kirche abweiche. Er weigerte sich deshalb, worauf man ihn mit der Absetzung bedrohte. Dieses Geschick zog er dem freiwilligen Rücktritte vor. So wurde ohne Verhör und Gericht seine Entfernung vom Lehramte 1819 ausgesprochen. Die Verfolgung, von dem Wiener Burgpfarrer Frint geleitet, dauerte fort, und durch fünf Jahre schwebte er in Gefahr, gleich Fesl der Freiheit beraubt zu werden. In der Zwischenzeit wurde Bischof Hurdalek von Leitmeritz, den man der Schwäche gegen seine schuldigen Priester anklagte, zur Abdankung genötigt [1]; Fesl fand sich nach fünfjähriger Haft zu einem Widerruf bereit; Bolzano aber blieb ungebeugt und verweigerte dem Erzbischof von Prag jede öffentliche Erklärung, die als Zurücknahme einer Irrlehre gedeutet werden konnte. Endlich mußte man, da der sittenreine und tiefgläubige Priester keine Blöße bot, die Untersuchung einstellen. Allein er wurde förmlich geächtet, das Beichthören wurde ihm verboten, ebenso die Erteilung von Privatunterricht. Noch schlimmer war, daß die Zensur nichts, was er zum Drucke einreichte, passieren ließ und ihm keines seiner Manuskripte zurückgab. Diese Unbill widerfuhr seinem Werke über Religionswissenschaft und seinen Erbauungsreden, deren Manuskripte dem Verfasser für immer vorenthalten blieben. Das Niederträchtigste aber war, daß ihm durch Jahre auch der Druck mathematischer Arbeiten unmöglich gemacht war [2].

Alles was ihm blieb war ein kleines Ruhegehalt, das man ihm als ehemaligem Professor nicht entziehen konnte, das aber

---

[1]) J. A. Ginzel, „Bischof Hurdalek", Prag 1873.

[2]) Dies geht aus seiner Selbstbiographie (2. Aufl., S. 79) hervor.

für des Lebens Notdurft nicht ausreichte. Seine Schüler und seine Freunde sorgten jedoch dafür, daß er nicht Mangel litt. Auch das, was ihm hiebei begegnete, hebt sein Schicksal über gewöhnliches Maß hinaus. Als 40jähriger Mann wurde er als Seelsorger an das Totenbett eines Mädchens von 17 Jahren gerufen, um ein schmerzgebeugtes Elternpaar aufzurichten. Seine Trostesworte fanden Eingang in ihre Herzen, und bald verband ihn enge Freundschaft mit ihnen. Die Mutter, Anna Hoffmann, war drei Jahre jünger als Bolzano; sie war eine feine und anmutige Frau, deren Sinn sich unter Bolzanos Leitung zum vollen Verständnisse seines Wesens erschloß. Es war ein zartes Verhältnis, von keinem unreinen Hauch berührt. Auf Einladung des Gatten Joseph Hoffmann zog Bolzano als Gast auf dessen Gut Techobuz bei Prag, wo er sich mehrere Jahre aufhielt. Hoffmann hat seinem Freunde nach dessen Tode ein literarisches Denkmal gesetzt, das, schmucklos und lebenswahr, auch einen Bericht über die Beziehungen Annas zu Bolzano enthält [1]. Nicht ohne Rührung liest man dieses schlichte, von Verehrung und Liebe für die Gattin und den Freund erfüllte Büchlein. Auf Annas Wunsch schrieb Bolzano 1831 die Geschichte seines Lebens oder eigentlich seiner Verfolgungen nieder, eine Arbeit, deren Objektivität und philosophische Ruhe dem Verfasser alle Ehre macht, jedoch die schriftstellerische Wirkung beeinträchtigt. Diese Selbstbiographie, nur für seine Freunde bestimmt, hätte gleichfalls nicht gedruckt werden dürfen, war aber in zahlreichen Abschriften verbreitet und wurde 1836 von Fesl herausgegeben [2].

---

[1] „Bruchstücke zu einer künftigen Lebensbeschreibung des seligen Professors Bernard Bolzano" von Joseph Hoffmann in Techobuz (Wien 1850, gedruckt bei J. P. Sollingers Witwe).

[2] „Bernard Bolzanos Selbstbiographie" (Sulzbach 1836). Die Noten zu der Schrift, von Fesl herrührend, enthalten beachtenswertes Material zur Bildungsgeschichte der Zeit. Fesl ist nicht als Herausgeber genannt; er klagt sich übrigens selbst an (so 2. Aufl., S. 100), daß er durch die Gründung des Christenbunds und durch die Form seines Widerrufs den Feinden Bolzanos Waffen in die Hand gedrückt habe. Eine zweite Auflage des ganzen Buches (samt den Noten) erschien 1875 in Wien bei W. Braumüller.

Da Bolzano nach den bestehenden Gesetzen auch im Ausland nichts drucken lassen durfte, was nicht die österreichische Zensur passiert hatte, so verbanden sich seine ehemaligen Schüler zur Herausgabe seiner „Religionswissenschaft", die sie aus den Vorlesehesten zusammensetzen mußten. Das Werk erschien in vier Bänden 1836 zu Sulzbach in Bayern; man hielt es aber, um den Verfasser nicht neuen Kränkungen auszusetzen, für klüger, seinen Namen auf dem Titelblatte zu verschweigen. Drei Jahre später wurde auch seine „Wissenschaftslehre" in derselben Weise der Öffentlichkeit übergeben.

Erst nach dem Tode des Kaisers Franz milderte sich die Verfolgung. Das schändliche Verbot des Druckes von Bolzanos mathematischen Schriften konnte nicht aufrechtgehalten werden; man erlaubte überhaupt die Aufnahme seiner Abhandlungen in die Schriften der böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften, wenn sie nur nicht religiöse Fragen berührten. In seinem Alter wandte sich ihm die öffentliche Teilnahme zu; unter denjenigen, die ihm in seiner Notlage hilfreich zur Seite standen, befand sich Graf Leo Thun, der spätere Unterrichtsminister. Bolzano sah noch den Sturz des Systems, unter dem er gelitten hatte, und starb am 18. Dezember 1848. Kein Opfer des Absolutismus ist beklagenswerter als er; und selbst über seinem Andenken waltete noch ein Unstern, da nach seinem Tode die Nationalitätenwirren in Böhmen immer höher stiegen, so daß die Geister sich von den ihn beschäftigenden Problemen abwandten. Seine Landsleute, Deutsche wie Tschechen, haben mit ihren sprachlichen Kämpfen so viel zu tun, daß sie ihm eine gute Lebensbeschreibung schuldig geblieben sind [1]).

---

[1]) Ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode hat jedoch der Deutschböhme Husserl, jetzt Professor der Philosophie in Göttingen, wieder an Bolzanos „Wissenschaftslehre" angeknüpft und in seinen „Logischen Untersuchungen" deren Prinzipien weiter entwickelt. — Vgl. auch H. Bergmann, „Das philosophische Werk Bolzanos" (Halle 1909) und das Bolzanoheft der Zeitschrift „Deutsche Arbeit", Jahrgang 1908.

IV. Die Romantik. Klemens Maria Hoffbauer

Es lag eine gewisse Wahrheit darin, wenn die Gegner des Kirchenregiments des Absolutismus von einer Polizeikirche sprachen, die nur scheinbar von den Bischöfen, tatsächlich aber von der Bureaukratie gelenkt werde. Männer wie Frint und Jüstel wurden als Hoftheologen bezeichnet, die dem Staate eifriger dienten als der Religion. Diese Angriffe gingen von zwei Seiten aus. Zunächst von der Gruppe geistig hochstehender Männer, die wie Bolzano von der rationalistischen Bildung des 18. Jahrhunderts beeinflußt waren. Sie aber blieben zum Schweigen verurteilt, während ihre direkten Widersacher, die Romantiker, die Einrichtungen der österreichischen Staatskirche wirkungsvoll untergruben. Das 18. Jahrhundert hatte sich in der großen Revolution ausgetobt und erschöpft; aber wenn durch sie auch die althergebrachte Ordnung niedergeworfen wurde, so waren damit die Ideen und Kräfte der früheren Zeit nicht ausgerottet, sie lebten vielmehr im Kampfe gegen die Revolution und die Gewaltherrschaft Napoleons wieder auf und trieben frische Sprossen. Aus den religiösen Ideen schöpften die Völker vielfach den Mut zum Widerstand gegen Napoleon, durch ihre Pflege wollten die Könige wieder ihre wankenden Throne stützen. Nach langer Pause erstanden zur Verteidigung des Christentums wieder große Schriftsteller und gelehrte Kämpen: Männer wie de Maistre, Chateaubriand, Haller, Adam Müller sahen die katholische Kirche als den Felsen an, an dem sich die aufgepeitschten Wogen der Zeit brechen würden.

Für Deutschland wurde von 1805 an Wien der Mittelpunkt der romantischen Schule; Friedrich Schlegel, Zacharias Werner, Graf Friedrich Stolberg, Klemens Brentano, Ludwig v. Haller, Adam Müller, Joseph v. Eichendorff haben hier kürzere oder längere Zeit geweilt, einige von ihnen in Österreich Ämter und Würden erhalten. Aber nur in der Staatskanzlei faßten sie dank der Unterstützung Metternichs Boden; die innere Verwaltung des Staates und die Universitäten blieben im alten Geleise. Von der öffentlichen Meinung — einen kleinen, allerdings erlesenen Kreis ausgenommen — wurden die Männer der romantischen

Schule abgelehnt, und gerade in dieser Zeit wurde Joseph II. als Bannerträger freierer Anschauungen zum österreichischen Nationalheiligen. In Österreich haben nur die Poesie und die historischen Disziplinen von der Romantik Anregungen empfangen, obwohl auch dieser Einfluß überschätzt worden ist. Es war das Glück und der Ruhm der Wiener medizinischen Schule, daß sie die naturphilosophischen Schwärmereien und Spielereien der Romantik links liegen ließ und die Tatsachen der realen Welt gründlicher Beobachtung und Prüfung unterwarf. Joseph Schreyvogel bekämpfte die romantische Schule in dem von ihm herausgegebenen „Sonntagsblatt", und von ihm schlingt sich die Kette gleichgesinnter Geister über Grillparzer zu dem nach 1859 siegreich vordringenden Liberalismus.

Wenn das kirchlich-religiöse Leben trotzdem auch in Wien neu erwachte, so ist dies kaum auf die aus Deutschland eingewanderten Schriftsteller, sondern auf die Macht der Persönlichkeit eines ungelehrten Mönchs, des Redemptoristen Hoffbauer, zurückzuführen. Dessen größter Schüler, Kardinal Rauscher, bezeugte vierzig Jahre nach dem Tode Hoffbauers, daß ohne ihn das österreichische Konkordat von 1855 nicht möglich gewesen wäre. Die Kirche hat ihn zuerst selig, dann am 20. Mai 1909 heilig gesprochen, am selben Tage wie die Jungfrau von Orleans. Außer Rauscher sind auch der Philosoph Anton Günther, dann der größte Kanzelredner des Landes, Emanuel Veith, und mancher gleichgesinnte Geist unter seinem Einflusse gestanden [1]).

Klemens Maria Hoffbauer wurde 1751 zu Taßwitz in Mähren als Sohn armer Eltern geboren und erlernte das Bäckergewerbe. Von Jugend an lebte er in schwärmerisch-religiösen Vorstellungen, die ihn bestimmten, zuerst durch zwei Jahre als Eremit in einem Walde seiner Heimat zu leben und dann, immer noch als Bäckergeselle, nach Rom zu pilgern. Hier trat er in seinem 34. Lebensjahre als Novize in den von Alfons v. Liguori 1732 gegründeten Redemptoristenorden. Liguori lebte noch hochbetagt und hörte es gerne, daß Hoffbauer nach seiner Priesterweihe 1787 den Entschluß faßte, dem Orden auch nörd-

[1]) S. Brunner, „Clemens Maria Hoffbauer" (Wien 1858).

lich von den Alpen Verbreitung zu verschaffen. Hoffbauer wandte sich zuerst nach Wien, traf aber hier zu der Zeit ein, als die Dekrete Josephs über die Klosteraufhebungen wie ein Hagel niedergingen. Von einer neuen Ordensniederlassung konnte somit keine Rede sein. So ging Hoffbauer nach Warschau, wo er eine Stätte seines Ordens gründete und eine umfassende Missionstätigkeit entfaltete. Zum Generalvikar des Ordens nördlich von den Alpen ernannt (1792), versuchte er ihm auch in der Schweiz und in Süddeutschland Eingang zu verschaffen. Der von ihm mit Begeisterung und mit Klugheit aufgeführte Bau stürzte jedoch zusammen, als Napoleon Warschau in Besitz nahm; die Kongregation wurde aufgehoben und die Redemptoristen des Landes verwiesen. Hoffbauer wirkte darauf in Wien als Seelsorger und fand durch die Napoleonischen Kriege in der österreichischen Hauptstadt den Boden aufgelockert, willig seine Aussaat zu empfangen. Gleichzeitig mit den Romantikern hielt er seinen Einzug, ganz anders aber wie sie gewann er die Gemüter. Die Schlichtheit und Wahrhaftigkeit seines Wesens, seine innige Frömmigkeit wirkten überzeugend; er predigte nicht Askese, sondern Wohltun; nichts Kopfhängerisches war an ihm zu bemerken, sondern eine kerngesunde, heitere Frömmigkeit, die sich humoristisch, selbst derb aussprach, was aber nicht hinderte, daß er seine Zuhörer auch zu Tränen rühren konnte. Wie mit magischer Gewalt zog er die Gemüter an sich; mit feiner Seelenkenntnis hielt er sie dann fest. Er bekehrte manche protestantische Familie; Friedrich Schlegel und Zacharias Werner erkoren ihn zu ihrem Beichtvater, und Werner hat von ihm gesagt, unter den Männern der Zeit stünden drei voran, mit Napoleon und Goethe wäre nur Hoffbauer zu vergleichen. In den leitenden Kreisen der Geistlichkeit begegnete er jedoch Mißtrauen, er und seine Schüler wurden Mystiker und Päpstler genannt, die sich nicht in die Zeit schickten. Da die Redemptoristen in Österreich nicht zugelassen waren, so nahm die Polizei an den in Hoffbauers Wohnung stattfindenden Versammlungen von Gläubigen Anstoß; deshalb wurde er einmal auch vor das erzbischöfliche Konsistorium zu einem Verhör vorgeladen. Aber aus diesen übrigens nicht gefährlichen Anfechtungen ging er sieg-

reich hervor; der Erzbischof nahm sich seiner an und er durfte 1819 in Wien eine Niederlassung seines Ordens errichten. Im Jahre 1821 wurde auch den Jesuiten die Gründung eines Kollegiums gestattet, das zu Starawies in Galizien seinen Sitz hatte.

Als Hoffbauer 1820 starb, hatte er in dem sonst josephinisch gesinnten Wien einen Kreis treuer Verehrer gewonnen. Es war der Zahl nach keine große Gemeinde, aber sie umschloß die späteren geistigen Führer des österreichischen Katholizismus. Es ist in Hoffbauers Lebenswerk wie bei mancher anderen historischen Erscheinung schwer zu sondern, wie viel die Persönlichkeit als solche durchsetzte und wie weit ihr die Stimmung der Zeit entgegenkam. Anton Günther liefert zu dieser wichtigen Frage in seiner Selbstbiographie einen Beitrag. Er selbst hatte den Weg zum Christentum zurückgefunden, noch ehe er Hoffbauer kennen lernte, wesentlich unter dem Eindrucke der schweren Kriege und des Erwachens des religiösen Lebens; dann aber fühlte er sich durch Hoffbauer angezogen und wurde durch dessen Vorbild bestimmt, das priesterliche und das Mönchskleid anzulegen.

V. Antonio Rosmini. Anton Günther

Im Schoße des Katholizismus machten sich zur Zeit der Julirevolution neue Ideen und neue Männer geltend. Sie waren von der Zuversicht beseelt, daß Gewissens- und Geistesfreiheit auch innerhalb der Kirche möglich wäre. In Frankreich war Lamennais der Führer, in Italien Rosmini, in Deutschland wurde es Döllinger. Sie lebten der Zuversicht, daß die Kirche der Seele einen unvergänglichen Schatz von Erhebung und Erlösung biete, ohne dabei die freie Forschung in Fesseln schlagen zu müssen. Bald stießen jedoch diese Idealisten mit der Tatsache zusammen, daß die Kirche nicht bloß eine Heilsanstalt sein, nicht bloß die Gläubigen beseligen will, sondern daß ihre Einrichtungen zugleich ein gewaltiges Instrument der Herrschaft sind, um sich die Menschen zu unterwerfen. Hier schieden sich die Geister. Der erste Schlag fiel mit der 1832 erfolgten Ver-

urteilung der Lehre Lamennais', der verkündigte, der Katholizismus wäre das Prinzip der Freiheit und die Kirche die natürliche Bundesgenossin der Völker gegen den politischen Despotismus. Dieser Spruch Roms konnte noch für die Verdammung eines gefährlichen politischen Lehrsatzes gelten; vierzig Jahre später aber wurde durch die Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit die Herrschaft Roms über jedes Gebiet menschlichen Glaubens und Wissens ausgesprochen, so daß alle spätere Opposition nichts sein konnte als die Zuckung eines ohnmächtigen Widerstandes.

In Österreich hatte die freiere Richtung ihren tiefsinnigsten Vertreter in Anton Günther, und auch er wurde zwischen den Mühlsteinen Roms zerrieben. Wenn der große Italiener Rosmini nicht auch zu Österreich gerechnet werden kann, so ist dies die Schuld des Staates, der ihn wie so manche seiner hochbegabten Söhne von sich stieß. Denn Graf Antonio Rosmini entstammt einem alten welschtirolischen Adelsgeschlechte und ist 1797 in seinem väterlichen Palaste zu Rovereto geboren; hier besuchte er auch das Gymnasium, eine Stiftung seiner Familie. Zu Padua, damals einer österreichischen Universität, studierte er Theologie und blieb nach seiner Priesterweihe bis 1826 in Rovereto, mit ernster geistiger Arbeit beschäftigt. Hier formten sich bereits die Grundzüge seiner Philosophie, die er zuerst in mehreren Schriften, dann in seinem Hauptwerk „Nuovo saggio sull origine delle idee“ (1835) niederlegte. Er gilt den Italienern als der bedeutendste Denker ihres Volkes im 19. Jahrhundert und seine Lehre lebt noch in zahlreichen Schülern fort. Mit überraschender Ideenfülle verband er die tiefste Frömmigkeit und einen heiligmäßigen Lebenswandel; er gründete 1828 die Kongregation der Brüder der christlichen Liebe mit dem Hauptsitze zu Domodossola in Piemont, wo er auch fortan mit Vorliebe weilte. Da jedoch der Ruf seiner Gelehrsamkeit und seines Liebeswerkes bald Italien erfüllte, so baten ihn das Volk und der Klerus seiner Vaterstadt, die Pfarre von San Marco zu übernehmen, wozu er sich 1834 bereit fand. Aber nur ein Jahr lang war es ihm vergönnt, auch hier eine Fülle des Segens auszusäen. Die österreichische Regierung, mißtrauisch gegen jede

selbständige geistige Regung, legte ihm Schwierigkeiten in den Weg und verbot in engherzig-polizeilicher Auslegung der Gottesdienstordnung Josephs II. die Abend-Oratorien, die er für seine Gläubigen einrichtete. So legte er schon 1835 sein Pfarramt nieder, und auch das in Trient errichtete Haus seiner Kongregation löste sich auf. Seitdem hielt er sich, wenn er auch seine Heimat mitunter besuchte, meistens zu Domodossola und Stresa in Piemont auf und schloß sich immer enger an Italien an, dessen nationale Einigung eine der bewegenden Ideen seines Lebens wurde. Mit dem Abbate Vincenzo Gioberti war er das Haupt der Gruppe italienischer Politiker, welche die Einigung Italiens von einem national gesinnten Papst erhofften, ein Wunsch, der sich in Papst Pius IX. zu erfüllen schien. Gioberti, der schrift- und redegewaltige Tribun, und Rosmini, der Denker, waren philosophische Gegner, aber 1848 wirkten sie zusammen, um Pius IX. bei der Sache Italiens festzuhalten. Diese Politik scheiterte, und mit dem Eintritte der Reaktion wurde Rosminis Konstitutionsentwurf für das zu einigende Italien wie seine Schrift „Von den fünf Wunden der Kirche" auf den Index gesetzt. Jahrzehntelang dauerte dann der Kampf der Jesuiten gegen die Werke Rosminis; die Geschichte dieses Streites ist ein Abbild des Waltens des unfehlbar gewordenen Papsttums. Zunächst zwar wurden nach mehrjähriger Untersuchung die philosophischen Werke Rosminis 1854 von der Indexkongregation für einwandfrei erklärt und Pius IX., welcher der Schlußsitzung präsidierte, äußerte sich damals: „Gott sei gelobt, daß er von Zeit zu Zeit zum Besten seiner Kirche solche Männer (wie Rosmini) sendet". Dann starb Rosmini 1855 und die Angriffe erneuerten sich, bis 1889 vierzig seiner Sätze für ketzerisch erklärt wurden. Der Kirche genügte also auch die freudige Hingebung des edlen Priesters nicht mehr; um so dankbarer war ihm das moderne Italien, das ihm in Mailand ein Denkmal setzte; ein zweites ist ihm von seiner Vaterstadt Rovereto vor seinem Palaste errichtet worden [1]).

[1]) Die beste Biographie Rosminis wurde von seinem langjährigen Sekretär F. Paoli, einem Mitgliede seiner Kongregation, geschrieben und von der Roveretaner Akademie herausgegeben (Della vita di Antonio

Unglücklicher als Rosmini, hat Anton Günther es noch erleben müssen, daß Rom seinen Versuch, Katholizismus und Philosophie zu versöhnen, abwies, so daß sein heißes Bemühen erfolglos blieb. Freilich hatte die Kurie auf ihn, den bescheidenen Wiener Gelehrten, geringere Rücksicht zu nehmen als auf den Religionsphilosophen und Staatsmann, der 1848 vom König von Sardinien als Gesandter nach Rom geschickt wurde und den der Papst zu dieser Zeit in petto bereits zum Kardinal erhoben hatte. Anton Günther war ein Deutschböhme, 1783 zu Lindenau im Leitmeritzer Kreise geboren. Es verdient Beachtung, daß, während die meisten Dichter und Maler Deutschösterreichs im Donaulande zuhause sind, die philosophisch und religiös gerichteten Geister der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend aus den Sudetengebieten stammten. Bolzano und Hoffbauer, Günther und Veith stehen in dieser Reihe. Günther, in dessen Heimatsdorfe pietistischer Sinn und fleißiges Bibellesen waltete, wollte sich von Jugend auf dem geistlichen Berufe widmen, studierte 1806 bis 1809 unter Bolzano in Prag, wandte sich aber, da religiöse Zweifel in ihm auftauchten, dem Rechtsstudium zu. Langsam siegte in ihm jedoch der katholische Glaube, worauf er 1821 die Priesterweihe erhielt. Nun aber wollte er mit doppeltem Eifer der Kirche dienen und deshalb in den Jesuitenorden eintreten; von 1822 bis 1824 weilte er als Novize zu Starawies in Galizien. Er und ebenso seine Oberen erkannten jedoch, daß er sich nicht in die Denkweise des Ordens finden werde; noch wollte er sich überwinden, bis ihm der Vorsteher des Kollegiums schrieb: „Sie passen nicht für uns und wir nicht für Sie“. So wurde

---

Rosmini-Serbati, der 1. Band Torino 1880, der 2. Band Rovereto 1884). Don Francesco Paoli war wie sein Meister ein Welschtiroler; zu Pergine 1808 geboren, starb er 1891 zu Domodossola. — Das deutsche Hauptwerk über Rosmini ist der 1. Band der grundlegenden Arbeit „Die italienische Philosophie im 19. Jahrhundert“ von dem Wiener Theologen Karl Werner (Wien 1884—1886, 5 Bde.). — Einen guten Überblick gibt der Aufsatz von F. X. Kraus über Rosmini, abgedruckt in der „Deutschen Rundschau“ 1888 und in den gesammelten „Essays“ von Kraus, 1. Sammlung (Berlin 1896). Die Literatur für und gegen Rosmini ist fast unübersehbar groß.

er Weltgeistlicher und hielt sich von da ab in Wien auf, das er bis zu seinem Tode nur selten und vorübergehend verließ.

Seit jeher mit philosophischen Studien beschäftigt, ließ er 1828 sein erstes Werk „Vorschule zur spekulativen Theologie des Christentums" erscheinen. In den nächsten Jahrzehnten folgte eine Reihe von Büchern, gleichfalls mit dem Grundgedanken, Christentum und Katholizismus philosophisch zu begründen. Diese Arbeiten erregten sogleich bei den katholischen Theologen Deutschlands ernste Aufmerksamkeit. Die drei angesehensten Männer der Kirche in Süddeutschland, Bischof Sailer von Regensburg, Görres und Döllinger, bestimmten den König Ludwig von Bayern, Günther 1831 den Lehrstuhl der Moral an der theologischen Fakultät zu München anzubieten. Auch die preußische Regierung hegte die Absicht, ihn zu gewinnen und zwar für die theologische Fakultät in Bonn, wogegen sich jedoch Erzbischof Spiegel von Köln aussprach. Dann folgte 1844 ein zweiter Ruf nach München, 1847 wieder einer nach Tübingen; immer aber lehnte Günther mit der Begründung ab, er wolle sein österreichisches Vaterland nicht verlassen. Für seine Zurückhaltung gab es jedoch auch ein anderes und wohl ausschlaggebendes Motiv: er sah richtig voraus, daß seine Philosophie bei der Orthodoxie Anstoß erregen werde, so daß er als Theologieprofessor auf die schwersten Anfeindungen gefaßt sein mußte. Es scheint aber, daß er einen Lehrstuhl an einer philosophischen Fakultät gerne angenommen haben würde [1]). Einen solchen Ruf aber erhielt er nicht, wohl deshalb, weil sein System die Wahrheit und die Beweisbarkeit der katholischen Dogmen in allen ihren Verästelungen zum Inhalte hatte. Dies war der innere Zwiespalt, der für sein Lebensglück verhängnisvoll werden sollte.

---

[1]) Das geht aus einem humoristischen Briefe Günthers an einen Freund 1851 hervor, als der Prozeß gegen seine Lehre in Rom schon im Gange war. Es heißt dort: „Und wenn die ganze katholische Gegenwart mein sauer erworbenes Verständnis über das positive Christentum nicht brauchen kann, so kann ich es doch als Passeport an der Pforte der Ewigkeit brauchen. Ja, es wäre möglich, daß jenes Verständnis mir zu einer Lehrkanzel im Purgatorio der deutschen Philosophie verhülfe, nach der ich im Leben umsonst gestrebt habe."

Zunächst breitete sich jedoch seine Lehre unter den katholischen Theologen weiter aus und fand hier begeisterte und treue Schüler, weil die freieren Geister im Klerus es für ein Geschenk des Himmels ansahen, daß auch ein streng kirchengläubiger Priester, ausgerüstet mit der Bildung seiner Zeit, in den großen philosophischen Wettkampf eintrat. Günther lieferte ihnen im Kampfe gegen Hegel und Schelling, deren Philosophie er einer eindringenden Kritik unterzog, willkommene Waffen. Er verketzerte nicht, sondern suchte seine berühmten Zeitgenossen mit Scharfsinn und mit Humor zu widerlegen. Er war aus der Romantik hervorgegangeu und nicht ein Rationalist wie Bolzano, der an die vorkantische Philosophie anknüpfte. Das war in den Augen der Theologen der Vorzug Günthers. Bolzano erkannte nur die Logik und die Moral als Richtschnur an; das war der Kirche anstößig, wenn seine Lehre auch in das katholische Dogma mündete. Dagegen entsprach die Günthersche Philosophie dem Geschmacke der Zeit durch den Schleier des Geheimnisvollen, durch die Kühnheit der Gedankengänge, durch ihre die Vernunft überfliegende Spekulation. So wurde er ein Schulhaupt, während Bolzano wohl treue Jünger fand, ohne daß sein System in seiner Zeit eine Fortbildung erfuhr. Um Günther scharte sich eine Gruppe von Anhängern, unter denen der aus Deutschland eingewanderte Arzt Heinrich Pabst mehr ein Mitarbeiter als ein Schüler des Meisters war. Diese beiden Philosophen waren mit dem Domprediger Veith, der größten Eroberung Günthers, und mit dem Kanonikus Greif enge befreundet. Später traten in ihren Kreis zwei Männer ein, die wie Veith aus dem Judentum hervorgegangen waren: Karl Hock, den wir als einen der ersten Kenner der Finanzen und der Verwaltung Österreichs kennen (Band I, S. 301), und Johann Heinrich Loewe, Professor der Philosophie zuerst am Lyzeum zu Salzburg, dann an der Universität zu Prag. Kanonikus Greif war der Erzieher des späteren Kardinals Schwarzenberg, und der junge Fürst genoß den Unterricht Günthers in der Philosophie; es war für die äußere Geltung der Schule wertvoll, daß sich der Kardinal auch später zu ihr bekannte. Von österreichischen Theologieprofessoren sind in derselben Reihe Karl

Werner, der Kirchenhistoriker, dann Ehrlich und Zuckrigl zu nennen, welch letzterer einen Ruf nach Tübingen annahm. Von den vielen jüngeren Priestern des Kreises verdienen die Wiener Benediktiner Sigmund Gschwandner und Vinzenz Knauer Erwähnung.

Im übrigen Deutschland war die Teilnahme nicht geringer. Von München war schon die Rede; aber auch der Fürstbischof von Breslau, Diepenbrock, begünstigte die Anhänger der Güntherschen Philosophie, so daß Baltzer und Reinkens an der theologischen Fakultät, andere im Priesterseminar lehrten. Knoodt verließ seine Stelle als Religionslehrer zu Trier, um drei Jahre unter Günthers Leitung in Wien zu studieren; er wurde darauf Professor an der theologischen Fakultät zu Bonn. Zu Tübingen verkündigte Zuckrigl die Lehre Günthers, am bischöflichen Seminar zu Trier Märtens, zu Augsburg Abt Gandolph. An sie schlossen sich jüngere Theologen in größerer Zahl an.

Aber von Anfang an stellten sich auch Gegner ein. Der päpstliche Nuntius in Wien äußerte sich in ihrem Sinne, indem er zu Erzbischof Schwarzenberg sagte: „Der Weg Günthers ist zwar nicht antikatholisch, aber unnütz und gefährlich“ [1]). Besonders in Deutschland waren die Fanatiker am Werke, und in den Zeitschriften dieser Richtung, im „Katholiken“ wie in der „Sion“, wurden die freier gesinnten Theologen angefeindet. Diese Ketzerrichter hatten 1836 durchgesetzt, daß die Philosophie des Bonner katholischen Theologen Hermes, eines Mannes der Vermittlung gleich Günther, von der Kurie als unkatholisch verurteilt wurde. Günther sah die Gefahr näherkommen und schrieb 1845 an Knoodt, dessen Ernennung für Bonn eben bevorstand: „Wird Rom der Wissenschaft noch die Stange halten oder ihr vollends den Maulkorb umhängen? In letzterem Falle wehe Dir, und wenn Deine Bestimmung Dich nach Bonn führen sollte, ja nicht bloß Dir, sondern auch mir!“ Denn gerade von einigen Bonner Theologen wurde die Günthersche Philosophie schon damals bekämpft und als ketzerisch verdächtigt. Indessen trat vorübergehend eine günstige Wendung

[1]) C. Wolfsgruber, „Friedrich Kardinal Schwarzenberg“ I, S. 136.

ein, da mit der Wahl des Papstes Pius IX. der liberale Katholizismus zu triumphieren schien. Günther hegte die besten Hoffnungen und schrieb über Pius: „Wenn nun den heiligen Vater auch der Undank und das Unglück treffen sollte, daß er als weltliches Oberhaupt abgesetzt würde, so wird doch selbst böser Wille der Kirche nicht nachsagen können, daß sie als solche eine abgesagte Feindin alles Fortschrittes sei." Der neue Nuntius in Wien, Viale Prelà, schien Günther freundlich gesinnt zu sein; auf seinen Wunsch besuchte ihn der Philosoph und Prelà äußerte sich lobend über seine treue Anhänglichkeit an die Kirche und seinen echt priesterlichen Lebenswandel. In diese Zeit fällt die Blüte der Günthersсhen Schule. Persönlich zwar lebte er in den engsten Verhältnissen von einer Stelle bei der österreichischen Zensurbehörde, für die er Gutachten über die philosophischen und theologischen Werke zu arbeiten hatte; das Gehalt war schmal, er war jedoch mit wenigem zufrieden. Diese Tätigkeit für die Zensur war aber für das Haupt einer Philosophenschule doch eine seltsame Existenz; und vielleicht gehörte dies zu den Motiven, weshalb seine Freunde in Deutschland die Absicht hegten, für ihn und seine Jünger eine Stätte gemeinsamen Lebens zu gründen. Der Breslauer Theologieprofessor Baltzer kam auf den Gedanken, man könnte das verfallene Kloster auf der Rheininsel Nonnenswerth erwerben; dorthin sollten sie alle ziehen, um sich geistiger Arbeit und religiöser Betrachtung zu widmen. Lange korrespondierten Baltzer und Knoodt darüber mit dem Meister und dessen Wiener Freunden, den Theologen Ehrlich und Croy. Als Vorbild schwebte ihnen Port-Royal vor, wo Arnauld und Pascal das Recht auf Gedankenfreiheit gegen die Jesuiten verfochten hatten. Indessen erwiesen sich die Hindernisse unüberwindlich; auch würde die Gründung sich schwerlich gegen den wachsenden Ultramontanismus behauptet haben.

Von der Güntherschen Philosophie eine zusammenhängende Darstellung zu geben, wird dann am Platze sein, wenn der gegen ihn zu Rom geführte Prozeß zur Sprache kommen soll. Er selbst ist nicht dazu gekommen, eine systematische Übersicht seiner Lehre zu schreiben; die aphoristische Behandlung der Dinge sagte ihm besser zu, wobei er es nicht an humoristischen

Lichtern fehlen ließ. Es lag wohl auch in der Schwierigkeit seiner Stellung zu den Forderungen des katholischen Dogma, weshalb er vorsichtig zu entschleiern, oft nur anzudeuten liebte. Ausführlich wurde er dagegen in der Polemik, besonders gegen den Pantheismus, den er bis in seine letzten Verzweigungen verfolgte. Er gehört schon wegen der Dunkelheiten und der Schwerflüssigkeit seines Stils nicht zu den großen deutschen Schriftstellern; und auch seine Selbstbiographie ist keine literarisch hervorragende Arbeit, wenn auch wichtig für die Kenntnis seiner Entwicklung [1]. Görres, der in seiner guten Zeit ein Meister des geschriebenen Wortes gewesen ist, sandte Günther nach dem Erscheinen von dessen erstem Werke einen Brief voll Anerkennung, dabei aber mit einer treffenden Charakteristik seines Stils: „Was den Durchbruch Ihrer Bemühungen einigermaßen erschwert, ist Ihre Mitteilungsweise. Die Sprossen in Ihrer Gedankenleiter stehen für noch nicht ganz ausgewachsene Beine zu weit auseinander; auch fehlt bisweilen Eine in der Mitte, wo die Übergänge liegen; da werden sie dann irre und wissen nicht, ob sie weiter hinauf oder tiefer hinunter sollen." Indessen entfallen Bedenken solcher Art, wenn man sich in das Studium von Günthers Werken vertieft; man muß den Mut anerkennen, mit dem er gegen zwei Fronten kämpft, gegen den Pantheismus und Rationalismus seiner Zeit wie gegen die Begriffsspielerei der Scholastik. Günther war am stärksten von dem Gedanken der Weltschöpfung aus dem Nichts ergriffen und hat seine Lehre deshalb die Kreationsphilosophie genannt. Gott schuf die Welt durch seinen freien Willensakt und wiederholt diese Tat unaufhörlich, indem er bei der Geburt jedes Menschen einen Geist formt, um ihn mit dem Leib zu vereinigen. Geist und Natur stehen im Verhältnisse des Dualismus, während alle Hypothesen, ihre Einheit zu erweisen, Verwirrung anrichten, gleichviel ob die Idee oder die Materie zugrunde gelegt wird. In dem Weltenschöpfer allein findet die Vereinigung der beiden Daseins-

[1]) Sie reicht von seiner Geburt bis zum Erscheinen seines ersten Werkes, also 1783 bis 1828. Sie ist abgedruckt in dem Werke Peter Knoodts, „Anton Günther" (Wien 1881, 2 Bände), der Hauptquelle für das Leben des Wiener Philosophen.

formen statt; nur durch diesen stets waltenden persönlichen Gott war Günthers philosophisches, ethisches und ästhetisches Empfinden zu befriedigen. Die Einheit des also entrollten, von christlichem Geiste durchhauchten Weltbildes verfehlt ihre Wirkung auch auf denjenigen nicht, der Günthers Voraussetzungen nicht teilt und von seinen Schlüssen nicht überzeugt wird.

VI. Joh. Emanuel Veith. Erzbischof Milde

Mit dem Namen Günthers ist der seines Freundes Johann Emanuel Veith untrennbar verbunden. Er war zu Kuttenplan in Böhmen 1787 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Von seinem streng orthodoxen Vater wurde er zum Rabbiner bestimmt und fast von Kindheit an mit solcher Härte zum Talmud-Studium angehalten, daß der Widerwille gegen dieses Lehrgebiet in ihm immer stärker wurde. Er riß sich endlich von dem Zwange los und widmete sich in Prag und Wien medizinischen Studien. Bei seinen Lehrern erweckte er große Hoffnungen, welche er durch tüchtige wissenschaftliche Leistungen rechtfertigte; sein Handbuch der Veterinärkunde machte ihn auch außerhalb Österreichs bekannt. So wurde er verhältnismäßig jung, 1816, provisorischer und drei Jahre später wirklicher Direktor des Tierarzneiinstituts in Wien; daneben hatte er durch seine Privatpraxis als Arzt ein ansehnliches Einkommen; Wagen und Pferde standen ihm zur Verfügung. Unterdessen vollzog sich jedoch in seinem Innern die entscheidende Wandlung; immer stärker fühlte er sich zum Christentum hingezogen, zu dem er 1816 übertrat. Er wollte sich aber völlig dem Dienste der Kirche widmen und ließ sich 1817 als Hörer in die theologische Fakultät einschreiben, nachdem er sein Verlöbnis mit einem Mädchen aus gutem Hause gelöst hatte; glaubte er doch zu bemerken, daß sie über seine jüdische Abkunft nicht hinwegkommen konnte. Er legte darauf 1821 sein Amt als Direktor der Tierarzneischule nieder, um die Priesterweihe zu empfangen. Er blieb durch sein ganzes Leben ein trefflicher Arzt homöopathischer Richtung, ohne aber seit seiner Priesterweihe je Bezahlung

für seine Hilfe anzunehmen. Würde er bei dem medizinischen Berufe geblieben sein, so wäre er wohl eine der Zierden der Wiener Schule geworden, die sich damals zu neuem Glanze erhob. Statt dessen wurde er einer der gelehrtesten katholischen Theologen und unbestritten der erste geistliche Redner Österreichs in seiner Zeit. Über seine Gewissenskämpfe hat er sich nur zurückhaltend ausgesprochen, jedoch bemerkt, daß sie mit seinem achten Lebensjahre begonnen hatten. So heiß umfaßte er seinen neuen Beruf, daß er, dem Beispiele Hoffbauers folgend, zu Wien in den Orden der Redemptoristen trat. Neun Jahre, bis 1830, blieb er Redemptorist und begründete in der Kirche der Kongregation zu Maria Stiegen in Wien seinen Ruf als Prediger. Indessen wurde der geistig hochstehende Mann, der zugleich Theologe, Arzt, Dichter und Philosoph war, in dem Orden nicht nach Gebühr geschätzt, eher mit Mißtrauen angesehen. Ihn wieder verletzte in diesem Kreise die Nichtachtung positiven Wissens, worüber er später den Ausspruch fällte: „Die blind Gläubigen hinken ebenso erbärmlich wie die blind Wissenschaftlichen". Nach seinem Austritte aus dem Orden wurde er 1831 zum Domprediger an der Stephanskirche ernannt. Auf der Kanzel wirkte er bei seiner unansehnlichen Gestalt nicht etwa durch äußere Gaben; auch waren seine Handbewegungen spärlich, seine Augen blieben gewöhnlich halbgeschlossen. Er rührte die Herzen jedoch durch die Innigkeit seines Glaubens wie seiner Rede und fesselte den Geist durch eine seltene Rundung der Form wie durch seine reiche Bildung. Sein staunenswertes Gedächtnis umfaßte die realen Wissensgebiete wie die Welt der Kirchenväter, der christlichen Kommentatoren und Apologeten. Dies verschaffte ihm einen Ruf an die theologische Fakultät zu München, den er jedoch ebenso ablehnte wie die Einladung, in das Domkapitel zu Freiburg im Breisgau zu treten. Nicht etwa daß er als Prediger durch seine Gelehrsamkeit erdrückte; er verstand es vielmehr, die Rede durch humoristische Lichter wie durch wundersame kleine Geschichten zu beleben, welche wenig gekannten geistlichen oder profanen Schriftstellern entlehnt waren. Er sprach mit voller Natürlichkeit, nie mit Schwung und Pathos, nur daß er sich im Schlußgebet seiner Predigten zu ergreifender

Wärme erhob. So kam es, daß stets auch zahlreiche gebildete Hörer, Studenten, Beamte, Gelehrte seine Kanzel umstanden.

Weshalb er 1845 sein Amt als Domprediger zu St. Stephan niederlegte, ist nicht ganz aufgehellt. Er selbst begründete diesen Schritt mit seiner geschwächten Gesundheit; es scheint aber, daß er sich durch die Angriffe aus dem von ihm verlassenen Orden verletzt fühlte, als ob es um den katholischen Gehalt seiner Predigten schlimm stünde. Klagte er doch später einmal: „Man wird als Kerl verfolgt, der sich untersteht, seine Ansichten zu ändern". Mit seiner Gesundheit kann es so schlimm nicht gestanden haben, da er noch durch zwanzig Jahre als Prediger wirkte. Besonders seine meistens in der Kirche Am Hof zu Wien gehaltenen Fastenpredigten fesselten stets eine große Zuhörerschaft; er folgte aber nach Möglichkeit auch dem Rufe in die verschiedenen österreichischen Provinzstädte und sprach in den großen Domen so gerne wie in entlegenen Klosterkirchen. Seine Arbeitskraft schien unerschöpflich; er schrieb seine Predigten vollständig nieder, ohne sie jedoch zu memorieren — dann gab er sie gefeilt heraus; nicht weniger als 41 Bände sind auf diese Weise erschienen, außerdem noch Gebet- und Erbauungsbücher und andere theologische Schriften, ferner mehrere Bände Novellen, Gedichte und Aphorismen. Zuhöchst stehen seine Predigten, die bei ihrer großen Zahl ungleich sind; doch sind viele mustergültig im Stil, überraschend durch den vollendeten Periodenbau. Nur wünscht man oft einen strafferen Gedankengang der bald geistreichen, bald tiefsinnigen Ausführungen. Eine gute Vorstellung von seinem Können geben die sechs Vorträge, die er 1850 unter dem Titel „Weltleben und Christentum" veröffentlichte. Die Kanzel betrat er 1863 zum letzten Male, bereits durch ein schweres Leiden geschwächt. Die neun letzten Jahre seines Lebens — er starb 1876 — verbrachte er blind, oft auch von Taubheit heimgesucht, zusammengekrümmt, aber stets geistig angeregt. Seine Mitbürger schätzten ihn hoch, und der Gemeinderat der Stadt Wien stellte sich, wenn auch in der Mehrheit liberal, an Veiths Jubeltagen stets mit Glückwünschen und Ehren ein. In seinem jahrelangen Siechtum war er von viel Liebe umgeben, denn die Frauen besonders bezeugten ihm ihren Dank

für die Erbauung, die er gewährt hatte, wie für seine gewinnende, gütige und anregende Persönlichkeit[1]).

Der sich um Günther und Veith scharende Freundeskreis hatte eine bestimmte Anschauung über kirchenpolitische Fragen: er vertrat den Anspruch der Kirche auf völlige Unabhängigkeit vom Staate, aber innerhalb der Kirche wollten diese Männer dem philosophischen Geiste freies Atmen und Denken gewährt wissen. Das war überhaupt das Programm des liberalen Katholizismus, das in dem vielgelesenen Buche des Grafen von Montalembert, „Die Pflichten des Katholiken" (1843) wirkungsvoll entwickelt wurde. Den Anhängern dieser Richtung war der vom Absolutismus geübte politische Druck ebenso unsympathisch wie die immer mehr um sich greifende ultramontane Strömung. Sie standen daher auch in Opposition gegen die von Joseph II. geschaffene und von Kaiser Franz ausgebildete Kirchenordnung. Sie forderten Aufhebung der Gesetze, durch welche Bischöfe, Pfarrgeistlichkeit und Klöster unter die Aufsicht der weltlichen Behörden gestellt waren. Die Klage Veiths über „die milde Despotie des Josephinismus" sagt am besten, wie sie dies meinten. Günther war einem System abhold, das, wie er sich ausdrückte, „den Priester wie den Beamten und Musketier für den kirchlichen und staatlichen Gamaschendienst abzurichten verstand". Sie mißbilligten deshalb auch die Haltung der österreichischen Bischöfe, welche es sich ohne Widerspruch gefallen ließen, daß in Österreich eine „Polizeikirche" waltete, für welche die Winke des Referenten im Staatsrat maßgebend waren.

In diesem Punkte war ihnen auch der Erzbischof von Wien, Milde, ein Gegenstand des Anstoßes. Man hat nach einer Erklärung dafür gesucht, wie es kam, daß Kaiser Franz auf den erzbischöflichen Stuhl zu Wien, auf dem bis dahin nur Mitglieder der Aristokratie gesessen hatten, einen Sohn des Volkes und noch dazu einen aufgeklärten Priester

---

[1]) Vgl. das anziehende Buch „Johann Emanuel Veith" von J. H. Loewe (Wien 1879). Loewe war ein Vetter Veiths und durch dessen Vorbild für das Christentum gewonnen.

berief[1]). Darüber gibt eine wohl auf Milde selbst zurückzuführende Erzählung Aufschluß. Vinzenz Eduard Milde, geboren 1777 zu Brünn, war während der Kriege von 1805 und 1809 Hofkaplan zu Wien. Da geschah es, daß der Kaiser nach einer der großen Niederlagen des österreichischen Heeres im Garten zu Schönbrunn wandelte, erfüllt von Verzweiflung über das ihn verfolgende Unglück. In dieser Stimmung traf ihn Milde und fand Worte, die den tiefgebeugten, an sich und seinem Herrscherberuf irre gewordenen Monarchen trösteten und aufrichteten, so daß der Kaiser sich von ihm mit den Worten verabschiedete: „Diese Stunde, lieber Milde, werde ich Ihnen nie vergessen.“ Als Priester war Milde der Herrschaft Roms abhold, als Staatsbürger von Ehrfurcht vor der patriarchalisch regierenden Dynastie erfüllt; eine Auflehnung gegen den Willen des Landesfürsten wäre ihm nie in den Sinn gekommen. Er bekleidete neben der Stelle eines Hofkaplans auch die eines Professors der Pädagogik und schrieb ein Handbuch der Erziehungskunde, das, frei von konfessionellem Einschlag, zu reiner Menschlichkeit emporheben wollte. Aus Gesundheitsrücksichten widmete er sich seit 1810 der Seelsorge auf dem Lande, zuletzt in Krems. Dann wurde er 1823 zum Bischof von Leitmeritz erhoben, wo er wegen seiner Herzensbildung große Sympathien gewann; abweisend aber verhielt er sich gegen diejenigen Priester, die zur Zeit seines Vorgängers Hurdalek den Versuch einer Bundesorganisation gemacht hatten. Als er 1831 Erzbischof von Wien wurde, blieb er fest auf seiner Mittellinie; er machte kein Hehl daraus, daß er zwar gewisse Härten der geltenden kirchenpolitischen Gesetze mißbilligte, dem Josephinismus jedoch den Vorzug vor dem ultramontanen System gab. Das wurde ihm in Rom bitter verargt und deshalb blieb ihm der Kardinalshut versagt, was für einen Wiener Erzbischof, der 22 Jahre lang (1831—1853) diese Würde bekleidete, eine arge Zurücksetzung bedeutete. Er ließ sich dadurch jedoch nicht irre machen und ebensowenig durch die Feindseligkeit der Eiferer in seiner Metropolitandiözese, die behaupteten, er erkenne den päpstlichen Primat überhaupt nicht an, sondern

[1]) (J. A. Ginzel) „Reliquien von Vinc. Ed. Milde“ (Prag 1853).

spräche vom Papste als von seinem Kollegen in Rom. Das ist nun wohl ein Märchen; richtig aber war, daß er Rom gegenüber ebenso ablehnend blieb, wie er den Wünschen und Winken der österreichischen Regierung willig entsprach. Pietistisches Gebaren stieß ihn ab; auch auf das Mückenseihen in der Zergliederung der Dogmen hielt er nicht viel; er wies seine Geistlichen vielmehr auf den ethischen Gehalt des Christentums und auf das erhabene Vorbild Christi hin. So hatten es Lessing und Herder gehalten, aber in den Tagen, da in Österreich der Abschluß des Konkordats betrieben wurde und Papst Pius IX. das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariens vorbereitete, war die Denkungsart eines Bischofs wie Milde altmodisch geworden. Er war ein Priester, kein Politiker — der streitenden Kirche hat er nicht angehören mögen.

Als nun die Märzrevolution ausbrach, verschärfte sich der Gegensatz zwischen ihm und den eifrigen Katholiken. Der Erzbischof erließ damals ein Rundschreiben, durch das er der Geistlichkeit verbot, sich in den Streit der Parteien zu mischen und die Kanzel zu politischen Agitationen zu gebrauchen. Veith dagegen hielt es für seine Pflicht, unter das Volk zu gehen, um Religion und staatliche Ordnung gegen den Umsturz zu verteidigen. In dem rasch gegründeten Katholikenverein war Veith die Seele; Woche für Woche sprach er in den Bezirksversammlungen; auch gründete er die Zeitschrift „Aufwärts!“, die aber aus Mangel an Lesern bald einging. Dagegen verstand es Sebastian Brunner, ein streitbarer Kaplan, mit seiner derber geschriebenen „Kirchenzeitung“ festen Fuß zu fassen. Vom 26. August 1848 an hielt Veith in der Kirche am Hof einen Zyklus von Predigten gegen den Deutschkatholizismus. In dieser erregten Zeit erhielt er einen anonymen Brief mit der Drohung, er werde von der Kanzel herabgeschossen werden. Die Nachricht hievon verbreitete sich — deshalb stellten sich am nächsten Sonntag befreundete Nationalgarden in der Kirche ein und scharten sich um die Kanzel, um Veith gegen jeden Angriff zu schützen. Er würde auch ohne diesen Wall seine Predigten fortgesetzt haben. Hatte er doch früher einmal in seiner humoristischen Art geschrieben: „Das Beste wäre, totgeschlagen zu werden für das Evangelium;

allein da dieses das Allerbeste ist, so hat man keinen Anspruch darauf."

Mit dem Einzuge des Fürsten Windisch-Grätz in Wien nahmen die Aufregungen ein Ende. Er ließ alle politischen Vereine sperren und machte auch mit dem Katholikenverein keine Ausnahme. Der Erzbischof hatte seine Einwilligung zu dessen Schließung gegeben, in scharfer Mißbilligung der geistlichen Agitation. Ebenso hielt Milde die Spekulation Günthers für unfruchtbar, und wenn er dem stillen Denker auch nichts in den Weg legte, so förderte er ihn ebensowenig wie dessen Schüler. Er ersah für das werktätige Christentum keinen Vorteil aus philosophischen Betrachtungen. Geradezu unsympathisch war ihm das politische Gebaren Veiths, der seine Tätigkeit von der Kanzel herab fortsetzte und in den Fasten von 1849 mit der Revolution, den Demokraten und dem Kommunismus scharf ins Gericht ging. Diese „Politischen Passionspredigten" sind in der Form so abgerundet wie die anderen, aber sie werden der großen Bewegung nicht gerecht, nicht einmal so weit, wie es einem Gegner ziemt. In der Predigt am Sylvesterabend 1849 bezeichnete Veith den Satan als den „radikalen Urwühler" und Christus ist ihm der „allmächtige Reaktionär, der dem Sturm gebietet, daß er verstumme, und den tobenden Fluten die Schranke setzt, und der auf Erden gar bald die Restauration der sittlichen Ordnung zu bewirken vermag". Oft ließ er von der Kanzel herab einen Mahnruf zum Eintritte in die katholischen Vereine ertönen, beklagte die Lauheit seiner Zeitgenossen und stellte einmal die Frage, ob denn der Geist des Wiener christlichen Bürgertums, dereinst des Bollwerkes gegen die Türken, gänzlich erstorben sei.

In diesem Zusammenhange ließ er sich also vernehmen [1]: „Fast unwillkürlich wird man bei dieser Erwägung an die Geschichte eines alten römischen Senators erinnert, der nach Capua kam, um den dortigen Bürgern einen wichtigen Auftrag zu überbringen. Er beschied den Präfekten dieser volkreichen Stadt zu sich und befahl ihm, alle guten Bürger zu versammeln, damit sie den Beschluß des hohen Senats vernehmen möchten. Der Präfekt ersuchte den Bevollmächtigten, ihn zu begleiten, führte ihn durch eines

[1] „Weltleben und Christentum", S. 183—186.

der Stadttore hinaus in die sogenannte Nekropolis (die Stätte der Gräber und Monumente) und rief dort so laut er vermochte: Wohlan, ihr guten Bürger von Capua, versammelt euch, die Botschaft von Rom zu hören! — Freund, fragte der Senator, leidest du öfter an einer solchen Anwandlung von Tollheit? — Nichts weniger als das, erwiderte der andere: allein wie soll ich es beginnen, um deinen Auftrag zu vollziehen? Du willst die guten Bürger von Capua beisammen sehen; allein die sind alle hier, sie liegen teils unter der Erde, teils in den Nischen dieser Monumente."

Unmut erfüllte das Herz Veiths, als er bei Erzbischof Milde Hindernisse in seinen Bemühungen für die katholische Presse und die katholischen Vereine fand; deshalb nahm er die Einladung des Kardinals Schwarzenberg an und übersiedelte 1851 nach Prag, wo er bis 1855 blieb. Dann kehrte er dauernd nach Wien zurück. Strenger noch als von ihm wurde Milde von den eigentlichen Ultramontanen, wie Sebastian Brunner, beurteilt. In deren Augen war der Erzbischof ein Schwächling, sie wollten ihn sogar 1848, wenn er nicht entschiedener aufträte, zur Abdankung drängen [1]). Milde wieder sah in Brunner einen „Aufwiegler und kirchlichen Demokraten", den man kurz halten müsse. Das hat ihm Brunner damit heimgezahlt, daß er in seinen Denkwürdigkeiten Übles genug über ihn erzählte [2]). So berichtet er, der Erzbischof habe nach der ihm im April 1848 gebrachten Katzenmusik Wien aus Furcht verlassen und erst nach dem Einzuge des Fürsten Windisch-Grätz die Rückkehr gewagt. Das ist jedoch unrichtig. Wohl begab sich Milde 1848 früher als sonst in seine gewöhnliche Sommerresidenz Kranichsberg und blieb daselbst bis zum Herbst; zur Fronleichnamsprozession aber kam er nach Wien und beteiligte sich an der Spitze der Geistlichkeit an dem feierlichen Umzuge durch die Stadt.

Übrigens sollte der erfahrene alte Erzbischof in mehr als einer Beziehung gegen Veith Recht behalten. Denn die katholisch-

---

[1]) J. Beidtel, „Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung" II, S. 439; C. Wolfsgruber, „Friedrich Kardinal Schwarzenberg" I, S. 267, 271, 286, 325; H. v. Hurter, „Friedrich v. Hurter" II, S. 295.

[2]) S. Brunner, „Woher? Wohin?" (Regensburg 1859) und noch mehr in den „Denkpfennigen" (Würzburg 1886). J. Scheicher urteilt in seiner Biographie Brunners (Wien 1888) über Erzbischof Milde günstiger und gerechter.

politischen Vereine wurden zuletzt eine Geißel, unter der auch der Günthersche Kreis litt. Anfangs zwar, als die Versammlungen 1849 in Wien wieder gestattet wurden, hielten sich die Anhänger der freieren und der ultramontanen Richtung die Wage. Auf der zweiten Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands 1850 durfte Baltzer sogar seinen Meister Anton Günther preisen „als großen Denkgeist in unserer Mitte, von dem ein neuer Quellpunkt christlicher Philosophie sich ergießt". Doch breitete sich die zelotische Strömung immer mehr aus. Als in einem Katholikenverein Wiens der erste Angriff auf Günther erfolgte, erstand ihm in dem jungen Benediktiner Gschwandner ein so glänzender Verteidiger, daß die Gegner zum Schweigen gebracht wurden [1]). Das waren aber die letzten Sonnenstrahlen, bevor das Gewitter über Günther heraufzog. Er selbst war zu schüchtern und zu weltfremd, um sich wie Veith am Kampfe zu beteiligen. Während der Revolution blieb er in seiner stillen Studierstube so unberührt von den Ereignissen, daß er nichts von der Ankündigung des Bombardements Wiens durch Windisch-Grätz erfahren hatte. Erst eine in das Dach seines Hauses einschlagende Bombe belehrte den Philosophen über den Weltenlauf. Übrigens hatte ihm die Revolution Schaden genug gebracht. Mit der Aufhebung der Zensur verlor er nämlich sein bisheriges Amt und mußte sich das Notwendigste versagen. Kardinal Schwarzenberg warf ihm zwar eine kleine Pension aus, die aber nur hinreichte, um ihn vor Hunger zu schützen. Die Gründung des philosophischen Taschenbuches „Lydia", das er gemeinsam mit Veith 1849—1852 herausgab, änderte nichts an seiner Lage. Erst als einer seiner Freunde, Pfarrer Croy, ihm in seinem Testament 500 Gulden jährlich vermachte, mußte er nicht mehr mit des Lebens Notdurft kämpfen. Gerne hätte er übrigens jetzt eine theologische Professur angenommen, aber die Zeiten hatten sich gewendet. Im Jahre 1851 erging von den Bonner Theologen Clemens und Dieringer, die an dem Erzbischof Geissel von Köln eine Stütze fanden, die Anklage nach Rom, die Philosophie Günthers wäre der Ketzereien

[1]) Knoodt II, S. 14.

voll. Damit, so sagt einer seiner Anhänger, war der Pfeil auf die Sehne gelegt, der ihn tödlich treffen sollte. Verhängnisvoll für ihn war, daß nach dem Tode Mildes, der ihn ruhig hatte gewähren lassen, sein theologischer Gegner Rauscher Erzbischof von Wien wurde. Es sollte Günther nicht besser ergehen als seinen Geistesverwandten Hermes, Lamennais und Rosmini.

VII. Die Bischofsversammlung von 1849. Kardinal Schwarzenberg. Rauscher

Der Ruf nach Freiheit, der Europa im Jahre 1848 durchbrauste, war dem josephinischen System ungünstig. Mochten auch diejenigen, die das Schlagwort des Tages im Munde führten, mit ihm einen ganz verschiedenen Sinn verbinden, so waren sie doch darin einig, daß es nicht angehe, das kirchliche Leben länger der Aufsicht der Bureaukratie zu überlassen. Freiheit der Kirche verlangten die unter dem Vorsitze des Kardinals Schwarzenberg zu Würzburg versammelten deutschen Bischöfe, und sie verstanden darunter die unbeengte Machtvollkommenheit der Hierarchie in religiösen Angelegenheiten. Das war auch der Sinn der Eingaben österreichischer Bischöfe an den österreichischen Reichstag und an das Ministerium des Innern. Freiheit der Kirche forderten ebenso die liberalen Katholiken wie Montalembert und Rosmini in der beseligenden Hoffnung, dann werde der Katholizismus sich den Ideen der Zeit erschließen und die Gemüter wieder zur Religion zurückführen. Übrigens war auch die demokratische Partei für kirchliche Freiheit eingenommen; damit meinte sie aber Mitwirkung der Laien bei der Wahl der Pfarrer und der Bischöfe, Mitverfügung über das Kirchenvermögen; und dahin ging auch der Beschluß des österreichischen Reichstages vom 6. März 1849.

Noch radikaler tönte es durch die Versammlung des böhmischen Klerus zu Prag am 22. Mai 1848, wo außerdem auch die Aufhebung des Zölibats und eine gerechtere Verteilung des Kircheneinkommens unter Bischöfen und einfachen Seelsorgern verlangt wurde. Die josephinische Gesetzgebung hatte nur wenig

Verteidiger, aber sie fehlten doch nicht ganz. Sie fanden sich unter den älteren Mitgliedern des Klerus, denen ein Priester der Diözese Salzburg, Joseph Halter, in der oben erwähnten Beratung des österreichischen Reichstages aus dem Herzen sprach, indem er sagte: „Ich muß mich entschieden für das josephinische System aussprechen, denn trotz seiner Beschränkungen gewährt es mehr Freiheit als alle Episkopal-Memoranden, die in jeder Zeile das Wort Freiheit atmen. Dem josephinischen System allein verdanken wir die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens in Österreich."

Es war nun von großer Bedeutung, daß sowohl die Grundrechte des Frankfurter Parlaments wie die preußische Verfassung vom 5. Dezember 1848 das Recht der Selbstbestimmung der Religionsgesellschaften anerkannten. Der Gesetzgeber ging von der Ansicht aus, daß, wenn Gemeinden und Korporationen Autonomie erhielten, der umfassendsten aller Gemeinschaften, der katholischen Kirche, Gleiches nicht versagt werden könne. Die Kirche erhielt damit die Freiheit, welche sie ihrerseits in ihrem Machtgebiete nicht zu gewähren willens war.

Zur selben Zeit erwog das Ministerium Schwarzenberg-Stadion die Grundsätze der Reichsverfassung, und der Ministerpräsident berief seinen Bruder, den Kardinal Friedrich Schwarzenberg, nach Olmütz, um seinen und Rauschers Rat in der Kirchenfrage zu hören. Gegen das Argument, das katholische Österreich könne an Gewährungen nicht hinter Preußen zurückbleiben, ließ sich kaum etwas einwenden. Dem Gutachten Rauschers gemäß wurde in die Verfassung vom 4. März 1849 (in das kaiserliche Patent über die politischen Rechte der Staatsbürger) folgende Bestimmung aufgenommen: „Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt im Besitze und Genusse der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, ist aber wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen." Der Staat verzichtete also grundsätzlich auf die seit Joseph II. geübten Eingriffe in das Kirchenregiment. Nur war damit bloß ein Prinzip aus-

gesprochen und es handelte sich darum, wie viel auf Grund dessen von den geltenden Gesetzen noch festgehalten und wie viel geopfert werden sollte.

Kardinal Schwarzenberg und Bischof Rauscher schmiedeten das heiße Eisen und drangen in die Regierung, eine Versammlung der Bischöfe Österreichs einzuberufen, um sich bei ihnen Belehrung zu holen. Hier jedoch zögerte Graf Stadion. Es widersprach den Traditionen der österreichischen Staatsverwaltung, mit dem Episkopat als Gesamtheit und damit als Macht zu verhandeln. Wohl hatte die Regierung auch früher die Kirchenfürsten nach Bedarf zu Rate gezogen, aber doch nur einzeln, höchstens in kleineren Gruppen. Selbst Kaiserin Maria Theresia war von diesem Verfahren nicht abgewichen. In Österreich wenigstens war es so gehalten worden; in Ungarn hatte es auch später Bischofssynoden gegeben, die letzte im Jahre 1822. Sollte nun die Regierung selbst die Initiative ergreifen, um die Bischöfe der Monarchie zu einer Einheit zu organisieren? Das fand Stadion bedenklich und ließ, da er als Minister des Innern nach der damaligen Geschäftseinteilung auch die Kultusangelegenheiten verwaltete, Rauscher eröffnen, daß er nur die Metropoliten und einige wenige Bischöfe zur Erstattung von Gutachten einzuladen gedenke[1]). Indessen war er nicht Herr der Lage, da Kardinal Schwarzenberg den Weg zu seinem Bruder, dem Ministerpräsidenten, und Rauscher zum Kaiser, seinem ehemaligen Schüler, offen hatte.

So gab Stadion — damals schon schwer leidend — in der Hauptsache nach und am 31. März 1849 ergingen die Einladungen. Sie wurden an alle Bischöfe Österreichs (im engeren Sinne genommen) gerichtet, womit sich der Kardinal einverstanden erklärte. Das war der Beginn einer neuen Entwicklung.

Unter den älteren Bischöfen der österreichischen Reichshälfte gab es keine Stürmer und Dränger. Sie waren ähnlich wie Milde fromme Priester und gehorsame Staatsbürger, nur einer oder der andere ein großer Herr, wie der prachtliebende Fürsterzbischof von Olmütz, Baron Sommerau. Letzterer wendete

[1]) C. Wolfsgruber, „Friedrich Kardinal Schwarzenberg“ I, S. 311.

sich zwar 1848 auch an die Regierung mit einer gegen den Josephinismus gerichteten Denkschrift; er gab aber damit nur dem Drängen seines gelehrten Kanzlers Kutschker nach, des nachmaligen Wiener Erzbischofs; zum Bischof von Brünn sagte Sommerau übellaunig, die Eingabe werde ihm nichts als Verdruß bringen. So fiel die Führung des Episkopats Schwarzenberg und Rauscher zu, dem ersteren infolge seiner fürstlichen Abkunft, diesem kraft seines überragenden Geistes und seiner theologischen Gelehrsamkeit.

Friedrich Fürst Schwarzenberg wurde 1809 geboren und war erst 26 Jahre alt, als die Wahl zum Erzbischof von Salzburg auf ihn fiel. Da die Bischofsweihe erst mit dem 30. Lebensjahre empfangen werden soll, so war der Dispens des Papstes notwendig; er wurde gerne gewährt, wie der Kaiser wieder Schwarzenberg das letzte Rigorosum zum Doktor der Theologie nachsah, mit dem er zur Zeit der Wahl noch im Rückstande war. Der junge Fürst hatte den priesterlichen Beruf gegen die Absicht seines Vaters gewählt; er blieb fest bei seinem Entschlusse, obwohl er während der Studienzeit oft in eine schwierige Lage zwischen seiner Familie und seinen geistlichen Oberen geriet. Seine Angehörigen waren wohl stolz auf seine ernste Richtung, aber scherzhaft nannten sie ihn selbst noch nach seiner Priesterweihe „das heilige Bubi". In Wien hatte er die theologischen Studien begonnen, in Salzburg beendet, wo der Erzbischof und Schwarzenbergs Lehrer, unter ihnen Rauscher, ihn in eine straffe Schule nahmen. Sie erzogen ihn in der lauen Zeit, in der sie lebten, zu einer Säule der Kirche im vollen Sinne des Wortes.

Bald trat die Probe, ob ihnen dies gelungen war, an den jungen Erzbischof heran. Am 12. Januar 1837 erfloß der unerbittliche kaiserliche Befehl, daß die Protestanten des Zillertals sich entweder zur katholischen Kirche bekehren oder auswandern müßten. Etwa hundert Familien entschlossen sich zum Verlassen der Heimat. Erzbischof Schwarzenberg beteiligte sich mit Feuereifer an der Verfolgung [1]. „Ich habe alles aufgeboten," so

[1] C. Wolfsgruber, „Kardinal Schwarzenberg" I, S. 191—193, 210.

schrieb er damals, „um sie durch liebevolles Zureden zu bewegen, wenigstens Kinder zurückzulassen, versprach ihnen Erziehung, Unterstützung. Alles umsonst. Aber eben darum war es notwendig, daß dieser bösartige Krebs abgeschnitten werde, um den gesunden Körper zu retten, die Operation ist schmerzhaft aber notwendig." Die armen Leute wollten, wenn sie schon auswandern mußten, wenigstens Haus und Hof für kommende bessere Zeiten als eigen bewahren, wozu Scheinverkäufe an Zurückbleibende dienen sollten, die es über sich brachten, sich als Katholiken auszugeben. Der Erzbischof wußte dies aber durch eine Eingabe an den Kaiser zu hintertreiben. Seinem Schwager Fürsten Lobkowitz pries er die guten Früchte der ernsten und entschiedenen Maßregeln; „es war daher sehr heilsam, daß man jene, welche aus Preußen wieder nach Zillertal zurückkehren wollten, konsequent zurückgewiesen hat." Er schreckte auch vor dem Frevel nicht zurück, den protestantischen Eltern die Kinder wegzunehmen. In einem Gesuch an den Kaiser, in Briefen an Erzherzog Ludwig und an Metternich erbat er schleunige Hilfe gegen den Emigranten Franz Bischoffer, der seine Kinder aus dem Zillertal fortnehmen wollte; in einem dieser Schriftstücke bricht er in den Ruf aus: „Niemand soll mir meine Schäflein rauben!"

Man möchte gerne annehmen, daß Schwarzenberg zu dieser Zeit noch nicht zu voller Reife des Urteils gelangt und bei solch ruchlosem Treiben fremden Einflüssen gefolgt sei. Im Jahre 1842 wurde er zum Kardinal erhoben und 1850 vertauschte er das Erzbistum von Salzburg mit dem von Prag; er ist mit den Jahren immer milder geworden. Auch gegen Andersgläubige zeigte er sich später duldsam, wie überhaupt Wohlwollen und selbst Großmut zu den Zügen seines Charakters gehören [1]). Völlig sympathisch ist er in seinem pietätvollen

[1]) Im merkwürdigen Gegensatze zu seinem Verhalten gegen die Protestanten des Zillertals 1837 steht seine Verurteilung des Antisemitismus 1848. Als der Redakteur des klerikalen Blattes in Salzburg zur Zeit der Revolution einen antisemitischen Artikel aufnahm, ließ Schwarzenberg ihn rufen und sagte zu ihm (C. Wolfsgruber I, S. 276): „Lassen Sie die Juden in Ruhe. Judenhetze ist die Vorläuferin oder Begleiterin einer jeden Revo-

Verhalten zu seinem Lehrer in der Philosophie Günther wie in seiner Freundschaft zu Veith, Hock und Loewe. Er schützte Günther gegen dessen Widersacher in Rom, so lange es möglich war, und bewahrte ihm Treue bis über den Tod. Als Günther 1863 starb, kaufte der Kardinal für ihn, Veith und seinen Erzieher Greif eine Gruft auf dem Matzleinsdorfer Friedhofe zu Wien, wo die drei Freunde gemeinsam bestattet liegen. Schwarzenberg konnte sich mit Rauscher über die Günthersche Philosophie nicht verständigen, in den kirchenpolitischen Angelegenheiten dagegen folgte er völlig dessen Ratschlägen. Es liegt ein gewisser Widerspruch darin, daß er für eine freiere Philosophie eingenommen und zugleich für eine Kirchenpolitik ultramontanen Gepräges tätig war. Eine ähnliche Unsicherheit des Urteils zeigt sich darin, daß er bis 1860 für das zentralistische und dann für das föderalistische System in Österreich eintrat. Rauscher überragte ihn hoch und Schwarzenberg ist während der Unterhandlungen über das Konkordat in die zweite Reihe getreten. In späteren Jahren klagte er jedoch im vertrauten Kreise darüber, daß der Wiener Kardinal ihn nicht als geistesebenbürtig ansähe, ihn vielmehr anherrschte und vor vollzogene Tatsachen stellte [1]).

Joseph Othmar Rauscher, geboren zu Wien am 6. Oktober 1797, war der Sohn eines bewährten Finanz- und Steuerbeamten, der zur Anerkennung für seine Verdienste in den Adelsstand erhoben wurde. Der junge Rauscher wandte sich zuerst den

lution. Die Judenhetze verstößt geradezu gegen die Grundsätze unserer heiligen Religion und bringt niemals Segen, wie Sie aus der Geschichte der Kreuzzüge wissen. Ich bedauere zwar auch die Arroganz und Überhebung gewisser jüdischer Schriftsteller und wünsche, daß sie unsere Religion in Ruhe lassen und die Duldung, die wir ihnen gönnen, auch uns gewähren. Aber für die Exzesse einzelner darf nicht das Volk verantwortlich gemacht werden. Niemals darf die Gegenwart verantwortlich gemacht werden für die Vergangenheit. Revanche ist ein heidnisches Wort. Merken Sie sich das."

[1]) So Schwarzenberg zu dem Kirchenrechtslehrer Schulte, wie dieser in dem Artikel über Rauscher in der „Allgemeinen deutschen Biographie" erzählt.

Rechtsstudien zu, bestand seine Prüfungen tadellos und schrieb in seinen Mußestunden Jambentragödien, von denen mehrere sich in seinem Nachlasse vorgefunden haben. So weit unterschied er sich nicht von anderen gutgearteten jungen Studiengenossen, bis er 1818 durch einen Freund bei Pater Hoffbauer eingeführt wurde. Das war das Schicksal seines Lebens; denn der große Seelenlenker gewann Rauscher völlig für die Sache der Kirche, der er fortan mit der ganzen Leidenschaft seiner starken Seele diente. Anfangs beichtete er alle acht Tage, dann dreimal in der Woche, zuletzt ging er täglich zur Kommunion. Seine Mutter, eine treffliche und aufrichtig religiöse Frau, war durch dieses Übermaß von Frömmigkeit beunruhigt. Ihr Gatte weilte zu dieser Zeit in Salzburg, mit der Ordnung des Steuerwesens betraut, und ihm klagte sie ihre Not. „Wie peinlich habe ich diese Zeit durchlebt!" schreibt sie 1819 an ihn. „Sagte und beredete ich ihm etwas, so war er bis zu Tränen gerührt, führte zur Verteidigung seiner Andacht seinen innerlichen Antrieb an und ich fühlte ganz meine Hilflosigkeit." Seine Eltern wünschten, er solle die Beamtenlaufbahn ergreifen, um als ältester Sohn den jüngeren Geschwistern eine Stütze zu sein. Er war ihnen so weit gehorsam, daß er zuerst das Jus mit bestem Erfolge absolvierte; dann aber war sein Entschluß gefaßt. Im letzten Augenblicke nahm seine Mutter noch Zuflucht zu Kaiser Franz, der auf ihren Mann große Stücke hielt, klagte ihm ihr Leid und bat um seine Hilfe. Der Kaiser suchte sie zu beruhigen und schloß die Audienz mit der seltsamen Bemerkung: „Liebe Frau, wenn es Ihnen recht ist, so werde ich es durch die Polizei untersuchen lassen." Ob nun dieses letzte Hilfsmittel damaliger Regierungskunst in Verwendung kam oder nicht: jedenfalls war alles vergeblich und Rauscher ließ sich 1820 in die theologischen Studien einschreiben. Der unkirchliche Sinn der Zeit jedoch spricht sich in verschiedenen Briefen der Mutter aus, so wenn sie ihrem Gatten schreibt, eine befreundete Dame habe Tränen vergossen über das widrige Geschick der Familie. Der junge Rauscher wurde 1823 zum Priester geweiht und blieb der ihn erfüllenden Überzeugung durch sein ganzes Leben treu.

Ein Priester wie er, im Recht wie in der Theologie gründlich bewandert, frommer Hingabe voll, zugleich ein unermüdlicher Arbeiter, konnte nicht unbeachtet bleiben. Nach kurzer Tätigkeit als Kaplan in Hütteldorf bei Wien wurde er 1826 zum Professor des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte am Lyzeum in Salzburg ernannt. Hier gab er zwei Bände einer Kirchengeschichte heraus, die bis zur Zeit Konstantin des Großen reichen. Auch für die Fortsetzung machte er umfassende Vorarbeiten und in seinem Nachlasse findet sich eine fast dem Abschlusse nahe Darstellung der Kirchengeschichte bis zum 14. Jahrhundert. Er ist aber unter den großen Geschäften seines Lebens nicht dazu gekommen, das Werk zu vollenden. Die beiden vorliegenden Bände sind ein für ihre Zeit verdienstvolles Werk; sie sind in einem getragenen, stellenweise pathetischen Stile geschrieben, der auf Johannes von Müller als Vorbild hinweist. Rauscher blieb in Salzburg nur bis 1832 Professor, dann wurde er zum Direktor der Orientalischen Akademie in Wien ernannt, obwohl er selbst eine weniger weltliche Wirksamkeit vorgezogen hätte. Die Anstalt war die Pflanzschule für die österreichischen Diplomaten, Konsuln und Dolmetscher im Orient; unter Rauschers Vorgänger war sie in Verfall geraten, wurde aber von ihm wieder in die richtige Ordnung gebracht. Es war nun für sein Leben von Bedeutung, daß die Akademie der Staatskanzlei untergeordnet war, mit Metternich als oberstem Chef. Der Staatskanzler machte sich die umfassenden Kenntnisse Rauschers im Kirchenrecht zunutze und zog ihn zu wichtigen kirchlichen Gutachten heran; als Anerkennung erhielt Rauscher den Titel eines Abtes von Monostor in Ungarn.

Metternich war seit jeher geneigt, den Wünschen Roms nachzugeben, fand jedoch bei der dem Josephinismus anhangenden weltlichen und geistlichen Bureaukratie keinen Anklang. Im Staatsrat war Pilgram Referent für Justizsachen, Jüstel für kirchliche Angelegenheiten, beide, wenn auch in verschiedenem Grade Verteidiger des staatlichen Hoheitsrechts. Da war es nun Metternich willkommen, in Abt Rauscher einen Mann zur Hand zu haben, der ihn im römischen Sinne beraten konnte. Noch unter Kaiser Franz hatte Rauscher ein Gutachten zu er-

statten, ob die Jesuiten sich nach dem offiziellen Lehrplan der österreichischen Schulen richten müßten oder ob sie, abweichend davon, der Ratio studiorum ihres Ordens folgen dürften; auch sonst wünschten sie freiere Bewegung in ihrem Sinne. Das Gutachten Rauschers war dem Orden günstig und so wurde ihm von 1836 an in Österreich eine ungehemmte Wirksamkeit möglich.

In den weitwendigen Kommissions-Beratungen wie in den gründlichen, von ihm herrührenden Denkschriften vertrat Abt Rauscher das römische System mit Nachdruck, jedoch ohne Zelotismus, was bei einem Manne von seinen großen politischen Anlagen selbstverständlich war. Noch war die Ernte nicht reif. Als er den Vorschlag machte, an Stelle der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs von 1811 das kanonische Eherecht zu setzen, trat ihm Pilgram, der maßgebende Staatsjurist, gelassenen Tones mit dem Gutachten entgegen: solchen Grundsätzen werde er nie zustimmen. Rauscher zog übrigens selbst damals noch nicht die letzten Konsequenzen dieser Prinzipien, sei es, weil er den Zeitverhältnissen Rechnung trug oder weil er selbst noch die Eindrücke der juristischen Schule nicht abgestreift hatte, durch die er gegangen war. Im Eherecht zwar ließ er sich mit Hinblick auf den sakramentalen Charakter der katholischen Ehe nichts abdingen; sonst aber lehnte er die strengen Ansprüche der Kanonisten eher ab. Man stutzt förmlich, wenn man sein amtliches Gutachten über ein Werk Ignaz Beidtels liest, in welchem dieser geradenwegs die Wiedereinführung des kanonischen Rechtes verlangte [1]). Rauscher sprach sich dagegen aus. Die frühere Gewalt der Päpste über die Fürsten der Erde, so urteilt er, „entsprang nicht sowohl aus der Natur des Christentums als vielmehr aus den ganz eigentümlichen Verhältnissen des Mittelalters, unter deren Obwalten sie allerdings viel Böses verhinderten und viel des Guten aufrecht erhielten; ihr Rechtsgrund muß mehr im Staats- als im Kirchenrechte gesucht werden,

[1]) C. Wolfsgruber, „Kardinal Rauscher" S. 49. Es handelt sich offenbar um das Werk J. Beidtels „Das kanonische Recht", dessen Veröffentlichung von der Zensur nicht gestattet wurde und das erst 1849 erscheinen durfte.

und dennoch will der Verfasser sie auch in der gegenwärtigen Ausbildung des bürgerlichen Lebens geltend machen und stellt sie als ein wesentliches und hiermit über alle Zeitverhältnisse erhabenes Recht der Kirche dar". Das sei ein Extrem, fügt Rauscher hinzu — „Euer Durchlaucht aber," so wendet er sich an Metternich, „wollen die Extreme ausgleichen, den Streit versöhnen und die Kirche zwar in die volle Übung ihrer Rechte setzen, diese Übung jedoch, inwieferne es ohne Schaden der Hauptsache geschehen kann, in zeitgemäße Formen bringen."

Diese gemäßigten Ansichten stehen in sichtbarem Gegensatze mit der Vorschrift des später von Rauscher abgeschlossenen Konkordats, in dessen erstem Artikel vereinbart ist, daß in Österreich alle die Rechte und Prärogativen der katholischen Religion gelten sollen, „die sie nach der Anordnung Gottes und nach den kanonischen Bestimmungen genießen soll (quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctionibus)". Im weiteren Verlaufe der Dinge wird sich die Erklärung für diesen Widerspruch finden; sicher ist, daß Rauscher vor 1848 die uneingeschränkte Übertragung des kanonischen Rechtes auf den modernen Staat für untunlich hielt. Er war vor und nach Thomas Becket nicht der einzige Priester, der sich zum Ideal kirchlicher Herrschaft völlig erst bekehrte, seitdem der Bischofsstab in seine Hand gelegt war.

Im Jahre 1844 wurde Rauscher Lehrer des künftigen Monarchen in der Philosophie und verwuchs seitdem immer enger mit dem kaiserlichen Hause. An dem unglückseligen 6. Oktober 1848 war er inmitten der allgemeinen Verwirrung eine Stütze des Hofes, und bei der Vorbereitung zur Erhebung Franz Josephs auf den Kaiserthron gehörte er zu den wenigen Eingeweihten. Damals war das Bistum Seckau-Graz erledigt, dessen Verleihung dem Erzbischof von Salzburg zusteht. Kardinal Schwarzenberg erhob am 29. Januar 1849 seinen ehemaligen Professor im Kirchenrecht zu dieser Würde; er hätte der Kirche keinen größeren Dienst leisten können.

Am 30. April 1849 bot sich den Bewohnern der Reichshauptstadt ein seit Menschengedenken nicht erlebter Anblick. In

feierlicher Prozession, angetan mit den Pontifikalgewändern, zogen nahezu sämtliche österreichische Bischöfe unter dem Klange aller Glocken in die Stephanskirche. Hier hielt Erzbischof Milde ein Hochamt zur Anrufung des heiligen Geistes ab, die Bischöfe empfingen aus seiner Hand die Kommunion und sprachen das tridentinische Glaubensbekenntnis. Sie hatten, wie es heißt, ursprünglich die Absicht, ein Nationalkonzil abzuhalten, standen jedoch davon ab, als die Regierung ihnen bemerken ließ, daß sie nur zur Erstattung von Gutachten eingeladen waren [1]). Das war ein Unterschied von großer Tragweite. Denn auf einem Konzil oder einer Synode werden Beschlüsse von bindender Kraft gefaßt mit dem Anspruche, daß auch der Staat sie anerkenne; eine beratende Versammlung dagegen erstattet bloß Vorschläge, auf welche sie eine Erledigung erwartet. Anwesend waren 27 österreichische Erzbischöfe und Bischöfe, außerdem die Vertreter der übrigen sechs Diözesen; aus Ungarn waren Szitovsky, Bischof von Fünfkirchen, und Haulik, Bischof von Agram, erschienen. Die Beratungen begannen mit der Wahl des Kardinals Schwarzenberg zum Vorsitzenden und dauerten bis zum 17. Juni. Stadion war unterdessen erkrankt und Bach fiel die Aufgabe zu, die von den Bischöfen bei ihrem Zusammentritte an die Regierung gerichtete Adresse zu beantworten. Das geschah in klug gewählten und verbindlichen Worten; der Minister ließ verlauten, daß sich „die Idee der freien Kirche nur auf dem Boden wechselseitigen Einverständnisses zu einer wahrhaft beglückenden Wahrheit gestalten könne".

Daß Rauscher die richtunggebende Persönlichkeit unter den Bischöfen war, geht daraus hervor, daß von den sieben der Regierung überreichten Eingaben fünf von ihm ausgearbeitet waren. Sie sind in dem ihm eigenen getragenen Stile abgefaßt, wuchtig in der Sprache wie im Inhalt. Die Eingaben

---

[1]) So nach J. Beidtel, „Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung" II, S. 447. In dem Vortrage des Kultusministers Thun an den Kaiser vom 7. April 1850 heißt es: „Die stattgehabte Versammlung war keine kirchliche Synode und konnte daher ihren Mitgliedern und noch weniger den Nachfolgern derselben eine Rechtsverbindlichkeit zur Beobachtung der gefaßten Beschlüsse auflegen."

umfassen in ihrer Gesamtheit das ganze Gebiet der Beziehungen des Staates zur Kirche und dienen dem einen Grundgedanken: Abschaffung der josephinischen Gesetzgebung. Die Versammlung verlangte das Maximum dessen, was überhaupt zu erwarten war. Voran stand wie billig die Forderung des freien Verkehrs der Bischöfe sowohl mit dem römischen Stuhle wie mit ihren Gläubigen. Ebenso selbstverständlich war das Verlangen nach Fallenlassen aller Verfügungen des Staates über den Gottesdienst, dessen Ordnung ausschließlich den Bischöfen zustünde. Doch fehlten auch nicht die anderen, vielfach bestrittenen Programmpunkte der kirchlichen Partei. Darunter befanden sich: Wiederherstellung des kanonischen Eherechts und der geistlichen Gerichtsbarkeit über die Ehe; Übergabe der aus den aufgelösten Klöstern gebildeten Fonds an die kirchliche Verwaltung; wesentlicher Einfluß der Bischöfe auf die Besetzung der frei werdenden Bistümer und Abteien; freier Verkehr der Klöster mit ihren in Rom residierenden Oberen und mit ihren Ordensgenossen im Auslande; Verzicht des Staates auf die bisherigen Eingriffe in die Leitung der theologischen Lehranstalten, besonders aber der bischöflichen Seminarien; Einfluß der Kirche auf das gesamte Unterrichtswesen; uneingeschränktes Recht des Klerus auf Verhängung von Kirchenstrafen wie überhaupt auf Handhabung der Kirchenzucht.

Trotz dieser hochgespannten Forderungen konnte nicht gesagt werden, daß die Bischöfe sich zu Anwälten der römischen Kurie aufwarfen. Wohl machten sie vor Rom eine tiefe Verbeugung und wiesen auf die Notwendigkeit hin, mit dem Heiligen Stuhle ein Konkordat abzuschließen. Bemerkenswert aber war, daß sie kein Wort gegen die Anordnung Kaiser Josephs vom 30. Mai 1782 sagten, durch welche alle Exemtionen von Orden, Klöstern und Einzelnen aufgehoben und die bischöfliche Jurisdiktion als die ausschließliche eingesetzt wurde [1]). Es fiel ihnen nicht ein, auf diesen ihnen aus der josephinischen Gesetzgebung zugefallenen Gewinn zugunsten Roms zu verzichten. In derselben Reihe stand

---

[1]) Diese Kritik der bischöflichen Eingaben nach J. Beidtels „Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung" II, S. 433—435.

ihr Anspruch, bei der Besetzung von Bistümern und Abteien ein maßgebendes Wort sprechen zu dürfen. Es wurde den Kirchenfürsten jedoch schon damals entgegengehalten, daß ein Einfluß der Bischöfe auf die Besetzung der Abteien mit dem kanonischen Rechte nicht im Einklange stünde. In dieser Haltung ist der uralte Gegensatz erkennbar, der die Anhänger des Papalsystems von denen der Episkopalkirche trennt. Die vom vatikanischen Konzil 1870 verkündigte Lehre, daß dem Papste die unbeschränkte Fülle der obersten Gewalt (tota plenitudo supremae potestatis) zustehe, war 1850 noch vielfach bestritten. Rauscher selbst war noch auf dem vatikanischen Konzil der Ansicht, daß die bischöfliche Gewalt nicht hinter der päpstlichen verschwinden dürfe. Dieser sein Grundgedanke verleugnet sich auch nicht in den Vorschlägen der Bischofsversammlung.

VIII. Graf Leo Thun. Der Sieg der Bischöfe

Noch während der Beratungen der Bischöfe fand ein für ihre Bemühungen glückverheißender Ministerwechsel statt. Die unheilbare Krankheit Stadions machte diese Änderung notwendig. Er war Minister des Innern gewesen und hatte daneben provisorisch auch das Ministerium des Unterrichts verwaltet. Am 28. Juli 1849 wurde Justizminister Bach sein Nachfolger im Departement des Innern, Graf Leo Thun wurde zum Kultus- und Unterrichtsminister ernannt. Damit war eine neue Einteilung der Geschäfte verbunden. Die Kultusangelegenheiten, die bisher zum Ministerium des Innern gehörten, wurden ausgeschieden und mit dem Unterricht vereinigt; das geschah mit den Kultussachen der westlichen Reichshälfte unverweilt, im Jahre darauf auch mit denen Ungarns. Diese Organisation war eine völlige Neuerung und Leo Thun der erste österreichische Minister zugleich für Kultus und für Unterricht. Die Wahl des Mannes wie die neue Einteilung entsprachen den Wünschen Schwarzenbergs und Rauschers, von denen die Anregung zu beiden Maßregeln ausgegangen sein dürfte.

Es wäre aber zu viel gesagt, wollte man behaupten, daß Graf

Leo Thun schon damals völlig für das ultramontane System gewonnen war. Im Jahre 1811 geboren und früh zum Minister ernannt, war seine Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Edlen Impulsen zugänglich und von den besten Absichten beseelt, war er fremden Einflüssen sehr zugänglich. Es gereicht ihm zur Ehre, daß er sich auch als Minister vor der Autorität von Männern beugte, die ihm durch ihre geistigen Gaben imponierten. Ins Amt tretend fand er Franz Exner und Hermann Bonitz mit der Reform der Universitäten und der Gymnasien beschäftigt und er vertraute sich ganz ihrem Rate an. Seine großen Verdienste um das Unterrichtswesen sollen noch gewürdigt werden; aber auch hiebei waren es vorwiegend die Vorzüge seines Charakters, besonders seine selbstlose Anerkennung des Wirkens seiner Mitarbeiter, durch die er dem Staate Dienste leistete. Es läßt sich schwer sagen, welches seine Stellung zu wichtigen Fragen des politischen und des geistigen Lebens gewesen; ist doch aus der Zeit während und nach seiner Ministerschaft nur dürftiges Material über ihn veröffentlicht und darunter befindet sich bloß eine kleine Anzahl seiner Briefe. Unter diesen Schriftstücken sind einige, die auch einen wohlwollenden Beurteiler seines Wesens in Erstaunen setzen müssen. Er stand nach seinem Rücktritte vom Amte (1860) mit dem Rechtshistoriker Julius Ficker im Briefwechsel, einem der hervorragenden Gelehrten, deren Berufung nach Österreich sein Verdienst war. Ihm gegenüber sprach sich Thun 1861 ebenso offenherzig wie ungünstig über die Politik der Regierung aus, der er selbst seit 1849 angehört hatte. „Wir haben," so schreibt er, „eine mehr als zehnjährige Periode durchgemacht, in welcher — anfangs solange Fürst Schwarzenberg lebte — mit einer gewissen imponierenden Energie und Geisteskraft versucht wurde, Österreich auf bureaukratischem Wege zu einem modernen Einheitsstaat umzugestalten. Alle Argumente, welche gegen diesen Versuch vorgebracht wurden, blieben so lange vergeblich, bis das Unternehmen an der Unmöglichkeit der Fortsetzung scheiterte." Nach seinem eigenen Bekenntnisse also hatte Thun an der Zentralisation und Germanisation des Reiches nur mit innerstem Widerstreben mitgearbeitet. Kann man ihn unter solchen Umständen

einen Staatsmann oder auch nur einen selbständigen Kopf nennen? Dieselbe Unsicherheit hatte Thun gezeigt, als er im Ministerrate der Aufhebung der Verfassung vom 4. März 1849 widerriet, sich jedoch, trotz des von ihm geleisteten Eides, zum Verbleiben im Amte bestimmen ließ [1]).

Ebenso seltsam wie das Urteil Thuns über die zentralistische Regierung Österreichs von 1848 bis 1860 berührt dasjenige, was er an Ficker über seine Auffassung der mittelalterlichen Geschichte schrieb. Ficker, der damals mit Sybel den literarischen Streit über die Politik der deutschen Kaiser des Mittelalters durchfocht, sandte dem Grafen Thun 1862 seine Schrift „Deutsches König- und Kaisertum", worauf ihm der ehemalige Minister zunächst aufs bescheidenste erwiderte, seine Kenntnisse in der deutschen Geschichte seien so ungenügend, daß er die Argumente Fickers nicht zu würdigen vermöchte. Dann fährt er fort: „Völlig neu (so staunenswert es Ihnen erscheinen mag) war mir in dem Munde eines Mannes von unzweifelhafter katholischer Gesinnung der Ausspruch, daß von Innocenz III. an allerdings die Papstgewalt ein ungebührliches Übergewicht erhalten habe. Ich habe dergleichen bisher nur für protestantische Geschichtsverfälschung gehalten." Nun ist es bei Thuns

[1]) Vgl. Band I, S. 476. Von klerikaler Seite ist bestritten worden, daß Thun durch seinen Beamteneid auf die Verfassung verpflichtet war. Nun ist der Wortlaut des von ihm im Juli 1849 abgelegten Ministereides nicht bekannt. Es ist aber ein Spiel mit Worten, wenn man verlangt, es müsse eben dieses Gelöbnis vorgelegt werden, bevor ihm vorgehalten werden könne, er habe sich über seinen Schwur hinweggesetzt, indem er nach Aufhebung der Verfassung im Kabinett blieb. Denn er hatte sich doch bei Übernahme seines Amtes, ebenso wie jeder andere Beamte, eidlich zur Beobachtung der Gesetze verpflichtet; und daß zu ihnen die Verfassung gehört, ist selbstverständlich. — Thun legte übrigens bei seinen Untergebenen Wert auf das Bekenntnis zur Verfassung. In einer Verordnung vom 24. März 1850 schrieb er allen Professoren der Monarchie eine neue Eidesformel vor, durch die sie beteuern mußten, „die Verfassung, die Gesetze und die Vorschriften der vorgesetzten Behörde zu achten und genau zu befolgen". Offenbar stand er unter derselben Verpflichtung, die er den Professoren auferlegte. — Der Schwur auf die Verfassung wurde durch den § 118 des Grundgesetzes vom 4. März 1849 auch in den Fahneneid aufgenommen.

streng kirchlichen Überzeugungen selbstverständlich, daß er für seine Person den Päpsten in ihrem Kampfe mit den Kaisern Recht gab; merkwürdig aber ist, daß ihm, dem langjährigen Unterrichtsminister, nicht die Tatsache gegenwärtig war, daß nicht allein protestantische „Geschichtsverfälscher", sondern auch eine glänzende Reihe katholischer Denker, Dichter und Theologen von Walter von der Vogelweide, Dante und Wilhelm von Occam an sich den übermäßigen Ansprüchen der Päpste widersetzt hatten. Julius Ficker befand sich also in der besten Gesellschaft. Man hatte, bevor dieser Briefwechsel bekannt wurde, dem Grafen Thun eine solche Enge des Gesichtskreises nicht zugemutet [1]).

Um Leo Thun zu verstehen, muß man stets im Auge behalten, daß Herz und Gefühl, sittliche und religiöse Überzeugung bei ihm aufs stärkste mitsprachen, während scharfe Sonderung der Begriffe nicht eben seine Sache war. So ist auch sein Verhältnis zu Bolzano zu erklären, für den er die wärmste Teilnahme empfand. Thun brachte es zuwege, den felsenfesten Glauben an die Unfehlbarkeit der Kirche mit der Parteinahme für den von ihr verfolgten Philosophen zu vereinigen. Zu dieser Zeit trat Thun in Beziehungen zu dem Kreise englischer Protestanten, die sich vom Katholizismus angezogen fühlten und mit Newman und Manning zur römischen Kirche übertraten. Einem von ihnen, James Hope, sandte er einige Schriften Bolzanos. Hope fand darin manches Gute, stieß sich aber an dessen Rationalismus und meinte, die Vernunft, die heute in der Welt den Ton angäbe, wäre leider nur zu sehr geeignet, die Menschen auf Irrwege zu führen. Leo Thun antwortete am 8. Dezember 1841 in einem Briefe, in dem er sich Bolzanos warm annahm. Wohl sei die Freigeisterei ein Unglück, aber es wäre doch nicht die rechte Art, wollte man der Vernunft volles Schweigen gebieten. „Wenn alle Gläubigen sich Deiner Ansicht zuwendeten," fährt er fort, „so wäre niemand mehr imstande, den Glauben zu verteidigen gegen die Angriffe der Ungläubigen." Thun hat, wie bereits erwähnt wurde, Bolzano auch materiell gefördert,

---

[1]) Der Briefwechsel Thuns mit Ficker bei J. Jung, „Julius Ficker" (Innsbruck 1907), S. 295—300.

wofür dieser seine Dankbarkeit bezeigte, indem er ihm seine Bibliothek vermachte; sie wurde von Thun dem wendischen Seminar der Prager Universität überwiesen [1]). — Übrigens stand Graf Thun in Prag auch Franz Exner nahe, einem Vertreter der Herbartschen Philosophie. Deshalb nahm man im Güntherschen Kreise noch 1850 an, Thun wäre in der Religion ein Anhänger Bolzanos, in der Philosophie ein Herbartianer [2]). Es ist jedoch anzunehmen, daß, wenigstens zu dieser Zeit, weder das eine noch das andere der Fall war. Thun fühlte sich zu Bolzano vorwiegend durch dessen priesterliche Tugenden hingezogen, während ihn mit Exner sein starkes Bildungsinteresse verband, das Thun auch mit Tocqueville in persönliche Beziehungen brachte. Philosophische Probleme traten später für ihn zurück und er fand im katholischen Glauben völlig Genüge. Nachhaltig dagegen waren die Eindrücke, welche der Verkehr mit den Führern der tschechischen literarischen Bewegung, Jungmann, Safarik und Palacky, bei ihm zurückließ. Er fühlte sich von Jugend an als böhmischer Patriot, eine Empfindung, durch die seine politische Haltung jedoch erst nach dem Rücktritt vom Amte bestimmt wurde.

Die Bischofsversammlung hatte am Schlusse ihrer Beratungen ein Komitee von fünf Mitgliedern eingesetzt mit der Aufgabe, die weiteren Verhandlungen mit der Regierung zu pflegen. Außer Schwarzenberg und Rauscher waren die Bischöfe von Brünn und Laibach und der Armeebischof dessen Mitglieder. Es fällt auf, daß

[1]) Über die Entwicklung Thuns bis 1848 berichtet J. A. Freiherr v. Helfert in dem „Österreichischen Jahrbuch" von 1891 bis 1893. Leider gehen diese Aufsätze nicht näher auf die Verbindung Thuns mit Bolzano ein; Helfert bringt nur Auszüge aus dessen Briefwechsel mit Hope und hält es für notwendig, Leo Thun vor dem Verdachte einer dauernden Hinneigung zur Philosophie Bolzanos in Schutz zu nehmen, indem er feststellt, daß Thuns „gewissenhaftes und demütiges Streben, seine sittliche Selbständigkeit und Klarheit diese früheren Eindrücke bald genug abzustreifen wußte". — Über Thuns Wirksamkeit als Minister handelt S. Frankfurter in der Schrift: „Graf Leo Thun-Hohenstein, Fr. Exner und H. Bonitz" (Leipzig 1895).

[2]) P. Knoodt, „Anton Günther" II, S. 72.

der Wiener Metropolit nicht zugezogen wurde, so daß die Vermutung naheliegt, Milde sei nicht in allen Punkten mit seinen Amtsbrüdern einverstanden gewesen. Es verging ein halbes Jahr, ohne daß das Komitee von der Regierung eine Antwort erhielt. Die Bischöfe, davon unangenehm berührt, erbaten sich durch eine neue Eingabe die Erledigung. Als trotzdem wieder drei Monate in derselben Weise verflossen, wiederholte das Komitee seinen Schritt, indem es zugleich darauf hinwies, daß unterdessen der Neubau der Verwaltung, der Justiz, des Gemeindewesens und andere Reformen ins Werk gesetzt waren. „Alles ist neu geworden", schrieben die Bischöfe, „nur der katholischen Kirche gegenüber verharrt der Staat in seiner vorigen Stellung."

Die Ursache dieser Zögerung lag in dem Widerstande, den die Bureaukratie dem bischöflichen Programm entgegensetzte; die durch drei Menschenalter festgehaltene staatliche Tradition ließ sich überhaupt nicht so leicht beiseite schieben. Hauptvertreter der Opposition war der Justizminister Schmerling, aber auch Bach hegte Bedenken. In dem Widerstande gegen ein Zurückweichen vor der Kirche fand Schmerling Bundesgenossen auch in solchen Kreisen, welche seiner liberalen Auffassung im übrigen abgeneigt waren. Es gab Fürsprecher einer absolutistischen Regierungsgewalt, die schwere Bedenken gegen das Fallenlassen von Gesetzen hegten, durch welche die Geistlichkeit in strenger staatlicher Zucht gehalten wurde. Sie verwiesen auf die noch frischen Eindrücke der Revolutionszeit. Hätte die kaiserliche Regierung doch während der Jahre 1848 und 1849 mit einem großen Teile des ungarischen, italienischen und polnischen Klerus mißliche Erfahrungen gemacht. War es unter diesen Umständen klug, die Macht der Kirche auszudehnen? Eine ganze Reihe von ungarischen Bischöfen hatte die nationale Erhebung gefördert; Bischof Bemer ward deshalb nach Aufhebung der vom Kriegsgericht ausgesprochenen Todesstrafe zu langjährigem Kerker verurteilt, zwei andere Bischöfe wurden gleichzeitig ihres Amtes entsetzt. Wenn es nicht zum Abfalle Galiziens kam, so war dies zum geringsten das Verdienst der polnischen Geistlichkeit, da an vielen Orten Seelenmessen zum Andenken an zwei 1847 hin-

gerichtete Verschwörer gelesen worden waren. Bedenklicher noch waren die Vorgänge in Italien gewesen. Wie viele Priester waren doch den nationalen Freischaren mit dem Kreuze in der Hand zum Kampfe gegen Österreich vorangezogen! Und dabei beriefen sie sich darauf, daß Papst Pius IX. sich schon 1847 an die Spitze der nationalen und der Reformbewegung gestellt hatte. Verstärkte man in Österreich die Macht der Geistlichkeit, so konnten in künftigen Staatskrisen ähnliche Erscheinungen zutage treten.

Haltung Pius IX. während der Revolution

Kein Argument der Gegner des bischöflichen Programms war wirkungsvoller als der Hinweis auf die Vorgänge in Italien. Papst Pius IX., der dem Kirchenstaate eine Verfassung gegeben hatte, sah sich durch die von ihm begünstigte nationale Strömung weiter fortgerissen als er wünschte. Das römische Volk erzwang durch Drohungen den Abmarsch der päpstlichen Truppen zum Kampfe gegen Österreich, wie dies auch in Neapel und den anderen italienischen Hauptstädten geschah. Das erstaunlichste aber war, daß die Freiwilligen bei ihrem Ausmarsche den Segen des heiligen Vaters mit auf den Weg bekamen. Der damals in Rom weilende Friedrich Bodenstedt erzählt darüber folgendes [1]: „Natürlich ließ ich mir die Gelegenheit nicht entgehen, das merkwürdige Schauspiel mitanzusehen, wie das Haupt der katholischen Kirche eine Schar seiner Gläubigen gegen die andere in den Kampf schickte. ... Mehr als 30 000 Menschen standen da mit entblößten Häuptern, den weithin schallenden Segensworten des Papstes lauschend. Als der Segen gesprochen war, brach das Volk in donnernde Evvivas aus, die von allen dem Quirinal zulaufenden Straßen jubelnden Widerhall fanden. Während unten Hunderte von Fahnen geschwenkt wurden, wehten buntfarbige Tücher aus allen Fenstern; die Damen rissen ihre Schleier ab und winkten dem Papst entgegen; alles Volk schwenkte jubelnd die Hüte und die Regimenter der Guardia civica pflanzten wie auf einen Wink ihre rotbuschigen Helme auf die Bajonette."

Nun ist von kirchlicher Seite später in Abrede gestellt worden, der Papst hätte jemals den Segen zum Kampfe gegeben; und der Widerspruch klärt sich wohl so auf, daß Pius IX. in jenen bewegten Tagen oft von dem Volke auf den Balkon des Quirinalpalastes herausgejubelt wurde, um Segen zu spenden und eine Ansprache zu halten; er wird, mit oder ohne Absicht, keinen Unterschied gemacht haben, ob sich unter den Tausenden zu seinen Füßen auch Abteilungen von Freiheitskämpfern befanden. Tatsache ist, daß die

---

[1]) „Erinnerungen aus meinem Leben" II, S. 185, 227. Dieser Band erschien 1890.

Freischaren ihre Mäntel mit dem roten Kreuze bezeichneten und sich Kreuzfahrer (crociati) nannten, die in den heiligen Krieg gegen Österreich zögen; in der Proklamation ihres Generals Durando war mit schwungvollen Worten gesagt, daß ihnen die päpstliche Benediktion zuteil geworden.

Der Papst fühlte, daß er sich zu weit hatte drängen lassen; als daher sein Ministerium, mit dem Kardinalsekretär Antonelli an der Spitze, ihm vorschlug, Österreich den Krieg zu erklären, hielt er am 29. April eine Allokution, in der er erklärte, die Teilnahme am Kriege wäre mit den Pflichten des Stellvertreters Christi unvereinbar. Große Erbitterung darob in Italien — und da Pius IX. nicht darauf verzichten wollte, ein nationaler und volkstümlicher Papst zu sein, so richtete er am 3. Mai an den Kaiser von Österreich einen Brief mit dem Rate, auf die Lombardei und auf Venezien zu verzichten. Er schickte eine Abschrift dieses Schreibens dem König von Sardinien und beteuerte dabei, er verdiene den Vorwurf nicht, daß er durch die Allokution vom 29. April die nationale Empfindung Italiens habe verdammen wollen. Dieses Schwanken wird von den klerikalen Schriftstellern damit entschuldigt, daß der Papst unter den Stürmen der Revolution nicht frei gewesen sei. Damit ist jedoch der Sachverhalt nicht erschöpft; es kam hinzu, daß Pius IX. und Kardinalsekretär Antonelli befürchteten, im Falle der Niederlage Österreichs — die damals vielfach für unabwendbar gehalten wurde — könnte das Papsttum in den Sturz der konservativen Sache hineingezogen werden. Die Kurie war jedoch nicht gesonnen, um Österreichs willen das Martyrium auf sich zu nehmen. Deshalb wurde Unterstaatssekretär Farini an den König von Sardinien abgesendet, um mit ihm am 17. Mai 1848 einen geheimen Vertrag zu schließen, durch den ihm tatsächlich der Oberbefehl über die gegen Radetzky marschierende päpstliche Armee übertragen wurde [1]). Das ist ein gewichtigeres Faktum als Segenssprüche und notgedrungenes Diplomatisieren. Als Vincenzo Gioberti seine Agitationsreise nach Rom unternahm, war die Entscheidung der Kurie bereits erfolgt. Der Papst begrüßte ihn als Vater des Vaterlandes und sagte zu ihm, er selbst sei, wenn es sich um die Einheit der Nation handle, nicht bloß Italiano, sondern Italianissimo. Der Tribun aber hielt nach seiner Audienz beim Papst eine Ansprache an das römische Volk, in der er Pius IX. pries und verkündigte, er werde „noch die eiserne Krone auf das Haupt des Siegers von Goito und Peschiera (d. h. des Königs Karl Albert von Sardinien) setzen" [2]).

---

[1]) L. C. Farini erzählt dies ausführlich in dem Hauptwerke über diese Ereignisse „Lo stato Romano dall' anno 1814 al 1850" (Firenze 1850), 2. Band. Er ist ein glaubwürdiger Zeuge, wurde später einer der Hauptmitarbeiter Cavours und war 1862—63 italienischer Ministerpräsident.

[2]) Helfert gibt sich in seinem Werke „Die konfessionelle Frage in Österreich 1848" (abgedruckt auch im „Österreichischen Jahrbuch", Jahrgang 1882—1889) alle Mühe, um zu beweisen, daß Pius IX. die italieni-

Der Spuk hatte ein Ende, als Radetzky das päpstliche Heer bei Vicenza besiegte, umzingelte und am 11. Juni zur Waffenstreckung nötigte. Bei Vicenza kapitulierten 18000 Mann römischer Truppen. Die beste Mannschaft unter ihnen waren die Schweizer Söldner des Papstes. Als die Österreicher die feindliche Stellung überwältigten, riefen die Schweizer den neben ihnen postierten römischen Studenten zu, sie sollten sich retten, sie selbst müßten standhalten: siamo carne venduta — wir sind verkauftes Fleisch. In Radetzkys Lager zweifelte man nicht daran, der Feind sei mit dem Segen des Papstes in den Kampf gezogen; die Generäle und Offiziere Radetzkys waren aus diesem Grunde antiklerikal und blieben es auch über das Konkordat hinaus. Bis in die streng katholischen Kreise Österreichs reichte der Unwille gegen Pius IX.; dieses Gefühl war, wie Kanonikus Greif 1849 dem Kardinal Schwarzenberg aus Wien versicherte, so groß, daß „gewisse fromme Leute" den Papst am liebsten absetzen wollten, wenn sie es gekonnt hätten.

Selbst die Umgebung des Grafen Thun war nicht frei von der Stimmung des Mißtrauens gegen die Träger der kirchlichen Gewalt; dieses Gefühl tritt uns auch bei Helfert, dem Unterstaatssekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht, entgegen. Josef Alexander Helfert, 1820 geboren, hatte sich im österreichischen Reichstag durch die Entschiedenheit hervorgetan, mit der er für die staatliche Autorität gegen die Demokratie auftrat, und wurde deshalb von Stadion als Unterstaatssekretär ins Unterrichtsministerium berufen, ein Amt, das er bis 1863 bekleidete. Er hat in seinem langen Leben, das bis 1910 reichte, nach Kräften für die Belebung katholischen Sinnes gewirkt und in gleicher Überzeugung auch seine verdienstvollen Bücher über die österreichische Geschichte des 19. Jahrhunderts geschrieben. Dem Josephinismus war er abhold, ohne deshalb in die Übertreibungen der ultramontanen Richtung zu verfallen. Ihm nun fiel die Begutachtung der Eingaben der Bischöfe zu. Das geschah in einer Reihe von wohldurchdachten, dem Kultusminister zwischen

---

schen Freischaren nicht gesegnet habe („Österreichisches Jahrbuch" 1886, S. 212 ff.). Zu den von ihm vorgebrachten negativen Belegen wäre noch der Umstand zu rechnen, daß auch Farini nichts von dem Segen erzählt. Alle diese Volksszenen hatten übrigens für das große Spiel des Papsttums zwischen den Häusern Habsburg und Savoyen nur geringe Bedeutung. So wird es auch in Zukunft sein. Sollte es je zu einem Kriege zwischen Italien und einer anderen katholischen Macht kommen, so wird der Papst als Italiener nicht auf die Seite Österreichs oder Frankreichs treten können.

dem 5. November und dem 3. Dezember 1849 vorgelegten Denkschriften [1]). Helfert spricht darin als treuer Sohn der Kirche, zieht jedoch den Ansprüchen des Papstes und der Bischöfe eine bestimmte Grenze. Bezüglich der Ehe und der Schule weiß er sich mit ihnen eins und hält das österreichische Eherecht für unhaltbar; er streitet ebenso für die kirchliche Aufsicht über die Volksschule wie für die Übertragung der Leitung der theologischen Lehranstalten an die Kirche. In anderen Angelegenheiten rät er zu einem Mittelwege, so bezüglich der geistlichen Gerichtsbarkeit und des Klosterwesens. Er wollte zwar die Verbindung der Klöster mit ihren Oberen in Rom freigeben, indessen sollten die Ordensgeneräle für Österreich immer einen Generalvikar ernennen mit dem Sitze in der Monarchie. In der Hauptsache endlich, was nämlich die Verbindung des Papstes mit den Bischöfen und der letzteren mit den Gläubigen betrifft, wachte Helfert mit einer gewissen Eifersucht über den Machtbereich des Staates. Er gab zwar zu, daß das Placetum regium in seinem bisherigen Umfange nicht länger beibehalten werden könnte. Es ginge nicht an, die Veröffentlichung von Bullen und Hirtenbriefen von der Erlaubnis der Staatsbehörden abhängig zu machen. Es müßte aber zur Verhütung von Mißbräuchen ein anderes Mittel gefunden werden. Demnach müßte sich der Staat ein Veto vorbehalten; alle Erlässe des Papstes und der Bischöfe wären einzuschicken und von den Behörden zu prüfen, damit dann durch Vereinbarungen von Fall zu Fall eine Einigung zwischen Staat und Kirche stattfinden könnte. Aber war der Unterschied zwischen dem Rechte des Plazet und des Veto gar so groß? Das eine wie das andere war mit der Freiheit der Kirche nicht vereinbar und für Rauscher oder Schwarzenberg unannehmbar.

Der Gedankengang Helferts erhellt aus folgenden, seinem Gutachten über das Placetum regium entnommenen Sätzen:

„Entzieht die Kirche den Augen des Staates das innerliche Getriebe ihres Schaffens und Waltens: dann ist es nicht anders möglich, als daß der Staat mit argwöhnischer Scheu das ihm verborgene Wirken einer Macht ansieht, die außer dem Bereiche seiner bürgerlichen Gewalt selbständig und unabhängig dasteht. Liegt ihm

[1]) Die Denkschriften wurden dem Verfasser dieses Werkes von Freiherrn v. Helfert einige Jahre vor dessen Tode zur Abschrift überlassen.

dagegen ihr Wirken offen dar, kann er in jedem Augenblicke sich die Überzeugung verschaffen, daß die kirchlichen Organe nie und nirgend dem zuwiderhandeln, was des Kaisers ist: dann wird er es auch in seinem höchsten Interesse finden, die gerechten Anforderungen und billigen Wünsche einer Macht zu schirmen und zu schützen, mit der im innigsten Einklange zu stehen und zu gehen als seinem eigenen Wohle in hohem Grade nur gedeihlich er erkennen muß. . . ."

„Und wenn der Staat sehen will, dann muß er auch erkennen, daß er der erwähnten Garantie gegenüber der kirchlichen Macht unumgänglich bedarf. Lassen wir die Toten ruhen und ziehen wir nicht alte Geschichten hervor: zum Teil sind diese ohnehin von solcher Art, daß eine Wiederkehr wohl kaum zu besorgen steht. Aber blicken wir in die jüngst verflossenen Tage zurück. Haben wir es vergessen, daß in Galizien und Italien der Beichtstuhl, daß in Ungarn, wo sich nicht auf geheime Wege beschränkt zu werden brauchte, der Predigtstuhl dazu benutzt worden ist, Proselyten nicht für das himmlische Reich Gottes, sondern gegen das weltliche Reich des Kaisers zu werben? Haben wir es vergessen, daß, wenn auch in den meisten Fällen dies ohne Vorwissen, hoffentlich selbst gegen den Willen der kirchlichen Oberen geschehen ist, hin und wieder Bischöfe selbst ihrem Klerus geeignete Instruktionen gegeben haben? Haben wir es vergessen, daß in Galizien unter dem Vorwande der christlichen Gleichheit aller Menschen die gefährliche Lamennais'sche Lehre von der demokratischen Brüderlichkeit aller Bürger gepredigt worden ist? Haben wir es vergessen, daß von der Rednerbühne des Reichstages herab aus geistlichem Munde die Klage über staatliche Übergriffe erhoben worden ist, als die galizische Geistlichkeit öffentliche Gebete für zwei gerichtete Hochverräter angeordnet und diese von den Behörden verboten wurden [1]?"

— — — — — — — — — — — — — —

„Gegenüber von solchen Tatsachen kann die **verantwortliche** Regierung Sr. Majestät nimmermehr die Verantwortung auf sich nehmen, den Staat des Mittels zu berauben, welches ihn vor solchen Gefährdungen seines Bestandes und Gedeihens schützt."

„Das Placetum regium muß fallen, aber es muß etwas an die Stelle kommen, was vor der Gefahr schirmt, gegen welche es aufgerichtet war."

Es macht den Eindruck, daß Graf Thun sich gegen die Vorschläge Helferts anfangs nicht geradezu abweisend verhalten habe. Der Minister würde ihn sonst nicht durch Wochen an seinen Gutachten haben arbeiten lassen; und noch weniger hätte Helfert

[1]) Helfert spielt hier auf die Rede des galizischen Pfarrers Bielecki auf der Tribüne des Kremsierer Reichstages an, der (Februar 1849) das Verbot dieser Seelenmessen durch die Regierung als Beweis anführte, wie notwendig die Befreiung der Kirche von der Staatsaufsicht wäre.

sich Zeit genommen, für Thun einen Vortrag an den Kaiser niederzuschreiben, der, am 27. November dem Minister unterbreitet, aus seinem Gutachten über das Placetum regium alles Wichtige wörtlich herübernahm. Indessen wirkten auf den Grafen Thun Einflüsse ganz anderer Art. Anfangs Dezember 1849 fand zwischen ihm und Rauscher eine dreistündige Unterredung statt, die beim Fürstbischof den Eindruck zurückließ, der Minister werde in der Hauptsache seinen Ratschlägen willfahren. So rasch aber ging es doch nicht, es trat vielmehr, wie erzählt wurde, ein Stocken ein. Darüber berichtete der Bischof von Brünn aus Wien am 23. Dezember einem Freunde: „Das einzige, was auf das ernstliche Andringen des Kardinals und des Fürstbischofs erzielt wurde, ist, daß die Sache endlich in Gang gekommen und sich nun die Verhandlungen ernstlich fortspinnen dürften."

Der Kultusminister war noch nicht ganz mit sich im reinen. Helferts starkes Rückgrat war ein gewisses Hindernis, deshalb sah sich Thun nach einem anderen Ratgeber um, welcher der römischen Auffassnng näher stand. Ein solcher schien sich in Ignaz Beidtel zu finden, bisher Rat am Appellationsgerichte zu Brünn, der soeben durch seine „Untersuchungen über die kirchlichen Zustände in den kaiserlich österreichischen Staaten" und durch das Werk „Das kanonische Recht" die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gelenkt hatte. Beidtel war, wie wir wissen, eines der Opfer der Zensur gewesen und konnte das letztere Buch erst 1849 gleichzeitig mit den „Untersuchungen" herausgeben (Bd. II, 1 S. 476, Anm.). Er selbst bezeichnet es als das Werk eines Publizisten, „der das römische System gegen die Gründe des Jahrhunderts rechtfertigen will". Als gläubiger Katholik wollte er der Kirche die Freiheit zurückgewinnen, die nach seiner Ansicht schon unter Maria Theresia ungebührlich beschränkt worden war; der Josephinismus galt ihm für ein Verhängnis, für einen Angriff auf die religiös-sittlichen Grundlagen des Staates wie der Kirche. Aber selbst einem Manne dieser Art ging das Programm der Bischöfe zu weit. Der Abschluß eines Konkordats mit Rom schien ihm nicht rätlich; vorzuziehen wäre ein freier Gesetzgebungsakt des Staates, um der Kirche zu geben, was ihr gebühre. Am 17. Februar 1850

zum ersten Male zu Thun berufen, entwickelte er in mehreren vielstündigen Unterredungen das Wesen der nach seiner Ansicht zu erlassenden Gesetze. Er sparte nicht mit seinen Einwendungen gegen die Eingaben der Bischöfe, ging aber über Helfert darin hinaus, daß er für die bedingungslose Aufhebung des Placetum regium, also für die Freigebung des Verkehrs der Bischöfe mit Rom wie mit ihren Priestern eintrat. Er machte nun die Bemerkung, daß Thun nicht die notwendigen Kenntnisse für die Leitung der Kultus- und der Unterrichtsangelegenheiten besaß und selbst in den Prinzipien der Kirchenpolitik unsicher war. Dies läßt sich damit erklären, daß Thun noch neu im Amte war; in jeder Beziehung überraschend aber ist, daß er damals noch der Freigebung des Verkehrs der Bischöfe mit der römischen Kurie und ihren eigenen Untergebenen widerstrebte. Und doch war dies sowohl für die römisch gesinnten wie für die liberalen Katholiken Herzenssache. So ist auch der Ausspruch verständlich, der damals in klerikalen Kreisen umlief: Thuns Herz sei katholisch, sein Kopf protestantisch. Man erfährt von Beidtel, daß er Mühe hatte, den Minister für seine Auffassung zu gewinnen. Das gelang ihm erst durch den Hinweis, daß selbst Napoleon als Beherrscher Italiens in dem mit dem Papste abgeschlossenen Konkordat auf die staatliche Überwachung der Korrespondenz und der Hirtenbriefe der Bischöfe verzichtet hatte. So wurde Thun in der Richtung des bischöflichen Programms weitergeschoben und die am 9. März 1850 vollendete Denkschrift Beidtels war die Grundlage für die bald darauf fallende Entscheidung. Trotzdem erlebte Beidtel die persönliche Enttäuschung, daß ihm die erhoffte dauernde Anstellung im Kultusministerium versagt wurde, so daß er 1851 in den Ruhestand trat. Dies geschah, wie Schmerling ihm mitteilte, weil die klerikale Strömung allgemach die Dämme durchbrach und selbst über Beidtel, den alten Gegner des Josephinismus, hinwegschritt [1]).

[1]) Schmerling hatte Beidtel dem Grafen Thun als Beirat empfohlen. Alles Nähere in dem Auszug aus Beidtels Selbstbiographie in der Einleitung zu dessen Werk „Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung“. Dieses Werk war bei dem 1865 erfolgten Tode des Verfassers noch nicht dem Druck übergeben und wurde erst 1896 veröffentlicht. Wohl steht

Überhaupt war es ein stärkerer Mann als Beidtel, der die Entscheidung brachte; es waren Rauschers sieghafte Beredsamkeit und sein Appell an das katholische Gewissen Leo Thuns, die für den Ausgang der Verhandlungen bestimmend wurden. Also überzeugt und gewonnen, stellte er im Ministerrate Anträge ganz im Geiste und beinahe nach dem Wortlaute der bischöflichen Eingaben. Er stieß jedoch bei den anderen Ministern auf Widerspruch, so daß, wie ein Mitglied des bischöflichen Komitees schrieb, seine Vorschläge „in Seifenblasen zerfielen und von der Freiheit der Kirche nichts übrig blieb". Darauf lud Thun seine Kollegen Schmerling und Bach zusammen mit den Führern der Bischöfe zu einer am 9. März stattfindenden Konferenz ein, um eine Einigung herbeizuführen[1]. Aber auch hier blieben die Amtsgenossen Thuns bei ihrer Meinung. Kardinal Schwarzenberg war darüber höchst ungehalten, wie aus seinem am 11. März an den Kultusminister gerichteten Briefe hervorgeht. Darin machte er ihm auch die Mitteilung, daß es ihm unter solchen Umständen unmöglich wäre, das Salzburger Erzbistum mit dem Prager zu vertauschen; dies wünschte nämlich der böhmische Hochadel und mit ihm die Regierung. Übrigens hatte Rauscher schon früher den Versuch gemacht, durch eine Art Handstreich mit seiner Ansicht bezüglich des Placetum regium durchzudringen. Er ließ im September 1849 als Bischof von Graz einen an ihn gelangten Erlaß der Kurie publizieren, ohne die Genehmigung der steierischen Statthalterei einzuholen; er berief sich darauf, daß durch den oben (Bd. II, S. 469) zitierten Verfassungsparagraphen der Kirche die Freiheit zurückgegeben wäre. Die grundsätzliche Entscheidung der Frage war also immer notwendiger geworden[2].

Beidtel auf dem ultrakonservativen Standpunkte, schon die Reformen Maria Theresias hätten die staatliche Ordnung in Österreich schwer erschüttert; auch sind manche seiner Angaben nicht genau; man schöpft aber trotzdem aus seinen Büchern vielfache Belehrung.

[1]) Diese Verhandlungen nach C. Wolfsgruber, „Friedrich Karl Schwarzenberg" I, S. 343 ff.

[2]) Akten des Ministeriums für Kultus und Unterricht. Die Entscheidung über die Angelegenheit wurde im Ministerium bis zum Erlaß der kaiserlichen Verordnung vom 18. April 1850 in Schwebe gelassen.

Nach jener vergeblichen Konferenz vom 9. März griffen die Kirchenfürsten zu kräftigeren Mitteln, sie gingen von Vorstellungen zu Drohungen über. Sie überreichten dem Ministerium eine neue, dringendere Denkschrift, in der sie ankündigten, daß sie ihren Klerus von dem Stande der Dinge zu unterrichten und die Konferenzakten zu veröffentlichen gedächten. Es sollte also der ganze kirchliche Heerbann aufgeboten werden. Thun selbst war jetzt Feuer und Flamme für seine geistlichen Berater. Der Kaiser hatte unter dem Einflusse der Bischöfe schon mehrmals seinen Ministern aufgetragen, ihm endlich bestimmte Anträge zu stellen. Da aber zwischen ihnen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, trat der Kultusminister vor den Monarchen, erstattete für sich allein Vorschläge und bat, wenn sie nicht genehmigt würden, um seine Entlassung. Der Kaiser entschied für ihn und kündigte dies in einer am 18. März abgehaltenen Ministerratssitzung seinen Räten an. Als so die Grundsätze festgestellt waren, wurde die Sache in einer zweiten Sitzung vom 22. März zum Abschlusse gebracht. Schmerling blieb wohl bei seinen Einwendungen, ohne jedoch in der Hauptsache durchzudringen. Mit Grund konnte der ultramontane Historiker Hurter bald darauf in einem Briefe sagen: „Wir verdanken die Verfügung vom 18. und 23. April in Hinsicht auf die Kirche einzig dem festen Willen des Kaisers" [1]).

IX. Der Fall des Josephinismus

Sonach erflossen die beiden Gesetze (Kaiserliche Verordnung vom 18. und vom 23. April 1850), durch welche das neue kirchenpolitische System begründet wurde. Sie sind der Grabgesang des Josephinismus. Sie enthalten nur positive Bestimmungen, nicht auch theoretische Grundsätze, wie sie fünf Jahre später im Konkordat feierlich ausgesprochen wurden. Die Maximen sind jedoch in den zwei einbegleitenden Vorträgen des Kultusministers an den Kaiser niedergelegt, in denen Graf Leo Thun ausdrücklich im Namen des ganzen Ministerrates spricht;

[1]) H. v. Hurter, „Friedrich v. Hurter" II, S. 294.

und da diese Motivenberichte gleichzeitig in den Beilagen zur Gesetzessammlung publiziert wurden, so war die Öffentlichkeit über die Absichten der Regierung aufgeklärt [1]. Die Vorträge Thuns beruhen auf dem Gutachten Beidtels; dieses wurde aber mit Hilfe Rauschers umgearbeitet, dessen Lieblingswendungen sich in den Motivenberichten wiederfinden. Es gab nur eine Stimme darüber, daß er die Seele der Neuordnung der Dinge war. Schon am 6. April hatte Thun an Rauscher geschrieben: „Die bisherigen Erfolge sind ganz eigentlich Ihr Verdienst. Ich habe dabei kein anderes als das, hindernden Einflüssen den Weg vertreten zu haben." Und nach Erringung des Sieges richtete der Bischof von Laibach, ein Mitglied des bischöflichen Komitees, an seinen hervorragenden Amtsbruder am 24. April 1850 ein Schreiben mit dem Ausdrucke der Bewunderung: „Euer Liebden haben in unseren Angelegenheiten Großes schon geleistet, und Großes erwartet die Kirche Gottes noch von Ihnen; allein Gott hat Sie mit Gaben ausgestattet, durch die es Ihnen leichter als jedem anderen von uns wird." Rauscher war, lange bevor er Erzbischof von Wien wurde, der Führer des österreichischen Episkopats.

Die Gesetze von 1850 wirken bis zum heutigen Tage nach, während das Konkordat schon 1870 gekündigt wurde und das österreichische Staatskirchenrecht nicht tiefer beeinflußte. Grund genug für eine eingehende Zergliederung der uns beschäftigenden Erlässe, selbst auf die Gefahr hin, daß das österreichische Kirchenrecht in seiner historischen Entwicklung hiebei mehr zu Worte kommt als die politische Geschichte.

---

[1] Außerdem erhielten die Bischöfe eine Erledigung ihrer Eingaben, die in den „Aktenstücken der Bischöflichen Versammlung in Wien", S. 48—73, abgedruckt ist. Endlich gehören hieher auch die Verordnung des Kultusministers vom 28. Juni 1850 über die Stellung der katholischen Religionslehrer, vom 30. Juni 1850 über die theologischen Lehranstalten, und die vom 15. Juli 1850 über die Amtshandlungen gegen katholische Geistliche, über den katholischen Gottesdienst und über die Prüfung zu Pfarrämtern. Die kaiserlichen Verordnungen galten für die ganze Monarchie, die des Ministers für die österreichischen, aber nicht für die ungarischen und italienischen Provinzen. Die Vorträge Thuns an den Kaiser sind in dem Beilagenband zum Reichsgesetzblatte 1850, S. 103—124, abgedruckt.

1. Freigebung des Verkehrs zwischen der Kurie, den Bischöfen, dem Klerus und den Laien

Jede Beschränkung der Publikation von Bullen und Breven der Päpste, ebenso der Hirtenbriefe und Rundschreiben der Bischöfe wurde aufgehoben. Nur hatten die Bischöfe, wofern ihre Kundmachungen für die Öffentlichkeit bestimmt waren oder äußere Wirkungen nach sich zogen, der Staatsbehörde Abschriften vorzulegen. Das Placetum regium fiel also, ohne daß, wie Helfert vorgeschlagen hatte, etwas anderes an dessen Stelle gesetzt wurde; der Verkehr zwischen Rom und den Bischöfen wurde freigegeben. Dagegen sagten die im Reichsgesetzblatte publizierten Verfügungen von 1850 nichts über die Verbindung der Klöster mit ihren Ordensgenerälen in Rom; wohl wurden die früheren Verbote seit 1848 kaum mehr berücksichtigt, indessen trat der Bruch mit der Vergangenheit völlig erst durch das Konkordat ein.

Das Placetum regium war von der Kirche zwar als „verabscheuungswürdiger Mißbrauch" und „als faule und gottlose Erfindung" verdammt und verboten, doch wurde es seit dem 16. Jahrhundert in vielen Ländern ausgeübt, in Österreich von Rudolf II., Ferdinand II., Leopold I. Unter Maria Theresia und Joseph II. wurden 1767 und 1781 genauere Bestimmungen erlassen. Da indessen unter Leopold II. Zweifel über den Umfang dieses staatlichen Rechtes auftauchten, so verfügte der Kaiser 1791, daß nicht bloß die künftigen Anordnungen der Päpste der Bestätigung durch die Staatsbehörde bedürften, sondern daß auch „jede ältere Bulle, Konstitution usw., sobald man Gebrauch davon machen will, zuvor die landesfürstliche Genehmigung erhalten muß". — Durch die 1850 erfolgte Aufhebung verschwand das Placetum regium aus dem österreichischen Staatskirchenrecht; in Ungarn dagegen, wo die Gesetze aus der Zeit des Absolutismus nach Wiederherstellung der nationalen Verfassung (1867) außer Wirksamkeit getreten sind, lebte damit das königliche Plazet wieder auf und besteht bis heute zu Recht; es wurde 1870 in Erinnerung gebracht und erklärt, daß das Unfehlbarkeitsdogma ohne das Placetum in Ungarn keine Geltung besitze. Als Bischof Jekelfalussy das Dogma trotzdem feierlich kundmachen ließ, wurde er ad audiendum verbum regis vorgeladen und erhielt vom Monarchen eine Rüge. — In Österreich unterliegen die päpstlichen Erlässe keiner staatlichen Zensur mehr, können aber gegebenenfalls preßgesetzlich verfolgt werden. So wurde die Allokution, durch welche Papst Pius IX. die österreichische Verfassung vom 21. Dezember 1867 verdammte und für ungültig erklärte, mit Beschlag belegt und ihre Verbreitung für strafbar erklärt.

2. Kirchliche Gerichtsbarkeit

Durch das Gesetz vom 18. April 1850 wurde der Kirche die frühere Disziplinargewalt in zwiefachem Sinne zurückgegeben. Zunächst entfielen die Beschränkungen der josephinischen Vorschriften in bezug auf das Recht der Kirche, über Priester wie über Laien rein geistliche Strafen zu verhängen, so die Kirchenbuße und den Bannfluch. Diese Bestimmung nun hatte angesichts der veränderten Zeitläufte geringere Bedeutung für das öffentliche und das Privatleben; es war Sache des Gewissens, wie weit sich der Katholik durch geistliche Zensuren berührt fühlte. Anders stand es mit der gleichzeitigen Wiederherstellung der bischöflichen Vollgewalt über den Klerus, kraft welcher der Geistliche vom Bischof fortan auch mit weltlichen Strafen belegt werden konnte, so mit Einsperrung, mit der Entziehung des Gehalts, mit der Suspension oder Absetzung vom Amte. Damit hatten die Bischöfe es in der Hand, jeden freien Atemzug zu hindern und Priester, die sich selbständiges Denken und Handeln erlaubten, nicht bloß zu entfernen, sondern auch deren persönliche Freiheit zu beschränken. Das neue Gesetz sagte den Bischöfen beim Vollzuge dieser Strafen die Mitwirkung der Staatsbehörde zu, wofern nur die in den kanonischen Gesetzen vorgeschriebenen Prozeßformen nicht verletzt waren. Wurde die Hilfe der Staatsbehörden in Anspruch genommen, so war vom Bischof bloß nachzuweisen, daß eben diese kanonischen Formen eingehalten worden waren; unter dieser Voraussetzung wurde der Spruch vom Staate anerkannt und selbst vollzogen.

Es war jedoch auch der Fall vorgesehen, daß die Regierung — etwa aus politischen Gründen — die Bestrafung, eventuell die Absetzung eines Geistlichen für notwendig hielt, dies jedoch beim Bischof nicht durchgesetzt werden konnte. Dann, so verfügten die neuen Erlässe, durfte der Landeschef die Maßregelung aus eigener Machtvollkommenheit vollziehen. Die Seelsorger standen also unter der doppelten Gewalt des Bischofs und der Regierung; beide hatten das Recht zu strafen, aber keiner durfte der Strenge des anderen Teiles mildernd entgegentreten.

Keine Bestimmung der neuen Verordnungen erregte größeren

Widerspruch als die politische und kirchliche Knebelung des Klerus. Innerhalb der Geistlichkeit war zu Beginn der Revolution die Hoffnung rege geworden, jetzt werde den Seelsorgern freiere Bewegung, vielleicht selbst ein Anteil am Kirchenregiment gewährt werden; nun trat im Gegenteil eine Verschlimmerung ihrer Lage ein. Das Ministerium erhielt durch seine untergeordneten Organe Kenntnis von der im Klerus herrschenden Unzufriedenheit. So wurde ihm aus Böhmen berichtet: „Man klagt allgemein über den bischöflichen Absolutismus, der nun in der katholischen Kirche errichtet sei und der von einer Berechtigung des Priesters, des Laien und der Gemeinde nichts wissen wolle. . . . Und zu allem diesem verspricht der konstitutionelle Staat die Hilfe der Bajonette. Die Geistlichen sind ganz entmutigt. Man hört sie sagen: Nun sind wir Sklaven. Wir sind den Bischöfen gegenüber ganz recht- und schutzlos. Die Bischöfe haben sich die Konstitution zugeschnitten, sie sagen: Ich bin die Kirche" [1]). Diese Befürchtungen sollten nur zu bald in Erfüllung gehen.

Festzuhalten ist, daß das also geregelte Verfahren sich nur auf Verstöße der Geistlichen gegen ihre Amtspflicht bezog; unberührt blieb die Justiz in bürgerlichen Sachen und in Straffällen, die nach wie vor vom Staate gehandhabt wurde.

Es ist das gute Recht einer kirchlichen Gemeinschaft, festzustellen, ob ein Priester auf dem Boden ihrer Glaubenslehre steht und ihn im verneinenden Falle auszuschließen. Wie weit der Staat ihr zur Vollziehung des Spruches den weltlichen Arm leihen soll, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Hier soll nur von dem vor und nach 1850 geltenden Rechte gehandelt werden. Man kann nicht sagen, daß der Absolutismus vor der Revolution mit der niederen Geistlichkeit sanft verfuhr; indessen gewährte er ihr doch einen gewissen Rechtsschutz. Dies geschah durch das Hofkanzleidekret vom 3. März 1792, das erst durch die Verordnung Thuns vom 15. Juli 1850 aufgehoben wurde. Jenes Dekret machte bei Verletzungen der geistlichen Amtspflicht eine wichtige Unterscheidung. Handelte es sich um die Verfehlung eines Priesters, zu deren Sühne eine rein geistliche Buße oder Strafe vorgeschrieben war, so blieb der Bischof der alleinige Richter. Anders wenn eine weltliche Strafe verhängt werden mußte, wie Einsperrung, Suspension oder Enthebung vom Amte. In diesem Falle griff der Staat ein und schrieb das Verfahren vor. Es wurde eine aus Vertretern der

---

[1]) C. Wolfsgruber, „Friedrich Kardinal Schwarzenberg" I, S. 350.

Regierung und des Bischofs bestehende Untersuchungskommission eingesetzt, die ein einheitliches Gutachten abzugeben hatte. Die Entscheidung lag dann bei der Staatsbehörde (Gubernium oder Hofkanzlei). Nun mag es richtig sein, daß diese Verfügung nur zugunsten der Priester getroffen worden war, die mit dem Bischof wegen ihrer josephinischen Gesinnung zusammenstießen; die Gewissensfreiheit als solche fand, wie wir wissen, vor 1848 keinen Schutz. Jedenfalls war die Aufhebung des Dekrets von 1792 eine tief einschneidende Maßregel, indem der Staat damit auf sein eigenes Entscheidungsrecht verzichtete und die Priester ohne staatliche Schranken der Gewalt der Bischöfe überantwortete.

Auch andere, zum Schutze der niederen Geistlichkeit früher erlassene Anordnungen wurden fortan nicht mehr gehandhabt. Maria Theresia hatte nämlich 1771 alle geistlichen Strafkerker und Gefängnisse verboten; sie verfügte, daß, wenn Priester von den Oberen zur Einschließung verurteilt wurden, dies nur in Klöstern geschehen dürfe. Seit Joseph II. und Franz II. standen überdies Korrektion und Strafe ebenso wie die Anstalten hiezu unter der Aufsicht des Staates, und den Korrigenden stand der Rekurs an die landesfürstliche Behörde offen. Dies alles entfiel seit 1850, und so wurde die Befürchtung laut, es könnten am Ende wieder die Kerker in Gebrauch kommen, in denen in alter Zeit unbotmäßige Geistliche verschwunden waren — was im Kapuzinerkloster zu Wien noch unter Kaiser Joseph vorgekommen und von ihm energisch abgestellt worden war. Mochten diese Befürchtungen auch übertrieben sein, so sind einzelne Mißbräuche solcher Art tatsächlich gegen das Ende der Konkordatszeit aufgedeckt worden.

Aus diesen historischen Voraussetzungen erwuchsen die Bestimmungen, welche in Österreich nach der Kündigung des Konkordats durch das Gesetz von 1874 getroffen wurden und jetzt noch gelten. Danach ist der Kirche die Ausübung eines „äußeren Zwanges" (also Leibes- und Freiheitsstrafen) verboten; auch gewährt das Gesetz der Geistlichkeit das Recht, sich wegen Verletzung der Staatsgesetze durch die Kirchenoberen an die Verwaltungsbehörde zu wenden (recursus ab abusu), worauf Abhilfe zu treffen ist. — Dagegen anerkennt der Staat das Recht der Oberen, Geistliche in den kanonischen Formen ihres Amtes zu entsetzen, und vollstreckt erforderlichenfalls das Urteil der Kirche.

3. Gottesdienstordnung

Zu den Hauptbeschwerden der Bischöfe gehörte die Einmengung des Staates in den Gang des katholischen Gottesdienstes, insbesondere durch die Verordnung von 1783 (Band II S. 433). Diese Klage war begründet. Wohl war seither manches beseitigt oder gemildert worden, aber immer unter er-

neuerter Betonung der staatlichen Verfügungsgewalt. Die Bischöfe verlangten nun in einer der Eingaben von 1849 den grundsätzlichen Verzicht des Staates auf solche Einmengungen und sie erreichten ihr Ziel. Dabei wurde auch in der Form ihrem Standpunkt entsprochen. Hätte die Regierung nämlich die älteren Verordnungen aufgehoben, so würde auch dies ein Akt staatlicher Gesetzgebung gewesen sein, wenn auch in einem der Kirche günstigen Sinne. Deshalb ist in den beiden kaiserlichen Verordnungen vom April 1850 nichts über den Gegenstand gesagt. Abseits davon erfloß eine allerhöchste Entschließung, die einfach verfügte, jedem Bischof stehe es frei, den Gottesdienst seiner Diözese im Sinne der von den Kirchenfürsten gemachten Eingabe zu ordnen und zu leiten. Davon wurden die Bischöfe in der ihnen gewordenen Erledigung und die Öffentlichkeit durch die Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 15. Juli 1850 verständigt. Die Regierung sprach im Anschlusse daran die Erwartung aus, die Bischöfe würden gemäß der in ihrer Eingabe gemachten Zusage jedem Mißbrauch im Gottesdienste begegnen.

Damit entfielen also die Verordnungen, die sich auf die äußere Ausstattung der Kirchen, auf Predigt, Glockengeläute und Prozessionen wie auf die Verkündigung von Ablässen bezogen. Auch durften die von der politischen Behörde früher (seit Joseph II.) mißtrauisch überwachten Gnadenbilder wieder Wunder üben und die Austreibung unreiner Geister war nicht mehr beschränkt. — Die liberale Gesetzgebung von 1874 enthält sich gleichfalls einer positiven Verfügung über den Gottesdienst; sie überträgt aber der Regierung das Recht, kirchliche Anordnungen dieser Art zu untersagen, wenn sie „öffentlichen Rücksichten entgegenstehen".

Zumal die Schicksale der Teufelsbannung sind kulturgeschichtlich höchst bezeichnend. Schon Maria Theresia hatte diese Beschwörungen beschränkt; sie verbot 1752 den abscheulichen Brauch, die Leichen Verstorbener, die man für Hexen oder Hexenmeister hielt, auszugraben, um durch Geistliche die Beschwörung vornehmen zu lassen. Es scheint jedoch, daß ein förmliches Verbot von Teufelsbannungen (Exorzismen) niemals erfolgt ist. Das würde in die kirchlichen Bräuche zu tief eingeschnitten haben; findet doch auch bei der Taufe eine Austreibung des unreinen Geistes statt, und unter den sieben Weihen zur katholischen Priesterwürde ist die zweite die zum Exorzisten. Man half sich deshalb in anderer Weise. Im Jahre 1755 verfügte Kaiserin Maria Theresia, daß die Geistlichen Teufelsbannungen nur mit Erlaubnis der politischen Behörde vornehmen

dürften[1]). Der aufgeklärte Absolutismus erlaubte also den Exorzismus gewissermaßen nur unter Aufsicht der k. k. Polizei, wodurch aber die Taufe selbstverständlich nicht berührt wurde. Nach Ablauf des denkfrohen 18. Jahrhunderts fand unter den Katholiken ebenso wie unter den Protestanten auch auf diesem Gebiete ein Rückfall statt; die Berliner Hof- und Dom-Agende von 1822 brachte den alten Brauch wieder zu Ehren, und seit 1850 wurde auch in Österreich dem Teufel die Existenz wieder schwerer gemacht. Doch ist es meistens nur verhextes Vieh, gegen welches die Beschwörung durch den Geistlichen in Anwendung kommt[2]). Das 1858 zu Wien abgehaltene Provinzialkonzil ordnete an, daß besonders bei hysterischen Frauenzimmern und bei Armen große Vorsicht im Exorzisieren am Platze sei, damit der Geistliche nicht getäuscht werde; die Zuziehung eines Arztes würde regelmäßig geboten sein.

4. Theologischer und Religions-Unterricht

Von hoher Wichtigkeit für Staat und Kirche waren die 1850 über die Erziehung des Klerus getroffenen Verfügungen. Hält man diese Maßregeln mit der Wiederherstellung der bischöflichen Gerichtsbarkeit zusammen, so kann man sagen, daß die Geistlichkeit von da ab mit neuem Geiste erfüllt und in Gegensatz zum Staate gebracht wurde. Die älteren Priester nahmen die Wandlung kopfschüttelnd gewahr, die jüngeren warfen sich in der Regel mit Eifer in die neue Richtung.

Es ist erstaunlich, wie im 18. Jahrhundert die theologische Gelehrsamkeit von den Jesuiten vernachlässigt wurde, obwohl der Orden alle theologischen Fakultäten Österreichs leitete und regelmäßig mit seinen Angehörigen besetzte. Zur Zeit der Auflösung des Jesuitenordens hatte er in seinen Reihen namhafte Dichter, Archäologen, Astronomen, aber keinen Theologen von Bedeutung, der den Kampf mit den Staatsjuristen wie Martini, Riegger und Sonnenfels aufnehmen konnte. Auch die bischöflichen und die Klosterseminarien blieben hinter ihrer Aufgabe zurück. Daher gründete schon Maria Theresia staatliche Generalseminarien, und Joseph gab ihnen, um die Geistlichkeit ganz in seinen Bann zu ziehen, das Monopol der Erziehung

---

[1]) So nach J. Beidtel, „Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung".

[2]) In einer Gerichtsverhandlung im Salzburgischen gab ein Pfarrer als Zeuge einen Bericht über eine von ihm vorgenommene Beschwörung verhexten Viehes. So nach der Grazer „Tagespost" vom 7. September 1911. — Vgl. übrigens die Artikel „Exorzismus" und „Exorzistat" im katholischen „Kirchenlexikon".

des Klerus. Das hielt Leopold II. nicht aufrecht, die Generalseminarien wurden aufgelöst und die bischöflichen und die Klosteranstalten wieder hergestellt. Aber deshalb behielt sich der Staat doch die Leitung des theologischen Unterrichts vor. Auf die theologischen Fakultäten hatten die Bischöfe keinen Einfluß, und auch ihre Seminarien mußten sich an den von der Regierung vorgeschriebenen Lehr- und Erziehungsplan halten. Die verwendeten Lehrbücher, zumal des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte, gaben die josephinischen, später die franciseeischen Anschauungen wieder. Übrigens gründete Kaiser Franz auf den Rat des Burgpfarrers Frint in Wien wieder ein staatliches Institut zur höheren Ausbildung der jungen Geistlichkeit (das Frintaneum), also eine Art von Generalseminar, an dessen Leitung die Bischöfe keinen Teil hatten. Am bezeichnendsten aber war, daß noch immer die Verfügung Josephs II. gehandhabt wurde, durch welche für die Professoren der Theologie der Eid auf das tridentinische Glaubensbekenntnis abgeschafft war. In absichtlichem Gegensatze zu diesem Bekenntnisse ward damals den Doktoren der Theologie ein Eid vorgeschrieben, durch den gelobt wurde, die christliche Religion von unechten Kultgebräuchen freizuhalten, von scholastischen Anschauungen zu reinigen und die im Geiste Jesu Christi wahre Theologie fortzubilden [1]). Mit Hinblick auf den durch diese Verfügungen großgezogenen Geist pflegte der Jesuit Roh zu sagen: der beste Beweis für die Göttlichkeit der katholischen Kirche sei, daß der josephinische Klerus sie nicht umgebracht habe.

Durch die Erlässe von 1850 ward mit diesen Einrichtungen vollständig gebrochen. Das Doktorat der Theologie wurde von der Ablegung des tridentinischen Glaubensbekenntnisses abhängig gemacht, die Hälfte der Examinatoren für diesen Doktorgrad von den Bischöfen ernannt. Die kaiserliche Verordnung vom 23. April 1850 stellte, was noch wichtiger war, den Grundsatz auf, daß zum Amte eines Professors der Theologie oder eines Katecheten an irgendwelcher Lehranstalt nur solche Geistliche berufen werden könnten, die vom Bischofe hiezu die Ermächtigung, die Missio canonica, erhalten hatten; sie verlieren das Lehramt, sobald der Bischof ihnen das Recht zu lehren entzieht. Diese Einrichtung war für Österreich neu, der Staat hatte bis dahin die Professoren an den theologischen Fakultäten nach eigenem Ermessen, wenn auch gewöhnlich nach Anhörung des Bischofs, ernannt. Von jetzt ab war jedoch der Träger eines geistlichen Lehramtes auf den Wink des Bischofs absetzbar; denn

---

[1]) Die merkwürdige Eidesformel lautete: „Spondeo — me religionem christianam a spuriis cultibus integram servaturum, disciplinas theologicas a jejunis scholasticorum opinationibus repurgaturum, veram, quae ad mentem Jesu Christi sit, theologiam exculturum, illamque ad usus vitae humanae constanter ac sollicite traditurum“. Nach F. Jacobson, „Das österreichische Konkordat vom 18. August 1855“ (Leipzig 1856), S. 47, wurde dieser Eid von den angehenden Doktoren bis 1850 geleistet.

die Missio canonica kann jederzeit ohne Verhör und Gericht entzogen werden. — Dabei ist es auch bis zum heutigen Tage geblieben.

Zwischen den theologischen Fakultäten und den Seminarien wurde 1850 ein Unterschied gemacht. Die Leitung der ersteren blieb dem Staate, wenn auch unter erhöhter Einflußnahme der Bischöfe. Dagegen wurde die Erziehung der Geistlichkeit in den bischöflichen und den Klosterseminarien ganz in die Hände der Bischöfe gelegt. Die Lehrpläne wurden fortan von ihnen entworfen, die Professoren ohne staatliche Bestätigung von ihnen ernannt, nur daß der Staat einen Einspruch aus weltlichen, das heißt aus politischen Gründen erheben konnte. — Der Kultusminister holte auch den Rat der Bischöfe ein, ob das noch immer staatliche Frintaneum bestehen bleiben sollte oder nicht. Die Antwort lautete, der Bestand der Anstalt wäre von Nutzen, nur müsse sie unter die Leitung der bischöflichen Autorität gestellt werden.

Der junge Geistliche wurde also ganz im Sinne des Bischofs erzogen, stand hierauf unter dessen Gerichtsbarkeit, konnte bloß mit dessen Erlaubnis im geistlichen Lehramte tätig sein und fand endlich auch als Pfarrer nur dann eine Stelle, wenn er eine vom Bischof geleitete besondere Prüfung bestand. Seit Joseph II. war dieses Examen, die Pfarrkonkurs-Prüfung, vor einer staatlichen Kommission abgelegt worden. Das hörte seit dem Erlasse Thuns vom 15. Juli 1850 auf und die Bestimmung des tridentinischen Konzils trat wieder in Kraft, wonach die Kirche die Examinatoren bestellt und die Prüfung in der Regel alle sechs Jahre wiederholt werden soll [1]). Das um die Seelsorger gesponnene Netz bot keine Lücke, durch die ein im Glauben bedenklicher Priester durchschlüpfen konnte. Es war die völlige Umkehrung des von Leopold II. aufgestellten Grundsatzes, daß der Seelsorger als Beamter des Staates in der Kirche anzusehen sei.

Selbst innerhalb der katholischen Geistlichkeit fanden es geistig hochstehende Männer bedenklich, daß die theologische Erziehung ganz von den Bischöfen abhängig gemacht wurde. Der Günthersche Kreis sprach sich dagegen aus und Pfarrer Croy schrieb an einen Freund die kräftigen Worte: „Man hat das Privilegium eines freien wissenschaftlichen Strebens gegen das andere

---

[1]) J. A. Ginzel, „Die Pfarrkonkursprüfung" (Wien 1855).

eingetauscht, den Maulkorb des jeweiligen Diözesanbischofs zu tragen und so ex officio ein stummer Hund zu sein." Allem Anscheine neigte auch Erzbischof Milde dieser Ansicht zu; er erließ zwar zur Beschwichtigung der erregten Gemüter einen Hirtenbrief, in welchem er die kaiserlichen April-Verordnungen verteidigte, ihre guten Seiten hervorhob, jedoch völlig über die Neugestaltung des theologischen Studiums schwieg. Nach zwei Jahrzehnten hat dann ein gelehrter österreichischer Geistlicher, J. A. Ginzel, die Summe aus den inzwischen gemachten Erfahrungen gezogen und das Urteil gefällt, daß die theologischen Fakultäten infolge der Einrichtungen von 1850 zurückgegangen wären[1]. Wie weit dies vom kirchlichen Standpunkte richtig ist, kann hier nicht beurteilt werden. Gewiß aber ist, daß aus den nach josephinischen Grundsätzen geleiteten Seminarien Männer von großer Bedeutung hervorgegangen sind, mit denen sich die Generation nach 1850 nicht messen kann. Philosophen wie Bolzano, Rosmini und Günther, ein Prediger wie Veith, ein Kirchenhistoriker wie Werner, ein Staatsmann wie Rauscher haben in Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ebenbürtige Nachfolger nicht gefunden.

So waren alle Angelegenheiten, auf welche sich die Erlässe von 1850 erstreckten, ganz im Sinne der Bischöfe geordnet. Indessen aber gab es noch einige Grenzgebiete zwischen Staat und Kirche, über welche eine Entscheidung zunächst nicht gefallen war. Sie konnten zum Teil durch weitere Verhandlungen mit den Bischöfen geregelt werden; über einige wichtige Punkte war jedoch, wie die Kirchenfürsten wiederholt hervorhoben, ein Abkommen mit dem Römischen Stuhle erforderlich. Diese Notwendigkeit wurde damit begründet, daß nur die Kurie berechtigt wäre, im Namen der Kirche bindende Verabredungen zu treffen. Wenn man zu einer dauernden Ordnung gelangen, stabile Zustände schaffen wolle, müßte ein Konkordat mit dem Papste

[1] So in der 1873 erschienenen Schrift „Die theologischen Studien in Österreich".

geschlossen werden. Außerdem, und dieses Argument wurde besonders von Rauscher mit Nachdruck vorgebracht, spräche ein großes politisches Interesse für eine solche Vereinbarung. Die Einheit des Reiches, welche die Regierung begründen wollte, wäre nur bei völliger Verschmelzung Österreichs und Ungarns auch in kirchlicher Beziehung durchführbar. Aber nur der Heilige Stuhl besäße das Recht und die Autorität, die ungarische Kirche gänzlich mit der österreichischen zu vereinigen. Im Namen der zentralistischen Idee, zu der sich Rauscher in tiefer Überzeugung bekannte, forderte er den engsten Bund zwischen Staat und Kirche.

Graf Leo Thun war innerlich nicht Zentralist, aber er war ein gehorsamer Sohn der Kirche. Er trat Rauscher vollständig bei und seine dem Kaiser erstatteten Vorträge gipfelten in der Empfehlung eines Konkordats mit Rom. Der Kaiser und die Mehrheit des Ministeriums stimmten zu, und damit war der Weg für einen der wichtigsten Staatsakte des Jahrhunderts gebahnt, der uns noch eingehend beschäftigen soll. Der Minister für Kultus und Unterricht sprach völlig im Sinne der Kirche, indem er in dem Vortrage vom 7. April 1850 an den Kaiser den bedeutungsvollen Grundsatz verkündigte: die Regierung erkenne an, daß die katholische Kirche nicht bloß ihre Glaubens- und Sittenlehre, sondern auch die Grundsätze ihrer Verfassung durch göttliche Offenbarung erhalten habe, sie also auch nicht ändern könne; wolle der Staat zu einer Verständigung mit ihr gelangen, so müsse er auch jene Gesetze anerkennen.

So kam es am 18. August 1855 zum Abschlusse des Konkordats. Vorgreifend sei jetzt nur festgestellt, daß der österreichische Staat darin das kanonische Recht als Richtschnur für seine Gesetzgebung annahm und daß er in diesem Sinne den Bischöfen die Aufsicht über sein ganzes Volksschulwesen wie die Gerichtsbarkeit über die Ehe übertrug. Österreich hätte diese beiden Angelegenheiten durch einen autonomen Akt in klerikalem Sinne regeln können, und schon dies wäre eine unendlich wichtige Konzession gewesen. Die Regierung ging aber darüber hinaus und verpflichtete sich durch einen Staatsvertrag zu einer Schulorganisation, die der Kurie die Entscheidung über ein rein

staatliches Gebiet übertrug. In bezug auf die Ehe verzichtete der Staat sogar auf die eigene Gesetzgebung. Ebenso wurde in betreff des Klosterwesens ganz den Wünschen der Kurie willfahrt, während die Erlässe von 1850 diese Angelegenheiten noch in Schwebe gelassen hatten. Und abgesehen von anderen Zusagen verpflichtete sich der Staat auch, die von den Bischöfen geübte Zensur aller geistigen Produktion anzuerkennen und zu vollstrecken. Es war eine Rückkehr zu der katholisch-jesuitischen Reaktion des 17. Jahrhunderts.

Es ist nun eine fundamentale Tatsache der österreichischen Kulturgeschichte, daß das Konkordat durch eine mächtig aufrauschende Bewegung schon 1870 beseitigt wurde, während die Erlässe von 1850 die Grundlage der weiteren Entwicklung geblieben sind. Die Kirche hat also die ihr gewährte Freiheit zu behaupten vermocht, während ihr die durch das Konkordat errungene Herrschaft über weite Gebiete staatlichen Lebens wieder entrissen wurde. Der Staat hat die Verfügung über Schulwesen und Eherecht wieder an sich gezogen; und wenn er auch gegen Ende des Jahrhunderts der Kirche gegenüber immer nachgiebiger wurde, so blieb es doch bei dem Grundsatze, daß er nach eigenem Ermessen bestimmen kann, wo die Grenzen zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt liegen.

Die Ursache, weshalb die katholische Kirche die ihr gewährte Freiheit nicht wieder verlor, liegt darin, daß der große Strom der politischen Entwicklung im 19. Jahrhundert für sie günstig lief und daß sie es verstand, einen seiner Arme auf ihr Feld zu leiten. Es war das Zeitalter gekommen, in welchem der Gesetzgeber den geistigen und wirtschaftlichen Gemeinschaften, Vereinen, Korporationen möglichste Autonomie gewährte und mit dem Grundsatze der Glaubens- und Gewissensfreiheit Ernst machte. In der Epoche des Liberalismus war eine vorgängige Zensur der päpstlichen Bullen und der bischöflichen Hirtenbriefe ebenso unstatthaft wie die frühere Einmengung des Staates in den Gottesdienst. Derselben Anschauung entspricht es, daß der Kirche die Erziehung der Geistlichkeit in den Seminarien und die Entscheidung darüber überlassen wird, welcher Priester auf dem Boden ihrer Lehre steht oder nicht. Das ist von dem

ungarischen Bischof Lonovics unmittelbar nach den Erlässen von 1850 hervorgehoben worden[1]. So kam es, daß der österreichische Staat nach Aufhebung des Konkordats im allgemeinen zu den Bestimmungen von 1850 zurückkehrte. Die Freiheit der Kirche entsprach dem vorherrschenden Zuge der Geister. Sie selbst beharrte bei der Verdammung der Gewissensfreiheit, aber sie zog aus dem Siege dieses Grundsatzes im modernen Staate reichen Gewinn. Als Rauscher den Grafen Thun bestimmte, den Forderungen der Bischöfe zu willfahren, dachte er nicht im entferntesten daran, dem Liberalismus entgegenzukommen; er betrachtete die wiedergewonnene Freiheit der Kirche nur als Übergang zu deren Herrschaft. Gedankengänge dieser Art hat ein geistreicher Franzose damit gekennzeichnet, daß er einem ultramontanen Gegner den Ausspruch in den Mund legte: „Wir nehmen die Freiheit nach *eueren* Grundsätzen in Anspruch und versagen sie euch nach den *unserigen*.“

Es ist nicht Aufgabe des Historikers, festzustellen, ob das josephinische oder das liberale System den Vorzug für sich beanspruchen kann; sie sind beide aus ihrer Zeit herausgewachsen, und es kann sein, daß die Zukunft einer dritten, verschiedenen Ordnung der Dinge gehört. Es ist dies die Trennung des Staates von der Kirche, die nach dem Vorbilde Amerikas auch in den katholischen Ländern immer weiter um sich greift. Wird das Band völlig gelöst, dann hat der Kirche wohl die Erziehung der Geistlichkeit zu bleiben; die Regierung muß es dagegen ablehnen, die Sprüche der Bischöfe über die Seelsorger zu vollstrecken, sie überläßt es den einzelnen Gemeinden, ob sie an dem durch freie Wahl eingesetzten Priester festhalten wollen — unabhängig von dem Verdikt der Kirche, aus der er hervorgegangen ist. Erwägungen dieser Art bleiben jedoch besser der Politik überlassen. Man kann vom Geschichtschreiber nicht verlangen, er solle seinen eigenen Empfindungen Schweigen gebieten und nicht

[1] In der anonym erschienenen Schrift „Der Josephinismus und die kaiserlichen Verordnungen vom 18. April 1850“. Von einem Prälaten (Wien 1850).

ahnen lassen, welche Wege er den Völkern und der Menschheit, besonders aber dem eigenen Vaterlande weisen möchte. Indessen ist ihm eine andere ebenso große Aufgabe zugewiesen — er soll in die wechselnden Ideen des Menschengeschlechtes und in die Absichten der großen Persönlichkeiten eindringen; bei der Kritik von Lebenstaten und Gesetzeswerken dienen ihm dann die Pläne der Urheber als Maßstab, um zu entscheiden, ob die handelnden Menschen zweckmäßig vorgegangen sind oder nicht. Die Politik der früheren Generationen ist der unermeßlich reiche Stoff, über den er ordnend und gestaltend Auskunft erteilen soll.

Rückblick

So zeigen sich in diesem Zeitraume, wenn in die Höhen und in die Tiefen des Lebens hineingeleuchtet wird, merkwürdige Gegensätze: eine harte, den politischen Atem beengende Regierung hält die freie Bewegung nieder, aber die geistige Regsamkeit des Volkes eilt, wenn sie sich auch oft an den Schranken wund stößt, mit beflügelter Phantasie über sie hinweg. Es ist der Künstlersinn des deutsch-österreichischen Stammes, der sich so den Weg ins Freie bahnte. In eigener Scholle wurzelnd, sproßt die Poesie von Grillparzer und Raimund in immer frischen Blüten empor. Dem gegenüber nimmt sich der politische Schaffensmut schwächlich aus, so daß beim Nachlassen des Druckes die Deutschen durch den jugendlichen Ansturm der Magyaren und Slawen in eine oft zaghafte Defensive gedrängt wurden.

Unter allen Wechselfällen behauptet Deutsch-Österreich während des 19. Jahrhunderts bald auf dem einen, bald auf einem anderen Gebiete eine führende Stelle. Während des ersten Drittels steht Wien in der Musik an der Spitze Europas. Neben sie tritt die dramatische Kunst, die sich seit 1820 so reich entfaltet wie in keiner anderen Landschaft Deutschlands. Selbst der Vergleich mit Paris fällt nicht gerade zu ungunsten Wiens aus. Wohl schlagen die Franzosen mit Scribe, Augier, Dumas u. a. im Sittenstück jeden Wettbewerb aus dem Felde und beherrschen die europäischen Bühnen. Dagegen reicht kein Tragiker des modernen Frankreich an Grillparzer heran und man sucht in der Kulturgeschichte des Jahrhunderts vergebens nach einer Erscheinung, die sich mit der geschlossenen Reihe der Volksstücke Raimunds, Nestroys und Anzengrubers vergleichen ließe. Unterdessen reift, durch äußere Verhältnisse begünstigt, die Prachtentfaltung der Architektur heran, wodurch Wien den Neid der anderen Hauptstädte des Weltteils erweckt. Gegen das Ende des Jahrhunderts ermattet die dramatische Produktion, dafür setzt die Musik wieder mit vollen Akkorden ein.

Inzwischen löst sich der Bann, der bis 1848 auf der wissenschaftlichen Forschung lag. Kaum ist durch die Unterrichtsreformen Feuchterslebens und Thuns die Bahn freigegeben, so holt die natürliche Begabung der österreichischen Völker das Versäumte überraschend schnell nach. Die Universitäten und Gymnasien stehen nicht mehr hinter den Anstalten der anderen Kulturvölker zurück.

Über den reichen Gaben der Kunst darf nie vergessen werden, welch traurige Spuren das System der Bevormundung im öffentlichen Geiste zurückließ. Sieht man von der kurzen Unterbrechung zwischen 1848—1850 ab, so stand Österreich seit dem Tode Josephs II. und Leopolds II. bis 1860 unter Regierungen, die sich stark glaubten, wenn die Völker unmündig blieben. Auch Männer tiefreligiösen Sinnes haben darunter gelitten, wovon Bolzanos Verfolgung und Rosminis Selbstverbannung die stärksten Proben waren. Es war für einen philosophischen Kopf wie Günther ein Glück, daß er von den herrschenden Gewalten zuerst nicht beachtet und deshalb lange geschont wurde. Schlimmer noch wurde es, als die Kirche nach dem Konkordat nicht mehr die Bundesgenossin, sondern die Herrin des Staates war. Dennoch war weder durch Soldaten noch durch die Polizei die Forderung nach der Teilung der Gewalt zwischen Fürst und Volk abzuwehren. Als nun nach 1860 an die Neuordnung geschritten wurde, sollte es sich schwer rächen, daß der Absolutismus alle die Probleme und Gegensätze hatte zu Jahren kommen lassen, die leichter lösbar und überbrückbar waren, wenn der Versuch hiezu schon nach den Befreiungskriegen oder nach 1848 gemacht worden wäre. Das Übel war 1860 bereits tief eingefressen, der Zwiespalt besonders der Nationalitäten schärfer geworden. Wenn damals auch die Fesseln fielen, so zeigte der gequälte Organismus doch überall die Spuren früheren Leidens. Verbitterung und Eigensinn auf der einen, Verweichlichung und Genußsucht auf der anderen Seite waren die Erbschaft, die der Absolutismus zurückließ. Was der Staat während des Stillstandes langer Jahrzehnte versäumt und verfehlt hatte, konnte nach der Erringung freierer Einrichtungen nur langsam und schwer nachgeholt werden.

Anhang



Anhang I

Briefe des Fürsten Felix Schwarzenberg

(Aus den Briefen und Weisungen Schwarzenbergs sind hier diejenigen abgedruckt, die für seine Auffassung und seinen Stil besonders bezeichnend sind)

---

1. Schwarzenberg an Prokesch

Wien den 8. März 850.

Lieber Freund! Durch den morgen über Berlin nach Hannover abgehenden Kurier sende ich Ihnen eine Abschrift der preußischen Mittheilung vom 25ten Februar.

Graf Bernstorff, der sie am 28ten in Handen hatte, ließ drei Tage verstreichen, ohne mich zu besuchen; dann kam er zweimal, ohne der Mittheilung anders als ganz oberflächlich zu erwähnen; — gestern erhielt er durch Telegrafen den ausdrücklichen Befehl, mir das Opus vorzulesen, weil, wie die Depesche lautet, „die Sache keinen weiteren Aufschub leide", und heute hat er mir eine Copie der besagten Elucubration übergeben. Er sagte mir, daß er deswegen gezaudert habe, weil das Ganze doch zu spät komme, um von reelem Nutzen zu seyn[1]), — wozu ich offenherzig beistimmte.

Wir sind nicht gewohnt, aus Berlin so süße Worte zu vernehmen. Es scheint als ob man es aufgegeben habe, uns mit trockenen Reden an unseren Platz d. h. vor die Thür weisen zu wollen. Aus Deutschland hat man uns nicht werfen können; nun möchte man uns auf Abwege leiten, und versucht uns zu locken und zu verführen. Die Syrenen müssen aber besser singen; denn mit den preußischen Schmeicheltönen lockt man keinen Hund hinter dem Ofen hervor, und uns eben so wenig aus der vortheilhaften Stellung, die wir unserer Geduld und den Fehlern anderer verdanken. Unsere Antwort soll die Beitritts-Erklärung zu dem Münchner Entwurfe seyn. Wir werden dieselbe mit einer Denkschrift begleiten, welche unsere Ansichten darüber näher beleuchten und deutlich aussprechen soll.

---

[1]) Unterdessen war nämlich das gegen Preußen gerichtete Vierkönigsbündnis — auf Grund des Münchener großdeutschen Verfassungsentwurfes — geschlossen worden.

Der Entwurf selbst enthält manches Absurde und vieles Unnöthige, was man aber zur Zeit noch in Deutschland für vortrefflich und wesentlich hält.

Hätten wir nur das Vernünftige und wahrhaft Nützliche durchsetzen wollen — wir wären allein geblieben und die Revolution und Preußen hätten vereint freies Feld und leichtes Spiel im Gesammt-Vaterland? gehabt. Pfordten und Beust sind geschickte, wohlgesinnte und sogar ziemlich praktische Männer, und beide haben von vorneherein erklärt, daß sie, wenn gewisse von der Zeit geforderte Bestimmungen und Schlagwörter nicht angenommen würden, nichts zu Stande bringen könnten. Es handelte sich aber darum, etwas festzustellen, und somit haben wir uns herbeigelassen, bis auf einen gewissen Punkt mit den Wölfen zu heulen. Von diesem Entwurfe bis zur dauernden Organisirung des großen Bundes ist ein weiter Weg, und während man den zurücklegt, wird und muß sich Vieles ändern. Was, wie man jetzt sagt, die Zeit gebieterisch fordert, um das wird sie sich später vielleicht wenig kümmern. Wenn Preußen zur Einsicht seiner wahren Interessen gelangen sollte, so bin ich überzeugt, daß wir die Revolution nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa todt schlagen. Es wäre das Werk von sechs Monaten. Dazu gehören aber andere Leute und das bringt mich natürlich auf das Kapitel der Personen. So lange die Leitung der preuß. Politik in solchen Händen liegt[1]), ist, meiner Ansicht nach, nichts zu hoffen, noch zu erreichen.

Die gemachten Erfahrungen lassen in Wien auch nicht das geringste Vertrauen aufkommen. Man hat uns seit Jahren auch nicht einmal die Wahrheit gesagt, und scheint auch jetzt noch geneigt sie da zu umgehen, wo sie unbequem werden könnte. Sogar der jetzige Annäherungs-Versuch muß Mistrauen erregen. Sie werden sehen, daß die freundliche Depesche von absichtlichen Unwahrheiten wimmelt. Man erkennt darin die alte Schule. Wir haben genug darin gelernt und wollen andere Professoren hören. Wenn der König nicht neue Leute beruft, kommt er aus der Bahn nicht heraus, in die er uns gewiß nie hineinbringt. Sollte man in Berlin wieder die Stimme bis zur Drohung erheben, wie man es indirekt schon versucht hat, so kann ich Sie im Voraus versichern, daß es hier und bei unsern Verbündeten wenig Eindruck machen wird. Wir haben alles störende Aufsehen sorgfältig vermieden, aber unsere militärischen Maßregeln in einer Weise eingeleitet, die uns erlaubt, jeder Eventualität mit Beruhigung entgegenzusehen.

Was Sie mir von Bn. Meyendorffs[2]) Urtheil über unsere Verhältnisse zu Preußen sagen, wundert mich — denn er kennt die Leute und die Geschäfte zu genau, um uns zu einer Verständigung um jeden Preis rathen zu können.

Glaubt er den Radowitzschen Phrasen? eine so schöne Seele trau ich ihm gar nicht zu; er glaubt ihnen auch nicht, aber in seinem

[1]) In den Händen des Generals v. Radowitz.

[2]) Der russische Gesandte in Berlin.

konziliatorischen Eifer ärgert er sich über den, der zu einem in Aussicht gestellten Vergleich, und sey er auch der unbilligste, nicht bereitwillig die Hand bieten will. —

Hannover ist im entscheidensten Momente ausgebrochen und hat sich in eine unhaltbare Stellung versetzt, aus der es herauß muß, wenn es nicht zu Grunde gehen soll[1]). — Stüve[2]), der nichts anerkennt noch zugibt, was er nicht selbst ausgeheckt, hat seinem König einen schlechten Dienst geleistet. Dieser unverbeßerliche Doktrinär vom härtesten Pappendeckel hat sich ein einiges Deutschland creirt, in welchem er der gescheidteste, tiefdenkendste Politiker seyn soll. In dem für ihn günstigsten Fall wird er als Einsiedler in einer Wüste sterben, und Hannover, wenn es dem Königs-Entwurf nicht beitritt, gibt den schönsten und wichtigsten Bestandtheil des norddeutschen kön. preußischen Bundesstaates! Ich habe mich mit aller Offenheit darüber mit Graf Bennigsen[3]) ausgesprochen; — er schien überzeugt, indessen halte ich es nicht für unmöglich, daß ihn der überwiegende Einfluß seines Kollegen abermals irre und meine Rhetorik zu nichte mache.

Nun leben Sie wohl, lieber Freund; Wir haben noch manche mühselige Geduldprobe zu überstehen. Harren Sie aus wie bisher und rechnen Sie stets auf unsere kräftigste Unterstützung.

Es versteht sich, daß wir jeden Schritt, den man uns näher rückt, anerkennend aufnehmen, das vollkommen geschwundene Vertrauen kann aber nur mit der Zeit und durch entschiedenes Handeln in unserem Sinn wiederhergestellt werden.

---

2. Schwarzenberg an Prokesch

Wien den 3. Juni 1850.

Lieber Freund! Ich bin seit vorgestern von Warschau zurück und war seither so in Anspruch genommen, daß es mir nicht möglich war, Ihnen so bald Nachricht zu geben, als ich es gewünscht hätte. Folgendes sind die Ergebnisse meines dreitägigen Aufenthaltes in der Nähe des Kaisers von Rußland.

Se. Majestät haben mich überaus gnädig empfangen und vertrauensvoll behandelt. Unter den politischen Fragen, die mehr oder weniger gründlich besprochen wurden, haben die deutschen Angelegenheiten, wie natürlich, einen hervorragenden Platz eingenommen.

Der Kaiser ist mit dem Gange der preuß. Politik durchaus unzufrieden. Er tadelt die Union und die Starrheit, mit welcher an deren Herstellung festgehalten wird. Er glaubt nicht an das Gelingen der preußischen Absichten. Uiber den König spricht Er sich, man könnte sagen, mit Verachtung aus. — Die Rechtlichkeit unseres

---

[1]) Hannover trat dem Vierkönigsbündnisse nicht bei.

[2]) Hannoverscher Minister.

[3]) Abgesandter des Königs von Hannover.

Ganges, die Billigkeit unserer Forderungen werden anerkannt. Der Kaiser, der von dem, was seit zwei Jahren in Deutschland vorgefallen, gerne abstrahiren möchte, der fest an den großen Traktaten der J. 1814 und 15 hält, und nur in deren Erfüllung das Heil der Welt sieht, kann nicht anders als unserem Vorgange, der mit den Stipulationen jener Verträge im Einklang steht, seinen Beifall zollen.

Näheres Eingehen auf die wichtigen Fragen des Tages so wie Detail-Kenntnisse über das was geschieht, habe ich leider vermißt. Der Kaiser scheint mir nicht hinlänglich unterrichtet, um die Lage der Dinge so zu beurtheilen, wie sie uns erscheint. Ich zweifle zwar nicht, daß S. M. mit der Ihnen eigenen Offenheit dem Prinzen von Preußen seine Meinung gesagt hat, indessen ist der Wunsch des russ. Hofes, sich nur im äußersten Falle direkt an den deutschen Angelegenheiten zu betheiligen und thätig hierin einzugreifen, zu offenbar, um in Berlin als ein Hinderniß zum Vorangehen auf der betretenen Bahn betrachtet zu werden.

Uiber Radowitz, seinen Charakter, seine Politik und das Verderbliche seines Einflußes auf seinen Herrn spricht sich der Kaiser mit vieler Energie in unserem Sinne aus. —

Kaiser Nikolaus will nicht an die Möglichkeit eines materiellen Conflikte zwischen Oesterreich und Preußen glauben. Auf meine Frage, was er im Falle dessen Eintreten zu thun gedenke, war Seine Antwort: daß Er denjenigen, der den Traktaten zuwiderhandelte, als Seinen Feind betrachten würde.

Von einem Zureden von Seiner Seite, daß Oesterreich sich den preußischen Bestrebungen gegenüber nachgiebig bezeigen sollte, habe ich auch nicht die geringste Spur entdeckt. Mit dem Prinzen von Preußen habe ich einige Male ausführlich gesprochen. Er ist mir als ein beschränkter Kopf und von der neupreußischen Politik durch und durch imprägnirt erschienen. Ich hatte einst Gelegenheit, die preußischen Anforderungen historisch bis zu ihrem Ursprung d. h. bis zu dem Ritt durch die Straßen Berlins[1]), zu verfolgen und war dann so frei zu fragen: worin denn die Berechtigung zu allem dem liege, was man nun verlange? —

Die Antwort des Prinzen war ungefähr folgende: „Ich will das nicht vertheidigen, was im Drange der Umstände und durch die Noth der Zeit geboten geschehen ist; aber es ist nun einmal geschehen; wir sind auf einen Punkt vorgegangen, von wo wir nicht zurück können, und das zu realisiren, was Preußen nun anstrebt, ist für uns eine Ehrensache geworden." Ich machte Sr. K. H. bemerklich, daß Oesterreich aus seinem Widerstande ebenfalls eine Ehrensache machen könnte, daß aber bei solch beiderseitiger Auffaßung kein Weg für jene Vermittlung bliebe, die er selbst als so wünschenswerth ja nothwendig bezeichnete.

Baron Meyendorff war überaus freundschaftlich und zuvorkommend mit mir. Über seine eigentliche Ansicht über die deutsche An-

[1]) Ritt König Friedrich Wilhelms IV. durch Berlin am 21. März 1848.

gelegenheiten und das, was darin zu thun sey, konnte ich aber nicht recht ins Klare kommen. Mir scheint, als ob er im Stande wäre, Prinzipien und Traktate im Stiche zu lassen um zu vermitteln und auszugleichen. Ich möchte ihn zu den Leuten rechnen, von denen der alte Lafayette sagte: „qu'ils sont furieux de modération."

In einem längeren Gespräche, welches ich mit H. v. Manteuffel, Adjutanten des Königs hatte, sprach dieser sich so überströmend in unserem Sinne aus, daß ich beinahe an der Aufrichtigkeit seiner Reden irre wurde. Ich bereue kein Wort, das ich ihm gesagt habe; er darf jedes derselben wiederholen und man wird in Berlin nichts Neues daraus erfahren. Schreiben Sie mir aber doch gelegentlich, wie der Mann eigentlich denkt.

Aus Frankfurt haben wir noch keine entscheidenden Nachrichten, die wohl erst dann kommen können, wenn die preußischen und Unionsgesandten dort eingetroffen seyn werden. —

Eine wichtige Frage beschäftigt mich noch, über deren Beantwortung ich mit mir selbst noch nicht im Reinen bin. Der König von Preußen hat am 10ten Mai in seiner Rede an die versammelten Unionsfürsten den Fall bedacht, die Unterzeichner der Verträge der J. 1814 und 15 anzurufen und sie über die Constituirung Deutschlands zu befragen, was so viel heißt, als sie zu Schiedsrichtern anzurufen. Sollte keine Verständigung auf billigen und annehmbaren Grundlagen zur Bildung eines einigen Deutschlands möglich seyn, so wäre sehr zu bedenken, ob hiedurch nicht der einzige Weg zu einer friedlichen Beilegung des Handels zu finden wäre. Daß ein Krieg zwischen Oesterreich u. Preußen oder zwischen Nord- u. Süddeutschland bald ein europäischer werden würde, scheint mir unausweichlich. Nachdem man während zwei Jahren von der Einigkeit, der Unabhängigkeit, der Freiheit, der Macht und der Größe Deutschlands gefaselt hat, wäre es lächerlich und schmachvoll, die darüber entstandenen Händel den Fremden zur Entscheidung vorzulegen. Ich wundere mich, daß man das in Preußen nicht fühlt. Sollte es aber kein anderes Mittel geben, aus dieser Veranlassung einem europäischen Kriege zu entgehen, so würde ich mich zwar als Deutscher schämen darnach zu greifen, als Oesterreicher aber der Austragung der Sache auf diesem Weg mit ziemlicher Beruhigung entgegensehen.

Daß Preußen jetzt den Mund voll nimmt, in die Kriegstrompete stößt, 36 Batterien wirklich bespannt, u. auf dem Papiere Armee-Corps mobilisirt, macht uns vor der Hand nicht irre. Wir können zur Noth einen Theil unserer Armee reduziren und werden noch immer stark genug seyn, um allenfälligen Eventualitäten ohne Scheu die Spitze zu biethen.

---

3. Schwarzenberg an den Grafen Friedrich Thun in Frankfurt

Reutte den 9. Oktober 850.

Lieber Graf! Ihre Expedition vom 6ten ist mir gestern Nachts durch Curier Leineweber überbracht worden. Wie traurig die Dinge

in Cassel stehen, geht deutlich daraus hervor. Was geschehen kann, um dem Uibel abzuhelfen, werde ich insofern es uns betrifft, Ihnen von Bregenz aus schreiben.

Warum wir und immer nur wir für den Bund moralisch und materiell einstehen sollen, ist mir für den Augenblick noch nicht klar.

Das Absenden einer österr. Division, d. h. von 7—8000 Mann müßte ich, militärisch genommen, für eine sehr gewagte Sache erklären.

Wenn Bayern und Hannover nicht schleunig Ernst machen, so sehe ich darin den Beweis, daß die deutschen Regierungen zu schlecht sind, um einen Bund vorzustellen. Wir allein können nicht die Geschäfte aller sogenannten bundestreuen Regierungen abmachen, wenn diese Regierungen dem Bunde und seinen Beschlüssen nicht Folge leisten.

Ich begleite heute S. M. den Kaiser nach Hohenschwangau und schicke noch heute Abends oder morgen früh einen 2ten Curier mit weiteren Weisungen an Sie ab.

Leben Sie wohl ꝛc. ꝛc. ꝛc.

---

4. Schwarzenberg an Prokesch

Warschau den 26. Oktober 1850.

Lieber Freund! Se. M. der Kaiser ist gestern hier angekommen und so empfangen worden, wie wir es nur wünschen können.

Ich habe gestern und heute mit dem Kaiser von Rußland und Graf Nesselrode ziemlich ausführliche Besprechungen gehabt, deren Gegenstand natürlich die deutschen Angelegenheiten oder, richtiger gesagt, unser Verhältniß zu Preußen war.

In die Verfaßungsfrage geht man hier nicht tief ein — versteht sie nur halb und beschränkt sich in der Regel darauf, immer auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, sich mit Preußen, im Interesse des Friedens und Deutschlands, so oder so, zu verständigen. Unser Gang wird als der legale, correcte bezeichnet — Preußen in scharfen Ausdrücken getadelt — zuletzt kommt man aber immer wieder auf das wünschenswerthe einer friedlichen Einigung zurück, und wiederholt das, was uns nichts nützt, und in Berlin die Meinung bestärkt, daß Kaiser Nicolaus, nur um einem Conflikt vorzubeugen, den preuß. Anmaßungen Seinen Schutz werde angedeihen lassen. Für den Bund, als Produkt der Traktate, die man angeblich durchaus aufrecht erhalten will, finde ich hier viel Lauheit und in dieser Beziehung haben wir von hier keine ausgiebige Unterstützung zu erwarten.

Hingegen wird Preußens Haltung und Vorgehen sowohl in der hessischen als in der dänischen Sache richtig beurtheilt und nach Verdienst gewürdigt.

Ich kann mir hiebei kein Verdienst zuschreiben. Der gute Wille

u. die tiefe Einsicht des Grafen v. Nesselrode, so wie der richtige Blick des Kaisers, dem das Unrecht ein Gräul ist, u. der es hier in seinem ganzen Umfange erkennt, haben die Ansichten des russischen Cabinetes hierüber vollkommen festgestellt, u. nach dem, was ich heute aus bester Quelle vernommen, soll morgen eine Expedition nach Berlin abgehen, deren Inhalt in folgendem zusammenzufaßen ist:

In der Hessischen Frage wird das Recht des Bundes, die von ihm verlangte Hilfe zu gewähren, vollständig anerkannt — Preußen jede Einsprache und noch mehr jede materielle Hinderung der vom Bunde zu ergreifenden Maßregeln abgesprochen. Sollte hieraus ein Conflikt oder ein Krieg entstehen, so wird Preußen die Verantwortung allein zur Last gelegt u. in Berlin erklärt, daß Rußland, die Ansichten Oesterreichs theilend, sich in dem Kampfe so lange neutral verhalten würde, als nicht andere fremde (d. h. nichtdeutsche) Regierungen sich zu Gunsten Preußens daran betheiligten.

In den dänischen Angelegenheiten sollen die Erklärungen noch viel bestimmter lauten.

Das Einschreiten des Bundes wird als ein Recht oder vielmehr als eine Pflicht desselben erkannt u. erklärt, daß jeder Versuch, die Wirksamkeit des Bundes in der Pazification Holsteins zu hindern, thatsächliches Einschreiten Rußlands, z. B. Vorrückung eines russischen Heeres nach Preußen zur Folge haben würde. Die Depeschen, die diese Erklärungen nach Berlin bringen, sollen mir gezeigt werden; mögliche Modificationen werde ich Ihnen noch andeuten.

Sie sehen hieraus wie die Dinge hier stehen. Man will sich so wenig als möglich in deutsche Angelegenheiten mischen — obgleich man uns im Prinzip vollkommen Recht gibt.

Mit Brandenburg habe ich Viel gesprochen; sein Wille ist gut, seine Absichten die redlichsten, ich glaube aber mit und durch ihn an keine Resultate.

Uiber die sechs Punkte hat er sich breit eingelaßen u. meine motivirten Entwürfe mit Ruhe entgegen genommen. Er hat eingesehen, daß die Union, ungeachtet der zugestandenen Unausführbarkeit der Verfaßung vom 28. Mai ein für uns unübersteiglicher Stein des Anstoßes ist — u. daß nach dem was vorausgegangen, nur deren offizielles u. klar ausgesprochenes Aufgeben uns Beruhigung u. Vertrauen in die Absichten Preußens gewähren könne. — Er hat mir zugesagt, daß eine dahin lautende Erklärung gegeben werden würde. Wenn man die bestehende Bundes-Versammlung unangefochten läßt, u. die Verfaßung vom 28. Mai positiv u. bestimmt aufgegeben haben wird, werden wir auf Ministerial-Conferenzen eingehen, bei welchen sich sämmtliche Regierungen betheiligen sollen, u. deren Resultate, nach Analogie des J. 1819, dem Bundestag zur Annahme vorgelegt werden.

Damit schien Brandenburg einverstanden.

Uiber den Punkt, der, weil der dringendste nun der wichtigste ist, nämlich die churhessische Frage. . . .

Abends 9½ Uhr.

Ich bin, seit ich diesen Brief angefangen, 100mal unterbrochen worden, wodurch das unzusammenhängende desselben zu erklären ist.

So eben verläßt mich Graf Nesselrode, der mir eine noch heute abgehende, ganz zufriedenstellende, vom Kaiser speziell gebildete (sic!) Depesche nach Berlin über die churhessische Frage vorgelesen hat. Baron Budberg hat die Weisung, sie Ihnen mitzutheilen.

Ihre Expedition vom 23. d. hat Sr. M. u. a. H. sehr viel Interesse eingeflößt.

Leben Sie recht wohl; sprechen Sie versöhnlich, wie wir es auch immer sind, bleiben Sie aber fest bei dem einmal Gesagten, von dem wir nicht abgehen werden.

---

5. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 6. November 1850.

Ihre Expedition vom 4ten habe ich heute erhalten. — Was wir wollen und wollen müssen, ist in meiner heutigen offiziellen Weisung ausgesprochen; für die Sprache, durch welche Sie die Mittheilung derselben mündlich zu unterstützen haben, folgen hier auch einige Andeutungen.

Nur ein wirklicher Systemwechsel, und der thatsächliche Beweis, daß derselbe eingetreten sey, kann uns beruhigen. Wird uns dieser Beweis gegeben, dann soll man uns auch bereit finden, alles zu thun, was wir vermögen, um Preußen zu schonen, und ihm den Rückzug auf die richtige Bahn zu erleichtern. — Davon möge man sich doch endlich überzeugen. Wie ist es möglich, daß man nicht daran glauben mag, wenn man erwägt, daß wir doch nicht verkennen können, wie die dauernde Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung in Deutschland nicht denkbar sey, ohne Zusammenwirken Österreichs und Preußens, und wie deren Zwiespalt, noch mehr aber deren offenes Zerwürfniß nur die Zwecke der Revolution fördert, ihr vielleicht selbst zum Siege verhilft.

Bei solchen Gesinnungen unserer Seits hat man doch wahrlich nichts von uns zu besorgen, sondern vielmehr alles zu erwarten, was wir nur immer zuzugestehen vermögen. Fährt man aber fort, uns wie es bisher geschehen, zum Äußersten zu treiben, so zwingt man uns zur Nothwehr, und zwar nicht um eine eingebildete Ehre zu vertheidigen, wie Preußen dies thut, sondern um dem Gebote der Selbsterhaltung zu folgen. Denn wollten wir länger geschehen lassen, was Preußen im Sinne hat, und auch durchzuführen versucht, so wäre es um allen Rechtszustand, ja um die Unabhängigkeit der mindermächtigen Staaten geschehen und unsere Stellung geschehen.

Dieß erwäge man wohl, und wähle. Wir werden für Preußen seyn, was es zu seyn uns möglich macht, oder zu seyn zwingt.

Ersteres gerne und willig, letzteres mit aufrichtigem Bedauern, aber nothgedrungen.

Es wäre kein Glück, wenn Graf Bernstorff wirklich das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten erhalten sollte. Er ist reitzbar und heftig, und hat bei solchen Anlagen in diesen letzten zwei Jahren der Galle so viel hier angesammelt, daß er die Geschäfte kaum mit Unbefangenheit zu behandeln vermöchte und schwerlich der Mann wahrer Versöhnung wäre. Geben Sie dieß dem Freiherrn v. Manteuffel reiflich zu erwägen.

Wie wünschenswerth überdieß die völlige und dauernde Entfernung des Generals v. Radowitz von Berlin wäre, brauche ich Ihnen nicht zu sagen; Sie erkennen dieß wohl selbst und wirken gewieß in dieser Richtung so viel Sie vermögen.

So lange dieser Unstern Preußens und Deutschlands in der Nähe des für seine Einflüsse leider zu empfänglichen Königes kreiset, werden wir uns eines gewissen Mißtrauens nie erwehren können, und welch' wucherndes Unkraut das kleinste Korn dieser giftigen Saat zu treiben vermag, ist leider nur zu oft schon erlebt worden.

Fürst v. Taxis hat jede Unterhandlung mit Grafen van der Groeben abgelehnt, und sehr recht daran gethan. Dagegen haben wir in Folge der — uns durch die Eröffnung vom 3ten nach unserer friedliebenden Auffassungsweise — gewährten Aussicht auf nahe bevorstehendes und freiwilliges Räumen Churhessens von Seiten Preußens, sofort dahin gewirkt, daß ein blutiger Zusammenstoß noch sorgfältiger, als es bisher ohnehin schon der Fall war, vermieden werde.

Dagegen erwarten wir mit Zuversicht, daß Preußen auch wirklich, und zwar rasch abziehen werde. Den Vorwand hat es selbst aufgefunden. Es nütze ihn. Dringen Sie auf meinen Entschluß, denn lange können wir nicht mehr zusehen, und ist der erste Tropfen Blut geflossen, so findet man oft schwer den Damm mehr, um die Fluth zu hemmen, zu welcher er emporschwellt. Wir weichen nun und Nimmermehr in diesem Punkte.

Sie haben in Ihrer Note an General v. Radowitz vom 4. November eine Etappen-Convention vom 9. May 1817 zitirt. Diese ist aber längst aufgehoben, und durch eine Uibereinkunft vom 12. May 1834 ersetzt worden. Sie finden diese in der Churhessischen Gesetzsammlung Nr. 8, Pag. 33 vom May 1834. Wahrscheinlich besitzt Herr v. Dörnberg diese Sammlung.

Die erwähnte Uibereinkunft gibt schlagende Anhaltspunkte zur Bekämpfung der Preußischen Besetzungsgelüste und des als letztes Hülfsmittel vorgeschobenen Vorwandes.

Auf die aus Frankfurt erhaltene Nachricht von der Erlassung des Inhibitoriums[1]) hat Baron Meyendorff, mit dem ich sehr zufrieden bin, auf Grund einer ihm ertheilten Spezial-Vollmacht den

---

[1]) Der Frankfurter Bundestag richtete an die holsteinische Regierung die Mahnung, die Waffen niederzulegen und sich Dänemark zu unterwerfen.

Fürsten Gortschakoff durch Courier angewiesen, sich ohne Verzug nach Frankfurt zu begeben, und seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Nun folgen hoffentlich auch andere nach[1]). — Seyn Sie versöhnlich aber fest, wie Sie es bisher waren, doch Beides noch bestimmter ausgeprägt, denn wir sind zur Stunde der Entscheidung gekommen. Wie diese auch ausfallen möge, sind wir ruhigen Muthes, denn mit uns ist Gott und gutes Recht. Wer sich dieß nicht mit vollem Bewußtseyn sagen kann, der vollende den Gang nicht, sondern kehre lieber um, so lange es noch an der Zeit ist.

Ehe unsere Bedingungen erfüllt sind, kann von Unterhandlungen keine Rede seyn. — Werden sie als Beweis der Aufrichtigkeit endlich erfüllt, soll man uns bereit und versönlich finden; denn wir haben nie aufgehört, es im Herzen zu seyn[2]).

Ich höre, daß Graf Bernstorff einen heute in der Wiener-Zeitung erschienenen Artikel als ein Kriegs-Manifest bezeichnet und sich mit vieler Heftigkeit darüber äußert. Der Aufsatz hat die Bestimmung, das Publikum über den Stand der deutschen Frage aufzuklären, indem dadurch die dem Lande auferlegten Opfer ihre Begründung finden.

Sonst soll dardurch nichts gesagt seyn, wie auch in der That nichts herausforderndes darin liegt.

---

6. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, November 1850[3]).

Lieber Freund! Ihre Expedition vom 6ten ist mir heute zugekommen.

Die Einberufung der Landwehr thut uns gar nichts, und ich betrachte sie als einen Vortheil, weil sie so oder so die Lösung der Frage beschleunigt.

Will Preußen an die Verfolgung der Radowitz'schen Politik und die Behauptung der daraus hervorgegangenen (unhaltbaren) Stellung den Krieg setzen, so haben wir nichts dagegen. Will es den Krieg nicht, so wird es ein großes Interesse dabei haben, seinen politischen und militärischen Rückzug, in so anständiger Haltung als möglich, aber gewiß ohne unnützen Zeitverlust zu bewerkstelligen,

---

[1]) Die europäischen Mächte hatten bisher keinen Gesandten nach Frankfurt geschickt.

[2]) Bis hieher ist der Brief diktiert, das Nächste von der Hand Schwarzenbergs.

[3]) Die Abschrift dieses Briefes im Wiener Staatsarchiv trägt das Datum 8. Oktober 1850. Wahrscheinlich soll es heißen 8. November, da die im Schreiben erwähnte Einberufung der preußischen Landwehr erst am 6. November beschlossen wurde.

denn jeder Kniff kostet hunderttausende von Thalern. In der Form wollen wir gerne milde seyn und dem Herrn Minister v. Manteuffel das schwierige Geschäft erleichtern, einen König und ein absichtlich verrückt gemachtes Publikum zur Vernunft zurückzuführen. Was wir aber wünschen und ein Recht haben zu begehren, das sind Garantien, daß wir durch Zuwarten nicht verlieren. Der Protest des Churfürsten könnte mit einigem guten Willen zur Räumung Hessens benützt werden. —

Bei Trautenau steht noch gar nichts; daß aber binnen 14 Tagen — nicht bei Trautenau, sondern an verschiedenen Punkten der nördlichen Gränze 150000 Mann schlagfertiger mit Allem ausgerüsteter Truppen stehen werden, ist vollkommen richtig.

Beruhigen Sie Herrn v. Manteuffel und kräftigen Sie Alle die so denken wie er; sie mögen handeln, und wir kommen noch als gute Freunde aus einander.

Mit Baiern und Sachsen sind wir sehr zufrieden; — auch Württemberg erhebt sich und Darmstadt rüstet.

Leben Sie wohl 2c. 2c. 2c.

---

7. Schwarzenberg an den Grafen Thun in Frankfurt

Wien den 8ten November 1850.

Lieber Graf! Preußen hat die Landwehr einberufen und will gerüstet seyn, um, wie der König sagt, mit dem Helme auf dem Haupt seine Friedensliebe zu beweisen.

Wir haben gar nichts dagegen; im Gegentheil, will Preußen den Krieg, so kann es ihn haben; — will es den Frieden — versteht sich wie wir ihn nur wollen können — so wird es schneller dazu gelangen wollen, wenn ihm jeder Tag Hundert Tausende kostet. Eigentlich hat man in Berlin trotz allen Geschreis keine Lust den Kampf zu wagen. Wir haben bestimmte Andeutungen, daß man sich unseren billigen Forderungen fügen will, nur legt man Werth darauf, den politischen und militärischen Rückzug mit Anstand und möglichst geringster Compromittirung zu bewerkstelligen. Das mag man thun, wenn sie nur aus Churhessen herausgehen; bei welchem Loch sie hinausfahren, und ob es Tage früher oder später geschieht, ist uns gleichgültig.

Die Exekuzion in Holstein wird nach Manteuffel ebenfalls ohne weitere Einsprache zugegeben. Es ist nun an Ihnen, lieber Graf, die Ausführung dieser Maßregel, die das to be or not to be der Bundes-Versammlung ist, so wirksam als möglich zu betreiben. Ihr Vetter Graf Westphalen, hat Sie etwas hineingeritten; eine Competenz des Bundes in Bezug auf Schleswig kann nicht statt finden und wird auch nicht erreicht werden. Dänemark, hierin von Rußland kräftigst unterstützt, wird sie nie zugeben. Die Competenz-Behörde für die Rechte, welche, nicht dem Lande Holstein, wohl aber den Holsteinern in Schleswig zustehen u. gewahret werden

sollen, muß erst aufgestellt werden. Ich sehe diese Behörde, die auch als Garantie der Aufrechthaltung des festzustellenden Verhältnisses zu fungiren haben wird, in jenen Mächten, welche zu verschiedenen Epochen der Krone Dänemark den Besitz Schleswigs garantirt haben.

Oesterreich ist auch dabei, seit dem J. 1732, so viel ich glaube, und den deutschen Bund, insofern er nicht Parthei ist, könnte man auch dazu nehmen.

Daß Dänemark sich vor den Uibergriffen Deutschlands fürchtet und bei Anderen Schutz dagegen sucht, kann man ihm seit dem Jahre 1840 nicht übel nehmen.

Es versteht sich nach dem früher Gesagten, daß wir, so wie die Sachen heute stehen, einen Conflikt in Churhessen zu vermeiden wünschen, und ich hoffe, daß Rechberg in dieser Beziehung mit gewohnter Umsicht vorgehen wird.

Je kräftiger wir rüsten, desto mehr Wahrscheinlichkeit haben wir, den Kampf zu vermeiden — daher wir den Bundesgenossen nie genug Energie empfehlen können.

Die Verfassung vom 28. Mai 1849 hat Preußen förmlich aufgegeben; — wir wünschen daher und hoffen, daß Baden und Nassau sich definitiv losmachen werden. —

Leben Sie wohl ꝛc. ꝛc.

---

8. Schwarzenberg an Thun
(Telegramm)

Wien 9. November 1850. 7 1/4 Uhr Abends.

Ihre telegraphische Depesche von heute früh 9 Uhr habe ich so eben erhalten.

Mit dem Bundesbeschluße ist innezuhalten, da die Preußen Fulda räumen zu wollen bereits erklärt haben, und nach unseren Berliner Nachrichten kaum mehr zu bezweifeln ist, daß sie auch Churhessen friedlich räumen werden.

---

9. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 16. November 850.

[Geheim.

Ich bitte Sie überzeugt zu seyn, u. auch H. v. Manteuffel dessen zu versichern, daß ich die Äußerung, welche H. v. Rosenberg[1]) von mir hinterbracht hat, nicht gemacht habe. Wir hegen zwar allerdings, wie Sie selbst am besten wissen, redlich die Absicht, Preußen das Einlenken nach Möglichkeit zu erleichtern. Sie kennen mich aber zu gut, um nicht zu wissen, daß ich zu vorsichtig bin, dieß zu äußern,

---

[1]) Preußischer Legationsrat in Wien.

u. besonders einem Manne gegenüber, vor welchem ich längst von verschiedenen Seiten gewarnt worden bin.

Erwünscht und die Sache der Verständigung fördernd wäre es, wenn H. v. R. abberufen werden könnte. Ist dies aber nicht thunlich, so werde ich mich in kein Gespräch mehr mit ihm einlassen, u. ihm gar nichts mehr sagen, u. ermächtige Sie daher im Voraus, Alles was er von mir vernommen zu haben berichten wird, als unwahr zu erklären [1]).

Auch Graf Bernstorff hat sich in den letzten Wochen so verfahren, daß er, seinem eigenen Gefühle nach, hier nicht mehr ersprießlich wirken kann. Er sitzt zu Hause, sieht Niemand u. sagt sich krank. Ich weiß aber, daß seine Gesundheit nichts zu wünschen übrig läßt [2]).

Ich habe Ihnen gestern durch Telegrafen angezeigt, daß die Bundesversammlung einen Beschluß gefaßt hat, durch welchen wir ermächtigt werden, die von Preußen gewünschte Erklärung über Zweck und Dauer der Besetzung Churhessens im Namen der in Frankfurt vertretenen Regierungen abzugeben. — Der Curier, welcher mir den Text dieses Beschlußes überbringt, ist bereits auf dem Wege. Sobald er eintrifft, soll unsere Erklärung nach Berlin abgehen.

Daß die Preußen die Etappenstrassen gegen die Bestimmungen der Convention besetzt halten, wird nicht angehen. Ich sende Ihnen beifolgend einen Bericht Hartigs [3]). Sie werden daraus selbst entnehmen, ob die Gegenwart preußischer Truppen im Lande die Wiederherstellung gesetzlicher Ordnung nicht wesentlich erschwert, wo nicht geradezu unmöglich macht. Wird nun deren Abberufung an diese Vorbedingung geknüpft, so kommen wir aus den Verlegenheiten nicht heraus. Uibrigens bauen wir auf des Königs u. H. v. Manteuffel's Wort. Unsere Depesche vom 13ten sollte doch wahrlich Beide decken. —

---

10. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 16. November 850.

[Geheim.

Sie sehen, lieber Freund, mit welcher Wärme ich auf Ihren Gedanken eingehe [4]). Daß er auch mich schon in mancher Stunde

---

[1]) Schwarzenbergs Wunsch wurde insoferne erfüllt, als Rosenberg kurz darauf als Leutnant zur mobilisierten Landwehr einberufen wurde.

[2]) Darin war Schwarzenberg nicht gut unterrichtet, wie aus den Berichten Bernstorffs und einem Krankheitszeugnisse Professor Oppolzers hervorgeht.

[3]) Graf Hartig, österreichischer Diplomat.

[4]) Auf Anregung Prokeschs schrieb Schwarzenberg den unter Nr. 11 abgedruckten Brief an Prokesch, der zum Vorzeigen an den König von Preußen bestimmt war. Doch ging Schwarzenberg damit stark über die Absichten Prokeschs hinaus.

beschlichen, bedarf keiner Versicherung. Ich mußte aber dessen Ausführung bisher für einen frommen Wunsch halten, dessen Verwirklichung in das Reich der Träume gehört.

Ihr Schreiben läßt die unerwartete Möglichkeit ahnen, so Großes u. Ersprießliches in das Leben zu fördern. Freudig thue ich den ersten Schritt u. biete Ihnen die Mittel, den Versuch zu wagen. Mehr bedürfen Sie nicht! Das Weitere überlasse ich willig und vertrauensvoll Ihrer Einsicht. Erwägen Sie aber wohl, was wir wagen, so lange der König unter dem Einfluße seines bösen Dämons ist[1]). Liegen nicht Länder u. Meere zwischen Beiden, welche die Wirkung dieses Einflußes so lange unterbrechen, daß wir Zeit gewinnen, den König — ehe eine Berathung mit seinem Freunde möglich wird — auf der Bahn vollendeter Thatsachen bis zu einem Punkte zu führen, von welchem ihm die Rückkehr abgeschnitten ist, so dürfte das Unternehmen gefahrvoll seyn. Prüfen Sie daher mit H. v. Manteuffel alles genau, u. haben Sie geprüft, so handeln Sie nach Ihrer Uiberzeugung.

Ihren hingeworfenen Plan billige ich, doch wird erst dann der Zeitpunkt gekommen seyn, Baiern in das Vertrauen zu ziehen, wenn wir beide einig sind u. ihm die Wahl bleibt, mitzugehen oder uns allein gehen zu lassen. Früher bringen wir den mißtrauischen und unentschlossenen König[2]) und dessen doktrinären Minister[3]) zu Nichts, und können durch deren Mitwissenschaft Alles auf das Spiel setzen.

Ich empfehle Ihnen nochmals große Vorsicht und baldige Auskunft für uns.

---

11. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 16. Nov. 850.

[Geheim.

Lieber Freund! Ihre Berichte vom 14ten bestätigen unsere Erwartung, daß der Wunsch der Versöhnung und Ausgleichung aufrichtig u. fest sey. Dieselben bestätigen aber auch zugleich unsere Voraussicht der Schwierigkeiten, welchen der König u. Hr. v. Manteuffel auf diesem Wege begegnen werden.

Diese Schwierigkeiten werden aber erst dann recht hervortreten, wenn die im Werke begriffene Versöhnung zu Stande gekommen. Dann wird sich der Grimm der revolutionären Parthei und jener der mit derselben unfehlbar in ein enges Bündniß tretenden Gothaer verdoppeln. In ihrer Hoffnung getäuscht, den schon nahe bevorstehend und unvermeidlich geglaubten Bruch zwischen Oesterreich u. Preußen herbeizuführen, u. auf dem von dem Blute Beider gedüngten Boden die Früchte ihrer gottlosen Aussaat zu erndten,

---

[1]) General v. Radowitz.

[2]) Max II.

[3]) Pfordten.

werden diese Partheien sich mit vereinten Kräften u. mit der Wuth der Verzweiflung auf Preußen werfen, dessen Regierung ihre ganze Macht fühlen lassen, die besten Absichten derselben u. alle Anstrengungen vereiteln, damit das Wort der Versöhnung nicht zur Wahrheit werde.

Und wenn Sie mich fragen, welchen Erfolg ich von dem Verzweiflungskampfe dieses dämonischen Gezüchtes erwarte, das sich in unversöhnlichem Hasse gegen alle gesellschaftliche Ordnung verschworen hat, u. heute die rothe wie die dreifarbige Fahne aus kluger Berechnung verhüllend, die schwarz-weiße als ihr Panier hochflattern läßt, so kann ich Ihnen die Besorgniß nicht verhehlen, daß ich den Sieg unserer Feinde für möglich halte, wenn sie nicht mit raschem Entschluße u. entscheidendem Schlage niedergeschmettert werden. Geschieht dieß nicht, so werden sie es dahin zu bringen wissen, daß Nichts zu Stande komme, daß aller gute Wille zur Verständigung, durch die von ihnen gestreute u. gepflegte Saat der Zwietracht überwuchert werde u. fruchtlos bleibe. Sie werden die Einigung unmöglich machen, und den glimmenden Funken, den wir heute so redlich für immer zu ersticken trachten, durch ihr eifriges Schüren endlich zur hellen Flamme anfachen, wenn nicht ein Sturmwind aus dem Westen diesen Ausbruch noch beschleuniget.

Es ist ein öffentliches Geheimniß, was ein ehrsüchtiger Napoleonide unter ihm günstigen Umständen daran zu wagen entschloßen ist, um sich einen Kaiserthron zu bauen, und was der Sprößling eines verbannten Königshauses an die Befestigung des wiedererrungenen Thrones seiner Väter setzen zu müßen glaubt.

Lassen wir uns von solchen Ereignissen überraschen, uneins unter uns, den Feind im eigenen Hause u. die Völker erbittert durch den langen Nothstand, welchen das über ihrem Haupte schwebende Schwert eines bewaffneten u. zweifelhaften Friedens ihnen bringt — so ist der Ausgang des Kampfes mehr als zweifelhaft, u. schwere, ja vielleicht selbst lange Prüfungen stehen der Menschheit bevor. — Die Möglichkeit, sich im Augenblicke solcher Gefahr noch gegen den gemeinsamen Feind (zu) verbinden, ist ein schwacher Trost, da er nach meiner innigen Uiberzeugung auf einer Täuschung beruhen würde. Die noch so enge Verbindung der Regierungen dürfte dann ohnmächtig bleiben, denn nachdem dieselben geduldet, daß die Elemente, aus denen sie ihre Kraft schöpfen, mit denen sie kämpfen u. siegen sollen, sich zersetzen oder sich als Feinde zu betrachten lernen, würden keine Zauberworte die rettende Macht zu schaffen vermögen.

Ich sehe daher nur in einem offenen Bruche Preußens mit seiner jüngsten Vergangenheit, mit seinen selbstsüchtigen verrätherischen Freunden, u. in dessen inniger Verbindung mit Oesterreich zum gemeinschaftlichen Kampfe gegen die Revolution, sie mag in was immer für ein Gewand sich hüllen, Heil für uns Beide, ja ich darf es wohl sagen für die Menschheit.

Es wäre dies eine merkwürdige, überraschende und würdige Lösung der zweijährigen Wirren, ein Trost u. ein Glück im Innern, eine Lehre für das Ausland.

Das Gewicht der Thatsache einer solchen Einigung zu solchem Zwecke würde der Revolution einen betäubenden, ja vernichtenden Schlag beibringen, alle bösen Leidenschaften verstummen machen u. zu Boden werfen.

Wir haben Beide bedeutende Heere, in schlagfertiger Verfassung des Winkes ihrer Kriegsherren gewärtig. — Dieselben sind treu u. durchaus verläßlich. Wollten diese Kriegsherren, den günstigen Augenblick benützend, sich die Hand reichen zum innigen Bunde gegen die Revolution, so wäre der Weltfriede gesichert, u. die allgemeine Wohlfahrt für lange Zeit fest begründet.

Der Gedanke ist kühn, aber würdig zweier großer Monarchen. Von ihrem Entschlusse hängt vielleicht die Zukunft unseres Welttheiles ab — u. wenn sie den Muth haben ihn zu faßen, wird, ich bin davon überzeugt, die Nachwelt ihr Andenken seegnen.

Sollte es dazu kommen, so dürfte natürlich von allen jenen, durch unglückliche Verhältnisse abgedrungenen Verheißungen an die Völker, deren Erfüllung uns nach den bitteren Lehren der Erfahrung dem Verderben unfehlbar entgegenführt, und von den eingebildeten Bedürfnissen der Zeit nicht ferner die Rede seyn. Es sind dieß Fesseln, welche die Regierungen sich im Drange der Umstände selbst geschmiedet, die sie aber abzustreifen verpflichtet sind, denn ewig wird der Grundsatz gelten: salus rei publicae suprema lex esto. — Wir sind weit entfernt, dem Absolutismus zu huldigen, u. ihn wiederherstellen zu wollen. Wir sind von der Uiberzeugung der Nothwendigkeit durchdrungen, daß nach unwandelbaren, strenge Gerechtigkeit sichernden u. den Genuß einer vernünftigen (sic!) verbürgenden Institutionen regiert werden müsse. Aber eben so innig ist unsere Uiberzeugung, daß es unmöglich sey, mit jenen unheilvollen Theorien der Neuzeit, mit jenem französischen Constitutionalismus u. allen seinen Mißgeburten — — — — — — — — mehr zu regieren. — — — — — — — — — — — — — Das einzig wahre Bedürfniß der Völker ist Friede, Ordnung u. Wohlstand, daher ein strenges u. kräftiges Regiment, ohne welches diese Güter unerreichbar sind. — Ich theile Ihnen diese Gedanken im engsten Vertrauen mit. Benützen Sie dieselben. Wäre man geneigt darauf einzugehen, so möge man unbedingt auf uns zählen. —

Wir würden bereit seyn, mit Preußen ein großes Feldlager zu bilden u. aus diesem die gemeinsamen Blitze nach allen Seiten hin gegen die Revolution zu senden, bis diese vernichtet wäre. — Mit Spannung sehe ich Mittheilungen von Ihnen entgegen. — Leben Sie wohl.

---

12. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 18. November 1850.

Ihre Expedition vom 16. so eben erhalten. Die bleibende Besetzung Kurhessens durch Preußische Truppen ist ein Begehren, dessen Zugeständniß von Seiten des Bundes so viel hieße, als ob

er sich auf Kosten des Kurfürsten mit Preußen friedlich verständigen wollte. Die Etappen-Convention bestimmt das Rechtsverhältniß — deren vollständige ungeschmälerte Aufrechthaltung muß Preußen garantirt werden, das ist sein Recht und diesem soll in keiner Weise zu nahe getreten werden. Die Sicherung durch eigene Mittel ist, wenn sie mit großen Truppenkörpern stattfinden soll, eine eigenmächtige Besetzung eines fremden Staatsgebiets — wenn sie pro forma d. h. mittelst einiger schwachen Abtheilungen ausgeführt — ein Läugnen der landesherrlichen Rechte, so wie der des Bundes. In beiden Fällen bleibt es eine schwere Last für das ohnehin hart heimgesuchte Land. Der Kurier aus Francfurt muß heute abends oder morgen früh ankommen u. die darauf gestützte Erklärung wird ohne Zeitverlust abgesendet werden.

Trachten Sie, daß man uns vom Grafen Bernstorff befreie. Der Mann kann hier nur mehr verderben; er geht nicht aus seinem stets verschloßenen Hause heraus, empfängt aber hie und da einige neugierige Kollegen, denen er die absurdesten Dinge sagt. Er und sie erzählen ganz ernsthaft, daß F.M. Graf Radetzky dringend vom Kriege abrathe — daß F.M.Lt. Graf Clam sich weigere ein Commando in Böhmen zu übernehmen — daß eine große Anzahl Generäle ihre Uibersetzung nach Italien verlangten, um nicht gegen Preußen Krieg zu führen u. s. w.

Ferner lesen sie die alten und neuen Relationen über die Ermordung der französischen Agenten bei Rastadt und fragen, wie sie es anstellen sollen, um nicht dem gleichen Schicksale zu verfallen — kurz ihre Reden und ihr Benehmen sind ein Solches Compositum von Bosheit, Dummheit und Angst, daß die Berichterstattung eines derartigen Gesandten nur großes Unheil und wirkliche Gefahr bringen kann.

Könnte Preußen nicht vorschlagen, die sogenannte Sicherstellung der Etappenstraße durch eigene Mittel nur bis zur Rückkehr des Landesfürsten in seiner Hauptstadt ansprechen zu wollen? Dann ließe der Bund seine Truppen nach Cassel ziehen. Der Churfürst übernähme die Regierungsgewalt und säße wenigstens dort, und die Preußen verließen sein Gebiet. Ich muß schließen. Morgen sollen Sie wieder von uns hören. Die Details, die ich über Bernstorff gebe, sind nur für Sie, da ich meinen Gewährsmann nicht compromittiren darf.

---

13. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 20. November 850.

Lieber Freund! Der Kurier aus Frankfurt ist gestern so spät angekommen, daß es nicht mehr möglich war, die bewußte bindende Erklärung abgehen zu lassen[1]. Sie geht heute, u. wir hoffen, daß

[1] Es handelt sich um die Erklärung des Bundestags vom 14. November, durch welche die von Preußen gewünschten Garantien geboten

Fassung u. Inhalt zufrieden stellen werden. Gegen die Sicherstellung der Etappenstrasse durch „eigene Mittel" hat sich Kurhessen kräftigst verwahrt, u. mit Recht.

Wegen der möglichen Schwierigkeiten, welche Braunschweig dem Durchmarsche des Bundes-Exekutions-Corps nach Holstein entgegen stellen könnte, habe ich mich mit Meyendorff besonders besprochen, u. ich hoffe, daß die Sprache, welche Rußland in dieser Angelegenheit in Berlin führen wird, ihre Wirkung nicht verfehlen dürfte.

Die uns immerwährend entgegen gehaltenen Umstände der aufgeregten öffentlichen Meinung, — der kriegerischen Stimmung —, der bedrohten Waffenehre, u. s. w. sind die unausbleiblichen Folgen der früheren politischen Ausschweifungen; wenn man durch Jahre Wind säet, so erndtet man Sturm; — das kann den bibelsinnigen König nicht überraschen. — Daß wir auf die Lage der preußischen Regierung Rücksicht nehmen, daß von hier aus alles nur Mögliche geschieht, um das leider nur zu schwache, gesunde Element im Berliner Cabinet zu unterstützen u. zu kräftigen, muß doch anerkannt werden. Uiber eine gewisse Linie hinaus muß man uns aber nicht zu drängen versuchen. Ich gestehe, daß der Verdacht: man suche hinzuhalten, um Zeit zur Vervollständigung der Rüstungen zu gewinnen, sich hier mehr und mehr befestiget; — sagen Sie das H. v. Manteuffel, und ich glaube, er wird es natürlich finden.

Der preußische Enthusiasmus ist auch nicht so groß u. allgemein, als uns die Berliner glauben machen wollen. In den Rheinprovinzen giebt es conservative u. revolutionäre Tendenzen; beide sind aber ausgesprochen anti-preußisch. Wenn man in unserer Erklärung keine hinlängliche Bürgschaft für unsere Gesinnungen und Absichten erkennt, so kann ich nicht helfen; — mehr kann nicht gesagt werden; u. ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, daß der Anblick unserer Truppen u. der Gedanke an das schwere Geld, das ihre Aufstellung kostet, nicht geeignet sind, das Aussprechen solcher faden süßlichen Worte[1]) leicht zu machen.

Graf Bernstorff lebt noch — aber einsam und abgesperrt — u. hat mir heute den ganz fatalen H. v. Rosenberg[2]) geschickt, der mir aber die, durch Sie bereits bekannte Depesche[3]) nicht mitgetheilt hat; warum, weiß ich nicht. Diese zwei meiner moralischen Uiberzeugung nach schlechten Patrone bersten vor Wuth, wenn sie nur die Möglichkeit bedenken, daß man in Berlin zur Vernunft kommen könnte.

---

wurden. Die Botschaft hievon ging in einer österreichischen Depesche vom 20. November nach Berlin.

[1]) So nennt Schwarzenberg seine eigenen in der Depesche vom 20. November ausgesprochenen Versicherungen.

[2]) Der preußische Legationsrat Freiherr v. Rosenberg.

[3]) Offenbar die preußische Depesche vom 18. November, welche nochmals Garantien bezüglich Kurhessens verlangte.

Wenn man unserer Erklärung nicht traut — wenn man sie nicht genügend findet, um die preußische Ehre sicherzustellen, so müßte ich bemerken, daß dieses Mißtrauen einer Insulte sehr nahe käme, u. daß, mit allem Respect vor preußischem Gefühle, so ein armer Teufel wie ein Kaiser von Oesterreich, wenn man Ihn drängt, auch eine ähnliche Regung verspüren dürfte — was Ihm vielleicht auch nicht übel zu nehmen wäre.

H. v. Rosenberg hat mir soeben (4½ Uhr) die bewußte Depesche vorgelesen, worauf ich nur erwiederte: daß ich die Correspondenz des Grafen Rechberg noch heute zur Mittheilung an Sie schickte.

---

14. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, 24. November 850.

Lieber Freund! Ihre Expedition vom 22ten habe ich heute erhalten, auch Grafen Westphalen[1]) gesehen. Er hat viel guten Willen, richtige Einsicht u. ein ehrliches Streben. Mit allem dem sehe ich doch aus Allem was uns aus Berlin zukommt, daß der Friede nicht erhalten werden wird, weil die böswillige und verblendete Kriegspartei die Oberhand hat u. ihren Willen durchsetzen wird.

Unter solchen Umständen kann ein Mann, wie Westphalen, nur von negativem Nutzen seyn; er kann viel Schlechtes und Schädliches unterlaßen — wirklich Gutes kann er wohl nicht stiften.

Wer hat denn die Depesche vom 20ten d., die Braunschweig'sche Chicane betreffend, gemacht? — Der Verfaßer muß das nöthige nicht gelesen oder vergessen haben, oder überhaupt ein sehr zerstreuter Mann seyn. Das Stück wimmelt von Widersprüchen, die ich mir erlaube, in höflichen aber deutlichen Worten hervorzuheben.

Das Bundescorps kann nicht bleiben, wo es ist, denn die Leute sind nicht untergebracht u. die arme Gegend um Fulda bietet keine Verpflegung mehr. Taxis muß entweder einen schmählichen Rückzug antreten oder vorrücken. — Da das erste nicht denkbar ist, so wird ihm, sobald wir Antwort auf meine heute um 1 Uhr expedirte teleg. Anfrage erhalten haben, der Befehl zugehen müssen, das Zweite zu thun. Wenn man es in Berlin so will, so ist das der Krieg. — Wenn man uns aber zwingt voranzugehen, so müssen wir es uns gefallen lassen.

Leben Sie wohl usw.

P. S. Die Nachrichten aus Petersburg lauten gut u. Meyendorff wirkt so viel er kann. —

---

[1]) Von Berlin zur Friedensvermittlung abgeschickt.

In Ziffern

15. Schwarzenberg an Prokesch

(Telegramm)

Wien den 24ten November 1850 2 Uhr N.M.

Fürst Taxis und Graf Rechberg zeigen an, daß die Bundestruppen nicht länger in ihrer jetzigen Aufstellung bleiben können, und das Benehmen der preußischen Truppen immer feindseliger werde.

Wir sind daher gezwungen binnen 48 Stunden auf Antworten zu dringen, ob, nach den gegebenen Garantien, die Bundestruppen unbehindert nach Cassel rücken können, und ob die entsprechenden Befehle an Graf Gröben abgegangen sind? —

---

16. Schwarzenberg an Prokesch

(Telegramm)

Wien am 25. November 850 10 Uhr Abends.

H. v. Manteuffel hat auf Umwegen die Idee angeregt, sich mit mir persönlich zu besprechen; — ich bin darauf eingegangen, nachdem die erwartete Antwort über Garantien und unser Vorrücken nach Caßel eingelangt seyn wird.

Wenn die Preußen auch nicht gleich aus Churhessen abziehen, so muß jedenfalls doch die Hauptstadt von ihnen geräumt seyn.

F. Schwarzenberg
F.M.L.

Dies um allen Mißverständnißen vorzubeugen.

---

17. Schwarzenberg an Prokesch

(Telegramm)

Wien am 26. November 1850 8½ Uhr Abends.

Mit Genehmigung S. M. werde ich am 28ten Abends in Olmütz eintreffen, um mich mit H. v. Manteuffel zu besprechen.

Ich werde trachten die Bewegung der Bundeskorps noch 48 Stunden länger zu sistiren — länger kann ich es nicht.

Verhalten Sie sich ruhig bis auf weitere Weisungen.

F. Schwarzenberg
F.M.L.

---

18. Schwarzenberg an Thun
(Telegramm)

Wien 26. November 1850 9 1/2 Uhr A.

Hr. v. Manteuffel hat dringend eine Unterredung mit mir verlangt. Mit Genehmigung Sr. Majestät werde ich am 28. mit ihm in Olmütz zusammentreffen. Von hier soll kein Versuch ehrenvoller Verständigung von der Hand gewiesen werden. Die Vorrückung des Bundes-Corps von Fulda hat noch 48 Stunden zu sistieren (sic!). — Unsere übrigen Vorbereitungen gehen ihren Gang fort. —

In Ziffern

19. Schwarzenberg an Prokesch
(Telegramm)

Ollmütz den 29. November 850 10 Uhr V.M.

Herr v. Manteuffel erst um 6 Uhr Gestern Abends eingetroffen. Bis tief in die Nacht mit ihm conferirt. Der Mann u. dessen Absichten flößen mir Zutrauen ein, ich sehe aber noch keine Garantien für seine Stellung u. für die Sache. — Ihre Berichte vom 27ten soeben erhalten. Telegraphiren Sie mir sofort hieher, wie die Stimmung sich seitdem entwickelt.

Obristlieutenant Manteuffel ist so eben eingetroffen. Ich habe ihn noch nicht gesehen. Wir stehen im Begriffe einer zweiten Conferenz. — Die Entscheidung ob Krieg oder Frieden, liegt in Berlin.

In Ziffern

20. Schwarzenberg an Prokesch
(Telegramm)

Wien den 30. Nov. 1850 um 2 3/4 Uhr Nachm.

Herr v. Manteuffel, welcher heute Abend in Berlin eintreffen muß, bringt Ihnen das Ergebniß unserer Verhandlungen. —

Morgen erwarte ich unfehlbar von Ihnen bestimmte Anzeige über die unbedingte Genehmigung der getroffenen Verabredungen und den Beginn des Vollzuges.

Die Bundestruppen werden unter allen Umständen Dienstag den 3. December vorrücken, jedoch Cassel nicht ohne besondere Aufforderung des Kurfürsten besetzen, falls derselbe bereits wieder seine Residenz und den Sitz der Regierung daselbst aufgeschlagen haben sollte, bis die Bundestruppen dahin gelangen werden. —

---

21. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 1. Dezember 850.

Lieber Freund! Ihre Expedition vom 29ten habe ich heute früh erhalten, so wie auch die telegraphischen Berichte von gestern u. heute.

Die Worte klingen nicht übel, ob ihnen aber die Thaten entsprechen werden, ist eine ganz andere Frage.

Wenn man binnen 8 Tagen offizielle Zusagen macht u. zurücknimmt, Garantien begehrt u. sich nach deren Erhaltung nicht damit begnügt, wenn der Gang der Politik in den entschiedensten Momenten von der Laune eines Phantasten, dem Toben einer tollen Kammer, den ehrgeitzigen Träumen eines . . . . Prinzen oder gar dem unsinnigen Geschrei eines zusammengelaufenen Pöbelhaufens abhängt, — wie kann man da irgend etwas voraussehen oder berechnen?

Mit Manteuffel war ich persönlich ganz zufrieden; unter den gegebenen Umständen nützt aber ein oder auch drei vernünftige Minister nichts.

Wir haben in Olmütz das Mögliche zugestanden; — weiß man das nicht zu benützen, sind Preußens Ehrgeiz u. insolente Anmaßungen noch nicht beruhigt, so können wir ihnen nicht helfen. — Daß ich beiden Manteuffel meine bescheidene Ansicht über die elende boutique in Berlin in aller Aufrichtigkeit mitgetheilt habe, werden sie mir wohl bezeugen.

Der Brief des Königs an den Kaiser ist ein bedauernswürdiges Product. — Bei seiner Lesung muß ein ehrlicher Mann tiefes Mitleiden empfinden[1]). — Der Brief ist sentimental, unwahr u. läppisch. — Die Antwort unseres Herrn ist freundlich, aber ernst u. gemessen, wie sie seyn soll. — Ob der Churfürst nach Cassel zurückkehrt, habe ich auch von dorther nicht in sichere Erfahrung bringen können. Menschen, wie er u. Hassenpflug, sind *nirgends* an ihrem Platz.

Welchen Werth wir auf die Entwaffnung legen, geht aus der Olmützer Punctation hervor. Kann der König nicht auf den Friedensstand zurückkehren, ohne seinem *Volke große Resultate* zu zeigen, so mag er Krieg führen, dessen Resultate nicht angenehm zu zeigen seyn dürften. Wir enthalten uns gewissenhaft u. sorgfältig alles Bramarbasirens. Die ruhige Zuversicht unseres kriegsgeübten Heeres giebt übrigens zu den gegründetesten Hoffnungen Anlaß.

In Hessen *müssen* wir vorrücken; machen Sie das den Leuten begreiflich. Erinnern Sie Minister Manteuffel, daß ich mich über diesen Punkt stets mit der größten Bestimmtheit ausgesprochen habe u. daß er in der bewußten Punktation zugesagt hat, daß man den Bundestruppen keine Schwierigkeit in den Weg legen wird.

---

[1]) Dieser Brief wurde von Manteuffel nach Olmütz mitgebracht.

Wenn der complet lächerliche militärische Stylist v. Gröben [1]) durch Lindheim ersetzt wird, so werden wir den als Preußenfeind verschrieenen Rechberg [2]) ablösen lassen; bemerken Sie aber, daß das Letztere nur durch den Bund, der Rechberg eingesetzt, geschehen könne.
Leben Sie recht wohl, lieber Freund! Unter den Waffen wird nicht conferirt, das ist so theuer und unbequem, daß wir unsere Zustimmung dazu nie geben werden. —

---

22. Schwarzenberg an Thun

(Telegramm)

Wien, 1ten Dezember 1850. Mittags 1 Uhr.

Ich habe gestern mit Herrn von Manteuffel eine Punktation unterzeichnet, die als Grundlage einer Verständigung dienen könnte; wenn seine Regierung sie genehmiget.
Heute Abend trifft Manteuffel in Berlin ein, und morgen soll ich Antwort haben, ob die Punktation angenommen ist und deren Vollzug, durch Öffnung der Etappenstraßen für die Bundestruppen beginnt.
Veranlassen Sie, daß diese unter Allen Umständen am Dienstage 3ten Dezember vorrücken. Gelangt der Churfürst vor ihnen nach Cassel und stellt den Sitz seiner Regierung daselbst wieder her, so haben die Bundestruppen die Residenz ohne spezielle Aufforderung nicht zu besetzen, sondern weiter zu gehen.
Stellt Preußen ihrem Marsche offene und entschiedene Gewalt entgegen, ist der Krieg eröffnet, und dann keine Schlacht anzunehmen, sondern die Vereinigung mit den übrigen Bundestruppen zum Behufe der großen und gemeinsamen Operationen zu bewerkstelligen.
Weitere Nachrichten folgen — je nachdem dieselben von Berlin eintreffen oder nicht.
Der Text der Punktation geht heute nach Frankfurt und an die Höfe ab. —

Telegraphische Depesche

23. Der Ministerpräsident an den Grafen Thun

Wien, den 2. Dezember 1850 um 5 1/2 Uhr Nachm.

Sollte auch die Ollmützer Punktation, nach früheren ähnlichen Vorgängen, nicht den Beifall der Herren Bundestagsgesandten

---

[1]) Graf v. d. Groeben, der die preußischen Truppen in Kurhessen kommandierte, hatte dem Fürsten Taxis Briefe geschrieben, welche den Unwillen Schwarzenbergs erregten.

[2]) Graf Rechberg, vom Bundestag zum Kommissär für Kurhessen eingesetzt.

erndten, so verweisen Sie dieselben auf die Zustände, welche Ihr Bericht Nr. 65. A. so sprechend schildert, — und knüpfen Sie daran die Frage, ob wir unter solchen Verhältnissen mit größerer Entschiedenheit auftreten können[1]?

---

24. Schwarzenberg an den Grafen Valentin Esterhazy in München und an den Grafen Kuefstein in Dresden

Vertraulich

Wien, den 6. Dezember 1850.

Es wird uns in München (in Dresden) zum Vorwurfe gemacht, daß wir die bisher eingegangene Stellung nicht unbedingt und bis zum Äußersten behauptet haben. — Man erklärt die Preußen gemachten Zugeständnisse als einen Selbstmord, sieht Baiern (Sachsen) als von uns aufgeopfert an und ist der Uiberzeugung, die königl. Regierung werde die dem Volke auferlegten Opfer, nunmehr wo sich dieselben als fruchtlos darstellen, nicht zu rechtfertigen vermögen.

Wir müssen bekennen, daß diese Auffassung uns überrascht, ja schmerzlich berührt hat.

Mußte nicht die starre und bis in ihre äußersten Consequenzen durchgeführte Behauptung unseres bisherigen Standpunktes den Krieg unvermeidlich herbeiführen? und welche Aussichten wären unter den gegebenen Umständen mit dem Beginn eines solchen Krieges eröffnet? Wir glauben uns hierüber bereits an anderem Orte deutlich genug ausgesprochen zu haben.

War es demnach nicht der Mühe werth, ja selbst Pflicht, unter den sich günstig gestaltenden Verhältnissen, welche die Hoffnung darbieten, Preussen zu einer Politik des Rechtes und der Mäßigung zurückkehren zu sehen, ihm den Weg hiezu zu ebnen, ihm die Möglichkeit zu bieten, seine Irrthümer zu sühnen, und den Versuch zu wagen, ob die Regierung noch die Kraft habe, ihren guten Willen in das Werk zu setzen?

In welcher Weise haben wir durch diesen Versuch Bayern (Sachsen) und dessen Interessen geopfert? — Was konnte es wollen, als seine Integrität, seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu bewahren, und zwar wo möglich durch friedliche Mittel, denn wir dürfen doch nicht annehmen, daß man den Krieg unbedingt wollte, selbst dann, wenn sich zur Erreichung des Zweckes noch Wege öffnen, die rascher, sicherer, gefahrloser und minder kostspielig zum Ziele führen? —

Sollten aber die Regierungen nicht vermögen, der Uiberzeugung Eingang zu verschaffen, daß eben die dargebrachten Opfer auf diese Wege geleitet haben, und dieselben demnach vollkommen gerechtfertiget seyen durch die Früchte, welche sie bringen werden, und durch

---

[1]) Die Berichte Thuns hatten geschildert, wie schwer sich der Bundestag zu entschiedeneren Schritten entschloß.

die Abwendung der Nothwendigkeit noch bedeutend größerer, ja unberechenbarer Opfer? —

Oder rüstet man immer nur deshalb, um sich jedenfalls zu bekriegen, und soll es nicht vielmehr in der Absicht jeder Regierung liegen, sich wehrhaft zu zeigen, damit hiedurch der Friede bewahrt werde?

Wenn man annimmt, daß wir den Rechtsboden der Bundesverträge aufgegeben haben, so ist die Annahme eine unbegründete.

Wir haben dieß nicht gethan, und werden es nicht thun.

Wir haben nur eine andere und zwar vortheilhaftere Richtung zur Vertheidigung dieses Standpunktes eingeschlagen, weil Preußen uns dieß möglich machte, und weil die bisher eingenommene Stellung nicht durch unser Verschulden, wohl aber durch den Mangel an Eintracht und Entschlossenheit so mancher Bundesgenossen mit jedem Tage mißlicher zu werden begann, und voraussichtlich in nächster Zukunft unhaltbar werden mußte. — Exzellenz erhalten in der Anlage Abschriften und Auszüge verschiedener mir zugegangener Berichte, welche diese Thatsache bekräftigen. — Wir überlassen es dem Urtheile des königl. Cabinets, ob unter solchen Umständen auf dem bisherigen Wege weiter vorzuschreiten war.

Rechtfertiget jener, welchen wir in der zuversichtlichen Voraussetzung der Zustimmung Unserer Bundesgenossen und insbesondere des Beifalles der kön. bair. (sächsischen) Regierung noch versuchen zu müssen glaubten, unsere wohlbegründeten Erwartungen nicht, so wird es noch immer an der Zeit seyn, zu dem äußersten Mittel zu schreiten, um unsere gemeinsamen und heiligsten Rechte zu vertheidigen.

Dann würden wir aber, wie die traurigen Erfahrungen der Jüngsten Zeit lehren, unser Heil nicht mehr in den Beschlüssen einer Bundesversammlung, sondern in der engen Verbindung Oesterreichs mit Bayern (Sachsen) und den sich ihnen anschließenden Bundesgenossen zu suchen haben, um unter feyerlichem Vorbehalte der aus den Verträgen erworbenen Rechte vor Allem für unsere Selbsterhaltung in den Kampf zu gehen.

Sollte dieser äußerste Fall eintreten, so kann Bayern (Sachsen) auf uns zählen, und wird die ihm jetzt wie es scheint, noch mangelnde, volle Uiberzeugung gewinnen, daß wir unter allen Umständen Vertrauen verdienen und unsere Bundesgenossen niemals aufopfern.

Der sicherste Beweis, wie wenig wir die Verträge aufgegeben haben, wird wohl darin liegen, daß die Bundes Akte und die Schlußakte in den bevorstehenden Ministerial-Conferenzen als Grundlage der Verhandlungen, als Ausgangspunkt für die zu schaffende Neue Bundesverfassung dienen sollen. —

---

25. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 7. Dezember 850.

Lieber Freund! Ihren Bericht vom 5ten d. soeben erhalten und mit Interesse, wenn auch nicht mit vollkommener Befriedigung gelesen.

Warum scheut man sich in Berlin in der Entwaffnungsfrage offen und aufrichtig vorzugehen? — Fürchtet man sich vor der eigenen Kriegsparthei, so müßen wir die Schwäche der Regierung bedauern. Liegt Mißtrauen gegen uns zu Grunde, so können wir uns mit Recht gegen eine Verdächtigung beschweren, die durch nichts gerechtfertigt erscheint. Lesen Sie die von beiden Regierungen ratifizierte Olmützer Punctation; wir wünschen die Ausführung der darin festgestellten Stipulationen, u. nichts weiter. Von unserer Seite sind die Vorarbeiten fertig, die nöthigen Einleitungen getroffen, um an dem bestimmten Tag die Rückgängigmachung aller Kriegsrüstungen zu veröffentlichen. Dasselbe sollte, der Olmützer Punctation nach, von Seite Preußens geschehen. — Nachdem was Sie schreiben, u. gestern 7½ Uhr telegraphirt haben, weiß ich nicht, ob man in Berlin auf diese Weise zu handeln gesonnen ist. Eine Anordnung zur Reduction[1]), die auch nur sehr partiell seyn kann, entspräche dem nicht, was wir erwarten, was ausgemacht ist u. was wir zu thun bereit sind. Ein hochwichtiges Erforderniß zur Erzielung eines wirklichen Einverständnisses zwischen Wien u. Berlin ist die möglich baldigste Ersetzung des Grafen Bernstorff durch einen Mann, der ein ruhiges Urtheil, guten Willen, unbefangene Auffaßung u. manches andere hat, was dem Grafen ganz abgeht. Man muß mehr Vernunft u. weniger Eitelkeit haben als er, um von wesentlichen Irrthümern aufrichtig zurückzukommen. Er ist meiner bescheidenen Ansicht nach ein gründlich schädlicher Diplomat. Wir haben ihn hier als Stock-Aristokraten[2]) u. als extremen Radowitzianer gesehen; er ist kindisch eitel, gallicht, immer verletzt, heftig, schwach im Kopf u. daher stets bereit, Unrath zu wittern. Er hat durch lange Zeit über Oesterreichs Preußenhaß, Kriegslust u. s. w. gefaselt u. will nun, seinem Charakter nach, nicht zugeben, daß er vollkommen auf dem Holzwege war. Ich rede so wenig als möglich mit ihm, werde es aber bald ganz einstellen. Machen Sie aus diesen Notizen was Sie wollen; mit Hr. v. Manteuffel habe ich mich über diesen Gegenstand sehr freimüthig ausgesprochen, u. Grafen Westphalen gebeten, ihn neuerdings in Erinnerung zu bringen.

Das verlangte Formular ist fertig; ich muß es noch dem Kaiser unterlegen, rein schreiben lassen u. s. w., weßhalb es erst morgen abgehen kann. Ich hoffe, daß die ganz neutral gehaltene Arbeit beifällig aufgenommen wird.

Der Gedanke, am 15ten d. die Conferenzen in Dresden zu eröffnen, ist unausführbar, weil, mit dem besten Willen u. mit Hilfe der schnellsten Eisenbahnen u. Couriere die Einladungen bis dahin nicht an ihre Adressen gelangt seyn können.

---

[1]) Reduktion so viel wie Abrüstung.

[2]) Graf Bernstorff stand stets mit der aristokratischen, vom Fürsten Windisch-Grätz geführten Opposition in Verbindung und schilderte in seinen Berichten aus Wien die Zustände in ihrem Sinne.

Daß die Bundes- und Schlußakte als Ausgangspunkt der Conferenzen zu dienen haben, scheint mir absolut nothwendig, wenn man zu einem positiven Resultat gelangen will; sonst verfallen wir in Phrasen u. Allgemeinheiten u. werden den absurdesten Projectenmachern zur Beute. — Gott bewahre uns vor deutscher Professoren-Imagination; es ist hohe Zeit, aus dem dicken Nebel heraus u. in eine respirable Luft zu kommen.

Leben Sie wohl. Morgen das Weitere. Viele Empfelungen an Graf Alvensleben[1]); ich freue mich sehr, ihn wieder zu sehen, füge aber hinzu, daß mir die Begegnung noch angenehmer wäre, wenn sie am Quinze- statt am Conferenz-Tisch sich gefunden hätte.

---

26. Schwarzenberg an Prokesch in Berlin

Wien, den 9. Dezember 850.

Lieber Freund! Nachdem aus verschiedenen in letzter Zeit eingelangten Berichten hervorgeht, daß in Bezug auf die Beendigung der kurhessischen Angelegenheit Zweifel auftauchen u. sich hie u. da eine Unschlüssigkeit kund thut, die die Frage nur neuerdings verwirren könnte, habe ich dem F.M.L. Graf Leiningen, die in Abschrift beiliegende telegraphische Weisung zukommen lassen.

Ich habe am 29ten November dem H. Minister v. Manteuffel mündlich zugesagt, daß man bei der Besetzung von Cassel, mit Schonung u. ohne Uibereilung verfahren würde u. das zwar, um die Stellung der königl. Regierung nach Thunlichkeit zu erleichtern. Diese Zusage haben wir seitdem schriftlich erneuert; aber heute haben wir den 19. Dezember, u. die ganz einfache Aufgabe der Wiederherstellung der legitimen Autorität im Kurstaate ist noch nicht gelöst, weil Cassel, der Hauptsitz der verbrecherischen Renitenz, noch nicht zu Paaren getrieben ist.

Die Hoffnung, durch die Rückkehr des Kurfürsten mit eigenen Truppen den Zweck zu erreichen, ist in Wilhelmsbad an dem Widerstande des Landesherrn u. seiner Minister gescheitert[2]). Deshalb scheint mir die Beendigung dieser leidigen Geschichte nicht länger hinauszuschieben, sondern im Gegentheile zu beschleunigen, unumgänglich nöthig. Der Wortlaut der Olmützer Punktation ist klar, u. es schiene mir Preußens unwürdig, nach so langem höflichen Zaudern von unserer Seite, auch nur die geringste Schwierigkeit gegen deren Ausführung zu erheben. — Die quasi offizielle Beleuchtung der Olmützer Punktation, die wir in den Zeitungen ge-

---

[1]) Alvensleben war zum Vertreter Preußens bei den Dresdener Konferenzen ernannt.

[2]) Der Kurfürst war, da auch seine Offiziere sich der Opposition gegen sein tyrannisches Regiment anschlossen, nicht imstande, in seinem Lande seine Autorität herzustellen.

lesen haben, ist eine traurige Arbeit[1]); es ist weder Wahrheit noch Ehrlichkeit darin u. resumirt sich in: wollen u. nicht wollen, können und nicht können. Da sind wir aufrichtiger u. sagen der Welt: ja, wir haben Conzessionen gemacht, um des Einverständnisses mit einem alten Verbündeten, um des lieben Friedens willen, u. weil wir hofften, daß Deutschland dadurch gewinnen würde. — Fährt man in Berlin fort, in verschiedenen Sprachen zu reden, rechts dieß u. links jenes zu sagen, so wird es sich bald zeigen, daß die Harmonie nur eine scheinbare war. Ein Charlatanismus dieser Art kann meiner bescheidenen Ansicht nach keinen Bestand haben.

Wir warten auf das Commissorium des Bundes, um einen tüchtigen General nach Holstein zu schicken[2]). Auch die Exekutionstruppen sind angewiesen sich bereit zu halten, um auf einen telegraphischen Wink sich der Nieder-Elbe nähern zu können.

Ich gehe Uibermorgen nach Prag u. treffe Sonntag bei guter Zeit in Dresden ein.

Leben Sie wohl usw.

---

27. Schwarzenberg an Prokesch

Wien, den 12. Dezember 1850.

Es ist abermals nach Frankfurt telegraphirt worden, um Leiningen an die Stelle des Commissärs[3]) zu bringen.

Das Corps Legedicz hat die Bestimmung, nöthigenfalls nach Holstein[4]) zu marschiren, kann auch noch, wenn es die Umstände erfordern, verstärkt werden.

Wir legen den größten Werth darauf, die zwei vorliegenden Fragen rasch u. gründlich durchzuführen. Die deutsche National-Versammlung oder auch andere mehr oder minder gelungene Regierungs-Experimental-Anstalten konnten Fiasco machen. Der Kaiser von Oesterreich u. der König von Preußen können u. dürfen aber nicht ausgepfiffen werden. Wenn sie der Welt sagen: dies u. jenes soll geschehen, so muß es auch durchgeführt werden. Dies nennen wir einen Ehrenpunkt u. zweifeln nicht, daß man in Berlin derselben Ansicht werde.

Gröben hat sich im Cervantes überstudiert oder alle militärische Disziplin vergessen. Wenn ein kaiserlicher General sich erlaubte so

---

[1]) Es ist hier von der durch Preußen veranlaßten Veröffentlichung die Rede.

[2]) Da der Bundestag nicht selbst Truppen nach Holstein schicken wollte, zog er es vor, Österreich die Vollmacht zur Exekution zu übertragen, was am 28. Dezember beschlossen wurde.

[3]) Graf Leiningen wurde an Stelle des Grafen Rechberg zum Kommissär für Kurhessen bestellt.

[4]) Um das Land zu entwaffnen und Dänemark zu unterwerfen.

zu schreiben, zu sprechen oder gar zu handeln, wie Gröben es gethan hat, so stehe ich Ihnen gut dafür, daß er in weniger als 24 Stunden abgetackelt worden wäre.

Zu den Conferenzen[1]) ist Graf Buol bestimmt, zu ihrer Eröffnung werde ich auf Befehl des Kaisers selbst in Dresden erscheinen u. hoffe Sie dort zu sehen. Machen Sie in Berlin begreiflich, daß, wenn man wirklich gute u. solide Geschäfte machen will, mein Rath, den Sitz der Conferenzen nach Wien zu verlegen, zu beherzigen ist.

Ich bin überzeugt, daß man mit den Resultaten zufrieden seyn würde.

Ich schließe mit einer Nachricht die Ihren Wünschen um so mehr entsprechen wird, als deren Erfüllung persönlich u. direkt von unserm allergnädigsten Herrn ausgeht, der mir befohlen hat, Ihr Ansuchen vom 20ten September dahin zu erledigen, daß die in Ihrem Privatbrief an mich ausgesprochene Summe vom Finanz-Minister zu berichtigen sey. Lassen Sie sich also über diese Seccatura kein graues Haar mehr wachsen.

Leben Sie wohl. —

---

28. Schwarzenberg an den Ministerpräsidenten Manteuffel

Wien 4. März 1851.

Euer Excellenz

hochgeehrtes, vertrauliches Schreiben vom 28. Februar ist mir durch Herrn Grafen Bernstorff zugekommen und ich nehme mir die Freiheit, meinem halboffiziellen Briefe vom heutigen Tage diese Zeilen zu Euer Excellenz persönlicher Kenntnisnahme beizufügen.

Preußens Begehren ist zwar deutlich ausgesprochen und die neue Pièce enthält im Wesentlichen die Punkte, die bereits in Dresden besprochen worden sind; die Art aber, wie obiges Begehren in Euer Excellenz ausführlichem Schreiben gestellt und begründet werden, und noch mehr der Weg, den man andeutet, um zu dem angestrebten Ziele zu gelangen, haben uns nach dem, was vorhergegangen war, überraschen müssen.

Erstens wurde die Lösung der sogenannten Paritätsfrage als absolute Forderung hingestellt.

Zweitens wurde sie als unerläßliche Bedingung jedes gemeinsamen Vorgehens in der so dringenden Regeneration Deutschlands erklärt.

Drittens soll Österreich Verpflichtungen eingehen, die rechtlich außerhalb seines Bereiches liegen und einseitig nicht eingegangen werden können; sämmtliche Bundesgenossen haben dem kaiserlichen Gesandten beim Bundestage eine Stellung angewiesen, die der Kaiser, ohne hiezu die Einwilligung Seiner Bundesgenossen ein-

---

[1]) In Dresden.

geholt zu haben, nicht aufgeben darf. Sind letztere damit einverstanden, daß obige Stellung eine andere werde, so haben wir uns in Warschau bereit erklärt, uns ihrem Ausspruch zu fügen, und in Dresden versprochen, einen von Österreich und Preußen gemeinsam zu machenden Vorschlag über die Stellung der beiden Großmächte im Bundes-Zentralorgan zur Annahme dringend zu empfehlen. — Ich erlaube mir noch die ergebenste Anfrage zu stellen, welches Prognosticon der Dresdener Konferenz in Berlin zu teil wird? Die freien Konferenzen waren eine preußische Forderung, der wir uns als einem möglichen Wege zur Einigung des zerfallenden Deutschlands angeschlossen haben. Nach dem bisher Erlebten scheinen sie nicht zum Ziele zu führen.

Unsere gemeinsamen Vorschläge, denen (geographisch und statistisch gesprochen) neun Zehnteile von Deutschland beigestimmt, hat Preußen — wahrscheinlich aus gewissenhafter Rücksicht für den strengsten Bundesrechtsbegriff fallen lassen und neue ...[1]), neue Projekte, neue Diskussionen hervorgerufen und als Resultat sehe ich sehr langen, mehr und weniger lehrreichen und absurden Denkschriften entgegen, aber keinen Abschluß, der Deutschland in eine seiner Würde entsprechende Stellung brächte.

Der Vorschlag, der alle Regierungen zufrieden stellen, d. h. keinem etwas nehmen, sondern jedem etwas zulegen soll, dürfte in Dresden so schwer zu machen sein als anderswo.

Die abmahnenden, mitunter drohend lautenden Depeschen aus Paris gegen den Eintritt des Gesamtreiches in den Bund bleiben ohne Wirkung auf unser Nervensystem. — Daß man im Auslande kein kräftiges Deutschland will, ist natürlich — dagegen hat die Richtung, welche die freien Konferenzen in jüngster Zeit genommen haben, dort alle Herzen mit Freude erfüllt. Ich habe sichere Anzeichen und wundere mich nicht, daß wir mehr als einen Judas in unserer Mitte haben[2]).

In Holstein kommen wir gut vorwärts, in Churhessen wird hoffentlich dasselbe geschehen und die guten Deutschen und guten Österreicher freuen sich auch, daß unsere Regierungen dort Hand in Hand fest und bestimmt auftreten. Ich bedauere aufrichtig die Hoffnung aufgeben zu müssen, Euer Excellenz bald in Dresden zu sehen; wenn aber der Zweck der Dinge kein anderer sein soll als die Elukubrationen der dort vorherbemerkten, leider zu überaus fruchtbaren Schriftgelehrten und Staatskünstler anzuhören, so wird man mein Wegbleiben billig entschuldigen — ein solches Opfer kann das Vaterland nicht zweimal fordern. Sollten die freien Konferenzen, über deren inneren Mechanismus und zweckentsprechende Art zu funktionieren ich noch durchaus im Unklaren bin, wirkliche Aus-

---

[1]) In der mir vorliegenden amtlichen Abschrift des Briefes ist hier ein Wort ausgelassen, das in der Handschrift Schwarzenbergs nicht lesbar war.

[2]) Nämlich an den Höfen Deutschlands.

sichten zu einem Resultate bieten, so bitte ich Euer Excellenz mir einen freundlichen Wink zu geben, den ich gewiß bereitwilligst entgegennehmen werde.

Die Zeitungen thun ihr Handwerk — d. h. sie verderben, was sie können, das Ohr der Gothaner blickt aus jeder Verkleidung hervor.

Die Zeitungen melden auch, daß Graf Arnims[1]) Abreise nach Wien neuen Aufschub erleide, was ich aus bekannten Gründen bedauere.

Genehmigen hochdieselben ꝛc. ꝛc.

Euer Excellenz

gehorsamer Diener

(gez.) F. Schwarzenberg.

---

[1]) Graf Arnim war zum Nachfolger des Grafen Bernstorff auf dem Wiener Gesandtschaftsposten bestimmt.

Anhang II

Aktenstücke 1850—1852

29. Prokesch an Schwarzenberg

Berlin, 21. Februar 1850.

Die Baronin Mayendorff[1]) hat mir heute eine Äusserung gemacht, die mit meiner Ansicht übereinstimmt. Sie sagte: „Der Kaiser mag in seinen Aussprüchen gegen Preußen so weit gehen, als er will; thun wird er nichts, so lange die Kaiserin lebt. Das weiß man hier, u. das macht sie so zuversichtlich u. anmassend. Daß die dänische Sache um kein Haar weiter geht u. das niederträchtigste Spiel darin Preußen erlaubt ist, woran liegt es, als an der Haltung des Kaisers? — Er spricht sich auch in der deutschen Sache an Rochow auf das Stärkste aus, aber dabei bleibt es. Droht er manchmal gar — so kommt ein Herzklopfen, u. alles ist wieder vorbei. Truppen aufstellen an der Gränze, das mag er; — aber eine Kanone über die Gränze schicken, das wird er nicht. Preußen ein Haar zu krümmen, dazu bringt er es nicht. — Nur, wie gesagt, das weiß man hier genau. Darum, mein Mann mag reden, was er will, — das ist alles vergeblich." —

30. Brief Bismarcks über das Erfurter Parlament

Schönhausen 28. März 1850.

(Dieser Brief Bismarcks ist in Abschrift einem Berichte des Freiherrn v. Prokesch-Osten vom 7. April 1850 beigelegt. In diesem Bericht ist eine Unterredung Prokesch-Ostens mit dem russischen Gesandten Baron Meyendorf wiedergegeben und Prokesch bemerkt zu dessen Mitteilungen, daß das abschriftlich beiliegende Schreiben des Herrn v. Bismarck darüber bestätigende Einzelheiten enthalte. Schon daraus ist zu schließen, daß der Brief an Freiherrn v. Meyendorf gerichtet war. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß Bismarck das Schreiben an den russischen Legationsrat Baron Bud-

[1]) Gattin des russischen Gesandten in Berlin.

berg adressierte, um, wie er bemerkt, dem Postamt in Schönhausen nicht Gelegenheit zu Kombinationen zu geben — wo der Name des russischen Gesandten, nicht aber seines Legationsrats bekannt gewesen sein wird.)

Euer Excellenz geehrtes Schreiben habe ich durch Vermittlung des Baron Sternberg erhalten, und nehme ich aus demselben Veranlassung, Ihnen über den Stand der Dinge, soweit er sich nicht aus den Zeitungen darstellt, folgende kurze Notiz zu geben.

Die Partei, welche das Programm des Herrn von Bodelschwingh[1]) für Annahme en bloc mit dem mäßigen Beisatz „vor der Revision" unterzeichnet hat, gebietet über etwa 96 bis 100 Stimmen, also über die Majorität der bisher ungefähr 175 Köpfe zählenden Versammlung[2]). Unter jenen befinden sich meiner Schätzung nach 20 bis 30 Neulinge, welche dieses Programm in der Meinung adoptirt haben, daß es die Wünsche der preußischen Regierung ausdrücke, weil sie, vom provinciellen Standpunkt aus, in Bodelschwingh nur den vormärzlichen Minister und den Gegner der Democraten aus der vorigen Kammer sehen und ihn, den Verwaltungsrath[3]), den Minister Manteuffel und S. Majestät selbst als identisch betrachten. Wie wenig dieß augenblicklich der Fall ist, wird Ew. Excellenz bekannt sein. Herr von Radowitz hat zwar Bodelschwingh in einem mitgetheilten und verbreiteten Brief seinen Dank für die Aufstellung seines Programms ausgesprochen und auch sonst dasselbe gut geheißen. Dagegen kehrten Graf Brandenburg und Herr von Manteuffel am Montag als Träger der Entrüstung unsres Gouvernements von Berlin zurück, und eröffneten Radowitz, daß er auf die Zustimmung S. Majestät zu seiner ohne, sogar mit Ueberschreitung seiner Instruction gegebenen Erklärung nicht zu rechnen habe[4]). Diese Mittheilungen haben auf Seiten des Herrn von Radowitz die Andeutung hervorgerufen, daß seine Gesundheit den Schwierigkeiten seiner Stellung vielleicht nicht gewachsen seyn werde. Die Minister sagen, Radowitz müße die Suppe, die er sich eingebrockt, auch selbst eßen, und glauben, daß er sich aus der Sache zu ziehen suche, indem er vor dem Publikum die Schuld auf die Abneigung der Minister, ihn zu unterstützen, wirft; diese wiederum fürchten nach ihrer Art, daß sie ernstlich einem solchen Verdacht vor der öffentlichen Meinung ausgesetzt werden könnten, und verhalten sich voll-

[1]) Ernst v. Bodelschwingh, preußischer Minister von 1842—1848.

[2]) Im Erfurter Parlament wurde zuerst die Unionsverfassung vom 28. Mai 1849 en bloc angenommen, dann ihre von der preußischen Regierung vorgeschlagene Revision in Form einer Zusatzakte. Bismarck befand sich in der konservativen Opposition.

[3]) Der Verwaltungsrat der Union.

[4]) Die preußische Regierung war innerlich gespalten. Radowitz war mit der En bloc-Annahme der Verfassung vom 28. Mai 1849 einverstanden; der König und die Mehrheit der Minister hätten gewünscht, daß von ihr ganz abgesehen und bloß die revidierte Verfassung angenommen würde.

ständig paßiv, indem sie zwar auf der äußersten Rechten sitzen, auch die conservative Fraction besuchen, aber eine Zurückhaltung beobachten, die es selbst ihren Anhängern à tout prix schwer macht zu erfahren, was sie eigentlich wünschen. Radowitz' Instruction soll dahin lauten, daß er eine bedingte Annahme der Verfaßung zu erreichen strebe; die Bedingungen sind: Mitannahme der Additional-Acte und der sogenannten Denkschriften als integrirender Theile, Gestattung der Revision mit einfacher Majorität statt mit 2/3, Suspension der Grundrechte und noch eine Bedingung, die ich nicht kenne; denn die Angabe, nach welcher sie darin bestehn soll, daß Preußen ausnahmsweise auch später noch der Rücktritt und die Renegation seiner Vorlagen zustehn solle, scheint mir unglaublich[1]). Die Gravamina unsrer Partei im Parlament über die Verletzung des deutschen Bundesrechtes[2]) in Bezug auf das Recht zum Kriege und zur Partikular-Execution gegen Bundesstaaten, über die Abhängigkeit, in welche, formell jedenfalls, mit unserm jetzigen Personal folglich auch materiell die Krone Preußen zu den kleinen Regierungen, d. h. zu ihren radikalen Kammern geräth, über die exorbitante Wirksamkeit des Reichsgerichts und anderer der Art, diese Gravamina scheint unsre officielle Politik gegen die Vortheile des Bündnißes vom 26. Mai[3]) nicht anzuschlagen. Unsre konservative Fraction bildet eine Minorität von etwa 70; unter ihnen sind wohl 20 Leute unter der Fahne von Urlichs und des Majors von Holben, denen in unsrer Gesellschaft unheimlich ist und die die Augen nach links richten; die übrigen 50 vertheilen sich unter die Nüancen der äußersten schwarzweißen Rechten und der strengen Katholiken, welche sehr entschieden mit uns gehn. Die erstgenannten 20 suchen einen Mittelweg, ebenfalls den der bedingten Annahme[4]); sie sowohl wie die oben gedachten Anhänger der bedingten Annahme bedenken nicht, daß eine solche dieselben rechtlichen Wirkungen für die etwa zum Rücktritt geneigten deutschen Staaten haben würde, als eine Revision vor der Annahme oder der Eintritt des 1. Juni vor der Entscheidung[5]). Das allgemeine Feldgeschrei ist, daß den contrahirenden Staaten durch Annahme der Verfaßung vor Ablauf des Jahres, für welches vorläufig die Verabredung vom 26. Mai

---

[1]) Bismarck spricht hier von dem Rechte Preußens, sich später wieder von der Union lossagen zu dürfen.

[2]) Bismarck und seine Partei teilten die Ansicht des Wiener Kabinetts, daß die Unionsverfassung vom 28. Mai der Bundesakte von 1815 widerspräche.

[3]) Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849 [zwischen Preußen, Sachsen und Hannover.

[4]) Die bedingte Annahme der Verfassung vom 28. Mai, während Bismarck auch von ihrer durch die Zusatzakte bedingten Annahme nichts wissen wollte.

[5]) Die Union war ursprünglich nur für ein Jahr geschlossen, der Termin lief Ende Mai ab.

gelten sollte, der Rücktritt unmöglich gemacht werde. Auf der Leimruthe eines Erfurter Majoritätsbeschlußes glaubt man sogar Sachsen und Hannover noch unwiderruflich eingefangen[1]). Mir scheint, daß nicht einmal für die übrigen im Bündniß befindlichen Staaten die Verfaßung durch ihre Annahme Seitens der Versammlung ohne Weitres Gültigkeit haben würde, da doch noch mehr geschehen müßte, um aus diesem Entwurf ein hessisches oder badisches Landesgesetz zu machen.

Aber ganz abgesehn von der Rechtsfrage ist es natürlich, daß jeder kleine Staat, der zurücktreten will und sich durch eigne oder fremde Kraft stark genug fühlt, diese Absicht auszuführen, um einen Rechtsgrund nicht verlegen sein wird, mögen die Herrn in Erfurt ihn für gültig halten oder nicht.

Ueberhaupt habe ich deutschen Patriotismus genug, um es mehr mit Schmerz als mit Heiterkeit zu empfinden, wie diese „Blüthe" unsrer Nation den Schwerpunkt der europäischen Politik in ihren eignen Majoritäten und Fractionsintriguen finden; sie faßen die Sache auf, als könnten sie den himmlischen Heerscharen die Execution ihrer Beschlüße anbefehlen, nachdem sie in letzter Instanz über die Händel dieser Welt werden Recht gesprochen haben. Wie Archimedes ziehen wir unsre Schlüße in der Augustinerkirche[2]) und rufen den Ereignissen und den Cabinetten zu: noli turbare circulos meos, eine Redefigur, deren gelegentliche Anwendung auf der Tribüne ich mir vorbehalte. Ich erwähne, daß meine ganze vorstehende Auffaßung der Sache von Dienstag (vorgestern) Vormittag datirt, wo ich Erfurt verlaßen habe, nachdem wir bis zum 3. April vertagt worden sind.

Wenn nicht durch Einflüße, die außerhalb Erfurt liegen, Herr v. Radowitz bestimmt wird zurückzutreten oder doch seine jetzt eingenommene Stellung zu desavouiren, so ist vorauszusehn, daß noch in der ersten Hälfte des April die unbedingte Annahme des Verfaßungsentwurfs durch eine Majorität von mehr als 100 gegen 70 bis 80 Stimmen erfolgen wird[3]). Das entgegengesetzte Resultat würde meines Erachtens herbeizuführen sein, wenn unsre Regierung ihren Einfluß auf die Abgeordneten dafür einsetzte. Die conservative Fraction besteht, soviel ich sie übersehn konnte, nur aus Preussen, bis auf einen Mecklenburg-Strelitzer, so daß die Majorität der preußischen Abgeordneten und zwar die ganze Partei, auf welche sich die Regierung im Lande stützt, den Herrn von Radowitz und Bodelschwingh bisher nicht zur Seite steht. Auf der linken Seite zeichnen sich namentlich die Churhessen durch ihren Radicalismus und ihre Vorliebe für die Grundrechte aus. Die Badenser fehlen noch, bis auf Soiron.

---

[1]) Sachsen und Hannover waren von der Union bereits so gut wie abgefallen.

[2]) In der Augustinerkirche fanden die Sitzungen des Unionsparlaments statt.

[3]) Die Annahme erfolgte im Erfurter Volkshause am 15. April.

Von unsrer Seite wird, und wie ich glaube mit Recht, die Ansicht festgehalten, daß nach der bisherigen Lage der Bestimmungen vom 26. Mai mit Annahme der Verfassung das Mandat der jetzigen Versammlung erloschen sein würde, wenn[1]) dann etwa folgende Revision von einer neugewählten Vertretung bewirkt werden müßte. Könnte man dieser Ansicht allgemeine Anerkennung verschaffen, so würde mancher der Gegner seine Anschauungsweise ändern, da die Herrn nicht geneigt sind, so schnell von der Bühne zu verschwinden.

Die Rede, welche Radowitz am Dienstag hielt, werden Ew. Excellenz schon kennen. In Betracht der großen Anzahl parlamentarisch ganz unblasirter Mitglieder, die wir haben, war der Beifall, den seine Schlagwörter fanden, wenn ich von der Person des Grafen Schwerin absehe, weniger lebhaft, als man hätte erwarten dürfen; viel trug zu dieser Erscheinung bei, daß die Tagesordnung der gespannten Neugierde „Mittheilungen" des Verwaltungsrathes versprochen hatte, und wir nur eine Rede hörten, wie sie jemand auch hätte halten können, ohne dem Verwaltungsrath anzugehören. Diese offiziellen Mittheilungen waren versprochen worden, ehe Radowitz mit den von Berlin zurückkehrenden Ministern gesprochen hatte, und war also die gehaltene Rede vielleicht nur ein eingelegtes Stück, um das Repertoire zu füllen. Wahrscheinlich wird Radowitz jetzt in Potsdam seyn, um persönlich das Terrain zu ebnen. Sollte wider Erwarten nach dem Fest[2]) die Sache in der angefangenen Art weitergehn und die Annahme der Verfaßung erfolgen, so wäre das für uns Preußen ein betrübendes Resultat, denn dann weiß ich gar nicht, welche practische Entwicklung die Dinge nehmen und wie wir mit Ehren aus diesem awkward predicament[3]) herauskommen sollen. Dem Könige würde dann die Verpflichtung obliegen, sofort auch diese Verfaßung zu beschwören[4]).

Von der dänischen Angelegenheit hört man in Erfurt gar nichts, überhaupt existirt dort für uns keine andre Politik als der Verwaltungsrath, selbst Zeitungen fehlen, und der Aufenthalt ist auch im Übrigen arm an den Bequemlichkeiten des Lebens.

Verzeihn Ew. Excellenz meiner ländlichen Muße die breite Geschwätzigkeit dieser abgerissenen Mittheilungen, deren Länge, wie ich bemerke, ihr Intereße überragt, ein Fehler, für den ich nur meine Eigenschaft eines Parlamentsgliedes als Entschuldigung anzuführen weiß.

Ich erlaube mir diese Blätter unter Couvert an Baron Bud-

---

[1]) Hier ist die Abschrift des Briefes offenbar ungenau, statt „wenn" müßte es etwa heißen „eine". Bismarck meint: nach Annahme der Verfassung vom 28. Mai müßte nach strengem Recht die Erfurter Versammlung aufgelöst und die Zusatzakte von einem neu gewählten Hause beraten werden.

[2]) Nach dem Osterfest.

[3]) Aus dieser widrigen Lage.

[4]) So wie die preußische, von ihm beschworene Verfassung.

berg[1]) zu schicken, um den Politikern meiner Poststation die Mühe der Combinationen über die ungewöhnliche Erscheinung eines Schreibens an Ew. Excellenz zu ersparen.

Verzeihn Sie das formlose Äußre dieser letzten kleinen Blätter, die ich augenblicklich in meiner Mappe vorfand und genehmigen Sie die Versicherung

ꝛc. ꝛc. ꝛc.

von Bismarck.

---

31. Vertrag von Bregenz vom 12. Oktober zwischen Österreich, Bayern und Württemberg

Eingedenk der ihnen durch die Bundesakte und die Wiener Schlußakte auferlegten Verpflichtung, den zur Erhaltung der äusseren und inneren Ruhe Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten (Art. 2 der Bundesakte) geschlossenen unauflöslichen Bund (Art. 5 der Wiener Schlußakte) aufrecht zu erhalten, und erkennend, daß er einer gänzlichen Auflösung entgegen gehen müßte, wenn er einer gemeinsamen obersten Bundesbehörde entbehrte, daß daher, so lange nicht auf gesetzlichem Wege eine Abänderung der Bundesverfassung wird zu Stande gebracht werden können, auch das durch die Bundesakte eingesetzte Organ des Bundes aufrecht zu erhalten sei, erneuern Sich Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, der König von Baiern und der König von Würtemberg gegenseitig das Versprechen, bereitwillig den Bundesbeschlüssen Folge zu leisten und dieselben auszuführen.

Da jedoch in Betreff der churhessischen Angelegenheiten gegründete Ursache vorhanden ist, den Fall vorherzusehen, daß der Ausführung der Beschlüsse der Bundesversammlung Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden wollen, so finden sich die unterzeichneten hohen Regierungen in Anbetracht des Art. 2 der Bundesakte und der Art. 2 und 26 der Wiener Schlußakte zu der gemeinsamen Erklärung veranlaßt, daß sie in den Hindernissen, die der Ausführung der vom Bunde beschlossenen Maßregeln entgegengesetzt werden könnten, eine Auflehnung gegen die rechtmäßige Autorität der obersten Bundesbehörde und somit einen Bundesbruch erkennen müßten.

Sie verpflichten Sich demnach, die Rechte und das Ansehen des Bundes mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren und auf jede Weise zur Geltung zu bringen, und stellen hiezu ihre bewaffnete Macht der Bundesversammlung zur Verfügung.

Da Sie jedoch es für nöthig erachten, die zur Ausführung dieser Maßregeln geeignete Verständigung schon im Voraus zu verabreden, so haben Sie sich über folgende Punkte vereinigt.

---

[1]) Baron Budberg, russischer Legationsrat, dem Gesandten Baron Meyendorf beigegeben.

Art. I.

Wenn die Bundesversammlung beschließt, dem Verlangen des Churfürsten von Hessen gemäß auf Grund der Bundesgesetze einzuschreiten, so ist die königlich bairische Regierung bereit, die hiezu nöthige Truppenmacht unverzüglich zur Verfügung des Bundes zu stellen. Diesen Truppen wird sich das zu Frankfurt a. M. in Garnison liegende k. k. österreichische 14. Jäger-Bataillon anschliessen und durch bairische Truppen in Frankfurt ersetzt werden. —

Art. II.

Zur Deckung der Kosten, welche diese Truppenaufstellung verursacht, wird sofort den Bestimmungen des Art. 52 § 2 der Wiener Schlußakte zufolge eine Matrikular-Umlage ausgeschrieben und erhoben.

Art. III.

Für den Fall, daß sich Preussen, wie es der Wortlaut seiner diesfallsigen Mittheilungen besorgen läßt, dem Vollzuge der Bundesbeschlüsse in Churhessen thatsächlich widersetzen würde, wird hierin ein Bundesbruch erkannt, gegen welchen nicht mehr bloß mit Protestationen, sondern mit Bundesexekution eingeschritten werden muß. Zu diesem Zwecke stellt Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich für's Erste innerhalb drei Wochen 150000 Mann; Seine Majestät der König von Baiern 50000 Mann; und Seine Majestät der König von Würtemberg 20000 Mann und zwar in kürzester Frist.

Art. IV.

Die königlich bairischen Truppen stehen unter bairischem Commando; nur für den Fall, daß für das Einschreiten in Churhessen ein combinirtes Corps von Bundestruppen zusammengesetzt würde, hat ein kaiserlich oesterreichischer General den Befehl über dasselbe zu übernehmen.

Zur Verabredung eines gemeinschaftlichen und einheitlichen Operationsplanes werden die königlich bairische und würtembergische Regierung zur geeigneten Zeit vertraute Generalstabs-Offiziere nach Wien senden.

Gegenwärtige Punktationen sind als gegenseitig verbindend anerkannt, in drei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, und von den hiezu bevollmächtigten Ministern unterzeichnet worden. Sie sollen der königlich sächsischen, königlich hannoverischen und großherzoglich hessischen Regierung mit der Einladung zum Beitritte mitgetheilt und eintretenden Falles zur Grundlage eines förmlichen Vertrages gemacht werden. — Bregenz, den 12. Oktober 1850.

F. Schwarzenberg m./p. v. d. Pfordten m./p. Frh. von Linden m./p.

(L. S.) (L. S.) (L. S.)

32. Die sechs Punkte

(Da sich Schwarzenberg und Brandenburg zu Warschau nicht über die deutsche Verfassungsfrage einigen konnten, so legte jeder seinen Standpunkt in einem gesonderten Schriftstück nieder, das dem anderen Teile übergeben wurde.)

I.

1. Gleichstellung Oesterreichs und Preußens in Bezug auf die Präsidialfrage.	ad 1. Oesterreich willigt nicht in diesen Anspruch, sondern schlägt vor: „die Entscheidung darüber sämmtlichen Bundesgliedern anheimzustellen."
2. Herstellung der 17 Stimmen in der Form des Bundesrathes mit analogen Befugnissen, wie sie die Bundes-Akte der Bundesversammlung beilegt.	ad 2. Oesterreich erklärt sich hiemit im Allgemeinen einverstanden.
3. Uebertragung der eigentlichen Executive an Oesterreich und Preußen.	ad 3. Oesterreich schlägt vor: „Begründung einer kräftigen Executive."
4. Zur Zeit keine Verbindung einer Volksvertretung mit dem Bundesrathe.	ad 4. Oesterreich erklärt sich hiemit einverstanden.
5. Aufnahme der oesterreichischen Gesammtmonarchie in den Bund.	ad 5. Oesterreich erklärt sein Einverständniß.
6. Anerkennung des Prinzipes der freien Unirung für diejenigen Staaten, welche sich freiwillig hiezu verbinden wollen, unter der Bedingung, daß deren bundesstaatliche Union mit der Verfassung des Bundes nirgends im Widerspruche stehe. —	ad 6. Oesterreich kann sich hiemit nur um so mehr einverstanden erklären, als das Recht der Bundesglieder, Bündnisse und Verbindungen einzugehen, in so weit sie nicht gegen den Geist und den Zweck, mit einem Worte, gegen die Sicherheit des Bundes gerichtet sind, im Art. 11 der von Oesterreich stets als giltig anerkannten Bundes-Akte gegründet ist.

Als erste Bedingung des weiteren Verständnisses muß demnach Oesterreich das vollständige Aufgeben der Verfassung vom 28. Mai 1849 betrachten;

als zweite, daß der Bund in seiner jetzigen Stellung nicht be-

rührt und die bestehende Bundes-Versammlung unangefochten gelassen werde.

Unter diesen Voraussetzungen und nach vorhergegangener Verständigung zwischen den beiden Cabinetten über obige sechs Punkte erklärt sich Oesterreich bereit, dieselben mit Preussen als gemeinschaftliche Anträge den sämmtlichen übrigen deutschen Bundesstaaten vorzulegen, und Letztere einzuladen, behufs der Revision der Bundesakte vom J. 1815 Bevollmächtigte an einen geeigneten Ort zu senden. Oesterreich will diese Conferenzen nach Analogie der im J. 1819 zu Wien abgehaltenen Ministerial-Conferenzen.

Preussen behält sich seine Erklärung vor.

Endlich muß Oesterreich, ebenfalls nach Analogie des bei der Wiener Schlußakte beobachteten Vorganges, darauf bestehen, daß das Resultat der neu zu eröffnenden Minister-Conferenzen über die Revision der Bundesakte durch einen förmlichen Bundesbeschluß zu einem der Bundesakte an Kraft und Giltigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes erhoben werde.

Preussen schlägt als Sitz der Conferenzen Dresden, und Oesterreich Wien vor.

Warschau, 28. Oktober 1850.

F. Schwarzenberg.

II.

Preussen behält sich seine Erwiderung auf die ad Punkt 1 und 3 von Oesterreich gegebene Antwort vor.

In Bezug auf die von Oesterreich aufgestellte Vorbedingung des vollständigen Aufgebens der Verfassung vom 28. Mai 1849 erklärt der königliche Minister-Präsident, daß er nicht einseitig den Wortlaut des Protokolls über die 35. Sitzung des provisorischen Fürsten-Collegiums vom 8. Oktober dieses Jahrs abzuändern im Stande sey, daß aber eine Erklärung über den betreffenden Gegenstand beigebracht werden solle, welche im Einklange mit dem Punkte 6 der preußischen Vorschläge stehe.

Zur zweiten oesterreichischen Bedingung für ein weiteres Verständniß muß bemerkt werden, daß die Anerkennung der gegenwärtig in Frankfurt tagenden Versammlung als Bundes-Versammlung nicht ausgesprochen, noch gemeint ist, wenn Preussen dieselbe unangefochten in ihrem Bestehen lassen will.

Preussen ist einverstanden damit, daß die zum Zwecke der Revision der Bundes-Akte von 1815 gemeinschaftlich zu berufende Versammlung von Bevollmächtigten aller deutschen Regierungen ihre Berathungen nach Analogie der Wiener Conferenzen von 1819 halte. Ueber das Praesidium bei diesen Conferenzen, als deren Sitz Oesterreich Wien, und Preussen Dresden vorschlägt, soll eine Einigung bei dem Beginne derselben stattfinden.

Preussen ist damit einverstanden, daß das Resultat der nun zu eröffnenden Conferenzen über die Revision der Bundes-Akte durch

einen förmlichen Bundesbeschluß zu einem der Bundes-Akte an Kraft und Gültigkeit gleichen Grundgesetze des Bundes erhoben werde; setzt dabei jedoch als selbstverständlich voraus, daß dieser Bundesbeschluß erst von dem aus den freien Berathungen hervorgehenden neuen Bundes-Central-Organ gefaßt werden könne.

Warschau den 28. Oktober 1850.

Gf. Brandenburg.

---

33. Prokesch an Schwarzenberg

Berlin 6. Nov. 1850 Vormittags.

Durchlauchtigster Fürst, Ich habe heute Hr. v. Manteuffel die Anlage vorgelesen[1]). Er stimmte auf das Entschiedenste bei, erklärte aber die Sache für unmöglich wegen des Königs. — Der König scheint wirklich wie von Sinnen! Brandenburg starb an den Vorwürfen, die ihm der König im Conseil vom 2. in Gegenwart des schwarzen Staatsmannes mit dem rothen Strumpfe, wie Hr. v. Humboldt Herrn v. Radowitz zu nennen pflegt, machte; er schalt die Minister, die nicht die Mobilmachung wollten u. ihr Portefeuille daran setzten, Verräther an König u. Land. Graf Brandenburg und Bar. Manteuffel beharrten dennoch u. zwangen den König nachzugeben, aber der erstere ging nach Hause, setzte sich u. starb.

Bar. Manteuffel ist noch nicht Herr seiner Position. Die auf das Tiefste gekränkte Eitelkeit empört sich gegen ihn; Demonstrationen des Treubundes u. anderer Vereine wurden nur mit Mühe durch die Thätigkeit der schwarz-weißen Partei zurückgehalten. — Eine große Aufgeregtheit herrscht. —

---

34. Prokesch an Schwarzenberg

Berlin, 10. November 1850.

Durchlauchtiger Fürst! Seine Majestät der König haben Mich heute Mittags in Potsdam empfangen und mir mit großer Aufregung aber stets in freundlichstem, vertrauensvollem Tone gesprochen. Durch alle seine Äußerungen ging der entschiedenste Wunsch der Erhaltung des Friedens, der Verständigung mit Österreich, der persönlichen Verehrung für Seine Majestät den Kaiser, der Achtung für Euere Durchlaucht, der Aufrechthaltung des Bundes, der Beseitigung aller Zerwürfniße. Eben so entschieden durchleuchtend war das Mißtrauen in München und Stuttgard.

Ich übergehe die Vergangenheit und das Allgemeine, um auf die unmittelbar vorliegenden Fragen zu kommen. In der hol-

---

[1]) Darin wurde im Auftrage Schwarzenbergs die Räumung Kurhessens aufs neue verlangt.

steinischen wiederholte er, was mir seine Minister gesagt hatten. Er betrachte sich abgelöset von Schleßwig-Holstein, seitdem die Statthalterschaft, die ihr durch General von Hahn überbrachten Anträge verworfen habe[1]). — Nur in der Voraussetzung der Annahme derselben habe er sich der Execution widersetzen wollen, weil er es für seine Pflicht gehalten habe, die deutschen Rechte gegen die Revolution, die in Dänemark am Ruder sitze, zu vertreten. Er überlasse diese Vertretung an Österreich und werde sich keinem Truppenkorps Österreichs und seiner Verbündeten widersetzen, welches nach Holstein marschiere, um die Unterwerfung des Landes herbeizuführen. Er werde ebenso wenig gegen eine englische oder rußische Flotte haben, ja sich nicht rühren, wenn selbst dänische Truppen in Holstein einbrechen. Doch mache er aufmerksam, daß die Schleswig-Holsteiner bei manchem Unrecht auch ein gutes, altes Recht vertheidigen, mit dem er sympathisire. Dies werde Österreich gewiß nicht aus dem Auge verlieren. Er sagte, man habe ihn in dieser ganzen Frage verkannt. Er wolle nichts mehr damit zu thun haben und überlasse sie uns.

Die hessische Frage war natürlich der Hauptgegenstand des Gespräches: Er gab mir zu, daß sie eine Lebensfrage für die zu Frankfurt vertretenen Regierungen und für das monarchische Prinzip überhaupt sei. Er sagte: „Ich beanständige die Wirksamkeit der verbündeten Truppen nicht, aber ich fordere Seine Majestät Ihren herrlichen Kaiser auf, sich in meine Lage zu versetzen. Ich gehe aus Hessen heraus, aber ich müßte die Augen vor meinem Volke niederschlagen, wenn ich es ohne die verlangten und noch immer nicht gewährten Garantien thäte. Diese Garantien bestehen in einer Art von Übereinkunft zwischen Österreich und mir. Österreichs Wort genügt mir, denn Österreich vertraue ich, und den Andern vertraue ich nicht. Ich weiß auf das Bestimmteste, daß zwischen Baiern und Würtemberg Verabredungen der feindseligsten Art gegen mich bestehen. Ich weiß, daß während Fürst Schwarzenberg die schonendsten Weisungen an Fürsten Taxis ergehen ließ, aus München an ihn die Weisung erging coûte que coûte einen Conflict herbeizuführen. Sollten Sie in Wien von diesen geheimen Instrukzionen nichts wißen? — Der ehrliche Brandenburg starb an dem Kummer, daß, während er seine Ehre dafür verpfändet hatte, daß Fürst Taxis nicht vorrücken würde, die Nachricht kam, daß er vorgerückt sey. Wenn ein Korps Baiern u. Würtemberger bei Braunau sich sammelte, würden Sie nicht fragen: was ist euere Absicht? — Alles liegt an den Garantien. Ich brauche eine Erklärung, daß mit der Besetzung Kurhessens nicht das Mindeste beabsichtigt sei, was die friedlichen Verhältnisse mit Preußen beeinträchtigen könnte. Ferner daß die Benützung der Etappenstraßen nicht beeinträchtigt werde. Das Land ist ohne Regierung, ich brauche Sicherung für die Etappenstraßen. Ich habe nichts dagegen, daß, wenn ich die preußischen Truppen

[1]) General v. Hahn überbrachte anfangs November den Wunsch des Königs auf Niederlegung der Waffen.

wegziehe, diese Sicherung durch österreichische, durch heßische Truppen geleistet werde, aber ich bitte Sie dringend, nicht durch bairische. Ich kann nichts gegen den Haß u. das Mißtrauen, die gegen diese Truppen bestehen. Stände ganz Kurheßen voll Österreicher, ich hätte nichts dagegen. Das sind meine Freunde. Niemand zweifelt daran."

Den Vorfall vom 8. beklagte er tief[1]) u. behauptete, er sey absichtlich durch die Baiern herbeigeführt. Er gab mir die Details aus dem Berichte des Generallieutenants von Groeben, welcher behauptet, die Baiern hätten seine Vorpostenlinie angegriffen — einige Schüße seyen gefallen — u. zwar von den Baiern zuerst.

„Wenn Sie mich drängen, so will ich Generallieutenant von Groeben desavouiren — militairisch kann ich es nicht, aber ich kann sagen, was wahr ist, daß er den positiven Auftrag hatte, nicht zu schießen; daß alles ein unglückliches Mißverständniß war. — Drängen Sie mich nicht, ich bitte Sie darum. — Einstweilen ist Fulda schon geräumt; Groeben schreibt schon aus Vacha im Weimarischen; er hat Fürsten Taxis vorgeschlagen, daß die beiderseitigen Vorposten nicht geladen haben sollen. Greift man mich an, so muß ich mich ja vertheidigen. — Ich schwöre Ihnen in dieser feierlichen Stunde: ich will nicht den Krieg; ich will den Frieden; ich störe die Bundesaktion in Heßen nicht; ja, ich gehe heraus, aber geben Sie mir ohne Verzug die mir zur Ehre meines Landes unerläßlichen Garantien u. bis dahin, laßen Sie Taxis nicht vorgehen."

Er verbreitete sich über die Folgen des möglichen Krieges. Seine Sprache war so friedlich, so ganz und gar im Sinne des verstorbenen Königs, daß wirklich alle Außenzeichen der Aufrichtigkeit täuschen müßten, wenn ich nicht glauben sollte, er sprach, wie er dachte. — Herrn von Radowitz vertheidigte er, setzte aber bei: er habe ihn definitiv beseitigt u. sende ihn zu größerer Beruhigung nach England, wo er Eisenbahnbrücken u. andere Bauwerke ihm studieren solle. — Er trug mir wiederholt auf, seine heutigen Äußerungen Sr. May. dem Kaiser zur Kenntniß zu bringen. „Österreich ist der erste, Preußen der zweite. Aber die Lage des zweiten ist schwieriger, als die des ersten u. dritten. Österreich kann in seiner Macht weggehen über Manches, was ich nicht tragen kann noch darf. Ich waffne, um nachgiebig seyn zu können. Die Bewaffnung stärkt den monarchischen Sinn meines Volkes u. wird dem erhaltenden Prinzipe zu Gute kommen. Ich mache keinen Krieg gegen Österreich — ich habe es dem Kaiser geschrieben — der Krieg zwischen Österreich u. Preußen wäre der Untergang beider. Helfen Sie mir über die hessische Frage hinweg, u. wir einigen uns über den Bund in kürzester Zeit und stehen beide Hand in Hand gegen den gemeinsamen Feind."

Genehmigen Euere Durchlaucht den Ausdruck meiner verehrungsvollen Gesinnungen.

Prokesch.

---

[1]) Die bei Bronzell gewechselten Schüsse.

35. F.Z.M. Heß an General van der Marck, Chef des Generalstabs der bayerischen Armee

Wien den 27. November Abends.

Euer Excellenz

benachrichtige ich in diesen wenigen Zeilen, daß heute Abends Fürst Schwarzenberg von hier zu einer Zusammenkunft mit Minister Manteuffel nach Olmütz abgegangen ist, und von dieser Letzteren die Frage von Krieg und Frieden, — von der augenblicklichen Räumung Churhessens von Seite der Preußen oder von einem Angriffe des Fürsten Taxis und nach erfolgter Konstatierung des neueren Widerstandes von Seite der Preußen — mit diesem die augenblickliche Kriegserklärung unserseits abhängt. Erhält Fürst Taxis, dem noch ein 48stündiges Zuwarten auferlegt worden, den Befehl vorzurücken und wird ihm Widerstand geleistet: so ersuche ich Euer Excellenz zu veranstalten, daß, da er über die preußische Uebermacht dort doch nicht siegen kann, auch unser Interesse es nicht ist, daselbst einen nachtheiligen Separatkrieg zu machen — er sich gleich von da zurückziehe, mit Legeditsch, welcher der bayerischen Armee zugewiesen bleibt, sogleich in Gewaltmärschen über Bamberg mittelst der Eisenbahn nach Hof dirigiere, und so dem Corps des Fürsten Ysenburg nach Sachsen nacheile. Zu diesem Zwecke muß also eine Arrièregarde des Fürsten Taxis den Feind täuschen und ihn glauben machen, er bleibe stehen, um ihm, — so lange als es geht, — einige Märsche abzugewinnen. Auch die Division E. H. Leopold wird von Nördlingen mit der Eisenbahn nach Hof zu befördern sein — selbe ist dem würtemberg'schen Corps zugetheilt — welches ebenfalls eingeladen worden ist, nach Besetzung von Ulm mit Reservetruppen sich über Nördlingen gegen Hof auf der Eisenbahn zu dirigieren — und die innere Manövrier-Linie des Operierens mit uns zu gewinnen; denn dann erst sind wir Herren des Feindes. Generallieutenant Groeben hat 43000 Mann, 80 Geschütze und Strotha 28000 Mann, 48 Geschütze. — Haben wir einmal zusammen die innere Linie an der Elbe gewonnen, so können wir sie im Rücken angreifen oder mit Vortheil alles thun, was die Umstände uns erlauben. — Bricht die Kriegserklärung wie zu vermuthen los, so gewinnen wir in wenig Tagen Dresden und mit ihm unseren weitern Manövrirpunkt.

Ich bitte Eure Exzellenz daher, die hier bezeichneten Bewegungen als Richtschnur anzunehmen und annehmen zu machen. — Politische Rücksichten ließen Se. Majestät den Kaiser erst nach konstatierter Notwendigkeit und Unausweichlichkeit des Krieges in einigen Tagen das Armee-Oberkommando in der Person des Feldmarschalls Grafen Radetzky ernennen, allein Allerhöchstderselbe haben mich beauftragt, diese von Se. Majestät und dem Feldmarschall festgesetzten Grundzüge Euer Exzellenz vorläufig mitzutheilen, um diesem gemäß alles Mögliche zur Effektuierung derselben einzuleiten, und in diesem Sinne zu wirken. — Es wurde jedoch zur Bewahrung dieses Geheimnisses

der militärische Weg durch mich als Allerhöchstdessen Generalquartiermeister dem diplomatischen von Sr. Majestät vorgezogen.

Und nun in wahrer Freundschaft und aufrichtigster Ergebenheit dero gehorsamster Diener

Heß.

---

36. Kaiser Franz Joseph an F.M.L. Legeditsch

Wien den 27. November Abends.

Ich habe meinen Generalquartiermeister F.Z.M. Heß beauftragt, beifolgendes Schreiben an den Chef des Generalstabes der bayerischen Armee General van der Marck abzusenden und theile Ihnen dasselbe im strengsten Dienstgeheimnisse mit[1]). —

So wie Sie nun einerseits nur meine Absicht erfüllen, wenn Sie sich als redlicher Allierter nicht von dem Korps des Generals der Cavallerie Fürsten Taxis, welchem letzteren Sie untergeben sind, trennen, ebenso wünsche ich anderseits, daß Sie meinen in diesem Schreiben ausgedrückten Operationsansichten Eingang zu verschaffen suchen, da nur in der schnellsten Vereinigung unserer Kräfte an oder in der Nähe der Elbe der sicherste Erfolg unserer künftigen Operationen liegt. — Täuschung des Feindes, wenn selbe möglich wird, und Gewaltmärsche halb auf Wägen, wenn es thunlich ist, oder wenigstens ohne Tornister, was die Mannschaft betrifft, werden hiezu am besten führen.

Ich kann Ihrer Einsicht mit Beruhigung die möglichste Effektuirung des Gesagten überlassen, so wie es die Umstände erlauben, und erwarte hierüber baldigst Ihre Meldung.

(Konzept von der Hand Heß'.)

---

37. Freiherr v. Heß an den württembergischen Oberst v. Wiederhold

Wien den 27. November Abends.

Hochwohlgeborner, hochgeehrter Herr Oberst!

Ich ergreife die Gelegenheit eines nach München abgehenden Couriers, um Euer Hochwohlgeboren in Eile diese wenigen Zeilen zu senden. Das Vertrauen Ihres hochverehrten Königs und jenes, welches Ihre Persönlichkeit uns hier einflößte, läßt mich selbe an Sie richten, da Se. Majestät noch das Resultat einer morgen stattfindenden Unterredung des Fürsten von Schwarzenberg mit Minister Manteuffel in Olmütz abwarten will, bis Allerhöchstderselbe erst bei Unausweichlichkeit des Krieges das Oberkommando der alliirten Armeen in der Person des F.M. Grafen Radetzky ernennen will. Ich bin somit beauftragt worden, um militärische Operazionen

---

[1]) Es ist das vorstehend abgedruckte Schreiben.

statt auf diplomatischem Wege, auf bloß militärischem an die allerhöchste Quelle kommen zu lassen, Euer Hochwolgeboren **bloß zur geneigten Mittheilung an Se. Majestät den König** in Kenntniß zu setzen, daß wenn die besagte Unterredung nicht zu der unbeanstandeten augenblicklichen Räumung von Churhessen führt — die Kriegserklärung erfolgen und mit der Besetzung von Sachsen unsererseits beginnen werde. — Vereinigung aller Hauptkräfte zur Gewinnung der inneren Operationslinie muß dann der Hauptzweck der Operationen sein, wie ich schon die Ehre hatte Ihnen hier zu sagen. Die Division Erzherzog Leopold ist zu diesem Zwecke dem königlich würtembergischen Corps zugetheilt — die Befehle erwartend — die Avantgarde machend des königlichen Corps, welches S. Majestät der Kaiser je eher je lieber in der Nähe — in den Reihen der großen Armee mit seinem hohen erprobten Führer sehen würde. Es ist schon seit 3 oder 4 Tagen ein ähnlicher Wunsch an S. Majestät den König gelangt. Da aber nun die Ereignisse sich nahen und ein Feldherr wie Ihr königlicher Herr am besten weiß, daß **die Zeit** im Felde regiert und keine verloren werden darf, um Schlachten zu gewinnen, so nehme ich mit Erlaubniß meines Herrn und Kaisers keinen Anstand, Euer Hochwolgeboren zu ersuchen, diese Zeilen mit dem obbenannten Wunsche Allerhöchstdesselben Ihrem königlichen Gebieter zu offenbaren, daß schon 25000 Mann bayerische Truppen zwischen Bayreuth-Hof zu ähnlicher Vereinigung bereit sind.

Ich schließe diese Zeilen mit der Versicherung ꝛc. ꝛc.

---

38. Übereinkommen von Olmütz

I.

Bei den am gestrigen und heutigen Tage zwischen den Unterzeichneten stattgefundenen vertraulichen Besprechungen haben sich die folgenden Propositionen als mögliche Ausgleichungspunkte der vorliegenden Differenzen und geeignete Mittel zur Verhinderung von Conflicten herausgestellt, und werden der schließlichen Genehmigung der betreffenden hohen Regierungen schleunigst unterbreitet werden.

§. 1.

Die Regierungen von Österreich und Preußen erklären, daß es in ihrer Absicht liege, die endliche und definitive Regulirung der Kurhessischen und der Holsteinischen Angelegenheit durch die gemeinsame Entscheidung aller deutschen Regierungen herbeizuführen.

§. 2.

Um die Cooperation der in Frankfurt vertretenen und der übrigen deutschen Regierungen möglich zu machen, sollen in kürzester Frist von Seiten der in Frankfurt vertretenen Bundesglieder, sowie von

Seiten Preußens und seiner Verbündeten, je ein Commissär ernannt werden, welche über die gemeinschaftlich zu treffenden Maßregeln in Einvernehmen zu treten haben. —

§. 3.

Da es aber im allgemeinen Interesse liegt, daß sowohl in Kurhessen wie in Holstein ein gesetzmäßiger, den Grundgesetzen des Bundes entsprechender und die Erfüllung der Bundespflichten möglich machender Zustand hergestellt werde; da ferner Österreich in seinem und im Namen der ihm verbündeten Staaten die zur Sicherung der Interessen Preußens von letzterem geforderten Garantien über die Occupation des Kurstaates in vollem Maße gegeben hat; so kommen die beiden Regierungen von Österreich und Preußen für die nächste Behandlung der Frage, und ohne Präjudiz für die künftige Entscheidung über folgendes überein:

a) in Kurhessen wird Preußen der Action der von dem Kurfürsten herbeigerufenen Truppen kein Hinderniß entgegenstellen und zu dem Ende die nöthigen Befehle an die dort commandierenden Generale erlassen, um den Durchgang durch die von Preußen besetzten Etappenstraßen zu gestatten. Die beiden Regierungen von Österreich und Preußen werden im Einverständniße mit ihren Verbündeten Se. königliche Hoheit den Kurfürsten auffordern, seine Zustimmung dazu zu ertheilen, daß ein Bataillon der von der kurfürstl. Regierung requirirten Truppenmacht und ein kön. preußisches Bataillon in Cassel verbleiben, um die Ruhe und Ordnung zu erhalten. —

b) Nach Holstein werden Österreich und Preußen nach gepflogener Rücksprache mit ihren Verbündeten, und zwar so schleunig als möglich, gemeinsame Commissäre schicken, welche im Namen des Bundes von der Statthalterschaft die Einstellung der Feindseligkeiten, die Zurückziehung der Truppen hinter die Eider und die Reduction der Armee auf ein Drittel der jetzt bestehenden Truppenstärke verlangen, unter Androhung gemeinschaftlicher Execution im Weigerungsfalle. Dagegen werden beide Regierungen auf das königl. dänische Gouvernement dahin einwirken, daß dasselbe im Herzogthume Schleswig nicht mehr Truppen aufstelle, als zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich sind.

§. 4

Die Ministerial Conferenzen werden unverzüglich in Dresden (sic!). Die Einladung dazu wird von Österreich und Preußen gemeinschaftlich ausgehen, und zwar so erfolgen, daß die Conferenzen um die Mitte Dezember eröffnet werden können.

Olmütz am 29. November 1850.

F. Schwarzenberg. Manteuffel.
F.M.L.

II.

Nachdem die am heutigen Tage stattgefundenen Verabredungen die Besorgniße entfernen, durch welche die angeordneten Rüstungen veranlaßt worden waren, ist man dahin übereingekommen, noch vor Eröffnung der beabsichtigten Ministerial-Conferenzen die beiderseitigen Heere gleichzeitig auf den Friedensstand zurückzuführen.

Demgemäß werden S. M. der König von Preußen ersucht, einen nahen Tag für die Veröffentlichung des Beschlußes zu bestimmen, durch welchen die am 6. November d. J. verfügte Mobilmachung der preußischen Armee rückgängig gemacht wird.

Nach hierüber erfolgter Mittheilung an den kais. österr. Hof wird derselbe, in der zuversichtlichen Erwartung des unter solchen Umständen unzweifelhaften Einverständnißes der übrigen in der Bundesversammlung vertretenen Regierungen, an demselben Tage und mit Angabe derselben Gründe, die Einstellung sämmtlicher Kriegsrüstungen bekannt geben und zugleich folgende Maßregeln anordnen:

Die Beurlaubung der Landwehr-Bataillone.

Die Beurlaubung aller 4ten Bataillone.

Die Einstellung der anbefohlenen Recruten Aushebung.

Den schleunigst einzuleitenden Rückmarsch der bereits an den Gränzen des Reiches aufgestellten Truppen.

Olmütz den 29. November 1850.

F. Schwarzenberg. Manteuffel.

---

39. Ansprache Kaiser Franz Josephs in der Ministerkonferenz vom 14. April 1852

Seine Majestät der Kaiser geruhten der Konferenz die Allerhöchste Willensmeinung zu eröffnen, daß in der inneren und äußeren Politik diejenigen leitenden Prinzipien, welche der verewigte Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg den allerhöchsten Absichten gemäß, befolgt hatte, auch fortan unverrückt im Auge behalten werden. Der Fürst habe auf großartige Weise den Willen und die Befehle Seiner Majestät durchgeführt, um das anzustrebende Ziel zu erreichen, welches so wie die Hauptgrundsätze der inneren Organisation in den allerhöchsten Erläßen vom 20ten August und 31ten Dezember v. J. bezeichnet worden seyen. Seine Majestät sei Willens, diese Grundsätze mit aller Kraft durchzuführen, und forderte die Minister auf, Allerhöchstdenselben in dieser Aufgabe zu unterstützen. Diese Richtpunkte haben die Minister und der Reichsrath bei ihren organisatorischen Arbeiten und bei ihrer sonstigen Amtsthätigkeit sich stets gegenwärtig zu halten, ohne sich durch Umtriebe von Partheien beirren zu lassen, welche unter verschiedenen Vorwänden, zum Theile unter dem Deckmantel der Loyalität selbstsüchtige, die Schwächung der kaiserlichen Autorität beabsichtigende Zwecke verfolgen. Unbe-

kümmert um deren nutzloses Treiben werden Seine Majestät diese Partheien niederhalten, und die Organisation der Monarchie durchführen.

Was die Politik nach Außen betrifft, sei es der Wille Seiner k. k. apostol. Majestät, daß Österreich seine im europäischen Staatensysteme und insbesondere in Deutschland in neuerer Zeit errungene mächtige Stellung behaupte.

Zur Ausarbeitung der für die Landesstellen zur Organisation der Kronländer nöthigen Leitfäden habe Seine Majestät eine Comission aus Ministern und Reichsräthen unter dem Vorsitze des Reichsraths-Präsidenten zusammengesetzt. Dieselbe wird auch die für Ungarn bereits ausgearbeiteten Organisationsprojekte überprüfen und sich bei allen diesen Arbeiten die oben angeführten Grundsätze vor Augen halten.

Seine Majestät äußerten ferner, die Stelle eines Minister-Präsidenten nach der jetzt eingetretenen höchst bedauerlichen Erledigung derselben, nicht mehr besetzen, sondern die oberste Leitung der Geschäfte unmittelbar in Allerhöchst Ihren Händen konzentriren zu wollen.

Ueber die den Berathungen in den Minister-Conferenzen unter dem Vorsitze des Ministers des Äußern zugewiesenen Gegenstände sowohl, als über die jedem einzelnen Minister in seinem Bereiche eingeräumte Vollmacht, seien die unterm 12ten l. Monats allerhöchsten Orts erflossenen Bestimmungen und festgesetzten Wirkungskreise maßgebend.

Seine Majestät gewärtigen demnach, daß den hiemit ausgesprochenen Allerhöchsten Absichten in jeder Beziehung auf das Genaueste Folge geleistet werde.

Der Reichsrathspräsident und nach ihm der Präsident der Minister-Conferenzen bathen hierauf Seine Majestät den Kaiser, die Versicherung gnädigst aufzunehmen, daß sie — jeder in seinem Bereiche — bemüht sein werden, den Allerhöchsten Absichten zu entsprechen und die genaueste Vollziehung der Allerhöchsten Befehle zu bewirken.

---

40. Kaiser Franz Joseph an Bach am 11. April 1852

Lieber Minister Bach! Mit voller Anerkennung der ausgezeichneten Verdienste und Leistungen, welche Sie sich ungeachtet Ihrer anderweitigen ausgedehnten und wichtigen Berufszweige in der Organisierung und den Erfolgen der Polizei-Verwaltung erworben haben, fand ich es gleichwohl unter den gegebenen Verhältnissen notwendig, die Polizei-Verwaltung von dem Ministerium des Innern zu trennen und für diesen Zweig eine eigene, selbständige, von Mir unmittelbar abhängige „Oberste Polizeibehörde" unter dieser Benennung einzusetzen.

Zum Chef dieser Behörde habe ich Meinen geheimen Rath, General-Gensdarmerie-Inspektor Feldmarschall Lieutnant Johann Kempen von Fichtenstamm ernannt.

Ehe derselbe jedoch dieses Amt antritt, werden Sie ohne Verzögerung sich mit ihm in enges Einvernehmen setzen und mit ihm die Art und Weise der Uebergabe und Uebernahme dieses Verwaltungszweiges berathen, wobei vorzüglich der Zweck in das Auge zu fassen ist, daß keine Unterbrechung oder Stockung eintrete und alle Fäden zusammen gehalten bleiben. Das Resultat der gemeinschaftlichen Berathung ist Mir des Ehestens zur Schlußfassung vorzulegen.

Bis zur Zeit, wo die wirkliche Uebergabe und Uebernahme der Geschäfte erfolgen kann, ist jede Veröffentlichung dieses meines Beschlusses zu vermeiden.

Ich weise unter Einem hiernach den Feldmarschall-Lieutnant von Kempen an und erwarte von Ihrer Hingebung für meinen Dienst und Ihrer Sachkenntniß die eifrigste und zweckmäßigste Mitwirkung in Vollziehung dieser meiner Verfügung.

Wien am 11. April 1852

Franz Joseph.

---

41. Polizeibericht vom 23. Dezember 1850 über den Grafen Grünne

Inwieweit meine Berichte über öffentliche Äußerungen stets mit der gewissenhaftesten Wahrheit erstattet wurden, muß ich auch heute anführen: daß erneuert gegen F.M.L. Grafen Grünne heftiger als früher ein allgemeines Mißfallen über seine Handlungen und Handelsweise sich ausspricht, und der eine Zeit her verhaltene Unwille gegen diesen hochgestellten Herrn mit dem ausdrücklichen Wunsche sich Luft macht: „Möge der Kaiser sich doch endlich einmal überzeugen, wie eigenmächtig rauh und willkürlich Graf Grünne handle, und wie er es ist, der manche heiße Sympathie für die Dynastie im Entstehen durch sein unloyales Benehmen ersticke."

Zu diesem jetzt laut gewordenen Unwillen soll hauptsächlich die Nichterfüllung einer dem F.M.L. Grafen Schlick gemachten kaiserlichen Zusage den Anlaß gegeben haben, welche man durch Grafen Grünne hintertrieben angibt. F.M.L. Graf Grünne soll nämlich unerwarteter Weise dem H. Minister Exc. Freih. von Kraus die Ausbezahlung der 200 000 fl. als von Sr. Majestät verzögert gewunschen, dargestellt haben, worauf Graf Schlick in unangenehme, ja sogar unanständige Berührung gerathen sei [1]).

Die ärgerlichsten Äußerungen in dieser Beziehung gehen gegen Grafen Grünne von verschiedenen Militärpersonen aus, und von einem Theile der Aristokratie.

Das Hofgesinde und zwar bloß Livre- und unteres Schürzen-Personal soll ebenfalls bei diesen Plaudereien betheiligt sein — vor allem aber soll selbes aus der unmittelbaren Umgebung des F.M.L. Grafen Grünne selbst entstehen.

---

[1]) Damit ist das allgemein verbreitete Gerücht gemeint, Schlick habe Grünne einen Schlag ins Gesicht versetzt.

Der öffentlichen Stimme nach sollen alle Herrn Minister dies bereits wissen, fühlen und beklagen, ohne den Souverän von seiner Ansicht abbringen zu können. 1176.

---

42. Die Wiener Stadterweiterung

Am 31. Dezember 1910 waren nahezu alle Baugründe des Stadterweiterungsfonds verkauft. Es blieb nur ein kleiner Rest, der im Sommer 1911 seinen Abnehmer fand. Es war dies der kleine Grundstreifen vor der zur Niederreißung bestimmten Heumarktkaserne. Am Schlusse des Jahres 1910 bedeckte die vom Stadterweiterungsfonds für Baugründe, Straßen, Plätze, Gärten usw. abgetretene Bodenfläche im ganzen den Raum von

2 397 881 Quadratmetern.

1. Davon waren für Straßen, Plätze und Gärten verwendet 1 504 317 m².

2. Für öffentliche Bauten waren teils entgeltlich, größtenteils aber unentgeltlich abgetreten worden 377 461 m².

3. Die Bauflächen, für welche der volle Kaufwert bezahlt worden war, umfaßten 516 103 m².

Der Gesamtbetrag der erzielten Kaufschillinge belief sich auf 126 219 018 K 92 h.

Wie bereits Band II, S. 427 mitgeteilt ist, war aber die Gesamtsumme der vom Stadterweiterungsfonds verwendeten Beträge bedeutend höher, da zu den Kaufschillingen noch die Interessen des Fonds zu zählen sind, der von der Kommission als Reserve zurückbehalten wurde.

Nach einer ungefähren Schätzung beliefen sich die Gesamteinnahmen (Kaufschillinge samt Zinsen) auf 220 Mill. Kronen: sollte diese Summe auch zu hoch gegriffen sein, so verfügt der Fonds doch jetzt noch über namhafte Beträge; denn die bis Ende 1910 verwendeten ergaben bloß die Summe von

178 648 849 K 12 h.

Diese ansehnliche Summe wurde folgenden Zwecken zugeführt:

1. Ausgaben für die Demolierung der Basteien, Ausfüllung der Gräben, für die Einlösung von 124 Häusern, die auf den Basteien gestanden waren, endlich für ähnliche Zwecke dienende Grundankäufe 47 906 399 K 25 h.

2. Für Verwaltungskosten wurden ausgegeben	4 110 256 K 15 h.
3. Endlich beliefen sich die Baukosten auf	126 632 193 K 72 h.

Die Baukosten zerfallen wieder:

1. Vorauslagen, Straßen, Brücken, Anlagen usw.	4 970 067 K.
2. Monumentalbauten	104 489 720 K.
3. Militärbauten, insbesonders die Rudolfskaserne	10 370 246 K.
4. Beiträge für gemeinnützige Zwecke	3 636 478 K.
5. Bauregie und Steuern	3 165 680 K.

Unentgeltlich wurde der Baugrund abgetreten für folgende Bauten: Hofoper, Hoftheater-Dekorationsdepot, Hofmuseen, Reichsratsgebäude, Hofburgtheater, Evangelische Schule, Akademisches Gymnasium, Universität, Chemisches Laboratorium, Österreichisches Museum für Kunst und Industrie, Kunstgewerbeschule, Akademie der bildenden Künste, Gartenbau-Gesellschaft, Musikvereinsgebäude, Künstlerhaus, Korpskommando, Justizpalast, Sühnhaus, Rudolfskaserne, Freiwillige Rettungsgesellschaft.

Anhang III

Ein angeblicher Ausspruch des Fürsten Felix Schwarzenberg

„Avilir puis démolir“

Die Gestalt des Fürsten Felix Schwarzenberg beschäftigte vielfach die Phantasie seiner Zeitgenossen wie der Nachlebenden. Vollbrachte er doch in einer kurzen Spanne Zeit Taten, die ein Menschenalter hätten ausfüllen können. Schon früh erzählte oder erdichtete man kräftige Aussprüche des österreichischen Ministerpräsidenten, von denen nicht alle beglaubigt sind. „Wir werden die Welt durch die Größe unserer Undankbarkeit gegen Rußland in Erstaunen setzen“, soll er nach und trotz der russischen Waffenhilfe gegen Ungarn gesagt haben. Wohl beglaubigt ist sein Wort: „Preußen will uns den Platz vor der Türe anweisen“ — nämlich Deutschlands, aus dem es Österreich ausgeschlossen haben wollte. „Seit den Pharaonen ist es allen Herrschern schlecht bekommen, wenn sie mit dem Volke Israel angebunden haben“, hätte er erwidert, als man ihm Ausnahmsmaßregeln gegen die Juden vorschlug. Dahin gehört auch der grimmige Ausspruch „Avilir puis démolir“ — Erniedrigen, dann zerstören, den er auf Preußen gemünzt haben soll. Er hätte sich die diplomatische Demütigung des Nebenbuhlers Österreichs als Vorstufe der Zerschlagung der preußischen Monarchie gedacht.

Prüft man die gedruckten und ungedruckten Denkmäler zur Geschichte jener Zeit, so kommt man bezüglich der Drohung: „Erniedrigen, dann zerstören“ zu einem Ergebnisse, das nicht mit der Überlieferung übereinstimmt. Es ist der Mühe wert, darüber eine Untersuchung anzustellen.

Im Verlaufe der sich immer mehr verbitternden Verhandlungen mit Preußen machte Schwarzenberg am 8. Juli 1850 einen Versuch zur Vermittlung der Gegensätze, von dem in diesem Bande S. 63 ausführlicher die Rede war. Es war der Vorschlag eines Ausgleichs der Machtinteressen. Österreich und Preußen sollten gemeinschaftlich die Herrschaft führen, in der Art, daß alle deutschen Staaten ihnen die Vollziehung der Beschlüsse des Deutschen Bundes übertrugen. Diese Gleichstellung der beiden Mächte hätte dadurch sichtbaren Aus-

druck bekommen, daß Österreich das ihm seit 1815 zustehende Präsidium am Frankfurter Bundestag mit Preußen teilte; sie sollten abwechselnd den Vorsitz führen. Natürlich verlangte Schwarzenberg für dieses Angebot eine Gegenleistung; er forderte den Verzicht Preußens auf die Reichsverfassung vom 28. Mai 1849 und die Suspension der damals gegründeten Union. Gemildert war diese strenge Bedingung durch den Hinweis darauf, daß, wenn Deutschland einmal die also vorgeschlagene neue dualistische Ordnung erhalten hätte, es Preußen freistehen sollte, Bündnisse mit den verschiedenen deutschen Fürsten zu schließen — natürlich innerhalb der österreichisch-preußischen Verträge. Schwarzenberg wendete sich also nicht gegen eine Union als solche, wohl aber gegen die Schöpfung des Generals Radowitz mit ihrer Verfassung, welche den Ausschluß Österreichs aus dem künftigen Deutschen Reiche in feierlicher Form aussprach. Dieses Angebot entfesselte in Berlin aufs neue den Kampf der Meinungen, der seit längerer Zeit im Rate des Königs herrschte. Die konservative Partei stimmte für den Ausgleich. Für diese Lösung führte der Minister des Innern, Freiherr v. Manteuffel, das Wort; die Generaladjutanten Rauch und Gerlach bestürmten den König in gleichem Sinne, ebenso wie Graf Bernstorff den Rat gab, die von ihm mit Schwarzenberg getroffene Verabredung gutzuheißen. Es ist bekannt, daß Bismarck sich mit allen seinen politischen Neigungen auf seiten der Konservativen befand, doch stand er damals den Geschäften noch ferne und hatte keinen Teil an den Beratungen im Juli 1850.

Die Mehrheit des Ministeriums, mit dem Präsidenten Grafen Brandenburg an der Spitze, war anderer Meinung. Sie erklärte es für Preußen unmöglich, der Forderung Österreichs nachzugeben und die Verfassung vom 28. Mai 1849 selbst zu zertrümmern. Am lebhaftesten setzte sich Radowitz für sein politisches Werk ein. Er selbst war noch nicht Minister, aber Vorsitzender im Fürstenkollegium der Union; in dieser Eigenschaft wurde er in der Regel dem Ministerrate zugezogen und hier vertrat er den Gedanken, daß Preußen durch die Schaffung der Maiverfassung eine Pflicht gegen die deutsche Nation erfüllt hätte, von der es sich nicht selbst lossagen könne.

Und hier nun, in den Debatten innerhalb und außerhalb des Ministerrats fiel, so viel wir wissen, zum ersten Male das Wort „Avilir puis démolir" — und zwar, was bisher nicht beachtet wurde, aus Radowitz' eigenem Munde. Zeugnis dessen ist das Tagebuch des Generals v. Gerlach, in dem berichtet ist, Radowitz habe Gerlach am 14. Juli gesagt, das Aufgeben der Verfassung „würde eine ewige Schande für Preußen sein, es würde dadurch aviliert und vernichtet" [1]. Nicht bloß in einer Privatunterredung mit einem politischen Gegner, wie es Gerlach war, sondern auch im Ministerrat wendete Radowitz die vielberufene Redewendung warnend an. Denn Gerlach kommt auf das obige Gespräch mit Radowitz nochmals zurück und schildert nach dessen Angaben den Verlauf der entscheidenden Ministerkonferenz folgendermaßen:

[1] Gerlach, „Denkwürdigkeiten" I, S. 504.

„Österreich fordert nicht mehr Aufgeben der Union, aber Aufgebung der Verfassung der Union. Die Minister wollen in diesem Punkte nachgeben, Manteuffel hat dabei einigermaßen unvorsichtig und ungenau ausgesprochen, man müsse der Union eine neue Verfassung geben; dem hat sich nun Radowitz widersetzt. Ein Aufgeben der Verfassung wäre ein Avilieren und Vernichten von Preußen . . .“ [1]).

Am 26. Juli verzeichnet Gerlach abermals denselben Ausspruch des Herrn v. Radowitz [2]). Es ist also klar, daß die Redewendung zuerst von diesem zur Verteidigung seiner Ansicht im preußischen Ministerrat angewendet wurde, um einen Rückzug zu verhindern.

Es finden sich aber noch andere Beweisstellen für diese Auffassung, während es kein authentisches Zeugnis für das Gegenteil gibt. Gerlach erzählt weiter, daß am 7. August eine Art Beratung stattfand, an der der König, dann die Generäle Radowitz, Graf von der Groeben und Gerlach selbst teilnahmen. Es handelte sich wieder darum, ob die vielbestrittene Maiverfassung um des lieben Friedens willen geopfert werden solle. Damit war der König nicht einverstanden, und Gerlach berichtete nun unter anderem: „Radowitz sprach sehr übermütig von Ehre, avilieren, vernichten usw., worauf ich entgegnete, daß niemand die jetzige preußische Politik für ehrenvoll hielte.“

Man sieht, daß Radowitz in diesen Wochen die in Frage stehende Redewendung zu wiederholten Malen gebrauchte, und nicht etwa mit dem Hinweise darauf, daß sie von Schwarzenberg in die Welt gesetzt worden wäre. Es ist also unzweifelhaft, daß er derjenige war, der den politischen Wortschatz durch jenes Schlagwort bereicherte. In diesen Juliverhandlungen erreichte er auch seinen Zweck, denn das Angebot Österreichs wurde zurückgewiesen und die gegründete Union nicht preisgegeben.

Fürst Schwarzenberg zog darauf, da der Ausgleich gescheitert war, schärfere Saiten auf. Es gelang ihm, den Beistand des Zaren Nikolaus zu gewinnen, so daß Preußen vor die Wahl gestellt wurde, sich entweder den Wünschen Österreichs zu fügen oder den Kampf — vielleicht mit zwei Fronten — zu wagen. Der König erschrak über diese Aussichten, und nach schweren inneren Kämpfen gab er in der entscheidenden Ministerratssitzung vom 2. November die Union preis, worauf Radowitz seine Entlassung nahm.

Auch in dieser Beratung wurde von Erniedrigung und Zerstörung Preußens gesprochen. Diesmal war es kein Geringerer als der Prinz von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., der sich so ausdrückte. Am Abend dieses Tages begab sich Minister Manteuffel zum österreichischen Gesandten, Freiherrn von Prokesch-Osten, um ihm die angenehme Kunde von dem Sturze des Gegners Österreichs zu bringen. Prokesch berichtete sofort an den Fürsten Schwarzenberg, was er soeben vernommen hatte. Dieser Brief vom

---

[1]) Die ganze Stelle findet sich bei Gerlach, S. 505.

[2]) Gerlach I, S. 509.

2. November 1850 liegt im Wiener Staatsarchiv; die uns interessierende Stelle lautet:

„Er (Manteuffel) erzählte mir den Hergang im Konseil. Der Prinz von Preußen, ganz Radowitz, behauptete, die österreichische Armee werde binnen kurzem im preußischen Gebiete sein; man wolle Preußen (zufolge einer Äußerung der Großherzogin Stephanie) erst avilieren, dann demolieren."

Der Prinz von Preußen zitiert also die drei Worte nicht als Äußerungen Schwarzenbergs; er hat sie auch nicht von Radowitz gehört, sondern führt sie auf die Großherzogin Stephanie von Baden zurück. Diese Dame war eine Nichte der Kaiserin Josephine, der Gemahlin Napoleons I., und wurde von dem Eroberer mit dem Erbgroßherzog Karl von Baden vermählt; dieser regierte Baden von 1811—1818, worauf Stephanie bis an ihren Tod Witwe blieb. Es läßt sich nicht feststellen, ob sie zuerst jene Worte auf die Lage Preußens anwendete; vielleicht kamen sie durch den badischen Gesandten aus Berlin nach Karlsruhe und blieben an ihr haften. Das ist aber Nebensache — diese Möglichkeiten ändern nichts an der Tatsache, daß man den Ausdruck „Avilir puis démolir" in Berlin durch Monate gebrauchte, ohne ihn je dem Fürsten Schwarzenberg zuzuschieben. Auch Prokesch-Osten denkt nicht daran, den österreichischen Ministerpräsidenten als ihren Urheber zu betrachten.

Ebensowenig macht der preußische Gesandte Graf Bernstorff eine Erwähnung davon, Schwarzenberg oder sonst jemand in Wien habe sich so oder ähnlich geäußert. Seit dem Scheitern der Vermittlungsversuche gestaltete sich das Verhältnis zwischen den beiden Männern möglichst ungünstig, und der Gesandte sagt dem Minister allerlei Böses nach. Die Berichte Bernstorffs, die offiziellen wie die vertraulichen, wurden von mir im Berliner Staatsarchiv sorgfältig für eine Darstellung der Politik Schwarzenbergs durchgesehen, wobei auf den in Rede stehenden Ausdruck gewissermaßen Jagd gemacht wurde. Er hat sich aber nirgends gefunden.

Endlich finden sich die in Frage stehenden Worte auch in dem Briefe, den der Prinz von Preußen am Abend der entscheidenden Ministerratssitzung vom 2. November 1850 an seine Gemahlin richtete. Es heißt hier: „Unsere Schmach ist ausgesprochen, und sie wird zu nichts helfen, denn Österreich wird uns doch den Krieg machen, et nous démolir après nous avoir avilis, letzteres ist geschehen." (So in dem Werke „Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta", herausgegeben von Schuster und Bailleu, Berlin 1910).

Damit ist der Sachverhalt klargestellt. Als sich die Redewendung eingebürgert hatte, als in der Fortdauer der Krise der preußische Minister des Äußern genötigt war, nach Olmütz zu gehen und sich den ungünstigen Friedensbedingungen Österreichs zu unterwerfen — dann erst glaubte man, der Fürst habe im Übermute des Sieges triumphierend gesagt: Avilir puis démolir. Man bemerkte nicht, daß der Satz nicht auf seine Politik paßte. Denn nachdem Preußen förmlich und feierlich auf die Gründung eines seiner Führung folgenden deutschen

Bundesstaates verzichtet hatte, stellten sich zwischen den beiden Kabinetten gute Beziehungen ein. Österreich schloß 1851 mit Preußen sogar einen Vertrag, durch welchen es sich für drei Jahre die Erhaltung seines Reichsgebietes, Lombardei und Venetien eingeschlossen, verbürgen ließ. Wie Schwarzenberg auch über Preußen gedacht haben mochte, er war nicht so unklug, sich einer so tödlich verletzenden Redensart zu bedienen. Da seine Gegner ihm dies auch während der großen, nach Olmütz führenden Krisis nicht vorgeworfen haben, so ist es wohl ausgeschlossen, daß er sich zu einer solchen Herausforderung hätte hinreißen lassen sollen.

Berichtigungen und Ergänzungen

Zu Seite 49 Anm. Die jüngste Arbeit Alfred Gärtners „Der Kampf um den Zollverein zwischen Österreich und Preußen von 1849 bis 1853" in den „Straßburger Beiträgen zur neueren Geschichte" (Straßburg 1911) konnte im Texte nicht mehr berücksichtigt werden. Darin ist Brucks Politik mit ihren weiten Gesichtspunkten gerechter gewürdigt.

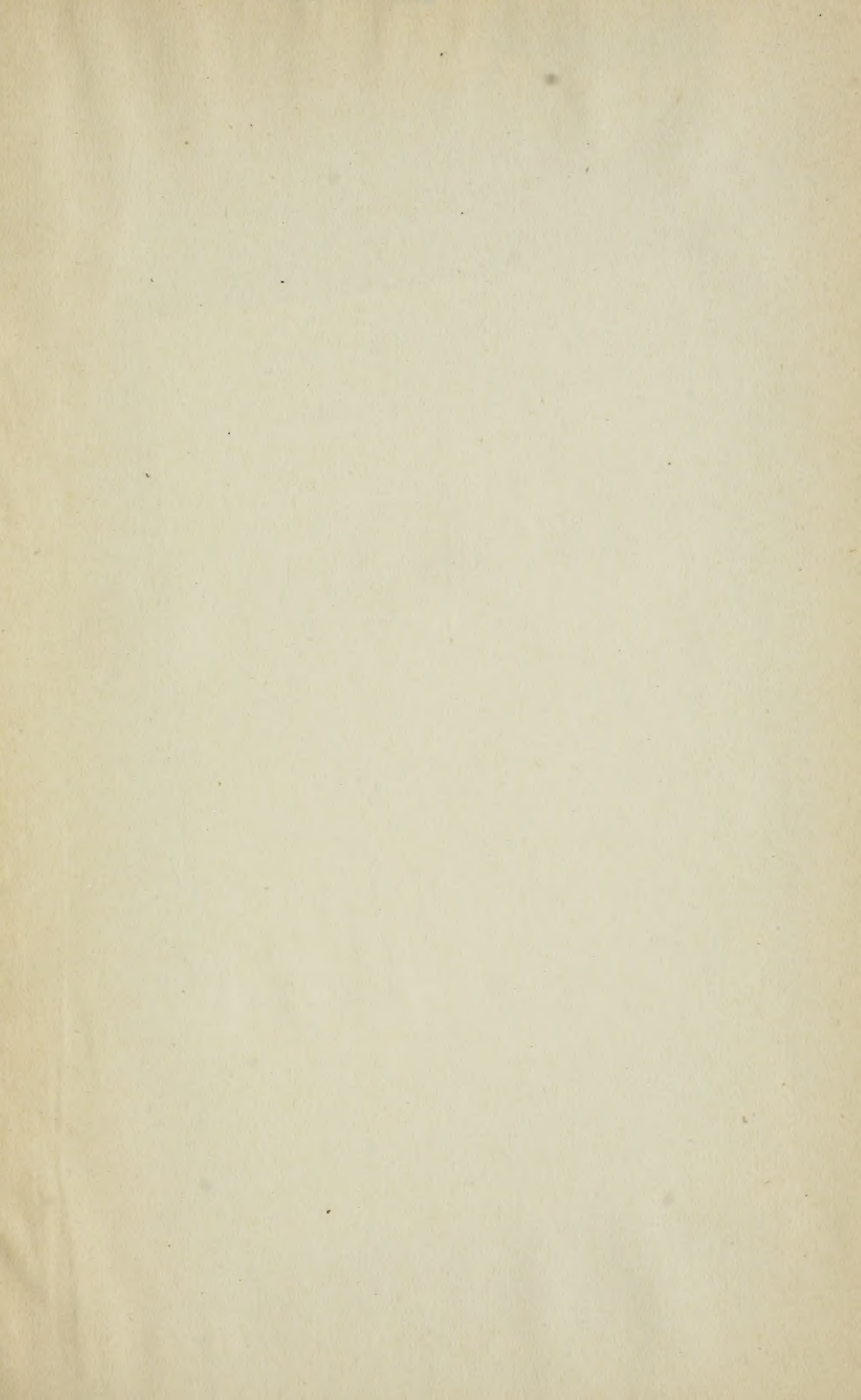
Seite 79, Zeile 3 v. u. Der Bregenzer Vertrag wurde nicht am 13., sondern am 12. Oktober geschlossen.

Seite 165 Anm. Das Buch Dahlerups führt in der deutschen Übersetzung von Marie Herzfeld den Titel: „In österreichischen Diensten".

Seite 294 Anm. Das Buch von Felicie Ewart (Marie Exner) erschien als Manuskript gedruckt.

Seite 366, Zeile 2 v. u. Lies comedia statt commedia.

Seite 377, Zeile 9 v. u. soll es heißen: „Der von Nestroy gespielte Schuster Knieriem und der Schneider Zwirn".




UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 722 457 9

